Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Class 325.343
Book K811
v.16

Acc. 321562

Digitized by Google

UNIVERSITY OF IOWA
3 1858 045 162 702

Digitized by Google

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Herausgegeben
von der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W 35
Verantwortlicher Schriftleiter Hubert Henoch

16. Jahrgang * 1914

Verlag der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W35

Digitized by Google

STATE UNIVERSITY
OF IOWA
LIBRARY

Digitized by Google

325.343
K811
v. 16

Inhalts-Verzeichnis.

Veröffentlichte Artikel.

Allgemeines.

Der Baumwollbau unserer Schutzgebiete, Redakteur Henoch 285.
Der Bergbau in unseren Kolonien, Ingenieur Goldberg 38.
Erfahrungen anderer Länder für unsere Kolonien, Prof. Dr. Backhaus 398.
Groß-Friedrichsburg unter holländischer Herrschaft, Chr. Voigt 153.
Hamburgs Einfuhr aus den deutschen Schutzgebieten 1913 360.
Das Kolonialjahr 1913, Oberregier.-Rat Dr. Jacobi 1.
Die Presse in den deutschen Kolonien, Oberbürgermeister Dr. Külz 263.
Die Produktenausfuhr der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1912 150.
Rassenmischehe und Kirche, Pastor Hasenkamp 21.
Die Schulen für Eingeborene in den deutschen Schutzgebieten, Geh. Konsistorialrat, Prof. Dr. Mirbt 218.
Die „schwarze Gefahr" in den afrikanischen Gebieten unter besonderer Berücksichtigung Deutsch-Südwestafrikas, Major a. D. Schwabe 201.
Schwierigkeiten bei der Einführung der Motorschiffe in unsere Kolonien, Ingenieur Goldberg 141.
Statistik der farbigen Bevölkerung von Deutsch-Afrika, Dr. R. Hermann 164, 238, 249.
Der wirtschaftliche Wert der deutschen Kolonien, Dr. Schulte im Hofe 294.

Togo.

Zur Geschichte Togos, Direktor Fr. Hupfeld 139.

Deutsch-Südwestafrika.

Zur Erwiderung 192.
Frühere Forschung in dem heutigen Deutsch-Südwestafrika, F. W. Lang 193.
Die Pferdezucht in Deutsch-Südwestafrika, Dr. Paul Martell 146.
Die „schwarze Gefahr" in den afrikanischen Gebieten unter besonderer Berücksichtigung Deutsch-Südwestafrikas, Major a. D. Schwabe 201.
Veranschlagung des zur Begründung eines Farmbetriebes nötigen Kapitals, Johannes Gad 243.

Deutsch-Ostafrika.

Die belgischen Tanganjikasee-Gebiete als wirtschaftliche Hinterländer unserer ostafrikanischen Mittelbahn 86.
Deutsch-ostafrikanische Be- und Entwässerungsprojekte, Ingenieur G. Goldberg 353.
Die Deutsche Kolonialgesellschaft und die Tanganjikabahn 320.
Erfahrungen in der Eingeborenenbehandlung in Deutsch-Ostafrika, Frhr. Egon v. Dalwigk zu Lichtenfels 324.
Die finanzielle Organisation der Lokalverwaltung im ostafrikanischen Schutzgebiete, Finanzdirektor a. D. Dahlgrün 330.
30 Jahre Deutsch-Ostafrika, Reg.-Rat Zache 289.
Der Kagerafluß in Ostafrika und die Ruandabahn, Geh. Hofrat, Prof. Dr. H. Meyer 6.
Kulturhemmnisse, Islam und Mission in Ostafrika, Dr. Karstedt 105.
Die Tanganjikabahn, Redakt. Henoch 302.

Südsee.

Die Rassenmischung auf Samoa, Richard Deeken 122.

Kiautschou.

Der Hafen von Tsingtau, Marinebaurat Bökemann 361.
Die politische und kulturelle Bedeutung des deutschen Kiautschougebietes, Amtsrichter Dr. Romberg 49, 407.
Die politische und kulturelle Bedeutung des deutschen Kiautschougebietes, Handelskammer Tsingtau 280.

Englische Kolonien.

Der Anteil Transvaals an der Gesamtgoldproduktion der Welt, Dr. H. Kleinkemm 200.
Der Außenhandel Britisch-Südafrikas im Jahre 1913, Dr. H. Kleinkemm 402.
Deutschlands Einfuhr aus Südafrika 248.

391562

Digitized by Google

Die Dividenden der Land- und Bergbaugesellschaften usw. in Südafrika 1910 bis 1913 288.
Die Dividenden der Transvaal-Goldminengesellschaften 285.
Einblicke in die politische und wirtschaftliche Entwicklung der südafrikanischen Union, Hans Grimm 70.

Französische Kolonien.

Das Kolonialmuseum im Palais Royal in Paris, Oberregierungsrat Dr. Jacobi 385.
Das strategische Ziel der französischen Afrikapolitik und — Deutschland, Dr. K. Simon 135.

Verschiedenes.

Angola, Dr. G. Nitsche 98.
Belgische Eisenbahnbauten und -pläne am Kongo, Dr. Büchel 273.
Die belgischen Tanganjikasee-Gebiete als wirtschaftliche Hinterländer unserer ostafrikanischen Mittelbahn 86.
Eisenbahnen und Eisenbahnprojekte in Belgisch-Kongo, Dr. H. Kleinkemm 358.
Zur letzten Entwicklung Portugiesisch-Ostafrikas, Dr. Karstedt 45.
Portugiesische Entdeckung in Zentralafrika vor 100 Jahren, Oberregierungsrat Dr. Jacobi 197.
Principe und St. Thomé, Konsul Singelmann 388.
Südamerika, seine wirtschaftliche Bedeutung insbesondere mit Bezug auf den Verkehr mit Deutschland, Kanzler a. D. Arnold Wolff 28, 88.
Die Wirtschaftslage in Belgisch-Kongo, Heinr. Roß 118.
Wirtschaftliche Gerechtsamen in der Kongokolonie 149.

Verfasser.

Backhaus, Prof. Dr., Berlin 398.
Bökemann, Marinebaurat, Kiel 361.
Büchel, Dr., Godesberg 273.
Dahlgrün, Finanzdirektor a. D., Hannover 330.
Dalwigk zu Lichtenfels, Egon, Freiherr von, Charlottenburg 324.
Deeken, Richard, Miltenberg 122.
Gad, Johannes, Dr., Königstein 243.
Goldberg, G., Ingenieur, Lichterfelde 38, 141, 353.
Grimm, Hans, Pasing 70.
Hasenkamp, Pastor, Swakopmund 21.
Henoch, Redakteur, Steglitz 285, 302.
Hermann, R., Dr., Weilheim 164, 238, 249.
Hupfeld, Direktor, Berlin 139.
Jacobi, Oberregierungsrat, Dr., Arnsberg 1, 197, 385.
Karstedt, Dr., Steglitz 45, 105.
Kleinkemm, H., Dr., Brühl 200, 358, 402.
Külz, Oberbürgermeister, Dr., Zittau 263.
Lang, F. W., Dr., Stuttgart 193.
Martell, Dr., Halensee 146.
Meyer, Hans, Geh. Hofrat, Prof. Dr., Leipzig 6.
Mirbt, Geh. Konsistorialrat, Prof. Dr., Göttingen 218.
Nitsche, G., Dr., Kiel 98.
Romberg, Amtsrichter, Dr., Charlottenburg 49, 407.
Roß, Heinz, Antwerpen 118.
Schulte im Hofe, Dr., Berlin 294.
Schwabe, Major a. D., Berlin 201.
Simon, Dr., Lausanne 135.
Singelmann, Konsul, Braunschweig 388.
Voigt, Chr., Charlottenburg 153.
Wolff, Arnold, Kanzler a. D., Berlin 28, 88.
Zache, Regierungsrat, Hamburg 289.

Abbildungen.

Baltzer, Geh. Ober-Baurat 309.
Bormann, Friedrich, Geh. Oberregierungsrat z. D. 307.
Gedenktafel von Wilhelm Oechelhaeuser 305.
Grages, Baurat 317.
Habich, Paul, Reg.-Baumeister a. D., Direktor d. Ostafrik. Eisenb.-Gesellsch. 315.
Kliemke, Dr., Direktor der Ostafrik. Eisenbahngesellschaft 313.
Riese, O., Geh. Baurat, Dr.-Ing. 317.
Steinthal, Geh. Kommerzienrat 311.

Karten- und Kartenskizzen.

Dämme am kleinen Hafen 375.
Einteilung der Mole II 369.
Hafenanlage von Tsingtau 363.
Kiautschou-Bucht 362.
Querschnitt a—b durch Mole II 370.
Querschnitt der Kaimauer 365.
Querschnitt des Umschließungsdammes 363.
Rollfender an der Kaimauer 366.

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 1 | Januar 1914 | 16. Jahrgang

Das Kolonialjahr 1913.

Von Oberregierungsrat Dr. Jacobi, Arnsberg.

Das Jahr 1913 stand in unseren Kolonien im Zeichen des Eisenbahnbaues. Es wurden neu in Betrieb genommen in Ostafrika 236, in Kamerun 70, in Togo 5 Kilometer, in China Verträge über neue Eisenbahnen getätigt. In Ostafrika ist es der große Bau der Zentralbahn, bisher der größte, in Kamerun der der Mittellandbahn, bisher der schwierigste in deutschen Kolonien, der während des ganzen Jahres gefördert wurde und auch noch in das neue Jahr herüberreichen wird.

Aber beginnen wir in richtiger Reihenfolge mit dem Anfang. In Ostafrika trat gleich zu Anfang des Jahres Gouverneur Dr. Schnee eine dreimonatige Erkundung von Ruanda und Urundi an, deren Ergebnis dann die dem neu zusammengetretenen Reichstag gemachte Vorlage über die Zweigbahn von Tabora nach dem Kageraknie gewesen ist. Zugleich untersuchte ein Kommando von S. M. S. „Möwe" die Ufer und Fahrtverhältnisse am Tanganyika und legte in Utinta, Kirando und Bismarckburg Pegelstationen an. Damit wurde dem großen Werke vorgearbeitet, das das ganze Jahr erfüllt hat, dem unaufhaltsamen Fortschreiten der Zentralbahn nach ihrem Endpunkt Kigoma am Tanganyika. Im August wurde die Brücke über den Mlagarassifluß vollendet und die Teilstrecke Tabora—Mlagarassi eröffnet. Ende des Jahres fehlten nur noch 30 Kilometer von der ganzen Strecke, und es war bereits möglich, von Usumbura am Nordende des Tanganyika mit Benutzung der Bahn in sieben Tagen nach Daressalam zu gelangen. Wird durch diese Bahn Daressalam zum Haupthafen für das Zentrum unserer Kolonie und den östlichen Teil der Kongokolonie Belgiens werden, so hat eine andere Strecke, für die jetzt auch im Reichstag Mittel angefordert sind, die Strecke Moschi—Aruscha, für die Besiedlung mit Weißen die größte Bedeutung. Im Juli wurden auch diese Strecke und ihre etwaige Fortsetzung zum Victoriasee erkundet, und jedenfalls die Fortsetzung bis Aruscha soll nun zunächst zur Tat werden.

Um dem fortschreitend wachsenden Verkehr auf der Usambarabahn nachzukommen, ist auch in ihrem Hafen an der See, Tanga, in 1913 wieder gearbeitet, im Juni wurden eine neue große Hafenmauer und ein neuer Zollschuppen vollendet. Freilich genügen diese Anlagen schon jetzt, wo sie eben fertig sind, dem ständig wachsenden Verkehr nicht mehr.

Für die mannigfachen Fragen, die mit dem fortschreitenden Ausbau des ostafrikanischen Eisenbahnnetzes zu erörtern und zu beantworten sind, hat sich

Digitized by Google

die Regierung in dem im Herbst errichteten ostafrikanischen Eisenbahnrat ein besonderes Organ geschaffen, das auch als weiterer Schritt auf dem Wege des Ausbaues der Selbstverwaltung bedeutsam ist. Der Eisenbahnrat besteht aus dem Eisenbahnreferenten des Gouvernements, zwei Vertretern von Landwirtschaft, Handel und Industrie, einem Vertreter der Schutztruppe sowie den Betriebsleitern der Usambara- und Tanganyika(Zentral)bahn.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im ostafrikanischen Schutzgebiet waren, abgesehen von der Kautschukkrise, auf die wir noch zurückkommen, gute. Wir wollen aber zunächst die Fortschritte des Eisenbahnbaues weiter verfolgen, und zwar nunmehr in Kamerun. Bieten schon Britisch- und Deutsch-Ostafrika in bezug auf den Eisenbahnbau nebeneinander zwei Beispiele, wie man es machen und nicht machen muß, wenn man eine Kolonie entwickeln will, so ist das noch in viel krasserer Weise mit Kamerun und seiner britischen Nachbarin Nigeria der Fall. Zwei Kolonien, beide ziemlich zur selben Zeit entstanden, unter sehr ähnlichen geographischen und ethnographischen Verhältnissen, und dabei die deutsche so weit hinter ihrer blühenden britischen Schwester zurückgeblieben, und warum? Nur wegen der großzügigen Eisenbahnpolitik der Briten und der geradezu lächerlichen Zurückhaltung der Deutschen. Der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf, der im Sommer 1913 Kamerun und Nigeria selbst besucht hat, wird sich ja davon nun persönlich überzeugt haben, und seine Reise wird für Kamerun hoffentlich reiche Früchte tragen. Die Reise des Staatssekretärs, auf der ihn, wenigstens in ihrem ersten Teil, auch der Geschäftsführende Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Exzellenz v. Gayl, begleitete, bildete ja überhaupt eins der wichtigsten Ereignisse im Kolonialjahr 1913 und muß auch hier gebührend hervorgehoben werden. Sie wird hoffentlich für Kamerun eine neue Aera eröffnen, wie seinerzeit die Reise Dernburgs für Südwestafrika. Am 28. August traf Dr. Solf in Viktoria ein, bereiste dann den Süden Kameruns, die Mitte und den Norden, soweit es mit den bisher fertiggestellten Bahnstrecken möglich war, und ging sodann nach Britisch-Nigeria, wo er am 26. September in Lagos eintraf und am 27. über Zungeru mit der Bahn nach Kano fuhr. Diese Fahrt wird ihm gegenüber den dürftigen Eisenbahnrudimenten in Kamerun wohl gezeigt haben, was koloniale Bahnen in Westafrika sind und bedeuten können. Im Oktober besuchte der Staatssekretär dann vom 4. bis 13. noch Togo bis Atakpame und Kamina im Innern. In Kamina sah er die im Januar 1913 dort angelegte Telefunkenstation. Von Togo trat er dann die Heimreise an. Eine, ja die Hauptfrage, die sich an diese Reise anknüpfen wird, ist nun die Eisenbahnfrage. Während des Berichtsjahrs ist ja die Mittellandbahn weitergebaut worden, aber bis jetzt hat sie doch erst einen kleinen Teil der Strecke erschlossen, die sie erreichen soll. Trotzdem hat doch der bisherige kleine Anfang schon dahin gewirkt, daß der Verkehr von und nach Jaunde sich bereits der Mittellandbahn zuwendet, anstatt wie bisher nach Kribi zu gehen. Mit dem weiteren Ausbau der Bahn wird das ja mehr und mehr der Fall sein und damit Duala zu dem großen

Digitized by Google

Hafen für das mittlere Westafrika werden, zu dem es durch seine Lage bestimmt ist. Dazu gehören dann auch die nötigen Hafenbauten und die Sanierung des Platzes, für die im August mit der Verlegung der Eingeborenendörfer und Durchführung ihrer Trennung von den Wohnplätzen der Weißen der Anfang gemacht ist. Die weiteren Eisenbahnpläne werden nun ja wesentlich beeinflußt werden durch die Befestigung der deutschen Herrschaft in den neuerworbenen Gebieten Neukameruns, dessen Bild ja vorläufig noch etwas „von der Parteien Haß und Gunst verwirrt" zu schwanken scheint, das aber doch wohl allmählich wird sagen können:

„Es weiß die Welt das Schlimmste von mir,
Und ich kann sagen, ich bin besser als mein Ruf."

Während des ganzen Jahres wurden die Arbeiten der deutsch-französischen Grenzexpeditionen eifrig fortgeführt, und im August konnte in Bonga das Schlußprotokoll der Osterpedition unterzeichnet und im September auch die letzten Arbeiten der Monda-Dschua-Expedition beendet werden. Leider haben die Arbeiten der verschiedenen Grenzexpeditionen auf deutscher Seite zwei Todesopfer gefordert, am 21. Juni wurde der Regierungsarzt Dr. Houy bei Kartia von seinem schwarzen Diener ermordet, und im Oktober wurde der Oberleutnant v. Raven bei Nguku im Nolabezirk durch einen Schuß in die Lunge getötet. Schon ehe die Grenzexpeditionen beendigt waren, hatte das treffliche Kolonial-Wirtschaftliche Komitee eine Expedition herausgesandt, die am 3. März am Njong eintraf und die Schiffbarkeit des Njong, Dume, Kadei und Sanga sowie die besten Trassen für etwa diese Flußsysteme verbindende Bahnen untersuchen sollte. Sie kam zu dem Ergebnis, daß der Njong von der Stelle, wo ihn die Mittellandbahn erreichen wird, 225 Kilometer weit leicht schiffbar zu machen und von dort eine Bahn bis unterhalb Nola an den Sanga zu führen ist. Dann ist eine Verbindung vom Kongo bis Duala hergestellt. Ueber weitere Eisenbahnpläne für Kamerun hat sich Geheimrat Lenz, einer der berufensten Beurteiler, in der Sitzung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees geäußert, in der auch der Bericht des Leiters der eben erwähnten Expedition, Herrn Michel, zur Sprache kam. Es würde über den Rahmen dieses Jahresberichts hinausgehen, diese Eisenbahnpläne hier zu besprechen. Erwähnt sei nur, daß Geheimrat Lenz entschieden für die Verlängerung der Nord(Manenguba)bahn bis Garua am Benue eintrat und ferner sehr interessante Ausführungen über eine Linie machte, die, von einem Punkt der Mittellandbahn ausgehend, den Logone zu erreichen suchen müßte[1]). Es könnte ferner wohl noch eine Verlängerung der Bahn Njong—Sanga über Nola hinaus bis zum Ubangi in Frage kommen. Diese würde dann vielleicht den Handel des nordwestlichen Kongogebiets ebenso nach Duala leiten, wie die ostafrikanische Zentralbahn den des östlichen nach Daressalam. Beide Bahnen aber, diese wie die etwaige zum Logone, ja auch

[1]) Vgl. dazu auch die Ausführungen des Verfassers dieses Aufsatzes „Deutsche Kolonialzeitung" 1913, Nr. 40, S. 656.

Digitized by Google

die Nordbahn nach Garua, würden die beste Verbindung für das französische Territorium Ubangi—Schari—Tschad und die nördlich und nordöstlich von Tschad gelegenen französischen Besitzungen mit der Küste bilden. Die günstige Lage Dualas muß in dieser Beziehung entschieden durch eine energische Eisenbahnpolitik ausgenutzt werden. Eine solche wird auch zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Schutzgebiets überhaupt beitragen, indem sie die Ausbeutung solcher wirtschaftlicher Hilfsquellen gestattet, die bisher mangels genügender Verkehrsmittel nicht genügend ausgenutzt werden konnten, in erster Linie die reichen Oelpalmenbestände. Ein neuer Ausfuhrartikel scheint sich für Kamerun in dem Tabak zu entwickeln, der im Berichtsjahr bereits von zwei Bremer Gesellschaften angebaut wurde. Die Baumwolle, die zweifellos für später einen großen Ausfuhrartikel bilden wird, konnte ebenfalls noch keine Rolle spielen, weil in ihr Anbaugebiet, Nordkamerun, mangels Eisenbahnen nicht hinzugelangen ist. Immerhin ist die Baumwollfrage auch für Kamerun im Berichtsjahr dadurch etwas gefördert, daß bei Garua am Benue eine Baumwollversuchsstation angelegt ist. Der bisherige Hauptausfuhrartikel Kameruns dagegen, der Kautschuk, litt an der im Jahre 1913 eingetretenen Kautschukkrise derart, daß einige der ausschließlich mit dem Kautschukhandel befaßten Firmen Südkameruns zu liquidieren beabsichtigen. Wie weit es möglich sein wird, die Krise zu überwinden, erscheint leider noch sehr unklar. Dasselbe gilt auch von Ostafrika, dessen Plantagenkautschuk unter der Krise nicht weniger leidet wie der Wildkautschuk Kameruns. In Ostafrika versuchte die Regierung durch Versetzung des Kautschuks von der zweiten in die dritte Tarifklasse der Eisenbahn den Pflanzern etwas Erleichterung zu gewähren, auch in Kamerun sind Zoll- und Tarifermäßigungen in Aussicht genommen. Ob alles dies auf die Dauer helfen wird, läßt sich noch nicht absehen. Jedenfalls wird für Kamerun und für Ostafrika die Förderung anderer Kulturen notwendig sein, um den etwaigen Ausfall beim Kautschuk auszugleichen. Solchen Zwecken diente auch die im Berichtsjahr ausgeführte Reise des verdienstvollen Vorsitzenden des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, Herrn Supf, nach Ostafrika, die vor allem der Förderung des Baumwollanbaus zugute kommen sollte und wird.

Südwestafrika hatte 1913 keine weiteren Fortschritte auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus aufzuweisen, denn die Ovambobahn von Otavi nach Norden ist erst kürzlich vom Landesrat bewilligt worden, und die Verlängerung der Bahn von Lüderitzbucht nach Keetmanshoop ins englische Gebiet nach Kimberley ist erst frommer Wunsch. Im übrigen aber hat das wirtschaftliche Leben des Schutzgebiets manche wertvollen Fortschritte gemacht. Vor allem ist da zu nennen die Förderung des Grundkredits durch die Landwirtschaftsbank und das städtische Pfandbriefinstitut, von denen die erstere am 20. Juni mit ihrer ersten Vorstandssitzung ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Ist mit diesen Kreditinstituten einem dringenden Bedürfnis der Farmer abgeholfen, so wird eine andere dringende Forderung, die Wassererschließung im größeren Umfange, durch den im Berichtsjahr vom Landesrat beschlossenen Bau einer

Digitized by Google

großen Talsperre am Großen Fischfluß in ein neues Stadium treten. Aeltere Mitglieder der Kolonialgesellschaft entsinnen sich wohl noch der Zeit, als die großen Talsperren mit der ostafrikanischen Zentralbahn das Schicksal teilten, von „Kennern" als Utopien bekämpft zu werden, und nur kleine Staudämme und kleine Stichbahnen das Wahre sein sollten. Tempora mutantur. Auch sonst hat die Landwirtschaft, die in Südwest doch wohl immer im Vordergrunde stehen wird, im Berichtsjahr Fortschritte gemacht. Mit der Versendung von Gefrierfleisch nach Deutschland ist wenigstens ein Versuch gemacht, im Oktober ist in Tugab am Swakop die erste Molkerei eröffnet worden. Auch auf anderen Gebieten geht es vorwärts, in Swakopmund ist im Oktober ein neues städtisches Schulhaus, in Keetmanshoop ein Johanniterkrankenhaus eingeweiht, in Grootfontein ein neues Elisabethhaus im Bau. Der Frieden ist nicht gestört worden, ein Gefecht mit Buschleuten im September am Otjikotoberg, wobei 15 getötet wurden, ist ein vereinzelter Fall geblieben. Die von der Bevölkerung in Anspruch zu nehmenden Leistungen für den Fall, daß der Friede doch einmal wieder gefährdet werden sollte, sind durch eine Verordnung vom 3. September, betreffend Friedens- und Aufstandsleistungen für die bewaffnete Macht, geregelt worden. Die für das Schutzgebiet so wichtige Diamantenförderung hat sich wieder gehoben und ist durch die Umwandlung der Brutto- in Nettoabgaben günstig beeinflußt worden, während die Wirkung der Uebernahme der Diamantenregie durch das Reich sich noch nicht übersehen läßt — ebensowenig wie die Folgen der Kontingentierung.

In unseren Südseeschutzgebieten war wohl das wichtigste Ereignis die im Berichtsjahr vollständig durchgeführte Erforschung des Kaiserin-Augusta-Flusses in Neuguinea, die Mitte Januar bis 143 Grad 30 Minuten östlicher Länge geführt war und bis März auch im Unterlauf beendet wurde. Damit ist durch diese von der Deutschen Kolonialgesellschaft wesentlich unterstützte Expedition das Innere der großen Insel weithin erschlossen, wichtige wissenschaftliche und wirtschaftliche Ergebnisse sind erzielt und die Ausdehnung der deutschen Herrschaft ins Innere durch Anlegung eines neuen Bezirksamts vorbereitet. Im übrigen war die Entwicklung eine ruhig fortschreitende, und auch ein Ende des Jahres gemeldetes Gefecht mit Eingeborenen in Neu-Mecklenburg, bei dem zwei deutsche höhere Forstbeamte gefallen sein sollten, erwies sich nach den neuesten Nachrichten glücklicherweise als falsch.

In Samoa hat sich beim Regierungsjubiläum des Kaisers ein politisch bedeutsamer Vorgang abgespielt, indem der Gouverneur dabei verkündete, daß die Würde des Oberhäuptlings von Samoa abgeschafft sei und nur zwei „Ratgeber" des Gouverneurs aus den eingeborenen Häuptlingen ernannt werden würden. Damit gehören die ehemals so erbitterten Kämpfe um die Würde des Oberhäuptlings der Geschichte an, und die Bestrebungen, die sich an die Namen Malietoa, Mataafa und Tamasese anknüpfen, sind nur noch „historische" Reminiszenzen.

Digitized by Google

In unserem chinesischen Schutzgebiet haben ebenfalls Eisenbahnfragen im Vordergrund gestanden. Noch vor Ende des Jahres ist es gelungen, der Schantungbahn die Fortsetzung nach Westen bis zum Schnittpunkt mit der Peking-Hankau-Bahn bei Schuntö und eine Abzweigung von Kaumi nach Itschoufu und von da nach dem Kaiserkanal zu verschaffen. Damit wird auch die Rentabilität der Schantungbahn, die im Berichtsjahr zu wünschen übrig ließ, sich wieder heben, und das mit deutschem Kapital und Material ausgebaute Eisenbahnnetz Schantungs und der Nachbarprovinzen wird sich als ein Faktor in der Kräftigung des neuen China erweisen. Der deutsche Einfluß in diesem Teile Chinas wird auch durch den am 22. August in der Hauptstadt von Schantung gegründeten „Deutschen Schulverein Tsinanfu" gestärkt werden. Der Verein, der mit 17 Mitgliedern ins Leben getreten ist, beabsichtigt eine dreistufige Vorschule im Anschluß an das Gymnasium in Tsingtau zu eröffnen. Dem deutschen Einfluß in China überhaupt wird der Zusammenschluß aller an Ostasien interessierten Vereine und Gesellschaften, der im Berichtsjahr in Berlin erfolgt ist, zugute kommen.

Dem Deutschtum auf der ganzen Erde aber wird das bedeutsame Gesetzeswerk zum Segen gereichen, das am 22. Juli im Reichstag endlich zur Annahme gelangt ist, das neue Gesetz über den Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Der Kagerafluß in Ostafrika und die Ruandabahn.

Von Geh. Hofrat Professor Dr. Hans Meyer.

In dem unserem Reichstag vorgelegten „Etat für das Ostafrikanische Schutzgebiet auf das Rechnungsjahr 1914" werden 17 Millionen Mark angefordert als erste Rate für den Bau einer Eisenbahn von Tabora nach Ruanda. Die ganze, 481 Kilometer lange Bahn soll rund 50 Millionen Mark kosten. Man will die volk- und viehreichen Hochländer Ruanda und Urundi, die wegen ihrer Abgelegenheit und wegen der Schwierigkeit ihrer Bevölkerung bis jetzt noch so gut wie gänzlich für unsere kolonialwirtschaftliche Nutzung verschlossen sind, durch eine Eisenbahn erschließen, die, von der Zentralbahn in Tabora abzweigend, zum südlichen Knie des Kagerafluss es gehen soll, weil dort die Grenzen von Ruanda und Urundi zusammenstoßen. und weil von dort aus schiffbare Wasserwege weit in die beiden Länder hineinreichen.

Der Kagera[1]) ist der Hauptfluß des ganzen Zwischenseengebietes, der mächtigste Zustrom des Victoriasees, der Quellfluß des Nils, wenn man nicht den Victoriasee selbst als Ursprungsbecken des Nils ansehen will, was richtiger

[1]) Die von manchen Reisenden beliebte weibliche Form „die Kagera" ist natürlich weiter nichts als eine falsch angebrachte Reminiszenz an die lateinische weibliche Endsilbe a. Folgerichtig müßten diese Lateiner auch die Rowuma, die Rufua, die Ugala, die Ruaha, die Manjonga usw. sagen, was aber keinem einfällt.

Digitized by Google

wäre. Da man seitens der Regierung dem Kagera mit seinen Nebenflüssen Ruwuwu, Njawarongo und Akanjaru eine so große Bedeutung als Wasserstraße für die Erschließung Ruandas und Urundis und für den künftigen Verkehr des Zwischenseengebiets beimißt, daß man daraufhin den Strom durch einen Schienenweg mit der Zentralbahn verbinden will, so empfiehlt es sich sehr, zunächst einmal die natürliche Beschaffenheit dieses Flußnetzes und seine gegenwärtige Befahrung näher zu betrachten. Es werden sich daraus wichtige Schlüsse für die Eignung dieser Flüsse zu künftigen Wasserstraßen im Zusammenhang mit der geplanten Bahnlinie ergeben, als deren mehrarmige, weitreichende Ausläufer und Zubringer die Flüsse im Projekt der Regierung gedacht und bezeichnet sind. Eine dem Etat beigefügte „Denkschrift über den Bau einer Bahn nach Ruanda" enthält viel von der hinausgesandten technischen Erkundungskommission aufgenommenes statistisches Material, darunter auch solches über die Flußschiffahrt (Seite 84 bis 85), das gut zu brauchen ist, wiewohl die Denkschrift im ganzen, wie die meisten solcher ad hoc verfaßter Denkschriften und Rentabilitätsberechnungen, die Verhältnisse allzu optimistisch beurteilt und das Land auch da in Himmelblau und Rosa malt, wo graue Töne und dunkle Schatten die Wirklichkeit richtiger wiedergeben würden. Ich stelle deshalb die Angaben der Denkschrift über den Kagera und seine Nebenflüsse mit anderen Mitteilungen von Reisenden und Forschern zusammen und ergänze sie durch eigene Beobachtungen von meiner Studienreise 1911.

Um einen guten Ueberblick über den Strom zu gewinnen, nähern wir uns dem Kageratal von Osten her, wie ich es auf meiner Expedition im Juli 1911 getan habe. Wir waren vom Burigisee her über das hohe, von Baum- und Buschsteppe bestandene, äußerst menschenarme Plateauland von Mittelkaragwe nach Westen gezogen, um bei der einsamen Fährstelle Migera über den Kagera zu setzen und jenseits den Marsch nach Ostruanda zu beginnen.

Noch trennte uns eine hohe Bodenschwelle vom Kageratal und der Migerafähre. Die Hitze stieg lähmend, da sich kein Lufthauch regte. Alle Bachbetten, die wir kreuzten, waren staubtrocken, aber ihre starke Wasserführung in der Regenzeit erweisen ihre cannonartigen Schluchten, die bis zehn Meter tief in den lehmigen Verwitterungsboden eingeschnitten sind, und die durch seitliche Strudelung ausgewaschenen, fünf bis sechs Meter tiefen, dolinenartigen Löcher, die eine böse Passage für Maultiere und unachtsame Träger bilden. Wo die Tonschieferschichten sichtbar werden, streichen sie SW—NO oder SSW—NNO und fallen steil mit 70 bis 80 Grad nach Osten ein.

Endlich stehen wir auf der letzten Hügelhöhe über dem Dörfchen Migera, und mit einem Male öffnet sich die Aussicht auf das weite Tal des Kagera. Vor uns fällt der Westabhang des Karagweplateaus steil zu einer breiten graugrünen Talebene hinab, die hier 1½ bis 2 Kilometer mißt und nach links und rechts, nach Süden und Norden, mit vielen Ausbuchtungen in die Ferne zieht. Drüben aber erhebt sich noch steiler und höher als der west-

Digitized by Google

liche Karagweabfall, auf dem wir stehen, die Ostwand des Ruandaplateaus, auch diese mit zahlreichen ein- und ausspringenden Buchten, Nischen und Bergspornen, die hier das Landschaftsbild vielfältig gliedern und beleben, aber überall in milden runden Formen, unten mit Buschwald bewachsen, oben gänzlich baumlos und nur grasig, im Gegensatz zum buschigen Karagweplateau.

Nach Süden fällt unser Aussichtshügel zum Westende des kleinen Rugaschasees ab, der durch eine breite Hügellücke direkt in das Kageratal übergeht, ohne Schnellen und, wie die Eingeborenen aussagen, ohne Strömung; der grüne Randsumpf des Sees hängt unmittelbar mit dem Kagerasumpf zusammen. Denn auch dies ist nun klar zu erkennen, daß die vermeintliche graugrüne Talebene des Kagera nichts ist als ein einziger breiter Papyrussumpf, der das ganze, bis zwei Kilometer breite und anderwärts noch viel breitere Tal erfüllt. Direkt vom Fuß des Karagweabfalls reicht der Papyrussumpf des Kagera bis an den Fuß des Ruandaplateaus und läßt beiderseits nicht so viel flaches Ufer, daß die Eingeborenen da Dörfer bauen und Felder anlegen könnten. Die Berghänge senken sich ohne eine ausgebildete Uebergangsböschung ins Wasser hinein. Das Ganze sieht wie eine riesige Ueberschwemmung aus, die das weite Tal über das normale Niveau hinauf anfüllt. Durch das dunkelgrüne Papyrusmeer aber windet sich die relativ schmale, silberglänzende Schlange des Kageraflusses selbst. Oft verschwindet sie hinter einer hohen Papyrusmauer gänzlich, während an anderen Stellen mehrere offene Wasserrinnen nebeneinander sichtbar sind. Von einem Abfluß des Rugaschasees in den Kagera kann keine Rede sein, weil das Seebecken nur ein Seitenarm der Kageraniederung, ein Seitental des Kageratales ist, in welches das Ueberschwemmungswasser des Kagera eingedrungen ist.

Wenn man das meridional gerichtete, lange und breite Kageratal nach Süden und Norden überblickt und die langgestreckten Steilabfälle der beiden 300 bis 400 Meter höheren Plateaus im Osten und Westen betrachtet, und wenn man sich auf der Karte vergegenwärtigt, daß diese Richtung so oft in der Tektonik und der Hydrographie des Zwischenseengebietes wiederkehrt und nicht minder oft die steilen Ostabstürze der Plateaus gegenüber den leichter abfallenden Westabhängen, so drängt sich einem die Vorstellung von einem Grabenbruch auf. Der stratigraphische Beweis dafür ist freilich noch zu erbringen.

Vor 20 Jahren hat schon Stuhlmann beim Anblick des Kageratales als Erster den Eindruck gehabt, daß es ein tektonischer „Längsgraben" in diesem von „Bruchspalten" wimmelnden Schollenland sei. („Mit Emin-Pascha usw.", Seite 227.) Andere haben später ebenso gedacht und weiteres Beobachtungsmaterial beigebracht, so namentlich Hauptmann Herrmann („Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten" 1899, Seite 170). Vor Stuhlmann haben sich Speke (der Entdecker des Kagera) und Grant 1861, Stanley 1876 während ihrer Reisen durch Karagwe und ihrer Aufenthalte beim König

Digitized by Google

Rumanika in Kafuro allerlei Gedanken über das ſeltſame ſeenreiche Kageratal gemacht. Speke tut es mit wenigen Zeilen ab, die hauptſächlich dem „kleinen Windermereſee“ (Ruanjana) gelten („Entdeckung der Nilquellen“ I, Seite 226/7, 243/4, 287/8); auch Spekes Gefährte Grant, der viel beſſer ſchildert, hat die Mächtigkeit des Kagera (Kitengule) als Hauptfluß des Victoriaſees und ſeinen Zuſammenhang mit den „Seen Karagwe, Kagaera, Kiſhakka, Ooyewgomah (Ujogoma!), Utumbi“ ſehr wohl erkannt („A walk across Africa“, Seite 148, 192 bis 195), aber erſt Stanley erfaßte das Problem in ſeiner vollen Wichtigkeit, befuhr auf der zweiten Reiſe 1876 ein gutes Stück des Kagera von Rumanikas Reſidenz Kafuro aus, nachdem er früher den Unterlauf bereiſt hatte, und ergänzte ſeine Beobachtungen durch viele Erkundigungen, die eine Menge richtiger Angaben enthalten („Through the Dark Continent“ I, Seite 452, 461/2, 465, 476/7). Auf ſeiner ſehr ſchlechten Karte macht ſich freilich das Hypothetiſche und Falſche noch allzuſehr breit.

In Stanleys wie in den beiden anderen Darſtellungen iſt faſt immer nur die Rede von den „Seen“ und dem ſie verbindenden Fluſſe Kagera-Kitengule-Alexandranil nebſt deſſen Randſümpfen, aber nie von dem mächtigen merkwürdigen *Tal ſelbſt*, in dem die Seen und der Strom liegen; auch ſpätere Reiſende, nach Stuhlmann, ſchenken dem Tal wenig oder keine Beachtung, ſo zum Beiſpiel auch Oberſt v. Trotha, der nur von Seenlinie und Seenſtrich ſpricht. („Meine Bereiſung von Deutſch-Oſtafrika“, Seite 58 ff.) Wenn aber die Seen als die Hauptſache dargeſtellt werden, ſo trifft dies das Weſen dieſer großen Strombildung gar nicht. Nicht *ſo* ſteht die Sache, daß in der tiefen, breiten und langen Talſenke eine Anzahl von Seen eingebettet liegt, die von dem das Tal durchziehenden Fluß teils durchſchnitten, teils mittelſt ſeitlicher Abflüſſe entwäſſert werden, ſondern alle dieſe ſogenannten *Seen ſind nur Erweiterungen des Fluſſes ſelbſt*, der mit ſeinen Waſſern die ganze Talſenke ausfüllt und ſtauend in die kurzen, tiefliegenden Seitentäler eindringt, die dadurch zu ſeeartigen Buchten des Stromes werden. Das ganze große Bruchtal mit ſeinen kleineren Seitentälern iſt überſchwemmt durch *Stauung* des Stromes. Dieſe Stauung iſt durch jüngere Schollenbewegungen im Zwiſchenſeengebiet und durch Niveauänderungen des Victoriaſees verurſacht worden, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe. („Mitteilungen aus den deutſchen Schutzgebieten“, Ergänzungsheft 6, Seite 19, 24.)

Für den mittleren Kagera insbeſondere und für die Nebenflüſſe des unteren Kagera, den Ngono, Muiſcha uſw., iſt als Stauungsurſache die tektoniſche Bewegung anzuſehen, die das öſtliche vom Nordknie des Kageraſtromes gelegene Land gehoben oder nicht ſo tief wie die Südnordſtrecke geſenkt hat, ſo daß unterhalb des Nordknies, von der Mündung des Nebenfluſſes Kakitumba bis zum Ort Kwa Kitobe, eine ausgedehnte felſige Zone ſich dem Stromlauf entgegenſtellt, die er durch zahlreiche *Kataraſte und Schnellen* überwinden muß. Während man zwiſchen dem Südknie und Nordknie überall über den Strom ſetzen kann, wenn man Boote hat und das offene Waſſer

Digitized by Google

durch den Papyrussumpf vom Ufer aus zugänglich ist, gibt es keine Fähren über die lange Schnellenstrecke unterhalb des Nordknies; erst bei Kwa Kitobe und abwärts ist der Fluß wieder für Boote passierbar.

Natürlich hat die tektonisch verursachte Erschwerung des Abflusses viel dazu beigetragen, daß die Erosions- und Schwemmkraft des Flusses oberhalb der Schnellenregion sehr geschwächt wurde, und daß deswegen der Fluß die ungeheuren, ihm aus den Bergländern von Ruanda und Urundi beständig zugeführten Mengen erdiger und vegetabiler Schwemmstoffe, die sein Wasser schmutzig braun färben (Stanley: dull iron colour), nicht bewältigen kann und sie großenteils sinken läßt. Er setzt sie vor allem zu beiden Seiten des eigentlichen offenen, stärker strömenden Flußlaufes auf den Ueberschwemmungsflächen ab und fördert dadurch das üppige Wachstum von Papyrus und Röhricht, deren dichte, verfilzte Massen nun auch ihrerseits den Wasserabfluß außerordentlich verlangsamen und die Ueberschwemmung vergrößern, ähnlich wie im unteren Orinoco- und Amazonasgebiet. Im Gegensatz zu diesen Strömen hat aber der Kagera auffallenderweise kein Schwemmlanddelta in den Victoriasee hinausgebaut, ein Beweis für die relativ große Jugendlichkeit der Mündung in den See respektive des Sees selbst. Der Anfang zur Deltabildung ist jedoch gemacht, denn vor der etwa 100 Meter breiten Mündung, die jetzt nur einarmig ist, während sie zu Stuhlmanns Zeiten dreiarmig war, liegt eine niedrige, schlammige Barre, die das Einfahren in den Strom nur den flachen Booten der Eingeborenen erlaubt; nicht einmal die kleine Dampfpinasse der Regierung kann passieren.

Wegen der Absetzung der Sinkstoffe in den Papyrussümpfen ist dort das Wasser gewöhnlich viel klarer als in dem stark bewegten Stromlauf selbst, noch klarer in den stillen Seen der Seitentäler, wo der Grund für die Entwickelung des Papyrus großenteils zu tief ist. Wie der Rugaschasee (siehe oben), so können auch die anderen, nach den verschiedenen Schilderungen der Reisenden, entzückend blau bei günstiger Beleuchtung schimmern. Daß diese seitlichen Seebecken nicht vom Kagera ausgefurcht worden sind, sondern daß es die unteren breiten Enden alter Seitentäler sind, die durch das gestaute Kagerawasser überschwemmt wurden, also „ertrunkene" Täler, ergibt sich aus den vorstehenden Darlegungen ohne weiteres. Einige der seitlichen Seenbecken scheinen aber weniger durch die ursprüngliche Erosion seitlicher, meist nur regenzeitlicher Zuflüsse des Kagera gebildet zu sein als vielmehr durch tektonische Einbrüche, die ja dem ganzen mittleren Kageratal die Richtung und Gestalt gegeben zu haben scheinen. Es sind offenbar kleinere, randliche Kesselbrüche der Grabensenkung, in die dann von letzterer aus das Kagerawasser überschwemmend eingedrungen ist. Zweifellos trifft diese Deutung für den Kihondasee in Ostruanda gegenüber von Migera zu, den ich bei der Weiterreise entdeckte.

Auf Strecken, wo sich das Kageratal durch näheres Aneinanderrücken der beiderseitigen Hochplateaus oder durch vorgeschobene Hügelrücken verengt,

Digitized by Google

können sich keine Ueberschwemungsseen bilden, da das Wasser in der Enge stärker strömt und der Papyrussumpf nur schmal ist oder ganz fehlt.

Der Strom führt natürlich nicht in allen Jahreszeiten gleich viel Wasser; der Unterschied kann in Jahren schwerer Regengüsse oder langer Trockenzeiten sehr groß sein, aber auch in den trockensten Jahren bleibt der Kagera doch immer ein stattlicher Strom, jedenfalls nach dem Rufidji der mächtigste in unserem ganzen Schutzgebiet. Oft zieht er sich am Ende der Trockenzeit ganz in sein eigentliches Flußbett zurück, so daß das auf beiden Seiten des Flusses sich ausdehnende Ueberschwemungsgebiet trocken liegt. Flutmarken in der Nachbarschaft lassen erkennen, daß der Unterschied zwischen Hoch- und Niederstand mehrere Meter betragen kann, obgleich beim Hochstand in der Regenzeit sich die Wassermassen über die riesigen Inundationsflächen und die seitlichen Einflußseen verteilen. Den offenen Stromlauf habe ich in der Trockenzeit Mitte Juli bei der Migerafähre auf 40 bis 45 Meter Breite und mehr als 5 Meter Tiefe geschätzt, da die langen Stangen der Bootsleute keinen Grund fanden, und eine Stromgeschwindigkeit von 20 bis 30 Metern in der Minute. Graf Götzen maß Anfang Mai, am Beginn der Trockenzeit, beim Südknie 35 Meter Breite („Durch Afrika", Seite 148); Ramsay kurz unterhalb der Vereinigung mit dem Ruwuwu Anfang März 50 Meter Breite und 5 bis 7 Meter Tiefe („Verhandl. d. Ges. f. Erdk. z. Berlin, 1898", Seite 310); Kandt in derselben Gegend Anfang April 35 Meter Breite und reißenden Lauf innerhalb eines mehrere Kilometer breiten Papyrussumpfes („Caput Nili", Seite 250); Schnee ebenda Ende März 60 Meter Breite, aber keine sehr starke Strömung („Deut. Kolonialblatt" 1913, Seite 753); die technische Erkundungskommission für die Ruandabahn im März 1913 am Südknie 30 Meter Breite, oberhalb aber 35 bis 60 Meter Breite, eine Oberflächengeschwindigkeit von 21 Metern pro Minute, eine durchschnittliche Tiefe von 5,20 Metern an der Mündung des Ruwuwu, von 4 Metern oberhalb der Mündung und eine Wassermenge von rund 84 Kubikmetern pro Sekunde. (Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet pro 1914, Seite 85). Weiter stromabwärts beim Ruanjanasee, also in der Nähe der Ischangufähre, maß Stanley im März (Regenzeit) 45 Meter Breite und sogar 15 Meter Tiefe (?) mit 2½ Knoten Strömung pro Stunde („Dark Continent" I, Seite 461). Am Nordknie fand Stuhlmann im April den Strom 50 bis 60 Meter breit und „sehr tief". („Mit Emin Pascha", Seite 249), noch weiter unten bei der Kitangulefähre im März 60 Meter breit und mehrere Meter tief (Seite 220), während Stanley in derselben Gegend im März zirka 100 Meter Breite und 17 Meter Tiefe gemessen hat. Nahe der Mündung endlich maß Schweinitz in der Trockenzeit 80 bis 100 Meter Breite und 8 Meter Tiefe. Den verschiedenen offenen Seen des Mittellaufes, die Stanley befuhr, dem Rumanjana-Windermere, dem Ihema, dem Uhimba-Kaschonga, gibt Stanley nach Lotungen im März (Regenzeit) 20 bis 65 Fuß Tiefe, den Papyrussümpfen 9 bis 14 Fuß („Dark Continent", Seite 462). Trotha fand im September, der höchsten Trockenzeit, den Kagera bei Kifumbiro 30 bis 35 Meter breit und eine reißende

Digitized by Google

Strömung, während er dem oberen Lauf südlich der Seen Ihema, Kaschonga usw. nur etwa 20 Meter offenen Stromlauf zuteilt („Meine Bereisung von Deutsch-Ostafrika", Seite 58), was wohl meist unterschätzt ist.

Die ungeheure Versumpfung des Kageratales ist der Grund, daß im Strom verhältnismäßig wenig Krokodile leben, denn die Tiere finden nicht genug Sandbänke zum Sonnen und Eierablegen. Um so wohler fühlen sich in den Papyrussümpfen die Nilpferde, von denen es in den Wasserwildnissen wimmelt. Noch mehr wimmelt es leider von Moskitos (Culex und Anopheles), die die Stromniederung bei Eingeborenen und Europäern zu einem gefürchteten Infektionsgebiet für Malaria machen. Die Bewohner der anliegenden Hochländer haben einen mehrtägigen Aufenthalt am Kagera regelmäßig mit Fieberanfällen zu büßen, die sehr oft tödlich verlaufen. Eine scharfe Verbreitungsgrenze ist das breite sumpfige Kageratal für die Rhinozerosse. Während die beweglicheren anderen großen Steppentiere auch in den Buschsteppen westlich des Kagera vorkommen, zum Beispiel in Nordostruanda und Südostmpororo, fehlt dort das Rhinozeros (Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, „Im innersten Afrika", Seite 32), das doch gerade in Karagwe noch häufig ist. Das plumpe Tier scheint die breite Sumpfniederung des Kagera nicht passieren zu können.

Eine scharfe Scheide und Verbreitungsgrenze ist das breite, von Stromwasser, Sümpfen und Seen erfüllte Tal aber auch für die Menschen. Wer mit der gewohnten Vorstellung an den Kagera kommt, daß ein großer Fluß ein Bild mannigfaltigen Lebens sein müsse, ist anfangs aufs höchste überrascht, daß der Strom auf seinem in Luftlinie zirka 170 Kilometer langen Süd-Nordlauf fast gar keine Dörfer an seinen Ufern hat, und daß nirgends Boote die Gewässer befahren. Den Hauptgrund für das Fehlen von Siedelungen in der Niederung habe ich schon oben angeführt. Nur vereinzelt haben sich an den Rändern der Seen und an den Fährstellen des Stromes kleine Hüttengruppen angebaut, die namentlich in der Trockenzeit, wenn die Ueberschwemmungssümpfe trocken fallen, einige Flächen des Papyrus abbrennen und auf ihnen Bataten anbauen, die bis zur Wiederkehr des Hochwassers geerntet sein müssen. Aber den Strom selbst und seinen Fischreichtum können sie nicht ausnutzen, weil das Wasser für das Aufstellen von Reußen zu tief ist und für das Angeln zu eilig strömt. Auch die elende Beschaffenheit der Boote würde allen regeren Verkehr auf dem Fluß verbieten, selbst wenn die Anwohner das Bedürfnis eines solchen Verkehrs hätten, was nicht der Fall ist. Die Boote sind ausschließlich Einbäume und fast sämtlich so klein, so schmal und kurz, daß außer dem Bootsmann, der darin steht und mit langem freigehaltenen Ruder das Fahrzeug vorwärts treibt, nur zwei oder drei Passagiere mit ihren Lasten hintereinander darin hocken können. Zudem sind sie meist krumm und schief, so daß sie kaum schwimmen und das Gleichgewicht halten können. Diese Fehler sind aber weniger durch die Ungeschicklichkeit der Bootsbauer verursacht als durch den Mangel an großen geraden Bäumen, die zum Bootsbau ver-

Digitized by Google

wandt werden können. Im ganzen oberen und mittleren Kageratal und auf den angrenzenden Hochplateaus gibt es keinen Baum, aus dem sich ein ordentliches großes Kanu herstellen ließe; erst der Buddawald am unteren Kagera hat deren genug, aber selten kommen diese größeren Einbäume über die oberhalb von Buddu beginnende lange Schnellenstrecke hinauf in den Mittellauf des Stromes.

Wie könnte sich aber auch ein regerer Flußverkehr zwischen den Uferländern des Stromes und ihren Bewohnern entwickeln, wo diese einander so feindlich waren und größtenteils noch sind, wie das von jeher alle äußere Annäherung abwehrende Ruanda und Karagwe, oder Ruanda und Urundi, oder Mpororo und Karagwe, oder Uganda und Kisiba? Und zudem ist die Bevölkerung außerordentlich dünn in der Nachbarschaft des Kagera. In Karagwe, Nordostruanda, Uhimba, Westussuwi wandert man tagelang durch steppenhaftes oder buschiges Land, ohne einen einzigen Eingeborenen oder eine Hütte zu sehen. Ueber die Gebiete am Kageraknie, wo die Bahn beginnen soll, schreibt ein alter, bekannter Afrikaner, der dort mit den Ingenieuren der Bahnerkundungskommission tätig war: „Ein schönes Eden: keine Menschen, keine Nahrung, aber Berge, Berge, Berge mit Steinen, Steinen und nochmals Steinen!" („Usambarapost" 1913, Nr. 41.) Erst in der Ruandaprovinz Kisakka und in Nordurundi beginnen abseits vom Kagera die dichter besiedelten Landschaften.

So beschränkt sich der Bootsverkehr des Kagera fast ganz auf das gelegentliche Uebersetzen einzelner Personen, wie reisender Händler, an den wenigen sogenannten *Fährstellen*, bis neuerdings die Verkehrsentwickelung des Victoriasees und der Aufschluß Ruandas auch den Verkehr über die Kagerafähren einigermaßen vermehrt haben. Freilich vollzieht er sich immer noch vermittels der kleinen elenden Einbäume, von denen selten mehr als sechs oder acht bei einer Fährstelle aufzutreiben sind. Manchmal, wenn größere Lasten überzusetzen sind, bindet man zwei dieser Nußschalen nebeneinander, aber auch dann braucht eine Karawane von 100 Mann mit Lasten mindestens einen vollen Tag, bis sie auf das jenseitige Ufer gebracht ist, und man muß sich jedesmal glücklich preisen, wenn kein Kanu umgeschlagen und sein Inhalt nicht in den Fluten ertrunken ist. Nur an der Kifumbirofähre im Unterlauf und an der Ischangufähre im Mittellauf, wo die Hauptverkehrswege nach Uganda und nach Ruanda den Kagera kreuzen, sind von der Regierung große europäische Boote auf den Strom gesetzt worden, die zunächst amtlichen Zwecken dienen, aber auch von anderen Karawanen gegen Entgelt benutzt werden können.

Die weitere wirtschaftliche und politische Entwickelung unseres Schutzgebietes wird selbstverständlich auch *die* Folge haben, daß man den Kagera als *Wasserstraße* zu benutzen sucht, soweit er schiffbar ist, und Dampf- oder Motorboote auf ihn bringt. Das wird unter allen Umständen dann geschehen, wenn man die beabsichtigte Bahn zu seinem Südknie bauen wird. Für den Anschluß des Kagera an eine Bahn und für eine künftige Dampferbefahrung

Digitized by Google

des Flusses muß seine natürliche Gliederung in drei verschiedene, durch unpassierbare Schnellen voneinander getrennte Stromstrecken maßgebend sein.

Diese drei Teilstrecken des Kagera fallen dem Betrachter der Karte sofort in die Augen. Es ist, vom Victoriasee her gezählt, erstens der west-östlich gerichtete Unterlauf von den Schnellen am Nordknie bis an die Mündung, zweitens der in der süd-nördlichen Grabensenke liegende Mittellauf von den Fällen am Südknie bis zu den Schnellen am Nordknie, und drittens der Ruanda von Nordwest nach Südost in unendlichen Windungen durchziehende schiffbare Teil des Oberlaufes, der bei den Schnellen des Njawarongo oberhalb Kigali beginnt und von der Mündung des Akanjaru an, nunmehr Kagera genannt, der Vereinigung mit dem Ruwuwu am Südknie zuströmt. Die trennenden Zwischenglieder dieser drei Teilstrecken sind also erstens die Schnellen unter dem Nordknie zwischen Unterlauf und Mittellauf, und zweitens die Fälle am Südknie zwischen Mittellauf und Oberlauf. Diese beiden trennenden Fälle- und Schnellenstrecken sind für die Schiffahrt, selbst für die kleinsten Boote, absolute Hindernisse.

Auf der Schnellenstrecke des Unterlaufes zwischen dem Nordknie und Kwa Kitobe ist das Tal oft „felsig und eng; auf beiden Seiten treten ziemlich hohe Hügel bis nahe an die Ufer. Der Strom selbst ist reißend. Der Weg führt stets in einiger Entfernung vom Fluß, aber immer hört man sein Rauschen. Gerade an den Schnellen hat man herrliche Landschaftsbilder, wenn sich der Strom an einer mit Phönixpalmen und Sykomoren bewachsenen Insel, die sich ihm entgegenstellt, bricht und Nilpferde sich in den schäumenden Wellen tummeln". (Briefliche Mitteilungen von Dr. A. Römer, Stuttgart.)

Auch Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg spricht entzückt von der landschaftlichen Schönheit der dort „von hohen Felspartien eingeengten Schnellen des wild dahinrauschenden Stromes". („Ins innerste Afrika", Seite 35.)

Die Rusjumofälle am Südknie des Kagera beschreibt ihr Entdecker, Graf Götzen, als zwei Wasserfälle von zirka fünf Metern Höhe in einem felsigen Engpaß („Durch Afrika", Seite 148). Ramsay sagt 1897: „Einige hundert Meter nach der Vereinigung von Kagera und Ruwuwu sind Schnellen im Fluß. Dann verengt sich der Strom auf etwa 20 Meter und stürzt mit riesigem Getöse zirka 10 Meter herab. Gleich unterhalb des Falles ist eine kleine viereckige Flußerweiterung. Einige hundert Meter unterhalb liegen dann noch Stromschnellen, die aber nicht Fälle genannt werden können." („Verhandlungen der Gesellschaft für Erdkunde", Berlin 1898, Seite 310.) Kandt erwähnt nur kurz die „enge Schlucht, durch die der Kagera bricht" und „die beiden Fälle, die in zehn bis fünfzehn Meter tiefem Sturz gegen die Wände des engen Bettes wüten". („Caput Nili", Seite 249.) Ausführlicher dagegen gibt in seinem neuesten Bericht Gouverneur Schnee seinen Eindruck

Digitized by Google

wieder: „Der durch den Zusammenfluß des Njawarongo und Ruwuwu gebildete Kagera ist hier etwa 60 Meter breit. Die Strömung ist nicht so stark, daß sie der Schiffahrt Hindernisse bieten würde. Bis zum Durchbruch des Kagera an den Wasserfällen ist für die Schaffung von Landungsanlagen und zur Sicherung der Schiffahrt eine hinreichend lange Flußstrecke vorhanden .. In dem Wasserfall stürzen die beträchtlichen Wassermassen des Kagera, nach Berechnung der Ingenieure zirka 200 Kubikmeter pro Sekunde, etwa 15 bis 20 Meter hoch in zwei durch eine Insel getrennten Teilen herab; der breitere Teil mag 30 Meter, der schmälere 10 Meter breit sein . . . Unterhalb des Falles bildet der Fluß eine seeähnliche Ausbuchtung, um dann in einigen gleichfalls imposanten Schnellen den Durchbruch durch die hier den Fluß einengenden Hügel zu vollenden." („Deutsches Kolonialblatt" 1913, Seite 753.) Schließlich noch die Mitteilung der technischen Erkundungskommission der Ruandabahn, März 1913: „Der Kagera fällt ungefähr 300 Meter unterhalb des Zusammenflusses des Njawarongo und des Ruwuwu auf einer Strecke von 300 Metern Länge zirka 20 Meter in einem Hauptfall und, daran anschließend, in einer Reihe von Schnellen ab. Unterhalb der Fälle ist der Kagera wiederum, und zwar bis zum sogenannten Nordknie, über 150 Kilometer weit schiffbar. Der Fluß hat auf dieser Strecke eine Tiefe von ungefähr 5 Metern und eine Breite von 40 bis 60 Metern. Die Verbindung der unteren Flußstrecke mit den oberen schiffbaren Flußläufen kann durch eine kurze Umgehungsbahn der Katarakte hergestellt werden." (Etat für Deutsch-Ostafrika 1914, Seite 85.)

Merkwürdigerweise wächst die Höhe des Falles mit jedem folgenden Beobachter von 5 Metern zu 10 Metern, zu 10 bis 15 Metern, zu 15 bis 20 Metern, zu 20 Metern, was gewiß nur subjektive Beobachtungsdifferenzen sind.

Im übrigen gibt es für die Schiffahrt auf dem Kagera keine Terrainhindernisse bis oberhalb der Einmündung des Akanjaru, dann aber im Njawarongo und weiter oben im Mkungwa wieder eine Menge unpassierbarer Schnellen. Schiffbar ist also der Kagera, wenn man die vor seiner Mündung liegende Barre (siehe oben) überwunden hat, erstens von der Mündung bis Kwa Kitobe, wo die Nordschnellen beginnen, zweitens vom Nordknie bis an die Russumofälle des Südknies und drittens von den Südfällen bis über die Akanjarumündung hinaus in die Nähe von Kigali, wobei allerdings oft sehr geringe Stromtiefen zu berücksichtigen sind; sie betragen „fast überall mindestens 1,20 Meter". (Etat für Deutsch-Ostafrika 1914, Seite 85.) Oberhalb von Kigali sperren den Njawarongo felsige Schnellen unter 2° und 2° 7' beim Durchbruch durch die östlichen Randberge von Zentralruanda. Angeblich soll er weiter oben sogar noch 40 Kilometer aufwärts (Etat für Deutsch-Ostafrika 1914, Seite 85) schiffbar sein, aber das ist höchst problematisch. Schiffbar ist ferner vom Kagera aus der Akanjaru auf seiner zirka 90 Kilometer langen Südnordstrecke für kleine Boote bis zum Südknie. Er hat an den schmalsten Stellen des offenen Wasserlaufes eine Breite von 10 Metern und eine Min-

Digitized by Google

desttiefe von 1,50 Metern; und schiffbar ist auch der größte Nebenfluß des Kagera, der Ruwuwu, zirka 30 Kilometer weit hinauf bis zur Grenze von Uhimba, vielleicht sogar noch 45 Kilometer weiter bis zu den Schnellen von Sagatwe in Westussuwi (Etat 1914, Seite 85). Oberhalb des Zusammenflusses mit dem Njawarongo war im März (Regenzeit) der offene Flußlauf 38 Meter breit und 5 Meter tief und hatte eine Wassergeschwindigkeit von 54 Metern pro Minute und eine Wasserführung von 177 Kubikmetern pro Sekunde. (Danach hätte übrigens der Ruwuwu eine doppelt so große Wassermenge wie der Njawarongo mit 84 Kubikmetern und wäre demzufolge der Hauptfluß des Kageraſystems; seine Quellen wären also nach der üblichen Definition „die Quellen des Nils"). Weiter oben bis zur Uhimbagrenze ist der Ruwuwu zwischen 1,50 und 6 Meter tief und 30 bis 60 Meter breit. Oberhalb der genannten Endpunkte wimmeln der Ruwuwu (Baumann, „Durch Massailand", Seite 146) wie der Akanjaru von Stromschnellen und Kataraften, was nach meinen Beobachtungen auch von ihren Oberläufen gilt, die ich 1911 mehrmals passierte.

Der günstigste Ausgangspunkt für die Schiffahrt des Kagera und seiner Nebenflüsse wäre also das Südknie oberhalb der Russumofälle. Von da könnte man mit kleinen Dampf- oder Motorbooten bis ins Herz Ruandas und vermittelst des Akanjaru und des Ruwuwu bis weit in das nördliche Urundi fahren. Anderseits könnte dicht unterhalb der Russumofälle die Schiffahrt auf dem zirka 170 Kilometer langen südnördlichen Mittellauf des Stromes beginnen, die ganz Ostruanda und Karagwe in ihren Verkehrsbereich ziehen würde. Diese Gebiete sind freilich sehr wenig bevölkert, und Handelsprodukte gibt es in diesen vorwiegend von Busch- und Grassteppe überzogenen Ländern gar nicht; das nordöstliche Drittel Ostruandas ist überhaupt unbewohnte, aber wildreiche Steppenwildnis. Dagegen sind die vom Südknie des Kagera an durch den Oberlauf des Stromes geschnittenen Landschaften Kisakka, Bugufi, Bugessera usw. abseits der Flußniederungen dicht bevölkert und werden wohl bald für den Handel brauchbare Erzeugnisse der Viehzucht und des Bodenbaues liefern, sobald die Möglichkeit eines gewinnbringenden Absatzes gegeben ist. Noch aussichtsvoller sind in dieser Hinsicht die von den Endpunkten der Schiffahrt berührten volkreichen Gebiete Zentralruandas und Nordurundis (durch den Unterlauf des Ruwuwu und des Akanjaru), so daß mit gutem Recht erwartet werden kann, daß sich diese drei Schiffahrtsendpunkte bei Kigali (Kagera), bei den Ruanitoschnellen in Westussuwi (Ruwuwu) und am Südknie des Akanjaru zu wichtigen Verkehrs- und Handelsplätzen des großen Zwischenseengebietes entwickeln werden.

Freilich muß ich einschränkend hinzufügen, daß die Schiffahrt auf diesen Strömen keineswegs leicht ist. Da die Flußläufe meist außerordentlich viele und enge Windungen haben, kann man nur kleine, kurze Fahrzeuge verwenden, die den Krümmungen leicht folgen können; eine Länge von 15 Metern und eine Breite von 3 bis 4 Metern dürfte das Maximum sein. Weil aber ferner die Strömung auf vielen und langen Strecken so stark ist,

Digitized by Google

daß sie daselbst mit 30 bis 40 Meter pro Minute eher unter- als überschätzt sein wird, so müssen die Boote trotz ihrer Kleinheit eine sehr kräftige Maschine haben, die sie stromauf treibt, während sie stromabwärts vorsichtig navigieren müssen, um nicht weggerissen zu werden. Dazu kommt noch der Uebelstand, daß sich in all diesen Stromläufen nur sehr wenig geeignete Stellen zum Anlegen an das Ufer finden. Nur da, wo ausnahmsweise der Flußlauf die Uferhügel unmittelbar berührt, können die Boote festmachen; im übrigen läßt der breite Saum von Papyrus- und Schilfsumpf zu beiden Seiten des Flußlaufes die Boote nicht ans feste Ufer herankommen. An den sogenannten „Fähren" wird durch die Eingeborenen vom Ufer durch den Sumpfstreif bis zum Fluß eine lange schmale Schneise im Papyrusdickicht ausgeschlagen, die den Booten die Durchfahrt zum Flusse gestattet, aber das Fahrwasser ist darin so wenig tief, daß nur flache kleine Boote darin mit Stangen gestaakt werden können und größere Schiffe in dem durchweg schlammigen Grund stecken bleiben würden. Liegen aber die Papyrussümpfe zu Ende der Trockenzeit großenteils trocken, so ist erst recht nichts mit den Booten zu machen. Und so wie am Kagera liegen die Verhältnisse auch an den beiden Seitenflüssen Ruwuwu und Akanjaru, soweit diese schiffbar sind.

Ich fürchte, daß man diese hydrographischen und rein navigatorischen Schwierigkeiten in dem großen Plan der Landeserschließung durch eine Kombination von Eisenbahn und Wasserstraßen bedeutend unterschätzt. Noch hat niemand auf größeren Booten als den kleinen Nußschalen der Eingeborenen in längerem Hin- und Herfahren praktisch ausprobiert, ob eine Schiffbarkeit des Stromsystems innerhalb der durch die Fälle und Schnellen gezogenen Grenzen wirklich den Anforderungen europäischer Verkehrsmittel entspricht. Die bisherigen Versuche mit größeren Booten erstreckten sich nur auf einzelne Abschnitte des Stromlaufes und gingen nur flußabwärts; die größte Erkundungsfahrt ist wohl die, welche der Hauptmann Gudovius auf dem acht Meter langen Aluminiumruderboot der Residentur Ruanda auf dem Kagera von Kigali bis über die Fälle des Südknies hinaus ausgeführt und wobei er überall mehr als zwei Meter Tiefgang (kurz nach der Regenzeit) gefunden hat.

Die technische Kommission der Ruandabahn März 1913 faßt ihre navigatorischen Erfahrungen in dem Satz zusammen: „Fahrzeuge von 15 Metern Länge, 3 bis 4 Metern Breite und 1 Meter Tiefgang werden fahren können." (Etat für Deutsch-Ostafrika 1914, Seite 85.) Das sind freilich sehr bescheidene Ansprüche! Und es ist unverständlich, wie da die dem Etat beigefügte Denkschrift über den Bau einer Ruandabahn von einem „Netz von schiffbaren Flußläufen von mindestens 500 Kilometern Länge, das sich nach den verschiedensten Richtungen über Ruanda und Urundi ausbreitet" (Seite 82), von „günstigen Flußverhältnissen" und von „guten Wasserstraßen", die viel billigere Frachten als die Landstraßen erlauben werden (Seite 85), sprechen kann.

Digitized by Google

Der europäischen Technik wird es zweifellos gelingen, der genannten und noch mancher anderen Schwierigkeiten in der Befahrung dieser Wasser*wege* — Wasser*straßen* ist für die meisten Strecken viel zu viel gesagt — Herr zu werden, aber es wird noch sehr viel braunes Kagerawasser in den Victoriasee fließen, bis man sich des Stromes verkehrstechnisch bemächtigt haben wird, und es wird noch manche Million daran gewandt werden müssen, bis das erste Dampferchen oder Motorboot von den Rusumofällen des Südknies bis auf den mittleren Njawarongo nördlich von Kigali fahren und den Verkehr nach Zentralruanda eröffnen kann. Dem *Dampferbetrieb* wird man wohl den Vorzug vor dem kostspieligeren Motorbootbetrieb geben, weil man vom Bahnende an den Rusumofällen Kohlen relativ billig entnehmen kann, falls man nicht — was in dem äußerst holzarmen Land sehr wichtig wäre — aus dem in ungeheuren Massen an den Flüssen wuchernden Papyrus *Briketts* für Maschinenfeuerung herstellen kann. So gut wie die Engländer (mit dem Deutschen Dr. vom Rath) am Obernil aus dem dortigen „Sedd" brennbare Briketts für die Schiffahrt fabrizieren, müßte dies doch auch aus dem noch faserigeren Papyrus des Kagera und seiner Nebenflüsse gelingen.

Der *Bahnbau* nach dem Südknie des Kagera wird nächstens im Reichstag eingehend erörtert werden. An der vielstimmigen Diskussion über die Frage der besten Trasse habe auch ich mich schon mehrfach beteiligt und mich unter Darlegung meiner Gründe für die Bahnverbindung des Kageraknies mit der Kimvani- oder der Njemirembebucht des *Victoriasees* entschieden; zugleich für den Ausbau der Nordbahn der Kolonie über den Meru hinaus nach dem Spekegolf des Victoriasees oder nach Muansa („Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten", Ergänzungsheft 6, Seite 23, und „Tägliche Rundschau" 1913, Nr. 111 und 112), wodurch die Ruandabahn am letzten Ende in die Tangabucht des Indischen Ozeans ausmünden würde. Dieser auch von anderen Sach- und Landeskennern, wie Dr. Kandt, Professor Jäger, Hauptmann Gudovius, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, mit guten Gründen empfohlene Plan hat heftigen Widerspruch bei der großen Gruppe von Interessenten gefunden, die den Anschluß der nach Ruanda führenden Stromstrecken vom südlichen Kageraknie aus an die *Zentralbahn* wollen, also eine Zweigbahn Tabora–Kagera. Die Interessenten der Zentralbahn wollen der Hauptlinie durch seitliche Zuführungslinien möglichst viel Verkehr verschaffen, weil die Hauptlinie von dem zu etwa drei Vierteilen höchst dürftigen, menschenleeren Gebiet, das sie durchschneidet, nicht leben kann. Was ich vor Jahren in langer Polemik gegen das Projekt der Zentralbahn ins Feld führte, ist eingetroffen, die Führung der Linie durch Ugogo, Ujansi, Ostunjamwesi hat sich zum größten Teil als *verfehlt* herausgestellt, und nur der Handel mit dem Tanganyikagebiet und der Transitverkehr nach und aus der Kongokolonie können Besserung bringen, wenn die Bahn den Tanganyikasee erreicht haben wird. Zugleich will man die Länder im Norden und Süden der Zentralbahn durch Zufahrstraßen und Zweigbahnen der Hauptlinie tributär machen und

Digitized by Google

deshalb zunächſt Tabra mit dem Kagera verbinden, ſpäter wahrſcheinlich Muanſa und den Victoriaſee anſchließen und anderſeits von Kiloſſa oder einem Uhehe bauen. Auf dieſe Weiſe würde der ganze Verkehr von etwa ⅔ unſerer Kolonie auf die Zentralbahn zuſammenlaufen, reſpektive von dieſer aus in den größten Teil des Schutzgebietes ausſtrahlen, und aller Handel und Verkehr wie aus einem Trichter in den Hafen von Dareſſalam ausmünden, was nicht bloß für die Verwaltung und kommerzielle Beherrſchung und Entwicklung der Kolonie große Vorteile hätte, ſondern auch für die Zentralbahn ſchließlich doch noch ein gutes Geſchäft werden könnte.

Aber unter dieſer gewaltigen Monopoliſierung des Schutzgebietsverkehrs durch die Zentralbahn kämen natürlich die nördlichen und ſüdlichen Wirtſchaftsgebiete der Kolonie, die von der Zentralbahn aus nicht mehr mit Vorteil zu erreichen ſind, alſo die Länder weſtlich des Kilimandſcharo und die zwiſchen Kilwa und dem Njaſſaſee, ganz enorm zu kurz. Die jetzt bis an den Meru geführte Nordbahn würde vorausſichtlich ein Torſo bleiben, und eine Südbahn durch das Hinterland von Kilwa oder Lindi würde wohl nie gebaut werden, denn die Zentralbahnintereſſenten würden dafür ſorgen müſſen, daß ihnen und ihrem Monopol keine Konkurrenz erwüchſe. Das Ideal der Erſchließung und Koloniſierung des Schutzgebietes durch drei Oſtweſtbahnen, nämlich eine Nordbahn von Tanga zum Victoriaſee, eine Mittelbahn von Dareſſalam zum Tanganyikaſee und eine Südbahn von Kilwa oder Lindi zum Njaſſaſee, würde niemals verwirklicht werden. Schon die Sorge um die Verzinſung der Anleihen für die Zentralbahn und ihre Erweiterungen würde die Anforderung neuer Mittel für den Weiterbau der Nordbahn unmöglich machen. Schon jetzt hat die Kolonie die Zinſen und Amortiſierung zweier Bahnanleihen von 127 Millionen zu tragen, wozu beim Bau einer Zweigbahn Tabora—Kagera noch die entſprechenden Aufwendungen für ein Kapital von mehr als 50 Millionen kämen. Wenn in der dem Etat beigefügten Denkſchrift der Satz aufgeſtellt wird, daß „die durch die Bahn zu erſchließenden Gebiete allein und aus eigener Kraft den geſamten Anleihedienſt übernehmen können“ (Etat 1914, Seite 92), ſo kann ich ein ſo kühnes Vertrauen auf die Zukunft nur bewundern. Auf das entſchiedenſte aber muß ich dem Satz widerſprechen, daß durch baldige Einführung, reſpektive Erhöhung der Kopfſteuern „in Ruanda, Urundi und den von der Kagerabahn berührten Gebieten die geſamte Verzinſung und Tilgung des Baukapitals“ gedeckt werden können. Die Bevölkerungsverhältniſſe in den meiſten der von der geplanten Bahnlinie berührten Gebiete des nordweſtlichen Unjamweſi und der Uſſumbwaländer ſind, wie ich an anderer Stelle berichtet habe („Tägliche Rundſchau“ 1913, Nr. 111), infolge der wilden Arbeiteranwerbung für die Plantagen und die Zentralbahn ſo überaus traurig, daß man dieſen in völligem Verfall befindlichen armſeligen Landſchaften nicht auch noch erhöhte Kopfſteuern auferlegen darf. Und der Verſuch, in dem wegen der großen

Digitized by Google

Reizbarkeit und Streitbarkeit seines Volkes bisher vom Gouvernement noch abgeschlossenen Urundireich, wo wir noch gar keine Verwaltung eingerichtet haben, Kopfsteuern zu erheben, wäre meines Erachtens gleichbedeutend mit der Erregung eines Aufstandes, der uns teurer zu stehen kommen könnte als alle ostafrikanischen Bahnanleihen zusammengenommen. Ich bin 1911 monatelang durch jene Länder gezogen und spreche nicht bloß vom Hörensagen. Auch empfehle ich dringend, über die jammervollen Zustände in Unjamwesi und Ussumbwa zu lesen, was einer der gründlichsten Kenner dieser Länder, der seit mehr als 20 Jahren dort tätige Missionar van der Burgt, im Dezemberheft 1913 der „Kolonialen Rundschau" darüber veröffentlicht hat.

Gegen die durch die geplante Tabora-Kagera-Bahn drohende schwere finanzielle Belastung und gegen die Benachteiligung des Nordens und Südens gegenüber dem Zentralgebiet hat man sich bereits im ostafrikanischen Gouvernementsrat energisch gewehrt, aber schließlich haben die an der Zentralbahn ansässigen Gouvernementsratsmitglieder, denen natürlich an der Wert- und Verkehrssteigerung der Zentralbahn sehr viel gelegen ist, zusammen mit den vier dem Gouvernement angehörenden Ratsmitgliedern, die das Interesse des Gouvernements, das heißt in diesem Falle der Zentralbahn, zu vertreten haben, in der Abstimmung für die Zweigbahn Tabora—Ruanda obgesiegt.

Das Gouvernement ist an der Zentralbahn sehr stark interessiert, weil die Kolonie die meisten Anteile der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft (1912: 18 300 000 von 21 Millionen) angekauft hat, also auch auf die Rentabilität dieses Unternehmens bedacht sein muß. Die zweite Interessentengruppe ist die Eisenbahngesellschaft selbst, die selbstverständlich alles tut, um ihrem großen Unternehmen, das wegen der unglücklichen Trassenführung der Zentralbahn durch größtenteils öde, menschenleere Steppengebiete sehr wenig Erfolg versprechen kann, möglichst aufzuhelfen. Und die dritte Interessentengruppe ist die Bahnbaugesellschaft Holzmann u. Co., die natürlich das nun schon jahrelang in Deutsch-Ostafrika betriebene einträgliche Baugeschäft noch einige Jahre länger und namentlich auch ohne Unterbrechung weiter betreiben möchte, denn nach einer längeren Pause die unterbrochene Arbeit aufzunehmen und die nötigen Ingenieure, Arbeiter, Maschinen usw. wieder zusammenzubringen und neu einzuarbeiten, würde den Bau viel schwieriger und teurer machen. Hierauf nimmt die Regierung begreiflicherweise Rücksicht und hat deshalb der Baugesellschaft schon wiederholt erlaubt, auf deren eigenes Risiko weiterzubauen, in der sicheren Erwartung, daß der Reichstag ebenfalls die Nachteile einer Bauunterbrechung einsehen und die für den Weiterbau angeforderten Mittel bewilligen werde. Das ist denn auch bisher jedesmal geschehen; aber mit Recht hat sich in der Reichstagssitzung vom 8. März 1913, wo die Eisenbahnanleihe für die Fortsetzung der Zentralbahn zum Tanganyikasee bewilligt wurde, der über Ostafrika aus eigener Anschauung sehr gut orientierte Abgeordnete Paasche

Digitized by Google

391562

gegen diese Praxis ausgesprochen und sich dagegen gewandt, „daß wir uns in diesem Schutzgebiet immer nur nach den Bedürfnissen von zwei Gesellschaften richten". Nicht die geschäftlichen Interessen der Firma Holzmann und der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, nicht die fiskalischen und budgetären Interessen des Gouvernements dürfen in der Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit den Ausschlag geben, sondern die Rücksicht auf die Entwickelung der ganzen Kolonie und auf die Interessen aller ihrer Bewohner. Das geschieht aber nicht durch die monopolistische, einer Hilfeleistung ähnliche Förderung der notleidenden Zentralbahn vermittels des Baues einer Zweigbahn Tabora—Ruanda, die, wie oben gezeigt, größtenteils auch wieder durch aussichtslose, äußerst dünn bewohnte Steppenwildnis führen würde, wie auch die jüngste Erkundungsreise des Gouverneurs Schnee gezeigt hat („Deutsches Kolonialblatt" 1913, Seite 753/4), sondern durch den Bahnanschluß Ruandas und des Kagera an den Victoriasee vermittels einer nur halb so langen, technisch keineswegs schwierigeren Linie Kageraknie—Kimoanibucht oder Kageraknie Njemirembucht (237 Kilometer gegenüber 481 Kilometern der Strecke Tabora—Kagera) und durch den baldigen Ausbau der Nordbahn zum Spekegolf des Victoriasees oder nach Muansa. Kommt dann nach Jahren eine Südbahn von Kilwa oder Lindi zum Njassasee hinzu, so ist das Ideal der wirtschaftlichen Erschließung unseres Schutzgebiets durch drei gleichmäßig verteilte Bahnlinien, nämlich eine Nordbahn zum Victoriasee und weiter nach Ruanda, eine Zentralbahn zum Tanganyika und weiter nach dem Ostkongoland, eine Südbahn zum Njassa und weiter nach Rhodesien, erreicht.

Rassenmischehe und Kirche.

Von Pastor Hasenkamp, Swakopmund.

I.

Am 8. Mai vorigen Jahres beschloß der Reichstag folgende vom Zentrum eingebrachte Resolution: „Die verbündeten Regierungen um Einbringung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, welcher die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet." Das Zentrum ist zweifellos von der katholischen Mission zu seinem Vorgehen angeregt worden. Hand in Hand mit der katholischen Mission geht aber in dieser Frage die evangelische Mission. Das lehrt eine Resolution, die der Ausschuß der deutschen evangelischen Missionsgesellschaften vor einem Jahr beschlossen und dem Staatssekretär des Reichskolonialamtes überreicht hat (vgl. die Februarnummer des „Gemeindeblattes"). Der Standpunkt der Missionsleitungen wird, wenigstens in Deutsch-Südwestafrika keineswegs von allen in der Kolonie selbst wirkenden Missionaren geteilt. Zum Beispiel hat sich Herr Missionspräses Wandres in einem Aufsatz, den er während des Besuches von Herrn Staatssekretär Dr. Solf der Regierung überreicht hat, für das Verbot der Rassenmischehe ausgesprochen. Als die berufenen Vertreter der deutschen evangelischen Kirche in unserer Kolonie aber müssen auch wir Pfarrer

Digitized by Google

zu dieser wichtigen Frage öffentlich Stellung nehmen. Dieser Pflicht können wir uns um so weniger entziehen, als die heimischen Missionskreise es geradezu als ein Gebot christlicher Sittlichkeit bezeichnen, die Rassenmischehe zu gestatten.

Die Erklärung der Missionsgesellschaften beginnt mit dem Satz, daß der in allen Kolonien bestehende Rassenunterschied unumwunden anerkannt werde. „Es wäre sowohl von missionarischer wie von kolonialer Seite töricht und unrecht, diesen Unterschied außer acht zu lassen, zumal wenn derselbe, wie in unseren Kolonien, durch den großen Abstand der Kulturentwicklung verschärft wird. . . . . Wir sind auf Grund unserer Erfahrungen überzeugt, daß der Rassenunterschied so groß ist, daß Mischehen unter allen Umständen nicht erwünscht erscheinen; ja, wir sind geneigt, solche Ehen als einen Fehlgriff anzusehen, und glauben, daß von dem Eingehen solcher Ehen dringend abgeraten werden muß und alle sittlich zulässigen Mittel angewandt werden sollen, um sie unter Umständen zu verhindern." Die Mission ist also mit der Regierung und der Ansiedlerschaft der Kolonien darin völlig einer Meinung, daß Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen schädlich sind. Sie hat so große Bedenken gegen die Rassenmischehe, daß sie sogar solche nach Möglichkeit verhindern möchte. Nur darüber besteht eine Meinungsverschiedenheit, ob das direkte staatliche Verbot solcher Ehen als ein sittlich zulässiges Mittel ihrer Verhinderung anzusehen ist oder nicht.

Die Missionsleitungen verneinen diese Frage. „Wenn wir auch das Zusammenleben von weißen Männern mit farbigen Frauen entschieden mißbilligen, und wenn wir auch nachdrücklich erklären, daß Mischehen durchaus unerwünscht sind, so sehen wir uns doch genötigt, auf das entschiedenste hervorzuheben, daß ein gesetzliches Verbot einer legitimen Ehe zwischen einem weißen Mann und einer farbigen Frau nach unserer Ueberzeugung mit der christlichen Schätzung der Ehe schwer vereinbar ist und außerdem auch den Grundsätzen unserer heutigen Gesetzgebung widerspricht. Wir können weder einen moralischen noch einen rechtlichen Grund finden, der es gestattete, die Freiheit eines mündigen Deutschen in dieser Weise zu beschränken."

Was zunächst die Behauptung angeht, daß die gesetzliche Verhinderung einer Rassenmischehe mit unserem Recht nicht vereinbar sei, so ist darauf zu entgegnen, daß unser Recht, welches einem mündigen Mann jede mit dem Gemeinwohl vereinbare Freiheit des Handelns und besonders die Freiheit für die Gründung und das Leben der Ehe verbürgt, aus den Verhältnissen eines in sich geschlossenen Volks- und Kulturkreises erwachsen und auf sie zugeschnitten ist. Was für Deutschland Recht ist, braucht nicht auch für Afrika Recht zu sein. Es ist nicht einzusehen, warum in Deutsch-Südwestafrika die Rassenmischehe nicht durch ein Gesetz verboten werden dürfte, wenn die Kolonie durch die Gestattung und Verbreitung der Rassenmischehe nachweislich schwer geschädigt werden würde. Das sittliche Recht eines Gesetzes bemißt sich nicht danach, ob es die Freiheit des einzelnen beschränkt, sondern ob es für den Staat heilsam und notwendig ist. Die Frage ist also letztlich nur die: *Ist das Verbot der Rassenmischehe für die Wohlfahrt unserer Kolonie notwendig oder nicht?* Im Gegensatz zu den deutschen Missionsdirektionen müssen wir diese Frage bejahen.

II.

Nach unserer Ueberzeugung liegt es sogar im wohlverstandenen *Interesse des einzelnen*, daß er daran gehindert wird, die Ehe mit einer Eingeborenen zu schließen. Denn die Rassenmischehe schädigt den Gatten, der der höheren Rasse angehört. Die Missionsdirektionen können das nicht leugnen. Sie bezeichnen ja selbst die Mischehe als einen „Fehlgriff", als etwas Unsittliches, das zu bekämpfen sei. Man könnte sagen, die Unterschiede zwischen den Rassen seien so groß, daß die Natur sich selbst gegen ihre Vermischung auflehne. Jeder Rasse wohnt eine starke instinktive

Digitized by Google

Abneigung gegen andere Rassen inne. Daraus könnte man folgern, es sei Gottes Wille, daß die Rassen unvermischt ihre Eigenart bewahrten und entfalteten, und darauf die Behauptung gründen, das staatliche Verbot der Rassenmischehe sei lediglich die Durchführung eines göttlichen Gebotes. Wir stimmen jedoch einer solchen dogmatischen Konstruktion nicht zu, sondern halten uns an das, was die Erfahrung lehrt.

Die Erfahrung aber lehrt, daß die Rassenmischehe nur in den seltensten Fällen den sittlichen Forderungen entspricht, die für das eheliche Leben zu erheben sind. Es liegt für jeden, der in der Kolonie lebt, auf der Hand, daß die Ehe eines deutschen Mannes mit einem Weibe aus den Eingeborenenstämmen unseres Landes eine unmoralische Verbindung sein muß. Das Weib zieht den Mann auf ihre tiefe Stufe nieder, der Mann „verkaffert". Im allgemeinen pflegt deshalb der seine Rasse verleugnende Weiße eine Eingeborene auch nicht der Ehe, sondern nur des Konkubinats für würdig zu halten. Wenn ein Weißer früher, als das Verbot noch nicht bestand, eine Ehe mit einer Farbigen schloß, so pflegte er ein Weib zu wählen, das dem Mischlingstypus angehörte. Die Mischlinge stellen nun keine einheitliche Art dar, sondern es bestehen unter ihnen gewaltige Unterschiede. In der benachbarten Kapkolonie hat seit Jahrhunderten eine Vermischung der Rassen stattgefunden. Viele Mischlinge sind dort in ihrer Lebenshaltung und Bildung zur Stufe des Europäers emporstiegen. Einzelne Deutsche in unserer Kolonie haben sich mit Mischlingsfrauen dieser hochstehenden Klasse vermählt und führen mit ihnen eine Ehe, die vom sittlichen Standpunkt aus nicht beanstandet werden kann. Das sind jedoch verschwindende Ausnahmen. Im allgemeinen gilt in unserem Lande auch von den Ehen Weißer mit Bastardfrauen, daß sie auf untersittlicher Stufe stehen und für Mann und Weib kein Segen sind. Missionspräses Wandres urteilt in seinem der Regierung vorgelegten Aufsatz hierüber: „Ich habe in meiner 28jährigen Tätigkeit im Schutzgebiet nur ganz vereinzelte Mischehen kennen gelernt, in denen das Zusammenleben der Gatten ein erträgliches war. In den meisten Fällen waren Zank und Streit an der Tagesordnung." Im ganzen genommen muß also die Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen oder Farbigen als sittlich minderwertig bezeichnet werden.

Wie angesichts dieser Tatsachen die heimischen Missionsleitungen sagen können, daß das gesetzliche Verbot solcher Ehen „mit der christlichen Schätzung der Ehe schwer vereinbar sei", verstehen wir nicht. Die christliche Schätzung der Ehe besteht doch nicht darin, daß eine Verbindung von Mann und Weib als recht und gut betrachtet wird, wenn sie vom Staat als Ehe anerkannt und von der Kirche eingesegnet worden ist. Sie verlangt doch vielmehr, daß die Ehe eine wirklich sittliche Gemeinschaft beider Gatten bilden muß. Die Ehe von Weißen mit Eingeborenen aber ist in der Regel nicht als moralisch zu werten und darum auch nicht als christlich einzuschätzen, selbst wenn sie die Anerkennung des Staates und den Segen der Kirche empfangen haben sollte. Diesen Ausführungen wird man nun mit dem Einwand begegnen: Wenn du daraus, daß die Ehe als unmoralisch gewertet werden muß, das Recht des Staates herleitest, sie zu verbieten, dann mußt du auch dafür stimmen, daß der Staat vielen rein weißen Ehen die rechtliche Anerkennung versagt. Denn es gibt viele Ehen im deutschen Vaterlande und leider auch in der Kolonie, die vom christlichen Standpunkt aus als unsittlich bezeichnet werden müssen. Wenn die Eheschließung ein Handelsgeschäft war, wenn reine Habgier oder reine Sinnengier Mann und Weib zusammengeschlossen haben, dann ist die Ehe im Kern unmoralisch, ob sie auch noch so feierlich vor dem Altar der Kirche geweiht ward. Das ist zuzugeben. Aber der Staat kann solche unmoralische Verbindungen weißer Paare nicht verhindern, weil seine Vertreter nicht in die Herzen der Heiratenden schauen und deshalb unmöglich feststellen können, ob unsittliche Beweggründe eines oder beider Gatten das Paar zur Schließung der Ehe veranlaßt haben.

Digitized by Google

Bei der Rassenmischehe steht es dagegen ganz anders. Hier ist es die allgemeine Regel, daß sie nicht sittlich hebend, sondern sittlich herabziehend wirkt. Deshalb würde es kein Fehlgriff sein, wenn der Staat solche Ehen generell um ihres minderwertigen Charakters willen verbieten würde.

Wir denken indessen gar nicht im Ernst daran, dem Staat zuzumuten, daß er einem Deutschen, der eine Schwarze oder eine Farbige zum Weibe nehmen will, in den Arm fallen solle, nur um ihn persönlich vor einem verhängnisvollen Schritt zu bewahren. Es kam uns vielmehr bei diesen Ausführungen nur darauf an, den Nachweis zu führen, daß die vom Staat herbeigeführte Beschränkung der persönlichen Freiheit auf diesem Gebiet für unsere Landsleute tatsächlich ein Segen ist. Selbstverständlich wird der Staat bei seinem Verbot der Rassenmischehe von ganz anderen Beweggründen geleitet. Er will nicht den Schutzengel des einzelnen Staatsbürgers spielen, sondern er hat das Interesse der Gesamtheit im Auge. Er verbietet die Rassenmischehe, weil die Rücksicht auf das äußere und innere Gedeihen der Kolonie es ihm zu fordern scheint.

III.

In den ersten Jahren der deutschen Besiedlung hat das Verbot der Rassenmischehe in unserer Kolonie noch nicht bestanden. Das Gouvernement hatte nichts dagegen einzuwenden, daß zum Beispiel ehemalige Reiter der Truppe, die eine Farm gründen wollten, ein Bastardmädchen heirateten. Sie gewannen dadurch mit ihrem Weibe zugleich eine für sie wertvolle Mitgift an Vieh. Erst als infolge des Krieges die Rassenfrage stärker empfunden und schärfer durchdacht wurde, entschloß sich die Regierung zum Verbot der Rassenmischehe. Sie war zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Anwachsen einer aus legitimen Ehen hervorgehenden Mischlingsbevölkerung die Entwicklung der Kolonie hemmen und in unerwünschte Bahnen leiten würde. Diese Ueberzeugung teilen wir. Durch die Rassenmischehe würde die Kolonie in sozialer, ökonomischer, nationaler und kultureller Hinsicht schwer geschädigt werden.

Es bedarf wohl keines Beweises, daß zahlreiche Ehen Weißer mit reinen Eingeborenen ein Verhängnis für das Land bilden würden. Denn die Weißen würden in solchen Ehen gewöhnlich zu weißen Kaffern werden, die, wie Präses Wandres gelegentlich bemerkt hat, zum Tragen einer Paßmarke gezwungen werden müßten. Sollten sie noch ein Erbteil hinterlassen, so würden ihre Kinder in der Regel das Besitztum vollends verkommen lassen. Indessen würde es sich bei den Ehen, zu denen die Gestattung der Rassenmischehe den Zutritt freigeben würde, hauptsächlich um Verbindung deutscher Männer mit Bastardmädchen handeln. Solche Ehen würden zweifellos sehr zunehmen. Es gibt heute schon eine erhebliche Zahl von mittellosen Deutschen, für die solche Ehen etwas Verlockendes haben würden. Der Bastardschwiegervater, der zunächst sich vielleicht instinktiv gegen die Mischehe erklären wird, wird dem Drängen seiner umworbenen, nach der hohen Stufe der Weißen trachtenden Tochter nachgeben und sie mit einer Mitgift aussteuern, die dem Paare vorwärts hilft. Das Beispiel einiger wird Nacheiferung erwecken. Wie die Dinge sich dann gestalten werden, hat Redakteur Kindt in seiner Zeitung „Südwest" (21. 6. 1912) treffend geschildert. „Die Mischehen werden sich mehren. Die Mischlingsfamilien stützen sich gegenseitig. Sie werden danach trachten, die bisher in Vereinen, Schulen und durch die Selbstverwaltungsordnung errichteten Schranken, die sie zu Bürgern zweiten Grades stempeln, niederzureißen. Einzelne der Männer werden mit Hilfe der Mitgift der Frau immer wirtschaftlich vorankommen, sind sie doch Weiße mit der Energie des Weißen . . . ."

Digitized by Google

Schließlich werden die Kinder aus den Mischehen zusammen mit den rein weißen Kindern die Schule besuchen. „Das wird mit der Vermehrung der Mischehen immer weiter um sich greifen, und das Ende wird sein wie überall, wo eine solche Blutmischung zugelassen wurde, daß der Unterschied zwischen reinem europäischem und Mischblut im gesellschaftlichen und sozialen Leben vollständig verwischt wird."

Durch diese Entwicklung werden zunächst große soziale Uebelstände herbeigeführt werden. Die ganze Struktur der bürgerlichen Gesellschaft wird in der ungünstigsten Weise verändert werden. Heute stehen in der Kolonie zwei reinlich geschiedene Rassen nebeneinander. Dann aber wird zwischen die Oberschicht und die Unterschicht eine Mittelschicht sich einschieben. Sie wird nach der Stufe der Oberschicht trachten, die Oberschicht aber wird sie zurückzuhalten suchen. So wird ein Bürgerkrieg entstehen, der, wenn er auch nicht mit Waffen geführt wird, doch die Kolonie in ein Meer von bitterem Hader stürzen wird.

Weiterhin werden der Kolonie auf wirtschaftlichem Gebiet große Nachteile erwachsen. Die Verbindung von Weiß mit Schwarz oder Halbweiß ergibt ein Produkt, das zweifellos an ökonomischer Leistungsfähigkeit hinter den rein Weißen zurückbleiben wird. Eine Kolonie, in der Mischlinge einen bedeutenden Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, wird quantitativ und qualitativ weniger leisten, wird weniger verkaufen und kaufen können als eine Kolonie, in der Farmwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie und Handwerk sich nur in den Händen von weißen Besitzern befinden.

Vor allem wird der Charakter der Kolonie in nationaler Hinsicht sehr gefährdet werden. Wir haben jetzt schon im Lande bedeutende Sprachinseln, auf denen das Bastard-Holländisch herrscht. Diese Sprachinseln werden durch die Mischehen sich sehr vergrößern. Denn die Sprache der Mischlingsfamilien ist, wie die Erfahrung lehrt, dies verdorbene Kapholländisch. Familien aber, in denen die deutsche Sprache nicht gesprochen wird, können auch nicht deutsch empfinden. Die Liebe zum deutschen Vaterlande kann dort nicht herrschen. Die geistige Verwandtschaft mit dem großen Sprachgebiet der südafrikanischen Union und die Sehnsucht nach den größeren Rechten, die dort in einigen Gebieten den Mischlingen gewährt werden, wird diese Kreise zu einer Partei zusammenschmieden, die auf die Loslösung der Kolonie vom Deutschen Reich und auf ihre Einfügung in das Britische Südafrika hinarbeiten wird.

Endlich wird auch das kulturelle Leben der Kolonie zerrissen werden. Den größten Schaden wird hier das Kirchenwesen erleiden. Die deutsche evangelische Landeskirche, die wir jetzt mühsam Stein um Stein aufbauen und innerlich ausbauen, wird dann Stein um Stein wieder abgerissen werden. Das bunte Durcheinander der Rassen und Klassen wird ein noch größeres Gemisch von Sekten erzeugen.

So ist es für die Kolonie in jeder Hinsicht ein Gebot der Selbsterhaltung, daß sie die Rassenmischehe verhindert. Freilich bedeutet dies Verbot eine Härte für diejenigen Ansiedler, die vor 1905 staatlich legitimierte Ehen mit Farbigen geschlossen haben. Der Landesrat und die öffentliche Meinung des Schutzgebietes fordern deshalb auch, daß diese Ehen als weiße Ehen anerkannt werden. Der Gouverneur muß die gesetzliche Ermächtigung hierzu erhalten. Kürzlich ist ein Diplomingenieur, der Abkömmling einer angesehenen und um unser Land sehr verdienten Missionarsfamilie, ein Mann, der die höchste akademische Bildung in Deutschland empfangen hat, vom Obergericht zur Aburteilung wegen eines Vergehens an das Eingeborenengericht verwiesen worden, nur weil er aus einer Ehe stammt, die sein Urgroßvater, der Missionar Schmelen, mit einem gebildeten Bastardmädchen geschlossen hatte. Dies Verfahren, zu dem das Obergericht sich durch den noch bestehenden Gesetzesbuchstaben gezwungen sah, wird allgemein im Lande als etwas Widersinniges beurteilt, das nicht wieder vorkommen darf.

Digitized by Google

IV.

Wenn wir so das Verbot der Rassenmischehe rechtfertigen und lediglich unbillige Härten vermieden sehen wollen, stoßen wir vielfach auf den Einwand: Das Verbot der Mischehe ist eine Maßregel, die ihren Zweck gar nicht erfüllt. Die Missionsdirektionen schreiben in ihrer Kundgebung: „Nur in den Burenstaaten war eine solche Ehe ausgeschlossen. Tatsächlich gibt es aber nach unseren Erfahrungen nirgendwo so viele Bastards wie gerade in den Burenstaaten. Das, was man mit dem Verbot einer solchen Ehe im Auge hat, nämlich daß keine Bastardbevölkerung aufwächst, wird tatsächlich nicht erreicht."

Die hier vorgetragene Behauptung, daß die Zahl der Bastards in den Burenstaaten besonders groß sei, trifft nicht zu. Das ältere Burengeschlecht der Kapkolonie hat allerdings ungezählte Mischlinge erzeugt, so daß die Kapkolonie heute von ihnen sehr stark durchsetzt ist. Aber in den wirklichen Burenstaaten, Transvaal und Oranje-Freistaat, wo die Buren ungehindert durch europäische Eingriffe und Mißgriffe sich selbst auf Grund hundertjähriger Landeserfahrung ihre Verfassung gegeben und auch das Verbot der Mischehe festgesetzt haben, ist die Zahl der Mischlinge verhältnismäßig gering geblieben. Nach der Volkszählung von 1904 gab es in der Kapkolonie etwa 280 000 Mischlinge, in den beiden Burenstaaten zusammen dagegen nur etwa 34 000, von denen die Mehrzahl aus der Kapkolonie in den Minendistrikt von Johannesburg eingewandert ist.

Sehen wir indessen von dieser Sonderfrage ab, so können wir unmöglich leugnen, daß durch das Mischehenverbot allein das Wachstum der Bastardbevölkerung wenig gehemmt wird. Die Missionsdirektionen haben recht mit ihrem Hinweis, daß die weitaus größte Zahl der Bastards aus illegitimen Verbindungen hervorgeht. Da solche Verbindungen durch das Gesetz nicht getroffen werden, wird durch das Mischehenverbot an der Zahl der Mischlinge nicht viel geändert. Wenn jedoch hieraus die Folgerung gezogen wird, daß das Verbot seinen Zweck nicht erfülle, so ist das ein Fehlschluß. Denn das *Hauptziel* des Verbotes ist gar nicht die Verminderung der Mischlingszahl. *Der eigentliche Zweck des Gesetzes ist vielmehr dieser: Es soll verhindert werden, daß aus solchen Verbindungen Weißer mit Farbigen, die den Rechtsschutz der Ehe genießen, ein mit Kindes-, Erb- und mehr oder weniger Bürgerrechten ausgestatteter Nachwuchs heranwächst, der seine Zahl und seinen Einfluß vermehrt und mit immer breiterer Front in die Oberschicht der Deutschen eindringt.* Die Bekämpfer des Verbotes übersehen, daß die vom Staat legitimierte Ehe nicht nur eine moralische Anstalt, sondern eine *Rechtsordnung mit bestimmten Rechtswirkungen* ist. Den Mischehen versagt der Staat den Rechtsschutz, weil ihre Rechtswirkungen für ihn verderblich sein würden. Werden die Mischlinge, wie es gegenwärtig geschieht, einfach zu den Eingeborenen gerechnet, so ist ihr Dasein zwar weniger erwünscht als eine entsprechende Zahl von reinen Eingeborenen, aber wenigstens keine *Gefahr* für die Kolonie.

Freilich haben wir deutschen Kolonisten nur dann das sittliche Recht, die Gefahr legitimer Ehen zwischen Weißen und Farbigen von der Kolonie abzuwenden, wenn wir zugleich alles tun, was in unseren Kräften steht, um auch die Schande illegitimer Verbindungen zwischen Weißen und Farbigen von unserem Lande abzuwälzen. Die Bekämpfer des Verbots der Mischehe begründen sämtlich ihre Stellung mit dem einem echt sittlichen Gefühl entsprungenen Urteil: Wie dürft ihr die paar legitimen Ehen zwischen Weißen und Schwarzen verbieten, während ihr die ungezählten illegitimen Verbindungen nicht verhindert! Die Kundgebung der Missionsdirektionen drückt diesen Gedanken in dem scharf zugespitzten Satz aus: „Es liegt im Interesse der Moralität,

Digitized by Google

daß legitime eheliche Verbindungen nicht zugunsten des Konkubinats verhindert werden. Das wäre aber die Folge eines gesetzlichen Verbots von Mischehen." Wer ist besser: der Deutsche, der dem Eingeborenenweibe, das er nun einmal gewählt hat, die Treue hält und für seine Kinder sorgt, oder der Deutsche, der eine Schwarze als Konkubine wählt und hernach sie samt ihren Kindern im Stich läßt? Selbstverständlich doch jener! Das Verbot der Mischehe aber richtet sich gegen jene gewissenhaften Männer, während es diese gewissenlosen ungeschoren läßt! Ist das vor dem sittlichen Urteil zu rechtfertigen?

Diese Beweisführung tut jedoch dem Gesetz unrecht. Eine gerechte Prüfung darf hier nicht die legitime Mischehe und die illegitime Mischehe nebeneinanderstellen, sondern sie muß einen Vergleich ziehen zwischen der legitimen Mischehe und der legitimen rein weißen Ehe. Das Gesetz will legitime Mischehen nicht zugunsten des Konkubinats, sondern zugunsten legitimer Ehen Weißer mit Weißen verhindern. Das Gesetz will, daß die deutschen Männer deutsche Frauen heiraten und deutsche Kinder zeugen, anstatt daß sie mit farbigen Frauen farbige Kinder zeugen. Gewiß würde dem sittlichen Empfinden, das sich in jenen Urteilen ausspricht, nur dann voll Genüge geschehen, wenn das staatliche Verbot die außerehelichen Verbindungen von Weißen mit Eingeborenen genau so wie die eheliche Verbindung verhindern würde. Das ist leider, wie die Missionsdirektionen selbst zugeben, unmöglich. Der Staat kann es schon in Deutschland nicht hindern, daß in gewissen Gegenden der dritte Teil aller Kinder unehelich erzeugt wird. In der Kolonie ist es noch weniger möglich, den außerehelichen Geschlechtsverkehr zu verbieten und zu bestrafen.

Nur das kann und muß gefordert werden, daß die Kolonie, die die Rassenmischehe verbietet, jedes taugliche Mittel anwendet, um dem Geschlechtsverkehr Deutscher mit Eingeborenen entgegenzuwirken. Das beste Mittel ist natürlich, allen Heiratsfähigen die Möglichkeit zu verschaffen, deutsche Frauen zu heiraten. Hier leisten die Deutsche Kolonialgesellschaft und ihr Frauenbund dem Lande einen ausgezeichneten Dienst, indem sie Jahr für Jahr eine große Zahl junger Mädchen nach Südwest aussenden. Heute ist den Landsleuten, die überhaupt wirtschaftlich in der Lage sind, eine Familie zu ernähren, auch die Gelegenheit gegeben, ein deutsches Mädchen im Lande zu heiraten. Es wird aber immer in der Kolonie eine sehr große Zahl junger deutscher Männer (Ansiedler, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter und Soldaten) geben, die keinen Hausstand gründen können. Diese jungen Männer, deren Versuchungen sehr groß sind, müssen nach Möglichkeit davon zurückgehalten werden, daß sie mit schwarzen Weibern verkehren.

Dieser Pflicht wird sich auch das Bürgertum mehr und mehr bewußt. Der Landesrat beschloß vor zwei Jahren, die Regierung möchte verordnen, daß die Väter von Mischlingskindern hohe Alimentationszuschüsse zahlen müßten und daß ihre Namen veröffentlicht werden sollten. Die Regierung ist diesem Antrag bis jetzt insoweit gefolgt, daß sie vor einem Jahre eine Verordnung erlassen hat, wonach die Geburt jedes Mischlingskindes der Polizei angemeldet werden muß. Was auf diesem Gebiet weiter geschehen kann, hat Missionar Nowack in einem vortrefflichen Aufsatz über die Mischlingskinder im „Evangelischen Gemeindeblatt für Deutsch-Südwestafrika" kürzlich näher dargelegt.

In überzeugender Weise hat er dort zugleich gezeigt, was mit den Mischlingskindern geschehen soll. Seine Ansicht, die heute Gemeingut der Rheinischen Mission geworden zu sein scheint, deckt sich vollkommen mit dem Standpunkt der Ansiedlerschaft, daß die Mischlinge zu den Eingeborenen gerechnet und wie sie erzogen werden müssen. Damit gilt für sie dasselbe Entwicklungsziel, was die Mission sich für alle Eingeborenen gesteckt hat, „nämlich sie durch unterrichtliche Institutionen und durch vielseitige kirchliche Bemühungen in den gewiesenen Grenzen auf eine höhere Kulturstufe zu heben".

Digitized by Google

Von solcher allgemeinen Hebung der Eingeborenen erhofft Missionar Nowack auch, daß sie sittlich mehr gefestigt und den Verlockungen zum Geschlechtsverkehr mit Weißen mehr standhalten werden.

Was die Mission so unter den Eingeborenen zu wirken hofft, das muß erst recht die Kirche unter unseren deutschen Landsleuten zu erreichen suchen. Nicht die Schwarzen sind verantwortlich für die Erzeugung von Mischlingen, sondern die höherstehenden Weißen. Wir müssen mit immer gleichem Ernst und immer neuen Mühen unsere Landsleute daran erinnern, was sie ihrem deutschen Namen, ihrer Rasse, vor allem ihrem Gewissen schuldig sind. Deutsche Männer sollten zu stolz sein, als daß sie mit schwarzen Weibern verkehrten. Oder heißt das Rassenstolz und Herrenstolz beweisen, wenn man am hellen Tag die Eingeborenen verächtlich behandelt, aber im Dunkel der Nacht sich zu ihnen gesellt? Deutsche Männer sollten daran denken, daß sie ihrem Vaterlande hier Verbreitung deutschen Wesens schulden. Tun sie das etwa, wenn sie ihr Volkstum durch die Zeugung farbiger Kinder schädigen? Deutsche Männer sollten Ehrfurcht vor dem Weibe haben. Eine Führerin der deutschen Frauenbewegung, Paula Müller, hat kürzlich für die Männer in den Kolonien das Wort geschrieben: „Habt ihr, die ihr mit farbigen Frauen verkehrt, euch schon einmal die Frage vorgelegt, wie die deutsche Frau auf das empfindlichste getroffen, wie sie in ihrer Würde verletzt werden muß, wenn ein Mann nach illegitimem Zusammenleben mit der farbigen Frau mit einer weißen Frau in die Ehe tritt?"

Deutsche Männer, die den Christennamen tragen, sollten von ihrem Gewissen gehindert werden, die Sünde des Ehebruchs mit schwarzen Frauen zu begehen. Freilich, wer fragt nach solcher Sünde? Als Erwachsene sind die Kolonisten in das Land gekommen. Drüben in der Heimat haben sie schon das Gesetz gelernt, das die Zuchtlosigkeit der Männer diktiert hat, das niederträchtige Gesetz, daß zwar das Weib vor der Ehe keusch leben muß, daß aber der Mann „sich frei ausleben" darf. Darum muß zuvor das sittliche Gefühl der Männerwelt in der Heimat geschärft werden, ehe die sittliche Stufe in der Kolonie gehoben werden kann. Kirche und Schule in der Kolonie aber haben die Aufgabe, so viel sie vermögen, das im Lande selbst heranwachsende Geschlecht in die Schule Jesu Christi zu führen, damit es dort den Willen und die Kraft zu persönlicher Selbstzucht erlangt.

Wenn die Kolonie den sittlichen Ernst aufweist, daß sie dem ungeregelten Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Farbigen nachdrücklich entgegenarbeitet, dann besitzt sie auch das sittliche Recht, das für das Gedeihen der Kolonie notwendige Verbot der Rassenmischehe aufrechtzuerhalten.

Südamerika, seine wirtschaftliche Bedeutung insbesondere mit Bezug auf den Verkehr mit Deutschland.

Von Kanzler a. D. Arnold Wolff.

Es ist kein Zweifel, daß gerade in den letzten Jahren das Interesse für Südamerika und seine Entwickelung bedeutend gewachsen ist, und daß auch Deutschland gut tut, die Fühlung mit den südamerikanischen Ländern nicht zu verlieren und eine Ausdehnung seines Handels und den Absatz seiner Industrieerzeugnisse dorthin im Auge behält. Dazu gehört in erster Linie eine genaue Kenntnis der in Frage kommenden Bedingungen. Es sollen

Digitized by Google

in diesen Zeilen in knappem Rahmen die südamerikanischen wirtschaftlichen Verhältnisse gezeichnet werden.

Die in Frage kommenden Staaten und Gebiete sind:

	Größe in qkm	Einwohnerzahl
Argentinien	2 950 520	7 500 000
Bolivien	1 158 241	2 300 000
Brasilien	8 495 065	22 000 000
Chile	759 000	3 800 000
Ecuador	307 243	1 250 000
Kolumbien	1 206 200	4 500 000
Paraguay	253 100	800 000
Peru	1 769 804	4 900 000
Uruguay	186 926	1 200 000
Venezuela	942 300	2 720 000
Französisch Guayana	82 000	40 000
Holländisch Guayana	129 100	82 000
Britisch Guayana	233 008	300 200

Argentinien ist eine Bundesrepublik, deren Verfassung ähnlich ist wie die der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie setzt sich zusammen aus der Hauptstadt Buenos Aires mit annähernd 1½ Millionen Einwohnern, 14 Einzelstaaten (Provinzen genannt) mit eigener selbständiger Verwaltung unter Gouverneuren und Volksvertretung, die vom Volke gewählt sind, und 10 Territorien. Die Landessprache ist spanisch; die Zahl der Deutschen und Abkömmlinge von Deutschen wird auf 5000 bis 6000 Köpfe zu schätzen sein.

Der Hauptbetrieb im Lande besteht in Landwirtschaft und Viehzucht, die Hauptkulturen sind Getreide, Futterpflanzen, Industriepflanzen (darunter hauptsächlich textil-ölhaltige; Tabak, Wein und Zuckerrohr), Obstbäume und Forsten. Nach den Veröffentlichungen des Ackerbauministeriums betrugen die Anbauflächen für das Jahr 1912/13

Weizen	6 918 450 ha
Leinsaaten	1 733 330 ha
Hafer	1 192 400 ha

Die gesamte Anbaufläche beträgt jetzt etwa 22 Millionen ha.

Viehzucht. Die Anzahl der Viehbestände beträgt in runden Summen

Rinder	30 000 000	Schweine	1 500 000
Schafe	70 000 000	Ziegen	4 000 000
Pferde	8 000 000	Esel	300 000
Maultiere	500 000		

im Gesamtwerte von 1 500 000 Papierpesos = 2700 Millionen Mark.

Das Vieh wird zum Teil lebend ausgeführt, meist aber im Lande geschlachtet, und gelangen die verschiedenen Erzeugnisse, die oft schon hier verarbeitet werden, zur Ausfuhr.

Digitized by Google

Die Ausfuhr betrug in den Jahren

	1910	1911	1912
	Wert in Millionen Goldpesos (4,05 Mark)		
Weizen	72,2	80,7	97,6
Leinsaat	44,6	33,6	84,2
Mais	60,3	2,8	108,9
Hafer	8,2	11,7	21,9
Wolle	58,8	50,5	58,1
Gefrorenes Fleisch	32,1	39,1	40,9
Andere Erzeugnisse	96,4	106,3	118,6
Zusammen:	372,5	324,7	480,4

Von diesem Betrage der Ausfuhr im Jahre 1912 in Gesamthöhe von rund 480 Millionen Goldpesos kommen etwa 278 Millionen auf die Erzeugnisse des Ackerbaues, 188 Millionen auf die der Viehzucht, etwa 9 Millionen auf die Ausbeutung der Wälder, 2 Millionen auf die von Jagd und Fischerei und 3 Millionen auf andere Erzeugnisse, darunter Mineralien im Werte von rund 0,3 Millionen.

Die Einfuhr betrug in den letzten drei Jahren

	Wert in Millionen Goldpesos
1910	351,77
1911	366,81
1912	384,84

Auf die einzelnen Warenklassen entfallen von der Gesamtausfuhr im Jahre 1912:

Lebendes Vieh	559 000	Pesos Gold
Nahrungsmittel	30 140 000	„ „
Tabak	7 595 000	„ „
Getränke	14 677 000	„ „
Textilwaren	78 370 000	„ „
Oele	18 446 000	„ „
Chemische Erzeugnisse	14 281 000	„ „
Farben	2 515 000	„ „
Holz	9 888 000	„ „
Papier	9 867 000	„ „
Leder	3 903 000	„ „
Eisen	45 998 000	„ „
Andere Metalle	14 367 000	„ „
Ackerbau	12 552 000	„ „
Transport	32 799 000	„ „
Keramik, Kohle	33 617 000	„ „
Baumaterial	31 265 000	„ „
Elektrizität	9 309 000	„ „

Digitized by Google

Die Industrie beschränkt sich hauptsächlich auf Verarbeitung der Erzeugnisse aus Viehzucht und Landwirtschaft, dazu kommt Zucker, Bier- und Weinerzeugung. Die Herstellung von anderen Industrieerzeugnissen ist erst in der Entwicklung begriffen und beschränkt sich auf einfache wollene Tuche (Streichgarn, Cheviot), Strümpfe, Baumwollwaren und im geringen Maßstabe auch von Schuh- und Lederwaren, Seifenfabrikation usw.

Die außer Buenos Aires in Frage kommenden Häfen sind Bahia Blanca und Rosario; der Verkehr deutscher Schiffe in genannten Häfen betrug im Jahre 1912:

	Anzahl	Reg. Tons
Bahia Blanca	25	73 642
Rosario	86	234 490

Die Eisenbahnen am 1. Januar 1913	Länge	offizielles Kapital in Millionen Goldpesos
Staatsbahnen	5 907 km	121,87
Privatbahnen	26 947 km	998,34
	32 854 km	1120,21

Der Personenverkehr betrug in den beiden letzten Jahren

	1911	1912
Staatsbahnen	1 738 748	2 084 070
Privatbahnen	62 663 387	66 373 020
zusammen	64 402 135	68 457 090

Der Frachtverkehr ergab	Tonnen	
Staatsbahnen	2 113 407	2 106 980
Privatbahnen	31 395 148	31 533 226
zusammen	33 508 555	33 640 206

Die Roheinnahmen der Privatbahnen sind von 111,1 auf 113,0 Millionen Goldpesos gestiegen, aber die Mehreinnahme durch größere Betriebsausgaben wieder ausgeglichen. Die Einnahme der Staatsbahn betrug 6,8 Millionen gegenüber 6,1 Millionen im Vorjahre.

Im Verkehr mit Deutschland bezifferte sich die deutsche Einfuhr (ohne Gold und Silber) im Jahre 1912 auf 404,9 Millionen Mark, dagegen die deutsche Ausfuhr nach Argentinien auf 239,4 Millionen Mark.

Bolivien ist Republik und besteht aus 8 Departements, die wieder in Provinzen, Kantone und Vizekantone eingeteilt sind, dazu kommt noch der Koloniebezirk im Nordosten und der Gran Chaco im Süden. Die Landessprache ist spanisch; die Zahl der Reichsdeutschen dürfte im Lande nur mehrere Hundert betragen. Der Hauptort ist La Paz mit 90 000 Einwohnern, ferner kommen in Frage Cochambamba mit 25 000 Einwohnern, die Minenstädte Oruru mit 30 000 Einwohnern und Potosi mit 21 000 Einwohnern. Zugang zum Meere besitzt Bolivien nicht und somit auch keine Seefahrt. Für eine Versorgung Boliviens durch Seefrachten kommen die Häfen Antofagasta in Chile und Mollendo in Peru in Betracht.

Digitized by Google

Die Haupterzeugnisse sind Zinn, Kupfer, Silber und andere Erze; Gummi, Coca und landwirtschaftliche Produkte.

Die Landwirtschaft wird im Lande noch auf die einfachste Weise, meist durch eingeborene Indianer betrieben. Eine wohl nicht auf unbedingte Richtigkeit Anspruch machende Viehzählung im Jahre 1910 ergab einen Viehbestand von Rindern 734 535, Schafe 1 454 729, Pferde 99 867, Maultiere 44 635, Esel 174 090, Ziegen 473 370, Schweine 114 147, Lamas 428 209 Alpaka 102 033, Vicunas 200, Geflügel 78 447.

Die Gesamtausfuhr hatte im Jahre 1912 einen Wert von 90 122 987 Bolivianos (1,60 Mark) gegen 82 631 172 Bolivianos im Vorjahre, wovon auf England 66 953 661 Bolivianos (59 582 280), auf Deutschland 11 200 773 Bolivianos (10 992 723), auf Frankreich 5 471 662 Bolivianos (6 750 840) entfielen.

Nach einer in der „Revista da Aduana de Bolivia" veröffentlichten Statistik betrug die Gesamteinfuhr im Jahre 1912

	Summe	lebende Tiere	Nahrungsmittel und Getränke	Rohstoffe	Fabrikate
	49 508 990	2 106 264	11 412 605	3 375 065	32 339 782
Daran waren beteiligt:					
Deutschland . . .	16 513 631	—	2 672 417	831 426	13 009 788
England	9 069 517	—	906 910	407 140	7 480 192
Ver. St. Amerika .	4 594 660	—	1 392 617	399 180	2 807 865
Frankreich	2 435 603	—	494 755	27 629	1 913 219

Im Jahre 1911 hatte die Einfuhr von Deutschland einen Wert von 10,3 Millionen, die von England einen solchen von 12,5 Millionen.

Das Eisenbahnnetz ist noch unbedeutend, es kommen an fertigen bezw. im Bau befindlichen Bahnen in Frage:

Viacha—Oruro . . . . . 250 km
Potosi—Rio Mullato . . . . . 174 km

Im Bau ist ferner die Bahn, die nach Cochambamba führt, sowie Uyuni—Tupiza, die das letzte fehlende Stück für eine Eisenbahnverbindung mit Argentinien bildet.

Das bisher in den Eisenbahnen angelegte Kapital beträgt annähernd 75 000 000 Mark.

Im Verkehr mit Deutschland betrug 1912 die deutsche Einfuhr 38,3 Millionen Mark, die Ausfuhr nach Bolivien 12,3 Millionen Mark.

Brasilien bildet eine Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien, an deren Spitze der auf eine Zeitdauer von 4 Jahren vom Volke gewählte Präsident steht. Die Gesetzgebung untersteht dem Bundeskongreß, gebildet aus dem Senat und einer Deputiertenkammer. Die Republik setzt sich zusammen aus dem Bundesdistrikt, 20 Staaten, die sich einer weitgehenden Selbständigkeit erfreuen, und an deren Spitze ein vom Volke gewählter Präsident oder Gouverneur steht, dem mit der Sanktionierung der vom Volke gewählten

Digitized by Google

Volksvertretungen die Gesetzgebung, soweit sie nicht Bundessache ist, untersteht. Die Landessprache ist portugiesisch; die Zahl der in Brasilien befindlichen Deutschen und Abkömmlingen von Deutschen dürfte sich etwa auf 500 000 Köpfe belaufen, von denen der bei weitem größte Teil in Süd- und Mittelbrasilien ansässig ist.

Die Haupterzeugnisse des Landes sind Kaffee, Gummi, Tabak, Kakao, Herva Matte, Baumwolle, Mineralien, tierische und Pflanzenerzeugnisse.

Eine besonders rationell betriebene Landwirtschaft ist noch kaum vorhanden, und nur in den Kaffeefazenden im Staate São Paulo, Rio de Janeiro und Minas Geraes und einigen landwirtschaftlichen Betrieben der Südstaaten sind Anzeichen einer intensiven Landwirtschaft zu finden. Im allgemeinen handelt es sich in Brasilien im Süden und Norden meist um Kleinbetriebe, abgesehen von einigen im großen Maßstabe angelegten Kakao-, Zucker- und Baumwollenpflanzungen. Die Gewinnung von Gummi und verschiedenen anderen Pflanzenerzeugnissen wird in der Regel als Raubbau bezeichnet werden können.

Die Viehzucht, darunter besonders die von Rindvieh, ist sehr beträchtlich und wird in allen Staaten betrieben. Großbetriebe finden sich besonders in den Staaten Rio Grande do Sul, Minas Geraes und Matto Grosso, ferner in São Paulo, Parana und Santa Catharina u. a. m. Aber auch hier wird ein rationeller Betrieb einsetzen müssen, um mit den alten rückständigen Methoden aufzuräumen. Die Gesamtzahl des in Brasilien vorhandenen Rindviehes wird auf 25—30 Millionen Köpfe geschätzt werden können. Eine Gesamtstatistik für das ganze Reich über das Vorhandensein der übrigen Haustiere, — es handelt sich um Pferde, Esel, Maultiere, Schweine, Ziegen, Schafe und Geflügel, ist nicht vorhanden. Bienen- und Seidenraupenzucht ist besonders in den Südstaaten in stetiger Entwicklung begriffen. Die Imkereierzeugnisse sind infolge ungünstiger Erträge in den letzten Jahren fast gar nicht zur Ausfuhr gelangt.

Außer einer nennenswerten Industrie, die besonders der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Nahrungsmittel dient, wie Zucker, Dörrfleisch, Butter usw., beginnt jetzt auch besonders in einigen Staaten die Herstellung von verschiedenen Industrieerzeugnissen; über die bestehenden Fabriken gibt der Diario Official vom 10. Oktober 1913 veröffentlichte Bericht des Landwirtschaftsministers folgende Aufstellung:

Fabriken	Zahl d. Betriebe	Wert der Produktion	
Tabaksfabrikate	2 118	32 121 928	Milreis
Getränke	1 544	65 665 620	„
Zündhölzer	30	18 117 100	„
Salz	834	10 768 386	„
Schuhe und Stiefel . . .	4 524	57 132 587	„
Lichte	11	5 739 046	„
	9 061	189 544 667	Milreis

Digitized by Google

	9 061	189 544 667	Milreis
Parfümerien	272	6 300 225	„
Pharm. Spezialitäten . .	623	11 177 762	„
Essig	319	1 299 348	„
Konserven	290	9 582 476	„
Spielkarten	7	358 231	„
Hüte	534	29 675 541	„
Spazierstöcke	20	49 607	„
Weberei- u. Spinnereiwaren	190	198 650 599	„
	11 316	446 747 346	Milreis

Die Einfuhr von Rohstoffen, Maschinen und Ersatzstücken usw. betrug

in den Jahren	Kilogramm	Wert		Kilogramm	Wert	
Baumwolle i. Fäden	3 212 914	10 164 997	Milrs.	3 900 222	10 660 470	Milr.
Maschinen	18 954 113	11 777 445	„	30 005 407	17 795 468	„
Sonst. Material . .		154 914 988	„		190 280 914	„
Eisenbahnschienen und Material . .	161 039 614	19 703 538	„	234 718 782	20 000 773	„
Lokomotiven . . .	12 959 125	9 340 750	„	16 791 922	11 585 752	„
Lokomobil. u. Motoren	4 639 188	4 335 087	„	5 268 455	4 513 328	„

Die Produktion von Kaffee betrug bei den letzten drei

Ernten 1910—1911	10 956 000	Sack zu 60 kg
1911—1912	12 550 000	Sack zu 60 kg
1912—1913	10 820 000	Sack zu 60 kg

Ausgeführt wurden in den Jahren

	1910	1911	1912
Sack zu 60 kg	9 723 738	11 237 802	12 080 393

Die Ausfuhr verteilte sich nach den verschiedenen Ländern, und zwar

	1911	1912
	Sack zu 60 kg	
Vereinigte Staaten von Amerika .	4 444 973	5 092 661
Deutschland	1 803 991	1 820 407
Holland	1 413 412	1 183 255
Oesterreich-Ungarn	967 677	957 886
Frankreich	874 928	1 187 268
Belgien	338 723	405 583
England	270 114	171 201
Argentinien	225 187	237 169
Italien	204 933	205 605
Schweiz	181 623	164 418
Kap der guten Hoffnung	107 125	110 821
Spanien	85 639	107 519
Argelia	63 289	91 539
	10 981 614	11 735 332

Digitized by Google

	10 981 614	11 735 332
Europäische Türkei	50 388	47 726
Uruguay	37 768	36 573
Asiatische Türkei	35 369	43 034
Dänemark	24 530	47 875
Norwegen	22 600	34 026
Rußland	19 865	28 599
Chile	20 717	30 005
Verschiedene	64 951	77 133
zusammen	11 257 802	12 080 303

Die Gummiausfuhr betrug in den Jahren:

	In kg		
	1910	1911	1912
Großbritannien	17 527 705	15 661 862	14 728 257
Vereinigte Staaten von Amerika	15 449 764	16 145 999	21 331 590
Frankreich	3 444 528	4 246 563	4 436 374
Deutschland	1 554 144	1 049 974	1 660 135
Uruguay	537 745	537 745	1 000 641
Belgien	131 191	131 191	126 144
Verschiedene	1 403	28 436	2 848
Zusammen:	38 646 481	36 799 670	42 295 979

Die Ausfuhr der Baumwolle betrug in den Jahren

1911		1912	
kg	Wert an Bord	kg	Wert an Bord
14 646 909	14 704 000 Milreis	15 773 942	15 560 000 Milreis

Die Ausfuhr von Kakao betrug in den Jahren

Tonnen zu 20 Zentnern:

1910	1911	1912
29 157	34 994	30 492

Die Ausfuhr von Tabak betrug in den letzten beiden Jahren

1911		1912	
Tonnen zu 20 Ztr.	Wert	Tonnen zu 20 Ztr.	Wert
18 494	8 613 343 Milreis	24 705	12 749 969 Milreis

Die Zuckerproduktion betrug im ganzen 5 183 109 Sack zu 60 Kilogramm. Daran waren beteiligt:

Rio de Janeiro	mit	666 117 Sack zu 60 kg
Bahia	„	316 992 „ „ „ „
Pernambuco	„	1 700 000 „ „ „ „
Die Staaten Rio Grande do Norte, Parahyba, Alagoas, Sergipe, São Paulo, St. Catharina, Minas u. Maranhão	„	2 500 000 „ „ „ „
		5 183 109 Sack zu 60 kg

Digitized by Google

Die Ausfuhr von den aus der Viehzucht herrührenden Erzeugnissen betrug

	1911		1912	
	Menge	Wert an Bord	Menge	Wert an Bord
Häute	31 890 000 kg	27 014 675 Milreis	36 255 004 kg	30 177 264 Milr.
Felle	2 797 900 „	9 729 956 „	3 189 058 „	11 372 521 „
Hörner	1 400 500 „	442 953 „	1 448 927 „	424 338 „

Der Gesamtwert der Einfuhr und Ausfuhr in den Jahren

1911		1912	
Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
795 563 450 Milrs.	1 003 924 736 Milrs.	951 369 558 Milrs.	1 119 737 180 Milrs.

An der Ausfuhr waren beteiligt

	1910	1911	1912
Deutschland . . .	109 956 833 Milrs.	145 717 097 Milrs.	160 272 207 Milr.
Belgien	17 004 943 „	24 063 673 „	30 029 221 „
Ver. Staat. v. Amerika	339 951 720 „	357 579 528 „	438 008 906 „
Frankreich	79 141 167 „	79 442 888 „	109 614 167 „
Rußland	1 577 861 „	1 008 849 „	1 587 889 „
Italien	6 339 902 „	11 566 542 „	12 642 301 „
Holland	46 330 495 „	81 627 798 „	70 929 205 „
England	222 547 000 „	150 990 724 „	132 918 357 „

Die Ausfuhr der einzelnen Staaten betrug in Conto Gold (2300 Mark):

	1910	1911	1912
Amazonas	108 056	71 223	70 042
Para	98 008	55 141	68 807
Maranhão	3 822	4 506	3 875
Ceara	7 029	6 809	6 476
Rio Grande do Norte . .	1 911	2 326	2 309
Parahyba	3 233	2 390	4 738
Pernambuco	11 118	11 510	8 233
Alagoas	3 102	2 333	2 313
Sergipe	133	252	72
Bahia	39 688	37 124	40 162
Espiritos Santo	5 714	8 950	14 285
Rio de Janeiro	68 893	72 118	94 174
São Paulo	175 540	284 733	314 154
Parana	14 046	15 458	16 861
Santa Catharina	2 100	1 939	1 917
Rio Grande do Sul . . .	11 706	12 802	12 992
Matto Grosso	6 715	4 698	2 137
zusammen . .	560 814	594 312	663 548

Die Uebersicht erstreckt sich jedoch nur auf die Staaten, die eigene Häfen besitzen und somit in der Lage sind, sich unmittelbar am Ausfuhrhandel zu

Digitized by Google

beteiligen. Für den Staat Minas Geraes ist die Ausfuhr in der von Rio de Janeiro und São Paulo mitenthalten. Die Wareneinfuhr Brasiliens ist durch folgende Zahlen dargestellt:

Jahr	Wert in Conto Gold	Wert in Pfd. Sterl.
1910	425 529	47 871
1911	440 620	52 944
1912	563 775	63 425

Die Beteiligung der einzelnen Länder betrug in Conto Gold:

	1910	1911	1912
England	121 566	136 387	141 958
Deutschland	67 625	78 844	96 970
Ver. Staaten von Amerika .	54 467	63 178	87 991
Frankreich	40 349	41 525	50 756
Die Gesamteinfuhr Brasiliens in genannten Jahren betrug:	425 529	470 621	563 775

Für die fremde Einfuhr kommen hauptsächlich die Hafenstädte in Betracht oder größere Städte, die mit diesen durch Eisenbahnen verbunden sind. Die Haupthafenplätze sind:

Schiffsverkehr 1912			darunter deutsche Schiffe	
in den Nordstaaten:	Anzahl	Registertons		
Manaos	170	387 393	Anzahl	Registertons
Para	380	935 796	48	156 180
Maranhão	53	110 486	23	40 603
Fortaleza (Ceara)	61	126 580		
Parahyba	59	127 537		
in Mittelbrasilien:				
Pernambuco	387	1 220 597	15	30 623
Maceio	75	149 696		
Bahia	543	1 760 677	167	570 738
Victoria (Espirito Santo) . . .	100	216 190		
Rio de Janeiro	1630	4 993 686		
Santos	1020	3 269 285	173	521 372
Porto Murtinho (Matto Grosso)	97	22 675		
in Südbrasilien:				
Paranagua	129	178 717		
Antonina	52	52 900		
Foz de Iguassu (Parana) . . .	123	20 665		
San Francisco do Sul	56	117 586	34	76 719
Florianopolis	54	49 959		
Rio Grande do Sul	166	268 746		

Die Gesamtzahl der fremden Dampf- und Segelschiffe belief sich auf 5787 Schiffe mit einem Tonnengehalt von 11 500 360 Reg.-Tons, darunter deutsche an zweiter Stelle mit 1055 Schiffen und 2 940 229 Reg.-Tons.

Digitized by Google

Sonstige größere Städte sind São Paulo, Hauptstadt des gleichnamigen Staates, mit 400 000 Einwohnern, Porto Alegre, Hauptstadt des Staates Rio Grande do Sul, mit 150 000 Einwohnern, Curitiba, Hauptstadt des Staates Parana, mit 60 000 Einwohnern, Bello Horizonte, Hauptstadt des Staates Minas Geraes, mit 25 000 Einwohnern, Juiz de Fora (Staat Minas Geraes) mit 40 000 Einwohnern und Cuyaba, Hauptstadt des Staates Matto Grosso, mit 30 000 Einwohnern. (Schluß folgt.)

Der Bergbau in unseren Kolonien [1].

Von Ingenieur Gottfried Goldberg, Berlin-Lichterfelde.

Für den kolonialen Bergbau unserer Schutzgebiete sind die letzten zehn Jahre von hoher Bedeutung gewesen; von den meisten Orten, wo heute bereits der Betrieb mit Erfolg aufgenommen worden ist, waren damals kaum die Fundstellen bekannt. Ein ungemein großes Stück technischer Arbeit ist gerade in dieser Beziehung in unseren Schutzgebieten geleistet worden, und glücklicherweise auch nicht mehr ganz ohne finanziellen Lohn. In Deutsch-Südwest z. B. bilden die aus bergbaulichen Betrieben erwachsenen Einnahmen und Abgaben den Stützpunkt des wirtschaftlichen Lebens.

Freilich darf man bei einer kritischen Würdigung des deutschen kolonialen Bergbaues nicht den einheimischen Maßstab anlegen und nicht vergessen, daß es sich in den meisten Fällen um völlig andere, meist erheblich schwierigere Verhältnisse handelt, unter denen sich die jungen Unternehmen ihr Daseinsrecht ertrotzt haben. Es entscheidet nicht an allen Plätzen allein die Abbauwürdigkeit des Materials, sondern auch die Verkehrs- und Transportverhältnisse, die Wasserversorgung usw. sprechen ein bedeutsames Wort mit. Denn nur zu häufig würde die Höhe der Transportkosten den ganzen Gewinn illusorisch machen. Ein weiteres Hindernis bereitet den Betriebsleitungen der ständige Mangel an geeignetem Arbeiterpersonal. Haben schon die Farmen, die Eisenbahn- und Wegebauunternehmen unter dem ständigen Leutemangel zu leiden, so macht sich diese Schwierigkeit im Bergbau besonders empfindlich bemerkbar. Die meisten Arbeiter sind teils untauglich, teils unlustig zu schwererer Arbeit, insbesondere zu einer solchen unter Tage. Betriebsunfälle, wie sie auch bei der größten Vorsicht nie ganz zu vermeiden sein werden, haben stets die Flucht der meisten Arbeiter zur Folge. Aus diesem Grunde betrachtet es auch die im Jahre 1910 gegründete Lüderitzbuchter Minenkammer, welche in monatlichen Konferenzen die Interessen der deutsch-südwestafrikanischen Bergwerksbesitzer wahrnimmt, als eine ihrer Hauptaufgaben, die Bergbaufelder mit dem nötigen Arbeiterpersonal zu versorgen. Leider nicht immer mit dem Erfolg, der diesem Unternehmen im Interesse der Sache zu wünschen wäre. In den Diamantenfeldern haben sich bereits die Unternehmer gezwungen gesehen, aus der Kapkolonie Eingeborene anwerben zu lassen, was nur eine zweifelhafte Hilfe bedeutet. Denn die Zugewanderten verlangen zwar doppelte Löhnung, leisten aber nicht mehr als das Arbeitsquantum unserer einheimischen schwarzen Bevölkerung, obgleich schon an diese keine allzu hohen Anforderungen gestellt werden dürfen. Das Diamantengebiet beschäftigt zurzeit rund 600 Weiße und 3000 Farbige, wovon besonders die letzteren schwer zu beschaffen sind. Aus diesem Grunde sieht man sich immer mehr genötigt, zu technischen Hilfsmitteln aus der Heimat zu greifen, was unserer Industrie allerdings nur angenehm sein kann.

Nicht unerwähnt möge bleiben, daß von seiten der Bergbauämter eine ziemlich strenge Kontrolle geübt wird; die Bestimmungen lauten auf Innehaltung einer ge-

[1] Literaturangabe siehe Schluß.

Digitized by Google

regelten, nicht zu langen Arbeitszeit und Einführung aller nötigen Sicherheitsmaßregeln zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter. Den Bergbauämtern oder eigens dazu bestimmten Eingeborenenkommissaren liegt es auch ob, eventuell Lohnstreitigkeiten zu schlichten.

Als letzter, aber nicht unwichtigster Punkt tritt die Wasserversorgung auf den Plan. Vielversprechende Bergformationen haben sich wiederholt in hervorragend wasserarmen Gegenden vorgefunden, deren Erschließung für später zurückgestellt werden mußte. Wenn es sich um besonders wertvolle Bodenschätze handelt, wie z. B. bei der Diamantengewinnung, haben sich trotzdem manche Unternehmer nicht zurückschrecken lassen, jedoch ist auch hier vielen wieder die Lust vergangen, oder die Verhältnisse haben zu sehr hohen Betriebsunkosten geführt. Dazu kommt nämlich, daß gerade die meisten Bergwerksunternehmen das Wasser zu Betriebszwecken dringend nötig bedürfen, daß die Wasserversorgung eine Lebensfrage für sie bedeutet. Aus allen diesen Gründen gehört das koloniale Bergwesen nicht zu den einfachsten Gebieten unseres kolonialen Lebens, und es ist nicht allein mit einer möglichst genauen geologischen Untersuchung des Landes getan. Es sprechen noch viele andere Faktoren bei dieser Rechnung mit, die zu beachten sind, wenn vor das Resultat nicht später ein Minuszeichen gesetzt werden soll.

In bergbaulicher Beziehung an erster Stelle steht auch im letzten Berichtsjahre Deutsch-Südwest, dem sich schon in betreff des Diamantenabbaues das Hauptinteresse in Deutschland zuwendet, obgleich dahingestellt sein möge, ob dieser Zweig des Bergwesens wirklich der wichtigste ist. Allerdings werden zurzeit die weitaus größten wirtschaftlichen Werte bei der Ausnutzung mineralischer Massen gerade hier gewonnen. Im letzten Jahre ist der Ertrag gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen: es sind insgesamt 156 596 g im Werte von rund 20 Millionen Mark gewonnen worden, also 7400 g weniger als im Vorjahre, was einem Wertverlust von 6½ Millionen Mark gleichkommt. Die Gründe dieser verminderten Produktion werden in verschiedenen Ursachen gesucht: einem Verarmen der Felder, dem Einfluß der Diamantenregie, den hohen Abgaben, den sinkenden Preisen und so fort. Es wäre verfrüht, aus dem Ergebnis eines Jahres bestimmte Schlüsse ziehen; die Entwicklung des Diamantenabbaues ist noch keineswegs vollendet, und Schwankungen sind in jedem Zweige des Wirtschaftslebens eine bekannte und nicht zu vermeidende Tatsache.

Die Herkunft der Diamanten bei Lüderitzbucht ist noch immer ein unaufgeklärtes Rätsel, an dem die Geologen herumraten. In der Gegend von Gibeon und Berseba finden sich der gleiche Blaugrund und dieselben röhrenförmigen Ausbruchschlote wie in den diamantenreichen Gebieten Südafrikas. Gleich nach dem Aufstande waren hier Untersuchungen eingeleitet worden, die zwar erfolglos blieben, doch gleichzeitig damit durchlief die Kunde von den ersten Funden bei Lüderitzbucht die Presse. Merkwürdigerweise ist in dieser Gegend kein Blaugrund gefunden worden, sondern die Edelsteine liegen lose im Sande der Wüste, einem schmalen Küstenstreifen, welcher sich von Lüderitzbucht aus etwa 160 Kilometer weit in südlicher und doppelt so weit in nördlicher Richtung erstreckt. Insgesamt handelt es sich also um rund 500 Kilometer. Das Gebiet ist durchweg wasser- und pflanzenarm; in der Nähe der Küste hört das Vorkommen der Steine auf. Es wird angenommen, daß das Meer früher diese Gebiete bedeckt und sich langsam zurückgezogen hat; in der Braunkohlenzeit ungefähr muß diese Ablagerung der Diamanten stattgefunden haben.

Die diamantenhaltigen Streifen werden folgendermaßen beschrieben: es sind schmale, lange, nordsüdlich verlaufende Streifen, in der Längsrichtung von Norden bis nach Pomona und Bogenfels nehmen die Größe und Menge der Steine zu. Leider sind die gewonnenen Diamanten recht klein, durchschnittlich gehen auf ein Karat 6 bis 7 Stück, also 30 bis 35 auf ein Gramm. Wenn in letzterer Zeit sogar die Durchschnittsgröße

Digitized by Google

der gefundenen Diamanten abgenommen hat, so ist der Grund hierfür in der Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel zu suchen, durch welche auch die kleineren Steine gefunden werden. In der technischen Entwicklung des kolonialen Bergwesens kann das letzte Berichtsjahr überhaupt als ein günstiges bezeichnet werden. Insgesamt fanden acht Aufbereitungsmaschinen im Diamantgebiet Aufstellung, durch welche eine viel sorgfältigere Siebung des Waschgutes gewährleistet wird. Am vorteilhaftesten scheint sich hierbei die Schiechelsche Setzmaschine einzuführen, der auch als wichtiger Punkt ein geringer Wasserverbrauch nachgerühmt wird. Bei Anwendung von Setzmaschinen kann mit einem Mehrgewinn von 30 Prozent im Gegensatz zum Handbetrieb gerechnet werden, die Schiechelsche Maschine garantiert z. B. für die Gewinnung von 90 Prozent der im Waschgut enthaltenen Diamanten. Auch den Mangel an Betriebswasser hat man durch technische Hilfsmittel auszugleichen gewußt: durch eine 30 Kilometer lange Rohrleitung werden täglich 720 Kubikmeter Meerwasser von der Küste nach Kolmannskuppe gepumpt, wozu Sauggasmaschinen der Firma Körting dienen. Desgleichen versorgt das Elektrizitätswerk der Kolonialen Bergwerksgesellschaft in Lüderitzbucht die Diamantfelder mit der nötigen Kraft. Der Strom wird mit 30 000 Volt Spannung durch die Feruleitungen zum Bestimmungsgebiet geführt. Die größeren Unternehmen haben Feldbahnen in einer Gesamtlänge von 130 Kilometern mit Lokomotivbetrieb geschaffen, doch wird das Kamel noch immer als Beförderungsmittel für Futter und Trinkwasser benutzt.

Von vielleicht noch größerem Wert für die Zukunft als die womöglich in 15 bis 20 Jahren schon erschöpften Diamantenfelder sind die Kupfererzfunde im Otavigebiet. Insbesondere der zum Teil oberirdische Erzkörper bei Tsumeb, welcher sich auch in der Tiefe fortsetzt, ist von großer Bedeutung. Nach den letzten Untersuchungen sind bis zu einer Tiefe von 170 Metern rund 310 000 Tonnen Erz mit durchschnittlich 16 Prozent Cu und 25 Prozent Pb zu erwarten. Im Vergleich hierzu mögen einige andere Kupfererzfundstellen und der Reichtum der dortigen Kupfererze erwähnt werden: am Oberen See 0,65 Prozent, Ural 3 bis 7 Prozent, Kaukasus 7 bis 15 Prozent, Sibirien 20 Prozent usw. Das afrikanische Kupfer harrt in der Neuzeit noch der Erschließung, obgleich es im Altertum das erste Kupferland der Welt war (Aegypten, Karthago, Numidien). Ausbeute findet bisher außer in Deutsch-Südwest im Kap- und Namalaland statt, doch reicht die gesamte afrikanische Kupfergewinnung noch nicht an diejenige Mannsfelds heran, wo 85 Prozent des gesamten deutschen Kupfers gewonnen werden. Reiche Ausbeute verheißen jedoch auch die Tanganyika-Minen im Kongogebiet.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Kupfers hat im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch die Ausgestaltung der modernen Technik eine Verwendung gefunden, die kaum weniger vielseitig ist als die des Eisens. Dementsprechend ist allerdings auch die Kupfergewinnung in den verschiedenen Ländern bedeutend gestiegen; Japan hat z. B. in den letzten 20 Jahren seine Produktion mehr als verdreifacht und erzeugte 1912 58 000 Tonnen, Peru, das vor 25 Jahren einige 100 Tonnen gewann, produzierte 25 900 Tonnen. Die Weltproduktion ist von 20 000 Tonnen jährlich im Durchschnitt während des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts auf 675 000 Tonnen im Durchschnitt im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gestiegen, wobei jetzt die Vereinigten Staaten an erster Stelle stehen. Der Rohkupferverbrauch ist gleichfalls in Amerika mit 330 000 Tonnen am höchsten, nächstdem steht Deutschland mit 225 000 Tonnen, denen England erst mit 160 000 Tonnen folgt. Die Rohkupfereinfuhr Deutschlands 1911 belief sich auf 191 590 Tonnen, wovon 89,6 Prozent aus den Vereinigten Staaten stammten. Berlin ist im Laufe der letzten Jahre neben New York, London und Paris zur Kupferbörse geworden. Die oben aufgeführten Zahlen rechtfertigen das Interesse, welches an der Kupfergewinnung in Deutsch-Südwest genommen wird.

Die Produktion an Erzen im Otawigebiet belief sich im letzten Berichtsjahre auf 35 265 Tonnen, wovon ein Teil gleich an Ort und Stelle verhüttet wurde. Es wird

Digitized by Google

dabei ein Kupferstein von 48 Prozent Cu und 26 Prozent Pb gewonnen und daneben auch Werkblei produziert. In beiden Erzeugnissen ist ein hoher Silbergehalt bemerkbar. In den ersten sechs Betriebsjahren sind bei dem Unternehmen rund 235 000 Tonnen Roherze gewonnen worden, deren Gestehungskosten bei etwa 23 Mark pro Tonne liegen. Der Betrieb ruht in den Händen der Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft, welche das Unternehmen im streng modernen Sinne leitet. Druckbohrhämmer stehen zur Verfügung, und der maschinelle Betrieb wird zurzeit für elektrische Kraft umgebaut; zum Antrieb der Kraftanlage soll ein Dieselmotor dienen. In der Hütte, welche zwei Schachtöfen aufweist, findet Kühlwasser Verwendung, welches durch eine 20 Kilometer lange Leitung vom Otjikotosee herbeigeschafft wird. Schmelzkoks wird aus Deutschland bezogen und stellt sich auf rund 90 Mark pro Tonne. Das Personal besteht aus 20 Weißen und 800 bis 900 Eingeborenen. Ihr Absatzgebiet findet die Mine — und dies ist leider ein dunkler Punkt — bisher hauptsächlich in Amerika, da unsere einheimischen Metallhütten bisher noch nicht für die Verarbeitung der Otavierze eingestellt sind. Es ist zu hoffen, daß bei einer weiteren Steigerung der südwestafrikanischen Produktion hier ein Wandel eintritt. Außer dem Otavigebiet scheint besonders die jüngst erschlossene Khangrube in der Nähe der Küste reiche Ergebnisse zu liefern.

Von den anderen Erdschätzen der Kolonie sind noch Gold, Zinn und Wolfram bemerkenswert. Das erstere Metall konnte zwar an verschiedenen Orten festgestellt werden, bisher sind aber abbauwürdige Funde noch nicht bekanntgeworden. Das Wolfram, welches im Süden der Kolonie in reichem Maße sich findet, scheint neuerdings für die Industrie eine höhere Bedeutung erlangt zu haben, nachdem es jahrelang nur äußerst wenig Verwendungsgebiete fand. Es ist noch gar nicht lange her, daß man darauf aufmerksam wurde, in wie hohem Grade ein geringer Zusatz von Wolfram zum Eisen die Härte und Festigkeit des letzteren günstig zu beeinflussen vermag. Infolgedessen findet es jetzt als Zusatz zu Werkzeugstahl, Schienen- und Geschoßstahl vielfache Verwendung. Desgleichen hat es Eingang in die Farbenindustrie gefunden, wo besonders Wolframbronzefarben gesucht sind; auch haben Versuche, das Metall als Flammenschutzmittel zu verwenden, günstige Resultate gezeitigt. Man ging hierbei von einer besonderen Eigenschaft des Wolframs aus: seiner hohen Widerstandsfähigkeit gegen Hitze, denn es schmilzt erst bei 3000 Grad Celsius. Dieser Eigentümlichkeit verdankt es auch sein modernstes, aber nicht unwichtigstes Anwendungsgebiet: die Herstellung von Leuchtfäden für elektrische Glühlampen aus Wolfram. Die Widerstandsfähigkeit des Metalls ist so stark, daß eine Brennstundenzahl von 2000 keine Seltenheit ist, infolgedessen liefern diese in Diamanten gezogenen Drähte zurzeit das billigste Licht.

Ueber die Zinnerzfunde der Kolonie kann Bestimmtes noch nicht gesagt werden, da es sehr schwer ist, im voraus richtige Urteile über dieses Metall abzugeben. Es handelt sich dabei um ausgedehnte Gebiete, die zum größten Teil erst erschlossen werden müssen. Die geologische Formation der Fundstellen konnte als kristalliner Schiefer festgestellt werden, durchsetzt von Gängen und ganzen Massiven des alten, sogenannten Salemgranits. Drin finden sich nun Pagmatit- und Quarzgänge von verschiedener Mächtigkeit. Eingesprengt in die Gangmasse tritt das Zinnerz als Zinnstein oder Kassiterit in Kristallen, Aggregaten und Körnern auf, ihre Größe wechselt von Stecknadel- bis Faustgröße. Erschwerend für die Untersuchungen fällt ins Gewicht, daß der Zinngehalt sehr schnell wechselt: es sind häufig Stellen wegen Verarmung aufgegeben worden, die beim späteren Weitertäufen doch noch zu reichen Fundstellen führten. Die in den Schürfstellen und Gräben enthaltenen Werte schwanken zwischen dem Bruchteil eines Prozents bis zu 10 v. H. metallischen Zinns. Als abbauwürdig wird in verkehrstechnisch nicht ungünstig gelegenen Gebieten Erz mit einem durchschnittlichen Zinngehalt von 2 Prozent angesehen.

Die Unentschlossenheit der deutschen Unternehmer hat leider auch auf diesem Gebiet dazu geführt, daß sich die meisten Zinnschürffelder in den Händen englischer bzw. Jo-

Digitized by Google

hannisburger Firmen befinden. Nur die Deutsche Kolonialgesellschaft arbeitet auf 16 Feldern mit einem Betriebspersonal von einem Weißen und 30 Eingeborenen, die anderen fünf Gesellschaften stehen unter ausländischer Leitung.

Einen erfreulichen Aufschwung nimmt der Betrieb der Marmor-Kolonial-Gesellschaft, welche im letzten Berichtsjahre 120 Tonnen Marmor nach Deutschland verschiffte. Nordwestlich von Karibib findet sich Marmor in großen Mengen, zum Teil von sehr schöner Beschaffenheit. Für den Abbau des roten Marmors, dem eine Konkurrenz durch den aus Karrara eingeführten nicht erwächst, sind aus Deutschland eigene Spezialmaschinen verschrieben worden. — Die Auffindung eines hochwertigen Schmucksteins, des Edelberylls, in Deutsch-Südwest hat letzterer Zeit gleichfalls die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erregt.

Steht für Deutsch-Südwest der Diamantenabbau im Vordergrund des Interesses, so ist es in Deutsch-Ostafrika die Goldgewinnung. Die Hauptfundstelle, wo bereits ein flotter Betrieb im Gange ist, liegt bei Sekenke im Vorlande des Irande-Massivs. Es handelt sich hier um annähernd senkrecht einfallende Quarzgänge, welche zu mehreren nebeneinander herstreifen und goldhaltige Gangstücke bis zu 400 Metern Länge aufweisen. Nachdem zunächst der Betrieb im Tagebau begonnen hatte, ist heute schon eine Tiefe von 60 Metern erreicht worden. Da der Grundwasserspiegel bei 18 Metern Teufe überschritten wurde, der Goldgehalt jedoch auch darunter befriedigend verblieb, so besteht die Hoffnung, daß derselbe auch fernerhin noch nicht nachläßt. Von Maschinen, welche der Goldgewinnung dienen, besitzt die Gironda-Goldminengesellschaft ein Pochwerk mit 20 Stempeln. 10 weitere sind im Bau, außerdem eine Zyanidlaugerei; das Betriebspersonal besteht aus 25 Weißen und 1000 Schwarzen. Es können zurzeit aus einer Tonne Erz 30 Gramm Gold gewonnen werden, während im Anfange sich der Gewinn auf 40 Gramm stellte. Im letzten Berichtsjahre wurden durch die Gesellschaft 395 Kilogramm Schmelzgold und 316 Kilogramm Feingold im Werte von 866 188 Mark gewonnen, daneben 59 Kilogramm Feinsilber. Infolge dieses günstigen Abschlusses konnte eine Dividende von 8 Prozent zur Auszahlung gelangen. — Ein zweites, jüngeres Goldbergunternehmen besteht in Muansa; das hier gewonnene Edelmetall hatte im Laufe des letzten Jahres einen Wert von 80 000 Mark.

Ein anderes, nicht unwesentliches Unternehmen ist der Glimmerabbau Ostafrikas, welcher hauptsächlich im Ulugurugebirge und in Westusambara mit Erfolg betrieben wird. Leider herrscht in dem über 2400 Meter aufsteigenden Gebirge ein wenig günstiges Klima, auch wird der Betrieb durch den brüchigen Abbau, welcher Gefahren mit sich bringt, erschwert. Die abbaufähigen Felder sind im Besitz dreier deutscher Gesellschaften, welche im letzten Berichtsjahre 98 299 Kilogramm im Werte von 348 286 Mark zur Ausfuhr brachten. Die Ausfuhr von Glimmer nach dem Mutterlande, welche schon jetzt 10 Prozent unserer Einfuhr ausmacht, ist noch sehr entwicklungsfähig, im Jahre 1910 mußten allein aus Britisch-Indien 821 Kilogramm Glimmer nach Deutschland geschifft werden. Es ist zu hoffen, daß mit der Zeit die Kolonien den gesamten deutschen Bedarf decken werden.

Am Nordwestende des Nyassasees ist das Vorkommen von guter Steinkohle mit Sicherheit festgestellt worden, ein Abbau findet jedoch noch nicht statt, da das nördliche Rhodesia bisher eine zu starke und nahe Konkurrenz bedeutet. Hingegen liegen am Tanganyikasee die Verhältnisse anders. Am Westufer des Sees, im belgischen Kongo, sind abbauwürdige Flöze entdeckt worden, was die Vermutung nahelegt, daß sich derartige Formationen auch auf unserer Küste fortsetzen. Eine genaue Untersuchung wäre hier dringend erforderlich.

Die Bergwerksunternehmen Deutsch-Ostafrikas halten sich zwar noch in bescheidenen Grenzen, trotzdem stellen ihre Produkte jedoch 15 Prozent der gesamten Ausfuhr im Werte von 1½ Millionen Mark dar.

Digitized by Google

In den Anfangsgründen steckt dagegen noch das Bergwesen unserer beiden letzten afrikanischen Kolonien, Kamerun und Togo. Die Aussichten sind dabei jedoch durchaus nicht ungünstig. In Kamerun sind Glimmer, Kohle, Gold, erdölhaltige Schiefer und Solquellen nachgewiesen worden; auch das Suchen nach Zinnerzen dürfte von Erfolg begleitet sein. Kamerun weist die gleichen Bergformationen auf wie das benachbarte Nigeria, wo reiche Zinnfunde gemacht worden sind, so daß einige Gesellschaften bis zu 100 Prozent Dividende gezahlt haben. Der Zinngehalt beträgt teilweise 20 Prozent. Es ist wahrscheinlich, daß sich diese Metallgänge auch in unserem Gebiet fortsetzen, bisher verzögern allerdings Urwald und das Fehlen jedweder Verkehrsmöglichkeit in jenen Gegenden einen Abbau. Doch wäre eine baldige Untersuchung am Platze, damit rechtzeitig diese Felder durch deutsche Unternehmer gesichert werden, bevor Engländer und Amerikaner uns zuvorkommen. In dem zum größten Teil noch unbekannten „Neukamerun" sollen Granit und kristallinischer Schiefer gefunden worden sein. Hoffentlich stehen uns hier noch viele angenehme Ueberraschungen auf bergbaulichem Gebiet bevor, die uns für schlechtes Klima, Sumpf und Urwald entschädigen.

Reiche Roteisenerzlager finden sich in Togo bei Banjeli, die bis jetzt nur von seiten der Eingeborenen eine Ausnutzung erfuhren. Ihr Abbau beläuft sich auf 350 bis 400 Tonnen pro Jahr. Es werden neuerdings vom Gouvernement Untersuchungen in die Wege geleitet, ob die naheliegenden Flüsse für ein elektrisches Kraftwerk ausgenutzt werden können, so daß die gewonnenen Eisenerze gleich an Ort und Stelle verhüttet werden können.

Auch in den alten und neuen Schutzgebieten der Südsee kann von einem eigentlichen Bergbau noch nicht gesprochen werden. In Kaiser-Wilhelmsland besteht zwar die Hoffnung auf Goldgewinnung, der auch einige Goldgräber nachgehen, doch ist bis jetzt noch kein eigentlicher Erfolg zu verzeichnen gewesen. Auch Erdölfunde sind gemacht worden, leider verzögert sich die hier in Aussicht genommene Untersuchung noch immer, was doppelt zu bedauern ist, da die auf holländischem und britischem Besitz in Neuguinea gemachten Funde wahrscheinlich schon bald ihre Ausnutzung erfahren und später für deutsche Unternehmer eine schwer oder gar nicht wieder einzuholende Konkurrenz bedeuten werden.

In gewissem Zusammenhang mit dem Bergwesen steht auf den Inseln der Südsee auch der Abbau von Phosphaten, einem Düngemittel, welches im Laufe der Jahre durch Vögel dort angesammelt worden ist. Bei der Zersetzung der Abscheidungen wanderte der Phosphatsäuregehalt in den Korallenkalk der Unterlage, welcher später zerfiel, so daß nur die phophathaltigen Teile zurückblieben. Besonders reich sind diese Stoffe auf den deutschen Inseln Nauru und Angaur vertreten. Auf Nauru beschäftigt sich eine englische Gesellschaft mit dem Abbau, welche in den letzten drei Jahren Phosphate im Werte von 18 Millionen Mark verschiffte. Auf Angaur besteht die Deutsche Südsee-Phosphat-Gesellschaft, über deren Geschäftsführung und musterhafte moderne Betriebsmittel schon mehrmals an dieser Stelle berichtet wurde. Ihr Versand belief sich im letzten Jahre auf 45 000 Tonnen im Werte von 1 120 000 Mark.

Das Bild unseres kolonialen Bergwesens wäre unvollständig, wenn nicht kurz des Steinkohlenbergbaues bei Kiautschou gedacht würde. Die Schantung-Bergbau-Gesellschaft in Berlin ist Besitzerin von Bergbaukonzessionen auf Steinkohle in der Provinz Schantung. Von besonderer Bedeutung sind zwei derselben, welche an der Eisenbahn zwischen Tsingtau und Tsinanfu liegen. Das erste dieser Abbaufelder, bei Waihsien, befindet sich etwa 170 Kilometer von Tsingtau und besteht aus drei Flözen von 3 bis 4 Metern Mächtigkeit. Ihre Erschließung hat im Fangseschacht bis zu 175 Metern und im Annischacht bis zu 360 Metern Tiefe stattgefunden.

Die Betriebseinrichtungen sind sämtlich aus Deutschland bezogen und durchaus moderne Anlagen; es finden z. B. Kompressoren, Bohrmaschinen und Preßlufthämmer, Sicherheitslampen usw. Anwendung. Da jedoch die gewonnene Kohle hauptsächlich

Digitized by Google

Gaskohle ist und ihr Vertrieb daher Mühe macht, so wird der Schwerpunkt des Betriebes neuerdings in das neue zweite Steinkohlenfeld bei Hungschan, 300 Kilometer von Tsingtau, verlegt. Hier machen sich 10 Flöze in drei Gruppen bemerkbar, deren Mächtigkeit zwar geringer ist, die dafür aber eine gute Schiffskohle liefern. In den Betrieben der Gesellschaft arbeiten 70 bis 80 Weiße und 4000 bis 5000 Chinesen. Die Betriebskosten sind verhältnismäßig nicht hoch, sie belaufen sich auf 3.50 Mark pro Tonne. Das Hungschanfeld enthält Kohlenvorräte von mehreren 100 Millionen Tonnen, für deren Abnahme gesorgt ist. Schon heute wird der Bedarf unserer Marine in Ostasien daraus gedeckt, auch Schiffe des Norddeutschen Lloyd und anderer Reedereien werden hiermit versorgt. Die Gesamtförderung belief sich im letzten Jahr auf rund 500 000 Tonnen, zwei Fünftel davon kommen auf das Waihsienfeld, der Rest auf Hungschan. Die Betriebsleitung hofft, zukünftig die jährliche Förderziffer der letzten Zeche auf 400 000 Tonnen steigern zu können.

Wie schon erwähnt, macht der koloniale Bergbau bei steigender Entwicklung immer mehr die Einstellung sachgemäßer technischer Hilfsmittel notwendig. Die deutsche Industrie schickt schon seit Jahren Bergwerksmaschinen auf den Weltmarkt, welche sich nicht allein in Deutschland, sondern auch im Auslande, insbesondere in Japan, China, Mexiko, Südafrika und so fort höchste Anerkennung erworben haben. Im Jahre 1908 schrieb die Bergwerkskammer in Johannisburg in Transvaal einen internationalen Wettbewerb für Gesteinbohrmaschinen aus, zu welchem 23 verschiedene Systeme gemeldet wurden. Die Dauervergleichsversuche hiermit zogen sich unter strenger Ueberwachung bis in den März 1910 hin. Unter Berücksichtigung von Bohrleistung, Druckverbrauch und Reparaturforderungen konnten nur zwei Maschinen einen Preis von je 50 000 Mark erhalten und damit den Sieg davontragen. Die eine Preisträgerin war die jetzige Deutsche Maschinenfabrik A.-G. in Duisburg, deren Stoßbohrmaschine die beste Tagesleistung und Gesamtbohrleistung erzielte. Bei den 1911 an der Johannisburger Universität vorgenommenen Versuchen zur Bestimmung des Druckluftverbrauchs der am Rand verwendeten Bohrmaschinen zeigte sich die „Demag"-Maschine der gleichen Firma allen anderen Maschinen weit überlegen. Stoßbohrmaschinen mit elektrischem Betriebe bringen desgleichen in musterhafter Ausführung die Siemens-Schuckert-Werke, Berlin, in den Handel. Einen hervorragend leistungsfähigen Bohrhammer für milde Gebirge mit einer Rekordleistung von 137 Zentimetern pro Minute hat die Maschinenfabrik „Westfalia" A.-G. zu Gelsenkirchen konstruiert, der im Gewicht sehr leicht gehalten und dessen Preis so gering ist, daß auch der kleinste Betrieb sich die Anschaffung leisten kann. Interessenten, denen an einer Uebersicht über deutsche Bohrmaschinen gelegen ist, seien auf das Aprilheft der Zeitschrift „Der Erzbergbau" hingewiesen.

Auch der größte Kolbenkompressor der Welt, der für eine Leistung von 18 000 Kubikmetern pro Stunde gebaut wurde und sich in Transvaal befindet, ist deutsches Fabrikat. Er entstammt der A.-G. für Maschinen und Bergbau Rudolf Meyer, Mülheim-Ruhr. Schachtbohrer liefert die Firma Haniel & Lueg, Düsseldorf, welche auch für die Zwecke des Schachtabteufens nach dem Gefrierverfahren Gefrieranlagen baut. Dem Abteufen dienen desgleichen Abteufpumpen, die meistens ein in einem Senkkasten untergebrachtes Aggregat aus Schleuderpumpe und Elektromotor darstellen. Hierfür wäre das Pumpen- und Gebläsewerk C. H. Jäger & Co., Leipzig-Plagwitz, zu nennen. Dampfabteufpumpen liefert die Maschinenfabrik Weise & Monski, Halle a. S. Wasserhaltungen werden nach langen Versuchen neuerdings lieber unterirdisch eingebaut. Eine deutsche Wasserhaltung der A.-G. Isselburger Hütte arbeitet zum Beispiel unterirdisch in einem Kohlenbergwerk in Indien als Ersatz für eine Duplexpumpe. Einen großen Aufschwung haben in letzterer Zeit auch die Maschinen zur Golderförderung genommen. Die im Großbetriebe gewöhnlich fünf Stempel aufweisenden Pochwerke sind zu Gruppen

Digitized by Google

mit mehreren hundert bis zu tausend Stempeln vereinigt. Die Leistungen eines Stempels sind von täglich 5 bis 6 auf 20 Tonnen gesteigert worden. An den Erfolgen hat die deutsche Industrie einen erheblichen Anteil, da sie im Bau der Aufbereitungsmaschinen mit an erster Stelle steht.

An den nötigen Maschinen fehlt es dem deutschen kolonialen Bergbau also nicht, wohl aber noch an zwei anderen wichtigen Hilfen. Zunächst an einer weitherzigeren Beteiligung deutschen Kapitals an diesbezüglichen Unternehmen. Der Durchschnittsdeutsche rechnet den Ankauf einer Kolonialaktie noch immer zu einer der waghalsigsten Spekulationen, was für die meisten Fälle durchaus nicht mehr zutrifft. Ferner aber darf die Erforschung der kolonialen Erdschätze nicht den Regierungsgeologen allein überlassen bleiben, deren Tätigkeitskreis ein viel zu großer ist, um schnell zu Erfolgen zu führen. Wir brauchen leistungsfähig Prospektoren, die auf eigene Hand ihr Glück versuchen. Um die Auswanderung solcher Leute zu fördern, hat sich das „Kolonial-Wirtschaftliche Komitee" bereit erklärt, fürs erste geeigneten Leuten freie Ueberfahrt zu gewähren. Es kann als sicher angenommen werden, daß die großen, noch unerforschten Gebiete den einen oder anderen unentdeckten Bodenschatz bergen, und mit jedem blühenden neuen Unternehmen kräftigt sich das Rückgrat unserer Kolonien.

Literaturnachweis. Veröffentlichungen des Reichs-Kolonialamts. 1912. Veröffentlichungen des Kol.-Wirtschaftlichen Komitees.

Bergassessor A. Macco: „Der Bergbau in Deutschlands Schutzgebieten", „Zeitschrift d. Ver. deutsch. Ing." Nr. 39, 1913.

J. Mendel: „Kupfer", „Technik und Wirtschaft" Nr. 5, 1913.

Dipl.-Ing. J. Tamm: „Die deutsche Industrie der Bergwerksmaschine", „Deutscher Export" Nr. 2 u. 3, 1913.

W. Hillmann: „Die technischen Fortschritte der Golderzaufbereitung", „Metall und Erz", 30. August 1913.

Zur letzten Entwicklung Portugiesisch-Ostafrikas.

Von Dr. Karstedt.

Es ist charakteristisch für die portugiesische Kolonialwirtschaft, daß alle Daten bezüglich des Handelsverkehrs und der übrigen gesamten Volkswirtschaft Portugiesisch-Ostafrikas sicher und schnell nur nicht aus portugiesischen, sondern aus fremden Quellen, hauptsächlich deutschen und englischen, zu erlangen sind. So lag bis zum Oktober dieses Jahres noch keine portugiesische Statistik betreffend Mozambique für 1910 vor, und die deutschen und englischen Konsularberichte klagen dauernd darüber, daß die Langsamkeit in dieser Beziehung symptomatisch für die ganze Art und Weise ist, in der die portugiesische Regierung alle Fragen des Handels und Verkehrs behandelt! Seit Jahren schwebt bereits das Projekt, von Porto Amelia eine Bahn zum Nyassa zu bauen, um das angeblich sehr reiche Hinterland von Mozambique aufzuschließen, aber es bleibt beim Projekt, ohne daß ernsthaft auch nur die geringste Kleinigkeit unternommen wird.

Besonders seitdem die Versuche, durch Verleihung großer Landkonzessionen eine beschleunigte Entwicklung herbeizuführen, gescheitert sind, scheint man sich vollkommen aufs Abwarten und Nichtsunternehmen eingerichtet zu haben. Bekanntlich erregte es seinerzeit großes Aufsehen, als verlautete, daß die portugiesische Regierung in dem Teil des Landes, der nach dem angeblich bestehenden Geheimvertrag zwischen Deutschland und England Deutschland zufallen sollte, eine Reihe von Konzessionen an englische und rhodesische Unternehmer vergeben hatte. Von diesen Konzessionsgesellschaften ist eine nach der anderen spurlos in der Versenkung verschwunden. Die Memba Minerals Company, die sich auf die geologische Ausnutzung ihrer Konzession beschränken

Digitized by Google

wollte, hat sich aufgelöst, nachdem ihre Schürfarbeiten zu keinem Resultat geführt hatten, und nur die Matadane Rubber Company hat die wilden Kautschukbestände ausgebeutet, ohne aber die ihr auferlegte Bedingung zu erfüllen und Kautschukplantagen anzulegen. Seide hat sie freilich mit ihrem Unternehmen auch nicht gesponnen, und neueren Nachrichten zufolge soll auch sie unter dem Druck der Kautschukbaisse ihren Betrieb eingestellt haben.

Ueberhaupt scheint das englische Kapital, das 1911 mit so großen Hoffnungen ans Werk gegangen war, allmählich kopfscheu geworden zu sein. Uebereilte Rückzüge und verlustreiche Liquidationen haben auch den Handel stark in Mitleidenschaft gezogen, so daß man in Mozambique selbst das endgültige Verschwinden der Gesellschaften nur begrüßt hat.

Plantagenbau wird im Gebiet der Provinz Mozambique (nicht zu verwechseln mit dem südlicher gelegenen Gebiet der konzessionierten Mozambique Compagnie) auch jetzt noch nicht betrieben. Die früher vorhanden gewesenen Kokosbestände sollen nach den Konsulatsberichten vollkommen verkommen und wertlos geworden sein. Auch der einstmals bedeutende Export von wildem Kautschuk, der von den Eingeborenen gesammelt wurde, ist 1912 auf 150 000 Mark zurückgesunken. Ueberhaupt scheinen die Eingeborenenkulturen in dauerndem Rückgang zu sein, was wohl nicht zuletzt seine Ursache in den fortwährenden Unruhen an der Nordgrenze hat. Hinzu kommt, daß die Abwanderung zur Arbeit auf den Randminen in steigendem Maße begriffen ist, eine Folge der besseren sanitären Verhältnisse in den Beförderungs- und Unterbringungsgelegenheiten. Auch die Abwanderung nach San Thomé und Angola wird hier mitsprechen. Ueber die Stadt Mozambique sollen 1912 rund 15 000 Arbeiter abgewandert sein, und in dem Umstand, daß die von den Randminen kommenden Arbeiter die Hälfte ihres Lohnes erst nach ihrer Zurücksendung in die Heimat ausgezahlt erhalten, dürfte der Schlüssel für die Tatsache liegen, daß trotz allem der Ertrag der Hüttensteuer in der Provinz Mozambique von 8000 Mark im Jahre 1909 auf zirka 400 000 Mark im Jahre 1912 gestiegen ist.

Wesentlich günstiger als in Mozambique liegen die Verhältnisse in dem zum Territorium der Nyassa Compagnie gehörigen, südlich von Ibo gelegenen Porto Amelia. In der Hoffnung, daß die nun schon seit Jahren geplante Bahn zum Nyassa von hier aus vielleicht doch einmal Tatsache wird, hat dieser Platz eine Menge Inder angezogen, die im Verein mit zwei deutschen Großfirmen hier den Handel in der Hand haben. Eine Reihe von Plantagen, namentlich Kokos- und neuerdings auch Sisal, ist angelegt worden, und es scheint, als ob dieser Platz auch unabhängig von dem doch immerhin fraglichen Zustandekommen des Bahnbaues mehr und mehr den Handel des niedergehenden Ibo an sich ziehen wird.

Die Eingeborenenkulturen sind freilich auch im Gebiet der Nyassa Compagnie stark durch die Abwanderung zu den Randminen und die durch Raubbau herbeigeführte Vernichtung der Gummilianenbestände beeinträchtigt worden. Es hat dagegen den Anschein, als ob das Hinterland, speziell das Gebiet von Amaramba, diesen Defekt durch die Möglichkeit ausgleichen wird, die sich hier der europäischen Besiedlung erschlossen hat. Die portugiesischen Siedlungsgebiete am Nyassa sollen nach englischen Quellen das Beste sein, was Afrika in dieser Beziehung noch zu bieten hat. Die Ernten an Kautschuk, Tabak und Reis sollen während der letzten Jahre dauernd so gut und reichlich ausgefallen sein, daß sie auch die hohen Transportspesen nach Blantyre und von dort mit der Sambesibahn unbeschadet ihrer Marktfähigkeit vertragen konnten. Besondere Hoffnungen setzt man hier auch auf den Baumwollanbau, der bisher ausgezeichnet bewertete Proben geliefert hat. 1911 betrug der Handelsumsatz Porto Amelias nahezu 3,5 Millionen Mark. An der Ausfuhr partizipierte die nach Deutschland mit 550 000 Mark gleich rund 30 Prozent.

Digitized by Google

Wie Porto Amelia hat auch das südlichere Quelimane seine Eisenbahnfrage. 1910 bereits hat die Regierung eine kleine Stichbahn von Nhamacurra nach Mocuba, ungefähr 90 km, zu bauen angefangen, die zur Erschließung des Hinterlandes von Quelimane mit seinen reichen Schätzen an Erdnüssen, Reis usw. dienen sollte. Bisher läßt sich aber auch hier nicht absehen, wann und ob sie überhaupt zur Vollendung gelangt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil neuerdings die Regierung beabsichtigt, eine Konzession zum Bau einer Linie von Quelimane nach Port Herald am Schire zu erteilen. Gleichzeitig besteht die Absicht, eine Zweiglinie nach dem nahen Tangalane zu legen, da dieses genügend Wassertiefe für Schiffe aller Größen bieten soll, was bei Quelimane bekanntlich nicht der Fall ist.

Deutschlands Schiffsverkehr spielt sowohl in Quelimane als auch in Porto Amelia neben dem portugiesischen noch immer die erste Rolle. An der Einfuhr Quelimanes war es dagegen während der letzten Jahre nur mit zirka 5 Prozent, an der Ausfuhr mit zirka 12 Prozent beteiligt.

Entsprechend der wachsenden Aufnahmefähigkeit und Produktion von Südrhodesia ist die Bedeutung Beiras, des Ausgangspunkts der Maschonabahn, während der letzten Jahre trotz schlechter Marktlage und anderer retardierender Momente ständig gewachsen. Der Wert des Handels einschließlich des Transit- und Ueberschiffungsverkehrs ist von 2,5 Millionen Pfund im Jahre 1909 auf 4,2 Millionen Pfund im Jahre 1912 gestiegen. Der Export portugiesisch-ostafrikanischer Produkte allein stieg von 2,7 auf 6,7 Millionen. Leider steht auch hier der deutsche Einfluß recht zurück. Am Import war Deutschland 1911 mit 6 Prozent, am Export mit zirka 11 Prozent beteiligt. In der Hauptsache ist es England, das hier die Sahne abschöpft.

Englischer Einfluß macht sich selbst in der Verwaltung direkt geltend. So wird z. B. das Veterinärwesen, das mit dem Wachsen der Viehzucht erhöhte Bedeutung erlangt hat, von Engländern geleitet.

Der Landbau hat im Gebiet der Mozambique Compagnie dank dem englischen Kapital große Fortschritte gemacht, wenn auch das verwertbare Land sich auf einen schmalen Streifen entlang der Bahn beschränkt. In erster Linie ist es Zucker, der hier Anlaß zur Entstehung großer Plantagen geboten hat. Trotz der 1912 recht ungünstigen klimatischen Verhältnisse konnten bei einer Produktion von 28 000 Tons 15 000 Tons hiervon im Wert von 4,7 Millionen Mark via Beira exportiert werden. Die Beira Sugar Estates haben eine maschinelle Anlage aufgestellt, die jährlich 10 000 Tons Zucker produzieren kann. Dabei beschränkt sich die Zuckerindustrie vorläufig noch auf das Sambesi- und Busigebiet und fängt erst allmählich an, auch die übrigen Flußtäler in ihr Bereich zu ziehen.

Neben Zucker spielt Mais eine Hauptrolle, der allerdings in den letzten Jahren stark unter klimatischen Schädigungen zu leiden hatte.

Der Gummiraubbau mit seinen destruktiven Folgen hat die Mozambique Compagnie 1912 zu einem interessanten Experiment veranlaßt. Sie hat Versuche mit einem Apparat angestellt -- der englische Berichterstatter nennt ihn a Valour machine battery, ohne ihn näher zu schildern --, um zu erproben, ob mit dessen Hilfe die Landolphien mechanisch gezapft und gleichzeitig mehr als bisher dabei geschont werden können. Es ist bisher nicht bekannt geworden, wie sich der Apparat bewährt hat.

Black Wattle wird neuerdings von einer deutschen Gesellschaft angebaut, und im Hochland will die Mozambique Compagnie auf ihrer vor einigen Jahren angelegten Versuchspflanzung gute Erfolge mit Kaffee und Tee erzielt haben.

Die Goldproduktion ist trotz aller Anstrengungen der Compagnie ständig zurückgegangen, trotzdem man kleinere Unternehmer durch leihweise Ueberlassung von Aufbereitungsmaschinen anzuziehen suchte. Allerdings litt gerade die Gewinnung von

Digitized by Google

alluvialem Schwemmgold bisher unter dem Mangel billiger Arbeitskraft. Dem hat man durch Anlage einer großen elektrischen Zentrale abzuhelfen gesucht: mit welchem Erfolg, das muß die Zukunft lehren.

An der bekannten Braganzamine ist man in diesem Jahre ebenso wie auf einem anderen Feld zum Zyanidverfahren übergegangen und hat außerdem unter englischer Leitung begonnen, eine intensivere geologische Aufklärung des Konzessionsgebietes in die Wege zu leiten.

1912 ist der Goldertrag mit 10 000 Pfund auf die Höhe zurückgegangen, die er bereits 1907 hatte. 1910 war er mit einer Produktion von 6000 Unzen bereits auf 26 500 Pfund gestiegen.

Die vor einigen Jahren eröffneten Kupferminen sind vorläufig wieder aufgegeben worden.

Am Verkehr im Hafen von Beira sind in der Hauptsache England und Deutschland zu gleichen Teilen beteiligt. Interessant ist übrigens, daß eine deutsche Gesellschaft (die Hansalinie) einen direkten Verkehr zwischen New York und Beira unterhält.

Zu bedauern bleibt nur, daß die Mozambique Compagnie, die einzige von den portugiesischen Schutzbriefgesellschaften, die wirkliches Interesse an der kulturellen Entwicklung ihres Gebiets nimmt, bisher fast nichts für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse getan hat. Dieser Umstand, doppelt bedauerlich bei dem natürlichen Reichtum des Konzessionsgebiets, schließt eine Menge von Produkten überhaupt von jeder Marktgeltung aus. Seit Jahr und Tag liegt freilich bereits das Projekt einer Bahn von Beira nach dem Sambesi, die ungefähr in der Richtung auf Tete verlaufen soll, fertig vor. Englisches Geld soll für diese Bahn genügend zur Verfügung gestellt sein — es geschieht aber von Lissabon aus nichts. Man nahm an, daß in diesem Jahre nach Konsolidierung der Verhältnisse in Portugal endlich die Regierung die Genehmigung erteilen würde, aber es ist alles beim alten geblieben. Das heißt: Man wartet weiter. Der Konsularbericht sagt hierüber übrigens ganz naiv: **No definite information is obtainable here** (d. h. in Beira) **and the actual position is presumably known only in London** (!) **and Lisbon.** (Hier ist keine endgültige Information zu erlangen, und der gegenwärtige Stand ist wohl nur in London und Lissabon bekannt.)

Das Bild, das somit das portugiesische Ostafrika bietet, kann als ein erfreuliches mit dem besten Willen nicht bezeichnet werden. Es schreit förmlich nach der starken Hand, die hier einmal Wandel schafft und alten Schlendrian und Mißwirtschaft fortfegt. Daß von portugiesischer Seite dieser Eingriff erfolgt, ist kaum zu erwarten. Hat es die portugiesische Regierung doch geduldet, daß Tausende und aber Tausende ihrer Eingeborenen auswanderten, um auf den Randminen Transvaals elend zu verkommen. Engländer mußten erst die Organisation schaffen, die Wandel schaffte in dem bisherigen System der Arbeiterrekrutierung, das die portugiesische Kolonie dem Ruin zuzuführen drohte. Wie groß aber selbst jetzt noch der Schaden sein mag, den das Land durch die Auswanderung erleidet, mag man ermessen, wenn man erfährt, daß 1912 im geregelten Anwerbeverfahren 62 000 Eingeborene abwanderten, um am Rand beschäftigt zu werden. Eingerechnet sind dabei nicht die Eingeborenen, die nach Angola und San Thomé abwanderten. Und wenn auch die Witwatersrand Native Labour Association mit der Art ihrer neugeschaffenen Organisation, ihren sanitären Einrichtungen, ihrer Regelung der Rücksendung der Arbeiter, ihrer Art der Lohnzahlung als mustergültig gelten kann, so ist doch damit der Schaden noch nicht ausgeglichen, den das Land durch einen jährlichen Ausfall von 50 000 Arbeitern hat. Freilich: solange die englische Politik und englisches Geld den Einfluß in Portugiesisch-Ostafrika haben, den sie zurzeit besitzen, wird wohl an eine Aenderung dieses Zustandes nicht zu denken sein. Dazu dürften sich die Randinteressen doch als zu wirksam erweisen!

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 2 | Februar 1914 | 16. Jahrgang

Die politische und kulturelle Bedeutung des deutschen Kiautschongebietes.

Ein erlebtes Kapitel politischer Theorie.

Von Amtsrichter Dr. K. Romberg, Berlin.

Deutschland und China.

Der deutsche Reichstag wird in seiner gegenwärtigen Sitzungsperiode unter anderem auch über den Etat der deutsch-chinesischen Hochschule in Tsingtau zu beschließen haben, der in diesem Jahre den stattlichen Betrag von ungefähr einer halben Million Mark jährlicher Ausgaben erreichen soll. Es ist möglich, daß infolge der Höhe dieser Summe, deren Kapitalbetrag ja mehr als 12 Millionen ausmacht, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diese merkwürdige Hochschule, auf Tsingtau, auf China überhaupt, gelenkt werden wird. Bisher ist die Klage, die in Ostasien, ja man kann sagen an allen Plätzen, wo Deutsche über See beisammen wohnen, häufig ertönt, daß man in der Heimat weder Verständnis noch genügendes Interesse für „draußen" zeige, wohl berechtigt. Zwar erscheinen in mehr oder weniger kurzen Zwischenräumen Veröffentlichungen (zum Beispiel Paquet, Voßberg-Rekow, Wertheimer, v. Salzmann), die diese Interesselosigkeit geißeln, aber es glückt, wie es scheint, nicht, die Wichtigkeit und die Bedeutung gerade des chinesischen Problems mit so eindringlicher Ueberzeugungskraft klarzulegen, daß mit zündender Kraft wirkliche Wirkungen erzielt werden. Dies liegt gewiß auch an den schier unüberwindlichen Schwierigkeiten des komplizierten Problems selbst. Aber der Hauptgrund liegt in uns selbst. Der Deutsche muß die spießbürgerliche Verwunderung, die er allem, was „weit her" ist, noch immer entgegenbringt, unter allen Umständen ablegen. Er darf, wenn er vom Wagemut und der Unternehmungsfreude deutscher Kaufleute und Reeder hört oder dem einen oder dem anderen seiner persönlichen Bekannten begegnet, die einmal „draußen" waren, das nicht mehr „kurios" finden: es genügt nicht, die entstehenden weltpolitischen Fragen mit einem gewissen wohlwollenden Interesse anzuhören, alles Weitere aber den zuständigen Regierungsstellen oder etwa abenteuerlustigen Jünglingen zu überlassen. Sondern: **Tua res agitur!** muß es heißen.

Die weltpolitischen Anschauungen der Gegenwart sind starken Wandlungen unterworfen. Die naive Meinung, daß die „Uebervölkerung" (ein unzulänglicher, in sich widerspruchsvoller Begriff!) der Staaten zu überseeischer

Digitized by Google

Betätigung und Auswanderung dränge, fängt an, überwunden zu werden. Wagemut und Wandertrieb locken auch nicht allein in die Ferne, wo Lebensraum und Urwüchsigkeit andere Bedingungen schaffen als zu Hause. Die rapide Entwicklung der Beziehungen zwischen den einzelnen Staatswirtschaften bringt verwickelte und neue Probleme, die weder das englische Manchestertum noch der französische Protektionismus bisher zu lösen wußten. Auf „kolonialem" Gebiete wachsen die Schwierigkeiten noch besonders.

Bei einer empirischen Betrachtung der sich aus allen diesen Beziehungen, Verwicklungen und Reibungen ergebenden vielfältigen Erscheinungen läßt sich eine neue politische und wirtschaftliche Bildung erkennen, die sich am besten an der Betätigung Englands in Indien zeigen läßt. In körperlicher, kultureller, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung sind die Anregungen, die Englands Entwicklung aus Indien erhält, geradezu unermeßlich. Die besten Kenner Indiens, zum Beispiel Lord Curzon, werden nicht müde, dies zu betonen. Typen, wie sie die alten Militärs und Beamten des englischen Indiendienstes darstellen, gehören zu den prachtvollsten Erscheinungen der Menschenrasse. Fast alle großen englischen Staatsmänner haben eine indische Schule hinter sich. — Indessen sollen diese hochinteressanten Verhältnisse in ihren vielfachen und weiten Verzweigungen hier nicht ausgesponnen werden. Es muß hier nur noch auf das sozusagen politisch Komplementäre des Verhältnisses von England zu Indien hingewiesen werden. Der passive, kulturell hochstehende, aber im Hinblick auf die technischen Fortschritte unserer Zeit rückständige Inder braucht einen Regenten mit den politischen, staatsbildenden, militärischen, wirtschaftlichen, technischen Fähigkeiten des Engländers. Freilich ist die politische Einverleibung durchaus keine so einfache Sache, wie es dem naiven Nationalisten scheint. Neuerdings propagiert, scheinbar nicht ohne Erfolg, Norman Angell die Idee, daß mit der politischen Färbung des Kartenbildes über die wahre Herrschaft, insonderheit die wirtschaftliche Beherrschung des Gebietes, noch nichts gesagt ist. — Neben der wirtschaftlichen Wechselbeziehung der Staaten ist die Bedeutung der Verbreitung individueller nationaler Kulturen, ganz abgesehen von der gewaltigen, kürzlich vom deutschen Reichskanzler hervorgehobenen inneren Bedeutung der Beziehung und des Ausgleichs großer Kulturen, von steigendem Einflusse auch auf wirtschaftliche und politische Gestaltungen. — Auf der anderen Seite darf in unserer von der Presse beherrschten Zeit, wo die Mittelmäßigkeit in ganz unverhältnismäßiger Weise zu Worte kommt und auch gehört wird, die starke Wirkung nicht unterschätzt werden, die ein Aufpeitschen gewisser Volksinstinkte ausübt. So ist auch in Indien die Bewegung: Indien den Indern, die sich als Swadeshi-Bewegung auch auf wirtschaftliche Gebiete erstreckt, wohl zu berücksichtigen.

Englischen Staatsmännern sind diese in Deutschland noch wenig beachteten Dinge längst wohlbekannt. Vor einigen Jahren hat zum Beispiel der frühere Gouverneur Hongkongs, Sir Frederic Lugard, einige Aufsätze veröffentlicht,

Digitized by Google

in denen er als Ziel der Entwicklung die Abkehr von politischer Eroberung, die kraftvolle Konzentration auf wirtschaftliches Vordringen, politisch gestützt lediglich auf an sich unselbständige Stützpunkte als Operationsbasis — zum Beispiel Hongkong — besprochen hat.

Es ist davon auszugehen, daß politische Empfindungen und Vorstellungen dieser Art auch den Instinkten derjenigen Staatsmänner zugrunde gelegen haben, welche im Jahre 1897 die Besitzergreifung des Kiautschougebietes durch Deutschland durchgeführt haben. Während man in Deutschland von solchen Ideen im allgemeinen noch keine Ahnung hat, ist es für die Engländer eine naheliegende, öfters geäußerte Auffassung — so hat noch vor nicht langer Zeit Sir Hiram Maxim derartige Auslassungen veröffentlicht — daß die Deutschen, diese jetzt erst neuerdings staatlich geeinigten, kraftvollen, reichgewordenen Emporkömmlinge sich nun ebenfalls ein gewaltiges Indien zu erobern trachten würden. Und welches Reich käme da in Betracht? In gleich ungeheurer Größe und mit Hunderten von Millionen eigenartiger, rassiger Bewohner? — China! — — —

Mit Recht werden solche Verdächtigungen Deutschlands, die übrigens in fast regelmäßigen Zeitabschnitten in China selbst lanciert werden, von den Deutschen selbst einmütig und aufrichtig zurückgewiesen. Die Chinesen haben auch unrecht, dieser Zurückweisung Mißtrauen entgegenzubringen. Denn ein Staat, der nicht über die geographische Lage Englands oder auch Rußlands und der Vereinigten Staaten verfügt, sondern, eingekeilt zwischen machtvolle Nachbarn, der stärksten Konzentration aller Kräfte, insbesondere der militärischen Macht, bedarf, kann unter den gegenwärtigen Umständen keine territorialen Erwerbungen machen, welche eine Zersplitterung dieser Macht zur Folge haben müßten. Das begreift jeder Laie.

Aber daß Deutschland an einer weltwirtschaftlichen Betätigung in China unter gleichzeitig regem kulturellen Austausch energisch teilnehmen will, das ist richtig und seine stets unzweideutig ausgesprochene Meinung. Daher ergibt sich sein egoistisches, starkes, politisches Interesse an der Integrität und Erstarkung Chinas. Denn das freie Spiel der Kräfte ist gelähmt, und eine Beteiligung des stark interessierten Deutschlands kann vereitelt werden, wenn die eine oder andere Großmacht ihrerseits die Vorteile der geographischen Lage und Ueberlegenheit der militärischen Machtmittel ausnutzt und China zerteilt oder sonst politisch aufsaugt.

So und nicht anders haben Chinesen und Deutsche die gegenwärtigen Bestrebungen Deutschlands in China und auch die einstige Besitzergreifung Tsingtaus zu würdigen. Die Chinesen im besonderen sollten gewisse Plumpheiten, die vorgekommen sein mögen, endlich vergessen und sich von egoistisch interessierten Verleumdern Deutschlands nicht immer wieder dahin aufhetzen lassen, daß sie an der Lauterkeit der deutschen Bestrebungen in China zweifeln. Sie mögen, durch unermüdliche Propaganda mehr und mehr aufgeklärt, endlich einsehen, daß Deutschland in einem neuen starken China nichts

Digitized by Google

anderes erreichen kann und will, als was neben dem eigenen Nutzen für deutsche Arbeit und deutsche Kultur in bewußtem Zusammenwirken gleichzeitig den wesentlichen Lebensinteressen Chinas selbst entspricht.

Tsingtau als Operationsbasis.

Als der Kaiser und Fürst Bülow sich Mitte der neunziger Jahre zur Besetzung eines Flottenstützpunktes an der chinesischen Küste entschlossen und 1897 ihre Wahl auf Tsingtau — die Kiautschoubucht — gefallen war, gingen sie natürlich von der unerfreulichen Tatsache aus, daß unser Geschwader heimatlos in den Gewässern Ostasiens umherirren mußte, in den englischen Docks Hongkongs nur geduldet und fremden Wirtschaften erhebliche Summen zuführend. Als Stützpunkt des Geschwaders mit Hafen und Werft in kurzer Zeit auf- und ausgebaut, ferner gleichzeitig als Garnison der deutschen, nach dem Beispiel aller übrigen Mächte in China unterhaltenen Truppen hat sich Tsingtau bis auf den heutigen Tag bewährt und hat die dafür aufgewendeten Summen entgegen der Meinung kleinlicher Nörgler gerechtfertigt — mindestens schon aus dem Gesichtspunkte, weil es erhebliche Geldwerte der deutschen Volkswirtschaft erhalten hat. — Aber es wäre ganz falsch in dieser Zweckbestimmung Tsingtaus alles zu sehen, was bei seiner Erwerbung empfunden und gehofft wurde. Von allem Anfang an ist die wirtschaftliche Bedeutung des Platzes wesentlicher Gegenstand der Erwägungen gewesen; auf sie bezogen sich die eingeholten Gutachten Richthofens und anderer. Der Hafen war und ist nichts weniger als bloß Kriegshafen: Handel und heute auch Industrie sollen nach Tsingtau gezogen werden. Bald nach der Erwerbung war die junge Stadt mit der Hauptstadt der Provinz Schantung, Tsinanfu, durch die Schantungbahn verbunden; unverzüglich ging man an die Ausbeutung der Kohlenlager bei Fangtse und Poschan; eine zweite Eisenbahn wird in Bälde in Angriff genommen werden; die Schantungbahn hat ununterbrochenen Anschluß nordwärts nach Tientsin und Peking, südwärts nach Nanking und Schanghai, und es muß gehofft und mit aller Energie danach gestrebt werden, daß der mittlere große Querstrang chinesischer Zentraleisenbahnen seinen Ausgangspunkt zum Meere in Tsingtau findet; daß also die Strecken, welche Taukou und welche Kaifeng mit den Schantunglinien verbinden, ohne Umwege gebaut werden („Kiautschoupost" 1912, S. 769). Die deutscher Wirtschaft gewonnene Anschlußstrecke von Tsinanfu nach Schuntefu an der Peking-Hankou-Bahn scheint bereits diesem Gedanken erfreuliche Rechnung getragen zu haben.

Die wirtschaftliche Bedeutung Tsingtaus hat sich aber bisher nicht in dem Maße und auch nicht in der Art erwiesen, wie man es im Optimismus der ersten Gründerjahre erhofft hatte. Ueber diese Verhältnisse muß Aufklärung verbreitet werden, denn sonst wird das Parlament weder über die Höhe noch über die Art der Verwendung der zu bewilligenden, nicht unerheblichen Etats-

Digitized by Google

summen begründete Urteile fällen können. — Es ist wohl eine reichlich harmlose wirtschaftspolitische Auffassung, daß ein Land reich sei, in dem sich Kohle befindet. So einfach ist es, wenn man nicht historische Zeiträume langsamer Entwicklung gewaltsam überspringt, im allgemeinen leider nicht: Die räumliche Beziehung zwischen einem wertvollen Wirtschaftsobjekt und dem Punkte der Erde, wo die entsprechende Nachfrage herrscht, und die Transportgelegenheiten usw. („der Transportwiderstand") sind natürlich von wesentlicher Bedeutung. So findet man denn in Fangtse, dem älteren der beiden Bergwerke der Schantungbergbaugesellschaft, ungeheure Mengen wertvoller — d. h. in Deutschland wertvoller Kohle, zu örtlicher Verwendung noch ungeeignet, nutzlos aufgestapelt, und in den Bilanzen der Gesellschaft macht sich u. a. diese Tatsache in Verlustziffern bemerkbar. Die Kohle in Hungschan dagegen eignet sich als Schiffskohle; Geschwader, Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie sind flugs veranlaßt, diese Kohle zu beziehen: daher ein guter Teil der bisherigen Rentabilität auch der Eisenbahn, der die Einnahmen aus Kohlenfrachten wesentlich sind. Gewiß ist auch dieser Kreislauf deutschen Kapitals gesund und vorteilhaft. Ferner kann von einer künftigen Entwicklung, insbesondere auch von industrieller Entwicklung, die jetzt gerade ins Leben gerufen werden soll, sicherlich noch Großes erwartet werden. Aber jedenfalls ist ein oberflächlicher Optimismus unberechtigt; im Gegenteil, es ist zu beachten, wie langsam und mühevoll es an Ort und Stelle gelingt, die Chinesen von ihren alten Arbeitsmethoden und der Art ihrer Bedürfnisbefriedigung abzubringen.

Einfuhr- und Ausfuhrhandel haben sich in Tsingtau günstig entwickelt. Trotz der namhaften Zahlen bleibt aber der Abstand von Tientsin, Hankou, Canton und vor allem von Schanghai wohl immer beträchtlich, und so wird die handelspolitische Bedeutung Tsingtaus wahrscheinlich stets in gewissem Umfang einen lokalen Charakter tragen. Das ist auch gar nicht anders möglich. Man überlege nur, welche Gesinnungen uns Deutsche ungeachtet aller wirtschaftlichen Vorteile bewegen würden, wenn etwa Stettin englisch wäre. — Dabei sollen aber keine Mißverständnisse aufkommen. Die Vorteile der sehr günstigen Lage Tsingtaus als des Ausgangspunktes zur See für das nordchinesische und zentralasiatische Eisenbahnnetz, ferner die Vortrefflichkeit seines eisfreien, musterhaften Hafens usw. (zu vergleichen ist besonders Septemberheft 1912 der „Deutschen Revue", S. 337 ff.) müssen selbstverständlich nach Kräften ausgenutzt werden. Aber diese Entwicklungsmöglichkeiten Tsingtaus sind der natürlichen historischen Entwicklung und dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu überlassen in dem gleichen Umfang, wie überhaupt der moderne Staat sich der wirtschaftlichen Beeinflussung Privater enthält. Ein staatlicher Protektionismus müßte zurzeit in Tsingtau mit allerhand Schönfärbereien arbeiten, und das ziemt sich nicht nur nicht, sondern nutzt auch auf die Dauer nichts. Ueberdies ist es geradezu wünschenswert, daß die sehr bedeutungsvollen, umfangreichen deutschen Interessen in Tientsin, Hankou,

Digitized by Google

Schanghai, die sich aus sich heraus entwickelt haben, mit allen Kräften sich mehren und ausbreiten, übergreifen auf neue Plätze, wie Tsinanfu, Tschangscha, Tschengtu, aber nicht durch eine hier ungesunde Konzentration auf Tsingtau allein abgelenkt werden. Politisch falsch ist es also, der freien wirtschaftlichen Betätigung durch staatliche Maßnahmen „tsingtauzentrische" Richtung vorzuschreiben. Der Staat mag natürlich eigene wirtschaftliche oder industrielle Interessen in Tsingtau oder seiner Sphäre betätigen, aber er sollte nicht die Geschäfte anderer besorgen. Ein Beispiel für einen solchen politischen Fehler dürfte die in den neuen Etat für 1914 eingestellte Errichtung einer Baumwollpresse in Tsingtau bieten. Wenn, wie sehr zu begrüßen, der Baumwollhandel mehr und mehr seinen Weg über Tsingtau nimmt, in Tsingtau vielleicht sogar Baumwollspinnereien entstehen, dann sollten die Kaufleute selbst das Kapital einer solchen Presse aufbringen, zumal, wenn es sich nach dem Bericht der Tsingtauer Handelskammer ausgezeichnet rentieren soll; aber es ist den deutschen Kaufleuten in Tsinanfu und Tientsin gegenüber nicht richtig, daß das Gouvernement Kiautschou dem Wunsche der Handelskammer, diese Presse auf Risiko des Reichsetats zu errichten, freudig nachgegeben hat. Das Reich sollte in solchem Falle vielmehr nur eintreten, wenn sich ein erwünschtes, wichtiges, wirtschaftliches Ziel in einer dem Gesamtwohl förderlichen und allen Umständen Rechnung tragenden Weise auf anderem Wege nicht erreichen läßt. Wird die Entwicklung Tsingtaus zu einem wirtschaftlich bedeutenden Platze also außer Zweifel sein, so darf man keinesfalls über Tsingtau *China* vergessen.

Das war ja auch niemals die Meinung derer, denen die Erwerbung Tsingtaus zu danken ist. Bei den Reichstagsverhandlungen, in denen Fürst Bülow über die Erwerbung Tsingtaus sprach, wurde (im Volke der Dichter und Denker) das Wort vom Platz an der Sonne geprägt. Ein Platz, von wo aus deutsche Betätigung in gewaltigen, unerschlossenen oder dem freien Wettbewerb schon zugänglichen Wirtschaftsgebieten ihren Ausgang nehmen, ihre Stütze finden soll, ein deutsches Zentrum, was Hongkong für die Engländer ist, eine *Operationsbasis* sollte und soll Tsingtau sein. Dieser zum Wohnen von Europäern sanierte, teilweise luxuriös eingerichtete, landschaftlich entzückende Platz ist den Chinesen gegenüber zugleich ein sicherer Zufluchtsort und gleichzeitig eine deutsche Ausstellung für Städtebau, für Deutschlands Wehrmacht, Justiz und Verwaltung, schließlich auch für Deutschlands geistige Kultur überhaupt. In diesem Milieu, gestützt durch das Prestige der dort konzentrierten militärischen Macht zu Wasser und zu Lande, findet der in Ostasien tätige Deutsche Muttererde, aus der er neue nationale Kraft zieht und so dem Deutschtum erhalten und fester verknüpft bleiben kann. Auch als Badeort ist Tsingtau für das Deutschtum Ostasiens von Bedeutung: Die deutschen Handelsherrn, die Beamten des auswärtigen Dienstes, alles, was deutsch ist, kommt in der Saison oder etwa zu militärischen Dienstleistungen einmal nach Tsingtau und nimmt teil an den *dort zu konzentrierenden*

Digitized by Google

Ideen deutschen Vorgehens in China. Tsingtau ist also der gegebene Ort aller Konferenzen. Nicht bloß die bisher leider wenig bedeutende Jahreskonferenz der in China tätigen deutschen Lehrer gehört nach Tsingtau und nicht vergnüglicher Dienstreisen wegen an andere Plätze. Auch die Gesandtschaft und die Konsulate, so weit möglich, sollten sich zu gelegentlichen Konferenzen hier zusammen finden, wobei ja bloß an bereits bestehende Tatsachen anzuknüpfen wäre. Solche Besprechungen würden auch das wünschenswerte Zusammenarbeiten der beiden beteiligten Ressorts, des Auswärtigen und des Reichsmarineamts, erleichtern. Endlich sollten auch die deutschen Handelskammern in China Delegiertenkonferenzen in Tsingtau abhalten, um über gemeinschaftliche Fragen sich zu verständigen.

Das chinesische Problem.

Was aber soll nun eigentlich von dieser Operationsbasis aus geschehen? Die großen weltwirtschaftlichen Bestrebungen der modernen Großmächte lassen sich in einer rohen, aber dem Laien verständlichen Weise gruppieren in eine spezialisierte, ständiger Verfeinerung zugängliche Betätigung, wie sie etwa der Warenhandel und der industrielle Austausch zwischen England und Deutschland darstellen, und die sich der Art nach nur wenig von den Wirtschaftsformen innerhalb des Staatskörpers selbst unterscheiden — und in eine schlechtweg alle Arten wirtschaftlichen Vordringens in Bausch und Bogen umfassende Betätigung, die sich meist an eine eisenbahnmäßige oder bergbauliche Erschließung ganzer Länder knüpft. Beispiele für diese „pauschwirtschaftlichen" Bestrebungen findet man in dem Vordringen der Mächte in der Türkei, in Marokko, in Angola, in Persien usw.; aus früherer Zeit denke man an die großen Kolonialgesellschaften, wie etwa die Ostindische und Südafrikanische Kompagnie.

China nun „ist eine Welt für sich". Die Schätze dieses Landes harren zwar zum großen Teil „pauschwirtschaftlicher" Erschließung, aber eine teilweise hochgebildete Bevölkerung ordnet sich solchem Streben nicht als Objekt unter, sondern erfaßt, gereizt durch das japanische Vorbild, mit erstaunlicher Schnelligkeit selbst wirtschaftliche Neuerungen, nachdem sie bereits selber eine Achtung gebietende Wirtschaft, insbesondere einen bedeutenden Handel, geschaffen hat. Für die fremden Mächte gilt es, dieses Wirtschaftsgebiet in die allgemeine Weltwirtschaft einzubeziehen. Eine friedliche Entwicklung setzt voraus, daß das chinesische Staatswesen solide und derart organisiert werde, wie es sich für eine selbständige große Macht nach dem Herkommen der Völkerrechtsgemeinschaft ziemt.

Keine Macht hat an einer freien wirtschaftlichen Betätigung in China und an ihrer Ermöglichung durch ein wohlorganisiertes unabhängiges Staatswesen ein so großes Interesse wie Deutschland. Selbst von politischer Eroberung in China, wie bereits erörtert, ausgeschlossen, hat dieses Land wie

Digitized by Google

keines das Bedürfnis nach neuen Absatzgebieten und Gebieten wirtschaftlicher Betätigung überhaupt, weil es ihm an solchen Kolonien, wie etwa Indien, Algerien, Sibirien, Tripolis, erst recht aber an den unbegrenzten Möglichkeiten des amerikanischen Kontinents fehlt. In Deutschlands eigenen Kolonien kommt zurzeit noch überwiegend nur die oben sogenannte „pauschwirtschaftliche" Betätigung in Frage, und zwar kann nicht einmal das Großkapital allein das Risiko solcher wirtschaftlichen Erschließungsarbeit tragen, sondern zum Teil nur der Generationen überdauernde Kredit des Staates selbst kann der Zukunft angehörende Erfolge erhoffen. In China aber sind in größerem Maße gegenwärtige Erfolge möglich.

Wenn man die wirtschaftlichen Interessen in China in solche „pauschwirtschaftlicher" und solche „spezialwirtschaftlicher" Art einteilt, so hat die Politik des Staates für diese beiden Arten zum Teil grundsätzlich verschieden vorzugehen. — Gleich und gleichmäßig hat die politische Betonung der Integrität Chinas — unter der Voraussetzung seiner starken, staatlichen Konsolidation — zu bleiben. Hoffentlich wird Deutschland in diesem Bestreben nach wie vor die Unterstützung Englands und der Vereinigten Staaten finden. Im übrigen aber werden „pauschwirtschaftliche" Bestrebungen in höherem Grade politische Färbung tragen als die anderen. Es handelt sich hier meist um Eisenbahn- oder Bergwerkskonzessionen, die auch die deutsche Politik von der chinesischen Regierung in dem Umfang begehren muß, wie es die Bereitwilligkeit des deutschen Kapitals ermöglicht. Das deutsche Kapital ist gerade in China mehrmals zu spät gekommen, und unsere diplomatische Vertretung hat sich bei ihren Bemühungen keineswegs auch nur eines ähnlichen Interesses deutscher Kapitalisten zu erfreuen gehabt, wie etwa die Engländer in ihrem Lande. Dies wird sich hoffentlich ändern, sobald die chinesischen Möglichkeiten bekannter und übersichtlicher werden. Andererseits soll man das Kapital auch nicht schon deshalb vaterlandslos schmähen, wenn es zur besseren Verteilung des häufig sehr hohen Risikos bei chinesischen Unternehmungen sich nur in Gemeinschaft mit Gruppen anderer Nationen hervorwagt. Hier sind übrigens viele geschichtlich gewordene Faktoren zu berücksichtigen, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. — In engem Zusammenhang mit „pauschwirtschaftlichem" Vordringen steht die bankmäßige Betätigung. Die führenden Banken Deutschlands haben sich bekanntlich mit der Deutsch-Asiatischen Bank ostasiatische Bureaus geschaffen, die aber nur in Anleihefragen und ähnlichen eine größere Bedeutung haben. Dem deutschen Bankier wäre infolge seiner größeren sprachlichen Begabung und seiner auch auf manchen anderen Gebieten besseren Vorbildung ein Vorsprung vor den Engländern und Franzosen sicher, wenn er nach Erlernung der Sprache den unmittelbaren Anschluß an die Chinesen suchte.

Als letzter, sehr wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist die Betätigung von Deutschen in chinesischen Diensten hervorzuheben. Dieses Problem rührt an die unendlich komplizierte und schwierige chinesische Frage selbst.

Digitized by Google

Wird der Chinese imstande sein, die bei aller Kultur unumgänglich notwendige Technik, mindestens ein „technisches Mindestmaß" in Staats- und Verkehrsorganisation (vgl. „Deutsch-chinesische Rechtszeitung" 1913, Heft 5, S. 24 f.) einzuführen und durchzuhalten, oder wird er der vielleicht seinem innersten Charakter entsprechenden Verneinung aktiver Lebensenergie, die sich z. B. in Laotsös „Wu-wei" ausspricht, folgen und, stets rückfällig, der auch in der Türkei, Aegypten, Persien dem Europäer immer wieder auffälligen orientalischen Passivität verfallen? Diese Frage bleibt wohl noch eine Zeitlang offen. Die Zustände in den chinesischen Finanzen, auf den chinesischen Eisenbahnen und manchem anderen Gebiete der Staatstätigkeit können pessimistisch genug stimmen. Mag die Antwort auf diese Frage von der Geschichte wie auch immer gegeben werden, in jedem Falle wird die Rolle, die der aktive Europäer als Bahnbrecher und Berater im chinesischen Leben spielt und spielen wird, noch lange eine bedeutungsvolle sein. Diese Bedeutung ist eine mannigfaltige: sie besteht vor allem in dem durch einen in chinesischen Diensten stehenden Deutschen ermöglichten Vordringen deutschen Einflusses in wirtschaftlicher Beziehung. Wie sehr etwa die Beschaffung von Aufträgen an deutsche Firmen wirtschaftlich rentabel sein kann, haben ja ausgiebig das Beispiel der Tientsin-Pukou-Eisenbahn und der Bau der Hwanghobrücke gezeigt. Beachtlich erscheint auch die Entlastung des heimischen Ueberangebotes frischer, junger, kraftvoller Talente; schließlich ist die Heranbildung eines wettererprobten, welterfahrenen Stammes tatkräftiger Deutscher imstande, auf die gesamte politische Erziehung, ja die Kultur des deutschen Volkes in der Heimat selbst, einzuwirken. — Schon heute ist der Deutsche unter den fremden Beamten, Beratern, Ingenieuren, Lehrern Chinas ansehnlich vertreten, nicht bloß der Zahl nach. In der von Ausländern geleiteten chinesischen Seezollverwaltung, Postverwaltung und Salzverwaltung stehen angesehene Deutsche an hervorragender Stelle; es ist zu hoffen, daß ihre Zahl und Bedeutung durch das Angebot und die innere Tüchtigkeit noch weiterer wertvoller Kräfte sich erhöht. Denn weitaus überragend der Zahl nach sind die Engländer noch immer. Bekanntgeworden ist neuestens wohl auch, daß es der gegenwärtigen deutschen Gesandtschaft in Peking gelungen ist, abgesehen von einem deutschen Vizegeneralinspektor der Salzverwaltung, auch einen deutschen Berater für Bank- und Währungsfragen und einen technischen und einen militärischen Berater durchzusetzen. — Welches wird nun wohl das nächste Anleiheprojekt Chinas sein? Oder wollte man gar annehmen, daß es China überhaupt nicht selbständig gelingt, sein teilweise chaotisches Finanzwesen zu ordnen, wie sollen die fremden Gläubiger weiter vorgehen? Das Beispiel Aegyptens, das Lord Cromer so anschaulich schildert, und in gewissem Umfang die Schuldenverwaltung der Türkei lehren die großen Schwierigkeiten einer internationalen Verwaltung, ja auch einer bloßen internationalen Finanzkontrolle. Voraussichtlich wird also so lange wie möglich auf dem bisher eingeschlagenen Wege, übersehbare Einnahmequellen des chinesischen

Digitized by Google

Staatswesens ausländischer Organisation und Verwaltung zu unterwerfen, aber in Diensten des chinesischen Reiches und bei vorheriger Formulierung aller Rechte und Pflichten dem chinesischen Ministerium unterstellt, weiter fortzuschreiten sein. Das beste und wirksamste Wertobjekt, das sich da im Anschluß an die technische Umgestaltung Chinas und die bisherige Entwicklung — Seezoll, Post, (Salz) — darbietet, sind die Eisenbahnen. Das Beispiel Preußens beweist, wie das finanzielle Rückgrat eines Staates durch eine vorzügliche Eisenbahnwirtschaft gebildet werden kann. Aehnliches ist in China möglich und erwünscht. Die meisten der chinesischen Bahnen sind ja Staatsbahnen. Es ist übrigens nicht richtig und zeugt von ungenügender Erfassung der in Betracht kommenden Verhältnisse, wenn man das neueste chinesisch-deutsche Eisenbahnabkommen mit der Begründung tadelt („Magdeburgische Zeitung" vom 15. Januar 1914), daß die beiden Anschlußbahnen an die Schantungbahn als chinesische Staatsbahnen gebaut würden. Abgesehen von der durchaus notwendigen Abwälzung des in China stets unzweifelhaften Risikos werden nur auf dem eingeschlagenen Wege die gesamtchinesischen Interessen Deutschlands (mit Rücksicht auf die anderen; nähere Begründung muß hier unterbleiben) richtig gewahrt. — Die chinesische Regierung hat sich schon heute während der jüngst vergangenen Provisorien öfters nur durch die Einnahmeüberschüsse einiger Eisenbahnen halten können. Das Eisenbahnwesen Chinas bedarf, wie oft gezeigt (Franke, „Ostasiatische Neubildungen", Preyer, „Archiv für Eisenbahnwesen" 1909 und 1913), dringend des Ausbaues und der Vereinheitlichung. Welche ungeheuren wirtschaftlichen Möglichkeiten sich hieraus ergeben, lehrt ein Blick in die Geschichte der amerikanischen Pacificbahnen und ein weiterer auf die Karte Asiens (vgl. „Kiautschou-Post" 1912, „Weltverkehr und Weltwirtschaft", Januarheft 1913). Es würde eine politische Tat ersten Ranges sein, wenn es gelänge, die Ernennung eines Deutschen zum Generaldirektor einer künftigen chinesischen Zentral-Eisenbahn-Betriebs- und Bauverwaltung durchzusetzen, nachdem an der Spitze der Post ein Franzose, an der Spitze des Seezolls ein Engländer, an der Spitze der Salzverwaltung gleichfalls ein Engländer steht.

Ein „spezialwirtschaftliches" Vordringen steht sowohl seitens der Europäer wie der Amerikaner und Japaner in China bereits in Blüte und wird sich, wie allgemein anerkannt wird, mit der Erschließung des Landes zu höchster Bedeutung vergrößern. Die Rolle der Deutschen ist in diesem internationalen Wettbewerbe bereits im Wachsen begriffen, wenngleich die (unsicheren) statistischen Ziffern für Deutschland noch ausnehmend niedrige sind. Ueber die Handelsbeziehungen und die Industrialisierung Chinas gibt es neben umfangreichen englischen und amerikanischen Werken auch schon beachtliche deutsche Arbeiten (Junghann, „Berg- und Hüttenwesen in China", 1909, Koch, „Die Industrialisierung Chinas" 1910). — In der Entwicklung des deutschen Anteils an dem Kampfe auf diesem gewaltigen Wirtschaftsgebiet kann der Staatsmann und Politiker keine eigene Initiative entfalten. Eingriffe in

Digitized by Google

private wirtschaftliche Betätigung kann der Staat auch draußen eben nicht in weiterem Umfang vornehmen, als dies in Europa selbst geschieht. Zwar sind unter den Deutschen der Schrei nach dem Staate und, oft reichlich unreife, Kritik an amtlichen Vertretungen auch im Auslande viel häufiger als die nötigere Selbstkritik und die Einsicht in eigene Unterlassungen. Wenngleich manche derartige Kritik den Staatsmann nicht zu beeinflussen braucht, so muß er sich doch gerade in China von aller Bureaukratie und Prinzipienreiterei fernhalten und jedes wirtschaftliche Problem nur vom Standpunkte politischer Zweckmäßigkeit erörtern, mögen dabei „Dienstwege" eingehalten sein oder nicht.

Was bisher von deutscher Seite geschehen und was geplant ist, bietet, so kann man alles in allem sagen, ein vielversprechendes erfreuliches Bild von jedenfalls typisch deutschem Charakter. Die Kehrseite dieses Bildes, partikularistische Tendenzen in mancher Richtung, Ehrgeiz und Eitelkeit strebsamer Jünglinge und alter Exzellenzen, Dilettanterien und mitunter Kühnheiten raschen Urteils usw., sind doch wohl sehr unschädliche Erscheinungen, die die Hauptsache aller dieser Bestrebungen, kraftvolle eifrige Betätigung überhaupt und die Erweckung allgemeineren Interesses, nicht beeinträchtigen werden. Sache vor allem der amtlichen Stellen ist es, hier mit Wohlwollen fördernd und ausgleichend zu wirken und insbesondere Zersplitterung und Vergeudung von Arbeit zu verhindern.

Das Milieu in den Fremdenplätzen Chinas ist neuestens in dem wohl nur eine erste Grundlegung versuchenden Werke Grünfelds („Hafenkolonien" usw., Jena 1913) gut geschildert. Es braucht hier also nichts mehr über die Entwicklung von Import- und Exporthandel und die beginnende Industrie an diesen Plätzen gesagt zu werden; auch die lokalen Bestrebungen kultureller Natur sind dort behandelt.

Die großen Fragen, welche die „spezialwirtschaftliche" Betätigung in China in der nächsten Zukunft bewegen werden, dürften doppelter Natur sein. Einmal wird es sich darum handeln, ob die großen Handelsfirmen, die bisher in Ostasien blühten, weiter die Rolle des königlichen Kaufmanns werden spielen können, der als einziger Vermittler den Austausch zwischen chinesischen Erzeugnissen und den aus dem gesamten Auslande bezogenen Bedürfnissen Chinas in der Hand hatte. Freilich wird noch auf eine ganze Weile für ein erfolgreiches Fortkommen in China Milieukenntnis in so starkem Maße nötig sein, daß ein an Ort und Stelle befindlicher Vermittler nicht entbehrt werden kann. Gleichwohl werden große Industrien zu erwägen haben, ob sich nicht aus technischen Gründen die Errichtung besonderer ostasiatischer Bureaus empfehlen mag. In dieser Beziehung ist z. B. die elektrische Industrie bereits erfolgreich vorgegangen. Zum zweiten werden die ostasiatischen Großfirmen sich bewußt werden müssen, daß die Methoden und Geschäftsgebräuche, welche in den letzten 60 Jahren gute Erfolge erzielt haben, in den nächsten 60 Jahren nicht aufrechtzuerhalten sein werden. Der Deutsche sollte bei seiner besonderen

Digitized by Google

Anpassungsfähigkeit und sprachlichen Begabung sich hier einen Vorsprung zu sichern suchen in der Richtung, die die Entwicklung nehmen wird, nämlich in engerem Anschluß an den Chinesen überhaupt und an chinesische Firmen im besonderen.

Welcher Warenhandel und welche Industrien für den Deutschen in China besonderes Interesse bieten, kann aus den Berichten der Handelssachverständigen, den Seezollstatistiken (vgl. auch v. Kries „Seezollverwaltung und Handelsstatistik in China", Jena 1913), auch aus dem Buche Kochs entnommen werden. Drei große Gruppen wird man besonders hervorheben dürfen, abgesehen von Kriegsmaterial, welches bekanntlich Gegenstand der ersten großen deutschen Lieferungen nach China war. — Als erste Gruppe dürften Maschinen und Erzeugnisse der Elektroindustrie zu erwähnen sein. Die Städte Chinas, insbesondere die 22 Provinzialhauptstädte, entfalten geradezu eine Art Wetteifers, ihre Modernisierung zunächst äußerlich durch die Beschaffung elektrischer Beleuchtung und von Straßenbahnen, teilweise sogar auch von Wasserleitungen zu erweisen. — In den Industriezentren sind bergbauliche Maschinen, in den europäisierten Städten sind Spinnereien und Webereien, Papierfabriken, Eiswerke, Ziegeleien, Oelmühlen usw. vorhanden. — Die deutsche Industrie ist natürlich auf diese Dinge längst aufmerksam geworden. In Deutschland hat sich bereits im Jahre 1910 eine Vereinigung zur Begründung deutscher technischer Schulen in China gebildet, mit deren Hilfe nicht bloß der Hochschule in Tsingtau Beträge zugewendet worden sind, sondern vor allem der Ausbau einer technischen Schule in Schanghai in Verbindung mit der dortigen Medizinschule sowie einer technischen Schule in Hankou (später wohl auch in Tientsin) ermöglicht worden ist. — Die Vereinigung deutscher Ingenieure hat in Schanghai eine besondere Zweigabteilung, deren Wirksamkeit besonders auch als Abwehr gegen die deutschfeindlichen Bestrebungen der britischen Engineering Association zu begrüßen ist. Ferner haben die meisten deutschen Lehrer, die an den deutschen Schulen in China wirken, soweit ihnen dazu Mittel zur Verfügung gestellt sind, deutsche Maschinen oder deren Modelle ausgestellt. Der Ostasiatische Lloyd hat eine Erweiterung dieser Maschinenausstellungen und ihren Ausbau zu Kulturmuseen vorgeschlagen. — Als zweite Gruppe dürften Erzeugnisse der hochentwickelten deutschen chemischen Industrie zu erwähnen sein. Schon jetzt ist die Farbeneinfuhr Deutschlands in China bedeutend. — Mit zunehmender Aufklärung des Volkes, nicht zuletzt auch durch die Wirksamkeit der medizinischen Fakultäten in Tsingtau und Schanghai, werden bald auch Drogen, Arzneimittel u. dgl. deutscher Herkunft die japanischen Schwindelpillen verdrängen können. — Als dritte Gruppe kämen wohl Lehrmittel, Schulbedarf, Presseerzeugnisse in Betracht. Die sich modernisierenden Schulen in China haben von der großen Bedeutung, welche das Schulwesen in China immer gehabt hat, und von dessen Größe eigentlich erst der Augenschein dem erstaunten Europäer einen Begriff gibt, durchaus nichts bisher eingebüßt. Der starke Bedarf an Schulbüchern, Karten, Modellen und

Digitized by Google

überhaupt allen Unterrichtsgegenständen hat bisher die Japaner, Engländer und Amerikaner zu energischem und auch teilweise erfolgreichem Vorgehen veranlaßt. Ein Unternehmen, wie z. B. die Commercial Preß in Schanghai, ferner die Ausgaben der Firma Macmillan & Co. verdienten auch in Deutschland bekannter zu sein. — Einen geradezu beispiellosen Aufschwung hat ferner in der neuesten Zeit zunächst äußerlich die chinesische Presse genommen. — In allen diesen Beziehungen werden starke wirtschaftliche Bedürfnisse schon in der nächsten Zukunft zu befriedigen sein. Die deutschen Buchhändler sind über diese Verhältnisse bereits informiert, und wenn auch der deutsche Buchhandel als solcher einen für ihn unmittelbar gewinnbringenden Weg der Betätigung bisher nicht gefunden hat, so wird sich voraussichtlich die hochentwickelte deutsche Lehrmittelindustrie von einem einmaligen Mißerfolg nicht abschrecken lassen. Hier ganz besonders sind neben technischer und praktischer Befähigung die Milieukenntnis und Kenntnis chinesischen Wesens, chinesischer Sitte und chinesischer Geschichte unabweislich.

Schließlich sei noch auf einige allgemeinere Bestrebungen privater Initiative hingewiesen, die ebenfalls das „spezialwirtschaftliche" Vordringen Deutschlands in China fördern sollen (beachtlich ist der zusammenfassende Aufsatz Lindes, „Grenzboten" 1912, Heft 4 und 5). Hier mag in erster Linie erwähnt werden, daß von einem chinesisch gebildeten, jetzt in chinesischen Diensten befindlichen Deutschen die Herausgabe eines Deutschlandbuches geplant ist, von dem auch die deutsche Presse Notiz genommen hat. Der Herausgeber, Dr. Mohr, will in einem ersten Teile orientierende Aufsätze über das Deutsche Reich, seine Staats- und Wirtschaftsorganisation bringen und im zweiten Teile alle an China interessierten Firmen zu Anzeigen über ihre Leistungsfähigkeit und Bedeutung veranlassen. Das Buch soll in chinesischer Sprache in Tausenden von Exemplaren in China verbreitet werden. Hoffentlich gelingt es. — In Schanghai wird vom Ostasiatischen Lloyd eine nur in chinesischer Sprache erscheinende Wochenschrift, die „Hsiö ho pao", herausgegeben, die, nach Art unserer „Woche" illustriert, deutsches Wesen in China bekanntmachen soll. Trotz opfervoller und mühsamster Arbeit des Herausgebers Fischer ist ein Erfolg nach Maßgabe der vorhandenen Mittel natürlich nicht zu rasch zu erwarten. — Die deutschen Vereinigungen in China zeigen gleichfalls ein reges und teilweise auch opferbereites Interesse für die Verbreitung des Deutschtums in China, welches zum Teil über ihre Privatinteressen hinausgeht. Die Deutsche Vereinigung in Schanghai z. B. hat ein großzügiges Projekt ausgearbeitet. Die Statuten der Deutschen Vereinigung in Tsinanfu setzen sich stolze Ziele. Ein deutsch-chinesischer Klub in Tsingtau vermittelt den gesellschaftlichen Verkehr zwischen den chinesisch sprechenden Europäern und den dort wohnhaften, verabschiedeten chinesischen Exzellenzen. — In der Heimat selbst ist u. a. die Deutsch-Asiatische Gesellschaft bemüht, etwa in der Art der Kolonialgesellschaft, des Ostmarkenvereins usw., so auch der chinesischen Frage schärfere Beachtung zu erwirken. Von ihr ist

Digitized by Google

die Begründung eines Chinainstituts in der Heimat vorgeschlagen, in dem ihre Bestrebungen konzentriert werden sollen. Im Jahre 1913 ist zum erstenmal ein Asiatisches Jahrbuch von ihr herausgegeben worden, dem jetzt der 2. Band gefolgt ist. Wer die große Bedeutung der Anteilnahme der Heimat an dem Vorgehen in China erfahren hat, wird die Wichtigkeit nachdrücklicher und unablässiger Propaganda auch in Deutschland selbst zu schätzen wissen. — Die Missionen deutscher Nation fangen in neuester Zeit ebenfalls an, sich ihrer nationalen Aufgaben in erfreulichster Weise bewußt zu werden. Haben Engländer und Amerikaner ihre bisherigen Erfolge in Anknüpfung an die Missionsorganisationen erreicht, so müssen auch die Bestrebungen deutscher Missionare, besonders auf dem Gebiete des Elementar- und Mittelschulwesens, begrüßt und gefördert werden. Denn die Missionen haben bisher allein überall in China auch außerhalb der geöffneten Plätze freien Zutritt. Auch verfügen sie über wertvolle Kräfte.

Die Stellung der Zentrale und die Rolle Tsingtaus.

Alle diese vielfältigen Bestrebungen muß der Politiker mindestens genau kennen. Auch muß die politische Oberleitung dieser Dinge unbedingt den amtlichen Stellen vorbehalten bleiben. Gerade unter Deutschen besteht sonst die Gefahr der Arbeitszersplitterung, auch einer gewissen Schildbürgerei. Zurzeit teilen sich zwei zentrale Amtsstellen in die chinesische Politik: das Reichsmarineamt, dessen aus einem militärischen Vorstand und Zivilreferenten bestehende Kiautschouabteilung Tsingtau beherrscht, und das Auswärtige Amt, dem der übrige Chinadienst untersteht. Es ist häufig von ressortpartikularistischen Reibungen dieser beiden Aemter die Rede. Auch ist wiederholt der Vorschlag gemacht worden, den gesamten Chinadienst Deutschlands draußen einschließlich des Kiautschougebietes zu vereinheitlichen, insbesondere nach englischem Vorbild ein besonderes diplomatisches und Konsularkorps mit sinologischer Vorbildung zu schaffen. Es dürfte aber zu bezweifeln sein, ob die Verwirklichung dieses Vorschlages unter deutschen Verhältnissen Gutes erreicht: Denn der lange Aufenthalt draußen und die einseitige Ausbildung daselbst, fern von den europäischen Brennpunkten der Kultur (innerhalb „kolonialen Milieus!), wirken keineswegs immer fördernd auf die Frische und die Fähigkeiten ein. Auch die Aeußerlichkeit, den Engländern durch Schaffung neuer Generalkonsulate Doyenstellen innerhalb der Konsularkorps streitig zu machen, wird schwerlich überschätzt werden dürfen. Vielmehr dürften sich für draußen weniger organisatorische Neuerungen empfehlen als (wie bisher) die Besetzung aller Stellen mit möglichst vorzüglichen Kräften: Men, not measures! Das ist ein in Deutschland noch viel zu wenig beachteter Satz. Auch empfiehlt es sich, vorhandene, sich ohne besonderen Aufwand an Kosten und Mühe bietende Möglichkeiten stärker auszunutzen, nicht bloß Konjunkturen, sondern auch gerade vorhandene Talente. Hier folge man wirklich etwas mehr dem Beispiele des Kaufmanns, anstatt immer und grundsätzlich

Digitized by Google

erst die Aufgaben und Zuständigkeiten, dann die Stellungen zu schaffen und diese womöglich nach dem Dienstalter zu besetzen.

Im Gegensatz zu dem Dienste draußen ist für die Berliner Zentrale in der Tat eine straffere Vereinheitlichung nötig. Am Auswärtigen Amte sind die verschiedenen chinesischen Interessen auf verschiedene Referate verteilt, die teilweise auch verschiedenen Direktionen unterstehen. Der politische und der wirtschaftliche Referent haben neben China noch eine ganze Menge wichtiger anderer Gebiete zu bearbeiten. Das Schulwesen, wohl gemerkt für chinesische Schüler, das also einen überwiegend politischen Charakter trägt, ist den Referaten für deutsche Auslandsschulen zugeteilt: der Schultechniker hat hier aber zunächst viel weniger mitzureden als der Politiker. — Läßt sich die Schaffung eines einheitlichen chinesischen Referates im Auswärtigen Amte nicht ermöglichen, oder scheint sie nicht erwünscht, weil sich natürlich auch die chinesische Politik Deutschlands in den Gesamtrahmen seiner auswärtigen Politik einordnen muß, so sollte der Reichskanzler ein für allemal die eventuell zu verstärkende Kiautschouabteilung des Reichsmarineamt zum führenden Ressort für alle chinesischen Angelegenheiten, selbstverständlich unter obligatorischer Mitzeichnung seitens des Auswärtigen Amtes in allen (nichtmilitärischen) Angelegenheiten, auch des Kiautschougebietes selbst, bestimmen. Damit wären unzählige Reibungsflächen beseitigt oder zu beseitigen, auch eine einseitige Tsingtaupolitik ein für allemal vermieden.

Die Wirksamkeit einer so zu organisierenden Zentrale bedarf klarer Ziele. Selbst bei dem regsten Meinungs- und Instruktionsaustausch mit den Lokalbehörden bedingen die Entfernungen und die Fehlerquellen rein schriftlichen Verkehrs so viele Möglichkeiten von Mißverständnissen, daß nur Klarheit und Genauigkeit sowohl der Instruktion wie der Berichterstattung Abhilfe schaffen könnten. Das englische Vorbild ist, was insbesondere die Klarheit von Instruktionen angeht, vielleicht schon ein wenig weiter: Verdrießlichkeiten hüben und drüben sind bei den Engländern nicht ganz so stark wie bei uns.

Inhaltlich wird die amtliche Wirksamkeit überall da eingreifen müssen, wo die Bestrebungen privater Interessenten Irrwege oder Lücken aufweisen. Sie hat also zu ergänzen. Sie hat sich weiter vor allem denjenigen Gebieten zuzuwenden, für die es an unmittelbaren privaten Interessen fehlt, und wo nur der staatliche Etat die erforderlichen Geldmittel beschaffen und nur der leitende Staatsmann den politischen und kulturellen Wert der Aktion in künftiger Zeit überschauen kann. Dies gilt also vor allem von der sogenannten Kultur- und Schulpolitik.

Auch hier seien im einzelnen die wichtigsten Gruppen unserer chinesischen Bestrebungen beispielsweise besprochen.

In erster Linie ist Aufklärung vonnöten. Eine populäre Verbreitung der dem chinesischen Problem zugrunde liegenden Tatsachen wird natürlich nicht dem Amte, sondern nach dem Vorbilde des Kolonialvereins, etwa der Deutsch-

Digitized by Google

Asiatischen Gesellschaft zu überlassen sein. Dagegen können sich die Amtsstellen im Anschluß an Bestehendes die Förderung wissenschaftlicher Publikationen über China angelegen sein lassen. Manchen Weltreisestipendiaten würde schon das Bewußtsein spornen, daß seinen Beobachtungen amtliches Interesse entgegengebracht wird. Und unter den tüchtigen jugendlichen Kräften, die sich dem Dolmetscherdienst in China widmen, bedarf es kaum einer Prämie, sondern höchstens einer amtlichen Aufforderung zum Wettbewerb (die übrigens etwa mindestens zweijährige Anwesenheit in China zur Bedingung machen sollte), um wertvolle Arbeiten zu erzielen. — Nachdem ein Preisausschreiben der Deutschen Kolonialgesellschaft in Tsingtau uns eine sehr brauchbare Geschichte Chinas geliefert hat, könnten sich die nächsten Forschungen etwa auf die Geschichte der einzelnen Eisenbahnen und der einzelnen Bergwerksunternehmungen in China sowie deren wechselnde Finanzierungen beziehen. Auch die Geschichte der verschiedenen Missionen sowie vor allem der einzelnen mit Ausländern besetzten chinesischen Hochschulen bietet größtes Interesse. — Neben wissenschaftlichen Publikationen wird eine bessere Aufklärung durch die Presse hüben und drüben erwünscht sein. Bekannt ist, daß selbst der Nachrichtendienst deutscher Zeitungen aus China recht mangelhaft ist, und daß auch tiefer gegründete Darlegungen in Deutschland sehr selten sind oder kein Verständnis finden. In England ist das anders, auch in Frankreich. — Auch in China läßt sich durch ein amtliches Pressereferat z. B. eine wesentliche, aufklärende Tätigkeit zugunsten Deutschlands in der chinesischen Presse entfalten.

Zum zweiten bedarf es einer eindringlichen Beobachtung des Vorgehens unserer Wettbewerber. Jede Nation geht in China verschieden vor. Und in London, in Paris, in Tokio sowie an mehreren Plätzen in den Vereinigten Staaten wird hochinteressantes Material in der Oeffentlichkeit erörtert, das auch von der deutschen amtlichen Zentrale für China gesammelt, gesichtet und beherrscht werden müßte. Zwar hört man über das Vorgehen der Engländer, der Amerikaner, auch der Japaner und Franzosen mitunter halbrichtige, mitunter unrichtige Meldungen, aber eine genaue Berichterstattung und eine eindringende Beobachtung ihrer Erfolge fehlen bisher.

Mehr ergänzend dürfte die dritte Gruppe amtlicher Tätigkeit sein, die dem wirtschaftlichen Vordringen dienen soll. Ausstellungen oder Kulturmuseen, ferner Reklameunternehmungen, wie Mohrs „Deutschland-Buch", Enqueten aller Art, insbesondere etwa in bezug auf die buchhändlerische und Lehrmittelpropaganda, ferner prospektierende Erforschung von Bodenschätzen u. a. m., scheitern häufig an nur geringen Fehlbeträgen. Auch bescheidene Zuschüsse würden hier unverhältnismäßige Hilfen darbieten. Ein Dispositionsfonds hierfür im Reichsetat dürfte also auszugestalten sein.

Als vierter und letzter Punkt seien die sogenannten Kulturbestrebungen, insbesondere die deutsche Schulpolitik, in China erwähnt. In diesem Problem kreuzt sich eine ganze Reihe verschiedenartiger Bestrebungen.

Digitized by Google

Reine Kulturarbeit hat ja an sich mit politischen Zielen keine unmittelbare Beziehung, sondern wünscht eine Ausbreitung deutschen Wesens in ähnlicher Weise, wie etwa religiöse Propaganda die Verbreitung der Religion. Zum anderen haben viele Schulgründungen unmittelbare Ziele zu erreichen. So sind insbesondere die technischen Schulen in ausgesprochener Absicht zu dem Zwecke gegründet, durch die Heranbildung deutsch sprechender chinesischer Techniker der deutschen Technik neue Absatzgebiete zu schaffen. Etwas Entsprechendes gilt zum Teil von den Medizinschulen. Auch die Missionsschulen dienen zunächst dem Zwecke religiöser Propaganda. Endlich kann man etwas Aehnliches auch von Lehrlingsschulen und von solchen etwa der Zukunft angehörenden Schulen sagen, in denen junge chinesische Kaufleute als künftige Angestellte deutscher Firmen ausgebildet werden, im Gegensatze zu den leider und grundlos vom deutschen Kaufmann in Ostasien bisher bevorzugten, englisch ausgebildeten Shroffs. — Die amtliche Politik wird an diese vorhandenen Organisationen überall anzuknüpfen haben, denn die weiter unten zu erörternde höhere Kulturpolitik bedarf einer ausgiebigen Grundlegung durch untere und mittlere Schulen. Die Ausbildung in deutscher Sprache ist dabei die Hauptsache, so daß es für die amtliche Politik ganz gleichgültig sein kann, ob die Schule, deren sie sich bedienen will, außer dem Sprachzweck auch noch andere Zwecke im Auge hat. Dies gilt insbesondere für ein erwünschtes amtliches Abkommen mit den Missionen. Da auch diese ihre religiöse Betätigung nicht sofort, sondern erst nach einer gewissen Vorbildung beginnen können, sind die Interessen des Politikers und des Missionars in bezug auf die Vorschule konform. Der Missionar wird sich als Entgelt für eine amtliche Unterstützung in der Vorschule ohne Schwierigkeiten des nationalen Gedankens annehmen und der religiösen Propaganda sowieso enthalten können. Anderseits ist eine Zufuhr deutsch ausgebildeter junger Chinesen, die für höhere Kulturzwecke in Betracht kämen, nur dann zu erwarten, wenn die deutschen niederen Schulen in China eine ganz bedeutende Erweiterung erfahren. Im einzelnen sind allerdings die Schwierigkeiten, wie etwa die Geschichte der deutschen Schulen in Tientsin, Peking, Tsinanfu, Hankou und Canton beweist, sehr groß. Eine gewisse Abhilfe wird bei allseitigem guten Willen durch den Ausbau der Gesamtorganisation ermöglicht werden. Am wichtigsten sind dabei die Eingliederung in das amtliche chinesische Schulsystem und die Anerkennung der Schulen, die gleichfalls nur auf amtlichem Wege erreichbar ist.

Die Krone der amtlicherseits zu verwirklichenden Kulturbestrebungen in China soll bekanntlich die universitätsartige Einrichtung der Deutsch-Chinesischen Hochschule in Tsingtau bilden. Dieses Institut wurde im Jahre 1909 ins Leben gerufen und hat in seiner Oberstufe eine naturwissenschaftlich-technische, eine landwirtschaftliche, eine medizinische und eine rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät. Möglicherweise wird diesen Fakultäten bei dem im Jahre 1914 geplanten Ausbau noch eine philosophische angegliedert. Die Begründung dieser Hochschule als eines

Digitized by Google

universitätsartigen Instituts hat auf den ersten Blick etwas Befremdendes. Nähere Betrachtung wird aber lehren, daß man dem staatsmännischen Blick ihrer Gründer und insbesondere auch derer, die jetzt ihren Ausbau anregen, höchste Anerkennung zuteil werden lassen muß. Denn ein Vordringen von uns Deutschen in China ist, selbst wenn alle möglichen Erfolge es äußerlich erleichtern würden, nur dann erfolgreich möglich, wenn man die Chinesen innerlich für Deutschland gewinnt. Die Eroberung Chinas ist eine Eroberung der Studierstube. Vorübergehende wirtschaftliche Vorteile oder geschickte politische Griffe gewährleisten keine dauernden Erfolge. Aber die innerliche Hochschätzung, die der gebildete Chinese, der Staatsmann wie der Gelehrte, der Techniker wie der Kaufmann, die sich bekanntlich der öffentlichen Meinung nicht entziehen, deutscher Kultur und deutschem Verständnis für China entgegenbringen, können allein die beiden Völker zu einem für beide Teile großen, politischen und wirtschaftlichen Nutzen verbinden. Und zwar sind wir Deutsche da in einem erheblichen Vorteil gegenüber allen anderen Nationen. Denn ohne Selbstüberschätzung darf von deutscher Wissenschaft behauptet werden, daß sie an Tiefe und Verbreitung an der Spitze der Völker steht. Keine Nation verfügt über ein solches Ueberangebot gebildeter und geprüfter Intelligenzen. Keine Nation steht auch den Chinesen in bezug auf grübelnden Scharfsinn, unermüdlichen Fleiß und systematisierende Genauigkeit so nahe wie die Deutschen. Mögen also die Engländer und Amerikaner auch über Tausende von Schulen mehr verfügen als wir: dieser Vorsprung kann eingeholt werden. In bezug auf die geistige Gewinnung der höchsten Intelligenzen Chinas haben sie dagegen schwerlich nennenswerte Erfolge aufzuweisen. Denn die chinesischen Studenten, die aus Amerika oder gar Japan zurückgekehrt sind, tragen wohl eine große Menge von Kenntnissen mit sich herum; daß sie aber als schöpferische Geister einem bestimmten Kulturkreis auf die Dauer gewonnen sind, wird niemand behaupten können. – Dabei ist das Problem mit einer geistigen Gewinnung der Chinesen für die deutsche Kultur keineswegs erschöpft, denn auch auf uns Deutsche wirkt der geistige Austausch befruchtend. Welche Anregungen verdankt die Kunst Ostasien! Und gegenüber den utilitaristischen oder allenfalls frömmelnden Idealen, bis zu denen es die Engländer und Amerikaner der modernsten Zeit allenfalls bringen, ist ein Protest, wie etwa Kuhungmings, von Paquet ins Deutsche übersetzte Schrift: „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen", trotz aller Mißverständnisse im einzelnen doch auch für uns Deutsche von geradezu aufrüttelnder Bedeutung. Und dann: Was auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft die vergleichende Rechtswissenschaft Gutes schafft, das gilt eigentlich für alle Geistesgebiete. Erst wenn man sieht, wie gegensätzliche Denker die Welt anschauen, kann man das Eigene objektiv erfassen. Und in dieser Beziehung bieten die Weltanschauungen der chinesischen Philosophie, die chinesische Kultur der gesellschaftlichen Formen, die chinesischen sozialen Institutionen eine schier unendliche Fülle der mannigfaltigsten Anregungen.

Digitized by Google

Nur eine in China selbst gelegene Vermittlungsstelle vermag diesen ungeheuren Austausch zu beschleunigen. Die beiden Kulturen Deutschlands und Chinas sowie die Zeitalter, in der diese beiden Länder leben, sind zu verschieden, als daß der Politiker einer solchen Vermittlungsstelle entbehren könnte. So dürfte beispielsweise die Entsendung chinesischer Studenten nach Deutschland durchaus nicht genügen. Selbst wenn es im Laufe der Zeit gelingen wird, chinakundige Idealisten zur Mitarbeit an diesen Studenten in Deutschland heranzuziehen, und wenn es also auf diese Weise vermieden wird, daß die Ausbildung dieser jungen Chinesen eine äußerliche oder eine unvollständige bleibt, so ist doch zu bedenken, daß den Chinesen in Deutschland niemals das geboten werden kann, was ihnen besonders not tut: nämlich eine Vermittlung ihres eigenen und des deutschen Kulturkreises. Sie selbst sind regelmäßig zu jung, um in der chinesischen Kultur schon fest zu wurzeln.

In diesem hohen Sinne Vermittlungsstelle sollte also die Deutsch-Chinesische Hochschule sein. So lange es an genügend deutsch ausgebildeten chinesischen Studenten für sie noch fehlt, kann sie erst recht ungehindert eine Tätigkeit als Forschungsinstitut und Akademie entfalten. Hierzu ist natürlich nötig, daß an der Oberstufe nicht nur erstklassige Kräfte wirken, sondern vor allem, daß die erstklassigen Kräfte sich mühsamer wissenschaftlicher Arbeit nicht dadurch verdrießen lassen, daß sie vor Zwei oder Dreien mühsam konversatorischen Unterricht erteilen müssen. Hier sollte eben das nationale, das politische Interesse über alle traditionellen Vorstellungen hinweghelfen. Regierung und Reichstag hatten in dem früheren Etat die besondere Schwierigkeit dieser Dozentenstellen durch besondere Dotierungen äußerlich hervorgehoben; hoffentlich wird die der Beseitigung deutscher Eifersüchteleien dienende Gleichstellung des jetzigen Etats, welcher alle akademischen Lehrer als Dozenten bezeichnet, die Gewinnung hervorragender Kräfte nicht erschweren. Auf der anderen Seite muß davor gewarnt werden, die Schule — und sei es auch nur im Vertrauen auf spätere Zukunft — zu einer Mittelschule herabsinken zu lassen, in der allenfalls in amerikanisierender Weise noch einige Hochschulkenntnisse „gelehrt" werden. Wenn daher die Hochschule auch eines starken Unterbaues durch eine eigene umfangreiche Unterstufe stets bedarf, so sollten beide Organisationen doch weder in ihren Zielen noch Methoden gegenseitig stören, sondern in einheitlichem Geiste zwar, aber getrennt, marschieren. Den chinesischen Schülern gegenüber ist zwar auch in der Oberstufe eine Organisation am Platz, welche vollständig der in chinesischen Schulen bewährten und nicht der unserer heimischen Universitäten zu entsprechen hat. Diesem Umstand sowie der elementaren Art des Unterrichts müssen sich die Lehrer willig fügen, aber niemals darf aus ihnen der akademische Geist verschwinden, der ihre Blicke den höheren, über Ort und Zeit weit hinaus eilenden Aufgaben der Schule immer wieder zuwenden wird. Verschwinden muß nur der Geist schulmeisterlicher Pedanterie, der an fremde Verhältnisse heimische Maßstäbe anlegen will. Wissenschaftliche Leistungen der Schule allein, nicht etwa Schülerzahl oder

Digitized by Google

Prüfungszensuren, können ihr in China die Bedeutung und das Ansehen einer Volluniversität und in der Heimat das Ansehen einer Vermittlungsstelle verschaffen.

Eine universitätsartige Institution auf „kolonialem" Boden! — nun, diese Worte schon deuten die Fülle der widerspruchsvollen Schwierigkeiten und unvermeidlichen Irrwege an, die sich hier ergeben. Berücksichtigt man nun noch die Kleinstadt Tsingtau mit ihrer starken Garnison und ihrer im Verhältnis zu anderen Plätzen unbedeutenden chinesischen Einwohnerschaft, so wird man überhaupt zweifeln können, ob die großartige staatsmännische und kulturelle Idee, die der Hochschule zugrunde liegt, sich zurzeit verwirklichen läßt. So pessimistisch braucht man aber nicht zu sein. Die Hochschule soll ja *vermitteln*: ihr sind engste Beziehungen zu China einerseits und zur Heimat anderseits möglich und notwendig. Solche Beziehungen müssen insbesondere auch zu heimischen Universitäten, am besten zu Berlin, in die Wege geleitet werden. Beispielsweise sollte die Beurteilung wissenschaftlicher Arbeiten, insbesondere von Dissertationen, einer heimischen Fakultät anvertraut und auf Grund von deren Autorität Titel und Grade verliehen werden. Auch wird die Schule am besten der Zentrale unmittelbar unterstellt und ihr nach wie vor gestattet, *unmittelbare amtliche Beziehungen zu China* zu pflegen und auszugestalten. Daß die Hochschule als *amtliche chinesische* Anstalt, die von beiden Staaten nominell gemeinschaftlich betrieben wird, und zu der China Geld beisteuert, seinerzeit ins Leben gerufen wurde, ist mit als bestes Verdienst ihrer Gründer zu rühmen. Denn sowohl die Zufuhr guten Schülermaterials als das Weiterkommen der Abiturienten hängen bei der traditionellen amtlichen Färbung chinesischen Schul- und Hochschulbetriebes wesentlich von der Art ab, wie das chinesische Kultusministerium und andere Amtsstellen die Hochschule einschätzen und privilegieren. Auch diesen Tatsachen sollte mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. — Endlich müssen alle Organisationen Tsingtaus in richtiger Erkenntnis ihres gleichzeitigen Ausstellungscharakters für die Zwecke der Hochschule nutzbar gemacht und aus den zahlreichen Beamten des Schutzgebietes Aushilfskräfte für die Schulen herangezogen werden.

Wie ist die vermittelnde Tätigkeit der Hochschule im einzelnen zu verwirklichen? In erster Linie steht hier die Zugänglichmachung chinesischer Literatur für uns Deutsche und der deutschen Literatur für die Chinesen. Eine zur Hochschule gehörende Uebersetzungsanstalt hat in dieser Beziehung bisher nach Lage der Umstände noch wenig Erhebliches leisten können. Uebrigens findet die amtliche Tätigkeit auch hier eine Unterstützung in privater Initiative. Es sei an das große Uebersetzungswerk *Wilhelms* (übrigens auch in Tsingtau): „Die Religion und Philosophie Chinas", erinnert. Im Unterrichte selbst ist perfekte Sprachkenntnis nicht sofort zu fordern. In konversatorischer Weise, die die Schwierigkeiten nicht gleich zu stark hervortreten läßt, und in möglichster Anknüpfung an Gleichartiges in China

Digitized by Google

selbst ist der Lehrstoff zu vermitteln, dessen Beispiele allenthalben dem chinesischen Milieu und Kulturkreise zu entnehmen sind. Dabei ist aber niemals außer acht zu lassen, daß die deutsche Sprache es ist, womit der chinesische Student an uns gefesselt werden soll. — Endlich ist die formell in chinesischen Händen befindliche, gleichzeitige chinesische Ausbildung der Schüler wirksam zu überwachen und zu fördern. Der Ausgleich beider Kulturen läßt sich zum Beispiel bei jedem einzelnen Rechtsinstitut mit Erfolg beachten. Und wie eifrig arbeiten die Schüler hierbei mit! — Im einzelnen darf der Verfasser vielleicht auf die eigenen Methoden hinweisen, die er während seiner Tätigkeit in Tsingtau befolgt hat, nicht um ihrer Vorbildlichkeit willen, sondern weil jedermann an die Richtigkeit seiner subjektiven Ueberzeugung glaubt. In der juristischen Fakultät ergab sich unmittelbar aus den Verhältnissen eine Anknüpfung an die großen öffentlich- und privatrechtlichen Reformen, die China seit dem Jahre 1905 zunächst auf dem Papiere durchgeführt hatte. Dieses große Gesetzgebungsmaterial galt es zu sichten und zu übersetzen; von einer die deutschen und chinesischen Texte in vergleichender Zusammenstellung mit deutschen Vorbildern enthaltenden „Chinesisch-deutschen Gesetzsammlung" sind bisher 11 Bände erschienen. Ferner müssen zu Lehrzwecken die Lehrstoffe für die Chinesen des für sie überflüssigen historischen Ballastes entkleidet und ihrem Bildungskreise näher gebracht werden. Dies gilt sowohl für die einzelnen Disziplinen der deutschen Rechtswissenschaft als auch für die Darstellung der modernen chinesischen Reformen, die sich ganz überwiegend an deutsche Vorbilder anschließen. Diesem Zwecke sollte ein „Enzyklopädischer Grundriß der Rechts- und Staatswissenschaften für Chinesen" dienen, in dessen Serie A vier Bände, Serie B ein Band erschienen sind. Endlich sollte eine von der Fakultät herausgegebene Zeitschrift, die „Deutsch-chinesische Rechtszeitung" (bisher acht Nummern), ein wissenschaftliches Organ sein, in dem juristische und wirtschaftliche Zeitfragen in deutscher und chinesischer Sprache erörtert, Anfragen von Studierenden von allgemeinem Interesse beantwortet und vor allem die jetzige chinesische Gerichtspraxis zur Verarbeitung herangezogen werden sollten. Es leuchtet ein, daß in ähnlicher Weise alle Geisteswissenschaften vorgehen können. Aber auch Medizin, Technik und Landwirtschaft werden besonderer Grundrisse für ihren Lehrstoff bedürfen. Und vor allem sind wissenschaftliche Publikationen in deutscher und chinesischer Sprache in jeder Wissenschaft geeignet, deutsche Kultur durch Vermittlung der Schule in die weitesten Kreise der Gebildeten Chinas zu tragen und sie selbst allmählich zur Mitarbeit heranzuziehen. Diese ist besonders auf dem Gebiete der sich jetzt ganz umbildenden chinesischen Sprache nötig und erwünscht. Auch die Heranziehung der heimischen Gelehrten für die Kulturarbeit in China ist am einfachsten auf dem Wege der Mitarbeit an wissenschaftlichen Zeitschriften möglich. Freilich wird man in dieser Beziehung nicht befehlen können, sondern nur wünschen und im übrigen den besonderen Neigungen und Anlagen der einzelnen wissenschaftlichen Kräfte an der Hochschule das Weitere überlassen

Digitized by Google

müssen. — Men, not measures! — Für die technischen Fächer bedarf es im übrigen keiner Ausführung, daß Maschinenausstellungen, physikalische und insbesondere chemische Lehrmittel, landwirtschaftliche Versuchsfelder, endlich auch ein Krankenhaus und dergleichen mehr um so stärker und überzeugender, auch imponierender wirken, je gediegener sie ausgestattet sind.

Was die Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel anlangt, deren Höhe übrigens bei dem immer vorhandenen Risiko solcher Bestrebungen keine übertriebene zu sein braucht, so wird das Institut der Hochschule vorwiegend auf Mitteln des Etats beruhen müssen. Dieser Einsicht hat sich der Reichstag bisher nicht entzogen und wird sich auch wohl für die Bewilligung des Jahres 1914 den Gründen für die Bewilligung der neuen Summen nicht verschließen. Insoweit Aufwendungen privater Art und Initiative in Betracht kommen, wie insbesondere für die unteren und mittleren und die technischen Schulen, so sollten die Spender eingedenk sein, daß ihren Interessen mindestens mittelbar auch da gedient wird, wo durch die Eroberung der Studierstube erst die Stimmung für eine auch wirtschaftliche Anlehnung Chinas an Deutschland geschaffen wird.

Einblicke in die politische und wirtschaftliche Entwicklung der südafrikanischen Union.

Von Hans Grimm, München.

Vor einiger Zeit brachte die „Deutsche Kolonialzeitung" einen interessanten Aufsatz: „Wirtschaftspolitische Fragen in Britisch-Ostafrika". Bei der großen Sachkenntnis des Verfassers war ein Satz auffallend, er lautete: „Weshalb die englische Verwaltung in Ostafrika (von der Anwendung der Körperstrafen im Gerichtsverfahren wurde gehandelt) so schüchtern ist, wo sie in Südafrika doch sogar gegen Weiße bis zu fünfzehn Hieben verhängt, gehört zu einem der vielen Widersprüche, an denen die englische Kolonialpolitik so reich ist."

Etwas länger ist es her, die Ente, Deutschland verhandele mit England über die Abtretung der Walfischbai, überflog eben einmal wieder den deutschen Blätterwald, da ereignete sich eine charakteristische Szene im Parlamente der südafrikanischen Union: Sir Thomas Smart, der Führer der Opposition, Jamesons Nachfolger, erhob sich und richtete folgende kurze Anfrage an den Premierminister Louis Botha: „Ist dem Premierminister etwas von dem Zeitungsgerüchte zu Ohren gekommen, eine fremde Macht wünsche Walfischbai zu erwerben? Will der Premierminister an dieser Stelle ausdrücklich erklären, daß Walfischbai Teil und Eigentum der südafrikanischen Union ist?" Louis Botha antwortete sofort: „Der ehrenwerte Führer der Opposition hat durchaus recht. Walfischbai ist eine Besitzung der südafrikanischen Union. Von dem Gerüchte las auch ich. An mich hat sich niemand gewandt."

Eine englische Verwaltung im Sinne der englischen Verwaltung in Britisch-Ostafrika gibt es selbstverständlich in Südafrika nicht, wenn man absieht von den Eingeborenenterritorien Britisch-Betschuanaland, Swaziland und Basutoland, die noch unter direkter Reichskontrolle stehen. Es konnte auch in der alten Kapkolonie seit Jahrzehnten (1872) und kann in der Union seit der Unionsakte nicht wohl mehr von irgendwelcher Aeußerung der englischen Kolonialpolitik geredet werden. Bei Abtretung nur eines Fußbreit Landes der Union könnte England schließlich keine andere Rolle spielen als die des vorsichtigen Brautvaters bei einer erstrebten Heirat.

Digitized by Google

Das ist theoretisch natürlich bei uns ganz allgemein bekannt, praktisch hört man sogar in Deutsch-Südwestafrika, dem Nachbarlande, eigentlich nur reden von der „englischen" Grenze, von der „englischen" Polizeitruppe, vom „englischen" Magistrate in der „englischen" Walfischbai, selbst wenn der Herr, wie gerade eben, ein Deutschafrikaner ist[1]). Auf den deutschen Schiffen geht's nicht anders, da zeigt man sich von Port Nolloth und Kapstadt bis über Durban hinaus die „englische" Küste und räsoniert in den Häfen, wenn einem dies und das nicht paßt, zum Beispiel die erzwungene Temperenz in der Bordschenke, über die „englischen" Einrichtungen.

Diese unrichtige Einschätzung des englischen Faktors in Südafrika, an der bis vor kurzem auch sehr viele Engländer aus England und in England teilhatten und noch haben, läßt die Entwicklung der Dinge da draußen oft unbegreiflich erscheinen und fördert zahllose schiefe Urteile zutage.

Die Beziehungen der Union zu England sind im großen und ganzen dieselben wie die der vier anderen autonomen Kolonialstaaten Australien, Kanada, Neufundland, Neuseeland.

Der König ernennt den Generalgouverneur. Der Staatssekretär für die Kolonien hat über keinen anderen öffentlichen Beamten Kontrolle als über diesen. In allen inneren Angelegenheiten ist der Gouverneur vom Rate des der gesetzgebenden Körperschaft verantwortlichen Ministeriums abhängig. Die gesetzgebende Körperschaft besitzt innerhalb gewisser Grenzen die höchste Machtbefugnis. Die Grenzen sind folgende: 1. Die vom Parlament geschaffenen Gesetze haben nur Gültigkeit innerhalb des Kolonialstaates und seiner Annexe. 2. Die Gesetze sollen keinem englischen Parlamentsakt widerstreiten, der für das ganze Reich verbindlich ist.

Die Gesetzgebung der gesetzgebenden Körperschaft bedarf der Zustimmung des Gouverneurs als Vertreters der Krone. Der Gouverneur kann entweder die Zustimmung geben oder sie vorläufig verweigern oder sie aufschieben bis zur Einholung der Entscheidung des Königs. Für gewisse Gesetze muß unter allen Umständen die Zustimmung des Königs eingeholt werden auf dem Wege durch den Gouverneur und den Staatssekretär der Kolonien. Unter diesen Titel fallen alle Beschlüsse über Differentialklauseln im Zolltarif, über Dinge, die mit der Kontrolle und Disziplin der Reichsmarine, der Reichstruppen und der militärischen Kräfte der Kolonie zu tun haben; Beschlüsse, die Reichsverträgen zu widersprechen scheinen; Beschlüsse, die Personen nichteuropäischer Herkunft rechtliche Beschränkungen auferlegen, von denen Personen europäischer Herkunft frei bleiben; endlich Beschlüsse hinsichtlich der Währung und Beschlüsse von solchem Gewichte, daß durch sie die Prärogativen des Königs, Recht und Eigentum seiner Untertanen und Handel und Schiffahrt der vereinigten Königreiche und ihrer Besitzungen in Frage gestellt werden können. Die Krone hat sich aber auch das Recht vorbehalten, innerhalb einer gewissen Zeitperiode Gesetze als unerwünscht zu erklären, die die Zustimmung des Gouverneurs gefunden haben. Gegen die Entscheidung der kolonialen Gerichtshöfe soll im allgemeinen Berufung beim englischen Staatsrat (King in Council) eingelegt werden können, doch ist diese Möglichkeit sehr eingeschränkt worden.

Was die südafrikanische Union im besonderen angeht, so scheinen durch ihre Verfassung verschiedene dieser gemeinsamen Grundsätze aufgehoben. In der Verfassung heißt es zum Beispiel ausdrücklich: Das Parlament kann nur dann Personen des Kaplandes vom Wahlrecht zum Abgeordnetenhause auf Grund ihrer Rassenzugehörigkeit oder Farbe ausschließen oder die gleiche Rechtsstellung der englischen und holländischen Sprache aufheben, wenn ein solcher Beschluß von beiden Kammern in gemeinsamer

[1]) In einem Aufsatz der „Monatsblätter" schrieb Herr Redakteur R. Kindt (Windhuk) die südwestafrikanische Ausfuhr nach der Union betreffend: „Ueber kurz oder lang wird sich der Engländer, falls er jetzt die Tür aufmachen sollte, wieder durch einen Zoll schützen."

Digitized by Google

Sitzung mit zwei Drittel Mehrheit aus der Gesamtzahl der Mitglieder bei der dritten Lesung gefaßt worden ist. Hier ist also nicht mehr von einer besonderen Einholung der königlichen Zustimmung die Rede. Ausdrücklich bestimmt wird in der Verfassung: Daß alles, was das Vetorecht des Gouverneurs beeinträchtigen könnte, die Zusammensetzung der Kammern, den Bestand und die Machtbefugnis des Provinziallandtages, und eine Verringerung der Möglichkeit der Berufung beim Staatsrat (King in Council), dem König vorgelegt werden muß.

Auf dem Wege aller dieser Beziehungen scheint immerhin eine größere Einwirkung möglich, als sie in Wirklichkeit je geübt werden könnte. Die Bedeutung der verschiedenen Reservate wird verringert durch die Gewöhnung an die Parlamentsherrschaft drinnen und draußen. Diese Gewöhnung hat bewirkt, daß wie in England, so in den autonomen Kolonien für die Rechte der Krone heute eigentlich nur mehr der folgende Satz gilt: **„The Crown has three rights, the right to be consulted, the right to encourage and the right to warn."** (Die Krone hat dreierlei Recht: das Recht der Beratung, der Ermutigung und der Warnung.) Und tatsächlich kann von der Kolonie dasselbe gesagt werden, was ein englischer Staatsrechtslehrer für das Staatsleben Großbritanniens folgendermaßen ausdrückt: **„Practically speaking the Government is neither carried on by the Crown, nor the Parliament, but the Cabinet which however is recruited from Parliament."** (In Wirklichkeit wird das Gouvernement weder von der Krone, noch vom Parlament beeinflußt, sondern von dem Kabinett, das indessen aus dem Parlament hervorgeht.)

Das ganze politisch-parlamentarische Leben der Union hat aber dadurch noch einen ausgeprägter demokratischen Zug, daß hier auch der Senat, die erste Kammer, aus direkten Wahlen hervorgeht. Mit der Zentralstelle des Reiches endlich besteht für die Union eine minder starke gefühlsmäßige Verbindung, da etwa zwei Drittel der Wähler des Landes und ein noch größerer Teil der Bevölkerung, genaue Zahlen über die Massen der englischen, der holländischen, der deutschen Afrikander liegen nicht vor, nicht englischen Blutes sind[2]). Dagegen darf nicht unterschätzt werden der Einfluß, der auf der allgemein verbreiteten Erkenntnis des Nutzens der staatsrechtlichen Verbindungen beruht.

Die Union ist aus dem Burenkriege hervorgegangen, in dem es keine Sieger gab. Oder genauer, aus dem Kriege und seiner Folgeerscheinung, dem gewaltigen wirtschaftlichen Niedergang. Hundert Jahre etwa dauerten die Versuche, Südafrika zu entnationalisieren und zu anglisieren. Noch Milner hielt einen Erfolg für möglich[3]). Alle

---

[2]) Der Zensus von 1911 ließ die Muttersprache völlig unberücksichtigt, gefragt wurde nur nach der völkischen Abstammung der außerhalb Südafrikas geborenen Weißen. Mit der politischen Statistik ist auch nichts anzufangen. Einen kleinen Aufschluß geben die Zensusmitteilungen über die weiße Mitgliedschaft der verschiedenen kirchlichen Gemeinden. Nach ihnen gehörten an den holländischen Gemeinden 693 000 Mitglieder, der anglikanischen Kirche 255 000, den Methodistengemeinden 82 000 (deutscher Einschlag), den Presbyterianern 58 000 (hauptsächlich englisch), den jüdischen Gemeinden 47 000 (sehr stark gemischt), der römisch-katholischen Kirche 54 000 (stark gemischt), den lutherischen Gemeinden 24 000 (deutsch), den Independents usw. 13 000 (hauptsächlich englisch).

[3]) Im Jahre 1902, einen Monat nach dem Friedensschluß von Vereeniging, schrieb der für den eroberten Freistaat aus England bestellte Unterrichtsleiter Sargent an ihn: „Mit diesem Brief geht Ihnen ein Bericht zu über das, was wir in den Lagern der Refugiés (recte der zwangsweise zusammengetriebenen Frauen und Kinder) an erzieherischer Arbeit schon geleistet haben. Ich beschleunigte die Abfassung, denn sie gab mir Gelegenheit, in den Vordergrund zu stellen, was ich neulich auf der Fahrt von Pretoria nach Johannesburg mit Ihnen besprechen durfte: Es gilt einen Appell an England, wenn wir die Lager mit dem rechten Material an Lehrenden hinreichend versorgen wollen. Die Schwestern und Töchter derjenigen, die hier für das Imperium gekämpft haben, müssen herausgerufen werden über See, daß sie das Werk da vollenden, wo ihre männlichen Verwandten zur Ausführung unfähig waren. Unsere militärische Politik hat den größten Teil der kindlichen Bevölkerung in diesen Lagern zusammengebracht. Golden ist die Gelegenheit, das fühle ich, im nächsten Jahre alle der englischen Sprache

Digitized by Google

Kämpfe der Buren von 1806 bis 1902 galten der Verteidigung ihrer Art und der Verteidigung der besonderen Interessen des weißen Siedelungsgebietes im südlichen Afrika viel mehr als dem Erwerbe einer eigenstaatlichen Suprematie in diesem Gebiete. Nicht durch die vielen verlorenen Schlachten, Scharmützel und Menschen lernte der englische Mitafrikander erkennen, daß die von London Südafrika gegenüber durch dick und dünn betriebene Entnationalisierungspolitik ein Falsches habe. Er wurde aufmerksam, als ganz Südafrika als letzte Folge dieser Entnationalisierungspolitik an den Rand des völligen Bankrotts geriet. Er wurde aufmerksam, weil er an der Küste und in den Landstädten als Kaufmann und in den Minenstädten als Industrieller hauptsächlich saß. Die größere Masse der Kundschaft war um ihre Kaufkraft gebracht, die Geldgeber und Lieferanten daheim über dem Meere, mit denen man sich bisher in nächster und einzigster Interessengemeinschaft dachte, zeigten eisig kalte Schultern. Es war eine böse Zeit, diese Zeit der Einkehr, in der die schärfsten südafrikanischen Burenhasser und Burenverächter, nachdem ihnen der Krieg die Unaustilgbarkeit der Buren gelehrt hatte, dazu wenn noch nicht begreifen, so doch ahnen lernten, daß es in der Tat zwischen Afrikandern, gleichviel welcher Abstammung, ein gemeinsames Interesse geben könnte, das weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht zugleich ein englisches zu sein brauchte. In dieser bösen Zeit entpuppte sich der Typ des englischen Afrikanders, der die Parole „Afrika den Afrikandern" nicht mehr als hochverräterisch empfand. Vor dem Kriege hatte er nur in einzelnen Exemplaren bei den geistigen und den wenigen selbständigen Denkern des Landes existiert.

Leichter scheint den Bauern und holländischen Afrikandern, oder was hier das gleiche wirkt, ihren zahlreichen klugen Führermenschen (bis auf Louis Botha, De la Rey und De Wet, die letzten beiden wiegen eigentlich wenig, alles Advokatetn) die Lehre geworden zu sein, die sie lernen mußten: nämlich die Bedeutung des Wertes und der kräftigen Entwicklung des Städtewesens, des Handels, des Gewerbes, des Minenwesens und einer Industrie für die nationale Existenz des Subkontinentes. Jeder weiß, daß auch in entwickelten Ländern Gerechtigkeit in dieser Hinsicht dem Agrarier eigentlich von Hause aus schwer fällt. Es liegt in der Natur der Dinge: der Landwirt sitzt einsamer als die übrigen Menschen, und alle Einsamkeit macht egozentrisch. Aus ihrer Einsamkeit rüttelte der Krieg die Bauern auf. Im Verlaufe des Feldzuges ließ sich Louis Botha, wo immer das möglich war und man nicht gleich auf die Pferde und davon mußte, die recht zahlreichen gefangenen Afrikander englischer Herkunft vor ihrer Freilassung bringen. Die Buren konnten ja in den letzten 1¾ Jahren des Krieges keine Gefangenen mehr halten. Die Fragen waren immer die gleichen: „Ihr seid doch Südafrikaner, wie mögt ihr gegen uns kämpfen?" Da wurden ihm vielerlei Antworten gegeben, denn ein kolonialer Mensch hat keine schüchterne Zunge. Botha begriff damals, daß die wirtschaftlichen Gegensätze viele zu aktiven Mitspielern im anderen Lager gemacht hatten, für die die Rassenunterschiede schon vergessen waren.

So mag man denn sagen, die englischen Afrikander begannen die völkische Engherzigkeit ihrer eingewanderten Väter und Großväter zu überwinden und die Buren die wirtschaftliche Engherzigkeit ihres Standes. Zur Konsolidierung half die endlich (sehr spät) erwachende Erkenntnis der Gemeinsamkeit der Interessen der Weißen im Staate gegenüber den drei- bis viermal zahlreicheren Farbigen, die fast fanatische Heimatsliebe jedes Südafrikaners für sein Sonnenland und endlich die allgemein verbreitete Ueberzeugung von der geschichtlichen Mission Südafrikas als der größten und

---

zuzuführen. Frauen brauchen wir, gleich jenen Pflegerinnen, die zu verschiedenen Zeiten des Krieges herauskamen und alle Unbequemlichkeiten und Fährlichkeiten ertrugen. Frauen, die durch und durch patriotisch und zugleich energische Lehrerinnen sind, daß sie den Kindern der Buren unsere Sprache lehren und schließlich unsere imperialistischen Ideale."

Digitized by Google

ältesten weißen Vormacht im ganzen Erdteile[4]). Zu Unrecht werden die Vorgänge in Südafrika zuweilen mit den kanadischen in Parallele gesetzt. In Kanada fielen die wirtschaftlichen und völkischen Gegensätze zwischen Engländern und Franzosen nicht eigentlich zusammen. Schon bei der letzten Zählung, die dort die Herkunft untersuchte (1885), zeigten sich die französischen Kanadier in der Minorität, 1 289 929 : 2 548 514; ein Zustand, mit dem bei der afrikanischen beschränkten Einwanderungsmöglichkeit selbst dann, wenn Rhodesien dem Südafrikanischen Bunde angegliedert sein wird, für die holländischen Afrikander nie zu rechnen ist. Dagegen fehlte und fehlt Kanada intern die große Eingeborenenfrage, deren Ungelöstheit jedem Bürger in irgendeiner Form sich fortwährernd fühlbar macht, und nach außen, nennen wir es einmal: die Herrenstellung und Expansionsmöglichkeit des Staates. Die Nachbarschaft des starken Vetters, der amerikanischen Union, hindert in Kanada einen frischen Nationalismus und weist immer wieder zurück auf die Anlehnung an Großbritannien oder hin auf die Anpassung an die amerikanische Republik. Der südafrikanische Bund hat keinen großen Bruder und Vetter neben sich, er ist allein am Platze. Alle Kräfte müssen je länger je mehr zentripedale Wirkung annehmen.

Bothas Berufung zum Premierminister im neuen Bunde erfolgte in Erwartung des Sieges seiner Partei bei den Wahlen. Die Erwartung erfüllte sich. Die Südafrikanische Partei gewann 67 Sitze, die Unionisten 37 Sitze, die Independents, die sich bald zur Regierung schlugen, 13 Sitze und die Arbeiterpartei, die jedenfalls mehr Fühlung mit der Südafrikanischen Partei hatte als mit den Unionisten, 4 Sitze. Zu beachten ist bei diesen Zahlen, daß die Südafrikanische Partei nicht nur die größten Wählermassen sondern auch die größten Volksmassen vertritt, während hinter dem Wähleraufgebot der Unionisten das Häuflein der Passivvertretenen, der Frauen und Kinder, sehr klein ist. Der junge Mann, der ohne Anhang von Europa kam, um Geld zu verdienen, spielt hier eine große Rolle. Die Bildung und Richtung der Parteien geschah wenigstens auch äußerlich, trotz gegenteiliger Behauptungen, nach der Gewohnheit der alten Kämpfe, Hoffnungen und Ziele. Der schwer beweglichen Masse war es anders nicht möglich, sich gleich zurechtzufinden. Am meisten gelang es den Führern der Südafrikanischen Partei, neuen Wein in die alten Schläuche zu füllen, aber dem burischen Hinterwäldler wie dem Gegenparteiler vertrat der Abgeordnete der Südafrikanischen Partei dennoch die Farmer im allgemeinen und die Farmer holländischer Abkunft im besonderen. Ebenso stand allen der Unionist für die Interessen der Minenpartei, für die der industriellen Bevölkerung und für britische, genauer englische Ideale in Südafrika. Daß das Programm der Südafrikanischen Partei als regierender Partei in Wirklichkeit das umfassendere war, beeilte sich Botha zu zeigen, und als Beweis ist das frühe Einschwenken der Natal Independents zu ihm anzuführen, Leuten mit industriellen Interessen und von ausgesprochen britischer Gesinnung.

Die Botha-Regierung mußte zunächst der Majorität ihrer Wähler wegen unter immerhin heftigen Kämpfen das durchzuführen versuchen in der Praxis, was auf dem Papier durch die Bundesverfassung schon anerkannt war, die Gleichberechtigung der holländischen Sprache durch die Zweisprachigkeit der Schule und des öffentlichen Dienstes. Es folgte weiter von seiten der Südafrikanischen Partei aus die Einbringung des Landesverteidigungsgesetzes, durch das eine Milizarmee nach Art der Schweiz mit modifizierter allgemeiner Wehrpflicht geschaffen wurde. Wahrscheinlich ist, daß man hoffte, mit Hilfe dieses „Defence Act" größere Flottenbeiträge an England zu um-

[4]) „Ich bin sicher, der Tag ist nicht fern, an dem das meiste, wenn nicht alles afrikanische Land südlich vom Aequator im südafrikanischen Bunde sein wird." (Minister Smuts in seiner Festrede anläßlich des Besuches der Mitglieder der Empire Parliamentary Association in Pretoria am 22. Oktober 1913.)

Digitized by Google

gehen, die von der Opposition immer wieder angeregt wurden, bei der eigenen Partei aber gar keine Gegenliebe fanden. Das Landesverteidigungsgesetz wirkte ja doppelt, es gab Südafrika einen nicht kleinen eigenen Heerbann, fast 200 000 Mann, ausreichend für alle Eventualitäten, und dadurch, daß es England Gelegenheit bot, die Reichstruppen, selbst bei der fortdauernden direkten Verantwortlichkeit für Basutoland, Swaziland und das Betschuanaland Protektorat, aus dem Subkontinent zurückzuziehen, sollte es ihm die Kosten dieser Besatzungen ersparen, denn naturgemäß gingen sie zu Lasten des Mutterlandes und nicht zu Lasten des Kolonialstaates.

Das Landesverteidigungsgesetz besonders gewann dem Ministerium viele Anhänger, und den Unionisten schwammen die Felle allzu schnell fort. Da sie ein so kleiner Haufen waren, was in Ländern mit parlamentarischen Gewohnheiten den unsicheren Wähler immer abstößt, da sie seit Jamesons Ausscheiden keine menschensammelnden Führer hatten; da sie vor allem in ihrem eigenen Parteiprogramm eigentlich nichts mehr boten als ein verwässertes Programm ihrer Gegner, blieb ihnen nichts übrig, als sich zur Auffrischung ihrer Propaganda einmal wieder dessen zu bedienen, was man in Südafrika „flag waving" nennt; das heißt unter patriotischen Ankündigungen die vernarbende Wunde des Rassenhasses bei sich und den Gegnern ein wenig zu öffnen und ein wenig schmerzhaft zu erhalten. Für den ruhigen Beobachter kann kein Zweifel sein, daß Botha diesen Machenschaften steriler Politik zu viel Gewicht beilegte. Er wollte die langsam und schwer gewonnenen Anhänger englischer Herkunft *um keinen Preis* verlieren und fürchtete aus den geschichtlichen Erfahrungen der Burenrepubliken heraus die Resonanz in England und die Rückwirkung dieser Resonanz, den alten circulus vitiosus, auf jene Afrikander englischer Rasse, die heimische Zeitungen lesen und sich mit Reuters Kabelfutter die Meinung über ihr eigenes Südafrika bilden. So sind seine wortreichen Versöhnungsreden zu verstehen, so die Austreibung Hertzogs aus dem Kabinette, so endlich neuestens anläßlich des Besuches der australischen Kriegsschiffe in Kapstadt die plötzliche Agitation in den ministeriellen „South African News" für irgendeine Form der Teilnahme des südafrikanischen Bundes am Reichsflottenbau. Da wurde dem binnenländischen Farmer erklärt, wie er nur deshalb seine Wolle und seinen Mais (Deutschland ist der größte Abnehmer) auf den Weltmarkt schicken könne, weil der Weg der Handelsschiffe von der Reichsmarine geschützt sei, und wie beim Aufhören oder der Schwächung dieses Schutzes seine Existenz vernichtet wäre, wie er also seinen Teil zu diesem Schutze endlich beitragen müsse.

Uns in Europa, die wir nun über ein Jahr von dem Hertzog-Botha-Streit hörten, scheint Hertzog im Gegensatz zu Botha zuweilen das reaktionäre Burentum früherer Zeiten zu vertreten. Das liegt daran, daß im allgemeinen die Unionisten den internationalen Nachrichtenmarkt versorgen, und Hertzog in der südafrikanischen Tagespresse kein großes eigenes Organ hat. Hertzog, der scharfsinnige frühere Freistaatrichter, einer der wirklich tapferen und zähen Generale des Krieges, der bekannte Anwalt, ist aber viel zu klug, um eine verspätete Burenpolitik treiben zu wollen. Er geriet in Gegensatz zu Botha, weil er von einem blinden Nachlaufen hinter dem Versöhnungsgedanken, weghüpfend über die nun einmal gegebenen Tatsachen, also von einem Zickzackkurse, als gefährlich und aufhaltend, nichts wissen wollte. Gewiß half zu der Spaltung zwischen den beiden Männern der alte Gegensatz ihrer Vaterländer, Hertzog ist Freistaater, Botha ist Transvaaler. Hertzogs politisches Glaubensbekenntnis ist in seinem viel entstellten und in der Entstellung angegriffenen Gleichnis von den zwei Strömen ausgedrückt, das hier wörtlich wiedergegeben sei. „The life of the people in South Africa runs in two streams — the English speaking stream and the Dutch speaking stream — each with its own language, its own manners of life, its own great men, heroic deeds and noble characters. That this is so is the result of history. No one is to blame for it and everyone has the right to think highly

Digitized by Google

of his own, to protect it and to maintain it. But it is our duty to see that we develop a higher national life, a national life in which we altogether, while maintaining our language and so forth, will nevertheless enter as one people in spirit and feeling. Then, when we have reached this point, when we have developed such a national feeling, the man of Dutch speech and the man of English speech will say, each to each: „Your language, your great men, your historic deeds, your noble characters, are also my language, my great men, my historic deeds, my noble characters, because we both are South Africans." [5])

„Das Leben des Volkes in Südafrika läuft in zwei Strömen, — dem Strom der Englisch Sprechenden, dem Strom der Holländisch Sprechenden —, jeder mit eigener Rede, eigener Sitte, mit eigenen großen Männern, heldenhaften Taten und edlen Charakteren. Daß das so kam, ist das Resultat der Weltgeschichte. Niemand darf darum getadelt werden, das Recht zur Liebe der eigenen Art, zu ihrem Schutze und zu ihrer Erhaltung hat jedweder. Aber unsere Pflicht ist, darüber hinaus ein breiteres völkisches Leben zu entwickeln, ein nationales Leben, das uns, während wir die Sondersprachen und dergleichen erhalten, als einiges Volk umfaßt, geistig und seelisch. Wenn wir dahin gekommen sind, wenn wir ein solches Nationalgefühl gebildet haben werden, dann werden der Mann holländischer Zunge und der Mann englischer Zunge zueinander sagen: „Deine Sprache, deine großen Männer, dein geschichtlicher Ruhm, deine edlen Charaktere sind zugleich meine Sprache, meine großen Männer, mein geschichtlicher Ruhm, meine edlen Charaktere, denn wir sind beide Südafrikaner."

Anfangs neigte auch Botha zu dieser klaren Erkenntnis, aber schon 1911, als er die interessanteste Frage Südafrikas nach der Muttersprache bei der Volkszählung nicht fragen ließ, scheint er die gerade Bahn verlassen zu haben, auf der sich aus innerer Notwendigkeit heraus die Dinge entwickelt haben und weiterentwickeln. Der Streit der beiden Männer kann nur einen Ausgang haben, entweder wird sich Botha zurückfinden[6]) oder er wird von Hertzog oder einem Hertzog dennoch im Amte abgelöst werden. Zu einer wirklichen Sprengung der südafrikanischen Partei und einer unionistischen Majorität bei den Wahlen werden die Gegensätze trotz allen zeitweiligen Sezessionen nicht führen, wo es sich nur um eine Auseinandersetzung über den richtigen Weg, nicht über das

[5]) Was Herzogs hitzigste Anhänger verlangten und verlangen, geht aus den Leitsätzen hervor, die das National Vigilance Comité im April 1913 in Bloemfontein aufstellte:

„Die Konferenz mißbilligt a) die saftlose Aussöhnungsdoktrin des Premiers; b) seine Schwäche gegenüber der Opposition, infolge deren das Parlament keine Arbeit leistet; c) die Verzögerung der notwendigen Eingeborenengesetzgebung; d) weitere Beitragsleistung zur Reichsflotte im Hinblick auf die gegenwärtig wenig günstige Finanzlage Südafrikas; e) die Untätigkeit des Ministeriums gegenüber der Erweckung und Pflege südafrikanischer industrieller Unternehmungen; f) die Nichtachtung der Wünsche des Parteitages; g) den Ausschluß solcher Kabinettsminister, die das volle Vertrauen der Partei genießen; h) jene unehrliche These, daß ein Minister nicht Anschauungen vertreten dürfe, die zugleich die Anschauungen aller Südafrikaner sind."

„Die Konferenz verlangt die Beobachtung des § 137 der südafrikanischen Verfassung (Gleichberechtigung der beiden Landessprachen) in seinem vollen Umfange."

„Die Konferenz erklärt als ihre Anschauung, daß in allen Fällen, in denen die südafrikanischen Interessen und die Interessen des britischen Reiches nicht zusammengehen, die Landesinteressen vorgehen müssen. Dies Prinzip soll klar erkannt werden bei seiner großen Tragweite in der Eingeborenenpolitik, in der Frage der einwandernden Asiaten und in anderen Fragen."

[6]) Dafür sind Anzeichen vorhanden, z. B. die Zurückstellung der Universitätsfrage, bei der die holländische Sprache ursprünglich den Unionisten zuliebe geopfert werden sollte, obgleich unter den studierenden Afrikandern, den Aerzten, Theologen, Juristen, wiederum die Elemente nichtenglischer Herkunft die Majorität haben.

Digitized by Google

Ziel handelt [7]). Bei den Wählern der Kapprovinz und des Freistaates, wenn auch nicht bei den Abgeordneten, scheint Hertzog heute schon den größten Anhang zu haben, in Transvaal scheint Botha über mehr Freunde zu verfügen. Sehr viele englische Afrikander im Gegensatz zu den eingewanderten Engländern rechnen sich zu Hertzogs Freunden.

Vor der letzten Session des Parlaments zählten die Anhänger Bothas 65, die Hertzogs 8, die Unionisten 41, die Arbeiterpartei 6. Nach den Ergänzungswahlen ergaben sich die Zahlen 62, 11, 41, 6. Folgert man aus der Abstimmung des im November stattgefundenen Kongresses der südafrikanischen Partei auf die Ergebnisse einer allgemeinen Neuwahl, so fände folgende weitere Verschiebung statt: Anhänger Bothas 43, Hertzogs 30, Unionisten und Jungunionisten 41, Arbeiterpartei 6.

Erschwert wurde Bothas Regierung durch die Streikunruhen am Rand und was ihnen folgte. Ihre tieferen Ursachen sind bei dem fortdauernden Gezänke, und weil sich nur Parteigänger zu Worte melden, noch heute ziemlich verschleiert. So wie etwa unionistische Zeitungen die Lage darstellen, als ob einige Demagogen durch verzweifelte Streiche größeren politischen Einfluß zu gewinnen trachteten, sind diese trüben Wasser gewiß nicht. Bekannt ist, was zunächst die Minen angeht, daß bei den auch nach afrikanischen Begriffen hochbezahlten weißen Minenarbeitern wie bei den schwarzen Häuern die Sterblichkeitsziffer an Auszehrung (miner's phthisis) unter den besonderen Verhältnissen der Randminen seit Jahr und Tag eine ganz schlimme Höhe erreicht [8]). Aber bei den kleinen Unruhen, die das einleiteten, was sich fast zur Revolution auswuchs, war zunächst von einer notwendigen Hygienisierung nicht die Rede, verlangt wurden damals ein achtstündiger Arbeitstag, Einfahrt und Ausfahrt eingeschlossen (from bank to bank) und eine Anerkennung der Gewerkschaften (trade unions) seitens der Arbeitgeber, und dieses in fast trivialer Form. Als Botha auf seinem Zickzackkurse die Regierung etwas heftig Partei für die Arbeitgeber, seine eigenen politischen Gegner, ergreifen ließ, vermehrten, versteiften und verwickelten sich die Forderungen. Plötzlich nach der bösen Schießerei in Johannesburg ging es um die populäre sehr britische Formel „free speech", und noch im September erschien in Johannesburger Zeitungen folgendes Inserat: „Fill the goals! Free Speech! Free Opinions! Free Press! Volunters prepared to fight for the above are requested to leave their names at the Trades Hall! — Inzwischen ist der amerikanische Leiter der hygienischen Einrich-

[7]) Auch bei den Unionisten hat sich inzwischen eine Partei in der Partei, die Young Unionists, gebildet.

[8]) Der als Blaubuch im August 1913 herausgegebene Jahresbericht des Mines Department der Südafrikanischen Union sagt darüber: „Throughout the whole of the Witwatersrand the bad effects of miner's phthisis has now reached its climax. Many of the best miners are dead, others have left and are leaving before reaching the worst stages of the disease. A general panic has set in, preventing fresh miners from coming to the Rand from oversea. The mines now employ largely a second-rate type of miners of mixed nationality, who are short oft the standard of experience and efficiency necessary for dealing with the huge outputs and for superintending ignorant natives. At the present time attempts to reduce working costs are carried too far. Economies in timbering, waste packing, pillaring, and other safeguards to underground workers, all tend to increase the possibility of accidents."

„Am ganzen Witwatersrand hat die miner's phthisis (Auszehrung) mit ihren Folgen den Höhepunkt erreicht. Viele der besten Bergarbeiter sind tot, andere sind fortgezogen, andere ziehen weg, vordem die letzten Stadien der Krankheit sie befallen. Eine Panik hat Platz gegriffen, sie hält neue Bergleute von der Einwanderung über See ab. Die Minen haben jetzt weit und breit einen niederen Typus von Bergarbeitern aus aller Herren Ländern angestellt. Diese Leute haben geringere Erfahrung und geringere Fertigkeit gegenüber der gewaltigen Förderung und der Ueberwachung der unwissenden Eingeborenen. Gegenwärtig werden die Versuche, die Förderungskosten weiter zu verringern, übertrieben. Einsparung im Verschalen und an anderen Schutzmaßregeln für die Häuer vermehrt fortwährend die Möglichkeiten schlimmer Zufälle."

Digitized by Google

tungen beim Bau des Panamakanals von der Minenkammer nach Johannesburg eingeladen worden, um Vorschläge zu machen zum besseren Schutze der Gesundheit. Vom Generalgouverneur ist eine Kommission eingesetzt worden, die sich beschäftigen soll mit der ökonomischen Lage der weißen Arbeiterbevölkerung. Das Parlament endlich sieht sich in den nächsten Monaten vor der Aufgabe einer industriellen Gesetzgebung, die die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln und, allem Anschein nach, den Zwang zu Schiedsgerichten allgemein einführen soll. Die Bills nennen sich: **Unlawful Assembly Bill, Factory and Workshop Bill, Workmen's Compensation Amendment Bill, Workmen's Wage Protection Bill, Industrial Disputes Bill, Trades Unions Bill, Disorderly Conduct at Public Meetings Bill.** Gewiß eine sehr bezeichnende und in der afrikanischen Gesetzgebung neuartige Ansammlung.

Obgleich, ganz wie in Europa, bei der Johannesburger Revolte die Arbeitermarseillaise gesungen wurde, muß doch am Ende auch aus den Arbeiterunruhen der nationalistische Gedanke in Südafrika Nahrung ziehen, und zwar aus folgenden Gründen: Die weißen Arbeiter in Südafrika bilden im Gegensatz zur internationalen Arbeiterschaft eine Herrenkaste. Das Proletariat wird vorläufig noch von den schwarzen Arbeitern gebildet. Diesem schwarzen Proletariate gegenüber befindet sich die weiße Arbeiterschaft aus Gründen der Selbsterhaltung in einer Südafrika eigentümlichen Kampfstellung, von der weiter unten noch die Rede sein wird. Dadurch, daß die afrikanische weiße Arbeiterschaft den Gedanken von den Vorrechten der weißen Farbe vor allem pflegen muß, unterscheidet sich ihr Ziel völlig von dem der Internationale. Endlich wird die Arbeiterschaft vom englischen Gedanken in Südafrika dadurch abgedrängt, daß die wirtschaftlich entgegengesetzte Partei, die Unionisten, ihn besonders vertritt.

Von interessierter Seite sind die wildesten Gerüchte über die Folgen der fortwährenden Unruhen im Arbeitsmarkte für Südafrika vorausgesagt worden. Tatsächlich läßt sich aus den statistischen Veröffentlichungen noch nichts Ungünstiges herauslesen, es betrugen die Summen in den ersten acht Monaten des Jahres

	1912	1913
Für Ausfuhr	40 911 042 Pfd. Sterl.	45 290 910 Pfd. Sterl.
Für Einfuhr	23 225 208 „ „	25 234 860 „ „

Zurückgegangen ist allerdings die Ausfuhr von Rohgold im August um 733 000 Pfund Sterling. Dagegen hat sich die Gesamtausfuhr im August nur um 544 000 Pfd. Sterl. verringert.

Zurückgegangen sind ferner in den letzten Monaten die Einnahmen der Eisenbahnen, so daß Entlassungen stattfanden und von bevorstehenden größeren Entlassungen die Rede war, was aufreizend wirkte. Der Rückgang an Bahnfrachten war gewiß eine Folge der drohenden Verwicklungen. Beim Frachtgeschäfte der Bahnen kann sich in einem Kolonielande auch der augenblickliche Zustand schneller offenbaren als in den monatlichen Aus- und Einfuhrziffern der Häfen. Die Einfuhrgüter sind leichter in den Stores der Häfen unter Zollverschluß zurückgehalten, die Küstenorders leichter annulliert, als Aufträge in Europa rückgängig gemacht werden können. Deshalb bedeuten die monatlichen Bahnfrachtziffern in den Kolonien ein ziemlich feines Stimmungsbarometer, aber freilich oft nicht mehr. Seit der Union wurden die Eisenbahnen der vier Provinzen Kapland, Freistaat, Transvaal, Natal bekanntlich nicht mehr im Hinblick auf den Gewinn allein (nach dem „profit principle") verwaltet. Sie sollten vor allem der Erschließung des Landes und des Handels dienen. Es wurden infolgedessen alle Frachtsätze und Personentarife erniedrigt, so daß von den früheren Bruttoeinnahmen zunächst zwei Millionen Pfund Sterling bei der Aufstellung des Budgets abgestrichen werden mußten. Trotzdem haben sich die Eisenbahnen, durch die günstige Lage im Transvaal, im ganzen mit ihrem Netz von jetzt 9000 englischen Meilen und ihren Einstandskosten von 86 Millionen Pfd. Sterl., bezahlt gemacht. Aber das Lohnkonto fortwährend und außer Maß erhöhen,

Digitized by Google

wie das die Forderungen der Organisationen in der letzten Zeit mit sich brachten, gegenüber den so stark schwankenden Einnahmen eines Neulandes, können sie natürlich nicht[9]). Diese Unmöglichkeit, bei den herrschenden Tarifen die Löhne weiterhin zu bessern, und die erwähnten Entlassungen haben in den letzten Wochen zu dem seit August drohenden Versuche des Generalstreiks geführt. Aus den im Dezember gemachten Erhebungen der Eisenbahnkommission geht hervor, daß trotz der Gesamthöhe der Lohnkonten an verschiedene Eisenbahnarbeiter und Familienväter ein Werktagslohn von oft nur 4½ Schilling gezahlt wurde, wobei eine „weiße Existenz" sich als unmöglich ergab. Zum Teil handelte es sich hierbei um im Kriege völlig verarmte Afrikander und um Arbeit, die im gewöhnlichen Laufe der Dinge von Farbigen zu niedererem Satze hätte geleistet werden können.

Jener besondere Teil der Eingeborenenfrage der Union, der die weiße Arbeiterschaft berührt, könnte überschrieben sein: Das Eindringen der Farbigen in die weißen Berufe. Man hat sich lange nachgeredet, es seien für jeden Teil Afrikas die Maximen gültig: Zu den größten Aktiven gehörten überall die Eingeborenen, und je mehr Eingeborene Beschäftigung fänden, desto mehr Weißen böte sich Anstellung und Brot[10]). Das mag gelten für die Handelskolonien, für die Siedlungskolonien gilt es nur in beschränktem Maße. Der unglücklichste Tag für das klimatisch ausgezeichnete Südafrika war der, als sich im Jahre 1658 die Beamten der Holländisch-ostindischen Kompanie aus Bequemlichkeitsgründen von der afrikanischen Westküste herunter Sklaven nach Kapstadt bringen ließen.

Der größte Teil der heutigen Union war damals herrenloses leeres Markland zwischen verschiedenen kriegerischen Bantu- und Hottentottenstämmen, nur hier und da durchsetzt von kleinsten Buschmannclans und Resten vernichteter Stämme. Nichts lag im Wege, daß ein junges Germanenreich entstünde, in dem die Arbeit nur unter Weiße geteilt werden mußte und konnte. Aber die eingeführten Sklaven taten alles Tagelöhnerwerk der Kompanie. Bald verkaufte man ihrer an die aus Kompaniediensten zur Seßhaftmachung entlassenen Buren, und es brauchte nicht lang, da kam es dahin, daß ungelernte körperliche Arbeit in dem neuen Lande, als unter der Würde der Weißen, von diesen überhaupt nicht mehr geleistet wurde. Keiner wollte einem Sklaven gleichgeachtet sein dadurch, daß er Sklavenarbeit tat. Als Großbritannien im Jahre 1830 die Sklaverei aufhob, waren Wirtschaftsleben und Staatsleben auf das Vorhandensein streng geschiedener Kasten gegründet. Die Ueberzeugung, daß Weiße nicht Schulter an Schulter mit Farbigen arbeiten dürften, hatte sich längst den Bantu- und Hottentottennachbaren des Kolonielandes eingewurzelt. Als Nachfolger der Sklaven wurden diese farbigen Nachbarn immer eifriger, immer dringender bei fortwährend steigender

[9]) Seit der Union wurden an Lohnaufbesserungen allein 681 000 Pfd. Sterl. gewährt, mit örtlichen Zulagen und Ueberstundenvergütungen 800 000 Pfd. Sterl. Im Jahre 1913 stiegen die monatlichen Ausgaben wie folgt:

Januar . .	676 000 Pfd. Sterl.	Februar . .	706 000 Pfd. Sterl
März . . .	813 000 „ „	April . . .	707 000 „ „
Mai . . .	746 000 „ „	Juni . . .	737 000 „ „

[10]) Allerdings sprach sich schon im Jahre 1908 die von Lord Selborne eingesetzte Mining Industry Commission anders aus. Sie fand: „It is clear from the evidence that the position as between white man and native is one of very unstable equilibrium, and that so far from an increase in the supply of coloured labour necessarily creating an increase of white employment, the tendency is today for coloured labour to be employed in an increasing proportion, and with the effect of displacing white labour."

„Aus den Aussagen geht hervor, daß die Beziehung zwischen weißer und schwarzer Arbeit durchaus unsicher ist. Jedenfalls ist die Lage nicht so, daß mit dem vergrößerten Zustrom schwarzer Arbeitskräfte notwendig zugleich sich vermehrte Arbeitsgelegenheiten für Weiße auftun. Die Tendenz ist heute, daß im Verhältnis immer mehr farbige Arbeit verlangt wird, und daß sie weiße Arbeit verdrängt."

Digitized by Google

Löhnung als freie Arbeiter (südafrikanische Eingeborene sind zu keiner Zeit Sklaven der Weißen gewesen) herangezogen, bis wir endlich dahin gekommen sind, daß kein afrikanisches Unternehmen, einerlei wie die klimatischen Verhältnisse sind, ohne reichliche Zufuhr schwarzer Arbeitskräfte für möglich gehalten wird, und daß der schwarze Mann sich einbilden darf, und viele Europäer es ihm nachreden, auch das ganze Südafrika sei rechtens oder doch ursprünglich sein Land.

Die im Laufe des Jahres 1913 veröffentlichten Resultate der Volkszählung von 1911 deuteten zum ersten Male in der breiten Oeffentlichkeit darauf hin, wie inzwischen der Farbige in die gelernten Berufe eingedrungen sei, wie er den Weißen zurückdränge und, eine natürliche Folge, dadurch neuen Zuzug von Europa aufhalte. Seitdem bringt fast jede südafrikanische Tageszeitung Nachrichten, die auf die schnell zunehmende, nennen wir es einmal: Verkafferung eines Landes hinweisen, das, wie oben erklärt, in seinem größeren Teile durchaus kein Kaffernland je gewesen ist. Zwei Beispiele aus den neueren Nummern der Kapstädter „South African News" seien angegeben für viele: Am 3. Oktober wird gemeldet von einer Sitzung des **Rand Central School Boards.** Zur Diskussion steht eine Petition des Schulkomitees von Melville, Rosettenville und Langlaagte. Das Komitee erkennt dankbar an, in welch ausgezeichneter Weise der Handfertigkeitsunterricht weißen Knaben erteilt werde, im wahrsten Interesse dieser Knaben aber ersuche es, daß jeder Handwerksunterricht und jede Anweisung in der Handhabung von Werkzeugen an Farbige und Eingeborene energisch unterdrückt werden. — Am 17. September hören wir den Gewerkverein der Bäcker in Johannesburg zum ersten Male das Publikum ersuchen, ihn bei seinem Kampfe um „All White Bread" zu unterstützen, der darauf hinausläuft, daß Schwarze aus den Knet- und Backräumen ausgeschlossen sein sollen. — Aus Bulawayo (außerhalb der Union) schreiben Chauffeure, daß ihre Stellungen von Schwarzen eingenommen werden usw. Auch eine farbige, sehr bezeichnende Preßäußerung soll nicht fehlen. In einem in Basutoland erscheinenden Blättchen läßt sich der schwarze Schriftleiter folgendermaßen in Englisch vernehmen: **„There is a shortage of native labourers for public works in the Union. There is no doubt the essential cause of this is the vast sum of money paid to the white workers whose skill hardly excels that of theirs, while in some cases they have proven to be better and yet they still receive wages far less than those of their white inferiors. We are glad that Chief Mathelira, one of our councillors, is determined to support the Basuto labourers who refuse to work unless they received increased pay, and the Government should understand that it is time it should do away with its bitter principles of colour discrimination in offering wages."**

„Es bieten sich zu wenige Eingeborene als Arbeiter für öffentliche Arbeiten in der Union an. Der Hauptgrund liegt unzweifelhaft darin, daß den weißen Arbeitern, deren Geschicklichkeit kaum größer ist als die jener, eine solch große Summe bezahlt wird. In manchen Fällen haben sich die Eingeborenen als bessere Arbeiter erwiesen und empfangen doch sehr viel geringeren Lohn als die unterlegenen Weißen. Wir freuen uns, daß Häuptling Mathelira, einer unserer Ratsleute, entschlossen ist, sich der Basutoarbeiter anzunehmen, die sich weigern zu arbeiten, es sei denn für höheren Lohn. Die Regierung sollte endlich begreifen lernen, daß es höchste Zeit ist, aufzuräumen mit jenem erbitternden Grundsatz, nach dem die Löhnung nach der Hautfarbe ausgemessen wird."

Der erste Anfang einer Eingeborenengesetzgebung der Union konnte sich selbstverständlich mit diesem schwierigsten Teil der Eingeborenenfrage nicht befassen. Versucht wird in dem Gesetze, das vom Parlamente einer Kommission überwiesen ist, der sogenannten „Native Land Bill", zunächst eine weitere Verkafferung des Grund und Bodens aufzuhalten. Dies soll dadurch erreicht werden, daß getrennte Gebiete geschaffen werden, in denen, je nachdem, von den Weißen oder von den Farbigen kein Land erworben oder gepachtet werden darf, und, wenn die Klauseln durchgehen, was allerdings sehr zweifel-

Digitized by Google

haft ist, in gewissem Sinne Gewerbefreiheit und Freizügigkeit der anderen Rasse abhängen sollen von der Zustimmung der jeweils im Reservate dominierenden Rasse. Gemischte Areale sollen gebildet werden dort, wo eine Scheidung schlechterdings unmöglich geworden ist. Zu diesem ersten Versuche, wenigstens an die Grundprobleme der Eingeborenenfrage heranzutreten, hat die immer stärkere Tendenz der Eingeborenen, weißes Farmland außerhalb der Eingeborenenterritorien anzukaufen und zu pachten, geführt. Kein Gesetz schützte, von gewissen Bestimmungen im Freistaat abgesehen, die Anlieger vor dem ihre Wirtschaft oft auf das schwerste gefährdenden farbigen Nachbarn, während die Eingeborenen selbst an vielen Stellen, z. B. fast im ganzen Transkei, allein Herren des Landes sein konnten. Im ganzen ist nun der Landbesitz der Farbigen noch nicht gewaltig[11]). Er wächst aber außer Verhältnis und bildet durch die nachlässige Wirtschaft in einem mit immer neuen Seuchen geplagten Lande, wie schon oben erwähnt, eine unerhörte Gefahr für die Anrainer, führt auch überall zu Komplizierung der Verhältnisse und zu völligen Unhaltbarkeiten. So gibt es z. B. einen Teil des Distriktes East London, wo allerdings von jeher, denn hier war einst Stammland, eine stark gemischte Bevölkerung saß: Hier sind immer mehr Eingeborene zugewandert und haben immer mehr Grund angekauft und in irgendeiner Form gepachtet, bis es dahin gekommen ist, daß alle Mitglieder des Divisional Council (Kreistages) heute Eingeborene sind. Diese Farbigen treffen Verordnungen und Bestimmungen, die für die weißen Farmer bindend sind.

Bei den Verhandlungen im Parlament fielen von den verschiedenen Seiten recht interessante und aufschließende Aeußerungen, die fast erstaunen lassen, nachdem man sich in südafrikanischen politischen Zirkeln solange gewöhnt hatte, in Eingeborenenangelegenheiten nicht mit der Sprache herauszurücken. Andrews, der Führer der Arbeiterpartei, erklärte: „Jede Politik, die darauf ausgeht, die Weißen und Schwarzen in diesem Lande reinlich zu scheiden (to separate the Whites and the Blacks), ist zum Vorteil beider." — Botha, der Premierminister, bekannte: „Die Eingeborenen sollen ihre Traditionen pflegen und sollen sich in ihrer eigenen Art und Weise weiter entwickeln (let them build themselves up along those lines). Man muß nicht versuchen, weiße Leute aus ihnen zu machen. Das wäre ein großer Irrtum . . . Ich bin dafür, daß ihnen, wenn sie von den Weißen geschieden sind, ein gewisses Maß der Selbstverwaltung gewährt werde. Sie sollen selbst ihre Steuern bestimmen, sich selbst regieren unter der Kontrolle des weißen Mannes. Geschieht das alles, so zweifle ich nicht, daß Zufriedenheit die Folge sein wird . . . Die ganze Eingeborenenfrage kann erst dann gelöst werden, wenn es nur mehr eine Regierung in Südafrika gibt."[12]) — Merriman, der alte Premierminister des Kaplandes, der noch die infolge früherer politischer Verhältnisse sich gern negrophil gebärdende Richtung der Kapkolonie vertritt, entschuldigte seine abwehrende Haltung hauptsächlich durch zwei Sätze: „Die Eingeborenen bilden nicht nur eine Gefahr und eine (unangenehme) Verantwortlichkeit, sondern, wenn richtig behandelt, auch ein sehr wertvolles Haben. Wir können den gebildeten (educated) Eingeborenen nicht ebenso behandeln wollen wie den Barbaren." Ihm wurde erwidert, daß auch der gebildete Eingeborene nicht weiß werde, und man dadurch, daß man weiße Ideale zu den Schwarzen gebracht und ihre eigenen Ideale ihnen genommen habe, eben auf den falschen Weg gekommen sei. — Fichardt, der Bloemfonteiner Abgeordnete, fügte hinzu: „Drei Eingeborene im Besitz des Landes schließen drei Weiße aus. Denn

[11]) Vier Millionen Eingeborene werden als Eigentümer von elf Millionen Morgen angegeben gegenüber von eineinviertel Millionen Weißen als Eigentümer von 131 Millionen Morgen, wobei allerdings der große Allmendbesitz (communal tenure) der Eingeborenen im Transkei den elf Millionen Morgen nicht zugerechnet ist.

[12]) Das heißt, wenn Rhodesia dem Bundesstaate beigetreten ist und das Betschuanaland Protektorat, Swaziland und Basutoland von direkter Kontrolle der Krone frei geworden und der Union einverleibt sind.

Digitized by Google

der Grund und Boden kann genau so viel Weiße wie Farbige ernähren, deshalb kann ich nicht anerkennen, daß der Eingeborene das wertvolle Haben für die Union darstellt, das Mr. Merriman in ihm sieht. Die Weißen müssen das Uebergewicht haben oder die Schwarzen, oder wir müssen ein Bastardvolk werden." — Watermeyer erklärte: „Es stehen nur zwei Wege offen, entweder Landerwerb wird den Eingeborenen überhaupt verboten, oder die Möglichkeit des Landerwerbes wird in ganz festbegrenzten Bezirken zugelassen. Verhindern wir Besitz und Pacht von Land durch die Eingeborenen völlig, so treiben wir sie dahin, daß sie mit dem gelernten weißen Arbeiter konkurrieren und „die Frage der armen Weißen" verschärfen helfen". — Hertzog, der Vater des ganzen Segregationsgedankens, sagte unter anderem folgendes: „In diesem ganzen Hause ist sicherlich niemand, der mir behaupten dürfte, daß wir heute den Eingeborenen gegenüber ehrlich sind. Wenn da Leute anzählen: Wir geben ja den Eingeborenen gleiche Rechte, so macht mich das nicht blind. In der Tat haben wir bis auf diesen Tag noch immer darauf gesehen und werden das immer tun, daß in Praxis die Eingeborenen nicht gleiche Rechte genießen. So bin ich überzeugt, daß, wenn von meinem ehrenwerten Freund (Mr. Merriman) verlangt würde, er solle das Stimmrecht der Kapkolonie (das Eingeborenen zusteht, die ihren Namen und ihre Herkunft aufschreiben können und Eigentum im Werte von 75 Pfd. Sterl. oder einen Jahreslohn von 50 Pfd. Sterl. haben) auf die ganze Union ausdehnen, er nicht dazu bereit wäre, wenn diese Ausdehnung den schwarzen Stimmen die Majorität geben würde ... Der weiße Mann in Südafrika spürt, daß ihm eine Gefahr droht. Der Eingeborene ist aufgewacht zur Erkenntnis dessen, was der Grundbesitz für ihn bedeutet. Er ist in dieser Hinsicht so wach geworden, daß er nicht nur als einzelner den Boden aufkauft, wo er kann, sondern daß er auch Gesellschaften gründet, und daß von diesen Gesellschaften Boden für ihn gekauft wird. Ja, der Eingeborene geht weiter, in seinen Verkaufsurkunden befindet sich eine Klausel, daß der Grund nur an Eingeborene weiterverkauft werden darf. Ich gebe dabei zu, daß für den Eingeborenen, nicht weniger als für den Weißen, es zu den aufmunterndsten Gedanken gehört, der Eigentümer eines hübschen Stück Landes zu sein."

Die Fragen, die nach dieser eigentümlichen und wichtigen Verhandlung der genannten Kommission vorgelegt wurden, lauten:

a) Welche Bezirke sollen als solche bezeichnet werden, in denen Eingeborene weder Land erwerben, pachten noch an Grund und Boden interessiert sein dürfen.

b) welche Bezirke sollen als die bezeichnet werden, in denen Weiße weder Land erwerben, pachten noch an Grund und Boden interessiert sein dürfen.

Darüber, wie sich die „gebildeten" Eingeborenen zu der angestrebten Bill stellen, liegen zwei Aeußerungen vor. Gewicht beizumessen ist eigentlich nur der einen, der grundsätzlichen Erklärung der Eingeborenenzeitung „Abantu" zur ganzen „Segregationspolitik", die sie jedenfalls nicht abweist: „We of this paper believe in segregation, because although it cannot remove the physical differences between black man and white man, yet, by assigning and fixing separate economic spheres for each race, it will thereby take away from the white man the awful temptation to prostitute the great gifts of civilisation into making the black man a mere temporal convenience. Finally, the segregation which the present Government seeks to bring into operation will permit the native where and when wanted by the withe man to cross the line into the white mans country, „Izwe lakati", and in the same way the white man, if so wanted by the natives, will be permitted to go into the black belt. Thus we see how segregation will teach the white man how much the black man is to him indispensable, and at the same time teach the black man how much the white man is to him also indispensable." („Wir von dieser Zeitung glauben an „Segregation". Wenn sie schon die physischen

Digitized by Google

Unterschiede zwischen schwarzen und weißen Menschen nicht beseitigen kann, so ist doch dadurch, daß sie getrennte wirtschaftliche Einflußgebiete für die beiden Rassen schafft, der weiße Mann der Versuchung entzogen, die großen Gaben der Zivilisation dadurch zu prostituieren, daß er mit ihrer Hilfe den schwarzen Menschen schlechterdings ausbeutet ... Die „Segregation", die die gegenwärtige Regierung anstrebt, wird dem Eingeborenen gestatten, die Grenze des Landes des weißen Mannes, „Izwe lakati", immer und überall zu überschreiten, wann und wo er gebraucht wird. In gleicher Weise wird es dem Weißen gestattet sein, in die schwarze Zone einzudringen, wenn die Eingeborenen ihn wünschen. Das wird dahin führen, daß der weiße Mann erkennt, wie unentbehrlich der Schwarze für ihn ist, und daß der schwarze Mann erkennt, wie unentbehrlich der Weiße für ihn ist.")

Die andere Erklärung ging anläßlich der Tagung der African Political Organisation in Kimberley Ende September von Dr. Abdurahman aus, der als politischer Hetzer bekannt ist und, obgleich er die gesamte Eingeborenenmeinung zu vertreten vorgibt, in Wahrheit nur eine gewisse Bastardklasse hinter sich hat, die, weil sie hüben keinen sozialen Anschluß findet, sich zum ungesuchten Kämpen für drüben aufgeworfen hat. Er schrie unter maßlosen Vorwürfen gegen die weißen Tyrannen in einer öffentlichen Rede die Vorlage, die zur Sklaverei zurückführe, nieder[13]).

Es bleibt übrig, mit ein paar Zahlen die wirtschaftlich aufschließende Arbeit der Union in den ersten drei Jahren ihres Bestandes zu illustrieren. In dieser Verbindung läßt sich dann auch kurz die Einwanderungsfrage streifen, die unter dem Schlagwort „Immigration" zum eisernen Bestand aller südafrikanischen Parteireden gehört. Am Geburtstag der Union betrug die Staatsschuld der vier vereinigten Kolonienstaaten 116 Millionen Pfund Sterl. Von dieser Staatsschuld sind 2 Millionen Pfund Sterl. zurückgezahlt worden, ohne daß dem Lande neue direkte Steuern bisher aufgebürdet wurden. Tatsächlich ließ man gewisse Steuern der früheren Einzelstaaten fallen, unter anderem die Einkommensteuer des Kaplandes, die 280 000 Pfund Sterl. brachte. Die gegenwärtige Staatsschuld hat eine Zinsenlast von 3 800 000 Pfund Sterl. im Gefolge. An der Staatsschuld sind die Eisenbahnen mit 86 Millionen Pfund Sterl. beteiligt. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen betrugen im Jahre 1912 12 247 027 Pfund Sterl., die Ausgaben 7 873 344 Pfund Sterl. Der Verlust aus den Bahnen innerhalb der Kapprovinz betrug 276 351 Pfund Sterl., der Gewinn aus den Bahnen der Provinzen Freistaat 238 278 Pfund Sterl., Transvaal 1 345 939 Pfund Sterl., Natal 442 079 Pfund Sterl. Passagiere wurden im Jahre 1912 41 450 491 befördert. Dieser Passagierverkehr brachte trotz der reduzierten Fahrpreise eine Mehreinnahme von 805 920 Pfund Sterl. gegen das der Einigung vorausgehende Jahr. 900 Meilen Eisenbahn wurden in den drei Jahren neu gebaut. 262 neue Postämter, 180 neue Telephonämter eröffnet. Für öffentliche Arbeiten wurden vom Staate insgesamt 5½ Millionen Pfund Sterl. gegen 1 700 000 Pfund Sterl. in den drei der Union vorausgehenden Jahren ausgegeben. Die Postsparkassen gewannen 42 000 neue Einleger und eine Vermehrung der Einlagen um 1 230 000 Pfund Sterl. Durch die günstige Witterung im ersten Jahre der Union, dem schon eine erträgliche Zeit vorausging, zeigte die Landwirtschaft, trotz der Dürren von 1911 und 1912, eine sehr günstige Entwicklung, die naturgemäß auf den Handel zurückwirkte. Denn während die Goldproduktion allerdings für 36 Millionen Pfund Sterl. Werte im Durchschnitt der letzten drei Jahre förderte und die Diamantenproduktion etwa 9 Millionen Pfund Sterl., be-

[13]) Inzwischen hat sich „Imvo", die größte Eingeborenenzeitung, ausgesprochen. Sie macht sich lustig über die Gegner der Bill und teilt mit, die große eingeborene Bevölkerung des King-Williamstown-Distrikts sei den drei Kardinalpunkten des Gesetzes: Der dauernden Sicherung des Besitzes in den Eingeborenenzonen, der Abgrenzung der Europäer- und Eingeborenenzonen und der Erschließung neuer Zonen für farbige Siedler, günstig gesinnt.

Digitized by Google

läuft sich, was gewöhnlich weniger laut mitgeteilt wird, der Durchschnittsertrag der Landwirtschaft der letzten drei Jahre auf 50 Millionen Pfund Sterl., wovon je 10 Millionen Pfund Sterl. exportiert wurden, Federn und Wolle eingeschlossen. Der Wollexport im Jahre 1910 betrug im Gewicht 121 700 000 Pfund, im Jahre 1912 162 000 000 Pfund, ein Zuwachs von 33 Prozent. Die Maisernte im Kapland hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt. Bei einer ähnlichen Weiterentwicklung, die sich in diesem Lande des großen Zufalls natürlich nie voraussagen läßt, könnte Südafrika in sechs Jahren seinen eigenen Getreidebedarf decken. Die Dürre von 1911/12 zwang zu einer Getreideeinfuhr in der Höhe von zwei Millionen Pfund Sterl. Diese Dürre erschütterte trotz alledem die finanzielle Lage der Farmer kaum. In den ersten acht Monaten des Jahres 1913 ist die Federausfuhr um 276 000 Pfund Sterl. gestiegen gegen das Vorjahr, die Ausfuhr von Wolle um 624 000 Pfund Sterl., die Ausfuhr von Häuten und Fellen um 333 000 Pfund Sterl. Den größten Anteil an der steigenden Ausfuhr haben nach wie vor die Bergwerksprodukte. Nahrungsmittel und Getränke machen den größten Teil der gesteigerten Einfuhr aus. An Bergwerkschätzen wurden gefördert im Jahre 1912 52 711 761 Pfund Sterl. gegen 47 679 294 Pfund Sterl. Wert im Jahre 1911. An Löhnen wurden von den Minen gezahlt: 18 923 765 Pfund Sterl. (1912) gegen 18 817 347 Pfund Sterl. (1911). Auf Gold fielen 1912 die Zahlen 38 691 688 Pfund Sterl. Förderung bei 14 266 300 Pfund Sterl. an Löhnen, auf Diamanten 10 061 489 Pfund Sterl. Förderung bei 2 843 702 Pfund Sterl. an Löhnen.

Die Gesamtförderung an Gold aus den Transvaalminen betrug von Anfang Mai 1887 bis Januar 1913 377 048 511 Pfund Sterl., die Gesamtförderung aus den Diamantminen Südafrikas 170 Millionen Pfund Sterl. Das alte Feldgeschrei, daß Südafrika allzuwenig gewinne für diese seinem Boden entkörnten Edelsteine, ist gerade jetzt, namentlich auch im Hinblick auf die deutsch-südwestafrikanische Diamantengesetzgebung, wieder sehr laut geworden. Verlangt wird, daß die Steine in Zukunft wenigstens in der Union geschliffen werden sollen, wenn sie einen hohen Ausfuhrzoll vermeiden wollen. Nachdem De Beer in der Union nicht mehr allgewaltig ist, wie die Kompagnie das zu Zeiten in der Kapkolonie war, werden den Worten in nicht zu ferner Zeit Taten folgen.

Die Union hat 1528 Menschen auf zusammen zwei Millionen Morgen Land neu angesiedelt. 66 000 Morgen sind seit ihrem Bestande mit einer Staatsbeihilfe von 860 000 Pfund Sterl. bewässert worden. Die Regierungsblätter besprechen etwas kühn, es sei damit ein Wert von 13 200 000 Pfund Sterl. gewonnen worden, es betrage nämlich der Preis bewässerten Landes im offenen Markt bis zu 100 Pfund Sterl. pro Acre dort, wo er bei Luzernkultur einen Jahresertrag von 25 Pfund Sterl. an Straußenfedern verspreche. Trotzdem leistet die Regierung in dieser Hinsicht der gegnerischen Partei der Unionisten, die begreiflicherweise möglichst viele Einwanderer aus England in das Land ziehen möchte, wenigstens vorgeblich, nicht genug. Demgegenüber ist von allen denen, die das Wort „Immigration" nicht als politisches Schlagwort brauchen, häufig darauf hingewiesen worden, daß die Ansiedlung von Einwanderern auf wasserlosem Boden bisher noch nie zur dauernden Seßhaftmachung geführt habe. Anderes als zunächst wasserloses Land sei aber nicht mehr zu vergeben. Das Wassererschließungsdepartement arbeite so schnell, daß in den Distrikten mit trockener Oberfläche alljährlich 300 bis 400 Farmen bezugsbereit würden. Was den Arbeitermarkt angehe und die Möglichkeiten, die er Einwanderern biete, so sei er überfüllt und immer stärker bedroht von der schwarzen Konkurrenz, so daß es heute schon eine Hauptpflicht der Regierung wäre, dafür zu sorgen, daß durch Rückführung der afrikanischen Weißen auf das Land die Bildung eines weißen, dem schwarzen unterlegenen

Digitized by Google

Proletariats hintangehalten wurde[14]). Bei den Erhebungen über die Lage der weißen Bahnarbeiter wurde die Unterstützung zur Rückkehr aufs Land wiederholt vor der Kommission von den weißen Arbeitern erbeten.

Vielleicht fällt auf, daß die Inderfrage in allem Vorhergehenden nicht erwähnt wurde, obgleich sie, namentlich nach den Zeitungsmeldungen im November und Dezember, zu den ganz wichtigen Fragen Südafrikas zu gehören schien. Das ist aber nicht der Fall. Die Nachrichten waren aufgebauscht von indischen Agitatoren und beunruhigten begreiflicherweise in London, wo man sich wirklich einer schwierigen Lage gegenüber befindet. Geschützt werden in Südafrika durch die bestehenden Verordnungen fast ausschließlich die kleinen eingewanderten Händler europäischer und im besonderen englischer Herkunft. Sie litten am meisten, wenn den Indern Freizügigkeit und Gewerbefreiheit in Südafrika gewährt würden, was letzten Endes allein erstrebt wird. Schon heute stehen in Kapstadt selbst nur mehr 135 weiße „Kolonialwarenhändler" 1200 indischen „Kolonialwarenhändlern" gegenüber.

Als für eine bestimmte Kontraktzeit eingeführte Wanderarbeiter (**Indentured labourers**) haben Inder bisher auf den Zucker- und Teepflanzungen und in den Kohlenbergwerken Natals zum Nutzen des Landes Beschäftigung gefunden. Unter diesen Arbeitern regte der Agitator Ghandi im November die Streikdemonstrationen an und forderte auf zu Uebertretungen und Annahme von Gefängnisstrafen. Aeußerlich sollte hierdurch erreicht werden, daß die Kopfsteuer von drei Pfund pro Jahr rückgängig gemacht werde, die die über ihre Kontraktzeit hinaus im Lande bleibenden Wanderarbeiter zahlen mußten; ferner die Aufhebung der Bestimmung erzwungen werden, daß nur monogam lebende Inder und das eine Weib Zulassung in Südafrika finden könnten.

Da man sich mit dem Zugeständnis einer Untersuchungskommission über die Streikvorgänge, allerdings widerwillig genug, zufrieden gegeben hat, scheint man die Nutzlosigkeit der Agitation wie früher eingesehen zu haben und wird nun wieder einmal Ruhe halten, bis man — von neuem anfängt. Die sogenannte südafrikanische Inderfrage ist, soweit Südafrika selbst in Betracht kommt, eine gelöste Frage.

Diese Einblicke in die politische und wirtschaftliche Lage der Union sind selbstverständlich niemand zuliebe und niemand zuleide getan und beschrieben. Andere mögen die Lage und den Lauf der Dinge anders sehen. In der Wirkung ist ein ausgesprochen englisches Südafrika oder ein Südafrika mit immer stärker sich entwickelnden nationalistischen Tendenzen für uns gleichbedeutend. Vielleicht stellt einmal in späteren Jahren die nationalistische Tendenz eine größere Gefährdung des deutschen Nachbarlandes dar. Wenn wir aber in keiner Weise Partei sein wollen in Dingen, die uns nichts angehen, möchte ich an dieser Stelle gewarnt haben vor einer Unterschätzung, ja Geringachtung und Vergrämung dessen, was bei uns nicht ganz richtig unter dem „burischen" Faktor in Südafrika verstanden wird. Recht, das weiß heute jeder Sachkenner, haben diejenigen behalten, die das Afrikanderelement nicht überschätzten, aber von ihm trotz alledem eine Zukunft und starke produktive Arbeit erwarteten. Die produktive Arbeit ist unglaublich schnell und unglaublich sicher geleistet worden.

---

[14]) „Das Wirtschaftsleben der Eingeborenen ist so durchaus verschieden von dem des Europäers, daß im freien Spiel der Kräfte der Schwächere von beiden an die Wand gedrückt wird. Und der Schwächere in dem Falle ist der Europäer. Die Art des Wirtschaftslebens des Eingeborenen bedeutet eine schwere Benachteiligung des ungelernten weißen Arbeiters in diesem Lande . . . In den nächsten 100 Jahren wird sich (wenn Gesetze nicht eingreifen) eine Oberschicht bilden, bestehend aus großen Landbesitzern und den gelehrten Berufen (professional men); die zweite Schicht werden die Eingeborenen bilden; den Bodensatz werden die ungelernten europäischen Arbeiter ausmachen." (Hertzog, aus einer öffentlichen Rede in Pretoria.)

Digitized by Google

Die belgischen Tanganyikasee-Gebiete als wirtschaftliche Hinterländer unserer ostafrikanischen Mittelbahn.

Vor wenigen Tagen hat die 1260 Kilometer lange deutsche Tanganyikabahn bei Kigoma den gewaltigen mittelafrikanischen See erreicht. Er ist mit seiner Ausdehnung von 66 000 Quadratkilometern so groß wie das Königreich Bayern und hat eine Länge von 600 Kilometern. Das Ostufer ist bis auf ein kleines Stück deutsch, von dem Westufer sind 60 Kilometer britisch, ein Stück von Rhodesien; die übrigen 540 Kilometer sind zur belgischen Kongokolonie gehörig.

Der Tanganyikasee ist also ein großes Binnenmeer (das Asowsche Meer ist wenig mehr als halb so groß) und wird sicherlich als Zufahrtstraße zu dem Endpunkte unserer Mittelbahn, Kigoma, allmählich große Bedeutung gewinnen. Auf unserer Seite ist das auch von vornherein mit in Rechnung gestellt worden, und die Deutsch-Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft hat mehrere Dampfer bestellt und zum Teil bereits auf den Weg gebracht, die auf dem Tanganyikasee der Schiffahrt dienen sollen, große Fahrzeuge von 500 Tonnen Ladefähigkeit und mehr. Es würde sich im Grunde dabei auch nur um das Wiederaufleben alter Handelsbeziehungen handeln. Auf den Karawanenstraßen von einigen Plätzen der Westküste des Tanganyikasees hat sich schon der Araberhandel bewegt, ehe die deutsche Flagge in Tanga, Bagamojo und Kilwa gehißt wurde. Die Reichsregierung hat diesen Aussichten Rechnung getragen und unseren Konsul in Boma im letzten Jahre auf eine wirtschaftliche Erkundungsreise in jene Tanganyikaseegebiete entsandt, insbesondere in den großen Bezirk Tanganyika-Moero. Sein Bericht wird soeben vom Reichsamt des Innern veröffentlicht.

Er verweist in erster Linie darauf, daß auf belgischer Seite gleichfalls eine Eisenbahn an dem Tanganyikasee gebaut wird, die die im Tal des Lukugaflusses entlang führende Linie, die in einer Ausdehnung von 270 Kilometern den oberen Kongo von Kabalo aus mit dem Ausfluß des Lukuga aus dem großen See verbindet. Es ist anzunehmen, daß bei der Lukugabahn der Betrieb noch in diesem Jahre aufgenommen wird. Freilich bietet der Endpunkt am Tanganyikasee einige Schwierigkeiten, weil Hafenanlagen hier nicht vorhanden sind, wie das auf deutsch-ostafrikanischer Seite bei Kigoma der Fall ist. Der Konsulatsbericht schreibt: „Der Tanganyika kann aber Wellen haben, die denen der Ostsee im Sturm sicher nicht nachstehen. Es ist gedacht, in einiger Entfernung vom Ufer Wellenbrecher gegen die südlichen und die nördlichen Winde zu bauen. Der Platz für die Stadtanlage ist beschränkt, da sehr bald das Gebirge ansteigt. Aller Voraussicht nach werden daher die Grund- und Bodenpreise daselbst bald erheblich steigen, und die interessierten Firmen werden gut tun, sobald nur die Stadtlage feststeht, sich Grundstücke zu sichern."

Dicht an der Lukugabahn befindet sich eine große belgische Zinngrube, wo heute bereits monatlich zehn Tonnen Zinnerz gewonnen werden. Hier sind durchschnittlich 450 farbige Arbeiter unter der Leitung von elf Europäern tätig. Bisher wurde das hier gewonnene Zinnerz mit Trägern zum Kongo und dann flußabwärts über die Kongomündung nach Belgien zum Preise von etwa 500 Frank für die Tonne verfrachtet. Der Transport auf diesem Wege dauert zweieinhalb Monate, während umgekehrt mehr als das Doppelte notwendig ist, um Waren von Antwerpen nach der Zinngrube von Muika zu befördern. Künftighin würde an Kosten und Zeit mit der Hälfte oder weniger auszukommen sein, wenn der Weg über die deutsch-ostafrikanische Mittelbahn gewählt würde. Für die große Arbeiterzahl, die mit der weiteren Entwicklung der Grube noch steigt, ist es schwierig, die Lebensmittel in dem dünn bevölkerten Lande zu beschaffen, und die deutsch-ostafrikanischen Tanganyikaländer könnten Reis, Erdnüsse,

Digitized by Google

Mais, Bohnen und dergleichen wesentlich wohlfeiler liefern und insbesondere den großen Fleischhunger der Kongoneger zu stillen berufen sein. In Udjidji, dem Hauptorte am deutschen Tanganyikaufer, kostet eine Ziege 1,70 Frank, in Kongolo und den benachbarten Kongoplätzen zehnmal so viel. Rindvieh ist vorläufig im belgischen Kongo überhaupt nicht vorhanden. Wenn Fleisch aus Ostafrika eingeführt wird, so hat es zu einem Preise von einem Frank für das Kilogramm stets einen reißenden Absatz gefunden.

Die Eröffnung der Lukugabahn wird noch eine Reihe von Erzgruben in ihrer Nähe rentabel machen, wie denn überhaupt der gesamte Bezirk Tanganyika-Moero reich an mineralischen Vorkommen ist. Von größter Bedeutung ist die im Lukugatal angetroffene Kohle, die nur zehn Kilometer vom See entfernt ist, und deren Ausdehnung mindestens 100 000 Hektar beträgt. Die Kohle ist eine durchaus brennbare Steinkohle, die sehr wohl für industrielle Anlagen aller Art als Feuerungsmittel Verwertung finden kann. Freilich soll nicht verschwiegen werden, daß, selbst wenn man die Tanganyikadampfer und die Lokomotiven der Lukugabahn wie die der deutschen Tanganyikabahn zwischen Kigoma und Tabora als Abnehmer ins Auge faßt, kaum ein Jahreskonsum von über 50 000 Tonnen herauskommen wird, so daß die rentable Betriebnahme einer Kohlenzeche darauf nicht zu gründen ist. Die Vorkommen von Kupfer, Gold, Pyrit, Wolfram oder gar Diamanten sind zurzeit zu wenig untersucht, um über ihre Abbauwürdigkeit ein endgültiges Urteil zu fällen. Ein anderes Mineral, Salz, ist für die kongolesische Eingeborenenbevölkerung ein Leckerbissen. In den jenseitigen Tanganyikaländern wird es nur in geringem Maße an wenigen Stellen gefunden; um so mehr Aussichten auf Absatz ihres Salzes bestehen für die etwa hundert Kilometer von Kigoma östlich gelegene Saline Gottorp. Die erwähnten arabischen Händler führen es bereits heute in die Kongokolonie ein, wo es sich wegen seiner Weiße und seines Geschmackes großer Beliebtheit erfreut. An einzelnen Plätzen zwischen dem oberen Kongo und dem See kostet das Kilogramm Salz einen bis zwei Frank. Uebrigens erhebt die belgische Kolonie einen Einfuhrzoll von zehn Prozent vom Salz wie von anderen Waren.

Unter diesen stehen noch immer Baumwollstoffe und Perlen nicht an letzter Stelle, aber die schwarzen Herren haben auch bereits Luxusbedürfnisse, als da sind Leibriemen aus Leder mit Karabinerhaken für Messer und Schlüssel und womöglich noch mit kleinen Taschen für Geld und dergleichen. Begütertere legen sich Streichhölzer zu, wohl gar Ziehharmonikas und brauchen, wie ihre Damen, billige Schuhe, getragene Kleidungsstücke, Messingringe u. a. m. Leckermäuler sind gierig nach Corned Beef und eingelegten Heringen.

Zahlenangaben über den Umfang der bisherigen deutsch-ostafrikanischen Einfuhren in die belgische Nachbarkolonie sind erst aus der letzten Zeit vorhanden, da sie ja erst seit dem 1. Juli 1911 dem freien Handel geöffnet worden ist. In dem Halbjahr 1911 haben die in dem einen Platze Albertville, nördlich der Lukugamündung, ansässigen Firmen, ausschließlich Araber, für 35 000 Frank Waren aus Deutsch-Ostafrika eingeführt; im ganzen Jahre 1912 bereits für 113 000 Frank; für 1913 wurde mit einer Verdoppelung gerechnet. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß die an dem Tanganyikasee anliegenden Teile der Kongokolonie bereits heute für einige Millionen Frank Waren aufnehmen können, denn es handelt sich dabei um etwa ein Dutzend Einfallspforten. Jedenfalls werden die auf dem Wege Daressalam–Tabora–Kigoma in die belgischen Tanganyikaländer geworfenen Waren mit weniger Spesen belastet sein als die über den langwierigen Kongoweg eingeführten.

Die arabischen Händler sind allerdings bei den belgischen Behörden nicht besonders beliebt. Man wirft ihnen vor, sie entführten das im Lande verdiente Geld über dessen Grenzen. Unser Konsulatsbericht macht demgegenüber die Gebäude und sonstigen Anlagen geltend, die die Araber im Kongo schaffen. Es wird auch für einen Weißen als

Digitized by Google

ausgeschlossen gelten müssen, daß er in einem wilden Lande so als Pionier auftritt, wie es dem bedürfnisloseren Araber möglich ist. Man denke an die ähnlichen Verhältnisse mit unseren deutsch-ostafrikanischen Indern, denen die Araber ethisch und kulturell doch wesentlich überlegen sind.

Die Araber stehen durchweg in den Diensten unserer großen ostafrikanischen Firmen. Darin liegt u. E. eine Gewähr, daß wirkliche Mißstände beseitigt werden. Bei der verhältnismäßigen Unentwickeltheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse der belgischen Tanganyikastriche dürften derartige Ausfuhrwerte einstweilen unbeträchtlich bleiben. Einige Missionsstationen betreiben Kulturen von Mais, Maniok, Hirse, Bohnen und Tabak und ein wenig Viehzucht, doch nur für den inneren Markt. Da von einer Industrie unter den Farbigen noch weniger die Rede sein kann, trotz einer von ihnen ausgeübten Weberei, Töpferei, Mattenflechterei usw., so werden also für eine mögliche Ausfuhr der belgischen Kongokolonie über unsere Tanganyikabahn fast nur Erze und dergleichen in Betracht zu ziehen sein.

Darin aber, hierüber dürfen wir uns wohl keiner Täuschung hingeben, sind wir ganz von dem guten Willen der Belgier abhängig. Die Minengesellschaften der südlichen Kongokolonie sind mehr oder minder mit den Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen derselben Kolonie verfippt und werden, trotz größerer Unkosten und weiterer Wege, ihre Produktion heute kongoabwärts und später vielleicht über Beira oder möglicherweise über die bis jetzt noch sehr zurückgebliebene Benguellabahn nach Lobitobucht verfrachten. Wenn ihnen der Weg über den Tanganyika und die deutsch-ostafrikanische Mittelbahn wesentlich vorteilhafter sich vorstellen soll, so wird man hier noch mancherlei Entgegenkommen zeigen müssen. Wir sehen davon ab, die Frage der Tarife auf unserem großen Schienenwege anzuschneiden, müssen jedoch die Möglichkeit einer Trajektschiffahrt über den Tanganyika berühren. Sollte es möglich werden, Güterwagen von Daressalam über Tabora—Kigoma, über dies unruhige Binnenmeer, an den Kongo zu befördern, so wäre das ein besonderer Gewinn. Freilich steht der Trajektschiffahrt das unruhige Wasser des Sees entgegen, und die Entfernung Kigoma—Lukugaausfluß ist anderthalbmal größer als die Saßnitz-Trelleborg.

Südamerika, seine wirtschaftliche Bedeutung insbesondere mit Bezug auf den Verkehr mit Deutschland.

Von Kanzler a. D. Arnold Wolff. (Schluß.)

Eisenbahnen. Am Schlusse des Jahres 1911 waren 22 287 Kilometer im Betrieb. Genehmigt waren die Vorstudien für den Bau von 5073 Kilometern. Es werden fünf Arten von Bahnen zu unterscheiden sein: 1. Bahnen unter der Verwaltung des Bundes. 2. Verpachtete Bahnen des Bundes. 3. Vom Bunde unter Zinsgarantie konzessionierte Bahnen. 4. Vom Bunde ohne Zinsgarantie konzessionierte Bahnen. 5. Von den Staaten konzessionierte Bahnen.

Digitized by Google

Davon befanden sich	im Betrieb	im Bau	Genehmigte Vorstudien
zu 1.	km 3344	439	437
„ 2.	„ 7462	2083	2281
„ 3.	„ 3147	255	837
„ 4.	„ 1934	199	1259
„ 4.	„ 6400	865	259

Die Spurweiten sind jedoch sehr verschieden, was später ein großes Hindernis für die Einheitlichmachung des Bahnsystems bilden wird.

Es gibt Spuren von 1,60 Metern (Vollbahn), 1,20 Metern, 0,76 Metern und 0,60 Metern. Eine Anzahl der Bahnen ergibt ein Defizit, am meisten die Zentralbahn, die als ein Schmerzenskind des Bundes gelten kann. Das Defizit der Zentralbahn betrug 1910: 9 073 318 Milreis.

Der Wert der Ein- und Ausfuhr im Verkehr mit Deutschland betrug im Jahre 1912 506 000 000 Mark, davon deutsche Einfuhr 313,2 Millionen und Ausfuhr nach Brasilien 192,8 Millionen. Die Haupteinfuhrartikel waren:

Baumwollene Gewebe, gefärbt und bedruckt . . .	7,3 Millionen
Personenmotorwagen	6,7 „
Zement	5,6 „
Eisendraht, gewalzt oder gezogen	3,4 „
Nähmaschinen für Handbetrieb	3,2 „
Oberleder	3,2 „
Eisenbahnschienen	3,1 „
Kleider, Putzwaren, Leibwäsche	2,8 „
Wollene Kleiderstoffe usw.	2,6 „
Ferner Maschinen, Industriewaren aller Art und Nahrungsmittel.	

Chile ist ein unabhängiger Freistaat, bestehend aus 23 Provinzen und dem Territorium Magellaens. An der Spitze steht ein indirekt vom Volke auf fünf Jahre gewählter Präsident, die gesetzgebende Gewalt übt ein Nationalkongreß aus, den ein Senat und eine Deputiertenkammer bilden. Die Landessprache ist Spanisch. Die Zahl der Deutschen ist ziemlich beträchtlich, sie dürfte über 15 000 betragen. Hauptorte sind die Hauptstadt Santiago mit 380 000 Einwohnern, die Hafenstadt Valparaiso mit 190 000 Einwohnern, Concepcion (65 000 Einwohner) und Valdivia (20 000 Einwohner), Hauptstädte der gleichnamigen Provinzen, sowie die Hafenstädte Punta Arenas mit 12 000 Einwohnern, Antofagasta mit 30 000 Einwohnern und Iquique mit 45 000 Einwohnern.

Die Haupterzeugnisse des Landes sind Salpeter, Kupfer, Kohle, Guano, Weizen, Häute und Leder.

Landwirtschaft wird in den Südprovinzen betrieben, die Anbaufläche für Weizen wird auf 27 000—28 000 Hektar geschätzt. Weitere Feldfrüchte sind Kartoffeln, Gerste und Hafer. Nennenswert ist auch die Erzeugung von Honig und Bienenwachs, die im Jahre 1912/13 etwa 14 000 Faß Honig zu 100 Kilogramm und etwa 90 000 Kilogramm Bienenwachs betrug und fast ausschließlich zur Verschiffung nach Deutschland gelangte.

Die Viehzucht des Landes ist in einer guten Entwicklung begriffen, besonders wird sie im Magellaens-Territorium betrieben; eine neuere Schätzung

Digitized by Google

gab den dortigen Viehbestand auf rund 2 000 000 Schafe, 40 000 Stück Rindvieh, 25 000 Pferde und annähernd 2000 Schweine, Maultiere und Ziegen an.

Die Gesamtsalpetererzeugung beläuft sich für das Jahr 1912/13 auf 58 219 957 Quintales (spanische Zentner zu 46 Kilogramm) und die Gesamtausfuhr auf 58 492 375 Quintales; von den zur Ausfuhr gelangten 58 000 000 Quintales sind rund 42 000 000 nach Europa und 14 000 000 nach den Vereinigten Staaten von Amerika verschifft worden. Die voraussichtliche Produktion für das Kalenderjahr 1913, die auf mehr als 60 000 000 Quintales geschätzt werden muß, wird infolge der von den Produzenten unlängst beschlossenen Produktionseinschränkung eine Verminderung erfahren.

Die Industrie in Chile hatte nach einer Zusammenstellung des statistischen Zentralbureaus in Santiago im Jahre 1911 folgenden Umfang:

Art der Betriebe	Anzahl der Betriebe	Kapital Werte in 1000 Pesos (1 Peso: 1,53 Mark)	Jahresproduktion Pesos
Alkohol, Getränke usw.	297	41 112	30 987
Töpfer-, Ton-, Glaswaren	6	2 795	2 091
Nahrungsmittel	807	138 008	188 428
Beleuchtung und Heizung	37	30 366	12 456
Werften und Schiffsbau	27	5 329	3 230
Konfektion	711	29 347	50 569
Holz und Holzwaren	676	42 790	49 739
Baumaterial	89	9 608	7 280
Textilwaren	32	17 540	13 094
Metallwaren	808	29 668	29 828
Möbel	189	5 779	9 879
Papier und Druckwaren	290	26 385	23 467
Häute, Felle und Fellwaren	1199	56 248	70 415
Chem. und pharm. Produkte	130	20 231	22 442
Tabak und Tabakwaren	98	4 930	9 374
Wagen und Transportmittel	188	5 317	6 676
Summe einschließlich anderer	5722	471 287	535 037

Ueber die Ausfuhr gibt folgende Aufstellung Aufschluß:

	1911 Wert in Pesos (1,56 Mark)
Tierische Produkte	21 010 053
Pflanzliche Produkte	14 470 375
Mineralische Produkte	294 474 679
Getränke	210 214
Verschiedenes	455 838
Nationalisierte Waren	8 788 204
zusammen:	339 409 363

Die Einfuhr betrug im Jahre 1911 in Pesos Gold:

Tierische Produkte	34 358 576
Pflanzliche Produkte	35 973 409
Mineralische Produkte	68 565 351
Textilwaren	78 660 863
Oel, Teer und Brennstoffe	52 038 477
Papier und Papierwaren	11 104 362
Getränke und Liköre	7 320 963
Parfüm., pharm. u. chem. Waren	7 494 894
Maschinen, Instrumente, Werkzeuge	42 529 525
Waffen, Munition u. Sprengstoffe	4 033 484
Verschiedenes	6 910 453
zusammen:	348 990 354

Digitized by Google

Die Gesamteinfuhr betrug im Jahre 1912: 334 455 779 Pesos Gold
Die Gesamtausfuhr . . . . . 383 227 949 „ „

Die Einfuhr von Chile in Deutschland hatte 1912 einen Wert von 209,7 Millionen Mark, die Ausfuhr nach dort 112 Millionen Mark.

Eisenbahnen waren im vorigen Jahre rund 6000 Kilometer vorhanden, davon etwa die Hälfte Staatsbahnen, die andere Hälfte Privatbahnen. Der Gesamtschiffsverkehr im Hafen von Valparaiso betrug im Jahre 1912:

	Eingang: Dampfer	Tons	Segler	Reg.-Tons
Küstenschiffahrt	608	704 186	44	10 446
Ueberseeschiffahrt	563	1 744 607	75	127 308
darunter deutsche				
Küstenschiffahrt	18	56 119	—	—
Ueberseeschiffahrt	185	633 746	25	61 031
	Ausgang:			
Küstenschiffahrt	678	907 942	102	125 469
Ueberseeschiffahrt	486	1 534 264	26	207 231
darunter deutsche				
Küstenschiffahrt	21	68 329	23	56 061
Ueberseeschiffahrt	180	615 791	1	2 246

Der Verkehr deutscher Schiffe in den anderen chilenischen Häfen betrug im Jahre 1912:

	Zahl	Reg.-Tons
Antofagasta	210	715 285
Pisagua	30	88 222
Taltal	105	324 819
Coquimbo	131	461 602
Iquique	178	587 432
Talcuhano	186	642 181
Tocopilla	76	240 942
Tome	14	46 056
Punta Arenas (1911) . . .	86	290 052

Ecuador ist eine selbständige Republik, an deren Spitze ein auf vier Jahre gewählter Präsident steht. Die gesetzgebende Gewalt steht dem Nationalkongreß zu, den ein Senat und eine Deputiertenkammer bilden. Eingeteilt ist das Land in 16 Provinzen und ein Territorium (die Galapagosinseln). Die Landessprache ist Spanisch; die Zahl der Deutschen dürfte sich nur auf einige Hundert belaufen.

Die Landwirtschaft ist in einigen Teilen des Landes recht gut entwickelt. Das Haupterzeugnis ist Kakao, ferner werden Zucker, Kaffee, Bananen und Reis angebaut sowie Kautschuk gewonnen. Die jährliche Reisproduktion wird auf 2 Millionen Tonnen geschätzt. Die Ausbeute an Zucker, der fast ausschließlich im Lande verbraucht wird, beträgt über 8000 Tonnen, die Kaffeeernte etwa 3900 Tonnen, Steinnüsse 24 000 Tonnen, Tabak 1500 Tonnen und der Ertrag an Kautschuk etwas mehr als 500 Tonnen. Der Weinbau hat Aussicht auf Entwicklung, vorläufig ist die Produktion noch unbedeutend. Der Viehbestand besteht aus Rindvieh, Ziegen, Schafen, Lamas, Schweinen, Eseln und Maultieren.

Die Industrie befaßt sich hauptsächlich mit der Herstellung von Strohhüten, die auch unter dem Namen Panamahüte in den Handel kommen. Vorhanden sind einige nicht sehr bedeutende Betriebe, wie Gießereien,

Digitized by Google

Eisfabriken, Zuckerraffinerien und Mühlen. Einige kleinere Fabriken stellen wollene und baumwollene Decken, Ponchos, grobe Flanelle, Teppiche, Filzhüte usw. her. Spitzen, Stickereien, Matten, Sättel, Schuhe, Möbel, Wagen und Karren werden meist in kleinen häuslichen Betrieben hergestellt. Einige ältere Betriebsstätten, besonders in Guayaquil, befassen sich mit der Herstellung von Zündhölzern, ferner Nahrungsmitteln und Getränken sowie Seife, Lichten, Eis, Sackleinewand und Säcken, Mosaiken usw.; auch Gerbereien sind vorhanden. Die Hauptausfuhr besteht aus Kakao, Kaffee, Gummi, tierischen und Pflanzenerzeugnissen, Gold, Silber und Mineralien.

Die Ausfuhr von Kakao betrug im Jahre

1910/1911 . . . 37 637 591 Kilogramm,
1911/1912 . . . 40 321 012 "
1912/1913 dürfte sie nicht wesentlich geringer sein.

Die Einfuhr von Ecuador in Deutschland hatte im Jahre 1912 einen Wert von 15,8 Millionen Mark, die Ausfuhr nach dort 6,2 Millionen Mark. Die dortige Einfuhr besteht hauptsächlich in Nahrungsmitteln, Mineralien, Getränken, Eisenwaren und Industrieerzeugnissen.

Die Hauptstadt ist Quito mit etwa 70 000 Einwohnern, der Haupthafen ist Guayaquil mit etwa 80 000 Einwohnern, der mit der Hauptstadt mit einer seit 1908 fertiggestellten Eisenbahn, die eine Länge von 460 Kilometern hat, verbunden ist. Die im Betrieb befindlichen Eisenbahnen hatten im Jahre 1910 eine Länge von 563 Kilometern. Der Verkehr der deutschen Schiffe betrug im Hafen Guayaquil im Jahre 1912 39 mit 120 983 Reg.-Tons.

Kolumbien ist ein selbständiger Freistaat, an dessen Spitze ein Präsident steht, der vom Kongreß auf die Dauer von vier Jahren gewählt ist. Die gesetzgebende Gewalt übt der Kongreß aus, bestehend aus einem Senat, dessen 35 Mitglieder von den Departements auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden, und der Abgeordnetenkammer, die sich aus 67 Mitgliedern zusammensetzt, welche vom Volke auf vier Jahre gewählt werden. Das Land ist eingeteilt in den Bundesdistrikt, 15 Departements und 4 Intendanzen. Die Landessprache ist Spanisch; die Anzahl der dort wohnenden Deutschen ist nicht besonders groß.

Die Haupterzeugnisse sind Kaffee, Häute, Tabak, Gummi, Salz, Gold, Silber, Mineralien und Früchte, besonders Bananen.

Die Landwirtschaft ist im Lande nicht besonders entwickelt, doch bemüht sich die Regierung, durch mannigfache Maßnahmen die Produktion zu heben. Die erzeugten Kaffeemengen betragen im Jahre etwa 300 000 Sack zu 60 Kilogramm, von denen 30 000 im Lande verbraucht, der Rest zum größten Teile nach Nordamerika und zum kleinen Teile nach Europa verschifft wird. In den heißen Küstenstrichen werden Zuckerrohr, Baumwolle, Gummi, Kakao, Mais, Tabakpflanzen und tropische Früchte, darunter besonders Bananen, gezogen. Die Bananenkultur hat sich am meisten zwischen den Flüssen Santa Marta und Fundacion entwickelt, wo bereits eine Eisenbahn im Betrieb ist,

Digitized by Google

die hauptsächlich der Bananenausfuhr dient. Ein weiteres deutsches Unternehmen für die Bananenkultur ist die Hamburg-Columbien-Bananen-Aktiengesellschaft, deren Niederlassung sich in Puerto Cesár am Golfe von Urabá befindet. Die Hauptverschiffungshäfen für Tabak sind Cartagena und Barranquilla-Puerto Columbia. Das Tabakerntejahr wird vom 1. Juli bis 30. Juli gerechnet. Die Ausfuhr betrug in den Häfen

	1912 II. Sem.	1913 I. Sem.	Summe
Cartagena	19 210	23 665	42 875 Ballen zu 60 kg
Barranquilla-Puerto Columbia	12 587	19 425	32 012 „ „ 60 „
			74 387 Ballen zu 60 kg

Außerdem wird im Lande eine größere Menge Konsumtabak hergestellt, der auch zum Teil zur Herstellung von Zigarren verwendet wird, die meist im Lande konsumiert werden.

Der Rindviehbestand wird auf 3½ Millionen Köpfe geschätzt, und etwa ebensoviel beträgt die Zahl der vorhandenen Ziegen, Schafe und Schweine. Eine nennenswerte Industrie ist nicht vorhanden, in Betracht kommen besonders 28 Salzwerke, von denen 9 Landsalinen sind, und 19 Seesalz herstellen. Außerdem bestehen einige Brauereien und sonstige Fabriken mit kleiner Produktion; bemerkenswert ist die Herstellung von Strohhüten, die auch unter dem Namen Panamahüte in den Handel gelangen.

Die größten Städte sind die Hauptstadt Bogotá mit 120 000 Einwohnern, Medelin, die Hauptstadt des Departements Antioquia mit 70 000 Einwohnern, und die Hafenstädte Barranquilla mit 48 000, Cartagena mit 35 000 und Santa Marta mit 8000 Einwohnern. Seit dem 1. Januar 1912 ist der Hafenort Puerto Cesár am Golf von Urabá auch für den Ein- und Ausfuhrhandel geöffnet.

Die Haupteinfuhr besteht aus Lebensmitteln, Getränken, Eisen- und Stahlwaren und sonstigen Fabrikaten. Der Gesamtwert betrug im Jahre 1908:

Einfuhr	13 513 891,65 Pesos
Ausfuhr	14 988 744,47 „

Die deutsche Einfuhr hatte im Jahre 1912 einen Wert von 13,1 Millionen, die Ausfuhr nach Kolumbien 14,7 Millionen Mark.

Die Länge der fertiggestellten Eisenbahnen betrug im vorigen Jahre etwa 700 Kilometer, und sind noch einige Strecken im Bau.

Paraguay ist ein selbständiger Freistaat, an dessen Spitze ein vom Volke in direkter Wahl auf vier Jahre gewählter Präsident steht. Die gesetzgebende Gewalt untersteht einem Kongresse, der aus dem Senat mit 13 auf sechs Jahre gewählten Mitgliedern und der Abgeordnetenkammer, deren auf vier Jahre gewählte 26 Mitglieder zur Hälfte alle zwei Jahre neu gewählt werden, besteht. Das Land ist in 23 Distrikte eingeteilt. Die Landessprache ist Spanisch. Die Anzahl der im Lande lebenden Deutschen dürfte auf etwa 5000 zu schätzen sein. Paraguay war in den letzten Jahren durch innere Unruhen schwer geschädigt worden, deren Nachwirkungen sich jetzt noch stark geltend machen. Unter dem derzeitigen Präsidenten scheint wieder Ruhe eingekehrt zu sein.

Digitized by Google

Die Landwirtschaft ist nicht besonders entwickelt, sie leidet auch unter dem Mangel geeigneter Arbeitskräfte und genügender Verkehrswege, da bis jetzt nur hauptsächlich Flußschiffsverbindungen in Betracht kommen. Seit Oktober 1913 ist ein direkter Bahnverkehr zwischen Buenos Aires und Asuncion, der Hauptstadt der Republik, eröffnet worden; von der Gesamtstrecke, die eine Länge von 1225 Kilometern hat und eine Fahrtdauer von 50 Stunden beansprucht, entfallen 376 Kilometer auf Paraguay.

Die Haupterzeugnisse sind Yerbamaté, Tabak, Holz, pflanzliche und tierische Erzeugnisse. Die Matépflanze wächst meist wild, doch ist jetzt auch eine Methode gefunden, sie zu kultivieren. Der Ertrag beträgt jährlich etwa 88 000 Tonnen. Die Erzeugung von Tabak wird auf etwa 3000 Tonen im Jahre zu schätzen sein, wovon die Hälfte ausgeführt, der Rest im Lande verbraucht wird. Zu den wertvolleren Bäumen gehört der Curupaybaum, der ein hartes und festes Holz liefert, das für Eisenbahn- und andere Bauten stark in Betracht kommt. Die Rinde des Baumes enthält auch Gerbsäure und wird deshalb auch durch Ausfuhr an den Markt gebracht.

Die Viehzucht nimmt beständig zu, der Viehstand beträgt in runden Summen drei Millionen Rinder, 200 000 Pferde, 120 000 Schafe, 30 000 Ziegen, 25 000 Schweine, 8000 Maultiere und Esel.

Nach der Botschaft des Präsidenten bewertete sich im Jahre 1912 die Einfuhr auf 5 282 926 Pesos Gold (zu 4,5 Mark), die Ausfuhr auf 4 210 995 Pesos Gold. Im Verkehr mit Deutschland hatte die Einfuhr einen Wert von 5,8 Millionen Mark, die Ausfuhr nach Paraguay 2 Millionen Mark.

Die Hauptstadt ist Asuncion mit 85 000 Einwohnern, ferner Villa Rica mit 29 000 Einwohnern. Von kleineren Orten kommen noch Concepcion (15 000 Einwohner) und Humaita sowie die am Paranafluß belegene Stadt Encarnacion in Frage. Einige Dampferlinien unterhalten einen regelmäßigen Verkehr zwischen Montevideo und Buenos Aires, von wo aus die Verschiffung nach den Flußhafenstädten Paraguays stattfindet.

Peru ist ein unabhängiger Freistaat, an dessen Spitze der auf vier Jahre gewählte Präsident steht. Die gesetzgebende Gewalt steht dem Kongresse zu, der sich aus Senat und Deputiertenkammer zusammensetzt. Der Senat hat 52, die Deputiertenkammer 116 Mitglieder; sie werden nach Departements auf eine Dauer von sechs Jahren gewählt und all zwei Jahre ergänzt. Die Republik einschließlich Tacna setzt sich zusammen aus der Provinz Lima, 18 Departements und den beiden Küstenprovinzen Callao und Moquegua. Die Zahl der Deutschen wird auf einige Hundert zu schätzen sein. Die Landessprache ist Spanisch. Die Landwirtschaft befaßt sich hauptsächlich mit der Kultur von Baumwolle, Kaffee und Zucker, doch wird die Entwicklung durch Arbeiter- und Verkehrsschwierigkeiten sehr gehemmt. Außer den genannten Haupterzeugnissen kommt noch die Produktion von Kakao, Reis, Tabak, Mais, Wein und tropischen Früchten in Betracht. Auch die Kokainausfuhr hatte in den letzten Jahren sehr zugenommen, und deckte Peru fast den ganzen 14 000 Kilo-

Digitized by Google

gramm betragenden Weltkonsum. Jetzt haben die Pflanzungen in Java den Preis stark gedrückt und verdrängen Peru vom Markte, es wird daher beabsichtigt, statt Koka Tee zu kultivieren. Kautschuk wird in größeren Mengen von Iquitos auf dem Amazonenstrom verschifft. Die Viehzucht beschäftigt sich hauptsächlich mit Rindvieh, Schafen, Ziegen, Pferden und Maultieren. Außer Metallen und Mineralien wird Petroleum gewonnen. Auch die Ausbeutung der vorhandenen Guanolager ist nicht unerheblich.

Nach der Botschaft des Präsidenten liegen für die letzten Jahre über Einfuhr und Ausfuhr folgende Angaben vor:

Wert Pfund Sterling	1910	1911	1912
Einfuhr	4 980 697	5 438 247	5 157 688
Ausfuhr	7 074 076	7 422 027	9 438 581

Die Einfuhr, mit Ausschluß derjenigen über Iquitos verteilte sich im Jahre 1912 auf die wichtigsten Länder wie folgt: Großbritannien 1 198 632 Pfund Sterling zu 20,42 Mark, Vereinigte Staaten von Amerika 1 105 749, Deutschland 821 887, Frankreich 269 331, Italien 253 797. Dazu die Einfuhr über Iquitos von 455 180 Pfund Sterling.

Von der Ausfuhr sind in der Botschaft besonders erwähnt: Baumwolle 1 104 868, Zucker 1 406 673, Petroleum 754 510, Wolle 385 280, Reis 59 479, Kaffee 15 912 Pfund Sterling.

Der Verkehr mit Deutschland betrug im Jahre 1912: Die deutsche Einfuhr 13,5 Millionen Mark, die Ausfuhr nach Peru 15,6 Millionen Mark. Die im Betriebe und im Bau befindlichen Eisenbahnlinien betragen etwa 3000 Kilometer. Die Hauptstadt ist Lima mit 150 000 Einwohnern. Ferner Arequipa mit 40 000 Einwohnern, Cuzco mit 15 000 Einwohnern, die Häfen Callao mit 35 000 Einwohnern und Mollendo mit 2000 Einwohnern. Ferner Iquitos, Hauptstadt des Departements Loreto am Amazonenstrom, mit 17 000 Einwohnern.

Der Verkehr deutscher Schiffe betrug im Jahre 1912 in den Häfen

	Zahl	Reg.-Tons
Callao	91	299 561
Paita	12	36 789

Uruguay (Republica Oriental) ist ein selbständiger Freistaat, an dessen Spitze ein auf vier Jahre gewählter Präsident steht. Die gesetzgebende Gewalt besteht aus dem Senat, der 19 indirekt auf sechs Jahre gewählte Mitglieder hat, und aus der Deputiertenkammer mit 75 auf drei Jahre in direkter Wahl gewählten Abgeordneten. Die Republik ist eingeteilt in 19 Departements. Die Landessprache ist Spanisch; die Zahl der Deutschen beträgt etwa 1600.

Die Landwirtschaft wird auf einer Fläche von 20 Millionen Hektar betrieben, davon sind etwa drei Viertel für Viehzucht, der Rest für Ackerbau, Obst, Gemüse usw. bestimmt. Die Haupterzeugnisse sind Weizen, Mais, Gerste, Leinsaat, Kartoffeln und andere Feld- und Gartenfrüchte.

Der Viehbestand beträgt etwa 9 Millionen Stück Rindvieh, 1 Million Pferde, 26 Millionen Schafe, 50 000 Maultiere, 40 000 Ziegen und 150 000 Schweine.

Digitized by Google

Nach der Botschaft des Präsidenten betrug in den Jahren 1911/12 in Pesos Gold zu 4,35 Mark:

	1911	1912
Einfuhr	44 798 175	49 380 000
Ausfuhr	42 433 776	48 747 582

Hierbei fielen auf die wichtigsten Ausfuhrartikel folgende Beträge:

	1911	1912
Wolle	19 491 761	25 900 908
Häute und Felle	9 976 291	8 989 415
Fleisch und Extrakt	7 017 944	5 725 630
Sand und Steine	1 809 499	2 189 833
Tierische Erzeugnisse	1 130 161	1 748 912
Lebendes Vieh	790 477	1 032 612
Weizen und Weizenmehl	264 475	217 338
Knochen und Knochenasche	189 628	191 906
Abfälle der Schlachtindustrie	156 950	219 014
Viehfutterstoffe	41 118	193 686

Von der Ausfuhr gelangten 64 Prozent nach Europa, 35 Prozent nach den anderen amerikanischen Ländern. Beteiligt waren an der Ausfuhr:

	1911	1912
Deutschland mit	6 653 186	7 601 810
England	3 938 746	6 294 127
Frankreich	9 729 544	8 462 632
Ver. Staaten von Amerika	1 536 262	2 568 057

An der Einfuhr beteiligten sich mit etwa 75,5 Prozent Europa, mit 23,7 Prozent die anderen amerikanischen Länder, und zwar

	1911	1912
Deutschland mit	6 841 072	7 591 000
England	11 882 104	12 161 748
Frankreich	3 842 027	3 800 455
Ver. Staaten von Amerika	4 343 935	5 453 157

Im Spezialverkehr mit Deutschland betrug der Wert der deutschen Einfuhr 50,3 Millionen Mark, der Ausfuhr nach Uruguay 38,5 Millionen Mark.

Das Eisenbahnnetz beträgt 2725 Kilometer, das vollständig in englischem Besitz ist. — Die Haupt- und Hafenstadt ist Montevideo mit annähernd 320 000 Einwohnern. Der Schiffsverkehr betrug im Jahre 1912:

	Dampfschiffe		Segelschiffe	
	Zahl	Reg.-Tons	Zahl	Reg.-Tons
	3 771	8 680 450	1 109	347 899
darunter deutsche	453	1 683 432	3	5 213
ausgegangen sind			6	6 530

Venezuela ist ein unabhängiger Freistaat; an der Spitze steht ein auf vier Jahre gewählter Präsident. Die gesetzgebende Gewalt untersteht dem Senat mit 40 Mitgliedern und der Abgeordnetenkammer, für die der Bundesdistrikt, jeder Einzelstaat und die Territorien in direkter Wahl einen Abgeordneten auf je 35 000 Einwohner wählen. Eingeteilt ist das Land in den Bundesdistrikt, 20 Staaten und 2 Territorien. Die Landessprache ist Spanisch; im Lande befinden sich etwa 1000 Deutschsprechende, darunter 600 Reichsdeutsche.

Die Landwirtschaft befaßt sich hauptsächlich mit der Kultur von Kaffee, Kakao, Zuckerrohr. Der Viehbestand wird geschätzt: Rindvieh 2 000 000, Schafe 180 000, Ziegen 1,7 Millionen, Pferde 200 000, Maultiere 90 000, Esel 300 000, Schweine 1,6 Millionen.

Digitized by Google

Die Ausfuhr betrug in der Zeit vom Juli 1911 bis Juli 1912

Kaffee	55 228 886 Kilogramm
Kakao	14 508 396 „

Der erzeugte Zucker wird fast ausschließlich im Lande selbst verbraucht. Von der Ausfuhr entfielen auf

Deutschland	22,5	Millionen Bolivares zu 0.81 Mark
England	10,5	„ „
Frankreich	39,5	„ „
Ver. Staaten von Amerika	43,5	„ „

Eingeführt wurden hauptsächlich Manufakturwaren und Nahrungsmittel. An der Einfuhr waren beteiligt:

Deutschland mit	16,5	Millionen Bolivares
England mit mehr als	27,0	„ „
Frankreich mit	14,0	„ „
Ver. Staaten von Amerika	32,5	„ „

Nach der deutschen Statistik betragen die Werte der deutschen Einfuhr 19,9 Millionen Mark, der Ausfuhr nach Venezuela 10,1 Millionen Mark.

Die Hauptstadt ist Caracas mit 80 000 Einwohnern, die Hafenstädte sind Maracaibo (35 000 Einwohner), Puerto Cabello (13 000 Einwohner) und La Guaira (10 000 Einwohner).

Die in Betrieb befindlichen Eisenbahnlinien betragen 872 Kilometer, darunter die deutsche Eisenbahn „Gran Ferro carril de Venezuela", die in den Jahren 1888 bis 1894 gebaut wurde, 179 Kilometer lang ist und 86 Tunnel (5200 Meter) und 217 Brücken (4520 Meter) hat.

Guayana zerfällt in Französisch-Guayana mit der Hauptstadt Cayenne (13 000 Einwohner), Holländisch-Guayana (Surinam) mit der Hauptstadt Paramaribo (35 000 Einwohner) und Britisch-Guayana mit der Hauptstadt Georgetown (54 000 Einwohner). Diese Kolonien, welche hauptsächlich einen Verkehr mit ihren Mutterländern unterhalten, kommen für den deutschen Handel nur wenig in Betracht.

In Südamerika ist außer bei deutschen Banken und einer großen Anzahl von deutschen Einfuhr- und Ausfuhrhäusern deutsches Kapital auch bei vielen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben tätig. Außer der deutschen Eisenbahn in Venezuela ist noch die Santa-Catharina-Eisenbahn-Gesellschaft ein deutsches Unternehmen, und sind deutsche Kapitalien auch bei einigen anderen Eisenbahnen beteiligt. Die deutsche Schiffahrt hat große Interessen in Südamerika, und wenn auch der Einfluß des Panamakanals auf den südamerikanischen Handel meist überschätzt wird, werden die deutschen Reedereien doch gut tun, ihre Stellung nachdrücklich zu wahren. Für die deutsche Industrie ist eine Beteiligung an größeren Ausstellungen, besonders in den Handelszentren von Argentinien, Brasilien und Chile anzuraten, um ihre Erzeugnisse, besonders industrielle und landwirtschaftliche Maschinen, auch weiteren Kreisen vor Augen zu führen. Für die Pflege der Beziehungen mit Südamerika kommen in Deutschland besonders die Deutsch-südamerikanische Gesellschaft, der Deutsch-argentinische Zentralverband und der Deutsch-brasilianische Handelsverband, die sämtlich ihren Sitz in Berlin haben, in Frage.

Digitized by Google

Angola.

Eine wirtschaftliche Studie von Dr. G. Nitsche.

Seit Roschers Einteilung der Kolonien in Eroberungs-, Handels-, Ackerbau- und Pflanzungskolonien sind mehrfach Vorschläge zu einer verbesserten Klassifikation gemacht worden. Ein befriedigendes Ergebnis ist aber noch nicht erzielt worden; in manchen Fällen ist man im Zweifel, unter welche Rubrik eine Kolonie gestellt werden soll, oder kann sie überhaupt ohne Willkür nirgends recht unterbringen. Die Hauptgründe für die Mangelhaftigkeit beruhen offenbar darin, daß erstens bei der Namengebung ein besonderer Zweig der Wirtschaft über Gebühr betont wird; so würde die Bezeichnung Viehzuchtskolonie noch nicht das ausdrücken, was wir mit dem Begriff Deutsch-Südwestafrika verbinden, und gäbe uns die Berechtigung, von Baumwoll-, Kakao- und anderen Kolonien zu sprechen und lange Listen aufzusetzen. Daß zweitens ein vorübergehendes Entwicklungsstadium, nicht die fertig entwickelte Kolonie zum Gegenstand der Betrachtung genommen wird. Eroberungskolonie ist etwas Historisches, besagt nichts und ist heute nicht mehr zu brauchen. Der wirtschaftliche Wert hat allein als Einteilungsprinzip zu gelten.

Aus dieser Erwägung heraus empfiehlt es sich, die Grenzen möglichst weit zu ziehen und sich mit einer einfachen Dreiteilung in Handels-, Kultivations- und Siedlungskolonien zu begnügen, deren Wesen mit wenigen Strichen angedeutet sei.

Die Siedlungskolonie setzt ein Klima und Bodenverhältnisse voraus, die es dem Europäer gestatten, sich durch Garten- und Feldbau, Viehwirtschaft, Industrie usw. eine neue Heimat zu schaffen, deren geistiges und materielles Leben die Kultur des Mutterlandes widerspiegelt. Eingeborenenkultur geht unter. Dieser Typus bringt die höchsten Werte für die Menschheit hervor, da sich aus ihm unter Lösung der mit dem Mutterlande bestehenden Bande neue, selbständige Nationen entwickeln können.

In der Kultivationskolonie ist Ansiedlung von Europäern nicht möglich. Sie besitzen aber hinreichende Macht in dem Lande, um die Eingeborenen unter ihrer Leitung und Anweisung zur Arbeit zu erziehen, europäische Wertbegriffe einzuführen, den Boden durch Anlage jeder Art von Pflanzungen planmäßig und gründlich auszubeuten und die mineralischen Schätze des Landes zu heben. Einheimische Kultur bleibt entweder bestehen oder wird stark durchsetzt. Hierher gehören die Plantagen-, Pflanzungs- und Bergwerkskolonien.

Bei der Handelskolonie sind Ansiedlung und tiefergehende Kultivation in europäischem Sinne ausgeschlossen, mögen sie sich entweder nicht lohnen, wie in unwirtlichen, ärmlichen Gebieten, oder mag die Macht des Kolonisators im Lande gegenüber einer betriebsamen Eingeborenenbevölkerung zu schwach sein, als daß er mit großzügigen Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete vorgehen könnte. Die Handelskolonie ist im Wesen alleinige Domäne des Kaufmanns.

Das erste Stadium eines auswärtigen Besitzes ist fast stets das der Handelskolonie. Je nach Energie, Kapitalkraft, politischer Macht des Kolonisators folgt das der mehr oder minder gründlichen Kultivation, womit meist der Abschluß des Erstrebenswerten erreicht ist. Es kann aber auch als letzte Erscheinung die Besiedlung eintreten, die schon mit der Kultivation Hand in Hand gehen kann. Die Dreiteilung wird also nicht nur den heute nebeneinander bestehenden Arten des Kolonialbesitzes, sondern auch der historischen Aufeinanderfolge der Erschließungsstadien gerecht.

Die drei Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung lassen sich an der portugiesischen Kolonie Angola leicht feststellen und zeitlich begrenzen. Durch die Fahrten des Diego Cão in den Jahren 1482/83 und 1484/85 wurden die Kongomündung und Kap Frio, vielleicht schon Kap Croß, jedenfalls also die Küstenlinie Angolas entdeckt. Die Kunde von dem Königreich Kongo drang bald nach Europa. Die südlich gelegenen Striche,

Digitized by Google

von denen sich das Land Dongo unter Führung eines ehemals dem König von Kongo untertänigen Vasallen namens Angola losriß und dessen Namen Dongo-Angola empfing, nahmen das regere Interesse der Portugiesen erst in Anspruch, als das Bedürfnis nach Sklaven für Brasilien und Spanisch-Amerika stieg. Das Jahr 1576, in dem S. Paolo de Loanda gegründet wurde, bedeutet für Angola das Eintreten in den Welthandel als Handelskolonie, die die vornehmste Ware, den Menschen, exportierte. Bis zum Jahre 1836, in dem die Ein- und Ausfuhr von Sklaven verboten wurde, ist es reine Handelskolonie unter dem Zeichen der punkt- und strichweisen Kolonisation, die jahrhundertelang Afrika eigentümlich war, geblieben.

Die Ausfuhr von Sklaven betrug jährlich

am Ende des 16. Jahrhunderts	3 000
im 17. Jahrhundert	8 000—10 000
am Ende des 18. Jahrhunderts	14 000—15 000
im Anfang des 19. Jahrhunderts	10 000—20 000

Der Ausfuhrwert betrug in den Jahren 1823/25 durchschnittlich 3 320 000 Mark, wovon 2 980 000 Mark auf Sklaven entfielen. Kein Wunder, daß der Exportwert nach 1836, wiewohl der Sklavenhandel noch lange im geheimen bestand, zunächst auf 400 000 Mark fiel!

Es war klar, daß nur eine fleißige Kultivation die Kolonie in die Höhe bringen konnte, und während des ganzen 19. Jahrhunderts haben die Portugiesen es an derartigen Bestrebungen niemals fehlen lassen. Man versuchte durch Feldzüge und Strafexpeditionen den Einfluß im Innern zu verstärken, förderte den Baumwoll-, Zuckerrohr-, Tabak- und Kaffeeanbau, sorgte für eine bessere Landeskenntnis, zog Ansiedler ins Land, bemühte sich um den Schiffs- und Landverkehr und kam doch nie so weit, eine reelle Grundlage zu schaffen. Trübselig glomm Angolas Wirtschaftsleben, hin und wieder blies die recht asthmatische Regierung in die Glut hinein: ein kurzes Aufflackern erfolgte, und der frühere Zustand kehrte zurück.

Von ungefähr 1830 ab wurde der Anbau von Zuckerrohr, Tabak, Baumwolle, von 1842 ab der von Kaffee eifrig betrieben. Es betrugen

	der Export	der Import
1848/49	1 864 000 Mark	3 772 000 Mark
1869/70	6 972 000 Mark	8 700 000 Mark

Wie man sieht, ein vielversprechendes Bild, das sich freilich nicht auf geradlinig ansteigender Bahn, sondern im Zickzackkurs entwickelte. So betrug der Kaffeeexport 1867 913 000 kg, der der Baumwolle 280 000 kg. Letzterer erreichte 1872 mit 837 531 kg ein Maximum, um danach langsam, aber ständig zu fallen, und z. B. 1899 nur 53 400 kg zu erreichen.

Es betrugen nach Voranschlag

	die Einnahmen	die Ausgaben
1852/53	950 000 Mark	1 057 000 Mark
1863/64	1 032 400 Mark	1 638 800 Mark
1874/75	2 169 000 Mark	2 168 400 Mark

Ein erhebliches Defizit jährlich ist bis heutigestages die Regel geblieben.

Die reine Kultivationsperiode, in der außer den eben genannten Produkten Orseille, Kopal, Elfenbein, Palmöl und Wachs ausgeführt wurden, kann man vielleicht bis 1881 rechnen. Trotz Fehlschlägen und Mißerfolgen hatte sich der Gedanke, aus Angola ein zweites Brasilien zu machen, als kein Hirngespinst erwiesen. Gerade an den Mißerfolgen lernte man, daß eine einsichtige Politik des Mutterlandes, Kapital und mit zähem Fleiße gepaarter Unternehmungsgeist für sein Gedeihen notwendig seien. Bis 1881 hatten wiederholte Bemühungen, Niederlassungen von Weißen in größerem

Digitized by Google

Stile zu gründen, keinen Erfolg gehabt. Wohl wurde 1840 Moſſamedes, 1845 Huilla gegründet, eine größere Einwanderung knüpfte ſich nicht daran. Das Land galt als ungeſund. Die Gründung von Humpata durch Buren brachte den Beweis für das Vorhandenſein weiter, geſunder Gebiete. Damit brach für Angola eine Uebergangszeit aus der Kultivationskolonie in die Siedlungskolonie an, eine Zeit, in der wir uns noch befinden; immer klarer wird in ihr das Ziel zukünftiger Koloniſatoren, hier eine von Natur reicher bedachte Fortſetzung Deutſch-Südweſtafrikas nach Norden hin zu ſchaffen[1]). Wir wollen dieſe Uebergangszeit etwas näher betrachten.

Die Handelsbewegung beträgt, wobei der Kongodiſtrikt nicht berückſichtigt iſt, für 1911 in Mark

Einfuhr	Ausfuhr
23 548 000	23 029 000

Die entſprechenden Durchſchnittszahlen für den Zeitraum von 1899 bis 1911 belaufen ſich auf

23 814 615	20 894 076

Es betrugen 1910 bis 1911 die

Einnahmen	Ausgaben	Defizit
9 284 000	12 684 000	3 400 000

und im Durchſchnitt von 1900 bis 1911

6 991 200	10 776 400	3 785 400

Angola iſt über einen gewiſſen, geringen Grad der Entwicklung nicht hinausgekommen, kann es nicht, weil das eine Ueberanſpannung der Leiſtungsfähigkeit Portugals bedeutete. **Ultra posse nemo obligatur.** Daher muß fremde Hilfe, Kapital, Energie, Unternehmertum anderer Kolonialmächte eingreifen. Dies kann nun mit Erfolg nur geſchehen, wenn die gegenwärtigen Zollſätze geändert werden. Bis 1892 kamen etwa 20 Prozent der Einfuhr aus Portugal, 80 Prozent aus dem Ausland, ſo daß bei einer Fortdauer des Zollſyſtems die portugieſiſche Einfuhr einfach von der überlegenen Konkurrenz erdrückt worden wäre. Portugal hatte die Wahl, entweder einen Teil ſeines Handels zu opfern und denjenigen Angolas erblühen zu laſſen oder ſeinen Handel gegen fremden Einbruch zu ſchützen und ſeine Vorzugsſtellung mit einer wirtſchaftlichen Stagnation ſeiner Kolonie zu erkaufen. Bekanntlich hat man ſich für das Zweite entſchieden, und ſeit 1892 beſteht ein Zollgeſetz, nach dem alle auf fremdem Kiel kommenden, fremden Waren den vollen Zoll zahlen, während portugieſiſche, auf portugieſiſchem Kiel kommende eine Begünſtigung von 90 Prozent, alle fremden, auf portugieſiſchem Kiel kommenden eine von 20 Prozent genießen. Der Kongodiſtrikt und Ambriz haben andere Tarife. Es kommen ſeit 1909 60 Prozent aller Waren aus Portugal, 16 Prozent aus England, 14 Prozent aus Deutſchland, 10 Prozent aus

[1]) Wer ſich über die wirtſchaftlichen Verhältniſſe Angolas näher orientieren will, wird, um nur nicht Portugieſiſch geſchriebene Werke zu nennen, vor allem zur Hand nehmen: Wirtſchaftliche Verhältniſſe in Angola, erſchienen in: „Berichte über Handel und Induſtrie", Bd. XX, Berlin, den 9. September 1913, Heft 3. Kurz abgefaßt ſind: Portugal. Report for the year 1912 on the Trade of the province of Angola. London 1913, ſowie die früheren Berichte über 1911 uſw. Flüſſig geſchrieben iſt Kapitel Angola in: „Le Portugal et ses colonies" par Angel Marvaud, Paris 1912. Hiſtoriſches Material liefern: Paul Darmſtaedter, Geſchichte der Aufteilung und Koloniſation Afrikas, ferner Alfred Zimmermann, Die europäiſchen Kolonien, 1. Bd., beide mit reichen Literaturangaben. Die „Bibliographie de l'Angola" par Paul Borchardt verſagt zwar oft, leiſtet aber wertvolle Dienſte. Die zahlreichen Arbeiten von Singelmann, Rohrbach und anderen dürften als bekannt vorausgeſetzt werden. Erwähnt ſei noch, daß ſich im Berichte des Reichsamts des Innern einige kleine geographiſche Unrichtigkeiten finden. Zu S. 50. Kubango-Kwito gehören nicht zum Sambeſiſyſtem. Zu S. 56. Die Ovakuanjama ſind kein Reitervolk, kennen keine Königinnen, ſondern Häuptlingsmütter und laſſen ſich ſchon deshalb nicht nach der deutſchen Grenze aushungern, weil ein Drittel ihres Stammes auf deutſchem Gebiet ſitzt.

Digitized by Google

anderen Ländern; Portugal liefert vorwiegend billige Baumwollartikel, Wein, Artikel für den täglichen Gebrauch, Konserven, Arzneistoffe, Pulver, England Baumwollstoffe und Jutewaren, Deutschland Eisenwaren, Kurzwaren, Baumwollstoffe, Bier, Zucker und anderes mehr.

Die hohen Differentialzölle sind die einzige Möglichkeit, das Land ganz dem portugiesischen Einflusse zu erhalten: deshalb ist das Interesse in den Kreisen der Industriellen und der Regierung an ihnen wohl verständlich. Als sich einst die Vereinigten Staaten wegen des eigennützigen Zollsystems des Mutterlandes von England losgerissen hatten, überschritt der englische Handel ein Jahr nach dem Frieden von Versailles bereits den von 1768 und erreichte nach 20 Jahren einen Wert von 12 Millionen Pfund. Ist hier die Abschaffung des Zollsystems Mutterland und Kolonie zum höchsten Segen geworden, so wäre heute ein ähnlicher Vorgang zwischen Portugal und Angola nur zum Vorteile der Kolonie; das Mutterland, englischen Kaufmannsgeistes bar, hätte, ein tragisches Geschick, den Verlust eines Absatzfeldes zu beklagen. Mit der Aufgabe der Differentialzölle, die z. B. der portugiesischen Dampfschiffahrtsgesellschaft Empreza Nacional ein Monopol sichern, schneidet sich Portugal selbst ein Glied ab, aber Angola wird wie nach schwerem Alpdrücken aufatmen.

Vor der Betrachtung des Exportes wollen wir eines Faktors gedenken, der für den Handel in früheren Jahrhunderten maßgebend war, der kräftigen Eingeborenenbevölkerung, die sich heute auf etwa 6 000 000 Bantuneger beläuft. Durch schlechte Behandlung und böses Beispiel sind die Eingeborenen, wo sie mit den Portugiesen in Berührung gekommen sind, vielfach verderbt und minderwertig gemacht worden, dem die Regierung durch Arbeitergesetze entgegenzuwirken sucht. Jedenfalls ist für alle zukünftigen Kulturarbeiten im Lande reichliches und gutes Menschenmaterial da, so daß ohne Besorgnis ein Teil nach außerhalb abgegeben werden kann. Die Gebiete, die heute Angolaleute aufnehmen, sind St. Thomé und Deutsch-Südwestafrika, das aus dem portugiesischen Ovamboland 1910/11 3360 Leute — heute sind es wahrscheinlich mehr — als Sachsengänger zählte.

Die Exportmöglichkeiten richten sich nach der geographischen Beschaffenheit des Landes. An die durch eine Reihe guter Häfen ausgezeichnete Küste schließt sich ein öder, vom Kunene bis nach Benguella namibartiger Streifen. Auf diesen folgt ein stufenweis ansteigendes Gebirgsland, dessen letzte, 1500—2000 m hohe Stufe den Rand eines Plateaus darstellt und in Südangola in die beiden Hauptketten des Schellagebirges und der Sierra Corvo d'Andrade zu zerfallen scheint. Das Hochland neigt sich, wie es der Lauf der Flüsse anzeigt, nach N und NO zum Kongotieflande, nach SO zu der wasserreichen nördlichen Kalahari, zieht sich dagegen nach O über das 1600—1700 m hohe Biheplateau und das 1400 m hohe Baschibokweplateau als südäquatoriale Wasserscheide, als schmaler Rücken zwischen Kongo- und Sambesisystem fort. Das Klima des Hochlandes ist infolge seiner großen Erhebung über den Meeresspiegel recht gesund und vielfach auch Europäern zuträglich. Das Vorhandensein vieler wasserreicher Ströme, die, den Abdachungen folgend, nach der Küste, dem Kongo und der Kalahari fließen, läßt die Bewässerung Angolas in einem weit günstigeren Lichte als die Deutsch-Südwestafrikas erscheinen. Die Vegetation, im Süden Buschsteppe und Trockenwald, setzt sich auf der Hochfläche als lichter Wald nach N fort und geht in den Gebieten mit tropischem Klima in die tropische Savannen- und Urwaldregion über.

Der wichtigste Ausfuhrartikel ist Wurzelkautschuk, der im Durchschnitt der letzten Jahre 70 Prozent der Gesamtausfuhr ausmachte. Die Ausfuhr betrug

	kg	Wert in Mark
1910	3 270 000	25 030 000
1911	2 538 000	12 385 000

Digitized by Google

Die Gummihausse von 1910 hatte die Eingeborenen verwöhnt, so daß sie 1911 hohe Preise verlangten, und nur 53 Prozent der Gesamtausfuhr auf Wurzelkautschuk fielen. Die Ausbeutung des an Wurzeln besonders reichen Hinterlandes liegt ganz in den Händen der Eingeborenen. Die starken Verzweigungen der Pflanze geben ihr große Lebenszähigkeit und machen die Raubwirtschaft sehr einträglich. Plantagengummi kommt in der nächsten Zeit zur Ausfuhr. Allein in Golungo Alto stehen 600 000 Bäume im Alter von zwei bis drei Jahren. Manihot wird allgemein bevorzugt. Für 1912/13 wurde mit 4000 kg, für die weiteren Jahre mit 10 000 kg gerechnet. Dieser Hoffnung wird die eingebrochene Krise einen Strich durch die Rechnung machen. Das einzige Mittel, das etwas helfen kann, ist Ermäßigung der hohen Fracht, die sich z. B. von Huambo bis Lobitobay auf rund 25 Pfennig pro kg beläuft; es wird aber nicht hindern, daß die junge Kautschukplantagenwirtschaft einen schweren Schlag erleiden und die Enttäuschung der Eingeborenen zu Unruhen im Innern führen wird. Die Krise wird ein schweres Jahr über Angola bringen.

Kaffee, der 12 Prozent der Gesamtausfuhr ausmacht, wächst wild in verschiedenen Qualitäten im ganzen Hinterlande, besonders dem von Loanda. 1911 wurden 4 445 000 kg im Werte von 4 091 000 Mark ausgeführt. Auf Wachs (1911 733 000 kg für 170 200 Mark) entfallen 7 Prozent der Gesamtausfuhr.

Die Baumwolle hatte früher eine ganz andere Bedeutung als jetzt; 1903 betrug der Ausfuhrwert nur 14 000 Mark. Durch die Manöver der nordamerikanischen Trusts sah sich die Regierung genötigt, diesem Artikel erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Führt doch Portugal für seine Industrie jährlich 180—200 Millionen Kilogramm aus Amerika ein. Baumwollkulturen befinden sich heute in Loanda, Benguella und Mossamedes, und es wurden ausgeführt

	kg	Wert in Mark
1910	144 000	218 000
1911	123 000	175 000

Obwohl die Regierung Interessenten in jeder Weise unterstützt, steckt die Kultur noch ganz in den Kinderschuhen, weil es an Kenntnis der Kultur und der Bekämpfung der Krankheiten sowie an einer vollwertigen Pflanze fehlt. Indessen ist nach fachmännischem Urteil vorzüglicher Boden in Menge vorhanden, z. B. im ganzen Distrikt von Benguella bis Port Alexandre. Die Companhia da Mossamedes hat erst 800 ha unter Kultur und beabsichtigt größere Anlagen. Wie geeignet der Boden im Innern ist, wissen wir aus den erfolgreichen Versuchen der Missionare in Ovamboland. Am 5. Oktober 1913 sind 60 000 kg aus Mossamedes nach Hamburg verladen worden, wo die Qualität Beachtung fand und gute Preise erzielt wurden. Der Anbau von Zuckerrohr hatte früher für die Herstellung des als Tauschmittel wichtigen Schnapses großen Umfang. Die Herstellung wurde durch planvolles Vorgehen der Regierung allmählich verteuert und 1911 verboten. So mußte die Alkoholindustrie, soweit man auf den Rohranbau nicht überhaupt verzichtete, in eine Zuckerindustrie verwandelt werden. In den Distrikten von Loanda, Benguella und Mossamedes bestehen heute Plantagen nebst Fabriken, die mit einem Gewinn von 320—360 Mark pro Tonne arbeiten. Das lohnende Geschäft ist merkwürdigerweise wenig entwickelt — 1909: 1 352 000 kg für 489 000 Mark — hat aber bereits 1913 den Export versiebenfacht, da mit 9 000 000 kg gerechnet wird. Hier liegt ein Großwert der Kolonie. Der Schnaps wird in steigendem Maße durch Wein aus Portugal ersetzt; 1911 wurden im Lande 4 141 720 l konsumiert.

Hinsichtlich der übrigen Exportartikel ließen sich bis vor kurzem noch für getrocknete Fische 4,5 Prozent der Gesamtausfuhr, für alles andere 6,5 Prozent berechnen. Hierbei sind Zucker und Baumwolle mit einbegriffen, müssen aber fortan als Großwerte selbständig angeführt werden. Einen künftigen Großwert stellen auch die Fische dar, die aus Mossamedes kommen. Dieser Hafen liefert den Beweis, wie

Digitized by Google

lohnend ein nur lau betriebener Fischfang an der südwestafrikanischen Küste ist. Vieh, Elfenbein, Palmkerne, Häute und Felle werden trotz großer Entwicklungsmöglichkeiten das Wirtschaftsleben in den nächsten Jahren nicht wesentlich beeinflussen. Der Walfang blüht zwar, doch scheint sich die Zahl der Tiere — 3000 hofft man in diesem Jahre zu fangen — zu vermindern.

Die kaum begonnene Besiedlung nimmt unser größtes Interesse in Anspruch. Die reine weiße Bevölkerung Angolas dürfte 9000 Köpfe wenig übersteigen. Siedlungszentren werden die über 1300 m hohen Flächen bei Malange, Benguella und Mossamedes bilden. Hier stehen zur Verfügung nach Rohrbach 7 500 000 ha, nach Portugiesen 7 786 000 ha, wovon in der Nähe der Eisenbahn 3 108 000 ha liegen.

Alle Arten von Zerealien, vornehmlich Mais und Weizen, und Gemüse lassen sich anbauen. Es bleibt die Frage zu beantworten: Woher sollen Siedler kommen? Trotz der jährlich 80 000 Köpfe betragenden Auswanderung scheint Angola für Portugiesen wenig Anziehungskraft zu besitzen, und von dem Gedanken, Israeliten aufzunehmen, ist man abgekommen. Also kann die Ansiedlerfrage von Portugal nicht gelöst werden.

Drei Eisenbahnen schaffen die Landesprodukte nach dem Meere: die Loanda-Malange-Bahn (z. T. Regierungsbahn), die, nach Osten fortgeführt, tief in das Herz des Kongostaates stößt, die Lobitobahn (in englischen Händen), die, auf der südäquatorialen Wasserscheide fortgeführt, Anschluß an die Kap-Kairo-Bahn erhält, und die Mossamedesbahn (Regierungsbahn), für die Erschließung des fruchtbaren Südangola bestimmt. Der nordsüdlichen Aufeinanderfolge der natürlichen Landschaften Kongobecken, Wasserscheide und Kalahari entspricht die untereinander parallele, westöstliche Anordnung der Schienenstränge. Das ganze mittlere Afrika, soweit es westlich der Kap-Kairo-Bahn liegt, wird wahrscheinlich der Hauptsache nach an diese drei Stränge wirtschaftlich angeschlossen werden.

Die Entwicklungsmöglichkeiten des 1 255 700 qkm großen Landes sind ungeheuer. Wer Angola besitzt, sitzt wie ein Reiter auf der südäquatorialen Wasserscheide, greift mit der rechten Hand in das Kongobecken, mit der linken in das nordwestliche Südafrika und wirft einen Strom von Erzeugnissen aus der Kolonie und den umliegenden Ländern an die von ihm beherrschte Küste. Bewahrheitet es sich, daß England unserer wirtschaftlichen Ausdehnung keine Schwierigkeiten macht und die Zolltarife geändert werden, darf der deutsche Kaufmann mit dem Rüstzeug langjähriger Erfahrung vorangehen. Die Umsätze deutscher Häuser betragen etwa 3—4 Millionen Mark in deutscher, etwas mehr in englischer Ware; nur dem Werte, nicht der Menge nach, wird Deutschland von England überflügelt. Gegen seinen Rivalen hat der deutsche Kaufmann, der mehr Kredit gibt, über bessere Sprachkenntnis und Anpassungsfähigkeit verfügt, ein entschiedenes Prä.

Lehrreich ist die Entwicklung des Schiffsverkehrs.

Im Jahre 1911 betrug die Tonnage in

	Loanda	Ambriz	Benguella	Lobito	Mossamedes
Britische Flagge	42 270	—	—	58 032	3 594
Deutsche Flagge	31 221	15 010	34 116	13 710	29 427

Im Jahre 1912

	Loanda	Ambriz	Benguella	Lobito	Mossamedes
Britische Flagge	15 400	—	776	82 057	1 991
Deutsche Flagge	39 679	12 007	37 149	2 984	45 139

Danach gewinnt der Deutsche überall bis auf Lobito, was aus den englischen Kapitalanlagen im Hinterlande Benguellas verständlich ist. Erfreulich ist unsere Beteiligung am Schiffsverkehr von Mossamedes, die in Tonnage 1911 ein Viertel, 1912 die Hälfte des auf seiner Höhe künstlich balancierten portugiesischen Anteils ausmachte. Eine weitere günstige Entwicklung verspricht der Entschluß der Deutschen Ostafrika-

Digitized by Google

Linie, bei der östlichen und westlichen Rundfahrt um Afrika Lobito und Mossamedes regelmäßig anzulaufen. Unser zukünftiges Programm für Angola wird obenan in fetten Lettern die Worte führen: Deutsches Kapital her. Wir müssen, um auf der ganzen Linie siegreich vorrücken zu können, den Kapitalanlagen der Engländer in der Lobitobahn und dem Benguellalichtwerk sowie demjenigen der Franzosen in der Companhia de Mossamedes etwas Gleichwertiges oder Ueberlegenes entgegensetzen, um unseren Namen der wirtschaftlichen Vormacht in Angola mit Recht zu führen und allen Einwänden von Unfähigkeit und lauer Kolonisationstätigkeit die Waffe zu entwinden. Die Kulturaufgaben sind: Ausdehnung der Plantagenwirtschaft auf allen Zweigen, Ausbau des Eisenbahnnetzes, Lösung der Besiedlungsfrage und Hebung der reichen mineralischen Schätze. Auch die Wissenschaft hat ein großes Interesse an der Entwicklung Angolas; noch haben wenige Naturforscher diesen lange vernachlässigten Boden betreten.

Zum Schluß noch ein Wort über die bedeutungsvolle Lage des uns neu bescherten Wirtschaftsgebietes zu unseren Kolonien. Da der Deutsche in Afrika südlich des Sudan so glücklich ist, außer dem Engländer keinen ernsthaften Konkurrenten auf dem Plan zu sehn — man denke zum Vergleiche an das nervöse, mühsame Ringen so vieler Nebenbuhler auf dem ostasiatischen Schauplatze — tut sich vor dem in die Zukunft blickenden Auge ein einheitliches deutsches Wirtschaftsgebiet vom Oranje bis zum Croß River, von Südwest bis Kamerun auf. Unser Drängen nach Süden von Kamerun aus, dessen Entwicklung noch nicht zum Abschluß gekommen ist, gewinnt erst mit einem nordwärts gerichteten Vordringen von Südwest aus Sinn und Wert, nicht zum wenigsten deswegen, weil so Südwest der immerhin möglichen Gefahr eines Anschlusses an die südafrikanische Union entrinnt und mit einem anderen nicht minder mächtigen Wirtschaftsbereich — Kamerun, Südwest, Angola und Munigebiet haben zusammen eine Größe von 2 862 000 qkm, das ist rund fünfmal so groß als Deutschland — verschmilzt.

Außer der Errichtung dieses Wirtschaftsreiches mit einer langen, hafenreichen Küste erreichen wir von einer dritten Seite her den Anschluß an das große Handelsbecken des Kongostaates. Erwarb uns einerseits das Marokkoabkommen den Zugang zu Kongo und Ubangi, und hoffen wir andererseits, durch die ostafrikanische Mittellandbahn einen Teil der Landschaften westlich des Tanganjikasees in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen, so scheint uns nun durch das deutsch-englische Abkommen die Katangaprovinz als Einflußsphäre zuzufallen. Verlassen wir aber diesen etwas unsicheren Boden. Freuen wir uns, daß Deutschland, das bei der politischen Aufteilung Afrikas planlos und zaghaft vorging und unzusammenhängende Stücke erwarb, es verstanden hat, bei der wirtschaftlichen Aufteilung dieses Wenige zum Ausgangspunkte einer machtvollen, großzügigen Expansion zu machen.

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 3 | März 1914 | 16. Jahrgang

Kulturhemmnisse, Islam und Mission in Ostafrika.

Von Dr. F. O. Karstedt.

In den letzten Jahren bricht sich mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Frage des Islam doch mehr ist als eine bloß die Missionen tangierende Angelegenheit. Seit Becker auf dem Kolonialkongreß im Jahre 1910 wohl als erster Nichttheologe seine Postulate aufstellte, ist die Erkenntnis von der Bedeutung des Islam für die materielle und geistige Kultur der Zukunft unserer ostafrikanischen Kolonie in immer weitere Kreise gedrungen, und die bisherige, notgedrungen einseitige Auffassung von Wesen und Bedeutung des Islam hat einer objektiveren Platz gemacht. Der Diskussion ist dieser Wandel ebenso wie dem missionarischen Gedanken zugute gekommen.

Wie liegen nun die Verhältnisse in Bezug auf den Islam in der Kolonie? Bekanntlich war Ostafrika lange vor der europäischen Besitzergreifung bereits arabisch-islamitisches Kolonialgebiet. Tausende von Arabern waren im Laufe der Jahrhunderte ins Land gekommen und hatten das Geistesleben der Eingeborenen zum mindesten stark mit islamitischen Anschauungen durchsetzt. Einzelne Eingeborene waren nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich Islamiten geworden, die Mehrzahl aber hatte vom Islam nur so viel angenommen, als ihr gut schien, um dadurch auf eine soziale Stufe mit dem blindlings als etwas Höheres erkannten Araber zu gelangen. Das soziale Element, der Drang nach oben war es, der Tausende von Eingeborene dem Islam in die Arme getrieben hat und sie wenigstens äußerlich hat etwas vom Islam erfassen lassen. Heute unterscheidet die große Masse in den kultivierten Gebieten nur noch zwischen washenzi, unkultivierten Bauern, und waislamu oder watu wa mrima. Was nicht islamu ist, ist in deren Augen misera plebs, ist etwas, mit dem man als höher Stehender zwar verkehren kann, in dem man aber immer das Inferiore sieht. Also sozialer Kastengeist.

Mit dem wachsenden Verkehr ist dieser Dualismus in Gebiete getragen worden, in denen man noch bis vor wenigen Jahren nichts vom Islam wußte. Auch wenn hier schon christliche Missionen arbeiteten, haben sie die Entwicklung in dieser Richtung nicht aufhalten können.

Heute kann man sämtliche Bewohner der Küste und des nahen Hinterlandes, ferner die Majorität der Anwohner der großen Karawanenstraßen und die Bevölkerung der Verkehrszentren wie Tabora, Ujiji, Muanza usw. als islamisiert ansehen, wenn anders man den religiösen Begriff Islamit überhaupt zum Kriterium eines sozialen Höhenunterschiedes stempeln will. Denn,

Digitized by Google

um es hervorzuheben: Die Mehrzahl der sogenannten Islamiten unterscheidet sich nach Geistesleben und Führung in nichts von den Nichtmohammedanern. Vielleicht nur einige neue Aberglauben hat der neugebackene Moslem von seinem Mwalim, seinem Religionslehrer, zu den alten hinzugelernt. Auf eine höhere ethische und moralische Stufe ist von unseren Negerislamiten niemand durch die Konvertierung gelangt. Ich möchte allerdings dabei hervorheben, daß die in den letzten amtlichen Denkschriften gegebenen Zahlen über die im Schutzgebiet lebenden Mohammedaner mir etwas allzu optimistisch vorkommen.

Freilich scheint ja auch das Christentum in der Richtung einer nicht nur äußerlichen Missionierung bisher keine Dauererfolge zu erzielen. Ständig haben die Missionen Klage darüber zu führen, daß ihnen ihre Leute sofort aus der Hand entgleiten, wenn sie die Zucht und die Disziplin der Missionsstation nicht mehr über sich fühlen. Hierin scheint nur eine Bestätigung der Tatsache zu liegen, daß dem Neger gegenüber nur dann auf einen Erfolg zu rechnen ist, wenn die geeignete Persönlichkeit das Erziehungsmaterial ständig unter Kontrolle behält. Sich allein überlassen, fällt der Neger fast ausnahmslos immer wieder in die gewohnte Indifferenz zurück. Die Erfahrung haben auch die Schulen wiederholt machen müssen, wenn sie farbige Lehrkräfte, die unter Aufsicht Glänzendes geleistet hatten, sich selbst zu überlassen gezwungen waren. Der Neger ist kein Perpetuum mobile; wird er nicht immer wieder geschoben, bleibt er stehen und geht rückwärts.

Bekanntlich schiebt die Mission die Hauptschuld für ihr langsames Vordringen und ihre zeitweise direkt entmutigenden Mißerfolge und Rückschläge neben der Sprödigkeit des Materials auf die Propaganda des Islam. Wenn einer der letzten Jahresberichte die Gesamtzahl der getauften Christen auf rund 66 000 angibt, dann ist zuzugeben, daß dieser Erfolg rein zahlenmäßig nichts im Vergleich zu dem bedeutet, auf den der Islam zurückblicken kann. Aber dieses zahlenmäßige Abwägen trifft den Kern der Sache ja überhaupt nicht. Der Islam arbeitet seit einem Jahrtausend, die Mission seit noch nicht 50 Jahren. Aus innerlicher Ueberzeugung werden wenige Neger Mohammedaner, während bei der Konvertierung zum Christentum doch soziale Rücksichten keine Rolle spielen. Christentum und Islam lassen sich als geistige Bewegungen in Ostafrika überhaupt nicht in eine arithmetische Relation bringen, weil die Grundlagen für beide zu verschiedener Natur sind. Ich kann es deshalb auch nicht als richtig ansehen, wenn von Missionsseite gelegentlich berichtet wird, der Mohammedanismus sei in bisher noch unberührt gewesene Landschaft vorgedrungen. Was heißt denn das? Doch nichts weiter, als daß einzelne Küstenhändler oder Araber in das Gebiet gekommen sind und sich für ihre Bedürfnisse vielleicht eine Moschee errichtet haben. Das ist doch nicht zu vergleichen etwa mit dem gewollten Vordringen des Christentums durch Einrichtung einer neuen Mission und aktive Propaganda. Der ostafrikanische Islam ist nicht aktiv propagandistisch veranlagt, hat mit dem noch immer

Digitized by Google

in den Köpfen spukenden, mit Feuer und Schwert missionierenden Islam nichts als den Namen gemeinsam. Er hat sich bisher noch nicht einmal als christenfeindlich bewiesen. Zur Zeit des Araberaufstandes wäre es den Aufständischen ein Leichtes gewesen, die exponierten Missionen sämtlich fortzufegen. Und bereits vor der deutschen und englischen Besitzergreifung, als noch keine Macht die Missionen schützen konnte, haben christliche Missionen unangefochten an der Küste, ebenso wie tief im Innern, wirken können, ohne daß ihnen seitens des Arabertums ein Hindernis in den Weg gelegt worden wäre, was ihm bei der Vormachtstellung, die es einnahm, doch wirklich eine Kleinigkeit gewesen wäre. Ich will daran erinnern, daß zu dieser Zeit der Sultan von Sansibar Missionare wie zum Beispiel Dr. Krapf und Pater Horner direkt aktiv in ihren Bestrebungen unterstützt hat. Das alles spricht doch sehr gegen den behaupteten christenfeindlichen Charakter des ostafrikanischen Islam. In neuerer Zeit haben wir es anderseits doch erlebt, daß Mohammedaner, sogar orthodoxe Islamiten, die Verwaltung gegen ihre eigenen Glaubensbrüder unterstützt haben.

Nirgends ist der Islam politisch tätig geworden. Wenn zeitweilig auch Islamiten gegen uns gefochten haben, so beweist das nichts für die behauptete politische Gefahr des Islam, ebensowenig wie die Teilnahme von Christen am Feldzug gegen die Deutschen in Südwestafrika etwas gegen den Wert einer christlichen Missionierung beweist. Die einen kämpften nicht, weil sie Mohammedaner waren, ebensowenig wie die anderen sich vom Aufstand abhalten ließen, weil sie Christen waren. Nicht religiöse Momente gaben den Ausschlag, sondern sozial-kulturelle. Wenn man will: Magenfragen.

Das gesamte Negertum, auch außerhalb Ostafrikas, scheint überhaupt nicht imstande zu sein, sich so mit religiösen Forderungen zu identifizieren, daß es darüber alle anderen Erwägungen vergißt. Diese Beobachtung ist von Emin Pascha nach mündlichen Mitteilungen eines seiner ostafrikanischen Bekannten in dem sonst gelegentlich als fanatisch verschrieenen Sudan gemacht worden, und Westermann hat sie neuerdings für den West- und Zentralsudan bestätigt. Und was für den Neger gilt, das gilt für Ostafrika in großem Maße auch für die Hauptträger des Islam, die Araber. Bekanntlich sind diese in der Hauptsache, wenigstens soweit es die Maskataraber betrifft, Ibaditen. Wenn sie wirklich die Fanatiker waren, als die sie gelegentlich hingestellt werden, weshalb ordneten sie dann ihre religiösen Gefühle den politisch-sozialen unter, indem sie ihre Sklaven nicht Ibaditen, sondern Schafeiten werden ließen? Es scheint beinahe so, als ob der geistige Indifferentismus der Neger im Laufe der Jahrhunderte auch auf die Araber abgefärbt hätte; wenigstens habe ich in ganz Ostafrika nicht einen Araber gefunden, auf den man den Begriff Fanatismus und Unduldsamkeit anwenden konnte. Im Gegenteil: Akiden und Walis, also Araber, die in ihren Kreisen sicherlich als fromm und religiös über allem Zweifel erhaben galten, fühlten sich veranlaßt, Meldung zu erstatten, wenn irgendein zugereister arabischer Strolch seine Gebetübungen besonders osten-

Digitized by Google

tativ gestaltete oder sonst irgendeine religiöse Harmlosigkeit beging, die, weil ungewohnt, auffiel. So waren es auch Mohammedaner, die die Mekkabriefaffäre aufdeckten, und die 1908 den Antrag auf Beseitigung des arabischen Hetzers Sahor bin Mohammed bei der Behörde in Tabora stellten. Ich habe immer den Eindruck gehabt, als ob der ostafrikanische Islam im Großen überhaupt den geistlichen und geistigen Konner mit der übrigen islamitischen Welt verloren hat, als wenn er seine eigenen Wege einzuschlagen scheint, die allmählich der Verflachung und Verwässerung entgegenführen. Auf der schiitischen Seite des Islam haben wir in diesen Jahren etwas Aehnliches erlebt, wo die Ismaili mehr und mehr aus der mohammedanischen Religionswelt herauszugleiten beginnen und die Bewegung in die Gründung einer neuen Religionsgemeinschaft theokratischen Charakters auszulaufen scheint. (Vgl. die von mir in dem Jahrgang 1913 der „Zeitschrift für Kolonialrecht" gegebene Darstellung.)

An dem Bestehen der Verflachung des ostafrikanischen Islam ändert meines Erachtens auch die Tatsache nichts, daß es immer einzelne kluge Köpfe gibt, deren philosophisches und religiöses Wissen über den Horizont ihrer Landsleute hinausgeht. Klamroth und Becker führen einige treffende Beispiele dafür an; aber das sind immer Ausnahmen gewesen, und vor allem ist auch nicht bekannt, daß selbst diese ihr höheres Wissen in den Dienst einer aktiven Gegenagitation gegen das Christentum, oder konkreter ausgedrückt: gegen die Missionen gestellt haben. Sie hätten, wenn sie aktiv missioniert hätten, nur ein ihnen zustehendes Recht ausgeübt; aber sie haben es nicht getan. Und wenn tatsächlich in einigen Fällen farbige mohammedanische Beamte direkte Ungehörigkeiten gegen Missionsschulen begangen haben, so hatte das mit Religion und Feindschaft gegen das Christentum nichts zu tun. Derselbe übereifrige Akide, von dem Klamroth erzählt, der heute eine Missionsschule niederreißt, weil er einen Befehl nur halb oder falsch verstanden hat, würde morgen, wenn er einen diesbezüglichen Befehl erhielte, mit demselben Eifer seine Leute zur Mission treiben, um sie taufen zu lassen.

Ich möchte hierzu noch ein Beispiel anführen. In Daressalam unterhält die Benediktinermission ein Internat für verwahrloste Kinder und Waisen, dem auch seitens der Verwaltung die Kinder übergeben werden, bei denen die Gefahr der Verwahrlosung vorliegt. Mir sind nicht nur aus nichtislamitischen Kreisen, sondern auch von Mohammedanern, Arabern, Kinder gebracht worden mit der Bitte, ihre Aufnahme bei der Mission zu veranlassen. Und das sollten die Leute tun, wenn sie die Mission als Feind, als Seelenverderberin betrachten?

Die Kritik mag mir einwerfen: Das ist Heuchelei! Die Leute wollten sich bei der Verwaltung lieb Kind machen. Gewiß, in die Psyche des Orientalen einzudringen, ist keine Kleinigkeit, und besonders schwer vielleicht dem Beamten, vor dem zu katzbuckeln dem Araber immer vorteilhaft erscheinen mag. Aber solange nicht der Beweis erbracht ist, daß meine Auffassung falsch

Digitized by Google

ist, bestreite ich die Möglichkeit, daß das loyale Verhalten der Araber seit dreißig Jahren nichts als eine Kette der Heuchelei gewesen sei.

Von Missionsseite wird weiter häufig auf den passiven Widerstand und die Unfreundlichkeit der Eingeborenen hingewiesen, unter der sie auch von nichtislamitischer Seite da zu leiden hätten, wo bereits mohammedanische Einflüsse sich geltend gemacht haben. Das Argument wäre freilich symptomatisch, wenn nicht andere Kreise dieselbe Klage zu führen hätten. Der Pflanzer, der Ansiedler, sie alle haben immer wieder Grund zur Klage über die Eingeborenen, wenn sie etwas von ihnen verlangen, gleich, ob sie in einer mohammedanisierten oder nichtmohammedanisierten Gegend leben. Wenn sich heute zum Beispiel eine Mission in dem unerschlossenen Uha niederläßt, dann wird sie im Anfang sicher keinen Grund zur Klage haben. Das Entgegenkommen der Eingeborenen wird aber einen wesentlichen Dämpfer empfangen, sobald mit dem Hereinziehen anderer Volkselemente die Ansprüche, und nicht nur die materieller Natur, an die Eingesessenen zur Dauerinstitution und damit neue Reibungsflächen geschaffen werden. Den Eingeborenen soll man nur nicht für töricht halten! Was ihn bestimmt, sich möglichst vor allen Leistungen für Fremde, Europäer und Farbige, zu drücken, ist die Furcht vor matata, vor Ungelegenheiten und ihren Konsequenzen. Weshalb reißen denn in so manchen Gegenden die Eingeborenen noch immer aus, sobald sich eine Europäerkarawane zeigt?

Freilich glaube ich auch, daß die Missionen an dem mangelnden Entgegenkommen weiter Eingeborenenkreise zum Teil selbst Schuld tragen. Wenn man zum Beispiel gesehen hat, wie englische Missionarinnen auf dem Bahnhof vor den Augen aller Farbigen schwarze Weiber abküssen, dann ist es wohl verständlich, daß ein derartiges Verhalten dem an Unterordnung gewöhnten Eingeborenen Zweifel am Europäertum einer so handelnden Institution erwecken muß. Auch wenn man von derartigen, Gott sei dank die Ausnahme bildenden Verstößen gegen die einfachsten Forderungen des Rassenstolzes absieht, bleibt immer noch genug übrig, was die Eingeborenen an dem Vorgehen der Missionen frappieren muß. Der Altruismus, der die christliche Mission nun einmal leiten muß, kann von dem Neger ohne weiteres nicht verstanden werden. Eine Wohltat, die ihm unentgeltlich erwiesen wird, ist in seinen Augen nur zu häufig ein Zeichen der Schwäche des Gebenden. „Ich kenne das Glück des Nehmenden nicht, und oft träumte mir davon, daß Stehlen noch seliger sein müsse als Nehmen." So denkt er auch ohne Zarathustra.

Dadurch, daß die Mission es abgelehnt hat, sich in ihrer Propaganda durch Opportunitätsgründe beeinflussen zu lassen, hat sie dem Islam ein Uebergewicht verschafft, das sich je länger um so deutlicher bemerkbar macht. Der ostafrikanische Islam ist groß geworden durch seine Anschmiegsamkeit an das bereits Vorhandene. Im Neger liegt latent ein Drang zu irgendeiner Betätigung seines metaphysischen Bedürfnisses, und wenn sich dieses auch nur in einem naiven Glauben an ein gelegentlich in Erscheinung tretendes höheres Wesen oder in der Pflege eines kindlichen Kults der Geister der Verstorbenen,

Digitized by Google

wie bei den Wanyamwesi, äußert. Tritt da der Träger einer Anschauung in Erscheinung, die zugleich ihm die Möglichkeit gibt, sozial die nach seiner Meinung höhere Stufe der Küstenleute zu erreichen, dann ist die Konvertierung bereits auf gutem Wege. Auf der anderen Seite möchte er vielleicht ganz gern zu der Mission in nähere Verbindung treten, kann es aber nicht, da diese von ihm eine Reihe von Entsagungen verlangt, wie die Vielweiberei, die nächtlichen Tanzvergnügungen usw. Darauf will er aber nicht verzichten, und so schließt er sich dem Mwalim an, in dessen Klientel er einen gewissen Nimbus erwirbt.

Ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Nicht Vorwürfe sollen der Mission gemacht werden, sondern es sollen nur Tatsachen konstatiert sein. Niemand aus Laienkreisen kann mehr den Segen schätzen, den zahllose aufopferungsfähige Männer und Frauen im Missionswesen geleistet haben, als ich es tue. Das Ruhmesmal, das sich Männer wie Bischof Gerboin von den Weißen Vätern, Etienne Bauer von den Schwarzen Vätern und andere gesetzt haben, bleibt bestehen, auch wenn die Namen der kleinlichen Krittler und Nörgler längst verweht sind. Die landesübliche Kritik an den Missionen ist mir immer als etwas unsagbar Dummes vorgekommen. Die Urteile, die flüchtig das Schutzgebiet passierende Reisende in ihren Feuilletons über die Mission abgeben, können naturgemäß einen Wert nicht beanspruchen. Leider aber feiert der koloniale Dilettantismus gerade in Bezug auf die Missionen wahre Orgien; weil Hunderttausende von Mark ausgegeben und nur wenige Eingeborene zu Christen bekehrt sind, glaubt man daheim die Missionsarbeit in Bausch und Bogen verurteilen zu dürfen. Das ist dieselbe törichte Anschauung, wie die, die Eugen Richter seinerzeit unter dem Beifall der Ueberklugen vertreten konnte, als er sagte: „In Ostafrika kostet uns jeder Weiße zehntausend Mark. Holen wir sämtliche Europäer nach Deutschland und geben ihnen jährlich ein Geschenk von 5000 Mark, dann ersparen wir noch immer die Hälfte!" Abderitengeist!

In tropischen Kolonien trägt jede Arbeit, mag sie noch so unbedeutend erscheinen, früher oder später einmal ihre Früchte, und besonders hat das für die Missionen zu gelten. Wenn heute große Erfolge auf geistigem Gebiet noch nicht erzielt sind, dann kann das schon aus dem Grunde nicht wundernehmen, weil kein Mensch erwarten kann, daß in einigen Jahrzehnten die Arbeit geschaffen werden soll, für die ebenso viele Jahrhunderte vielleicht gerade ausreichen. Das Negertum, das Jahrtausende in Stumpfheit und Dumpfheit befangen war, reißt man nicht in wenigen Jahren aus seinem Sumpf heraus. Wir brauchen nicht nach Afrika zu gehen, um zu konstatieren, wie schwer der Kampf gegen Barbarei und Dummheit durchzuführen ist.

In den weiten Gebieten Ostafrikas wirkt heute schon jede der in großen Zwischenräumen über das Land verstreuten Europäerniederlassungen kulturfördernd, mag es sich um die Niederlassung der Verwaltung, der Mission, eines Pflanzers oder eines Kaufmanns handeln. Von jeder geht eine Summe von

Digitized by Google

Anregungen auf die Eingeborenen, eine Fülle von Erziehung auf die Umwohner aus, und mag das alles nicht immer gleich Früchte tragen, mag es häufig sogar zurückgewiesen werden, auf die Dauer bleibt der Erfolg doch gesichert, und wenn er noch so klein ist. Man muß es gesehen haben, wie in der Nähe von Missionen oder Pflanzungen der ganze Habitus der Eingeborenen ein anderer wird, um den Vorteil einschätzen zu können, den diese Durchsetzung des Landes für die Kultur hat. Mag an manchem, was in der Nähe von Missionsstationen zu beobachten ist, auch allerlei zu kritisieren sein, so hat doch das nichts zu tun mit dem großen Guten, was anderseits besonders von ihnen geleistet wird.

Aber um auf das Verhältnis der Missionen zum Islam zurückzukommen! Man hat besonders früher häufiger versucht, die Staatsautorität zu veranlassen, ihr Gewicht zugunsten des missionarischen Gedankens in die Wagschale zu werfen. Zunächst: hat der Staat oder, konkreter ausgedrückt, die Verwaltung ein Interesse daran, den bisherigen Zustand zu verschieben, um für das gewisse Sichere etwas Ungewisses einzutauschen? Liegt es in ihrem Interesse, überhaupt den Eingeborenen gegenüber sich religiös zu dokumentieren?

Wenn wir rein politisch diese Fragen beantworten wollen, dann kann die Antwort nur nein lauten. Ich habe oben gesagt, daß die ganze Geschichte des Schutzgebiets uns kein Beispiel dafür bietet, daß jemals eine offensichtliche religiöse Reaktion gegen das Europäertum seitens des Islam sich gezeigt hat. Was gelegentlich dafür ausgegeben ist, war politische Charlatanerie, die versuchte, unter religiösem Deckmantel ihre Ziele zu erreichen. Nun glaube ich zwar nicht, daß eine Einschränkung der bisher offiziell geübten Toleranz gleich das ganze Schutzgebiet in Flammen setzen würde. Dafür sind auch unsere mohammedanischen Untertanen viel zu indolent, dafür ist ihre geistige Epidermis zu robust. Aber das glaube ich allerdings, daß ein solcher Bruch mit der bisherigen Tradition wie ein zündender Funke in das mohammedanische Ausland einschlagen würde. Der Orient ist das Gebiet der Legendenbildung — und ein derartiger Schritt würde von den fanatischen Mohammedanern im Mittelmeergebiet usw. wie ein Peitschenhieb, der ihnen allen versetzt wäre, empfunden werden, ganz abgesehen davon, daß die europäische Konkurrenz damit in allen mohammedanischen Gebieten ein Kampfmittel in die Hand bekommen würde, dessen Wirkung unsere deutsche Wirtschaft bald verspüren würde.

Als 1909 die jungtürkische Revolution dem Regime Abdul Hamids ein Ende bereitet, fragte mich in Tabora mit Anspielung auf den Besuch des deutschen Kaisers in Konstantinopel ein Araber: „Warum hat denn der Kaiser die Vertreibung des Sultans gelitten? Er war doch sein Freund."

Wenn so schon weltpolitische Gründe gegen einen Frontwechsel in der kolonialen Islampolitik sprechen, so bleibt noch ein Umstand rechtlicher Natur übrig, der vielleicht noch wichtiger ist. Ich meine die Kongoakte vom Jahre 1885. Artikel 6 in ihnen besagt unter anderem: Gewissensfreiheit und religiöse

Digitized by Google

Duldung werden sowohl den Eingeborenen wie den Landesangehörigen und Fremden ausdrücklich gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung aller Kulte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und die Einrichtung von Missionen, welcher Art Kultus dieselben angehören mögen, sollen keinerlei Beschränkung noch Hinderung unterliegen. Hier ist also rechtlich bereits dem Willen eine Schranke gezogen.

Sollte wirklich jemals Neigung bestehen, diese Vertragsbestimmung zu umgehen oder zu brechen, dann kann man sicher sein, daß der gesamten islamischen Welt dieser Akt von ihren Führern als ein symptomatischer Wort- und Treubruch dargestellt würde, der einen Freibrief für entsprechende Behandlung anderer Fragen involviert. Auch wenn man zugibt, daß das bürgerliche Recht nicht zur Grundlage der Politik gemacht werden kann, dann sei doch nicht vergessen, daß im Verkehr mit niederen Rassen und Völkern der Glaube an die unerschütterliche Wort- und Treuhaltung sowohl des einzelnen Europäers als auch der Verwaltung der Grundsatz aller Politik bleiben muß.

Mit dieser Toleranzfrage hängt eng der Widerstand gegen die Religionsunterrichterteilung in den Regierungsschulen zusammen. Wie bekannt, umfaßt der Lehrplan der Regierungsschulen keinen Religionsunterricht. Den Schulbesuchern ist in dieser Richtung freie Hand für die Belehrung außerhalb der Schule belassen. Wir haben überdies in Deutsch-Ostafrika bisher keinen Schulzwang. Es liegt vollkommen im freien Willen der Eltern, ihre Kinder in die Regierungsschulen, die Koran- oder Missionsschulen zu schicken oder ihnen überhaupt keinen Unterricht zuteil werden zu lassen. Bisher nun haben die Regierungsschulen nicht über einen zu großen freiwilligen Andrang zu klagen. Der Widerstand oder vielleicht auch nur die Gleichgültigkeit gegen die Schule mit ihrer notwendigen Disziplin ist bei den meisten Eingeborenen noch zu groß, als daß sie in größerer Zahl ihre Kinder dort unterweisen ließen. Das kann uns natürlich nur von Schaden sein; denn der Bedarf an ausgebildeten Schreibern usw. ist trotz aller bereits geleisteten Arbeit doch noch immer größer als das Angebot. Von der ideellen Seite der Frage dabei ganz zu schweigen! Wie aber nun erst, wenn christlicher Religionsunterricht in den Lehrplan aufgenommen würde? Wer da weiß, wie mißtrauisch der Eingeborene ist, wird nicht zweifeln, daß selbst ein fakultativer Religionsunterricht dem Eingeborenen gegenüber den Eindruck erwecken würde, als sei die Regierungsschule ein Missionsableger. Und das muß vermieden werden, soll überhaupt die Schule ihren Zweck erfüllen! Schon der Begriff fakultativ würde Schwierigkeiten verursachen. Der Eingeborene tut, was ihm befohlen, und läßt, was ihm verboten wird, aber mit einem Anheimstellen kann er nichts anfangen. Die Erfahrung haben wir nun in der Arbeiterfrage doch genugsam machen müssen.

Die jetzige Form, die ungefähr der deutschen Schule zum Konfirmationsunterricht entspricht, hat sich bewährt. Eine Aenderung würde uns unsere Regierungsschulen mit einem Schlage leeren und uns die Eingeborenen noch

Digitized by Google

mehr aus den Händen gleiten lassen. Denn darüber wollen wir uns doch klar sein, daß wir von einer wirksamen Beeinflussung des Negertums noch weltenweit entfernt sind, so entfernt, daß wir jeden Schritt begrüßen müssen, der uns sie näher bringt, daß wir aber auch allen Anlaß haben, alles zu vermeiden, was diese Kluft vergrößert. Der Neger verträgt alles, nur nicht zu vieles „Regiertwerden".

Wenn es so aus politischen, praktischen und rechtlichen Gründen ein Unding ist, daß die Verwaltung zugunsten des Missionsgedankens dem Islam ein Paroli bieten soll, was bleibt ihr dann in der Islamfrage zu tun übrig? Wo kann sie trotzdem mit der Mission Hand in Hand arbeiten?

Erinnern wir uns daran, daß der Islam nicht als eine ausschließlich religiöse Erscheinung, sondern vielmehr als ein soziales Agens angesehen werden muß. In meinen Beiträgen zur Praxis der Eingeborenenrechtsprechung habe ich mich bereits darzulegen bemüht, wie das Anlehnungsbedürfnis an einen Höheren den Neger zum Araber und damit wenigstens teilweise zum Islam gleichsam hingezwungen hat. Im Gegensatz zur christlichen Mission übt bereits das bloße Vorhandensein von Arabern oder Wasuaheli oder sonstiger sozial höher stehender Eingeborener eine magnetische Anziehungskraft auf die große Masse aus, die in diametralem Gegensatz zu der Wirkung steht, die der Europäer ausübt. Den Europäer fürchtet der Eingeborene, oder aber er läßt ihn kalt, wenn er keine Macht repräsentiert. Gleich weit entfernt steht er ihm in beiden Fällen. Dem Eingeborenen liegt tief eingeimpft schon der Gedanke fern, daß dieser Zustand jemals ein anderer sein, daß er etwa im Sinne von Freundschaft oder Liebe geändert werden könnte. Eine derartige Reflexion ist seinem Hirn einfach unproduzierbar, anderseits aber braucht er eine Stütze, ein Instrument, das ihn leitet und womöglich für ihn denkt. Hier setzt der Grund dafür ein, daß Leute wie Kabrega oder Mtesa oder wie heute gelegentlich noch kleine Dorfthyrannen und Zauberer ihre Leute zu Scharen für nichts und wieder nichts in den Tod treiben konnten, ohne daß sich eine Hand gegen sie rührte. Die verschrieene afrikanische Unkultur hat ihren Grund letzten Endes in der leichten Beherrschbarkeit der Massen durch Einzelne, die mit dem nötigen Plus an Energie, Grausamkeit und Skrupellosigkeit einerseits, der offenen Hand und Imposanz — den massensuggestiv so wirksamen Eigenschaften — anderseits ausgestattet sind. Diese Eigenschaften waren und sind nun aber im Araber vertreten, und damit war der Grund für den Einfluß gegeben, den die Handvoll Araber über die große Masse ausüben konnte. Imponieren im landläufigen Sinne des Wortes tut noch heute der armselige Araberscheich dem Eingeborenen mehr als der Europäer.

Es ist, als ob sich zwischen das Europäertum und die große Masse der Eingeborenen das Arabertum mit seinem Anhang gelagert hat, das als Widerstand — nicht aktiver, aber stofflicher Natur — in den Stromkreis Europäer Eingeborene eingeschaltet ist. Gelänge es, dem Arabertum und den diesem

Digitized by Google

Assimilierten eine bessere Wirtschaftsform beizubringen, dann wäre es mir zweifellos, daß dadurch auch der Eingeborenenmasse ein Stoß nach vorwärts versetzt wäre.

Hier ist das Gebiet, wo Verwaltung und Mission Hand in Hand arbeiten können, um die Präponderanz des Arabertums auszuschalten, die Präponderanz, die sie aus den geschilderten sozialen Gründen gegen das Eindringen europäischen Einflusses bei den Eingeborenen in die Wagschale werfen kann. Da es ein vergebliches Unterfangen sein dürfte, dem konservativen Arabertum eine andere, moderne Wirtschaftsform beizubringen, kann es sich nur darum handeln, den Arabereinfluß vollkommen auszuschalten.

Es ist bekannt, daß von Anfang an das Europäertum, und zwar sowohl die Verwaltung als auch das private Unternehmertum, sich des arabisch-islamischen Elements bedient hat, um zunächst überhaupt erst einmal Boden zu fassen. In mehr als einem Jahrtausend hatte dieses sich bereits eine gewisse Bodenständigkeit und Kenntnisse der Verhältnisse erworben, Eigenschaften, die es im Verein mit der überragenden Stellung, die es in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung einnahm, besonders geeignet machten, die Rolle eines Vermittlers zwischen Herrschern und Beherrschten einzunehmen. Diese Stellungnahme der Verwaltung hat sicherlich ihre Berechtigung gehabt. Leute wie Seleman bin Nassor, Sef bin Saad und andere haben durch ihr Verhalten in Zeiten ernster Besorgnis den Beweis dafür erbracht, daß eine geschickte Ausnutzung des Einflusses der arabischen Führer sehr wohl angebracht ist, wo es sich darum handelte, den Eingeborenen etwas mundgerecht und schmackhaft zu machen. Die Bevorzugung des arabischen Elements weiterhin bei der Besetzung der Wali- und Akidenposten, die der Regierung so häufig zum Vorwurf gemacht ist, war eine Notwendigkeit, solange andere Volksteile keine Gewähr für das Vorhandensein des hierfür erforderlichen Maßes von Intelligenz, Einfluß und Loyalität boten.

Wie aber hat sich diese Erscheinung in den Köpfen der Eingeborenen dargestellt? Nicht anders als eine Verbeugung des Europäertums vor den alten Herren, den Arabern. Das konnte gar nicht anders sein, wenn die Leute sahen, wie arabische Feste offiziell unter Beteiligung der Regierung gefeiert wurden, wie das Ende des Ramathan durch Salut von der Verwaltungsstelle her angezeigt wurde, wie an arabischen Feiertagen selbst die Kettengefangenen von der Arbeit frei blieben und ähnliches. All das hat erst dem Neger im Innern einen Wertbegriff vom Araber gegeben, den er in der Stärke früher nicht kannte. Darin aber liegt die Gefahr!

Es wird so viel von der Kultur gesprochen, die das Arabertum Afrika gebracht hat. Ich bin der Letzte, der leugnen würde, daß tatsächlich manches uns durch die Araber vorgearbeitet ist. Aber was für frühere Verhältnisse gut war, braucht es heute nicht mehr zu sein, und da das Bessere immer der Feind des Guten war, so hat das, was das Arabertum gebracht hat, heute, nachdem eine bessere Kultur die arabische abgelöst hat, nur noch historische Be-

Digitized by Google

deutung. Und in Bezug auf unsere Eingeborenen ist durch unsere Stützung des arabischen Elements der Eindruck hervorgerufen, als ob das, was die Araber geleistet haben, nun auch bleiben könnte, wie es war. Dabei hat das Arabertum und alles, was sich ihm sozial, geistig und wirtschaftlich assimiliert hat, keinen Schritt vorwärts getan. Seine Wirtschaft ist in Stagnation verblieben, wo sie nicht überhaupt rückwärts gegangen ist. Segen hat Ostafrika von der arabischen Kolonisation wenig gehabt. Ich will nicht so weit gehen, zu behaupten, daß alles Unglück in Afrika von der Sklaverei bis zur Polygamie von ihr verschuldet sei. Das halte ich für eine durch nichts bewiesene Annahme; denn Sklaverei ist nicht erst aus dem Islam entstanden, und ebensowenig ist die afrikanische Polygamie nur den islamisierten Gebieten eigentümlich. Aber das ist freilich richtig, daß der Afrikaner sich nur zu willig hat von dem süßen Opiat berauschen lassen, das ihm das Beispiel der Araber mit ihrer Auffassung vom Wesen und Zweck des Daseins eingab. Dieses Sichselbstgenügen, dieses Sichtreibenlassen, ohne einmal zu suchen, sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen, das sind zwar bereits im Neger liegende Wesenszüge, aber eingehämmert und potenziert sind sie erst durch das Beispiel des vom Neger als höher eingeschätzten Wesens, des Arabers. Der selbstgefällige Hochmut, mit dem der Neger noch heute alles abweist, was ihm vom Europäer zur Besserung seiner Lage geboten wird, der ist islamitisch-arabischer Provenienz. Die Gleichgültigkeit gegen das Morgen, die es verhindert, daß unsere Küstengebiete wirtschaftlich auch nur einen Bruchteil von dem bedeuten, was sie bedeuten könnten, die ist eine Folge des arabischen Laissez aller! Die Resistenz gegen die Schulbestrebung der Regierung: sie ist ein Ergebnis des islamisch-arabischen Hochmuts gegen alles europäische Wissen. Die Mehrzahl der Küstenleute lebt heute noch des Glaubens: was über die Kenntnis einiger Koranstellen hinausgeht, ist vom Uebel. Wissen macht Kopfschmerz! Was aber der Araber und der Mngwana nicht tut, das ist für die große Masse erst recht nicht Gegenstand des Kopfzerbrechens.

Wie bereits gesagt: die Araber- und Mngwana-Bevölkerung jemals zu einem Wirtschaftswechsel veranlassen zu wollen, halte ich für vergebliche Liebesmühe. Jedenfalls hat die bisherige Entwicklung nur bestätigt, daß der Araber und sein Gefolgmann sich einer modernen Wirtschaft und ihren Forderungen nicht anpassen kann. Er muß nun verbraucht werden, wie er ist. Als Folge dieser Feststellung kann sich für unsere Zwecke nur die Frage ergeben: Wie beseitigen wir den auf dem Eingeborenen lastenden, im Islam bzw. Arabertum wurzelnden kulturfeindlichen Widerstand? Wie schalten wir den arabisch-islamitischen Widerstand aus dem Stromkreis Europäer—Neger aus?

Die Antwort ist unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich ein aktives Vorgehen gegen religiöse Empfindungen nach dem Gesagten von selbst verbietet, nicht leicht zu geben.

Zunächst einmal heißt es den Eingeborenen die Anschauung nehmen, als seien die Forderungen des Islam in bezug auf Recht und Sitte identisch mit

Digitized by Google

den europäischen. Ich denke da vor allem an die Rechtsprechung und an die Behandlung aller der Erscheinungen wie Heirat, Ehe usw. Es scheint so, als ob in dieser Beziehung den arabischen Anschauungen zu stark Rechnung getragen ist. Das islamische Erbrecht zum Beispiel anzuwenden auf die Nachlässe derjenigen Islamiten, deren ethischer Kodex tatsächlich noch der Koran ist, wird sicher zu irgendwelchen Bedenken keinen Anlaß geben. Bedenklich aber erscheint es doch, es dann anzuwenden, wenn es sich um Stämme handelt, die vielleicht äußerlich manches vom Islam angenommen haben, die aber innerhalb ihres Daseins ihr Leben nach der alten Stammestradition oder ähnlichen Normen führen. Wenn diesen bei der Erbteilung gesagt wird: Du Mutter mußt das Doppelte an Erbschaftssteuer zahlen wie du Sohn, denn so ist es desturi ya sheria, dann müssen ja die Leute der Meinung werden: der Europäer spricht Recht nach der sheria, genau wie früher der Araber.

Oder bei der Heirat! Selbst an der Küste hat die Verwaltung sich bisher nicht um die Registrierung der geschlossenen Ehen gekümmert. Die Leute werden dadurch mehr oder weniger gezwungen, die Ehe vor dem Mwalim oder dem Wali einzugehen. Dadurch aber erhält der sonst für den Neger sehr weltliche Vorgang der Eheschließung eine religiöse Sanktionierung, die uns schließlich nicht gleichgültig bleiben kann. Aehnlich haben wir auch bei den Ehescheidungen die alte koranische Form der einfachen, zweifachen oder dreifachen Scheidung übernommen, sofern derartige Sachen überhaupt vor das Forum der weltlichen Behörde gebracht werden.

Ich glaube überhaupt, daß man des islamischen Rechts in der gesamten Rechtsprechung gänzlich entraten kann. Seine Kenntnis ist meist, selbst in Araberkreisen, so wenig verbreitet, daß auf sie nur geringe Rücksicht zu nehmen Veranlassung vorliegt, solange direkte Verstöße gegen die ethischen Grundanschauungen vermieden werden. Die Ordnung würde noch lange nicht gestört, wenn heute zum Beispiel das mohammedanische Erbrecht beseitigt und das deutsche oder ein ad hoc gemachtes eingeführt würde. Haben wir doch an anderer Stelle, ich will nur an die Beseitigung der Sklaverei erinnern, viel tiefer und folgenreicher in die Grundanschauung und die Wirtschaft des Arabertums eingegriffen.

Das Hauptziel bleibt dabei natürlich, im Hirn des Negers mehr Verständnis für die Ziele und Zwecke der europäischen Kulturbestrebungen zu wecken. Und dazu scheinen gerade die Missionen ganz besonders geeignet zu sein, weil sie noch derjenige Faktor sind, der vom Eingeborenen am wenigsten verlangt und seinem ganzen Wesen nach dazu bestimmt ist, ausschließlich gebend zu sein. Ich könnte mir sehr wohl denken, daß das Ansehen der Mission beim Neger und damit ihr kulturelles Streben eine starke Förderung erlangen würde, wenn die kulturelle Interessengemeinschaft von Regierung und Mission stärker betont würde, wenn in entlegenen Gebieten zum Beispiel, wo die Verwaltung noch nicht intensiv eingegriffen hat, den Missionen gewisse Verwaltungsaufgaben übertragen würden, wie die Einziehung der Hüttensteuer in

Digitized by Google

ihrem Bereich, die Beaufsichtigung von Wegearbeiten usw., kurz solcher Dinge, die die religiöse Seite der Mission nicht berührt. Umsonst könnte das natürlich nicht geschehen, und allenthalben würde es auch wohl nicht praktikabel sein. Aber wo geeignete Missionskräfte vorhanden wären — gerade in den alten Missionaren steckt doch recht häufig eine immense Kenntnis des Volkscharakters — da wären sie sicher die Gegebenen, um die Eingeborenen an die Absichten der Verwaltung zu gewöhnen. Ich vermute, sowohl Verwaltung als auch Mission hätten den Vorteil davon. Wieweit allerdings bei den Missionen Geneigtheit zu einer derartigen Pflichtübernahme besteht, weiß ich nicht. Möglich, daß prinzipielle Bedenken dagegen sprechen! Aber bekannt ist mir, daß die Mission der Weißen Väter in einem Innenbezirk derartige Aufgaben immer sehr gern übernommen hat, und daß zum Beispiel die Hüttensteuer nirgends glatter und schneller einging als hier. Und leisten nicht schon soundso viele Missionen in ihren Polikliniken eine Arbeit, die andernfalls der Regierung zufallen müßte?

Es muß dabei der Tatsache gedacht werden, daß in den Köpfen der Eingeborenen sich das Verhältnis zwischen Verwaltung und Mission nur zu häufig so darstellt, als seien beide Faktoren Gegensätze. Schuld an dieser Auffassung tragen freilich nicht zuletzt die Missionen selbst. Diese Frage soll hier nicht näher erörtert werden. Aber wenn den Eingeborenen gegenüber auf die angedeutete Weise dokumentiert würde: Regierung und Mission wollen dasselbe, wollen euch helfen, euch Verdienstmöglichkeiten, Sicherheit und Ruhe schaffen, dann würde diese schädliche Auffassung von dem erwähnten Gegensatz mit der Zeit verschwinden.

Allerdings: Von heute auf morgen läßt sich der islamitisch-arabische Einfluß nicht ausschalten, von heute auf morgen läßt sich der Zustand nicht erzwingen, daß der Eingeborene in uns etwas anderes als ein zu ertragendes Uebel sieht. Die Aenderung kann erst im Laufe vieler Jahrzehnte erfolgen. Aber nur, wenn alle dazu berufenen Faktoren an demselben Strang ziehen. Ist erst der Widerstand verringert, der wirtschaftlich-kulturell uns vom Negertum trennt, dann bin ich der Ueberzeugung, daß auch die rein religiöse Arbeit der Missionen andere Erfolge zeitigen wird.

Bisher hat die deutsche Regierung im Gegensatz zu den englischen, amerikanischen und auch belgischen Behörden die Missionen finanziell, außer in einem gewissen Zollnachlaß nur insoweit unterstützt, als sie sich um die Verbreitung der deutschen Sprache bemühten. Dieser Maßstab für die Höhe der Unterstützung hat, wie auch von missionarischer Seite ausgeführt wird, seine Bedenken, um so mehr, als man nicht überall von dem Wert der deutschen Sprache für die Erziehung der Eingeborenen überzeugt ist. Aber erinnern wir uns, welche großen Erfolge nicht zuletzt auch auf politischem Gebiet infolge reichlicher Regierungsunterstützung durch die fremdländischen Missionen in Syrien, in China usw. erzielt sind! Diese Erfolge sollten doch zu denken geben!

Digitized by Google

Die Wirtschaftslage in Belgisch-Kongo.

Von Heinz Roß.

Belgisch-Kongo befindet sich seit einiger Zeit in einer Krisis, die in Belgien selbst von offizieller Seite als höchst gefährlich bezeichnet wird. Die allgemeine Kautschukkrisis hat die Kolonie in eine Lage gebracht, die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Wohl und Wehe des früheren Kongostaates hängen sozusagen vom Kautschuk ab, da er den Handel und den Verkehr der ganzen Kolonie beherrscht, was nachfolgende Tabelle beweist:

	Gesamtausfuhr	Kautschukausfuhr
1908	43 371 795 Franken	30 770 500
1909	56 167 227 „	42 569 480
1910	66 588 863 „	51 015 303
1911	54 021 485 „	34 486 896
1912	59 100 012 „	34 473 664

Es ist demnach begreiflich, daß man in Brüssel alle Hebel ansetzt, um die verhängnisvollen Rückwirkungen der Kautschukkrisis abzuschwächen. In dem Bericht des Kolonialrats über die am 4. Juli d. J. beschlossene sofortige Ermäßigung der Kautschukabgaben um 75 Centimes für 1 Kilogramm war zu lesen, daß alle Handelsgesellschaften, die Kongokautschuk exportieren, ihn nur mit Verlust ausführen. In der Hauptversammlung der bekannten Compagnie du Kasaï, die an dem Kautschukhandel hervorragend beteiligt ist, wurde erklärt, daß die Krisis für die Gesellschaft einen Gewinnausfall von nicht weniger als 4½ Millionen Franken verursacht habe. Die Verwaltung bezeichnete den Verkaufspreis für 1912 mit etwa 6.04 Franks für 1 Kilogramm, wohingegen der Selbstkostenpreis mit 6.80 Franks angegeben wurde. Das Comptoir Commercial Congolais behauptete sogar, es habe 1912 mit 10.72 Franks Gestehungskosten rechnen müssen. Zieht man nun in Erwägung, daß der augenblickliche Selbstkostenpreis für Malayagummi stellenweise schon mit 2.75 Franks genannt wird, so kann es schon glaubhaft klingen, wenn ernstlich behauptet wird, daß der Kongokautschuk selbst unter normalen Umständen dem Wettbewerb gegen Pflanzungskautschuk nicht mehr standhalten kann. Zieht man vollends hinzu, daß man schon längst über schlechte Zubereitung, Unreinheit und Qualitätsverschlechterung des Kongokautschuks klagt, daß man bis auf den Beweis des Gegenteils an einen wirtschaftlichen Erfolg des Pflanzungskautschuks im Kongo kaum glaubt, so kann man sich über den Rückgang des Kautschukexports der Kolonie nach Belgien nicht mehr wundern: nachstehende Zahlen dienen als Beweis:

In den neun ersten Monaten:

	1912	1913
Quantum	3 615 430 Kilogramm	2 621 999 Kilogramm
Wert	33 611 985 Franks	25 826 690 Franks

Wenn den Kautschukgesellschaften durch die Aufhebung des Ausfuhrzolls schon etwas geholfen worden ist, so muß jedoch berücksichtigt werden, daß diese Maßnahme für die Kolonie einen Einnahmeausfall bedeutet, den der Kolonialrat schon im Juli mit 2,500 000 Franks bewertete. Es fehlt einstweilen an zuverlässigen Angaben über den Gewinnausfall, der den Bahnen und Schiffahrtslinien der Kolonie durch den Rückgang des Kautschukexports entsteht. Die Bahnen haben schon Frachtermäßigungen vornehmen müssen, ebenso die Schiffahrtslinien, so daß die Krisis allmählich auf alle Gebiete übergreift, weil die Grundlage der gesamten Wirtschaftslage, der Kautschukhandel, erschüttert ist. Die Kasaï-Kompagnie verteilt keine Dividende mehr, das Comptoir Commercial Congolais weist einen Verlust von 635 682 Franks auf, die Compagnie du Congo Belge

Digitized by Google

einen solchen von 293 000 Franks, die Compagnie du Lubefu von 174 436.57 Franks, Ikelemba von 58 777 Franks; die Gesellschaft Commerciale et Minière du Congo verzeichnete einen Gewinnrückgang von fast 335 000 Franks, die Sultanats du Haut-Oubanghi einen solchen von 280 000 Franks. Es zeigt sich immer deutlicher, daß das verhängnisvolle Leopoldinische Regime wie ein Fluch auf der Kolonie lastet, und daß es dem arbeitsamen Belgien trotz aller Anstrengungen, nur mit fast unerschwinglichen Opfern möglich sein wird, die Kongokolonie, wenn nicht einem baldigen wirtschaftlichen Aufschwung, so doch einer Besserung entgegenzuführen. Die Dekretierung der Handelsfreiheit war in humanitärer Hinsicht ein bahnbrechendes Ereignis, aber ihre Wirkung auf die wirtschaftliche Lage war eine tödliche: denn der frühere Kongostaat war auf die Handelsfreiheit nicht eingerichtet. Die jahrelang durch schonungslosen Raubbau geknechteten Neger atmeten auf und warfen das verhaßte Joch der Zwangsarbeit von sich. Nur durch ansehnliche Erhöhung der Kautschukpreise gelang es, die Eingeborenen mit der Zeit zur Wiederaufnahme der Kautschukkultur zu bringen, so daß zwar die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Gestehungskosten in die Höhe getrieben wurden. Belgien muß jetzt die Folgen davon tragen, daß es den seit Jahren ergangenen Warnungen kein Gehör geschenkt hat; jetzt bewahrheitet es sich auch in Belgisch-Kongo, daß die Monokultur des Kautschuks eine Gefahr ist, daß sie zu der Krisis führen mußte, die sich sehr leicht zum Zusammenbruch des Kongobudgets, des Verkehrswesens und der Handelsunternehmungen entwickeln kann. Man ist bei der Regierung damit beschäftigt, festzustellen, inwieweit das Budget durch den Niedergang beeinflußt wird und welche Maßnahmen zur Rettung der Kolonie getroffen werden müssen. Die belgische Presse ist voll von Artikeln, die die Kongofrage von den verschiedensten Gesichtspunkten erörtern. Man wird sich darüber klar, daß es ein großer Irrtum ist, sich allzu sehr auf die Ausfuhrziffern des laufenden Jahres zu verlassen, die noch nicht zu ungünstig lauten. Wir führen hier die interessantesten an, die wir in der soeben veröffentlichten Tabelle der Ausfuhr der Kongokolonie nach Belgien in den ersten 9 Monaten der Jahre 1912 und 1913 finden:

	1912		1913	
Kautschuk . . .	3 615 430 Kgr.	35 611 985 Franks	2 621 999 Kgr.	25 826 690 Franks
Elfenbein . . .	238 694 „	6 289 587 „	209 985 „	5 533 105 „
Kakao	704 702 „	1 162 761 „	1 030 151 „	1 699 749 „
Kopal	2 426 793 „	901 553 „	2 840 117 „	1 922 000 „
Gold und Silber .	858 „	1 828 914 „	1 014 „	2 808 000 „
Kokosnuß . . .	574 755 „	265 249 „	264 870 „	122 237 „
Mineralprodukte .	1 638 583 „	471 560 „	1 067 969 „	566 771 „
Bauhölzer . . .	— „	— „	297 000 „	29 436 „
Pflanzenöl . . .	238 234 „	201 903 „	116 140 „	98 429 „
Kopra	— „	— „	37 793 „	24 358 „
Kaffee	4 300 „	7 310 „	9 930 „	17 080 „

Der Gesamtwert der Ausfuhr wird für die neun ersten Monate 1913 mit 38 732 079 Franks gegen 47 398 957 Franks in derselben Periode des Vorjahres angegeben, was einen Rückgang von über 11 Millionen ausmacht. Gerade die Hauptquellen sind es, die zu versiegen beginnen: Kautschuk und Elfenbein. Die Zahlen für Kakao, Kopal, Kaffee, Bauhölzer, Gold und Silber sind glücklicherweise einige erfreuliche Lichtblicke, die zu guten Hoffnungen berechtigen, aber einstweilen noch nicht als hinreichende Ersatzwerte für den bedeutenden Kautschukausfall betrachtet werden können. Höchst beachtenswert ist die Entwicklung der Kupferindustrie in der Katangaprovinz, die allerdings merkwürdigerweise in der letzten offiziellen Statistik nur ungenau erwähnt ist. Wir wissen jedoch, daß die Gesamtausfuhr sich für 1912 schon auf 2089 Tonnen belief gegen nur 1062 Tonnen in 1911. Nach den letzten Meldungen sollen die Werke von Lubum-

Digitized by Google

bashi schon 40 Tonnen Kupfer in 24 Stunden liefern. Man spricht weiterhin viel von den Kohlenfunden an der Lukuga. In Belgien angestellte Versuche haben angeblich die Gebrauchsfähigkeit der Kohlen für die Katangakupferindustrie ergeben. Die Meldung von Diamantfunden sei hier ebenfalls angeführt. Es handelt sich aber hier einstweilen noch um „Zukunftsmusik".

Werfen wir nun einen Blick auf die finanzielle Lage der Kongokolonie, so finden wir, daß der Voranschlag für 1913 an ordentlichen Ausgaben 50 933 064 Franks aufwies gegenüber 40 418 100 Franks an ordentlichen Einnahmen. Es verblieb demnach ein Fehlbetrag von 10 514 964 Franks, der durch 15 024 020 Franks außerordentliche Ausgaben auf 25 538 964 Franks ansteigt. Durch die inzwischen eingetretene Krisis ist das Budget bedenklich aus dem Gleichgewicht gekommen. Die Zolleinnahmen werden den angesetzten Betrag von 8 261 500 Franks schwerlich erreichen, der Ertrag an Kautschukeinnahmen (Abgaben) von 2 250 000 Franks ist durch die eingetretene Ermäßigung der Taxen illusorisch geworden, und die Verkäufe der Stocks von Kautschuk werden wohl auch kaum das erwartete Erträgnis gezeigt haben. Unter diesen Umständen wird die Lage mehr als kritisch, und die Regierung steht vor der zwingenden Notwendigkeit, Abhilfe zu schaffen. Eine Sparsamkeitspolitik ist nicht am Platze, weil sie den Ausbau der begonnenen Neuorganisation aufhalten, die Vollendung der Arbeiten zwecks Einrichtung der drahtlosen Telegraphie, Weiterbau der Bahnen, Entwicklung der Schiffahrt usw. unmöglich oder wenigstens hinausziehen würde. Das Mutterland wird sich wohl oder übel zu Anleihen herbeilassen müssen, da ein anderer Ausweg schwer zu finden sein wird. Belgien exportiert ja selbst schon für einen recht ansehnlichen Betrag nach der Kongokolonie. Die Ziffern der letzten drei Jahre sind:

1910	36 800 000	Franks
1911	48 632 877	„
1912	53 733 403	„

In den neun ersten Monaten des laufenden Jahres stellte sich die Ausfuhr auf insgesamt 80 410 Tonnen von zusammen 20 378 000 Franks gegen 70 377 Tonnen von zusammen 19 915 00 Franks in derselben Zeit des Vorjahres. Als belgische Ausfuhrgüter nach dem Kongo kommen hauptsächlich in Betracht: Eisenbahnbaumaterial, Waggons, Maschinen, Webwaren, Kleider, Getreide, lebende Tiere, Schießpulver, Kurzwaren, Fleisch, Gemüse, Zement, Kalk, Kohlen, Kerzen. An Eisenbahnmaterial aller Art wurde für etwa 6 Millionen Franks nach dem Kongo geschickt. Belgisch-Kongo macht bekanntlich die größten Anstrengungen, um durch eine beschleunigte Verkehrspolitik seinen Handel und seine Industrie zu heben. Die Eisenbahnpolitik ist namentlich in der letzten Zeit in Belgien Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Auf dem Genter Kolonialkongreß sprach Hauptmann Moulaert, Generalkommissar des mittleren Kongos den Satz aus: „Das Hindernis der Katarakte ist durch das Hindernis der Tarife ersetzt worden." Als 1898 die Kongobahn von Matadi nach Léopoldville in Betrieb gesetzt wurde, ließ sich die Bahngesellschaft davon leiten, daß Tauschgüter, die bis dahin bei Trägerbeförderung 1500 Franks die Tonne bezahlten, sehr gut 1000 Franks Bahnfracht entrichten konnten. Für Kautschuk z. B. ist die Fracht erst seit dem 1. Juli 1913 von 430 Franks die Tonne auf 135 Franks ermäßigt worden. Ist es Kurzsichtigkeit oder Gleichgültigkeit, daß eine Bahngesellschaft, die in den letzten neun Jahren zwischen fünf und sieben Millionen Dividende für jedes Jahr verteilt hat, erst im letzten Augenblick, wenn eine schwere Krisis den ganzen Handel zu vernichten droht, sich zu Tarifermäßigungen herabläßt? Die Belgier mögen diese Frage selbst beantworten*). Sicher ist,

*) Nach Fertigstellung dieser Abhandlung fand Ende Oktober in Brüssel eine Besprechung zwischen Regierungsvertretern und zahlreichen maßgebenden Persönlichkeiten belgischer Kongogesellschaften statt. Der Vertreter des Kolonialministers

Digitized by Google

daß diese Tarifpolitik mit dazu beigetragen hat, die Kautschukkrisis zu verschärfen. Man kann sie getrost als ein Stück Leopoldinischen Regimes bezeichnen und als eine Politik, die der belgischen Kongokolonie noch schweren Schaden bringen wird, wenn sie nicht bald darauf hinsteuert, Minimaltarife einzuführen und sich zur Festsetzung der Frachtsätze auf die reellen Betriebskosten zu stützen. Man wirft der Kongobahn vor, daß sie niemals aus eigener Initiative eine Frachtermäßigung zugestanden habe, sondern immer erst gezwungen. So wird behauptet, daß die Tarife der Kongobahn während 10 Jahre die Einfuhr von Baumaterial in das Gebiet des oberen Kongos unmöglich gemacht hätten; Zement zahlte anfangs 600 und später 200 Franks die Tonne. Die Güterbewegung auf der Bahn von Matadi nach Léopoldville stellte sich in den einzelnen Jahren wie folgt:

1898 99 = 12 783 Tonnen
1908–09 = 35 203 „
1910–11 = 55 129 „

Für 1912 wird der Trafik mit 56 000 Tonnen angegeben, wozu dann noch etwa 12 000 Tonnen kommen, die als Dienfttransporte angesehen werden können. Da nun die Linie für eine Transportfähigkeit von 210 000 Tonnen angelegt worden ist, kann man die Eile, mit der man den Bau einer neuen Linie verlangt, nicht recht verstehen. Die geplante neue Linie soll eine Spurweite von 1 bis 1,06 Meter erhalten und in etwa 12 Jahren gebaut werden können. So wie die Dinge jetzt liegen, ist man zu der Ansicht geneigt, daß die jetzige Kongobahn einstweilen noch genügt, aber daß ihre wirtschaftliche Verwertung nicht auf der Höhe ist.

Die Katangabahn beförderte 1911 insgesamt 96 660 Tonnen und 1912 insgesamt 106 380 Tonnen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß das letzte Betriebsjahr durch eine längere Stillegung der Schmelzhütte von Lubumbashi unter dem Ausfall der Erztransporte zu leiden hatte.

Einer der wichtigsten Faktoren für eine rationelle Entwicklung des Kongohandels ist die Flußschiffahrt, die namentlich in den letzten Jahren Gegenstand besonderer Anstrengungen gewesen ist. Am 1. Juli 1913 war der Schiffsbestand der Regierungsflotte folgender: 5 Dampfer von 500 Tonnen, 1 Dampfer von 200 Tonnen, 3 Dampfer von 150 Tonnen, 2 Schlepper mit einem Leichter von 350 Tonnen, ein Schlepper mit Leichter von 70 Tonnen, 4 Dampfer von 35 Tonnen, 11 Dampfer von 18/20 Tonnen, 15 kleinere Dampfer und Schlepper, und eine Baggermaschine. Verschiedene neue Schiffe sind im Bau, u. a. das Dieselmotor-Postschiff „Belgica", ein Geschenk des Königs an die Kolonie. Die Kongoschiffahrt geht bekanntlich durch die Einführung von Petroleumheizung und Dieselmotorantrieb einer vielversprechenden Umwälzung entgegen, die sich allerdings erst langsam entwickeln wird.

Belgisch-Kongo ist ohne jeden Zweifel eine Kolonie von sehr großer Zukunft, aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß sie an einem Wendepunkte steht. Belgien, dessen Presse sich teilweise immer noch in Verdächtigungen gegen Deutschland und England ergeht, muß jetzt beweisen, daß es in der Lage ist, seine große afrikanische Kolonie vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren, besonders muß es auf seine koloniale Selbständigkeit bedacht sein. Eine kraftvolle Kolonialpolitik tut Belgien not, ein einheitlicheres Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Kolonialgesell-

betonte, daß die Regierung von der Kongobahngesellschaft das Maximum an Frachtermäßigungen verlangt, das ihr laut dem Lastenheft zusteht; infolgedessen wurden die Transportkosten für Kautschuk von 419 Franks die Tonne auf 136.50 Franks ermäßigt. Die Tarifpolitik der Kongobahn wird scharf kritisiert. Man gab z. B. die Fracht für eine Tonne Stoffe und Webwaren mit 760 Franks an, eine Tonne Salz mit 100 Franks, eine Tonne Emaillewaren mit 200 Franks.

Digitized by Google

schaften und nicht zuletzt eine Verkehrspolitik, die darauf gerichtet ist, die Kolonie zu erschließen und dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft neue Wege zu öffnen. Die Zeiten, wo sich Kongobahngesellschaften durch Maximaltarife zu bereichern suchten, müssen vorbei sein; denn es heißt nunmehr, durch Tarifermäßigungen den Trafik zu steigern und die Verwertung aller Naturschätze zu ermöglichen, wodurch auf die richtigste Art für die Dividenden der Aktionäre gesorgt wird. Man wird in Belgien auch gut daran tun, endlich aufzuhören, auf Sensationsmeldungen herumzureiten, die eine Abkehr von den Südlinien verlangen, weil sie unter englischem Einfluß stehen; die vor dem „absorbierenden und gefährlichen Einfluß Deutschlands" warnen und eine große Angst vor der deutschen Tanganjikabahn oder einer eventuellen deutschen Beteiligung an der Benguellabahn verraten. Außer der Transportfrage gesellt sich zu den großen Aufgaben, die Belgiens Kolonalregierung zu lösen hat, die Arbeiterfrage, eine Neuorganisation der Landwirtschaft, der Steuererhebung und vor allen Dingen eine Finanzpolitik, die dahin strebt, die Kolonie aus eigenen Mitteln leben zu lassen. Die Kupfererzeugung macht große Fortschritte, man hat Kohlenlager gefunden, Zinngruben und Gold- und Diamantvorkommen; die Kakaokultur dehnt sich hoffnungsvoll aus, die Pflege der Fischzucht und der Seidenraupe schafft weitere Erwerbsquellen. Das belgische Kapital kann sich demnach in der Kongokolonie in vielseitiger Weise betätigen, aber man kann es keinem ausländischen Kapitalisten verdenken, wenn auch er sich an Unternehmungen irgendwelcher Art in Belgisch-Kongo beteiligt, und die Belgier, die solchen fremden Kapitalisten ohne weiteres politische Beweggründe vorwerfen, stellen ihren eigenen Landsleuten ein Zeugnis über Mangel an Initiative und Vertrauen zu ihrer eigenen Kolonie aus; denn wenn gewisse belgische Kreise eine Vorherrschaft des fremden Kapitals fürchten, so muß man sich fragen, weshalb sie selbst so sehr damit zögern, mit ihrem eigenen Geld den wirtschaftlichen Wettbewerb mit fremdem Kapital aufzunehmen.

Die Rassenmischung auf Samoa.

Von Rich. Deeken-Miltenberg a. M.

Wenngleich Samoa schon im 18. Jahrhundert entdeckt und wiederholt von Weißen besucht wurde, so vergingen doch viele Jahre, ehe es zu einer dauernden Ansiedlung auf Samoa kam. Die ersten Missionare landeten dort in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Sie fanden noch keine weißen Ansiedler vor, abgesehen von einigen wenigen Gestrandeten oder desertierten Matrosen, welche ebenso wie die Missionare von den gastfreundlichen Eingeborenen liebenswürdig aufgenommen waren. Die Tätigkeit der Missionare, welche bald größeren Einfluß unter den Samoanern gewannen, brachte es mit sich, daß Samoa nach und nach mit der Außenwelt in Verbindung kam. Die reichen Kokospalmenbestände der Inseln lieferten ein wichtiges Tauschprodukt. Das aus den Nüssen gewonnene Oel wurde ausgeführt und dagegen Handelsartikel aller Art ins Land gebracht, insbesondere Kleiderstoffe und Handwerkszeug. Die gewinnreichen Handelsmöglichkeiten, das angenehme bequeme Leben unter der freundlichen Eingeborenenbevölkerung verleiteten diesen und jenen der Samoa besuchenden Seeleute, ihr bisheriges unstetes Leben aufzugeben und sich als Händler auf den schönen Inseln mit dem gesunden Klima niederzulassen.

Digitized by Google

Da in jenen Jahren Samoa nur selten von kleinen Segelschiffen besucht wurde, so lebten diese ersten Ansiedler immer noch in sehr großer Weltabgeschiedenheit, so daß es für sie außerordentlich schwer gewesen wäre, selbst wenn sie es gewollt hätten, sich weiße Frauen zu beschaffen. Sie haben einen solchen Wunsch auch wohl kaum gehabt, da die eingeborenen Mädchen nur zu gern bereit waren, mit den weißen Männern eine Gemeinschaft einzugehen. Hierbei leitete sie nicht etwa eine besondere Vorliebe für die weißen Männer gegenüber den braunen. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Samoanerin zieht den braunen Liebhaber bei weitem vor. Das Verlockende bei einer Liebesgemeinschaft mit den Weißen war vielmehr die Möglichkeit, an ihrer Seite ein bequemeres und genußreicheres Leben führen zu können. Waren doch die weißen Händler die Besitzer aller jener begehrenswerten Handelsartikel! Die hübschen Samoanerinnen ließen sich also ihre Liebe zu den weißen Männern mehr oder weniger teuer bezahlen. Wenn etwa ein Mädchen sich geweigert haben würde, die Frau eines weißen Mannes zu werden, so wäre sie von ihren eigenen Verwandten dazu gezwungen worden, denn bei dem bestehenden Kommunismus hatte die Verwandtschaft der Mädchen ein althergebrachtes Anrecht an allem, was diese von ihren Männern erhielten bzw. was sie sich selbst offen nahmen oder hinter dem Rücken der Männer entwendeten. Schwierigkeiten in der Beschaffung von Frauen wurden den Ansiedlern also ganz und gar nicht gemacht. Der Bildungsgrad der ersten Ansiedler Samoas war ein außerordentlich geringer. Sie beanspruchten außer der Befriedigung ihrer Naturtriebe von den braunen Frauen nicht mehr, als daß sie nebenbei ihnen Küche und Haus notdürftig versorgten. Oft haben sie auch ganz und gar wie die Eingeborenen gelebt, in ihren Häusern gewohnt und sich mit dem begnügt, was deren Küche ihnen bot.

Mitte des vorigen Jahrhunderts faßte das große Hamburger Handelshaus Cäsar Godeffroy auf Samoa Fuß. Es wurden Pflanzungen angelegt und Handelsstationen gegründet. Die Zahl der Weißen, welche bisher nur außerordentlich gering war, stieg, und es kamen auch hin und wieder Leute nach Samoa, welche auf einer etwas höheren Bildungsstufe standen. Aber auch für diese war die Lösung der Frauenfrage dieselbe. Infolge der schlechten Verbindungen mußten auch sie sich mit den braunen Töchtern des Landes abfinden, falls sie nicht ein zölibateres Leben führen wollten. Sie haben von ihren Frauen in manchen Fällen auch schon mehr verlangt, als dies die allerersten Ansiedler Samoas getan hatten. Manch einer von ihnen hat gewiß versucht, seine braune Frau zu sich heraufzuziehen. Dies ist auch hin und wieder wohl geglückt, sofern es sich um eine mehr oder weniger äußerliche Erziehung handelte, denn die Samoanerin ist durchaus gelehrig und lenksam. Ihr Charakter ist, allgemein gesprochen, freundlich und liebenswürdig, doch sind Unbeständigkeit und kindlicher Flattersinn besonders hervortretende Eigenschaften bei ihr. Da ein großer Teil der Samoanerinnen, sowohl was Gesichts- als auch Körperbildung anbetrifft, schön genannt werden kann und sie durch-

Digitized by Google

weg über eine natürliche Anmut verfügen, so waren diese Ansiedler mit ihrem Lose nicht unzufrieden, wenn auch die Treue dieser braunen Frauen nicht stets auf Felsen stand. Das liegt zum Teil schon in dem verschiedenen Naturell begründet, denn der Sexualtrieb der Samoaner ist ein außerordentlich viel wilderer und heftigerer als der der weißen Rasse, bei welcher durch das Leben in den Tropen schon an und für sich ein größerer Kräfteverbrauch stattfindet. Dieser lebhafte Geschlechtssinn macht sich auch noch bei den Mischlingsmädchen und Frauen geltend, die in vielen Fällen gar nicht so sehr zum männlichen Geschlecht der weißen Rasse hinneigen, sondern oft eine ausgesprochene Vorliebe für die starken, schöngebauten, reinrassigen Samoaner haben.

Da die Zahl der weißen Ansiedler auf Samoa in jenen Jahren noch sehr gering war, kaum mehr als ein Viertelhundert, so ist die Nachkommenschaft aus ihrer Gemeinschaft mit den braunen Frauen beschränkt. Ein großer Teil der Nachkommen ist wieder in den Samoanern so gut wie aufgegangen, hat sich mit ihnen wieder vermischt und ihre Lebensgewohnheiten angenommen. Einige der Nachkommen jener ersten Ansiedler haben sich aber doch über den Eingeborenen erhoben und führen ein dem europäischen äußerlich ähnliches Leben. Das ist in allererster Linie ein Verdienst der Missionare. Da aber die überwiegende Mehrzahl der letzteren Engländer waren, so konnte es nicht ausbleiben, daß diese erste Generation der europäisierten Halbweißen englisch erzogen wurde, Englisch sprach und englisch empfand.

Betreffs der Missionare sei bemerkt, daß die Engländer von vornherein erfreulicherweise jede Vereinigung mit den braunen Kindern des Landes ablehnten. Sie haben vielmehr ihre Frauen gleich mitgebracht oder aus den australischen Kolonien nachkommen lassen. Für die erheblich in der Minderheit befindlichen französischen Missionare kam eine Rassenmischung überhaupt nicht in Frage, da sie der katholischen Religion angehören. Die erst in den letzten Jahren nach Samoa gekommenen amerikanischen Mormonenmissionare stehen allerdings auf gänzlich anderem Standpunkte und nehmen keinen Anstand, sich mit farbigen Mädchen zu vermischen.

Die Nachkommen der ersten Mischlingsgeneration sind also heute etwa 60 bis 70 Jahre alt. Ich betone das besonders, weil wiederholt fälschlicherweise behauptet wird, daß die Mischlingsbevölkerung Samoas sich zum Teil schon in der fünften bis sechsten Generation befände. Dieser ersten Mischlingsgeneration gehören einige Familien an, welche zum Teil zu einem gewissen Wohlstande gelangt sind und auch in kultureller Beziehung sich vor den anderen Mischlingen auszeichnen. Es sind das die Familien Betham, Stowers, de Silva, Godinet, Pereira und andere. Die Mitglieder dieser Familien sind zum großen Teil Handwerker und kleinere Händler, zur Hauptsache rechtschaffene, brave Leute, mit denen sich sehr wohl auskommen läßt. Sie führen ein äußerlich durchaus geregeltes Familienleben und wohnen in europäischen

Digitized by Google

Häusern, ihre sonstige Lebenshaltung und Lebensauffassung ist aber noch sehr stark samoanisch gefärbt. Die Faa Samoa, das ist die „samoanische Sitte und Tradition", beherrscht fast vollständig ihren Ideenkreis; sie ist der Maßstab, mit dem sie Wichtiges und Unwichtiges messen, sie ist eine der Hemmnisse, daß ihr wirtschaftliches Vorankommen ein verhältnismäßig geringes ist, denn die kommunistische Auffassung wurzelt ihnen noch tief im Blute. Sie sind teilweise fleißige Arbeiter, aber an den Früchten ihres Fleißes zehrt im gleichen Maße wie sie selbst die „Aiga", das ist die zahlreiche nahe und ferne Verwandtschaft, und ihr wird nicht gewehrt, denn nach samoanischer Sitte hat die Verwandtschaft ein Anrecht auf den Besitz ihrer Angehörigen. Diese Begleiterscheinungen des Kommunismus hemmen natürlich jeden Unternehmungsgeist, und so kann man es den erwerbstätigen Halbweißen nicht übelnehmen, wenn sie in ihrem Schaffenstrieb häufig erlahmen.

Die Männer dieser auf einer höheren Kulturstufe stehenden ältesten Mischblutgeneration Samoas haben zu einem großen Teil wieder reinrassige samoanische Frauen genommen, nur ein kleiner Teil heiratete halbweiße Mädchen. Es fand also zur Hauptsache eine Rückwärtsentwicklung statt, indem viele Nachkommen der ersten Generation nun schon wieder zu drei Vierteln samoanisches Blut bekamen.

Anders die weiblichen Mitglieder dieser ersten Mischblutgeneration. Einige nahmen auch wieder Vollblutsamoaner zu Männern, andere taten sich mit Männern gleicher Rassenmischung zusammen, die übrigen aber wurden Frauen der später ins Land gekommenen weißen Ansiedler und wurden damit Mütter einer zweiten Mischblutgeneration aufsteigender Linie. Ihre Kinder hatten nur mehr ein Viertel samoanisches, drei Viertel weißes Blut. Die Zahl dieser Quadronen ist nicht so groß, wie man zunächst erwarten konnte, denn die Fruchtbarkeit in dieser folgenden Generation war bei weitem nicht dieselbe wie die der ersten Mischblutgeneration. Eine Abnahme der physischen Energie der zweiten Mischblutgeneration im Vergleich zur ersten ist unverkennbar. Die gelegentlich aufgestellte Behauptung, daß durch Beimischung samoanischen Blutes allmählich eine neue kräftige Rasse sich entwickeln würde, entspricht ganz und gar nicht den Tatsachen. Viele der weiblichen Quadronen, besonders die Frauen, die mehrfach geboren haben, bedürfen der Blutauffrischung im kühlen Klima mindestens ebenso dringend wie die reinweißen Frauen. Die Mehrzahl dieses zweiten Mischblutgeschlechtes ist heute nicht viel älter als etwa 20 bis 30 Jahre; ihre Nachkommenschaft, also das dritte Mischblutgeschlecht, besteht heute erst aus Kindern, welche also, falls eine Ehe mit einem Weißen stattfand, nur mehr ein Achtel samoanisches, sieben Achtel weißes Blut haben. Ueber die physische und psychische Entwicklung dieser dritten Mischblutgeneration läßt sich naturgemäß noch nicht viel sagen außer dem einen, daß sie der reinen weißen Rasse sicher ganz erheblich unterlegen sein wird. Die Zahl dieser Oktronen beträgt in Samoa zurzeit kaum ein halbes Hundert.

Digitized by Google

Soweit die historische Entwicklung der Rassenmischung zwischen Braun und Weiß, ausgehend von den ersten Anfängen des Vermischungsprozesses! Dieser wiederholte sich in späteren Jahren immer wieder von neuem, nur daß diese Mischungen nicht so weit, also noch nicht bis ins dritte Geschlecht gediehen sind. Beiläufig sei bemerkt, daß infolge Zuzuges einiger Chinesen, Fidschianer und anderer Südseeinsulaner auch noch andere Rassenmischungen auf Samoa vorgekommen sind und auch heute noch vorkommen, die sich aber nicht genau klassifizieren lassen.

Die meisten der Gemeinschaften zwischen Weißen und Farbigen waren in früheren Jahren unehelich und sind es wohl zur größeren Hälfte auch noch heute. Wer ein Mädchen zu sich ins Haus zu nehmen wünschte, besprach die Angelegenheit mit der Verwandtschaft desselben, machte die üblichen Geschenke, es wurde ein mehr oder minder großer Schmaus veranstaltet, und damit war der Fall erledigt, das heißt, die Ehe war faa Samoa geschlossen. Gefiel das Mädchen dem Manne, und war dasselbe auch seinerseits mit diesem Zustande zufrieden, was meist der Fall war wegen der materiellen Vorteile des Verhältnisses, so blieben die beiden faa Samoa beieinander, erfreuten sich ihrer Gemeinschaft und der aus dieser entsprungenen Kinder. Wenn dann der Mann mehr in die Jahre kam und sich an seine farbige Umgebung gewöhnt hatte, so hatte dieser oder jener wohl das Verlangen, das bisherige wilde Verhältnis zu legalisieren und auch sanktionieren zu lassen. Man ging zum Konsul und ließ sich mit seiner farbigen Familie in die Konsulatsbücher eintragen. In manchen Fällen folgte dann auch noch die kirchliche Trauung. Der Mann konnte beruhigt seine alten Tage verleben: er hatte so gut, als das möglich war, für seine Familie gesorgt. Als Samoa deutsch wurde, ging die Tür des Standesbeamten häufiger auf und zu. Es waren aber zumeist ältere Paare, während die jungen fernblieben, da der Mann oft nicht den Wunsch verspürte, sich dauernd zu binden, und in häufigen Fällen wechselte, besonders wenn er fand, daß sich die augenblicklich Erkorene vielleicht wenig eigne. In einem schnellen Wechsel der Neigungen findet man in Samoa nichts Besonderes. Man hört nicht selten auf die Frage: Wer diese oder jene farbige Frau sei, die Antwort: Das ist Mary oder Tofi oder Sina, die frühere Faa-Samoa-Frau des Soundso, jetzt ist sie die Frau des Soundso, und in der Zwischenzeit lebte sie mit diesem oder jenem.

Die Missionen haben aus religiösen und moralischen Motiven das Bestreben, diese zahlreichen unehelichen Verhältnisse kirchlich zu festigen. Bei den Verhältnissen zwischen Mischlingen miteinander ist ihnen das auch schon zum großen Teil gelungen, und zwar erfreulicherweise, da durch die kirchliche Bindung Sitte und Moral unter den Mischlingen immerhin gefördert werden. Bei den Weißen waren die Missionen nur wenig erfolgreich. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der während der letzten Jahrzehnte nach Samoa gekommenen Weißen nicht die Absicht hatte, dauernd im Lande zu bleiben. Wenn auch die meisten in Wirklichkeit in Samoa verblieben, so

Digitized by Google

schwebte ihnen doch wohl fast stets der Gedanke an eine spätere Rückkehr in die alte Heimat vor. Unter diesen Umständen wollten sie sich natürlich nicht dauernd an eine braune Lebensgefährtin binden. Und wieder andere hatten wohl auch im Anfange aus ethischen Gründen oder aus rein instinktiver Abneigung gegen die fremde minderwertige Rasse grundsätzliche Bedenken gegen eine solche Bindung, trotzdem sie durch die eigenartigen Verhältnisse in Samoa doch dahin gekommen waren, eine Gemeinschaft mit einer Farbigen einzugehen.

Mit der besser werdenden Verbindung Samoas mit der Außenwelt kamen auch mehr weiße Frauen und Mädchen nach Samoa, aber immer noch in sehr beschränkter Zahl, so daß es für weiße Männer auch heute noch außerordentlich schwierig ist, eine weiße Lebensgefährtin auf Samoa zu finden. Die Zahl der dort lebenden unverheirateten Weißen weiblichen Geschlechts über 15 Jahre betrug nach der letzten Statistik nicht mehr als 20. Unter den 20 ledigen Mitgliedern weiblichen Geschlechts sind aber nicht wenige, die wegen ihrer hohen Semester wirklich beim besten Willen nicht mehr als heiratsfähig bezeichnet werden können. Die kleinere Hälfte dieser 20 Damen dürfte unter 30 Jahren sein. Also auf diese etwa zehn möglichen Heiratskandidatinnen kommen nicht weniger als 292 weiße Männer, die nicht mit weißen Frauen verheiratet sind. Von letzteren gibt es nur 56. Die Folge dieses krassen Mißverhältnisses ist, daß auch heute noch die bei weitem größte Mehrzahl der weißen Männer farbig heiratet oder mit einer Farbigen ein mehr oder minder lockeres Verhältnis eingeht. Beides ist vom Rassenstandpunkte aus gleich bedauerlich, denn ob ehelich oder unehelich, die Folgen der Rassenmischung sind genau dieselben. Die Zahl der Mischlinge wird sich lawinenartig in wenigen Jahrzehnten vergrößern. Schon heute beträgt sie ganz erheblich über 1000. Sie ist damit bereits mehr als doppelt so groß wie die Zahl der auf Samoa lebenden Weißen (nach der letzten Zählung 504). Die bei weitem größere Hälfte der Mischlinge hat sich beim deutschen Gouvernement registrieren und dem deutschen Gesetze unterstellen lassen. Durch diese amtliche Registrierung genießen die Mischlinge alle staatsbürgerlichen Rechte wie die Weißen. Was für unabsehbare Folgen die Gleichberechtigung in politischer Beziehung schon in wenigen Jahren haben wird, wenn nicht rechtzeitig gebremst wird, ist leicht zu ersehen. Es war daher die höchste Zeit und kann dem neuen Herrn Staatssekretär von allen deutschen Kolonialfreunden nur aufrichtig gedankt werden, daß er als eine seiner ersten Amtshandlungen das entscheidende Wort sprach: „*Bis hierher und nicht weiter! Schützt die weiße Rasse in den deutschen Kolonien, oder sie wird hinweggewaschen von der Mischlingsflut!*“ Wie groß die Zahl der Mischlinge in Samoa in Wirklichkeit ist, ist gar nicht festzustellen, denn viele Mischlinge dem Blute nach werden zu den Eingeborenen gezählt. Sie leben mit ihnen mehr oder weniger eng beisammen, mischen sich wieder mit ihnen und werden von der kräftigen samoanischen Rasse wieder aufgesogen werden, wenn der bisherigen Rassenmischung Einhalt geschieht. Ist dies nicht der Fall,

Digitized by Google

dann findet mit der Zeit auch eine durchaus unerwünschte Verwässerung der samoanischen Rasse statt, denn die Zahl der Eingeborenen Samoas ist nicht groß, sie beträgt nur 35 000.

Eine Vermischung so grundverschiedener Rassen, wie die der weißen mit der polynesischen (zu der die Samoaner gehören), schlägt für keine zum Segen aus. Es ist nicht nötig, in dieser Beziehung Beispiele aus Nord-, Mittel- und Südamerika oder aus Indien herbeizuholen. Sie sind hinlänglich bekannt. Kulturfortschritt, sittliche Integrität, politische Stabilität sind unbekannt in allen Ländern, in denen eine Mischlingsbevölkerung im öffentlichen Leben vorherrschend ist. Ein rein äußerlicher Firnis der Zivilisation deckt ja manchmal die schweren Schäden, so daß sie nicht sofort zutage treten. Vorhanden sind sie darum aber doch nicht minder, und bei gelegentlichem Anlaß brechen sie um so unverhüllter hervor. Das ist leider auch in Samoa der Fall gewesen.

Eingangs habe ich gesagt, daß die alten Mischlinge jener auf höherer Bildungsstufe stehenden Familien durchaus annehmbare Leute seien trotz ihrer Charaktereigenarten, die ihnen eingeboren sind. Es gibt persönlich recht angenehme und achtenswerte, durchaus rechtliche Menschen unter ihnen. Dasselbe ist zum Teil auch bei den jüngeren Generationen, aber doch wohl schon in etwas geringerem Maße der Fall. Hier macht sich schon das Gefühl der numerischen Ueberlegenheit, der finanziellen Kraft sehr bemerkbar. Immer schärfer treten die Eigenschaften in die Erscheinung, welche auch bei anderen Mischlingsvölkern beobachtet werden. Bei den Männern sind dies hauptsächlich Unbeständigkeit bei der Arbeit, geschäftliche Unzuverlässigkeit, Neigung zum Trunk und ein außerordentlich stark ausgeprägter, ungezügelter Sexualtrieb. Bei den Frauen sind es dieselben Eigenschaften ins Weibliche übertragen. Sie sind oft wenig haushälterisch, putzsüchtig, mangelhafte Erzieherinnen ihrer Nachkommenschaft und außerordentlich wechselnd in ihren Neigungen. Beiden Geschlechtern gemeinsam ist ein nach außen hin deutlich zur Schau getragener Stolz auf ihre weiße Abkommenschaft, die sie durch ihre Lebensauffassung und Lebensweise oft verleugnen. Selbstverständlich gibt es eine beträchtliche Zahl anerkennenswerter Ausnahmen, auf welche obige Charakteristik erfreulicherweise nicht zutrifft.

Die Stellung der Mischlinge wird nun von Jahr zu Jahr eine immer stärkere. Ein Teil der inzwischen verstorbenen weißen Ansiedler hat große Vermögen in Samoa erworben und diese seinen farbigen Nachkommen hinterlassen. Die Folge davon ist, daß diese geschäftlich und sozial schon heute eine sehr bedeutende Rolle in Samoa spielen. Das wird in immer größerem Maße der Fall sein, je mehr die älteren weißen Ansiedler dahinsterben. Die zum Teil schon recht bedeutenden Import- und Exportgeschäfte werden in wenigen Jahren fast alle in Mischlingshände übergehen. *Schon heute sind Weiße als Untergebene von Mischlingskaufleuten angestellt!* Es ist das ein Zustand, welcher dem Ansehen der weißen Rasse nicht förderlich ist.

Digitized by Google

Zu ändern ist daran jetzt nichts mehr. Auch in gesellschaftlicher Beziehung spielen die Mischlinge bereits eine sehr bedeutende Rolle. Bei festlichen Veranstaltungen des deutschen Vereins Concordia, des deutschen Militärvereins, des Apia-Sportklubs und der anderen Vereine verschwinden die weißen Frauen und Mädchen fast ganz gegenüber der großen Zahl der zum Teil sehr schönen Mischlingsmädchen und -frauen mit ihren reichen Toiletten. Ja, selbst bis in die Kreise unserer Beamten ist das farbige Element gedrungen. Er gab in Samoa zeitweise mehr Beamte mit farbigen Frauen als solche mit weißen. Allerdings sind dies zur Hauptsache Beamte der unteren und mittleren Kategorien. Diese Beamten aber haben den Farbigen gegenüber eine immerhin doch recht einflußreiche Stellung, und so kommt es, daß die Farbigen in dieser Tatsache eine bemerkenswerte, ihrer Rasse gemachte Konzession erblicken müssen. Es gab beziehungsweise gibt aber auch heute noch Akademiker mit farbigen Frauen. Die besonderen samoanischen Verhältnisse sind an diesen Erscheinungen schuld. Bei dieser also schon heute höchst einflußreichen Stellung der Mischlingsbevölkerung ist es nicht zu verwundern, daß eine Kritik des Mischlingswesens in Samoa heftigen Widerspruch hervorruft, besonders wenn die Kritik in der einzigen in Samoa erscheinenden Zeitung abgedruckt wird. Das geschah im Jahre 1911. Verfasser dieser Kritik war ein noch jugendlicher, etwas schwärmerisch veranlagter Deutscher namens Michaelis, der in seinen Ausdrücken entschieden nicht wählerisch, ja, stellenweise in ganz unnötiger Weise persönlich beleidigend gewesen war, den Kernpunkt der Sache aber durchaus richtig beleuchtete, indem er darauf hinwies, wie erniedrigend es für den weißen Mann sei, sich mit einer nicht gleichwertigen Farbigen zu vereinigen, wie er sich dadurch an seiner Nachkommenschaft und an seinem eigenen Volkstum versündige und wie er bei längerer Gemeinschaft mit solcher Frau unbedingt auf einen niedrigen Lebensstandpunkt herabsinken müsse. Der junge Mann hatte entschieden die Wahrheit gesagt. Ob die einzige Landeszeitung gerade der geeignete Platz hierfür war, lasse ich dahingestellt sein. Eine ungeheure Aufregung unter der farbigen Bevölkerung war die Folge. Am erregtesten waren nicht etwa die samoanischen Frauen und Mädchen, sondern die Mischlingsfrauen. Eine Schar derselben vereinigte sich zu einem Zuge auf den Lanutooberg, auf dessen Gipfel der junge Michaelis wohnte. Sie hatten sich mit Prügeln, Peitschen, einem Teertopf und Schmiedezangen ausgerüstet und wollten dem weißen Artikelschreiber zu Leibe gehen. Die Polizei bekam rechtzeitig Wind von dem Anschlage und schützte Michaelis, indem sie ihn in Schutzhaft nahm. Der Respekt dieser Mischlingsfrauen vor der deutschen Regierung — und das ist besonders charakteristisch dafür, wie sehr die Mischlingsbevölkerung ihre Macht kennt — war so gering, daß sie sich nicht scheuten, selbst gegen das Gefängnis vorzugehen, um Michaelis der schützenden Gewalt der Polizei zu entreißen. Die Polizeisoldaten mußten ernstlich mit ihren Waffen drohen, ehe die fanatischen Frauen von ihren gewaltsamen Versuchen Abstand nahmen. Es fand dann eine große Protestversammlung der Mischlingsbevölkerung statt. Michaelis mußte die

Digitized by Google

Kolonie verlassen, da die Regierung ihn nicht dauernd gegen die Erregung der farbigen Bevölkerung schützen konnte.

Diese Vorgänge haben vielen die Augen geöffnet, welche in der Rassenmischung auf Samoa bisher keine ernste Gefahr zu sehen vermochten. Wenn man bedenkt, daß die Mischlingsbevölkerung infolge ihrer Erziehung durch die englischen Missionare mit wenigen Ausnahmen durchaus englisch gesinnt ist, daß sie infolge ihrer Verwandtschaft mit den Eingeborenen einen außerordentlich großen Einfluß auf diese auszuüben vermag und auch ausübt, und zwar ganz natürlicherweise auch in englischem Sinne, so ist es nicht schwer, zu ermessen, welche Folgen diese Zustände gegebenenfalls zum Beispiel während eines Krieges haben können. Sie treten aber auch schon jetzt in wirtschaftlicher Beziehung in die Erscheinung, und vor allem in kultureller.

Wie aber ist diese verhängnisvolle Weiterentwicklung zu hindern? Die Rassenfrage ist in Samoa schwieriger als in jeder unserer anderen Kolonien, weil dort die Zahl der Mischlinge die der Weißen schon beträchtlich übertrifft. Das erste natürlich ist die Verhinderung des Entstehens weiterer Mischlinge infolge Verbindung zwischen Weißen und Samoanerinnen. Bereits sei einigen Jahren wurde in Samoa die standesamtliche Eheschließung zwischen Weißen und Vollblutsamoanerinnen von der Regierung abgelehnt. Es herrschte also in der Praxis schon der jetzt vom Staatssekretär Dr. Solf für die Allgemeinheit unserer Kolonien vorgeschlagene gesetzliche Rechtszustand. Wenn durch diese Verweigerung der standesamtlichen Eheschließung eine Verbindung zwischen Braun und Weiß auch nicht verhindert wird, so wird doch wenigstens jenen kurzsichtigen, ihr eigenes Volkstum und Rasseempfinden preisgebenden Weißen mit lapidarer Deutlichkeit vom Staate vor Augen geführt, daß sie sich durch eine solche Verbindung außerhalb von Recht und Sitte stellen. Wer sich in seinem Gewissen beschwert fühlt, dem möge es gestattet sein, sich kirchlich trauen zu lassen. Der Staat soll keinen Gewissenzwang ausüben, *also möge man immerhin für die Kolonien in dieser Hinsicht ein Ausnahmegesetz schaffen, das aber ausschließlich nur rein religiöse Bedeutung haben darf, zivilrechtliche jedoch nun und nimmer! Die Nachkommen aus solcher Verbindung sind und bleiben vor dem Gesetze unehelich und unterstehen dem Eingeborenenrecht, nicht dem deutschen, denn durch seine Verbindung mit einer Samoanerin hat der weiße Vater sich ja außerhalb des deutschen Weißenrechts gestellt.*

Wenn weiterer Zufluß samoanischen Blutes erfolgreich verhindert wird, so wird es der weißen Rasse vielleicht noch gelingen, das Mischlingselement aufzusaugen, vorausgesetzt, daß ein stärkerer Zustrom weißer Ansiedler stattfindet als bisher. Um die kulturellen und nationalen Gefahren herabzumindern, ist das Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß den heranwachsenden Mischlingskindern eine gute Erziehung zuteil wird. Bis zu einem gewissen Grade

Digitized by Google

ist das ja auch schon der Fall. In der deutschen Regierungsschule und der Schule der katholischen deutschen Mission besitzt die Kolonie zwei Schulen, in denen ausschließlich Deutsch unterrichtet wird. Es müßte für alle Kinder registrierter Mischlinge Schulzwang eingeführt werden, der zum Besuche einer deutschen Schule verpflichtet.

Der Besuch einer Missionsschule, in welcher nicht Deutsch, sondern Samoanisch oder Englisch unterrichtet wird, muß für das Kind den unweigerlichen Verlust der Weißenrechte zur Folge haben. Das können und müssen wir verlangen, denn nur solchen Mischlingen, welche eine gute deutsche Schulbildung genossen haben, wollen wir unsere Staatsbürgerrechte zuerkennen. Wir müssen die Mischlinge, die jetzt vorhanden sind, so gut wie möglich uns zu assimilieren versuchen.

Um den Einfluß der Mischlinge im öffentlichen Leben nicht noch stärker werden zu lassen, als er schon ist, ist es vor allen Dingen notwendig, daß den deutschen Reichsbeamten grundsätzlich die Ehe mit einer Farbigen jeglicher Schattierung untersagt wird. Wer trotzdem auf eine solche Mischehe zu bestehen wünscht, ist, wenn er fest angestellt ist, in die Heimat zurückzuversetzen oder, wenn er nur kommissarisch auf Kündigung angestellt ist, nach Ablauf des Vertrages aus dem Reichsdienst zu entlassen. Ein engerer gesellschaftlicher Zusammenschluß der reinweißen Beamtenfamilien und der weißen Ansiedlerfamilien ist die unausbleibliche und zugleich beabsichtigte Folge dieser Maßregel. Der Beamte soll und muß in den Kolonien den Ansiedlern gegenüber ein Vorbild sein. Ist das nicht der Fall, so wird die sittliche und die Rassenmoral untergraben. Daher ist vor allem auch jegliche Form wilder Ehe zwischen Beamten und farbigen Weibern auf das strengste zu untersagen. Wollen wir wirklich Kulturträger sein, so ist vor allem auch auf eine hervorragende moralische Qualifikation unserer Kolonialbeamten Wert zu legen. Die Zeiten der ersten kolonialen Sturm- und Drangperiode, in der man einem forschen Draufgänger nicht zu Unrecht manches verzieh, sind unwiderruflich dahin. Ein Vorgehen gegen die offizielle Mischehe muß also auch ein nicht minder scharfes Vorgehen gegen das außereheliche Konkubinat einschließen. Wird dieses in einer offiziell geduldeten Form nicht beseitigt, so ist es nur halbe Arbeit, die wir zum Schutze der Vorherrschaft unserer Rasse unternehmen. Das eine tun und das andere nicht lassen. Die Grundlage aber, auf der wir aufzubauen haben, ist die prinzipielle Beseitigung der rechtlichen Mischehe.

Grundsatz soll überhaupt werden, daß der deutsche Kolonialbeamte verheiratet ist. Welch segensreichen Einfluß kann die deutsche Frau gerade auf abgelegener Station in geselliger und moralischer Beziehung ausüben! Die unverheirateten weißen Ansiedler sollen im Hause des verheirateten Beamten einen geistigen und sittlichen Stützpunkt finden. Ich habe selbst wiederholt gesehen, wie edel und wirklich national denkende Frauen

Digitized by Google

in hervorragender Weise einen sittlich erhebenden Einfluß auf die Ansiedlerschaft ausüben. Wenn die jungen Weißen wissen, daß sie unter dem Dache des deutschen Beamten deutsche Gastlichkeit und deutsche Häuslichkeit finden, dann kommt es ganz von selbst, daß das Beispiel zur Nachahmung auffordert. Dann wird denen, die bisher mit einem farbigen Weibe zusammenhausten, so recht der Vergleich aufgezwungen und eine Umkehr ist die häufige Folge. Enger gesellschaftlicher Zusammenschluß der weißen Familien muß Hand in Hand gehen mit den gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutz der weißen Rasse. Daneben aber ist die Ansiedlung verheirateter Deutscher energisch zu fördern. —

Diejenigen Weißen Samoas, welche farbige Frauen genommen haben, führen oft zu ihrer Entschuldigung an, die weiße Frau könne sich in dem warmen Klima Samoas nicht gesund erhalten und sei infolgedessen eine Art Luxusartikel, den sich nur hochbezahlte Beamte und sehr wohlhabende Pflanzer gestatten könnten. Das ist aber in Wirklichkeit nichts als eine Ausrede, die durch die Tatsachen längst widerlegt ist. Das Klima Samoas ist bekanntlich frei von Tropenkrankheiten. Malaria, Gelbfieber, tropische Dysenterie sind nicht endemisch. Die Temperaturen sind für ein Tropenklima relativ sogar niedrig zu nennen. Die weiße Frau fühlt sich durchschnittlich recht wohl in Samoa. Es gibt in der Tat auch dort rein weiße Familien, die bereits in der dritten Generation vertreten sind. Die fälschlich aufgestellte Behauptung, daß die Fruchtbarkeit der Weißen in Samoa beeinträchtigt werde und daß insbesondere die Frauen sich dort Unterleibsleiden zuzögen, entspricht ebenfalls nicht den Tatsachen. Es wird ferner mit Unrecht behauptet, die weiße Frau bedürfe mindestens alle zwei Jahre einer Erholung im kühleren Klima. Das ist ganz und gar keine Notwendigkeit. Ich kenne eine Anzahl weißer Frauen, welche vier, fünf, ja zehn Jahre und noch länger ohne Unterbrechung auf Samoa gelebt, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen, und während dieser Zeit zahlreiche kräftige Kinder geboren haben, die in Deutschland nicht gesunder hätten aufwachsen können. Allerdings hat die Mehrzahl dieser Frauen sich im Haushalt tüchtig betätigt. Das ist not, wenn die weiße Frau sich körperlich und geistig in den Tropen wohlfühlen soll. Frauen, die den ganzen Tag auf dem Langstuhl liegen, lesen oder träumen, die erschlaffen allerdings sehr bald, werden unzufrieden und schließlich krank. Aber eine solche Lebensweise führt auch in Deutschland zu Mißmut und Hysterie.

Nur die weiße Frau ist eine vollwertige Gefährtin des weißen Mannes in den Tropen. Mit dem Manne in wahrer Herzensliebe verbunden, ist sie ihm bei der oft nicht leichten Arbeit Freundin und geistige Stütze. Durch überlegtes Schaffen und haushälterischen Sinn erspart sie ihm mit Leichtigkeit die Summe, welche eine gelegentliche Erholungsreise erfordert. Wie aber sieht es in wirtschaftlicher Beziehung in den meisten der farbigen Haushaltungen aus? Mangel an Ordnung, Sauberkeit und Sparsamkeit verhindern ein Vorwärtskommen der Familie, die Flatterhaftigkeit und Putzsucht der Frauen verursacht Ausgaben, die in ihrer Summe nicht

Digitized by Google

geringer, meist noch höher sind, als die Kosten, welche eine Erholungsreise der weißen Frau verursacht; zu allem kommt nun noch in vielen Fällen hinzu, daß die farbige Frau einen mehr oder minder großen Verwandtenanhang mitbringt, ohne den sie nicht leben will und die sie nach samoanischer Sitte auch nicht fortschicken kann. Diese Leute tun gewiß manche Dienstleistungen als Entgelt für die Unterkunft, die sie beim Weißen finden. Die Leistung steht aber ganz und gar nicht im Verhältnis zu den Kosten, die ihr Unterhalt dem Weißen verursacht. Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn der weiße Mann, der sich das Zusammenleben mit seiner farbigen Liebsten anfänglich ganz anders vorgestellt hatte, viel poetischer und vor allem auch viel billiger, sich in dieser Umgebung nicht wohl fühlt und mehr und mehr dem Wirthausleben und Trinken anheimfällt? Nein, ein Wunder ist das wahrhaftig nicht, sondern eine leicht erklärliche Folge solch' widernatürlichen Verhältnisses. Ich könnte nicht einige, sondern eine ganze Anzahl von Beispielen aus Samoa anführen, wo der weiße Mann im Uebermaß des Mißbehagens mit seinem farbigen Familienelend an den Trunk gekommen und elend zugrunde gegangen ist. Auf jede farbige Mischehe läßt sich diese Behauptung ja Gott sei Dank nicht anwenden. Es gibt rühmenswerte Ausnahmen. Aber das sind eben auch nur Ausnahmen, welche die Regel bestätigen. Es fehlen Herz und Gemüt und die sorgende Hand der weißen Frau, welche den Mann zu frohem Schaffen ermuntern und ihm sein Heim, wenn es auch noch so bescheiden ist, zum Schlosse machen, unter dessen Dach das Glück wohnt. Und dann fehlt den Kindern vor allem die ernste, gleichmäßig konsequente, liebende Erzieherin, die nicht heute verhätschelt und morgen in aufwallendem Zorne straft, und im übrigen die Kinder meistens sich selbst und ihrem Eigenwillen überläßt, wie das bei den farbigen Müttern die Regel ist.

Ich komme zum Schluß noch auf zwei Einwände, die von gegnerischer Seite gegen das Verbot der farbigen Mischehe erhoben werden, zu sprechen, unter besonderer Bezugnahme auf Samoa.

Es wird zunächst behauptet, ein Vorgehen gegen die Mischehe verhindere nur in ganz ungenügendem Maße die Bildung einer Mischrasse, da nur etwa ein Prozent aller Vereinigungen zwischen Farbigen und Weißen ehelich sei. Es wurde von mir bereits darauf hingewiesen, daß in Samoa ein großer Teil der Verbindungen ehelich ist. Eine genaue Zahlenangabe ist nicht möglich mangels einer Statistik. Ganz sicher ist aber von allen Verbindungen zwischen Weißen und Farbigen reiner und gemischter Rasse mindestens ein Drittel, wenn nicht gar noch mehr ehelich. Ein Vorgehen gegen die offizielle farbige Mischehe würde in Samoa also außerordentlich wirkungsvoll sein.

Sodann wird der religiös-ethische Einwand erhoben, das Verbot des Eingehens einer offiziellen Ehe treibe Weiße und Farbige ins Konkubinat. Auch dieser Einwand ist unbegründet, denn gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Duldung der offiziellen Rassenmischehe befördert das

Digitized by Google

außereheliche Konkubinat zwischen Weißen und Farbigen in geradezu eminenter Weise! Die jungen nach Samoa kommenden weißen Männer würden sich viel mehr scheuen, ein öffentliches Konkubinat mit einer Farbigen einzugehen, wenn sie nicht so zahlreiche Beispiele vor Augen hätten, daß diese Konkubinate in späteren Jahren den Segen von Staat und Kirche erhalten. So kommt es, daß in der Praxis kaum ein Unterschied gemacht wird zwischen der gesetzlichen Ehe und dem ungesetzlichen Konkubinate, das man euphimistisch „faa Samoa-Ehe" nennt. Die Grenzen, welche Sitte und Moral bei uns um die rechtmäßige Ehe gezogen haben und welche die Schutzmauern eines geregelten Familienlebens bilden, sie sind in Samoa fast verwischt. Sind das Zustände, die sich mit unseren Anschauungen von Moral vereinigen lassen? Nein, das sind Zustände, welche die einfachsten Sittlichkeitsbegriffe schon bei den heranwachsenden Kindern ertöten, das sind Folgeerscheinungen des wilden, ungezügelten Sexuallebens einer unzivilisierten Bevölkerung, welche mit der christlichen und sittlichen Auffassung des Ehelebens überhaupt nichts gemein haben! Wenn diejenigen, welche jetzt aus religiös-moralischen Gründen das Verbot der Mischehe bekämpfen, diese Zustände auf Samoa — auf den anderen Südseeinseln sind sie ähnlich — wirklich kennen würden, sie wären die ersten, welche ihr „Anathema sit" aussprechen würden über die Legalisierung und Sanktionierung solcher Verhältnisse. Die Theorie, daß man die im farbigen Konkubinate dahinlebenden weißen Brüder erheben müsse, indem man ihnen die Tore der rechtmäßigen Ehe öffne, ist theoretisch durchaus zu billigen. In Wirklichkeit aber wird sie nichts anderes sein als eine Aufforderung zu langjährigem Konkubinate, denn keinem Weißen, wenn er bei Verstand ist, wird jemals in den Sinn kommen, eine Farbige vom Fleck weg zu ehelichen. Die Forderungen der Religion und Sittlichkeit erheischen vielmehr, daß, wer im Konkubinate mit einer minderwertigen Farbigen lebt, einen Strich unter die bisherige Gemeinschaft macht, für seine farbigen Kinder so gut als möglich ist, sorgt, indem er am besten sie einer Mission zur Erziehung gibt, sich aber dann mit einer gleichwertigen weißen Frau verehelicht, damit Kultur und gute Sitte verbreitet werden und die Nachkommen seines Blutes nicht hinabgezogen werden durch Beimischung minderwertigen Blutes, das in der Regel stets die Oberhand behält über dem weißen. Wer von den Weißen sich aber wirklich schon so an die farbige Gemeinschaft gewöhnt hat, daß er sich nicht trennen will, und wer, was im übrigen gar nicht so oft der Fall sein wird, nach kirchlicher Sanktionierung verlangt, dem möge das Recht sein, sie zu erhalten, denn über das Gewissen soll und will ein gesundes Staatswesen keine Herrschaft ausüben.

Aber fort mit der rechtlichen Legalisierung dieser widernatürlichen Gemeinschaften! Sie ist der Ruin der Zivilisation in unseren Kolonien, sie untergräbt dort unrettbar die Vorherrschaft unserer Nation und unserer Rasse, in Samoa insbesondere wird sie einer minderwertigen Mischlingsbevölkerung zu einer prä-

Digitized by Google

dominierenden, die weiße Bevölkerung und deren Sittenanschauung geradezu erdrückenden Macht verhelfen, sie wird in Samoa das baldige Ende unserer nationalen und wirtschaftlichen Stellung bedeuten, die schon jetzt aufs schwerste beeinträchtigt ist.

Das strategische Ziel der französischen Afrikapolitik und — Deutschland.

Von Dr. K. Simon.

Nachdem Ende des Jahres 1913 die letzte Burg der Senussiten im Gebiete der französischen Sahara erobert wurde, sind endlich die Frankreich im Abkommen mit England zugefallenen Gebiete bis an die Grenze der englischen Zone hin dauernd okkupiert worden. Damit hat die koloniale Tätigkeit Frankreichs einen gewissen Abschluß erreicht. Es ist darum Zeit, einmal die Frage zu prüfen, ob in strategischer Beziehung dieser Abschluß der Eroberung in allem den Interessen, zunächst also den militärischen des Mutterlandes entspricht, oder ob etwa gerade für die Beziehungen der ungeheuren Kolonie zum Mutterlande gewisse Abänderungen der territorialen Gestaltung erwünscht sind.

Rein geographisch betrachtet, bilden alle kontinentalen afrikanischen Kolonien Frankreichs, wenn wir von jener winzigen Besitzung am Roten Meere und an den Pforten Abessiniens (Obok) absehen, ein zusammenhängendes Ganzes: von Algerien bis zum Kongo kann der Franzose marschieren, ohne daß er das französische Gebiet verlassen müßte. Auch die Abtretung Neukameruns an Deutschland hat darin nicht so sehr viel geändert. Doch lehrt schon ein geschichtlicher Rückblick, daß dies ganze gewaltige französische Kolonialreich seiner Entstehung nach keine Einheit sein kann. Andererseits ist das Streben der Kolonialpolitik Frankreichs seit drei Jahrzehnten mit aller Energie darauf hinausgegangen, die früher isolierten Gebiete zu einem möglichst einheitlichen Körper zusammenzuschweißen. Bekanntlich ist Aehnliches schon in einem früheren Zeitraum der französischen Kolonialgeschichte versucht und zum guten Teil auch durchgeführt worden. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts reichte das gewaltige amerikanische Kolonialreich Frankreichs von der Mündung des Lorenzstromes zu der des Mississippi und fand erst im Golf von Mexiko mit San Domingo, Martinique und Guadeloupe seinen Abschluß. Nur daß hier das seegewaltige England die bereits sich zwischen Kanada und Louisiana anbahnende Verbindung für immer im siebenjährigen Kriege zerriß und Kanada wie Louisiana Frankreich raubte!

Auch heute bilden die nordafrikanischen Besitzungen längst keine Einheit, vor allem nicht in verkehrspolitischer Beziehung. Aber auch in militärischer Hinsicht fehlt noch viel daran, und zwar geht aus der Reihenfolge der Eroberung der Einzelbestandteile des ganzen Kolonialreichs hervor, daß gerade die Okkupation von Algerien, die doch die meisten Opfer an Geld und Menschen erforderte, ein bis fast auf den heutigen Tag isolierter Vorgang geblieben ist, wenn auch Tunis und Marokko, oder doch wenigstens Ostmarokko, von Algier aus erobert wurden. Räumlich bilden nämlich die gewaltigen Gebiete von Senegambien bis zum englisch-ägyptischen Sudan eine größere Rolle, auch ist hier längst der Grundstein zu der französischen Kolonie im 18. Jahrhundert gelegt worden, bevor der Angriff auf Algerien erfolgte. Auch darf ruhig behauptet werden, daß gerade die Art, wie Algier die finanziellen und militärischen Machtmittel Frankreichs allzusehr in Anspruch nahm, der weiteren Ausdehnung Senegambiens nachteilig ward. Denn auch diese in so reichem Maße auf Algerien konzentrierten Mittel waren nicht imstande, eine französische Offensive durchzuführen, die quer durch die Sahara

Digitized by Google

bis in den Sudan vorzudringen vermocht hätte! Hierin liegt in strategischer Beziehung eine Sonderart der französischen Expansion in Nordafrika begründet — und diese Sonderart ist eine Schwäche!

Denn z. B. brachten schon im 18. Jahrhundert die Kanadier mit ihren nie fehlenden Büchsen, von denen ja die Indianerbücher unserer Jugend noch heute des Lobes voll sind, dem von Indianern bedrängten Louisiana wertvolle Hilfe: der Ohio bot ihnen den bequemen Weg dorthin. Wie aber steht es mit der kürzlich erfolgten Eroberung von Ain Galakka in Borku? Die starke Hand Frankreichs greift auf einem ungeheuren Umweg in das Herz des saharischen Afrikas hinüber: die beiden zum Angriff vorrückenden Kolonnen marschieren von Kanem und Wadai aus. Die Richtung ihres Marsches aber ist natürlich nordwärts, d. h. sie näherten sich mit jedem Schritt mehr jener von den Franzosen längst, d. h. seit 1830 besetzten Operationsbasis Algerien. Die von Wadai ausrückende Kolonne marschiert eigentlich geradezu in der Richtung auf Algier, indem sie Ain Galakka als Ziel nahm. Zu welchem Umwege zwang die für größere Truppenkörper unpassierbare Sahara!

Trotzdem gelang der Sturm auf Ain Galakka. Das aber darf uns nicht hindern, die Tatsache zu konstatieren, daß in strategischer Hinsicht die Einbeziehung von Borku in das französische Kolonialreich eigentlich ein Monstrum ist. Denn wenn wir einmal von Frankreich als der ursprünglichen Operationsbasis absehen, so waren selbst in Afrika noch deren mindestens zwei weitere erforderlich, die eine in Senegambien, die andere am Tschadsee. Beide sind aber um 2500 Kilometer voneinander entfernt und nur schlecht miteinander verbunden, nämlich durch die Eisenbahn vom Senegal zum Niger und dann durch den Niger selbst, vom mittleren Niger aber zum Tschadsee führt nur eine Karawanenstraße. Der Erfolg des Unternehmens darf keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß diese von der doppelten Operationsbasis schon in Afrika ausgehende Expedition im Falle des Mißlingens den großen Nachteil gehabt hätte, daß schwerlich vor einem Jahre eine Wiederaufnahme der Operationen hätte durchgeführt werden können — unter Umständen ein Unheil!

Die Tatsache, daß vom französischen Kongo her ein zweiter Weg zum Tschadsee besteht und hierdurch die französische Herrschaft im Osten des Sudans um so gesicherter erscheint, ändert nichts daran, daß alle Beziehungen vom Mutterlande zu den weiter binnenwärts belegenen Kolonien dringend einer Besserung in verkehrstechnischer Hinsicht bedürfen. Denn auf die Dauer bedeutet es doch einen unhaltbaren Zustand, wenn nicht der kürzeste Weg von der Küste — in diesem Falle (Ain Galakka) — von der des Mittelmeeres, sondern der von den Binnenländern am Tschadsee die Richtung der militärischen Operationen bestimmt.

Von diesem Gesichtspunkt aus wäre dann allerdings die Bahn quer durch die Sahara ein Ideal, das allen solchen Uebelständen abhelfen könnte. Und offenbar hat auch jede Eisenbahnverbindung nach dem Mittelmeer hin den großen Vorteil, daß mit ihr gleichzeitig die kürzeste Linie zum Mutterlande Frankreich selbst hergestellt wird. Andererseits ist und bleibt aber jede Bahn durch die Wüste in ökonomischer Hinsicht noch für lange Jahrzehnte ein Unding, wenigstens gilt dies für die von Algerien ausgehenden Transversalbahnen der Sahara.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß für Frankreich alle mit der Beherrschung und „pénétration pacifique" zusammenhängenden Fragen der afrikanischen Kolonien eine bedeutende Vereinfachung erfahren haben, seit Marokko diesem stolzen und weiträumigen Kolonialgebäude als Schlußstein einverleibt wurde. Denn die militärische Besetzung all dieser Gebiete wird dadurch erleichtert, daß im Bedarfsfalle die Nachbarkolonien die notwendig werdenden Verstärkungen auf dem kürzesten Wege in ein bedrohtes Kolonialgebiet absenden können, ohne daß das Mutterland auch nur um wenige Tausende von Soldaten entblößt zu werden brauchte.

Digitized by Google

Bekanntlich ist zum erstenmal in der französischen Kolonialgeschichte ein derartiges Verfahren bei der Besetzung Marokkos vom Jahre 1911 an befolgt worden: nicht nur Algerien, sondern auch Senegambien stellten eingeborene Truppen für die militärische Durchdringung Marokkos. Natürlich war es bei dem Umfange dieses gewaltigen Unternehmens ausgeschlossen, daß diese Truppen ausreichend waren. Vielmehr mußte das Mutterland einerseits selbst noch Truppen stellen, zweitens aber auch die aus Algerien entsandten Truppen durch Nachschübe aus dem Mutterlande ersetzen. Und hiervon abgesehen, waren auch die aus Algier und Tunis entsandten Truppen, die in Marokko stationiert wurden, zum größten Teil Weiße, also entweder Fremdenlegionäre oder Zuaven usw. Immerhin aber ist doch der Anteil der aus Senegambien und Algerien stammenden Eingeborenentruppen ein recht bedeutender und beträgt zurzeit wohl insgesamt 50 Prozent.

Und schon hat die Organisation von recht zahlreichen Truppenteilen auch aus Marokkanern begonnen. Immer mehr nähert sich Frankreich dem heißerstrebten Ideale, das selbst für einen europäischen Krieg die Nord- und Westafrikaner verwenden will. Daß daran schon jetzt gedacht wird (und auch werden kann), unterliegt gar keinem Zweifel. Doch wäre es müßig, bestimmte Angaben über die etwa für Europa zur Verwendung bereiten Truppen afrikanischer Abstammung machen zu wollen. Vorläufig steht es doch noch so, daß dafür wieder ein recht bedeutender Teil weißer Mannschaften dauernd in Afrika verbleiben muß, vor allem doch in Algier und in Marokko, das doch längst nicht völlig pazifiziert ist.

Auch eine Transsaharabahn würde geringe Vorteile für die Verteidigung des Mutterlandes durch afrikanische Kontingente bringen, weil gerade die etwa aus dem Tschadseegebiete und dem französischen Sudan herangezogenen Truppenteile am allerwenigsten für einen europäischen Feldzug geeignet sind und daher kaum in Frage kommen dürften. So würde auch eine Bahn quer über die Sahara kaum Vorteile in militärischer Beziehung bieten. Und umgekehrt wird in absehbarer Zeit kaum eine Verwendung algerischer Truppen für Feldzüge im französischen Sudan in Betracht kommen, weil dort die französische Herrschaft am allerwenigsten gefährdet erscheint.

Will man einmal ein Programm aufstellen, das auf die Verteidigung der afrikanischen Kolonien Frankreichs und darüber hinaus auf die Verwendung afrikanischer Kontingente in Europa Bedacht nimmt, so dürfte dies nur in einem Entschluß gipfeln können: Marokko muß nicht nur auf dem Seewege, sondern auch durch Eisenbahnen mit Algerien, weiter aber auch noch mit Senegambien verbunden werden. In einem Teile wird dies Programm recht bald durchgeführt sein. Denn schon im nächsten Frühjahr (1914 also) wird Taza besetzt werden, und die Vollendung der bereits bis an die Muluja herangeführten algerischen Eisenbahn bis nach Fez wird dann wohl im Herbst 1914 zur Tatsache werden. Gleichzeitig dürfte die von Casablanca aus erbaute Militäreisenbahn vom Atlantik her Fez erreichen.

So ist hier auch ohne die Beherrschung des Meeres eine Verbindung der nordafrikanischen Kolonien in naher Zukunft hergestellt. Gute Wege aber noch hat es vielleicht, bis den leitenden Kreisen der französischen Kolonialpolitik zum Bewußtsein gekommen sein wird, daß den wahren Interessen Frankreichs allein mit einer Saharabahn gedient ist, die vom südlichen Marokko nach Senegambien führt und damit die schnellste und sicherste Verbindung dieser beiden Kolonien verbürgt.

Denn Frankreich wird für andere europäische Mächte nur dann die „schwarze Gefahr" heraufbeschwören können, wenn es mit den Truppen der einen Kolonie die andere in Schach hält. Ganz gut können zum Beispiel einige Regimenter des Senegal alle Tschadseegebiete in Gehorsam halten. Auch dürfte immerhin die Treue etwa Marokkos dann am zuverlässigsten sein, wenn ein gut Teil der kriegerischen Jugend dieses Landes im Falle eines europäischen Krieges außerhalb der Heimat steht und

Digitized by Google

dafür Senegalregimenter in Marokko Garnisonen bilden. Ohne einheitliches Eisenbahnnetz aber lassen sich alle solche Truppenkonzentrationen und -verlegungen, wenn überhaupt, so doch nicht mit der nötigen Schnelligkeit durchführen.

Wohl bleibt das Meer Westafrikas im Falle eines Krieges in Europa wegen des Schutzes der englischen Flotte sicher. Aber auf die Dauer kann ein starkes Frankreich unmöglich sich auch als Kolonialmacht auf den englischen Schutz verlassen. Eine gewisse Schwäche liegt doch einmal darin, daß die Okkupation von Fez vom Atlantischen Meere und nicht von Algerien aus erfolgte. Und nachgeholt muß die noch mangelnde Besetzung von Taza doch werden. Im Falle einer europäischen Verwicklung aber wäre heute noch kaum darauf zu rechnen, daß die aus Fez usw. nach Europa dirigierten Regimenter irgendwie rechtzeitig zur Stelle wären. Sollte daher nicht an der Ansicht der französischen Oppositionsparteien, daß die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit im Zusammenhang stände mit der „pénétration pacifique" Marokkos, etwas Wahres sein? (Neuerdings ist dies auch offiziell zugegeben worden!)

Das französische Budget für 1914 sieht bei einem Voranschlage von 233 Millionen Francs eine Erhöhung der militärischen Streitkräfte in Marokko (von 78 000) auf 90 300 Mann vor. Das heißt nächst dem englischen Indien besitzt nunmehr Marokko das stärkste stehende Kolonialheer überhaupt. Dieses geradezu kolossale Truppenaufgebot dürfte für die militärische Verbindung Westalgeriens mit Fez unter allen Umständen ausreichend sein. Trotzdem glaubte noch neuerdings Messimy, ehemaliger Kriegsminister und Berichterstatter für das Budget 1914, gelegentlich seines Aufenthalts in Tanger versichern zu sollen: Frankreich werde lediglich vermittelst einer „infiltration méthodique" nach Taza gehen, um die Verwendung größerer Streitkräfte zu vermeiden, zumal dabei die übrigen Gebiete von Truppen entblößt werden müßten! — Uns dünkt viel wahrscheinlicher, daß diese „trouée de Taza" mit Aufwendung von Truppenmassen erfolgen wird, die von vornherein jeden Mißerfolg ausschließen. Denn gerade jenes 90 000 Mann zählende militärische Aufgebot für Marokko ist doch nur dazu da, um von Algerien und von Fez her gleichzeitig mit Streitkräften vorzugehen, die auf beiden Seiten hinter der Stärke eines europäischen Armeekorps kaum zurückbleiben dürften und energische — und schnelle — Arbeit garantieren!

Von jeher waren zudem Konzentration und Zentralisation Frankreichs Heil, auch in der Kolonialpolitik! Immer mehr dürfte es sich erweisen, daß Marokko ein ebenso nützliches Glied des großen Kolonialreiches in Nordafrika ist, wie der Rest des Congo français und selbst die Gebiete östlich des Tschadsees wenig wertvoll sind, vornehmlich, weil ihr Besitz zur Zersplitterung im strategischen und handelspolitischen Sinne führt. Wie läßt sich dem abhelfen? — Weiterer Gebietsaustausch dürfte das einzige, dafür aber auch das radikalste Heilmittel sein. Schon hat das deutsche Togo in schwerer Zeit dabei eine Rolle gespielt. Warum nicht diesen Gedanken durchführen und noch dazu am Niger englische Gebiete gegen Ueberlassung der weiter östlich des Tschadsees gelegenen Kolonien an England eintauschen? — Deutschland könnte das alles recht sein, wenn es nördlich des Tschadsees bis an das italienische Fessân herankäme. Denn auch hier in Afrika müßte eine gute Dreibundpolitik eine strategische Situation schaffen, die der in Europa vorhandenen entspräche. Tripolis ist nun einmal der wahre Mittelmeerhafen des Sudans, wenigstens des mittleren; was liegt näher als ein Eisenbahnbau von Tripolis über den Tschadsee zum Anschluß an die deutsche Kamerunbahn? Ein Anschluß südwärts an den Kongo brauchte nicht zu fehlen! — Erst dann, wenn von der Nordsee zum italienischen Mittelmeer und weiter vom italienischen Mittelmeerhafen Tripolis bis zum deutschen Kongoufer ein nur durch das Mittelmeer unterbrochener Schienenweg führt, darf das Werk der Tripleallianz in Afrika als abgeschlossen angesehen werden. Und sollte es in Zukunft nicht möglich sein, dem englischen Kap-Kairo-Bahnunternehmen ein besseres, weil kürzeres, Tripolis—Tschadsee—Leopoldville—Kapstadt, an die Seite

Digitized by Google

zu stellen? Die Karte lehrt uns, daß Leipzig, Rom, Tripolis, Tschadsee und Kapstadt unter demselben Meridian liegen. Bauten die Union, Kanada und Rußland Bahnen mit größtem Erfolge in der Richtung der Breitenkreise, so dürften in Zukunft auch einmal Meridianbahnen verkehrsumwälzend wirken, vornehmlich in Afrika. Hier würden dabei die Interessen Frankreichs und Deutschlands einer gegenseitigen Arrondierung der Kolonialgebiete keineswegs entgegen sein. Wenn irgendwo auf der Erde, so sind aber diese politischen Grenzen, wie sie die Karte an der Küste Guineas und im Binnenlande vom Tschadsee bis zum Kongo aufweist, nicht als definitive anzusehen. Jede folgerichtig durchgeführte Arrondierung aber erleichtert eine Konzentration der militärischen und ökonomischen Kräfte. Und Frankreich hätte unzweifelhaft den größten Nutzen davon, daß es die ihm viel zu weit entlegenen Gebiete im östlichen Sudan abstößt und dafür am Niger und an der Küste Guineas (durch Togo) einen wohlerwünschten Zuwachs erhält. Für Deutschland aber gilt es, seine afrikanische Kolonialpolitik in Einklang zu bringen mit seiner auswärtigen Politik, also mit der Tripleallianz. Und gäbe es ein besseres Mittel als das, die Grenzen der Tripleallianz über das Mittelmeer durch Nordafrika bis an den Kongo zu erweitern?

Man hat vielfach als vornehmstes Ziel der deutschen Kolonialpolitik die Expansion von Kamerun bis nach Ostafrika bezeichnet. Doch würde eine Verwirklichung dieses Strebens durch die Mitte des Kontinents hindurch keinerlei strategische Vorteile bringen. Denn im besten Falle stände dann ein größeres deutsches äquatoriales Afrikareich ganz isoliert da und wäre rings von englischen und französischen Kolonien eingeschlossen, entbehrte vor allem aber zur See völlig der sicheren Verbindung mit dem Mutterlande. Nur wenn es gelingt, die afrikanische Kolonie Italiens in eine strategische und handelspolitische Verbindung mit der deutschen zu bringen, was nur durch eine Eisenbahn möglich ist, die der englischen Kap-Kairo-Bahn eine deutsch-italienische Tripolis-Kongo-Bahn entgegenstellt, kann der Dreibund auch in Afrika eine einheitliche Politik verfolgen. Und da Frankreich sich in absehbarer Zeit von der englischen Abhängigkeit, die ihm als Seemacht und in Afrika manche Wunde geschlagen hat (Faschoda!), emanzipieren dürfte, so erscheint uns die Verwirklichung dieses Ideals, das Frankreich die erwünschte Konzentration, Deutschland und Italien aber die Verfolgung der Dreibundpolitik auch jenseits des Mittelmeers bis an den Kongo (und über ihn hinaus!) gestattet, als erstrebenswertes Ziel.

Zur Geschichte Togos.

Von Direktor Fr. Hupfeld.

Unter dem Titel „Togo, die Aufrichtung der deutschen Schutzherrschaft und die Erschließung des Landes" hat der frühere Leiter der Polizeitruppe von Togo, Hauptmann Trierenberg, eine fleißige Arbeit veröffentlicht, die eine sehr wertvolle Ergänzung der sowieso nicht besonders umfangreichen Literatur über unser kleinstes afrikanisches Schutzgebiet bildet.

Das Buch ist mit einer größeren Zahl meist gut gelungener Photographien ausgestattet, die neben den wichtigsten Gebäuden der verschiedenen Verwaltungssitze und einigen Volkstypen die Bilder einer Reihe von Männern bringen, die sich um die Erschließung von Togo besonders verdient gemacht haben, an der Spitze Graf v. Zech. Beigegeben ist eine Karte des Schutzgebietes mit Eintragung der Routen der wichtigeren Erschließungsexpeditionen und eine Uebersichtskarte von Togo und seinem Hinterlande mit den Routen von v. François, Wolf und der Togo-Hinterlands-Expedition.

Der erste Teil des Werkes gibt einen Abriß der Geschichte des Schutzgebietes, beginnend mit der Erwerbung des Landes, und nach kurzem Ueberblick über die ersten

Digitized by Google

Erforschungsreisen, die daran anschließende Gründung von Stationen, die sodann folgenden Erschließungs- und Unterwerfungsexpeditionen bis zu den nunmehr fast ganz abgeschlossenen Grenzexpeditionen führend.

Der zweite und dritte Teil geben einen kurzen Ueberblick über Organisation und Tätigkeit der Verwaltung, der für eine allgemeine Orientierung durchaus genügt, und eine eingehendere Darstellung der Errichtung und Organisation der Polizeitruppe.

Der weitaus wichtigste und auch umfangreichste vierte Teil bringt sodann eine aktenmäßige Darstellung des Verlaufes der einzelnen Erschließungsexpeditionen, deren Bedeutung für das Gesamtbild bereits im ersten Teile gewürdigt war. Ein fünfter Teil mit Mitteilungen über kleinere Expeditionen in den einzelnen Bezirken schließt sich an und bildet die für eine vollständige Darstellung notwendige Ergänzung.

In diesen Einzeldarstellungen findet sich eine Fülle bisher noch unbekannten, vielfach überaus anziehenden Materials für den, der nicht lediglich einen allgemeinen Ueberblick über die Geschichte unseres Kolonialwesens haben will, sondern sich auch für die mühevolle Kleinarbeit interessiert, in der unser Kolonialreich drüben auf- und ausgebaut wurde.

Die Namen der tatkräftigen Männer, die unter großen Entbehrungen und mit meist geradezu lächerlich kleinen Mitteln dort für des deutschen Namens Ehre gearbeitet und gekämpft haben, ziehen an uns vorüber; manche sind schon drüben oder später in der Heimat vorzeitig ins Grab gesunken, die Mehrzahl ist aus dem Kolonialdienst ausgeschieden bzw. mußte pensioniert werden, nur einige wenige aus der alten Zeit haben die Freude, noch mitzuarbeiten an der nunmehrigen wirtschaftlichen Erschließung des Landes, das sie politisch und militärisch besetzen und unterwerfen halfen.

Wir sehen aus dem Buche ferner, daß Togo keineswegs immer und überall das friedlich-harmlose Land war, als das es in der Oeffentlichkeit meist hingestellt worden ist. Wohl wurde vielfach die deutsche Herrschaft als Schützerin gegen sklavenräuberische Ueberfälle feindlicher stärkerer Nachbarn nicht ungern angenommen; aber es gibt doch auch in Togo selbstbewußte steifnackige Völker, die in blutigen Kämpfen unterworfen werden mußten, so das vom Islam beeinflußte Reich der Dagombas, aber auch die rein heidnischen unbändigen Stämme der Bassari, Konkombas und das sogenannte Transkaragebiet.

Hervorzuheben aber ist dabei die Tatsache, daß niemals ein von Weißen geleitetes Gefecht oder Schlacht verloren gegangen und daß niemals ein Europäer in die Hände feindlicher Eingeborenen gefallen ist.

Als Ergänzung der sonst so vollständigen und fehlerfreien Darstellung sei hier noch kurz der bescheidenen Rolle gedacht, die ich als Leiter der Douglasschen Togo-Expedition in dem Schlußakte der interessanten Zeit kurz vor dem grundlegenden Vertrag mit Frankreich vom 23. Juli 1897 spielen konnte. Die Lage für Deutschland war im Frühjahr 1897, als ich in Togo eintraf, recht unerfreulich. Im Osten und Norden entsandten die Franzosen eine Expedition nach der anderen, um unbekümmert darum, wie die Rechtsverhältnisse lagen, noch auf möglichst viel Land durch **occupation effective** sich Ansprüche zu sichern. Im Nordwesten war im Jahre 1896 zwar v. Massow durch das neutrale Viereck unter Niederwerfung des Widerstandes der Dagomba durchgebrochen und war mit der siegreichen Truppe in Mangu, Konkomba, Bassari und Sugu-Wangara erschienen. Allein Dagomba war nicht unterworfen, und ein Aufstand der Konkomba unterbrach der deutschen Station Mangu den einzigen Verbindungsweg nach dem unbestritten deutschen Gebiet, ein Weitergreifen des Aufstandes nach Bassari war zu befürchten. Infolgedessen veranlaßte mich der stellvertretende Landeshauptmann Dr. Gleim, die Douglassche Togo-Expedition vorübergehend in den Dienst der Regierung zu stellen; ich wurde ehrenamtlich zum Stationsleiter von Bassari bestellt und traf dort mit meiner aus dem Leutnant Klose, einem weißen Unteroffizier, zwölf

Digitized by Google

schwarzen Soldaten („bewaffneten Trägern") und den nötigen Trägern bestehenden Expedition im Juli 1897 gerade rechtzeitig in dem Augenblicke ein, als Dr. Gruner sich vor den Konkombas nach Bassari zurückziehen mußte. Kurz darauf führte mich ein Ruf Dr. Kerstings nach dem von Deutschen und Franzosen besetzten Sugu-Wangara, aber schon auf dem Rückwege von dort erhielt ich die Nachricht von dem Abschluß des Pariser Vertrages, der so manche deutschen Hoffnungen endgültig begrub, und von der damit ja gegebenen Beendigung meiner amtlichen Tätigkeit. Ich blieb dann noch bis zum Eintreffen v. Massows in Bassari und verlegte im Oktober 1897 mein Standquartier nach Dako, von wo ich im Januar 1898 an v. Massows Feldzug gegen Kabure teilnahm.

Den letzten Teil des Trierenbergschen Buches bildet ein Aufsatz über die Entwicklung des Verkehrs. Hier muß ich nur Einspruch erheben gegen den Plan, bei einer Fortsetzung der Atakpamebahn auf die allerdings ja ziemlich umfangreichen Eisenerzlager von Banjeli Rücksicht zu nehmen. Nach meinen Berechnungen sehe ich keine Möglichkeit, die Eisenerze in europäischem Betriebe, sei es durch Verfrachtung nach Deutschland oder England, sei es durch Verhüttung in der kohlenarmen Kolonie selbst, rentabel nutzbar zu machen. Infolgedessen darf eine Eisenbahn nach dem Norden nicht auf dem geradesten, durch wenig fruchtbares Gebiet führenden Wege nach Bassari und Banjeli gebaut werden, sondern muß diejenige Trasse suchen, bei der die meisten Frachten zu erhoffen sind, und diese können nach unserer bisherigen Kenntnis des Landes nur in landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestehen, abgesehen von dem voraussichtlich nicht unbedeutenden Personenverkehr. Eine Erschließung des nordöstlichen Togo durch eine solche Bahn ist zweifellos eine der Zukunftsaufgaben in der Kolonie; das wirtschaftliche Schwergewicht ist aber meiner Ansicht nach nicht in Nordtogo, sondern in Mittel- und Südtogo zu suchen, wo die Oelpalmenkultur und der in den Waldgebieten Mitteltogos sich immer mehr ausbreitende Kakaobau die wichtigsten Grundlagen des Ausfuhrhandels bilden, wozu dann noch Baumwolle und Mais als einjährige Kulturen treten; auch dem Sisalanbau steht, allerdings ausschließlich in der Form des Plantagenbaues, wohl noch eine bedeutende Ausdehnung in Togo bevor.

Trierenbergs wertvolles Werk schließt mit einem sympathischen Hinweis auf den deutschen Charakter, der dem Schutzgebiete bereits aufgeprägt ist. Die Vorbedingungen dafür waren offenkundig recht ungünstig, um so mehr können wir stolz darauf sein, was auch in dieser Beziehung in Togo geleistet ist. Mag manches dort für den Eingeweihten noch verbesserungsbedürftig erscheinen, mag man hier und da die nachteiligen Folgen der auch kaufmännisch unrichtigen Forderung, daß die Kolonie sich vorzeitig durchaus „selbst erhalten solle", feststellen: in bezug auf den deutschen Charakter der Kolonie steht Togo unbestritten an der Spitze unserer tropischen Schutzgebiete, ist Togo unzweifelhaft das vorbildliche „Musterländle".

Schwierigkeiten bei der Einführung der Motorschiffe in unsere Kolonien.

Von Ingenieur G. Goldberg, Berlin-Lichterfelde.

Auf Veranlassung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees in Berlin wird in kurzem der erste stationäre Dieselmotor, ein Fabrikat der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, in Deutsch-Ostafrika eingeführt werden. Es wird hierbei hauptsächlich der Zweck verfolgt, die Verwendbarkeit der in den Kolonien gewonnenen Oele für solche Maschinen auszuproben, ferner soll festgestellt werden, ob die Farbigen fähig sind, einen solchen Apparat sachverständig zu bedienen.

Zunächst hatte man sich mit einem anderen Plan getragen: die Technische Kommission war auf Grund der von Dr. Diesel selbst in kleinem Umfange vorgenommenen Untersuchungen an die Kaiserliche Station Usambara am Tanganjikasee mit der

Digitized by Google

Anregung herangetreten, beim Betrieb eines Schiffsmotors, welcher zum Antriebe eines Fahrzeuges für den Tanganjikasee dienen sollte, versuchsweise tropische Oele zu verwenden. Das Kaiserliche Gouvernement hatte gegen diesen Vorschlag jedoch mehrere Bedenken einzuwenden, welche nicht unbegründet sind. Zunächst wird das Risiko einer Oelgewinnungsanlage als zu groß hingestellt, weil zum Betriebe der etwa 300 Pferdekräfte leistenden Schiffsmaschine bedeutende Oelmengen erforderlich seien. Bei Verwendung von Rizinusöl zum Beispiel wäre eine tägliche Verarbeitung von 3000 bis 4000 Kilogramm Rizinussaat notwendig, da sich technisch nur 30 Prozent der Bestandteile zu Oel verarbeiten lassen. Sogar Dr. Diesel hat seinerzeit bei seinem Vortrage in einer Sitzung des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees den Brennbedarf für einen zehnstündigen Betrieb auf 750 Kilogramm angegeben. Bei Verwendung von Baumwollsaatöl wäre sogar das doppelte Quantum erforderlich. Diese Bedenken richten sich also gegen die Verwendung von tropischen Brennölen, während andererseits der Motor selbst als Quelle der Besorgnis gilt. Das Gouvernement fürchtet, daß das farbige Personal nicht imstande sei, den empfindlichen Dieselmotor fachgemäß zu bedienen, obgleich bei der robusteren Dampfmaschine bisher ziemlich gute Resultate in bezug auf Eingeborenenpersonal gemacht worden sind..

Das Kaiserliche Gouvernement steht mit diesen Bedenken nicht vereinzelt da. Es sind besonders in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten Einwände gegen die übergroßen Hoffnungen gemacht worden, welche sich an den Verbrennungsmotor knüpften. Man hatte einmal wieder das alte Sprichwort vom „guten Ding, das Weile haben muß" vergessen und erwartete von der neuen Erfindung nicht nur alle guten Eigenschaften der alten, langbewährten Dampfmaschine, welche Jahrzehnte der technischen Entwicklung hinter sich hat, sondern auch eine wesentliche Ueberflügelung derselben. Die praktische Ausnutzung der neuen Erfindung zeigt aber, daß derselben noch immer mancherlei Mängel anhaften, und daß vereinzelte Typen doch nicht alle Kinderkrankheiten überwunden haben.

Es bedeutet mithin für alle Reedereien, welche schon jetzt Motorschiffe in ihren Dienst stellen, ein gewisses Risiko, das doppelt groß wird, da die Schiffsversicherungsgesellschaften zurzeit den Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor sehr skeptisch gegenüberstehen. Dieser Standpunkt der Gesellschaften wird sich wahrscheinlich noch verschärfen, sobald es sich um Fahrzeuge handelt, welche für unsere Kolonien bestimmt sind. Das letztere kann man ihnen allerdings nicht verdenken, sind doch die Verhältnisse dort in vieler Beziehung ungünstiger als im Mutterlande. Nicht nur, daß die Flachheit unserer kolonialen Flüsse vielerlei Gefahren für das Schiff mit sich bringt, daß Schnellen; Fahrhindernisse u. s. f. leicht Beschädigungen zur Folge haben können, sondern auch die sachgemäße Ausführung von Reparaturen und die Bedienung durch eine ausgebildete Mannschaft sind mehr als fraglich. Die Schiffsversicherung bildet zweifellos ein wichtiges Moment in der Rentabilitätsberechnung für Schiffahrtbetriebe. Bei Verwendung von Verbrennungsmotoren sind Jahresprämien von 10 bis 20 Prozent keine Seltenheit, häufig weigern sich derartige Gesellschaften direkt, solche Versicherungen zu übernehmen. Es dürfte daher angebracht sein, vor Ankauf eines Motorschiffes einen Ueberschlag dahin zu machen, ob ein solcher Betrieb die hinreichenden Aussichten hat, trotz derartig hoher Versicherungsprämien Gewinne abzuwerfen, oder ob genügendes Kapital zur Verfügung steht, um von einer Versicherung absehen und selbst das Risiko tragen zu können.

In den Mitteilungen der Internationalen Vereinigung der Seeversicherer sind die Gründe für eine derartig ablehnende Haltung der Versicherungsgesellschaften den Motorschiffen gegenüber dargelegt. Dieselben basieren auf ausführlichen Gutachten englischer Sachverständiger und dürften im Hinblick auf das große Interesse, das den Verbrennungsmotoren als Schiffspropulsionsapparat entgegengebracht wird, auch für weitere Kreise nicht gleichgültig sein.

Digitized by Google

Es wird betont, daß die Verbrennungsmaschine insgesamt einen ziemlich komplizierten Apparat darstellt, welcher zurzeit noch nicht als genügend durchgebildet und erprobt angesehen werden darf. Der neue Maschinentyp hat noch nicht die hohe Vollkommenheit der Dampfmaschine erreicht, welche heute als Endprodukt langjähriger technischer Vervollkommnungsarbeiten und hochwertige, zuverlässige Energievermittlerin in unserem Dienste steht, und die uns durch langjährige praktische Erfahrung in bezug auf ihre Vor- und Nachteile bekannt ist. Die Verbrennungsmaschine stellt in ihrer heutigen Gestalt höchstwahrscheinlich nur eine Uebergangserscheinung dar, die zwar das Versuchsstadium überwunden hat, der trotzdem aber noch manche Mängel anhaften, welche erst durch neue Studien und Arbeiten beseitigt werden müssen. Als erschwerendes Moment tritt hierbei noch hinzu, daß bis jetzt jede der noch vereinzelt dastehenden Fabriken, welche Verbrennungsmotoren bauen, ihre eigenen Erfahrungen streng geheim hält, ihre eigenen Wege geht und sich ängstlich bemüht, alle zur Entwicklung beitragenden Fortschritte vor der Konkurrenz geheim zu halten. Auf diesem Wege wird natürlich die Kenntnis neuer Verbesserungen nur sehr langsam zum Allgemeingut und die Entwicklung des Motors selbst hinausgeschoben.

Andererseits wird von den Konstrukteuren in den meisten Fällen das Hauptgewicht darauf gelegt, die Maschine in bezug auf Bau und Betrieb möglichst wirtschaftlich zu gestalten, damit sie in Betriebskosten usw. nicht hinter anderen Kraftmaschinen zurücksteht. Es kann daher leicht der Fall eintreten, daß anderen wichtigen Punkten, zum Beispiel der Betriebssicherheit, nicht die genügende Beachtung geschenkt wird. Es werden wahrscheinlich auch hier Jahre vergehen müssen, bis genügend viele praktische Erfahrungen gesammelt worden sind, um auch hier den passenden Ausgleich zu finden.

Die Betriebssicherheit der Verbrennungsmaschine wird durch verschiedene Umstände schwierig gestaltet: es sprechen dabei mehrere Faktoren mit, so zum Beispiel die erzeugten hohen Temperaturen und Drucke, lokale Wärmeanhäufungen, schnelle Temperaturwechsel usw. Das Material, welches diesen Einflüssen unterworfen wird, muß sehr guter Qualität sein, um auf die Dauer gute Eigenschaften zu behalten, im anderen Falle können Ueberanstrengungen des Materials sehr leicht zu Brüchen oder sogar Explosionen führen, besonders wenn das Zylinderinnere und die Ventile sich verstopfen. Bisher ist man sich weder über die geeignetsten Materialien, noch über die Formgebung der Zylinder, Kolben und Deckel überall einig, und die notwendigen Ventile mit ihren Bewegungsmechanismen, desgleichen die Konstruktionen der Umsteuerung, Spülung, Schmierung, Kühlung usw. sind noch immer Gegenstand neuer Erfindungen, welche beweisen, daß die Ingenieure hier noch nicht vor einer abgeschlossenen Sache, sondern noch mitten in einer interessanten Arbeit stehen. Jeder Konstruktions- oder Werkstattfehler aber, jede falsche Behandlungsart können den Betrieb und das ganze Schiff gefährden.

Dazu kommt, daß Reparaturen der schadhaft gewordenen Stellen häufig an entlegenen Orten mit unzureichenden Mitteln und durch ungeübte Kräfte vorgenommen werden müssen. In ernsteren Fällen hat es sich fast immer als nötig erwiesen, Fachleute von der Baufirma an den Unfallsort zu entsenden, was schon bei uns mit unverhältnismäßig hohen Geld- und Zeitverlusten verknüpft ist, in den Kolonien sich aber meistens als direkt unmöglich erweisen dürfte. Wird aber die Reparatur unsachgemäß ausgeführt, so steigert sich damit um ein Bedeutendes die Möglichkeit eines neuen Betriebsunfalls.

Desgleichen ist in dem Betriebsstoff der Grund zu manchen Befürchtungen zu suchen. Es handelt sich bei den Motoren immer um flüssige und leicht entzündbare Brennstoffe, deren Behandlung und Unterbringung die höchste Vorsicht erfordert. Wird ein Behälter oder eine Leitung undicht, so hat das Oel Gelegenheit, in den

Digitized by Google

Raum auszufließen, dasselbe kann bei unvorsichtiger Behandlung geschehen, bei entsprechender Temperatur kann es verdampfen und damit eine Explosions- und Feuersgefahr herbeiführen. Auch die Aufbewahrung des Oels in Doppelböden ist nicht ungefährlich: das Schiff kann beim Anlaufen Bodenschaden bekommen, wobei entweder Betriebsstoff verloren geht oder sich mit Wasser vermischt.

Besonders aber macht sich vorläufig der Mangel an geeignetem Betriebspersonal störend bemerkbar. Von einzelnen Reedereien ist allerdings der Versuch gemacht worden, die zur Bedienung der Verbrennungsmaschinen bestimmten Maschinisten während des Baues und der Montage in die Fabriken zu senden, damit ihnen dort einige Kenntnisse über den neuen Apparat übermittelt werden. Der Erfolg dieser Maßregel ist aber nur klein, die Zeit des Aufenthaltes zu kurz und die Erfahrungen werden erst später im Betriebe gesammelt, wobei es nur zu häufig nach dem Sprichwort geht, daß Schaden klug macht. Bei irgendeiner Betriebsstörung weiß sich der Maschinist nur in den seltensten Fällen zu helfen, und doch wäre er in unseren Schutzgebieten meist der einzige, der für die Reparaturen in Frage käme. Bei kleineren Motorschiffen vereinigt sich oft Schiffsführer und Maschinist in einer Person, wodurch die Verhältnisse natürlich noch ungünstiger werden.

Die Bedienung einer solchen Maschine verlangt nicht nur eine nicht unentwickelte Intelligenz, sondern auch eine hohe Pflichttreue und Sauberkeit bei der Bedienung. Können wir diese Eigenschaften wirklich von den Eingeborenen unserer Kolonien, die doch an erster Stelle dafür in Frage kommen, erwarten? Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee setzte allerdings von den farbigen Bewohnern Deutsch-Ostafrikas diese Fähigkeiten voraus, als es eine Maschinistenschule für Farbige in Daressalam ins Leben rief. Gewiß wird dieses Unternehmen, wo die Eingeborenen in einem Doppelkursus zunächst zu technischen Facharbeitern, welche mit Schlosser- und Schmiedearbeiten, der Behandlung von Kesselfeuerung und Speisepumpe, Arbeiten auf Drehbank und Schraubstock, der Bewegung schwerer Lasten mit Hebel, Flaschenzug und Krahn, Handhabung landwirtschaftlicher Geräte, Reparaturen aller Art, Herstellung einfacher Werkzeuge und endlich mit den einfachsten Grundgesetzen der Mechanik vertraut gemacht werden, in weiten Kreisen der Kolonie mit lebhafter Freude begrüßt. Wird doch der Mangel an geeigneten Betriebskräften immer fühlbarer und fürchtet mancher Ansiedler die Anschaffung dringend nötiger maschineller Apparate, weil er glaubt, doch keine passende Bedienung dafür zu bekommen. In vielen Fällen bildeten teure landwirtschaftliche Maschinen bereits nach ein bis zwei Jahren aus Mangel an sachgemäßer Behandlung einen unbrauchbaren, verrosteten Trümmerhaufen. - - Im zweiten Kursus erfolgt die Ausbildung der Schüler zu Maschinisten. Hier wird gelehrt: die Behandlung von Dampfmaschinen, Lokomobilen, kleineren Diesel- und Schiffsmotoren, Dampfpflügen, Gewinnungs- und Ernteaufbereitungsmaschinen für Hanf, Baumwolle, Kapok, Kautschuk, Reis, Oelrohstoffe usw. Montierung und Demontierung, Ausführung von Reparaturen an Motoren und Maschinen aller Art. Das Ziel bildet die Ausbildung zum Lokomotivführer, Automobilfahrer, Motorbootführer, Motorradfahrer, Maschinisten für Ernte- und Aufbereitungsmaschinen, kurz die Versorgung aller technischen Betriebe wie Eisenbahnen, Wasser- und Hafenbau, Bergbau, Binnenschiffahrt, Fabriken, Klein- und Großpflanzungen mit farbigen Maschinisten. In Verbindung mit der Lehranstalt steht eine Reparaturwerkstatt für Maschinen usw.

Das Ziel, welches sich diese Gründung der Technischen Kommission gestellt hat, ist ein großes und schönes, wenn man ganz nüchtern sein will, fast zu groß und schön im Vergleich zum Charakter und der Veranlagung unserer farbigen Kolonialbevölkerung. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Wird der Schwarze wirklich dies alles, was ihm hier geboten wird, lernen und verstehen? Vor allem aber, wird er, später allein und auf sich selbst gestellt, seine gewonnenen Kenntnisse am richtigen Ort und an richtiger Stelle verwerten? Darf man wirklich Leben und

Digitized by Google

Gut von Passagieren einem farbigen Schiffsmaschinisten anvertrauen? Das alles sind Fragen, welche sich erst mit der Zeit und aus praktischen Erfahrungen heraus beantworten lassen werden.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß manche Verbrennungsmaschine schon heute einen hohen Grad von technischer Vollkommenheit und Betriebssicherheit aufweist, so hat die Generalversammlung des Internationalen Transportversicherungsverbandes dennoch verhältnismäßig strenge Forderungen aufgestellt. Besonders skeptisch stehen dieselben den Großmotorschiffen mti Zweitaktmotor gegenüber; eine feste Regelung der Kaskoversicherung wird aus diesem Grunde abgelehnt, wodurch den einzelnen Gesellschaften für ihre Forderungen beliebiger Raum bleibt. Schiffe mit Hilfsmotoren werden als noch gefährdeter angesehen als gewöhnliche Segelschiffe, obgleich ein diesbezügliches praktisches Beweismaterial bei der kurzen Dienstzeit der betreffenden Apparate noch nicht vorliegt. In betreff der Versicherung werden hiermit ähnliche ungünstige Erfahrungen gemacht, wie früher mit Segelschiffen, welche Hilfsdampfmaschinen führten. Aehnlich verhalten sich die Gesellschaften der Ladungsversicherung gegenüber, auch hier lehnen sie es vorerst ab, feste Prämiensätze zu bestimmen. Das Verfahren einzelner Gesellschaften, ähnliche Bedingungen als bei Dampfern walten zu lassen, wird als übereilt gekennzeichnet.

Als erste Bedingung für jedwede Versicherung wird die Klassifizierung des Schiffes durch eine erstklassige Gesellschaft (Germanischer Lloyd, Englischer Lloyd, Bureau Veritas) gefordert, wobei eine genaue Untersuchung nicht nur des Schiffes, sondern auch der Motoren durch die Gesellschaft als Bedingung gilt. Eine Schwierigkeit auf diesem Felde bedeutet es wieder, daß bis jetzt noch keine besonderen Vorschriften für Schiffsmotoranlagen bestehen, nach denen die Klassifizierung erfolgen könnte. Es wird angestrebt, daß in den internationalen Registern der Gesellschaften besondere Abteilungen für Motorschiffe eingerichtet werden und auch die Schiffe mit Hilfsmotoren eine besondere Kennzeichnung erfahren.

Um eine ständige Prüfung und Kontrolle aller Motorschiffahrten und Betriebsunfälle einleiten zu können, wird die Anlegung eines Verzeichnisses befürwortet, in welchem alle Motorfabriken, Werften und Reedereien zu führen sind, welche sich als zuverlässig erwiesen haben. Desgleichen soll angestrebt werden, daß sämtliche für Motorschiffe bestimmten Maschinisten ihre Ausbildung in einer Motorfabrik vervollkommnen sollen, insbesondere daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, den Bau des später zu bedienenden Motors genau kennen zu lernen.

Aus dem oben nur in kurzem Auszuge wiedergegebenen Bericht geht deutlich hervor, daß den Besitzern von Motorschiffen durch die Versicherungsgesellschaften bisher nicht unwesentliche Schwierigkeiten bereitet worden sind. Im allgemeinen pflegt sich der Deutsche allem Neuen leicht etwas schwerfällig gegenüber zu stellen und besonders in Geldangelegenheiten die Vorsicht als Mutter der Weisheit zu betrachten. Es wäre aufrichtig zu bedauern, wenn die praktische Einführung der Motorschiffe durch die ablehnende Haltung der Versicherungsgesellschaften eine Verzögerung erführe, trotzdem sind manche der geäußerten Bedenken besonders für unsere Kolonien nicht unbegründet. Im zivilisierten Lande mit seinen zahlreichen technischen Hilfsmitteln, seinem dichten Eisenbahnnetz usw. sind Betriebsstörungen und Unterbrechungen leichter zu ertragen und schneller zu heben, während in unseren Schutzgebieten unter ungünstigen Umständen ein solches Schiff als verloren gelten kann. Vielleicht steht, was sehr zu bedauern wäre, den ersten Motorschiffen in der Kolonie ein ähnliches Schicksal bevor, wie den ersten Automobilen, welche elend im Sande verkamen, während heute, bei vorgeschrittenerer Technik das Auto beginnt, in unseren Schutzgebieten Triumphe zu feiern. Wo es möglich ist, dürfte es sich daher empfehlen, fürs erste, bis die Verbrennungsmaschine ihre Betriebstüchtigkeit nach allen Seiten hin und auch unter schwierigen Umständen bewiesen hat, dem alten und bewährten System des Heck-

Digitized by Google

dampfers treu zu bleiben. Besonders da auch die Versuche mit tropischen Oelen noch nicht zu einem abschließenden und allgemein befriedigenden Resultat geführt haben. Im Laufe des vergangenen Sommers sind in Deutschland auf Anregung des Professor Dr. Fischer von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin durch die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg mit Pflanzenölen, Rizinus-, Sesam-, Baumwollsaat-, Palm- und Erdnußöl Experimente in bezug auf ihre Treibkraft vorgenommen worden. Hierbei hat sich folgendes herausgestellt: Palmöl und Rizinusöl zeigten sich zu dickflüssig, ersteres wird bei 31 Grad fest, so daß eine ziemlich starke Erwärmung vorausgehen mußte, was bei den Versuchen den Gebrauch zweier Lötlampen erforderlich machte. Rizinusöl verlangte eine Erwärmung bis zu 40 Grad, wenn der benutzte 25 pferdige Motor seine volle Leistungsfähigkeit entwickeln sollte. Zudem enthielt das Palmöl Schmutzteile, welche in kurzer Zeit die kleinen Pumpen verstopfte und erst gründlich filtriert werden mußte, um leistungsfähig zu sein. Der Heizwert des Palmöls betrug 8600 Wärmeeinheiten, ist also nicht unbedeutend, schädliche Beimengungen und Eigenschaften konnten nicht festgestellt werden. Bessere Resultate zeitigten sowohl Sesam- als Erdnußöl, die ohne Erwärmung arbeiteten und volle Leistungen erzielten. Die begreiflicherweise zeitlich nur kurzen Untersuchungen sollen nunmehr in Daressalam von neuem aufgenommen werden.

Wenn mit der erweiterten Einführung der Motorschiffe in unseren Kolonien noch einige Zeit gewartet wird, so hat wahrscheinlich bis dahin auch die Behandlung der tropischen Oele die erwarteten Fortschritte zu verzeichnen gehabt, so daß wir dann auf den bis dahin hoffentlich regulierten und gereinigten kolonialen Flüssen eine Flotte von Motorschiffen versammeln, welche mit den Produkten der einheimischen Oelfabrikation gespeist werden.

Die Pferdezucht in Deutsch-Südwestafrika.

Von Dr. Paul Martell.

Mit der ständig fortschreitenden kulturellen Erschließung unserer Kolonie Deutsch-Südwestafrika ergab sich die Frage nach einer geregelten Pferdezucht von selbst. Das Reich hat hier durch Errichtung des „Kaiserlichen Gestüts Nauchas" in dieser Kolonie die Initiative ergriffen und darf man mit den bisher erzielten Erfolgen durchaus zufrieden sein. Nauchas liegt mitten im afrikanischen Felsengebirge 2200 m hoch, abgeschlossen von aller Welt. Felsen in endloser Ausdehnung neben sandigen Wegen sind das Typische der Landschaft. Von Windhuk braucht der übliche mit 18 Ochsen bespannte Wagen nach Nauchas etwa zehn Tage. Das ganze Nauchas besteht aus drei flachgebauten Häusern, die ihr Entstehen dem letzten Kriege verdanken. Das größte dieser Häuser wird vom gegenwärtigen Gestütsdirektor Freiherrn v. König bewohnt. Das zweite Häuschen hat der Stutenmeister Eiberle inne; während das dritte Haus dem Futtermeister Arnold und Rechnungsführer Lindinger überlassen ist. Von den weiteren Gebäuden ist noch der Stall der Hauptbeschäler sowie drei Kräle zu erwähnen. Letztere charakterisieren sich als eingefriedete Plätze, die hier die Aufgabe von Ställen zu erfüllen haben. Um das Gestüt herum liegt die Eingeborenenwerft mit den schwarzen Arbeitern für das Gestüt.

Wie bemerkt, steht an der Spitze des kaiserlichen Gestüts Nauchas der zur Dienstleistung beim Reichskolonialamt kommandierte Oberleutnant vom 29. württembergischen Feldartillerieregiment Freiherr v. König, der in den heimatlichen Gestüten eine gründliche Ausbildung genossen hat und dem man auch züchterische Fähigkeiten nachrühmt. Die Leitung des Gestüts ist Freiherrn v. König auf die Dauer von drei Jahren übertragen worden. Die Aufgabe des Gestüts ist naturgemäß, die Pferdezucht der Kolonie tunlichst auf eine den heimatlichen Anschauungen entsprechende Basis zu

Digitized by Google

stellen. Weiter soll auch der Remontekommission der Schutztruppe der Ankauf in der Kolonie gezogener Remonten ermöglicht werden, wie auch das Gestüt die Landespolizei mit Pferden versorgen soll. Von einer unserer Südwestkolonie eigentümlichen Pferderasse konnte man bislang nicht sprechen. Die ersten Grundlagen für die Zucht bildeten aus der englischen Kapkolonie bezogene Stuten, die mit deutschen, also aus dem Heimatlande eingeführten Hengsten gedeckt wurden. In der ersten Zeit war der Betrieb des Gestüts ein sogenannter „halbwilder". Nach diesen Grundsätzen erhielt jeder Beschäler 35 Stuten überwiesen, die sich selbst überlassen blieben. Die erzielten Ergebnisse waren keineswegs unbefriedigend, denn im Jahre 1910 hatte Nauchas von 120 Stuten bereits 90 selbst gezogen. Vom Herbst 1910 ab fand jedoch der „halbwilde" Betrieb des Gestüts sein Ende und ein nach deutschem Vorbild geregelter Deckbetrieb griff Platz. Um dies möglich zu machen, erhielt das Gestüt Nauchas aus deutschen Staatsgestüten Zuchtmaterial überwiesen; anderseits wurden auch bei Privatzüchtern Ankäufe für den gleichen Zweck abgeschlossen. Im Jahre 1910 wurden von der königlichen Gestütsverwaltung Graditz die Vollbluthengste „Markgraf" v. „Hannibal" a. d. „Mosul" und „Schachzug" v. „Saint Frusquin" a. d. „Stubhampton" überwiesen. Es waren dies die ersten, von der Graditzer Verwaltung nach Nauchas abgegebenen Beschäler. Aller Voraussicht nach wird durch diese beiden ausgezeichneten Hengste die Zucht des afrikanischen Gestüts eine vielversprechende wertvolle züchterische Unterlage gewinnen. Der Beschäler „Markgraf" trägt in seinem Aeußern alle hervorragenden Merkmale von „Hannibal". Nicht ganz so schwer, zeigt dieser Goldfuchs doch eine gute Größe und Stärke bei entsprechender Länge, Breite und Tiefe. Der Körperbau des damals Dreijährigen zeigte in allen Teilen ein entsprechendes Ebenmaß. Höchstens wäre die etwas nach auswärts gerichtete linke Vorderstellung ein wenig störend zu nennen. Jedoch ist dieser Schönheitsfehler so gering entwickelt, daß man vom fachmännischen Standpunkt darüber hinwegsehen kann. Der Sohn der „Mosul" besitzt in „Mausefalle" und „Mondschein" rechte Geschwister. „Mausefalle" wurde in die Graditzer Vollblutherde aufgenommen; der jüngere „Mondschein" bewährte sich gleich anfangs in der Rennkarriere zu Kottingbrunn und Frankfurt am Main erfolgreich. Sicher hätte „Markgraf" die damals allgemein gehegte Erwartung, ein ausgezeichnetes Rennpferd zu sein, erfüllt, wenn diese Entwicklung nicht durch eine bei der Arbeit erlittene Fesselfissur den Zweijährigen von der Rennbahn ausgeschlossen hätte, obgleich eine völlige gesundheitliche Wiederherstellung erfolgte. Aeußeres und Abstammung lassen daher wertvolle Zuchtprodukte erwarten. Ferner entsandte man nach Deutsch-Südwestafrika einen Altersgenossen von „Markgraf", nämlich „Schachzug". Die Eltern von „Schachzug", — „Saint Frusquin" und „Stubhampton" — zeigen den Braunen als von vornehmer Herkunft. Der Beschäler genoß in England großen Ruf, forderte man doch als Decktaxe rund 6000 M. Die Mutter wurde für Graditz angekauft, wo sie der dortigen Vollblutherde zur Zierde gereichte. „Schachzug" steht in dem Ruf, „bildschön" zu sein, was für die Zucht recht geeignet macht. Daneben stand dem Zweijährigen viel Schnelligkeit zur Verfügung, so daß man große Rennerfolge erwartete. Leider wurde „Schachzug" vom Husten befallen, der dauernd einen Atemfehler zurückließ. Dennoch ließ der Oberlandstallmeister den Dreijährigen nach England gehen, wo es ihm in der Tat gelang, einen Sieg zu erringen. Nunmehr wirkt „Schachzug" als Beschäler in Südwest. Der Atemfehler bietet keine Bedenken, da keine Vererbung vorliegt, vielmehr durch Krankheit entstand. Neben „Schachzug" als Hauptbeschäler wirkt in gleicher Eigenschaft „Fair Far", der einst Reitpferd des Herrn v. Podewils in Ostpreußen war. Der Goldfuchs ist ein älterer Hengst, groß und starkknochig, mit tadellosem Gang. Der Trab von „Fair Far" wird als hervorragend bezeichnet.

Auch einige Halbblüter hat das Gestüt Nauchas erhalten. In diesem Sinne sind die drei aus dem königlichen Hauptgestüt Beberbeck stammenden Hengste „Im-

Digitized by Google

puls", „Aequator", und „Apotheker" zu nennen. Von diesen wird „Impuls" die Stelle eines Hauptbeschälers einnehmen, während die anderen beiden als Landbeschäler aufgestellt werden. Dieselbe Aufgabe ist einem Ostpreußen „Vittorio" zugefallen. Letzterer Dunkelbraune ist aus dem v. Neumannschen Gestüt zu Szirgupönen hervorgegangen. Der Abstammung nach ist „Vittorio" auf den Vollblüter „Edicius" zurückzuführen, gezogen aus einer Tochter des Trakehners „Hirtenknabe". Der heute Sechsjährige zeigt ansprechende Formen, wenn auch vorn rechts begründete Einwendungen zu machen sind. Dies war die Sachlage im Jahre 1910. Inzwischen hat sich einiges geändert, und es stehen jetzt in Nauchas die vier Hauptbeschäler „Markgraf", „Schachzug", „Impuls" und „Revlar". Dem ehemals halbwilden Gestütsbetrieb ist nun ein Decken aus der Hand gefolgt, so daß jede Stute den passenden Hengst zugewiesen erhält. Die jungen Hengste werden nach dem Absetzen von der Mutter auf den Fohlenhof Areb des kaiserlichen Gestüts Nauchas gebracht, wo die eigentliche Aufzucht vor sich geht. Vielversprechende Fohlen werden als künftige Landbeschäler ausgesondert. Als solche werden sie angeritten und einem scharfen Training unterworfen. Etwa 38 derartig gezogene Beschäler sind bereits in den verschiedenen Bezirken der Kolonie verteilt. In dem jährlich stattfindenden Landeszuchtrennen zu Windhuk pflegen die Hengste ihr Können zu zeigen und errangen hier vielfach erste Preise. Die Landesbeschälstationen weisen in Südwest bedeutende Entfernungen auf. So befindet sich die südlichste Landbeschälerstation in Hasuur, nahe der englischen Grenze, während am nördlichsten die Station Grootfontain liegt, was einer Entfernung von Triest bis Kopenhagen entspricht. Demgemäß gestalten sich die Hengstrevisionsreisen sehr schwierig, da alles zu Pferde und mit primitiven Maultierkarren zurückgelegt werden muß. Dabei ist die Trinkwasserversorgung oft sehr schwierig, auch sind die kalten Nächte nicht gerade angenehm. Gegenwärtig besitzt Nauchas etwa 100 Mutterstuten und 370 Saugfohlen. Die ein-, zwei und dreijährigen Stuten und Hengste finden eine schöne Weide vor; ein eigenartiges, nahrhaftes Gras steht bis zur Kniehöhe. Nauchas ist ein sogenannter sterbefreier Posten, d. h. die gefürchtete „Pferdesterbe" ist hier unbekannt. Dennoch hat es viel Arbeit gekostet, um Nauchas mit seinen Flächen von 65 000 ha wenigstens teilweise unter Kultur zu bekommen. Mit vielen Mühen hat man Berieselungsanlagen geschaffen, um Luzernebau erfolgreich treiben zu können, der notwendig war, wollte man sich für die Landbeschäler eine bessere Aufzucht sichern. Mit nicht geringen Mühen wurden auf dem Gelände vier Wasserstellen erschlossen, was für die Zucht von entscheidender Bedeutung war.

Als Pferdewärter dienen Hottentotten, die nicht nur ausgezeichnete Reiter sind, sondern die auch viel Verständnis für ihre Aufgabe mitbringen. Die Landbeschäler stehen den Farmern kostenlos zur Verfügung. Dem Gestütsleiter Freiherrn v. König steht der Stutenmeister Eiberle vom württembergischen Landgestüt Marbach zur Seite, der ebenfalls auf drei Jahre nach Nauchas abkommandiert ist. Es bleibt nur zu wünschen, daß diesem ersten deutschen kaiserlichen Gestüt auf afrikanischem Boden ein voller Erfolg beschieden sein möge, auf den man der gegenwärtigen Sachlage nach wohl rechnen kann.

Besondere Aufmerksamkeit verdient jedoch, daß neben der staatlichen Pferdezucht sich auch eine private erfolgreich in Südwest betätigt. Es ist hier auf das Wirken der Windhuk-Farmgesellschaft zu verweisen, die für Zuchtzwecke die Vollblüter „Deutschordensritter" und „Polyeucte" ankaufte. Der „Orvieto"-Sohn erfüllt so ziemlich alle für die Zucht zu stellenden Anforderungen. Die Mutter, die fruchtbare Stute „Sale", hat eine lange Reihe bewährter Produkte gebracht. Der sehr robuste Hengst „Deutschordensritter" ist aus der Zucht des Waldhofer Gestütsherrn Eltz in Westpreußen hervorgegangen. Der schwarzbraune „Polyeucte" ist als Dreijähriger 1910 nach Südwest gekommen. Es handelt sich um einen Hengst leichten Schlages, mittelgroß, viel Boden deckend, mit guten Points.

Digitized by Google

Ein beachtenswertes Gestüt in Südwest ist das des Herrn Albert Voigts zu Ababes. Diesem Gestüt steht der Vollblüter „Derby Cup" zur Verfügung; ein großer, starkknochiger, dunkelbrauner, von erprobter Zähigkeit. Der heute Zehnjährige hatte „False Tooth" zur Mutter, die von „Rightaway" für Deutschland unter dem Pseudonym „Mr. Luck" für 15 Guineen in England angekauft wurde. Die Mutter war damals tragend und „Derby Cup" das zu erwartende Fohlen. Das Pferd erlitt dann auf der Rennbahn infolge Ueberanstrengung seinen Niederbruch, obgleich dem Dunkelbraunen eine eiserne Konstitution eigen war. „Derby Cup" ging dann als Beschäler in das Gestüt Waldau bei Rheinbach. Der Besitzer gab jedoch dem Hengst noch einmal für kurze Zeit ins Training. Man wird von „Derby Cup" als Beschäler in Südwest nur das Beste erwarten können. Ein Bruder des ebengenannten Pferdezüchters, Gustav Voigt, beschäftigt sich in Südwest gleichfalls mit der Pferdezucht, und zwar hauptsächlich mit der Araberzucht. Das Gestüt von Gustav Voigt hat Material aus Babolna zur Grundlage. Im Jahre 1910 hatte das Gestüt vier Stuten und einen Hengst im Besitz. Auch der Hengst ist aus dem genannten ungarischen Gestüt hervorgegangen und befand sich derselbe vor seiner Uebersiedlung nach Südwest in Linz, der Zuchtstätte des Grafen Münster im Königreich Sachsen. Der weichselbraune Hengst ist ein Sohn des Originalarabers „O'Bajan" und trägt den Namen seines Vaters. Die Stuten des Gestüts von Gustav Voigt, zwei fuchsfarbige und zwei hellbraune, stammen gleichfalls aus Linz. Es sind sämtlich Araber. So dürfen wir aller Voraussicht nach den gedeihlichen Fortschritt der Pferdezucht in Südwest durch die Einführung des besprochenen Hengstmaterials als sichergestellt betrachten und deutschem Fleiß wird es auch hier gelingen, der Kolonie eine neue Wirtschaftsquelle zu eröffnen.

Wirtschaftliche Gerechtsamen in der Kongokolonie.

Angesichts der Bemühungen des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees zur Förderung der Oelstoffgewinnung in den deutschen Schutzgebieten sei auf eine Vereinbarung hingewiesen, die der belgische Kolonialrat kürzlich genehmigt hat. Sie ist mit der Antwerpener Firma G. u. C. Kreglinger abgeschlossen und betrifft die Ueberweisung, gegebenenfalls die Abtretung von Ländereien für die Gewinnung von Erdnüssen und anderen Oelfrüchten sowie von Mais oder sonstigen Mehlfrüchten. Die Firma erhält das Recht, in der Nähe der Stationen bis zum 1. Januar 1943 bis zu einer Gesamtfläche von 40 000 Hektar Blöcke von mindestens je 200 Hektar auszusuchen und verpflichtet sich dafür, auf diesen ihr zunächst pachtweise überlassenen Ländereien wenigstens 125 Kilogramm Oel- oder Mehlfrucht vom Hektar jährlich zu gewinnen. Vom 1. Januar 1928 wird diese Menge auf 250 und vom 1. Januar 1938 auf 500 Kilogramm gebracht.

Am 1. Januar 1943 wird die Firma Eigentümerin der von ihr unter den bis dahin pachtweise innegehabten, zu bezeichnenden Ländereien. Dafür hat sie dann eine immerwährende Abgabe von 25 c. für das Hektar zu entrichten, muß indes weiterhin die 500 Kilogramm für das Hektar leisten. Den Eingeborenen bleibt auf den Ländereien das Recht der freien Gewinnung von Kautschuk, Elfenbein und Kopal, jedoch müssen sie die Kulturen der Firma schonen. Hat ein Block mehr als 200 Hektar, so ist die Gesellschaft verpflichtet, den Eingeborenen einen bestimmten Teil davon zur Niederlassung und zu eigenen Kulturen zu überlassen. Die erwachsenen Arbeiter erhalten im Dienste des Unternehmens einen Tagelohn von wenigstens 25 c. nebst Verpflegung. Das Betriebsmaterial und die Waren, welche die Firma sich verschafft, müssen zu wenigstens einem Drittel belgischer oder belgisch-kolonialer Herkunft sein.

Digitized by Google

Die Gesellschaft zahlt dem Fiskus der Kolonie im Falle des Verkaufs der Ländereien die Hälfte des Verkaufspreises, abzüglich der geleisteten Meliorationen, die durch Sachverständige abgeschätzt werden. Das in bar aufzubringende Grundkapital des Unternehmens wird auf drei Millionen Franken bestimmt. Es darf nicht weniger als 150 Franken für ein in Pacht oder Eigentum übernommenes Hektar betragen. Im übrigen enthält der Vertrag Bestimmungen für Erlöschen der Gerechtsame, Verstaatlichung sowie Aufsicht des Unternehmens. Die Genehmigung durch den Kolonialrat erfolgte einstimmig.

Eine andere Gerechtsame betrifft die Gewinnung von wilder Seide, Inhaberin ist die African Silk Corporation in London, ein ursprünglich deutsches Unternehmen, dem Ländereien für die Ansetzung von Seidenspinnernestern von der Gattung Anaphe, auf Sträuchern von der Gattung Bridelia usw. überwiesen werden. Die Grundlagen des Geschäftes sind ähnlich den des vorerwähnten. Die Gesellschaft verpflichtet sich, ein oder mehrere belgische Tochtergesellschaften zu gründen, deren Kapital nicht unter 150 Franken für ein Hektar in Pacht oder Eigentum genommenes Hektar betragen darf. Das Grundkapital der neuen Gesellschaft soll wenigstens anderthalb Million Franken betragen. Die Pacht reicht bis zum 1. Januar 1943, worauf die Ländereien in das Eigentum der Gesellschaft übergehen, im ganzen mit einer Höchstfläche von 20 000 Hektar; die Auswahl genehmigt das Generalgouvernement.

Die Gesellschaft hat eine Pacht von 25 c., und nach dieser eine gleiche Steuer für das Hektar jährlich zu entrichten. Außerdem verpflichtet sie sich, innerhalb der ersten sechs Jahre von den in Pacht genommenen Ländereien wenigstens ein Fünfzehntel mit Bridelia oder anderen Futterpflanzen für Seidenspinner zu bestocken; die so bestockte Fläche muß vom 1. Januar 1930 an wenigstens ein Zehntel und vom 1. Januar 1940 wenigstens ein Fünftel der genutzten Ländereien ausmachen. Anderseits hat sie auf ihren Ländereien jährlich wenigstens 10, 20 und 40 Kilogramm Rohseide jährlich, innerhalb dieser Fristen, zu gewinnen und zur Ausfuhr zu bringen. Auf den von ihr zu Eigentum erworbenen Ländereien hat sie die Pflanzungen zu erhalten, dergestalt, daß die Leistung auch fernerhin 40 Kilogramm für das Hektar jährlich beträgt. Nimmt sie die sämtlichen Ländereien in Anspruch, über die sie verfügen darf, so kann sie ihre Ausfuhr an Rohseide bis auf die beträchtliche Menge von 800 000 Kilogramm jährlich bringen. Auch hier sind Verfallklauseln usw. in der üblichen Weise verfügt. Die Annahme geschah ebenfalls einstimmig. M.

Die Produktenausfuhr der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1912.

Die amtlichen Jahresberichte über die deutschen Schutzgebiete enthalten im zweiten (statistischen) Teil zum ersten Male eine Uebersicht über die im Jahre 1912 aus sämtlichen deutschen Schutzgebieten ausgeführten wichtigen Erzeugnisse. Kleinere Mengen sind weggelassen. Auch wir werden solche Posten, wie die aus Kamerun exportierten Bananen für 17 600 Mark, nicht berücksichtigen, sonst aber die alphabetische Reihenfolge beibehalten.

Baumwolle schickte uns Togo 551 Tonnen im Werte von 515 000 Mark (1905 nur 89 000 Mark) und Deutsch-Ostafrika 11 882 Tonnen im Werte von 21 100 000 Mark (im Jahre 1905 nur 96 000 Mark.

Blei führt Deutsch-Südwestafrika aus im Berichtsjahre 586 Tonnen im Werte von 228 000 Mark.

Wertvoller ist die Ausfuhr an Butter, Milch, Käse, Eiern aus Deutsch-Ostafrika, 258 000 Mark für 330 Tonnen.

Digitized by Google

Nicht unwichtig ist der Export an Cerealien (Getreide, Mehl und dergl.) aus unseren Kolonien. Togo verschiffte im Berichtjahre 588 Tonnen Kassada und Kassadamehl im Werte von 148 000 Mark, desgleichen 1365 Tonnen Mais für 231 000 Mark. Deutsch-Ostafrika gab davon 678 Tonnen für 58 000 Mark ab und ferner 1206 Tonnen Mtama im Werte von 150 000 Mark. Auch der Export an Hülsenfrüchten seitens dieser Kolonie, 191 Tonnen für 48 000 Mark, sei hier erwähnt.

An Diamanten hat Deutsch-Südwestafrika im letzten Jahre 202 636 Gramm auf den Weltmarkt geworfen im Werte von 30 414 000 Mark (1911 knapp 23 000 000 Mark, 1910 26 869 000 Mark, 1909 15 436 000 Mark, 1908 51 000 Mark).

Elfenbein, in den früheren Jahren unserer Kolonisationstätigkeit einer der Hauptausfuhrartikel, hat im Jahre 1913 unseren Kolonien für 55 Tonnen 939 000 Mark eingebracht. Der Kamerunner Anteil hieran ist 536 000 Mark für 35 Tonnen, während Deutsch-Ostafrika nur 17 Tonnen im Werte von 361 00 Mark, Togo 2½ Tonnen im Werte von 42 000 Mark ausführte. Die Ausfuhren von Erdnüssen aus Deutsch-Ostafrika mit 1 327 300 Mark für 6000 Tonnen hat das Ergebnis des Jahres 1908, 344 000 Mark, fast um das Vierfache übertroffen.

Für Erze kommt einstweilen nur Südwest in Frage. Es bucht 6 548 000 Mark für 42 836 Tonnen roher und aufbereiteter Kupfererze sowie Zinnerze. Aus Deutsch-Ostafrika kommen folgende drei Erzeugnisse: Gerbrinde 2500 Tonnen für 108 000 Mark, Glimmer 154 Tonnen für 582 000 Mark, Gold 238 Kilogramm für 531 000 Mark. Im Vorjahre war es nahezu doppelt so viel, nämlich 1 023 000 Mark.

Häute und Felle produzierten unsere Kolonien im Jahre 1912 rund 3200 Tonnen im Werte von 4 233 000 Mark, wovon mit rund 3000 Tonnen und über 4 000 000 Mark Wert auf unser größtes Schutzgebiet der Löwenanteil, der Rest auf Deutsch-Südwest entfällt.

Angesichts der ausgedehnten Forstbestände ist ihr Export an Hölzern recht unbeträchtlich, noch nicht einmal für 1 000 000 Mark. Kamerun hat daran einen Anteil von rund 700 000 Mark.

Kaffee liefert uns, von unbeträchtlichen Mengen von Neuguinea und Samoa abgesehen, von unseren Tochterländern nur Deutsch-Ostafrika, 1577 Tonnen im Werte von 1 903 000 Mark. Wesentlich größer ist die deutschkoloniale Kakaoerzeugung, 5556 Tonnen im Werte von 5 414 000 Mark. Hier steht Kamerun voran mit 4552 Tonnen im Werte von 4 242 000 Mark; es folgt Samoa mit 734 Tonnen im Werte von 8400 Mark. Togo steuert 283 Tonnen im Werte von rund einer Viertelmillion bei, Deutsch-Neuguinea und Deutsch-Ost 74 bzw. 12 Tonnen.

An Kautschuk erzeugten Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Togo, Neuguinea und Samoa zusammen 4216 Tonnen im Werte von 21 148 000 Mark. Das dürfte fürs erste ein Rekord sein.

Aussichtsvoller erscheint unsere koloniale Kopraproduktion, 32 907 Tonnen im Werte von 11 705 000 Mark; mehr als die Hälfte der Menge und des Wertes, nämlich über 6 000 000 Mark, entfällt auf Deutsch-Neuguinea, auf Samoa 4 070 000 Mark, auf Deutsch-Ost etwas über 1½ Millionen.

Für Palmkerne und Palmöl kommen in Betracht Togo und Kamerun. Dieses gewann 6 029 000 Mark für 16 000 Tonnen Palmkerne und 16 000 Tonnen Palmöl, Togo 4 792 000 Mark für eine Menge von fast 14 000 Tonnen Oelpalmprodukte Einnahmen.

Die 9840 Stück ausgeführten Paradiesvogelbälge figurieren in der Ausfuhrliste mit einem Werte von 450 000 Mark.

Digitized by Google

Mehr als zehnmal so groß ist der Erlös der 19313 Tonnen aus dem gleichen Schutzgebiet ausgeführten Phosphate, 4991000 Mark.

Reis hat Deutsch-Ostafrika 896 Tonnen exportiert im Werte von 197000 Mark. Bekanntlich führt die Kolonie auf anderen Wegen mehr von diesem Erzeugnis über ihre Grenzen ein.

An Rindvieh hat die stärkste Ausfuhr Togo zu verzeichnen, 7682 Stück, die dem Schutzgebiet über eine halbe Million eingebracht haben. Aus Südwest sind nur 63 Stück exportiert im Werte von 16500 Mark, aus Ost 289 Stück, die nur wenig über 13000 Mark Wert hatten.

Der Schafwollexport von Deutsch-Südwest beziffert sich auf 149 Tonnen im Werte von 150000 Mark. In den vorhergehenden Jahren waren es: 1911: 74000 Mark, 1910: 76000 Mark, 1909: 35000 Mark, 1908: 19000 Mark, 1907: 7000 Mark, 1906: 2000 Mark.

Sesam, eine Oelfrucht, hat unser größtes Schutzgebiet 1881 Tonnen im Werte von 524000 Mark exportiert.

Das Hauptausfuhrerzeugnis dieser Kolonie ist heute der Sisalagavenhanf, 1912 über 17000 Tonnen im Werte von 7360000 Mark, nachdem bis zum vorigen Jahre der Kautschuk an der Spitze der Ausfuhrliste gestanden hatte.

Straußenfedern hat Deutsch-Südwestafrika 547 Kilogramm im Werte von annähernd 100000 Mark ausgeführt.

Den Schluß in der Liste macht Wachs, 347 Tonnen im Werte von 829000 Mark.

Die Reihenfolge unserer kolonialen Exporterzeugnisse nach dem Werte, soweit dieser im Jahre 1912 über eine Million Mark hinausgegangen ist, ist die folgende: Diamanten, Kautschuk, Kopra, Palmkerne, Sisalhanf, Erze, Kakao, Phosphate, Häute und Felle, Palmöl, Baumwolle, Kaffee und Erdnüsse. Die Gesamtausfuhr der deutschen Schutzgebiete hatte 1912 einen Wert von 120880 Millionen Mark, gegen 22119 Millionen Mark im Jahre 1902.

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 4 | April 1914 | 16. Jahrgang

Groß-Friedrichsburg unter holländischer Herrschaft.

Von Chr. Voigt.

Verfolgen wir die Geschichte der Feste Groß-Friedrichsburg, deren stattliche Ruinen an der Goldküste noch heute die Erinnerung an den ersten Kolonialversuch Kurbrandenburgs wachrufen, so können wir, namentlich bei Betrachtung seiner Endgeschichte, uns der Wahrnehmung nicht verschließen, daß, je weiter jenes Fort nach seiner Abtretung an die Holländer der Beachtung der vaterländischen Kreise sich entzieht, desto mehr sein Schicksal im Nebel der Geschichte verschwimmt. Alles, was die mir zur Verfügung stehenden Quellen dazu enthalten, habe ich den Lesern der „Kolonialen Monatsblätter“ [1]) unterbreitet, doch blieb immer noch eine Lücke in der Schlußgeschichte des Forts, die Periode von der Abtretung desselben im Jahre 1717 und der Besitzergreifung durch Jan Conny bis zu dessen endgültiger Vertreibung im Jahre 1725. Da galt es also weiter zu forschen. Meine Annahme, das gewünschte Material an der Stelle zu ermitteln, wo allein noch die Aussicht dazu vorhanden schien, in Holland, fand denn auch ihre Bestätigung. Von nahestehender Seite wurde ich auf eine Studie Albert Hägers aufmerksam gemacht, die unter dem Titel „Die Uebergabe des preußischen Forts Groß-Friedrichsburg an die Holländer“ in der „Tijdschrift voor Geschiedenis“ (5. Jahrgang, Amersfoort 1890) erschien und Archivforschungen Hägers im Haag ihre Entstehung verdankt.

Die Ausführungen Hägers, die ich meiner Darlegung zugrunde lege, bieten mancherlei Neues, das bisher noch nicht veröffentlicht ist, so über die Uebergabe der Kolonien selber an die Holländisch-Westindische Kompagnie und über die eigenartige Stellung Connys gegenüber den neuen Herren, so daß ich mit einem höheren Eingehen auf den Gegenstand allen denen einen Gefallen zu erweisen glaube, die in meinen eigenen Darlegungen Bausteine zur Geschichte unserer alten Kolonien zu erblicken geneigt sind.

In der Uebertragung meiner Holländisch geschriebenen Quelle habe ich mich bestrebt, bei den amtlichen Schriftstücken in Sprache und Ton dem Zeitcharakter gerecht zu werden.

Für diejenigen Leser, denen unser Stoff weniger geläufig ist, sei in Kürze das Notwendigste über jene Kolonien angeführt.

[1]) Vgl. meine Aufsätze: „Jan Conny und seine Beziehungen zu Groß-Friedrichsburg“, Zeitschrift für Kolonialpolitik usw., Heft 2, 1912, und „Neue Forschungen über Groß-Friedrichsburg“, Koloniale Monatsblätter, Juli 1913.

Digitized by Google

Die denkwürdigen Bestrebungen des Großen Kurfürsten, die Wohlfahrt seines Landes durch Aufrichtung und Förderung des Seehandels sowie Anlegung kolonialer Handelsniederlassungen zu heben, fanden, wie bekannt, mit seinem Ableben (29. April 1688) einmal durch den Mangel an verfügbaren Mitteln und unvorhergesehene Schwierigkeiten, dann aber wegen der Lauheit der Nachfolger des großen Fürsten auf dem Thron ein allzu frühes Ende.

Die Geschichte dieser Kolonien, von der Gründung des Forts Groß-Friedrichsburg (1. Januar 1683), wozu später noch die Dorotheenschanze bei Akkoda kam, bis zur Gründung von Fort Sophie Luise (bei Taccrama) und Fort Taccarary, ist in der ruhmvollen Geschichte des großen Brandenburgers verewigt.

Viel weniger bekannt oder entstellt wiedergegeben sind die späteren Schicksale der westafrikanischen Kolonien. Nachdem das treue Auge Friedrich Wilhelms sich geschlossen, ging es mit dieser für jene Zeiten und für ein Land von dem geringen Umfange Kurbrandenburgs großartig zu nennenden Schöpfung mit Riesenschritten bergab. Der erste Preußenkönig Friedrich I. hatte genug mit anderen Dingen zu tun, die an die Finanzkraft des Landes hohe Anforderungen stellten, und der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. erblickte in Marine und Kolonien die stete Quelle finanzieller Lasten des Landes, eine Anschauung, die ihn bewog, durch seinen Residenten im Haag, den Geheimen Hofrat v. Meinertzhagen, mit den Bewindhabern der Niederländisch-Westindischen Kompagnie im Jahre 1717 Verhandlungen über die Abtretung der Kolonien mit allem Drum und Dran anzuknüpfen. Eine dementsprechende Uebereinkunft wurde denn auch von dem Geheimrat mit den Bewindhabern Willem Borcel, Ferdinand van Collen dem Jüngeren und Cornelis Hop getroffen. Es werden darin von des Königs Majestät an genannte Kompagnie zu vollem Eigentum die Forts Groß-Friedrichsburg und die dabei gelegenen Plätze, ferner die Forts und Siedlungen zu Akkoda, Taccrama usw. mit allen Geschützen und Munition, ebenso die Plätze, Häfen und Flüsse, so die brandenburgische Kompagnie an der Küste von Guinea besessen, gegen Bezahlung von 2000 Dukaten in specie bei Vollziehung der Akte abgetreten. Es heißt weiter darin: „und sobald die Zeit kommt, wo gemelte Kompagnie im Besitz des Forts ist, alsdann soll eine gebührende Akte von der Uebertragung durch Seine Majestät an die Kompagnie gegeben werden, und alsdann von letzterer noch 4000 Dukaten bezahlt werden, aber wofern die gemelte Kompagnie die gen. Forteressen nicht bekommen könnte, und sie im Besitz des Negerhäuptlings Jan Conny oder von jemand anders blieben, daß alsdann über die gegebenen 2000 Dukaten und über die Verzichtleistung des Königs auf vorgenanntes Pfand Uebereinkunft getroffen werden soll."[2])

[2]) Die vollständige Fassung des Kaufvertrages, der vom 18. Dezember 1717 herrühr, ist bei Schück, „Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik", II. Teil, in der holländischen Originalfassung wiedergegeben.

Digitized by Google

Die 2000 Dukaten wurden denn auch sofort entrichtet, mit der Zusage, daß mit dem ersten von Guinea kommenden Schiff „als Erkenntlichkeit sechs wohlgemachte junge Neger, bekleidet mit goldenen Halsbändern, und überdies noch sechs junge Neger ohne Halsband mit einem der nächstfolgenden Schiffe überbracht werden sollten".

Diese Aufmerksamkeit der holländischen Herren, die des Königs Schwäche für seine blauen Kinder zu würdigen wußten, ward von dem Monarchen hoch aufgenommen; er verwendete diese Mohren als Pfeifer und Trommler bei seinem Leibregiment in Potsdam.[3]) Als mit dem Verkauf der Kolonien die Quelle für den Bezug schwarzer Spielleute versiegte, wurde dennoch die Tradition gewahrt.

Der obengenannte Kaufvertrag ward unterm 12. Januar 1718 von allen Kammern der Westindischen Kompagnie genehmigt und von den Herren Boreel, van Collen, van Benningsen, Kaarßeboom, Hoorn, Verporten, van Segvelt, Bredenhof und Alberda vollzogen. Demgemäß ward der Generaldirektor der Westküste von Afrika, Willem Butler, unterm 30. November 1717 von der Kompagnie benachrichtigt, daß sie die Besitzungen des Königs von Preußen auf der Goldküste durch Kauf erworben habe, und daß an den Führer des Schiffes „De Faam" (Der Ruf) „eine Akte von Ermächtigung" erteilt sei, sie in Besitz zu nehmen. Das war nun leichter gesagt als getan; denn einerseits war der bekannte Häuptling Jan Conny, einer der reichsten und mächtigsten Gebieter an der Küste, mit noch mehreren untergeordneten holländischen Angestellten im Besitz des Dorfes Pocquesoe und des Forts Groß-Friedrichsburg — die preußische Besatzung mit dem letzten Gouverneur du Bois hatte es unter Zurücklassung des Sergeanten Van der Meeden bereits (1716) verlassen — und diese Weißen übten dort freien, das heißt ungesetzlichen Handel aus mit allen Nationen, was unter der Regierung der Westindischen Kompagnie nicht unumschränkt vor sich gehen durfte, anderseits aber schien es geboten, den Besitzantritt vorsichtig ins Werk zu setzen, um nicht den Argwohn der Engländer zu erwecken, die schon lange begehrliche Blicke auf die preußischen Besitzungen geworfen hatten. Butler beraumte also auf den 2. April 1718 eine Versammlung der Räte auf dem Hauptkastell St. George d'Elmina an, bestehend aus den Herren Joan van Alsem, Geleijn Hendrix und Jan Philip Eiffen, in der nach richtiger und eingehender Erwägung beschlossen ward, die

[3]) Von diesen nach der Mark gekommenen Negern leitet die Mohrenstraße in Berlin ihren Namen her. Nach dem „Frolockenden Berlin", 1728 (S. 11) schenkte König Georg I. von England (1714—1727) dem Soldatenkönig eine Anzahl Mohren, die als Querpfeifer Dienst taten. Es sind dies wahrscheinlich jene 12 Mohren, die dem Monarchen von der englisch-afrikanischen Kompagnie gewissermaßen als Reugeld für ihren Rücktritt von dem Ankauf Groß-Friedrichsburgs zum Geschenk gemacht wurden. (Vgl. Schück, „Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik". Erster Teil, S. 308.)

Von einem anderen Neger, Friedrich de Coussy, berichtet Nicolai in seiner Beschreibung von Berlin und Potsdam, daß er in Berlin Unterricht in der Malkunst erhielt.

Digitized by Google

Schiffe „De Faam" und „Hallandia" unter Befehl des Kapitäns van der Hoeven nach Groß-Friedrichsburg zu entsenden. Letzterer sollte dort durch ein Sendschreiben Jan Conny von dem Ankauf der Kolonien seitens der Kompagnie Kenntnis geben und ihm zugleich eine Abschrift von der bezüglichen Order aushändigen, um die Abtretung der Besitzungen zu erlangen, mit der Zusage, wofern er sich ungesäumt gänzlich unterwerfen würde, so wolle ihm die Niederländisch-Westindische Kompagnie ihren Schutz angedeihen lassen usw.; würde er hingegen schwierig und widerwillig befunden, dann sollte der Kapitän Gewalt anwenden und sich dazu wegen Beistandes mit dem Kommandanten von Arim, Jacobus Munnikhoven, in Verbindung setzen usw. Ferner ward eine ausführliche Dienstanweisung von 10 Paragraphen für den letzteren und für den Befehlshaber von Boutrie entworfen.

Unterm 21. Mai des Jahres 1718 berichtet nun van der Hoeven an Butler, er habe bisher noch nichts ausrichten können, und ersucht um Zuweisung einiger großer Kanus, um sie beim Zuge gegen Conny zu gebrauchen, die ihm denn auch sogleich zugestanden werden (Missive vom 23. Mai), unter gleichzeitiger Anweisung für den Führer des Schiffes „Groningen", Maarten Rijff, den Kapitän van der Hoeven zu unterstützen. Weiterhin werden ihm auf Ersuchen in der Versammlung vom 28. Mai für seine Unternehmung die Oberkommis Geleijn Hendrix und Carel van Maarssen zum Abschließen von Verträgen mit den „Naturellen" zur Verfügung gestellt; gleichzeitig ward von Butler nachstehender Erlaß an die Fortinsassen gesandt:

„An den Kommandanten und sonstige zur Garnison gehörige Angestellte Seiner Königlichen Majestät von Preußen und Desselben Königliche Kompagnie (die preußisch-afrikanische Kmpagnie. D. V.) in der Festung Groß-Friedrichsburg und den dazugehörigen Plätzen.

Messieurs!

Nachdem Seine Königliche Majestät von Preußen für und im Namen der Königlich Afrikanischen Kompagnie durch Kaufvertrag, gezeichnet zu Berlin, den 22. November 1717, an die Niederländische Privilegierte Westindische Kompagnie zu vollem und freiem Eigentum Deroselben afrikanische Forteressen und darin einbegriffen das Fort Groß-Friedrichsburg zu Pockesoe zediert und abgetreten hat, und also höchstgedachte Majestät von Preußen in besagtem Rezeß allen ihren Angestellten in den nämlichen Forts ausdrücklich anbefiehlt, ihre unterhabenden Forts der wohlgemelten Niederländisch-Westindischen Kompagnie einzuräumen und an sie zu übergeben, so anbefehlen wir Euch insgesamt, einem jeden insbesondere, im Namen unserer Prinzipale, sich prompt nach Empfang dieses an die Befehle Eures illustren hohen Herrn und Meisters und an die Angestellten von Kompagnie wegen zu halten, die Euch unterstellte Festung Groß-Friedrichsburg zu übergeben nebst den sonst dazugehörigen Plätzen mit ihren Ap- und Dependenzien, ohne den geringsten Aufschub, indem wir bei Nichtbefolgung dieser Order für alle Schädigungen,

Digitized by Google

Unkosten und Umstände, die daraus entstehen, nicht aufkommen, in welcher Erwartung wir mit unseren Grüßen an Euch verbleiben usw.

Elmina, den 28. Mai 1718. Willem Butler.

Nach Empfang dieser Order, die als erster politischer Akt der neuen Besitzer unser Interesse verdient, begab sich Kapitän van der Hoeven zu Schiff nach Elmina und ersuchte den Gouverneur, selber sich dem Zuge anzuschließen, um die Angelegenheit an Ort und Stelle zu regeln, womit dieser auch einverstanden war. Sonntag, den 5. Juni, kamen sie vor Arim an, und am 8. ankerten die Schiffe „De Faam", „Hollandia" und „Groningen" vor Groß-Friedrichsburg, das sie mit neun Schuß salutierten, worauf das Fort mit der gleichen Schußzahl dankte. Nun kam einer der vornehmsten Kabusiere an Bord, dem Butler das Original der Abtretungsurkunde vorlegte, mit der Zusage weiterer Vorrechte, wenn er sich unterwerfen würde; ferner ward ihm aufgetragen, Jan Conny zu bestellen, daß man ihn anderen Tages an Bord erwarte, um mit ihm zu beratschlagen. Der Abgesandte erschien auch am anderen Morgen wieder, aber in Begleitung eines Neffen Connys, durch den er an Butler die Frage stellte: „Wie es möglich wäre, daß Seine Königliche Majestät von Preußen die Festung verkaufen könnte, da sie doch ihm (Conny) gehöre und in seinem Lande stände, und daß er, solange kein Schiff des Königs hier auf die Küste käme, er auch die Festung zugunsten der Holländer nicht räumen könne." Nachdem Butler dem Besuch noch einmal die Rechtmäßigkeit seiner Forderung klargemacht hatte, gab er ihm bis zum anderen Tage Bedenkzeit, sonst würde das Feuer auf Dorf und Fort eröffnet werden. Inzwischen wurde alles für die Landung klar gemacht.

Als am Freitag, den 10. Juni, keine Antwort von Jan Conny einlief, begannen die Schiffe „De Faam" und „Hollandia" auf den Ort zu feuern, indes erst, nachdem von den dort befindlichen Negern Schüsse auf die Schiffe abgegeben waren. Die „Groningen" konnte wegen Windstille nicht herankommen und beteiligte sich nicht an der Beschießung. Als letztere einige Zeit gedauert hatte, wurde mit den Beibooten ein Landungsversuch gemacht, den van der Hoeven in Person leitete. Er ließ eine Anzahl Handgranaten aus den Booten ins Dorf werfen, eine Begrüßung, die vom Fort aus erwidert wurde, ohne indes Schaden anzurichten. Die Neger hielten sich verborgen und lagen flach auf dem Boden. Wegen der Ermattung der Leute infolge der großen Hitze mußte indes von der Landung für heute abgesehen werden; die Boote kehrten daher nach dieser Erkundung wieder an Bord zurück, um den Angriff am nächsten Morgen zu wiederholen.

Kaum war der Tag angebrochen, so begann die Beschießung von allen drei Schiffen, worauf die großen Kanus auf Land zuhielten, gefolgt von den Schiffsbooten, die zur Deckung der Landung mit Drehbassen und Mörsern armiert waren. Nachdem einige Granaten ins Dorf geworfen waren, betrat Kapitän van der Hoeven als Erster den Strand, gefolgt von Leutnant Jacob

Digitized by Google

van Damast und dem Obersteuermann Gerbrand Prangen mit 46 Leuten, denen die Bemannung der großen Kanus schleunigst auf den ersten Befehl folgen sollte. Aber kaum hatten die Leute den Fuß an Land gesetzt, da kamen die Neger, die flach auf dem Boden gelegen hatten, wie aus der Erde gewachsen von allen Ecken und Enden herbeigestürzt, nach Schätzung etwa 1500 bis 2000 an der Zahl, und schossen den Holländern auf der Stelle an 30 Leute nieder, denen sie den Kopf abschlugen, unter ihnen der Leutnant van Damast. Mit genauer Not entkamen der Kapitän, der Obersteuermann und der Rest der Matrosen und Soldaten durch Schwimmen. Der Kapitän erhielt dabei einen Schuß durch den Fuß und eine Kopfwunde; ebenso ward auch Prangen verwundet. Was an Land zurückblieb, ward von den erbitterten Schwarzen in Stücke gehauen. Inzwischen setzten die Schiffe die Beschießung fort, ohne jedoch der schweren Deining wegen Erfolg zu erzielen. Die Schwimmer wurden zumeist gerettet. Insgesamt verloren die Holländer 36 Weiße und zwei Kanurojer, abgesehen von den Verwundeten.

Bei dieser Lage der Dinge ward im Kriegsrat beschlossen, mit „De Faam" und „Hollandia" nach Elmina zu segeln und den Kommis van Maarssen mit acht Soldaten, einem Konstabler und einem Maurer mit der „Groningen" nach Arim zu senden, um die Garnison zu verstärken, da man nicht im voraus berechnen konnte, welche Schritte Conny nach dem Abzug der Holländer unternehmen würde.

So endigte dieser unglückliche Feldzug, und es blieb nichts anderes übrig, als eine bessere Gelegenheit zur Ueberrumpelung der Festung abzuwarten.

In einem weiteren Bericht vom 27. März 1719 meldet Butler: „Mit der Festung Groß-Friedrichsburg ist es noch immer dasselbe, da der Neger Conny sehr aufgeblasen und hochmütig ist. Ich hatte gehofft, die Aschantileute zu einer Unternehmung gegen den Platz bewegen zu können, aber die Neger sind zu träge; ich gebe indes die Hoffnung nicht auf, Ihnen einmal etwas Günstiges vermelden zu können."

Den nämlichen geringen Fortgang mußte Butler in einem späteren Bericht zugestehen; damit war aber die hohe Obrigkeit nicht zufrieden und drang auf schnelle Entscheidung. Sie erhielt von Butler unterm 14. Juli 1720 nachstehenden Bescheid: „Mit der Festung Groß-Friedrichsburg ist es noch wie vordem und kann dagegen gegenwärtig nichts unternommen werden", aber er nimmt mit äußerster Bestürzung davon Kenntnis, daß dem Willen der Behörde nicht hätte gewillfahrt werden können, verspricht jedoch zum Schluß, bei sich bietender Gelegenheit die Anordnungen seiner vorgesetzten Behörde genau zu beachten. Ein weiteres Jahr vergeht, und erst unterm 14. August 1721 berichtet Butler, er habe den Kapitän van Schagen und den Ingenieur Les Loran nach Groß-Friedrichsburg entsandt, um mit Conny zu verhandeln. Die Abgesandten wurden von ihm im Fort gut empfangen; im übrigen erklärte er ihnen, solange er lebe, würde er das Fort nicht übergeben, am allerwenigsten an Butler, aus Besorgnis, der würde sich an ihm wegen der Schlappe von

Digitized by Google

1718 rächen. Indes erlangten sie doch wenigstens so viel von ihm, es sollten Frieden und Freundschaft zwischen ihm und den Holländern bestehen und die Forts an keine andere Nation übergeben werden als an die Holländer. Außerdem erklärten die Herren, es sei untunlich, wegen der Uebermacht der Neger, wegen der Brandung und des Buschwerks, das ihnen als Versteck diene, das Fort mit so wenig Mannschaft, wie ihnen zur Verfügung stände, zu überrumpeln. Der Zustand blieb also der gleiche, solange Butler am Ruder war. Erst sein Nachfolger Abraham Houtman berichtet unterm 10. Februar 1722 an die Bewindhaber, er habe Conny auffordern lassen, sein Versprechen, das Kastell zu übergeben, zu halten, da nun nichts mehr vom General Butler zu befürchten sei. Conny erklärte sich daraufhin bereit, auf den Vorschlag van Schagens einzugehen, doch sollte die Handlung auf feierliche Weise vor sich gehen und dazu der Gouverneur selber oder eine Abordnung von Leuten von Stande sich beteiligen. Demzufolge wurden am 10. Oktober 1722 die Oberkommis und Räte Pieter van Schagen und Anthonij Paludanus, ferner der Kommis Jacob Müller von Arim entsandt, um mit Conny weiter zu verhandeln. Nach längerer Beratung ward schließlich ein Vergleich geschlossen, der mit Lit. B. gezeichnet nach Amsterdam abgeschickt wurde.

Inzwischen versuchten die Engländer unter dem Generalkapitän James Philips alles mögliche, um das vielumstrittene frühere preußische Fort in ihre Hände zu bekommen, aber vergebens. Auch ward noch ausgestreut, das Fort sei so verfallen, daß anderthalb Jahre zu seiner Wiederherstellung erforderlich seien. Es muß diese Behauptung als arge Uebertreibung gelten; denn das Fort war knapp vierzig Jahre alt, das heißt, seit Schaffung der alten, ganz einfach gehaltenen Anlage, die allmählich ausgebaut wurde zu der Vollkommenheit, die, wie wir gesehen, den Beifall aller derer gewann, die auf ihren Reisen nach der Goldküste das geradezu zu einer Berühmtheit gewordene Fort besuchten und besichtigten.

Das vorerwähnte Abkommen, das mit viel Geschreibsel und nach langem Hin und Her unterm 22. Oktober 1722 im Dorfe Pocquesoe getroffen ward, enthält in zehn Artikeln nachstehende Hauptbedingungen:

§ 1. Jan Conny macht sich verbindlich, das Kastell Groß-Friedrichsburg an die Niederländisch-Westindische Kompagnie mit 42 eisernen Kanonen zu übergeben.

Dieser Satz ist für uns insofern von Interesse, als er uns eine bestimmte Angabe macht über die Zahl der noch vorhandenen Geschütze, die früher 44 betrug.

§ 2. Ebenso das Fort zu Akkoda (die Dorotheenschanze. D. V.) mit 12 und Taccrama mit 4 Geschützen.

Auch diese Angabe interessiert uns als letzter Vermerk über die Armierung unserer alten Forts.

§ 3. Es steht Jan Conny frei, ein Oberhaupt wegen der Geschäfte auf besagtem Fort zu ernennen; er ernennt dazu den Herrn Paulus Caesar Le Candele und zum Assistenten den Herrn Jan Rijrbom, der bereits früher dort

Digitized by Google

tätig war. Bis zur Ankunft von Le Candele sollte ein Sergeant oder Korporal mit vier oder mehr Soldaten das Fort besetzen.

§ 4. An Jan Conny sollen von der Kompagnie bezahlt werden 2 Unzen Gold monatlich an Kostgeld und 6 Bendos[1]) desgleichen als Neujahrsgeschenk, wie er es vordem ständig von den Brandenburgern (Preußen) erhalten.

§ 5. Für die Aufgabe des im Bannkreis des Forts liegenden Geländes werden Conny einige Freiheiten im Handel zugebilligt.

§ 8. Er macht sich verbindlich, die Haussklaven, etwa 135 Köpfe, an die Kompagnie abzutreten gegen 30 Bendos Gold.

§ 9 spricht von Connys Ersuchen, daß Jan Rijrbom auf dem Kastell bleiben darf, solange er es aushält, oder bis er selbst um seine Rückkehr in die Heimat anträgt.

Das Abkommen ward unverzüglich nach Elmina gesandt. Houtman äußerte sich im Erlaß vom 22. Oktober 1722 sehr zufrieden damit, wundert sich aber darüber, daß man es unterlassen, Conny und Rijrbom sofort den Treueid abzunehmen, und beauftragt die Kommissare, unverzüglich das Fort mit einem Sergeanten und sechs Mann zu besetzen, gemäß § 3 des Abkommens. Unterm 27. November geben die Kommissare dem Generaldirektor Kenntnis, daß alles in Ordnung sei und das Fort in wenigen Tagen übergeben werden würde. Aber auch jetzt noch sollten die Holländer nicht zum Ziele kommen. Der Grund geht aus den Akten nicht hervor. Sicherlich war wieder eine neue Teufelei Connys, des „Rädelsführers der Oberküste", im Spiele, um die Sache zu verschleppen; denn erst unterm 8. Mai 1724 kann der Gouverneur an die Bewindhaber berichten, es sei ein neuer Krieg verschiedener Negerstämme gegen Conny ausgebrochen, die durch ihre Abgesandten die Kompagnie gebeten hätten, ihre Partei zu ergreifen, da sie sonst genötigt wären, sich unter den Schutz der Engländer zu stellen und das Fort nach der Einnahme letzteren zu übergeben.

Nachdem General Valckenier vergeblich versucht hatte, den Streit der kriegführenden Parteien beizulegen, wurde gegen Conny „wegen seiner vielfältigen Verrätereien" von den Holländern aufs neue das Kriegsbeil ausgegraben, und diesmal mit Erfolg.

So kam endlich die Sache zum Ende; unterm 28. März 1725 konnte Valckenier die frohe Botschaft nach Amsterdam senden, daß er „infolge der schurkischen Verrätereien und Gewalttätigkeiten des Negers Jan Conny" genötigt gewesen wäre, die Waffen gegen ihn zu ergreifen, und daß er mit Hilfe eingeborener Stämme ihn von der Landseite angefaßt habe, während das Schiff „Waerswijk", die Pinke „Der junge Adrian" und eine guineische Gallei das Fort von der Seeseite bombardierten, mit solchem Erfolg, daß nach Verlauf von dreißig Tagen das Kastell überwältigt und Jan Conny aus seinem Schlupfwinkel vertrieben ward, wofür der fromme Mann in seinem Bericht

[1]) 1 Unze = 30 Gramm Gold = etwa 300 Gulden holl. oder rund 500 Mark, 1 Bent Gold = 80 Gulden.

Digitized by Google

Gott dem Allmächtigen aus Herzensgrund dankt. Außerdem fielen noch die kleinen Forts Akkoda (Dorotheenschanze) und Taccrama (Fort Sophie Luise) in die Hände des Generals. Rühmend wird in dem Bericht das Verhalten des Oberkommis Robert Norré erwähnt, der persönlich die Soldaten gegen die Palisaden führte und sich des Forts bemächtigte. Auch der Schiffer Christian Bolder von der „Waerswijk" und Gerrit Kruits vom „Jungen Adrian" hatten sich tapfer bewiesen und wurden zur Belohnung vorgeschlagen. „Das Schmerzlichste," schreibt er weiter, „das uns bei diesem Kriege traf, ist die Flucht Connys, der nach der Ermordung der im Kastell garnisonierenden sechs Europäer mit seinen Frauen und Kindern in Begleitung des Unterkommis Jan Rijxbom und des Untermeisters Willem Mederdorp im Schutze der Nacht entkam." Allerdings gelang es doch noch, Rijxbom zu fassen und ihm den Prozeß zu machen.

Mit Conny kam später nochmals ein Vergleich zustande, denn noch immer war es nicht möglich, den mächtigen Mann auszuschalten. Valckenier nennt ihn indes wiederum einen Schurken und wünscht nichts sehnlicher, als seinen Kopf im Fort zu sehen.

Es ist dies die letzte Nachricht, die wir über Conny besitzen. Die Kosenamen, die der holländische General seinem bitter gehaßten Feinde gegenüber anwendet, können wir verstehen, denn mit beispielloser Zähigkeit hat Conny seine Position verteidigt, mit allen Mitteln, die seiner Verschlagenheit zu Gebote standen. Anderseits aber können wir Conny von seinem Standpunkt gar nicht so unrecht geben. Er verteidigte sein vom Preußenkönig aufgegebenes Vaterland gegen die verhaßten Holländer als Herr der heimischen Scholle, teils mit Gewalt, teils mit List und Tücke. Dem Sohn der Natur war eben jedes Mittel recht. Von preußischer Seite hatte man stets seine Verdienste gewürdigt und anerkannt, und darum war er den Vertretern des preußischen Monarchen dankbar und hilfreich. Wie schade, daß uns mit dem Aufgeben der Kolonien diese wertvolle Kraft verloren gegangen ist. Wir Preußen haben jedenfalls Anlaß, des großen Häuptlings mit Achtung zu gedenken; denn den nämlichen Feindseligkeiten, die Conny von seiten der Holländer widerfuhren, ist auch Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, von derselben Nation ausgesetzt gewesen, der er im Kriege gegen den großen Ludwig aufopfernd zur Seite gestanden hatte.

Zum Schluß verspricht sich der General in seinem Bericht viel von dem Handel in Groß-Friedrichsburg, sobald Ruhe und Friede wiederhergestellt sein würden. Dem war aber nicht so. Die Kompagnie hatte wenig Nutzen von dem Kauf der Kolonien. War schon unter preußischer Herrschaft der Handel geringfügig — in manchen Monaten betrug der Umsatz kaum zwei Unzen Gold (etwa 600 Gulden) — so ging er in der Folgezeit so weit zurück, daß schließlich Groß-Friedrichsburg aufgegeben wurde und Arim an seine Stelle trat. Vorher war das Fort noch in „Hollandia" umgetauft worden (nach der Musterrolle vom 1. Januar 1728).

Digitized by Google

Hiermit senkt sich der Vorhang über das Drama Groß-Friedrichsburg, reich an Begebnissen und Taten in Kampf und Not. Nach fünfzigjährigem Bestehen wird das Fort aufgegeben, seine festen Mauern zerbröckeln, und üppige Tropenvegetation hüllt die denkwürdige Ruine in ihren Schleier. Anderthalb Jahrhunderte vergehen, da erwacht die alte Feste aus ihrem Dornröschenschlaf; ein deutsches Kriegsschiff lüftet den Schleier, und Groß-Friedrichsburg lebt wieder auf in deutschem Gedenken.

Heute liegt Groß-Friedrichsburg abseits vom Handelswege; es hat weder kommerzielle noch militärische Bedeutung mehr. Und daran kann alles Interesse für den denkwürdigen Platz nichts ändern. Heute ist jener Küstenstrich, um den Portugiesen, Holländer und Brandenburger gestritten, in englischen Händen.

Dem aufmerksamen Leser wird es nicht entgangen sein, daß in vorstehenden Ausführungen sich Wiederholungen finden von dem, was ich in früheren Artikeln gebracht habe. Dies ließ sich nun nicht gut vermeiden, weil im Interesse logischer Entwicklung des geschichtlichen Verlaufes es erwünscht erschien, soweit zum Verständnis notwendig, auch schon Bekanntes nochmals anzuführen. Zu bedenken ist dabei auch, daß in den früheren Schilderungen der Küstenklatsch einen gewissen Raum einnimmt, dem gegenüber die geschichtliche Wahrheit auch dann zu Worte kommen muß, wenn sie bereits Bekanntes vorbringt.

Zum Schluß lasse ich noch eine Chronologie des Forts Groß-Friedrichsburg folgen, die auf Grund meiner bisherigen Forschungen aufgestellt ist und im Interesse besserer Uebersichtlichkeit des Stoffes vielleicht nicht unwillkommen sein dürfte.

Zeitangaben für Groß-Friedrichsburg.

Regierung des Großen Kurfürsten 1640—1688.

1. Januar 1683: Grundsteinlegung durch O. F. v. d. Gröben.

10. Juli 1683: Order des Großen Kurfürsten zur Anweisung von 12 000 Talern und für die ersten vier Jahre je 6000 Taler.

1684: Ausbau des Forts durch Karl Konstantin v. Schnitter, der mit „Goldener Löwe" und „Wasserhund" mit dem nötigen Personal hinausgeht.

1684: Anlegung der Dorotheenschanze (Akkoda).

1684: Taccrama und Taccorary kommen unter brandenburgische Schutzherrschaft.

1684: Negergesandtschaft unter Häuptling Jancke geht nach Berlin zur Huldigung.

1686: Abberufung Schnitters.

7. Oktober 1687: Dorotheenschanze und Taccorary vom holländischen General de Sweerts überrumpelt; erstere 1690 wiederzurückgegeben.

Regierung Friedrichs III. (I.) 1688—1713.

1708: Vollendung des Ausbaues von Groß-Friedrichsburg.

1711: Krieg der preußischen Neger mit den englisch-holländischen Negern, Ueberfall und Einnahme der Dorotheenschanze. Der Oberkaufmann du Bois,

Digitized by Google

der letzte Gouverneur, trifft 27. Dezember 1711 auf der Goldküste ein. Landung in Arim und Besprechung mit dem holländischen Präsidenten über die Kriegslage.

23. Januar 1712: Conny schlägt die verbündeten feindlichen Stämme beim Kastell Eliza Carthago am Ancobrefluß aufs Haupt.

3. März 1712: Erneuerung des Treugelöbnisses der Kabusiere.

20. Oktober 1712: Friedensvertrag der englischen und holländischen Kompagnie mit der preußischen, Rückgabe der Dorotheenschanze.

1713: Ableben König Friedrichs I., Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. (1713—1740.)

1716: Gouverneur du Bois verläßt Groß-Friedrichsburg, nachdem er dessen Schutz Jan Conny für ein Jahr anvertraut und den Sergeanten van der Meeden als Kommandanten zurückgelassen hat. Conny nimmt das Fort in Besitz.

18. November 1717: Kaufvertrag wegen Abtretung der preußischen Kolonien an die Niederländisch-Westindische Kompagnie.

28. Mai 1718: Bekanntgabe der Abtretung durch den Generaldirektor der Westküste Willem Butler an die Eingeborenen.

11. Juni 1718: Erfolgloser und verlustreicher Landungsversuch der Holländer unter Kapitän van der Hoeven bei Groß-Friedrichsburg.

25. Oktober 1721: Quittungsleistung König Friedrich Wilhelms I. über vollständige Befriedigung durch die Niederländisch-Westindische Kompagnie.

1721: Besuch des englischen Reisenden Atkins im Fort bei Conny.

10. Februar 1722: Aufforderung des Generaldirektors Houtman an Conny zur Uebergabe des Forts.

22. Oktober 1722: Abkommen mit Conny über die Räumung des Forts.

1725: Neue Fehde der Holländer mit Conny, Beschießung von Groß-Friedrichsburg, Belagerung und Einnahme des Forts, Vertreibung Connys durch General Valckenier. Der französische Reisende Chevalier des Marchais besucht 1725, der Engländer Smith 1727 Groß-Friedrichsburg.

1772: ? Nettelbeck besucht die Goldküste.

Das Fort wird in „Hollandia" umgetauft, aber später zugunsten von Arim aufgegeben. 1871 fällt die Goldküste durch Verkauf an die Engländer.

Im Februar 1884: Besuch der Ruinen durch S. M. S. „Sophie" (Kapitän Stubenrauch). Mitnahme eines Geschützrohres.

18. Februar 1910: Besuch der Ruinen durch S. M. S. „Sperber".

25. April 1911: Besuch durch S. M. S. „Eber".

1912/13: Der Rest der noch in den Ruinen befindlichen alten Geschützrohre wird auf Anordnung Kaiser Wilhelms II. mit Genehmigung König Georgs V. von England mit Woermanndampfern nach der Heimat gebracht. Von den Rohren werden einige an die Marineakademie zu Kiel und an die Stadt Pillau abgegeben, die übrigen werden dem Zeughaus zu Berlin einverleibt.

Digitized by Google

Statistik der farbigen Bevölkerung von Deutsch-Afrika.

Von Dr. R. Hermann-Weilheim i. B.

3. Die Mischlinge.

Die Mischlingsbevölkerung Südwestafrikas bildet nunmehr seit etwa sieben Jahren nahezu ununterbrochen den Gegenstand lebhafter, teilweise sogar erregter Erörterungen nicht allein in der Presse, sondern auch im Reichstag. Ihr Bestehen und ihre Zunahme wurden und werden als eine erhebliche Gefahr für die Erhaltung der Rassenreinheit, für die unbedingte soziale und wirtschaftliche Vorherrschaft der weißen Bevölkerung empfunden. Nur selten pflegt dabei mit voller Klarheit betont zu werden, was unter den Mischlingen in dem hier in Frage kommenden Wortsinn zu verstehen sei. Auch die offiziellen Jahresberichte haben den Begriff nie erläutert, vielmehr stets vorausgesetzt, daß es jedem Leser klar sein müsse, was der Begriff zu bedeuten habe. Daß es aber mit dieser Selbstverständlichkeit eine eigene Bewandtnis habe, konnte schon aus dem Vorausgehenden entnommen werden, wo der verschiedenen Beurteilung, die im Laufe der Jahre die Bastards erfahren haben, Erwähnung getan wurde.

Außer Zweifel steht, daß unter den Mischlingen in dem hier zu brauchenden Sinne nicht zu verstehen seien die Produkte von Kreuzungen zwischen den verschiedenen eingeborenen Stämmen, denn um diese festzustellen, fehlt uns jede Grundlage; wir wissen nur, daß wir es bei den Eingeborenen selbst großenteils mit den Abkömmlingen früher oder rezenter Blutsvermischung zu tun haben, und kennen genugsam die Schwierigkeit, die Reinheit einer Rasse zu erkennen und zu beweisen. Auch ist klar, daß der Grad der Blutsvermischung sich in den wenigsten Fällen ermitteln läßt. Man muß sich darauf beschränken, unter Mischlingen die Abkömmlinge aus Verbindungen zwischen Weißen und — sei es eingeborenen oder fremden — Farbigen zu verstehen. Dabei wird fast durchweg der männliche Elternteil unter den Weißen, der weibliche unter den Farbigen zu suchen sein. Aber auch die sowohl vom ethischen und sozialen wie auch vom rechtlichen, insbesondere vom vermögens- und erbrechtlichen Standpunkt wichtige Unterscheidung zwischen ehelicher und unehelicher Abstammung stößt auf Schwierigkeiten, denn die vorliegenden statistischen Angaben bieten hierfür keine direkten Anhaltspunkte. Dagegen bieten die auf eine lange Reihe von Jahren zurückgehenden Tabellen über die weiße Bevölkerung des Schutzgebietes wenigstens einen Einblick in die Zahl der Mischehen zwischen weißen Männern und farbigen Frauen. Es wurden mit Weißen verheiratete farbige Frauen gezählt:

1892: 39	1899: 45	1906: ?
1893: 37	1900: 49	1907: 39
1894: 36	1901: 36	1908: 42
1895: 42	1902: 39	1909: 50

Digitized by Google

1896: 33	1903: 42	1910: 46
1897: ?	1904: ?	1911: 35
1898: ?	1905: ?	1912: 47

Die Zahl dieser Mischehen hat demnach in den einzelnen Berichtsjahren zwar relativ erhebliche Schwankungen aufzuweisen; sie sind aber im Vergleich zu der stets rasch wachsenden Zahl der Weißen überhaupt und zu der noch rascheren Zunahme aufweisenden Zahl der weißen verheirateten Frauen und somit der Zahl der reinen Ehen relativ immer mehr in den Hintergrund getreten. Das ist auch ganz natürlich; denn die ehelichen wie die außerehelichen Verbindungen mit farbigen Weibern hatten stets ihre Ursache im faute de mieux, und man hat stets mit vollem Recht den Zuzug weißer Frauen als das beste Mittel zur Bekämpfung des Mischlingsunwesens betrachtet.

Man darf also sicher annehmen, daß auch die Zahl von Abkömmlingen aus gemischten Ehen im Lauf von zwei Jahrzehnten absolut keine irgendwie erhebliche Zunahme erfahren hat, relativ aber, d. h. im Vergleich zu den Abkömmlingen Weißer, überhaupt stark zurückgetreten ist. Wenn also die Zahl der Mischlinge überhaupt sich vermehrt hat — ob dies der Fall, soll unten untersucht werden — so kann diese Vermehrung nur auf uneheliche Verbindungen zurückgeführt werden.

Eine Zählung der Mischlingsbevölkerung erfolgte erstmals im Jahre 1908, und so liegen nur für fünf Berichtsjahre seither Angaben vor, die in Tabelle VII zusammengestellt sind. Zur Beurteilung dieser Ziffern ist es von

Tabelle VII.

Bezirk	1908				1909				1910				1911				1912			
	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen
Grootfontein	7	8	26	41	8	2	12	22	15	2	43	60	12	11	55	78	1	1	88	90
Outjo	5	2	28	35	9	14	40	63	18	20	53	91	12	14	71	97	3	1	64	68
Omaruru...	14	21	6	41	15	24	51	90	15	26	50	91	21	24	97	142	5	6	96	107
Karibib	11	15	12	38	65	65	107	237	59	74	105	238	55	59	155	269	21	20	142	183
Okahandja .	12	7	[1])59	78	5	6	[1])75	86	7	9	[1])100	116	8	9	[1])93	110	—	1	[1])95	96
Gobabis....	3	--	21	24	7	1	28	36	10	—	31	41	8	2	41	51	4	2	45	51
Windhuk...	65	75	68	208	82	67	186	335	75	68	202	345	73	65	227	365	15	16	133	164
Rehoboth...	900	950	650	2500	920	958	689	2567	686	763	1423	2872	483	529	939	1951	16	17	173	206
Gibeon	—	—	—	—	27	17	9	53	13	12	14	39	16	15	39	70	8	7	53	68
Maltahöhe .	4	1	14	19	4	2	11	17	6	5	48	59	8	9	48	65	—	—	50	50
Keetmanshoop	125	164	198	487	124	178	291	593	154	162	246	562	136	167	243	546	26	34	215	275
Lüderitzbucht	—	—	—	—	4	6	8	18	41	16	15	72	11	14	19	44	2	5	23	30
Swakopmund	16	22	30	68	8	9	22	39	20	18	41	79	5	6	12	23	2	3	17	22
Warmbad ..					46	37	45	128	60	57	88	205	55	62	90	207	2	5	49	56
Bethanien..									34	53	133	220	44	46	114	204	12	22	147	181
Sa.	1162	1265	1112	3539	1324	1386	1574	4284	1213	1285	2592	5090	1947	1032	2243	4222	117	140	1490	1647

[1]) Davon 55, bzw. 66, bzw. ?, bzw. 43, bzw. ? Zöglinge des Erziehungsinstituts der Rheinischen Mission.

Digitized by Google

Wichtigkeit, sich zu vergegenwärtigen, daß sie stets nur eine Generation umfassen können. Denn die Eltern erscheinen unter den Ziffern für die weiße oder die farbige Bevölkerung, die Enkel aber ausschließlich unter den letzteren, und zwar gleichviel, ob sie aus Verbindungen zweier Mischlinge oder aus solchen von Mischlingen mit Farbigen hervorgegangen sind. Denn die letzteren werden nicht nur praktisch zur Eingeborenbevölkerung gerechnet; sie müssen vielmehr auch statistisch, wenn dies auch nirgends ausdrücklich hervorgehoben wird, aus der Mitte der Mischlingsbevölkerung ausgeschieden worden sein, da anderenfalls eine Grenze zwischen den Erhebungsmassen der Mischlinge und der Eingeborenen gar nicht zu bestimmen wäre.

Die Denkschrift für 1911/12, in der zum erstenmal, wie erwähnt, die Bastards als eigener eingeborener Stamm gezählt sind, warnt nun zwar ausdrücklich vor einem Vergleich der Angaben für dieses Berichtsjahr mit den vorausgehenden. Gleichwohl mußte diese Unvollkommenheit in Tabelle VII mit in Kauf genommen werden, um überhaupt einen einigermaßen historischen Ueberblick zu ermöglichen.

Es zeigt sich in den Jahren 1908 bis 1911 eine ganz erhebliche Zunahme der Mischlingsbevölkerung um 30 Prozent; eine Tatsache, die auch dann bestehen bleibt, wenn man einen erheblichen Teil davon auf die Zunahme der Bastards rechnet. Die höchsten absoluten Ziffern weisen — abgesehen von Rehoboth — die Bezirke Karibib, Windhuk und Keetmanshoop auf, gerade jene Bezirke, wo die meisten Weißen gezählt werden. Daneben treten noch Warmbad und Bethanien hervor, so daß sich die schon längst bekannte Tatsache auch zahlenmäßig bestätigt, daß im Süden des Schutzgebietes die Neigung zu Verbindungen mit farbigen Weibern größer ist als im Norden und in der Mitte des Schutzgebietes. Doch scheint sich dieser Gegensatz allmählich ausgleichen zu wollen, da im letzten Berichtsjahr auch die nördlich gelegenen Bezirksämter Grootfontein, Omaruru und Okahandja erhebliche Zahlen von Mischlingen aufzuweisen hatten.

Der Einblick in den Aufbau, den sonst die Gliederung nach dem Geschlecht und nach Altersgruppen gewährt, bleibt hier aus bereits erwähnten Gründen versagt. Auffallend ist aber immerhin, daß die Erwachsenen, abgesehen von der abnorm hohen Anzahl der Männer im Jahre 1911, keine Zunahme aufweisen. Man möchte erwarten, daß ein gewisser Teil der Kinder des Vorjahres im nächsten Jahre als Erwachsene deren Zahl erhöhen müßten, da dieser Zuwachs doch durch das Absterben nicht ganz ausgeglichen werden kann. Die Verteilung auf die beiden Geschlechter entspricht bei einem nicht allzu großen Ueberwiegen der Weiber dem natürlichen Gesetz, mit Ausnahme des Jahres 1911, wo plötzlich den 1032 Weibern nicht weniger als 1947, also fast noch einmal so viele Männer gegenüberstanden — ein Verhältnis, bei dem man wohl wieder ein Versehen bei der Zählung anzunehmen geneigt ist. Auch die Zahl der Kinder mit ihrer Zunahme von 1112 auf 1574 und

Digitized by Google

2592 und der darauffolgenden Abnahme auf 2243 gehört zu den häufigen Rätseln dieser statistischen Tabellen.

Beschränkt man sich aber auf die Angaben für das Berichtsjahr 1911/12, wo zum erstenmal die Mischlingsbevölkerung reinlich ausgeschieden ist, so wird man mit Genugtuung erkennen, daß die Gesamtzahl von 1647 Individuen nicht nur gegenüber der eingeborenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber den rund 15 000 Weißen recht wenig ins Gewicht fällt und zu Befürchtungen der oben erwähnten Art keinen besonderen Anlaß gibt. Ist doch heute schon die Zahl der weißen Kinder mit 2962 fast doppelt so groß wie die Zahl der Mischlingskinder mit 1490. Von diesen gehören 706 dem männlichen, 684 dem weiblichen Geschlecht an; hier überwiegt also das erstere, während unter den Erwachsenen die Frauen mit 140 gegenüber den Männern mit 117 nicht unbedeutend in der Mehrheit sind. Weitere Schlüsse lassen diese Angaben eines Jahres noch nicht zu, ebensowenig wie jene für die Bewegung der Mischlingsbevölkerung im Jahre 1911, welch letztere aber immerhin der Erwähnung wert sind. Es wurden nämlich gezählt 157 Geburten und 42 Todesfälle, so daß sich eine Zunahme von 115 allein in diesem einen Jahr ergibt, d. i. etwa 7 Prozent der Gesamtzahl der Mischlinge am 1. Januar 1912 — eine ganz erstaunliche Vermehrung, von der es interessant sein wird, zu verfolgen, ob sie in den Folgejahren anhält. Von den 157 Geburten treffen 85 auf das weibliche und nur 72 auf das männliche Geschlecht, während, wie bekannt, sonst die Knabengeburten häufiger zu sein pflegen. Von den Todesfällen betrafen 34 Kinder im Alter von unter 5 Jahren, d. i. etwa 20 Prozent der im Jahre 1911 gezählten Geburten. Wenn man erwägt, daß in manchen Teilen Deutschlands bis zu 40 Prozent der Geborenen im Säuglingsalter sterben, so ist auch hier das Verhältnis ein unheimlich günstiges.

Die Jahresberichte enthalten seit den letzten drei Berichtsjahren auch Angaben über den Beruf der Mischlingsmänner, die Ziffern für die Jahre 1909/10 und 1910/11 sind aber infolge der Ausschaltung der Bastards seit 1911/12 wertlos geworden und können zum Vergleich nicht herangezogen werden. Die berufliche Gliederung im letzten Berichtsjahr ist die gleiche unlogische, wie wir sie bei den eingeborenen Farbigen gesehen haben. Es gehören von den 117 gezählten Männern 80 zur Klasse der Arbeiter; davon sind wieder 65 bei Weißen als Hausdiener oder Farmarbeiter beschäftigt gewesen. 35 gehören der Gruppe der Viehzüchter und Frachtfahrer an; Handwerker und Händler wurden nur zwei gezählt. Hieraus ergibt sich, daß etwa ein Drittel der erwachsenen Männer beruflich selbständig ist, und daß somit anscheinend die Mischlingsbevölkerung, soweit sie überhaupt beruflich tätig ist, sozial wesentlich höher steht als die eingeborene farbige Bevölkerung. Allzuviel Gewicht darf allerdings diesen Angaben nicht beigemessen werden, denn wir wissen nicht, wie viele der weiblichen Mischlinge mit männlichen verheiratet sind; wir kennen auch nicht den Beruf der Eltern der Mischlingskinder; es

Digitized by Google

fehlt also jeder Anhaltspunkt dafür, die gesamte Mischlingsbevölkerung nach ihrer Zugehörigkeit zu Berufsgruppen zu unterscheiden, wie wir das für die Bevölkerung des Mutterlandes zu erheben in der Lage sind.

Bei der Bedeutung einer einwandfreien, fortlaufend sich gleichbleibenden Erhebung der Mischlingsbevölkerung für die Erkenntnis der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwickelung des Schutzgebietes macht sich gerade hier das Bedürfnis besonders geltend, daß die Jahresberichte über die Grundsätze Auskunft geben möchten, nach denen diese Statistik aufgestellt wird und künftig aufgestellt werden soll, denn dieses Kapitel gehört technisch zu den schwierigsten Aufgaben, die dem Statistiker gestellt werden können.

4. Die fremde farbige Bevölkerung.

Die geographische Gestaltung von Südwestafrika, insbesondere die Ungastlichkeit seiner Küstengebiete, bedingte es bekanntlich, daß vor der deutschen Besitzergreifung und der damit einsetzenden künstlichen Verbesserung der Hafenverhältnisse und Küstenwege der Verkehr des Landes mit der Außenwelt, von der unbedeutenden Station an der Walfischbai abgesehen, sich fast ausschließlich binnenwärts, das heißt über die Ost- und Südgrenze abgespielt hat. Es darf als sicher angenommen werden, daß von jeher schon Angehörige der Stämme des benachbarten Südafrika das jetzt deutsche Gebiet besucht und auch zum Teil sich dort dauernd niedergelassen haben. Zahlenmäßige Anhaltspunkte freilich, die auf zuverlässigerer Grundlage als auf oberflächlichen Schätzungen von Reisenden beruhen, fehlen hierfür. Immerhin haben die fremden Farbigen im Schutzgebiet in den ersten Jahren nach der Besitzergreifung eine durchaus untergeordnete Bedeutung besessen. Dies änderte sich erst, als die neuen Herren des Landes zum Zweck tatsächlicher Besitzergreifung und wirtschaftlicher Erschließung des Landes umfangreiche technische Arbeiten, wie insbesondere Hafen- und Eisenbahnbauten, in Angriff nahmen. Bei der Unzuverlässigkeit und Arbeitsunlust, auch geringer Brauchbarkeit der Eingeborenen erwies es sich sehr bald als notwendig, Arbeitskräfte von auswärts zu beziehen. Schon bei den ersten Molenbauten in Swakopmund und bei Erbauung der Bahn von dort nach Karibib und weiter nach Windhuk wurden Kaffern beschäftigt, und unter den 1600 Arbeitern, die sich am Bau unserer ersten südwestafrikanischen Bahn im Jahre 1901/02 beteiligten, befand sich eine große Anzahl von Kaffern, während mit der schwierigen Landungsarbeit des erwähnten Küstenortes schon damals die hierin besonders geschulten sogenannten Krujungen — Eingeborene von der liberianischen Küste — betraut waren. Seither hat die Einführung fremder farbiger Eingeborener als Arbeiter einen gewaltigen Aufschwung genommen, und es haben sich Verhältnisse entwickelt, die teilweise an heimische Erscheinungen erinnern. Wie im Mutterland zur Ausführung von Erdarbeiten Italiener und allerlei slawische Völker und zur Erledigung der landwirtschaftlichen Arbeiten vorwiegend Russen, Polen und Galizier alljährlich in Massen nach Deutschland eingeführt

Digitized by Google

werden, so kommen nunmehr Jahr für Jahr Tausende von Arbeitskräften aus den benachbarten Ländern Afrikas nach Südwestafrika. Erfreulich ist diese Tatsache weder hier noch dort; aber jedenfalls bietet sie im Schutzgebiet eine wesentlich geringere nationale Gefahr und entspringt hier auch wesentlich zwingenderen Verhältnissen, insofern die erforderlichen Arbeitskräfte hier zurzeit überhaupt noch nicht vorhanden sind und der massenhaften Verwendung weißer Arbeiter nicht nur die weitaus höheren Kosten, sondern auch Erwägungen des — eingangs erwähnten — Prestiges der weißen Rasse entgegenstehen. Das Ziel in der Arbeiterfrage des Schutzgebietes muß unzweifelhaft die Heranbildung eines genügenden Stammes einheimischer farbiger Arbeiter bilden, so daß der Zuzug der Fremden wenigstens dauernd auf einen gewissen nicht zu großen Prozentsatz der gesamten Arbeitermasse sich beschränken müßte. Ob dieses Ziel in absehbarer Zeit oder ob es überhaupt erreicht wird, das hängt im wesentlichen von der weiteren Entwickelung der eingeborenen Stämme ab.

Die amtlichen Denkschriften bieten zahlenmäßige Angaben über die fremden Farbigen seit dem Berichtsjahre 1907/08. Die jeweils am 1. Januar der fünf Berichtsjahre ermittelten Ziffern sind folgende:

	1908	1909	1910	1911	1912
Kap- und Transkeikaffern	592	1275	2581	6560	3768
Kruneger	66	63	124	181	141
Togoleute	—	—	—	31	32
Kamerunleute	—	—	—	58	53
Sonstige	71	91	120	104	92
Zusammen	729	1429	2825	7026	4173

Die Betschuanen, die in den Jahren 1908 bis 1910 von den amtlichen Denkschriften noch hierher gerechnet sind, wurden weggelassen, da sie bereits bei den einheimischen Farbigen berücksichtigt wurden. Die Denkschrift für 1910/11 unterscheidet ferner noch Akkraleute, Abessinier, Westindier und Inder, Ausscheidungen, die weder vorher noch nachher getroffen wurden, während die Farbigen aus Togo und Kamerun erst seit 1911 gesondert aufgezählt werden. Die Uebersicht läßt erkennen, daß weitaus überwiegend die britischen Gebiete Südafrikas an der Lieferung von fremden Farbigen beteiligt sind. Die Anzahl der Kruneger ist stets nur eine beschränkte gewesen und hat sich auf die Küstenorte beschränkt. Auch die Zuziehung von Farbigen der anderen westafrikanischen Schutzgebiete dürfte kaum je eine bedeutendere Rolle spielen. Denn abgesehen davon, daß die Leute dort selbst dringend benötigt sind, verbietet auch die große Verschiedenheit zwischen dem Klima und der Landesformation Südwestafrikas und von Togo und Kamerun die Ueberführung zahlreicher Neger aus den tropischen Gebieten in die rauhen Steppen des südlicheren Landes. Die Gesamtzahl der fremden Farbigen hat in der Zeit von 1908 bis 1911 um nahezu das Zehnfache zugenommen, ist aber im letzten

Digitized by Google

Jahre um fast 3000 wieder zurückgegangen, was sich daraus erklärt, daß in diesem Jahr die umfangreichen Verkehrsanlagen (Bahnbauten) entweder abgeschlossen waren oder doch ihrer Vollendung (Linie Windhuk—Keetmanshoop im Februar 1912) entgegengingen.

Die Ausscheidung der fremden Farbigen auf die einzelnen Bezirke zeigt nachstehende Tabelle VIII:

Tabelle VIII.

Bezirk	1908				1909				1910				1911				1912			
	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen
Grootfontein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	125	—	—	125	65	3	2	70
Outjo	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	2
Omaruru	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	3	2	1	3	6
Karibib	8	—	—	8	16	—	—	16	37	3	—	40	257	—	—	257	73	—	—	73
Okahandja	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1573	—	1	1574	187	—	—	187
Gobabis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	6	7	21
Windhuk	—	—	—	—	114	—	—	114	94	—	—	94	1418	—	—	1418	191	1	—	192
Rehoboth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	—	—	48	361	—	—	361
Gibeon	—	—	—	—	6	—	—	6	—	—	—	—	50	—	—	50	1116	—	—	1116
Maltahöhe	—		—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	—	—	2	3	—	—	3
Keetmanshoop	—	—	—	—	463	—	—	463	896	—	—	896	1753	6	7	1766	340	7	13	360
Lüderitzbucht	559	—	—	559	629	31	23	683	1266	30	2	1298	1211	77	49	1337	1197	83	46	1326
Swakopmund	162	—	—	162	115	5	3	123	347	5	—	352	319	5	—	324	235	9	3	247
Warmbad	—	—	—	—	24	—	—	24	32	2	—	34	45	—	—	45	66	27	25	118
Bethanien	—	—	—	—	—	—	—	—	108	2	—	110	77	—	—	77	77	9	5	91
Sa.	729	—	—	729	1367	36	26	1429	2783	39	3	2825	6881	88	57	7026	3923	146	104	4173

Die vielen Querstriche, welche die Tabelle in den ersten Jahren aufweist, wurden nicht gescheut, um den wesentlichsten Eindruck hervorzuheben, den sie bietet: nämlich die allmähliche Verbreitung der fremden Farbigen von einigen Punkten aus über das ganze Schutzgebiet. Noch im Jahre 1908 fanden sie sich nur im Bezirk der beiden Küstenorte, wahrscheinlich fast ausschließlich in denselben und im Bezirk der ersten Bahnstrecke von Swakopmund landeinwärts, im folgenden Jahre sind sie schon in das Gebiet des Hauptortes Windhuk und ins südliche Innere vorgedrungen. 1911 finden sie sich auch im Norden, im Bezirk Grootfontein, ein; eine erhebliche Anzahl wird im Gebiet von Okahandja und in Windhuk ermittelt. Im letzten Jahre endlich hat jeder Bezirk eine größere oder geringere Zahl aufzuweisen. Während aus dem erwähnten Grunde ihre Zahl in Karibib, Windhuk und Keetmanshoop abgenommen hat, konzentriert sich eine große Masse bei Gibeon, nahe dem Vereinigungspunkt der von Windhuk und Keetmanshoop gleichzeitig nach Süden beziehungsweise Norden vorgesteckten Bahnlinien. In Lüderitzbucht und Umgebung erklären sich die Ziffern der letzten Jahre insbesondere aus dem raschen Aufschwung und dem zuletzt stationären Gleichbleiben der Diamantenproduktion.

Digitized by Google

Wenn im vorausgehenden die fremde farbige Bevölkerung schlechtweg als fluktuierende Arbeiterbevölkerung betrachtet worden ist, so findet das schon in den Ziffern der Frauen und Kinder, die die Tabelle VIII ausweist, ihre Bestätigung. Diese waren bis 1911 im Vergleich zur Zahl der Männer nur ganz spärlich vertreten; ein Beweis, daß es sich bei den letzteren im allgemeinen nicht um dauernde Bewohner des Schutzgebietes, sondern um Sachsengänger handelt. Es ist aber bemerkenswert, daß sich die Zahl der Frauen und Kinder seit 1909 um das Vierfache vermehrt hat, und daß auch von 1911 auf 1912 trotz der Abnahme der Männer eine erhebliche Vermehrung eingetreten ist. Die Bewegung der Ziffern erinnert an die Verschiebung in dem Verhältnis der Geschlechter bei den Weißen und scheint darauf hinzudeuten, daß ein Teil der zugewanderten fremden Farbigen sich dauernd im Schutzgebiet niedergelassen hat, und daß dieser dauernde Zuzug im Wachsen begriffen ist.

Auch die Angaben über den Beruf, wenngleich ihnen die gleichen Unvollkommenheiten anhaften, wie sie bei den Angaben für die eingeborene und die Mischlingsbevölkerung zu beobachten waren, scheinen zur gleichen Schlußfolgerung zu führen. Unter der Gesamtzahl der fremden Farbigen männlichen Geschlechts von 2890 Köpfen im Berichtsjahr 1910 waren 2750 Arbeiter, 26 Handwerker und 89 Viehzüchter oder Landbauer. Wir wissen aber schon, daß hierunter damals noch die Betschuanen inbegriffen waren, die bei der beruflichen Gliederung nicht ausgeschieden sind. Allein da die Berufsgruppen nach Verwaltungsbezirken ausgeschieden sind, und da die sämtlichen Viehzüchter und Landbauer im Bezirk Gobabis gezählt wurden, wo damals nur Betschuanen, nicht aber eigentliche fremde Farbige festgestellt wurden, so ergibt sich, daß nur dieses Volk die erwähnte Anzahl von Viehzüchtern und Landbauern stellte, während unter der eigentlichen fremden Bevölkerung dieser Beruf überhaupt nicht vertreten war. Im Berichtsjahr 1911, wo die Betschuanen schon den eingeborenen Farbigen zugezählt sind, sind unter einer erwachsenen männlichen Bevölkerung der fremden Farbigen von 6881 Köpfen 6751 Arbeiter, 3 Viehzüchter und 10 Handwerker gezählt worden. Für das Berichtsjahr 1912 endlich, wo hier die gleiche unglückliche Einteilung der Berufe für die Mischlinge gewählt wurde, sind von der erwachsenen männlichen Bevölkerung von 3923 Köpfen 3309 Arbeiter verschiedensten Gepräges, 563 Hausdiener und Farmarbeiter der Weißen, 47 Handwerker und Händler und endlich 6 Viehzüchter und Frachtfahrer. Die drei letzten Kategorien umfassen demnach ganz oder wenigstens zum Teil Leute, die beruflich dauernd an das Schutzgebiet gebunden sind, während in den vorausgehenden Jahren der Charakter des Gelegenheitsarbeiters, des Sachsengängers bei den fremden Farbigen noch viel stärker hervorgetreten war.

Wenn also die Entwickelung dahin geht, daß eine gewisse, wenn nur nicht übermäßig große Zahl der von auswärts eingeführten farbigen Arbeitskräfte im Schutzgebiet seßhaft wird und dort, sei es mit Weibern des gleichen

Digitized by Google

Stammes oder mit eingeborenen Weibern, Familien gründet, so bietet dieser Zustand gegenüber einem alljährlichen Wechsel, bei dem für Hin- und Rücktransport erhebliche Kosten erwachsen, nicht unerhebliche Vorteile. Denn die seßhaften Elemente werden auch mit den klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnissen besser vertraut und den ihnen obliegenden Arbeiten besser gewachsen sein.

III. Ostafrika.

1. Allgemeines.

Obwohl der Flächeninhalt dieses immer noch größten deutschen Schutzgebietes die Fläche des Mutterlandes um nahezu das Doppelte und auch jene von Südwestafrika noch um 160 000 Quadratkilometer übertrifft, scheinen auf den ersten Blick einzelne Momente die Möglichkeit einer zahlenmäßigen Feststellung seiner Bevölkerung zu begünstigen. Zunächst einmal die Tatsache, daß die Grenzen des Gebietes im allgemeinen seit 1890 keine erheblichen Veränderungen aufzuweisen haben, und daß auch die räumliche Gestaltung der Bezirke keine wesentlichen Verschiebungen erfahren hat. Schon verhältnismäßig frühzeitig wurde die Verwaltung auf die Binnengebiete — am spätesten auf die Reiche Ruanda und Urundi — ausgedehnt, und abgesehen von dem Aufstand des Jahres 1905, der aber auch nur einen Teil des Südens in Mitleidenschaft gezogen hat, ist das Land von kriegerischen Ereignissen größeren Umfangs verschont geblieben.

Allein diese Momente treten durchaus zurück gegenüber den Schwierigkeiten, die sich aus der Masse und der Zusammensetzung der Bevölkerung des Schutzgebietes ergaben und ergeben. Während es sich in Südwestafrika stets um einige Hunderttausende handelte, bildet den Gegenstand der statistischen Erhebung hier eine Bevölkerung von einigen 7 Millionen, die sich zudem weit bunter zusammensetzt wie dort. Das Land hat eine auf Jahrhunderte zurückgehende Geschichte. Seine Küste ist seit langen Jahren einem näheren und ferneren Ausland geöffnet gewesen; lebhafte Handelsbeziehungen nicht nur mit anderen Gebieten des östlichen und südlichen Afrikas, sondern auch mit ferner gelegenen asiatischen Ländern, insbesondere mit Vorderindien, haben fremde Nationen und Völker in die Küstengebiete und selbst weit ins Innere geführt. Hier scheidet sich nicht so glatt der Weiße oder Europäer von dem Farbigen oder Eingeborenen. Den Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß verbinden zahlreiche Abstufungen der Farbe, der Gesittung und Kultur. Und wenn schon in Südwestafrika die Bastardfrage die Grenzen zwischen Weißen und Farbigen verdunkelt, so spielen in Ostafrika noch weit mehr mancherlei Blutsvermischungen, vor allem unter eingeborenen und fremden Farbigen, eine Rolle. Als ich vor Jahren die Zahlenangaben über die Weißen des Schutzgebietes statistisch verarbeitete [1]), habe ich im einzelnen auf die Zweifel hingewiesen,

[1]) „Statistik der fremden Bevölkerung in den deutschen Schutzgebieten", Abt. 3. „Beiträge zur Kolonialpolitik usw.", 2. Jahrgang, Heft 9.

Digitized by Google

die sich bei der Feststellung des Begriffes der weißen und der farbigen Bevölkerung ergeben. Die Frage, ob zum Beispiel die asiatischen Untertanen der Türkei oder die Goanesen den Europäern oder Weißen oder aber den Farbigen zuzurechnen seien, ist jahrelang verschieden beantwortet worden, und erst in dem letzten Jahrzehnt hat sich eine gleichbleibende Praxis dahin gebildet, daß nicht Europäer und Eingeborene, sondern daß Weiße einerseits, fremde und eingeborene Farbige anderseits einander gegenübergestellt sind.

Aber auch der klimatische Gegensatz zwischen Südwestafrika und Ostafrika spielt hier herein. Dort als in einem überwiegend subtropischen Gebiet, in dem Weiße sich dauernd zu akklimatisieren vermögen, spielt die weiße Bevölkerung unter der gesamten Volkszahl eine weit erheblichere Rolle, und ihre Zahlen repräsentieren bei ihrer statistischen Erhebung einen weitaus größeren Prozentsatz der Gesamtheit als im tropischen Ostafrika, wo die Weißen voraussichtlich auf lange Jahre hinaus gegenüber den Farbigen an Zahl überhaupt kaum ins Gewicht fallen werden, wo also die seitherige eingehende Statistik der weißen Bevölkerung nur einen verschwindenden Bruchteil der gesamten Masse einbegreift. Angesichts dieser ausschlaggebenden Bedeutung, die in Ostafrika das farbige Element unter der Gesamtbevölkerung beansprucht, ist es doppelt bedauerlich, daß hier deren zahlenmäßiger Feststellung von jeher so geringe Mühe zugewendet wurde, ja, daß gerade in den letzten Jahren die offiziellen Jahresberichte in dieser Beziehung noch weniger bieten, als dies in früheren Jahren der Fall war. Zur Zeit der Abfassung dieser Arbeit war die offizielle Denkschrift für 1912/13 noch nicht erschienen. Auf Angaben über die Bewegung der farbigen Bevölkerung müssen wir begreiflicherweise vollständig verzichten. Aber auch der Bevölkerungsstand ist — selbst nicht für einzelne Bezirke — fortlaufend ermittelt oder wenigstens geschätzt worden, und soweit überhaupt Angaben vorliegen, sind sie weder immer nach Zählung und Schätzung auseinandergehalten, noch ist über die Art und Weise der Erhebung immer Genaueres angegeben worden.

Die Gesamtbevölkerung des 995 000 Quadratkilometer umfassenden Kolonialiandes wurde geschätzt

1896	auf	2,9	Millionen,	also	2,9	auf 1	Quadratkilometer
1900	„	4	„	„	4	„	„
1905	„	7	„	„	7	„	„
1909	„	7- 10	„	„	7— 10	„	„
1912	„	7,5	„	„	7,5	„	„

Diese Ziffern gestatten selbstverständlich nicht den Schluß auf eine starke Vermehrung der Bewohnerschaft des Landes oder etwa auf eine derartig massenhafte Zuwanderung; denn die Grundlage derselben ist, zumal in den Binnengebieten an den großen Seen, eine ungemein unsichere. Sie zeigen nur, daß man sich bei dieser Schätzung zweimal getäuscht hat: einmal, indem

Digitized by Google

man anfänglich die Dichte der Bevölkerung unterschätzte und insbesondere nach besserer Erforschung der Sultanate Ruanda und Urundi mit ihren erheblichen Volksmassen sich genötigt sah, 1905 die Schätzung um nicht weniger als drei Millionen höher anzusetzen; dann, indem man 1909 die Volkszahl eben jener Länder wieder zu hoch annahm, so daß man im letzten Berichtsjahr nahezu wieder auf den 1905 berechneten Stand glaubt zurückkehren zu müssen.

Unter dieser Gesamtbevölkerung befanden sich 1896 zirka 750, 1900: 1131, 1905: 1873, 1909: 3387, 1912: 4866 Weiße, so daß also deren Kopfzahl trotz der starken absoluten Vermehrung noch lange nicht 1 pro Mille erreicht hat. Aber auch die fremde farbige Bevölkerung spielt zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle. Die höchste Zahl, die in den offiziellen Jahresberichten für sie angegeben wird, beträgt für 1910 schätzungsweise 28 000, so daß auf tausend Einwohner nur etwa vier fremde Farbige treffen.

Die räumliche Verteilung dieser Volksmassen auf das Schutzgebiet erhält ihr Hauptgepräge eben durch den Gegensatz zwischen den nordwestlichen Gebieten (Ruanda und Urundi), wo etwa 40 Prozent der gesamten Bevölkerung sich konzentrieren, und dem übrigen relativ spärlich bevölkerten Flächenraum. In dem von Professor Dr. Eckert entworfenen Wirtschaftsatlas der deutschen Kolonien, wo der bei dem geringen vorliegenden Material noch etwas kühne Versuch einer kartographischen Darstellung der Bevölkerungsverteilung des Schutzgebietes gemacht ist, heben sich die erwähnten Gebiete mit einer geschätzten Belegung von über 100 Köpfen pro Quadratkilometer deutlich hervor, während im übrigen die Dichtigkeit der Bevölkerung nirgends über 15 pro Quadratkilometer hinausginge. Neben dem Bezirk Bukoba wären es hiernach nur die Küstengebiete des Nordens und die Umgebung von Mpapua, wo höhere Ziffern als 10 pro Quadratkilometer anzunehmen wären, während im größten Teil des Landes nicht mehr als höchstens drei Köpfe auf ein Quadratkilometer träfen. Wenn man sich erinnert, daß noch der Jahresbericht 1901/02 den Gegensatz zwischen der menschenarmen Küste und dem volkreichen Innern hervorgehoben hatte, so ist man geneigt, eine Verschiebung von Eingeborenenmassen aus dem Innern in die Küstengebiete in den letzten Jahren anzunehmen. Diese Annahme findet eine Stütze in einer Bemerkung des Jahresberichts für 1902/03, wonach ein Zuzug an die Küste und an die Karawanenstraßen beobachtet wurde.

Auch sonst ist den Denkschriften mancherlei über Verschiebungen der Bevölkerung im Schutzgebiet zu entnehmen, und wenn gleich die Beobachtungen selten auf Zählungen beruhen, so sollen sie doch der Vollständigkeit halber hier angeführt werden. So scheint unser Schutzgebiet an der westlichen Binnengrenze fortdauernd eine aktive Wanderungsbilanz aufzuweisen. Sowohl in dem Berichtsjahr 1902/03 wie 1905/06 sind Tausende von Menschen, insbesondere Wamanjema, aus dem Kongostaat an das Ostufer des Tan-

Digitized by Google

ganjika-Sees herübergewandert. Im Bezirk Langenburg hatte die Errichtung einer Station in Ikomba einzelne Stämme der Landschaften Unjamanga und Mambwe zur Auswanderung nach Britisch-Zentralafrika bewogen, von wo sie aber im Berichtsjahr 1907/08 wieder zurückkehrten. Am bemerkenswertesten sind aber, neben dem Ausweichen der Massai ins Gebiet von Britisch-Ostafrika, die Verschiebungen an der Südgrenze gegen Mozambique. Wie bekannt, haben in der jüngsten geschichtlichen Zeit den Zulu stammverwandte Volksstämme eine massenhafte Wanderung nach Norden angetreten und die ihnen entgegenstehenden Bantustämme vor sich hergeschoben. Der Aufstand nun, der im Jahre 1905 den Süden unseres Schutzgebietes verheerte, hat viele Tausende dieser Eindringlinge veranlaßt, wieder auf portugiesisches Gebiet überzutreten. Wenn die Denkschrift für 1906/07 den durch diesen Aufstand verursachten Verlust an Menschenleben auf etwa 75 000 schätzt, so hat die Folgezeit gelehrt, daß diese Annahme weit übertrieben war, daß vielmehr eben die erwähnte Auswanderung vor allem die Aufstandsgebiete veröden ließ. Denn nach Herstellung der Ruhe in diesen Landschaften setzte eine massenhafte Rückwanderung der Entflohenen ein. 1907/08 sollen 1864 Waginda nach Songea, 1908/09 etwa 10 000 Menschen in den Bezirk Lindi, besonders nach Mahenge, ferner in den Bezirk Langenburg, 1909/10 nicht weniger als 25 000 bis 30 000 Menschen in die Bezirke Lindi, Kilwa, Songea und Langenburg, endlich 1910/11 sogar etwa 50 000 Menschen nach Lindi und Songea eingewandert sein. Sind diese Schätzungen nur einigermaßen zutreffend, so wäre der durch den Aufstand verursachte Menschenverlust seither mehr als ausgeglichen worden. Für alle Fälle bieten diese Tatsachen einen Beweis dafür, daß die Farbigen sich im deutschen Schutzgebiet wohler zu fühlen scheinen, als unter kongolesischer und portugiesischer Herrschaft, womit wir wohl zufrieden sein können.

2. Die eingeborene farbige Bevölkerung.

Uebersichten über die eingeborene farbige Bevölkerung sind enthalten in den Jahresberichten für 1899/1900, 1900/01, 1901/02, 1903/04, 1909/10 und 1911/12. Die Angaben derselben sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengestellt, wobei auf die Verschiebungen in der Bezirkseinteilung, soweit möglich, Rücksicht genommen wurde. Die Ziffern, die für die Bezirke Muansa, Bukoba, Tabora, Udjidji, Urundi und Ruanda mitgeteilt sind, beruhen heute noch auf ganz unsicheren Schätzungen. Auch liegen nicht für sämtliche erwähnten Berichtsjahre neue Schätzungen und Zählungen vor; vielmehr sind nicht selten die Ziffern früherer Jahre auch für die späteren Uebersichten unverändert beibehalten worden. Die Denkschriften bieten ferner weder einen Anhaltspunkt darüber, wie die Angaben gewonnen wurden, noch enthalten sie irgendeinen Kommentar für ihre zahlenmäßigen Angaben und die daraus sich ergebenden Veränderungen.

Digitized by Google

Bezirk	1900	1901	1902	1904	1910	1912
Tanga	60 000	56 200	57 000	69 840	77 101	91 000
Pangani	53 000	53 000	81 000	69 764	66 757	92 100
Wilhelmstal	66 500	66 800	73 000	75 500	88 000	95 000
Bagamojo	69 000	60 000	65 000	66 206	77 500	82 800
Daressalam	87 200	120 000	120 000	109 000	190 500	203 000
Rufidji-Mohorro	?	60 000	63 000	60 000	75 000	99 100
Kilwa	95 211	90 000	91 000	114 111	100 791	93 400
Lindi	200 000	195 000	200 000	245 431	354 327	360 500
Moschi	160 000	160 000	160 000	99 442	152 000	188 000
Morogoro	71 000	56 709	79 000	99 468	128 000	114 600
Mpapua	120 000	169 000	175 000	127 551	141 130	168 800
Kilimatinde	50 000	50 000	162 000	186 000	242 245	242 300
Iringa	80 000	60 000	60 000	103 000	106 000	89 200
Mahenge	?	?	30 000	56 000	125 000	133 000
Sfongea	166 230	166 230	166 000	75 000	81 885	127 800
Langenburg	207 000	240 000	240 000	171 284	156 185	185 900
Muansa	350 000	500 000	500 000	500 000	575 810	616 000
Bukoba	450 000	330 000	330 000	330 000	210 516	285 800
Tabora	500 000	500 000	500 000	ca. 800 000	ca. 500 000	405 500
Udjidji	3 220 000	3 220 000	ca. 3 695 000	345 000	170 – 180 000	322 000
Urundi				ca. 3 Mill.	1½ – 3 Mill.	1 500 000
Ruanda					1½ – 2½ Mill.	2 000 000
Insgesamt	6 105 141	6 152 939[1]	6 847 000	6 702 597	6 – 9 Mill.	7 495 800

1. 1900/01. Vom Militärbezirk Udjidji wurde der Militärbezirk Usumbura abgetrennt.

2. 1901/02. Der Militärbezirk Kondoa-Irangi dem Bezirk Mpapua zugeteilt.

3. 1903/04. Der Militärbezirk Kilossa mit der Militärstation Kisaki zum Bezirksamt Morogoro vereinigt.

4. 1906/07. Der Bezirk Usumbura in zwei Residenturen Ruanda und Urundi geteilt, die aber von Usumbura aus verwaltet werden.

5. 1911/12. Die Nebenstelle Wiedhafen vom Bezirk Langenburg getrennt und dem Bezirk Sfongea zugeteilt.

Der erste Eindruck, den die Ziffern dieser Tabelle erwecken, ist der einer anscheinend regellosen Schwenkung. Nur bei zwei Bezirken, Wilhelmstal und Kilimatinde, zeigt sich während der ganzen Beobachtungsperiode eine dauernde Zunahme. Indessen hat anscheinend auch in den Bezirken Tanga, Bagamojo, Daressalam und Rufidji-Mohorro mit einzelnen Ausnahmen die Bevölkerung zugenommen, und es dürfte kein Zufall sein, daß dies gerade auch Bezirke sind, die am längsten der Verwaltung unterstehen und, als dem Küstenland angehörend, auch wirtschaftlich am meisten bearbeitet sind. Die größte Steigerung — um das 2½fache — weisen die Ziffern für Daressalam auf, auch in Tanga, Pangani und Wilhelmstal ist eine Zunahme um die Hälfte bis nahezu das Doppelte gegenüber dem ersten Berichtsjahre bemerkenswert, während Bagamojo seit 1901 eine Steigerung nur um ein Drittel aufweist. Im allgemeinen findet die Bemerkung der Jahresberichte seit 1908/09, daß eine

[1]) Der Jahresbericht zählt falsch zusammen: 6 164 939.

Digitized by Google

stetige Zunahme der Farbigen im Schutzgebiet zu beobachten sei, in den Ziffern der Tabelle ihre Bestätigung. Dagegen werden die Schwankungen, je weiter die Bezirke im Innern liegen, desto häufiger und beträchtlicher und gestatten kaum noch einen Schluß auf die Entwicklung des Bevölkerungsstandes. So zeigen die Angaben für die Bezirke Moschi, Mpapua, Sfongea und Langenburg 1904 gegenüber 1902 Abnahmen bis zur Hälfte und darüber, während gleichzeitig für Kilwa, Lindi, Morogoro und Mahenge Zunahmen bis nahezu zum Doppelten berichtet werden. Besonders der Sturz von 166 000 auf 75 000 bei Sfongea in dem Jahre vor Ausbruch des Aufstandes ist höchst auffallend, kaum weniger aber die Abnahme beim Bezirk Moschi um 60 000, bei Langenburg um 70 000 Seelen. Auch stimmt die Bemerkung des Jahresberichts 1909/10, daß sich die Bevölkerung der nördlichen Bezirke gegenüber der seitherigen Annahme als schwächer herausgestellt habe, mit den Ziffern dieser Bezirke pro 1910 durchaus nicht zusammen. Dagegen muß unbedingt verwundern, daß die Volkszahl im Jahre 1910, also nach dem Aufstand, im Bezirk Langenburg um 15 000, im Bezirk Kilwa um 13 000 sich vermindert, im Bezirk Sfongea nur um 7000 zugenommen haben soll, trotzdem, wie oben erwähnt, weit mehr Menschen in der Zwischenzeit dorthin rückgewandert sein sollen. Daß die Schätzungen in dem Gebiet zwischen Tabora, dem Tanganjika- und Viktoria-See zum Teil ganz gewaltige Sprünge hinauf und hinunter machen, ist danach nicht zu verwundern. Aber die hochgradige Unzuverlässigkeit dieser Angaben legt doch den Wunsch nahe, es möchten die Verwaltung des Schutzgebietes und die Kolonialabteilung statt dieser unsicheren Angaben für das ganze Schutzgebiet lieber von Anfang an das Gewicht mehr auf räumlich beschränktere, dafür aber auf gleicher Methode beruhende und fortlaufende Zählungen und Schätzungen in den genauer bekannten Landschaften gelegt haben. Hier hätte sich dann wenigstens bruchstückweise zuverlässiges und für die wissenschaftliche Forschung der Zukunft brauchbares Material gewinnen lassen.

Die Denkschriften für 1903/04 und 1904/05 enthalten Uebersichten über die Kopfzahl der Stämme, zum Teil auch nur der Landschaften von neun Bezirken, worunter sich drei Küstenbezirke und sechs Binnenbezirke befinden. Diese Angaben erheben bei der Genauigkeit der Ziffern größtenteils den Anspruch, auf Zählungen zu beruhen. Leider kehren derartige, gewiß erhebliches Interesse bietende Angaben in den späteren Denkschriften nicht mehr wieder. Da sie aber zum erstenmal einen Einblick in die Bedeutung der einzelnen Stämme nach ihrer Kopfzahl bieten, so seien sie trotz ihres Alters hier wiedergegeben, und zwar wurden die Ziffern für jene Stämme, deren Wohnsitz sich auf verschiedene Bezirke verteilt, zusammengerechnet, um womöglich ihre Gesamtkopfzahl zu ermitteln. Letztere war auch, und zwar unter Zugrundelegung der Angaben für 1904, für die Reihenfolge des Vortrags maßgebend.

Diese Ziffern stellen nicht durchweg die Gesamtkopfzahl der aufgeführten Stämme dar, da einige von letzteren auch auf Bezirke übergreifen, für die

Digitized by Google

Tabelle X.

Stamm bzw. Landschaft	Bezirk	Kopfzahl 1904	Kopfzahl 1905
Wagogo		116 636	.
Davon	Kilimatinde	68 355	.
	Mpapua	45 281	.
	Iringa	3 000	4 000
Wassandaui	Kilimatinde	92 900	14 500 [1]
Wasuaheli		84 959	74 060
Davon	Lindi	60 188	63 245
	Kilwa	24 771	10 815
Wanjaturu	Kilimatinde	.	82 405
Wamuera		72 831	54 467
Davon	Lindi	65 288	45 612
	Kilwa	7 543	8 855
Wamakonde		62 414	88 098
Davon	Lindi	62 191	87 732
	Kilwa	223	366
Waseguha		43 062	.
Davon	Pangani	40 502	.
	Morogoro	2 560	2 561
Wahehe		35 645	.
Davon	Iringa	35 000	40 000
	Morogoro	645	.
Wajao		34 213	35 802
Davon	Lindi	24 324	26 020
	Kilwa	9 889	9 782
Warangi	Mpapua	37 145	.
Waluguru	Morogoro	33 589	33 590
Wagindo	Kilwa	28 094	27 039
Watumbi	Kilwa	26 169	30 015
Wasagara		24 713	.
Davon	Morogoro	14 792	14 795
	Mpapua	4 921	.
	Iringa	5 000	4 000
Wakagura		23 766	.
Davon	Mpapua	21 520	.
	Morogoro	2 246	.
Wazungwa	Iringa	20 000	15 000
Wakami	Morogoro	18 916	18 922
Wamakua		16 369	.
Davon	Lindi	13 904	10 312
	Morogoro	2 356	.
	Kilwa	109	.
Wadonde		16 459	16 195
Davon	Lindi	11 884	12 248
	Kilwa	4 575	3 947
Wakimbu und Wajansi	Kilimatinde	14 510	.
Wanguani	Pangani	13 285	.
Wanjamwesi		13 058	.
Davon	Kilimatinde	10 235	.
	Morogoro	2 794	2 809
	Kilwa	29	55
Wassangu	Iringa	12 000	70 000 [1]
Wabena	Iringa	8 000	10 000
Wavidunde	Morogoro	6 563	—
Wakutu	Morogoro	5 836	5 850
Wasi	Mpapua	5 580	—
Wanjassa	Kilwa	5 406	8 638 [1]

Digitized by Google

Stamm bzw. Landschaft	Bezirk	Kopfzahl 1904	Kopfzahl 1905
Wafiome	Mpapua	4 720	—
Waburungi	Mpapua	3 703	—
Wangoni		3 538	5 687
Davon	Lindi	3 532	5 680
	Kilwa	6	7
Wanguru	Mpapua	3 435	—
Wamaschenga		6 222	4 455
Davon	Kilwa	3 382	3 207
	Lindi	2 840	1 248
Wasaramo	Morogoro	3 121	3 126
Wapogoro	Kilwa	2 981	3 955
Wabondei	Pangani	2 728	—
Wabangate	Mpapua	2 246	2 240
Wamatambwe	Linci	1 980	3 372
Wasangu	Morogoro	1 528	—
Siraji	Kilwa	1 043	1 133
Wakamba	Lindi	474	—
Ungoni	Sjongea	36 000	43 875
Hanga	Sjongea	9 000	11 527
Mbijera	Sjongea	7 500	3 784[5]
Luwegu	Sjongea	6 000	6 031
Matengo	Sjongea	6 000	2 091[5]
Upangwa	Sjongea	4 500	2 666
Rovuma	Sjongea	3 000	510[5]
Pukamaganga		3 000	3 121
Oberland	Langenburg	40 000	—
Unterland	Langenburg	23 093	—
Undali	Langenburg	40 000	—
Ukinga	Langenburg	25 110	—
Usafwa-Kikwa	Langenburg	21 000	—
Wiedhafen	Langenburg (Sjongea)	9 000	—
Unjika	Langenburg	7 000	—
Tanganjika-Plateau	Langenburg	4 183	—
Alt-Langenburg	Langenburg	1 898	—
Kibogoto	Moschi	—	4 184
Madschame	Moschi	—	9 691
Kiboscho	Moschi	—	7 853
Uru	Moschi	—	2 560
Bokomo	Moschi	—	1 957
Moschi	Moschi	—	4 947
Kirua	Moschi	—	2 775
Kilema	Moschi	—	5 246
Marangu	Moschi	—	3 773
Mamba	Moschi	—	4 382
Nordpare	Moschi	—	10 906
Aruscha (Militärbezirk)	Moschi	—	10 623

keine Angaben vorliegen. Vor allem gilt dies für das Mischvolk der Suaheli, von denen jedenfalls auch in den nördlicheren Küstengebieten erhebliche Mengen sitzen. Die Wanjamwesi aber, die in den Bezirken Kilimatinde, Morogoro und Kilwa ermittelt wurden, stellen nur einen geringen Teil dieses weitverbreiteten Volkes dar, von dem sich wohl Vertreter in den meisten Bezirken des Landes würden feststellen lassen. Im übrigen tritt das kopfreiche Volk der Wahehe am meisten hervor, die 100 000 erheblich überschreiten. Ihm

Digitized by Google

am nächsten kämen, wenigstens 1904, die Wassandaui, die Bewohner einer kleinen Landschaft nordöstlich von Kilimatinde, wäre nicht ihre Anzahl von 92 900 im folgenden Jahre auf 14 500 vermindert. Da weder anzunehmen ist, daß sie größtenteils ausgewandert seien, noch daß ihre Zahl innerhalb eines Jahres derartig abgenommen habe, muß man annehmen, daß an der Statistik etwas nicht stimmt. Und der einmal mißtrauisch gewordene Leser findet zu seiner Ueberraschung in dieser Völkertafel noch weitere Stämme, wo innerhalb Jahresfrist Tausende auftauchen und Tausende spurlos verschwinden. So schwinden die Wasuaheli im Bezirk Kilwa von 24 771 auf 10 815, die Wamuera in Lindi von 65 288 auf 45 612, die Wamaschenga in Lindi von 2840 auf 1248, die Bewohner der Landschaften Mbijera von 7500 auf 3784, Matengo von 6000 auf 2091, Rovuma gar von 6000 auf 510 herab, während die Wamakonde in Lindi von 62 191 auf 87 732, die Wassangu in Lindi von 12 000 auf 70 000, die Wanjassa in Kilwa von 5406 auf 8638 sich vermehren. Man ließe sich dies gefallen, wenn die Ziffern überall stark abgerundet wären und so als Ergebnis unsicherer Schätzung sich darstellen würden; aber größtenteils scheint auch der letzte Mann gezählt worden zu sein. Demgegenüber weist die Gegenüberstellung der Angaben für die beiden Berichtsjahre bei anderen Stämmen wieder eine verdächtig geringe Differenz auf. Sollten die Waseguha und die Waluguru im Bezirk Morogoro von 2560 bzw. 33 589 sich ausgerechnet um einen Kopf, die Wasagara und Wakami sich gerade um drei bzw. sechs im gleichen Bezirk vermehrt haben? Liegt hier nicht der Verdacht sehr nahe, daß man hier im Jahre 1905 einfach überall nach Gutdünken kleine, vorsichtige Mehrungen frei erfunden hat?

So ergibt die genauere Betrachtung dieses Zahlenmaterials wieder einmal recht wenig, was für eigentlich statistische, aber auch für ethnographische Zwecke verwertbar wäre, führt dagegen, wie in vielen anderen Fällen, notwendig zu einer Kritik dieser unzuverlässigen und unglaubhaften Art von Bevölkerungsstatistik, welche offenbar nur bestrebt ist, einem Verlangen der vorgesetzten Stellen nach Tabellen dienstbeflissen zu entsprechen, ohne auf den Wert des Gebotenen allzuviel Gewicht zu legen. Wer also sich der Hoffnung hingegeben hat, in diesen Uebersichten wenigstens den Ausgangspunkt für Vergleiche mit später zu erwartenden Zählungen der einzelnen Stämme zu gewinnen, sieht sich empfindlich darin getäuscht und muß bedauernd konstatieren, daß die ersten 25 Jahre kolonialer Herrschaft in Deutsch-Ostafrika über den zahlenmäßigen Bestand der Stämme dieses Gebietes so viel wie nichts hervorgebracht haben, obwohl es zweifellos möglich gewesen wäre, engbegrenzte, dafür aber zuverlässige Angaben für viele Jahre zurück zu gewinnen. Es ist eine neue Strophe zu dem alten kolonialstatistischen Klagelied daraus geworden!

Die Denkschriften für 1900/01, 1904/05 und 1905/06 enthalten ferner noch Angaben über die Einwohnerzahl einiger Städte und Dörfer, die nachstehend nach ihrer Größe zufolge der letzten Erhebung zusammengestellt sind:

Digitized by Google

	1901	1905	1906
Tabora	ca. 16 000	.	37 000
Daressalam	ca. 20 000	ca. 23 000 (ca. 21 000 Eingeborene)	24 000
Udjidji	.	.	14 000
Tanga	ca. 8 000	6 658[1])	5 689
Moschi	ca. 6 000	.	.
Bagamojo	ca. 1 1000	6 312 (ca. 5 000 Eingeborene)	4 978
Kilwa	ca. 8 000	.	4 477
Lindi	ca. 4 500	.	3 500
Pangani	ca. 9 000	3 390 (Eingeborene)	3 200
Muansa	ca. 3 000	.	.
Iringa	.	.	2 500
Sadani	.	1547 (1250 Eingeborene)	1 744
Mikindani	ca. 3 000	.	1 460
Mohorro	ca. 900	.	.
Morogoro	868	.	.
Wilhelmstal	200	.	.

Hiernach ist, was ja längst bekannt, Tabora weitaus der größte Ort des Schutzgebietes, ohne daß er jedoch nur annähernd an die Größe der Städte des westlichen und teilweise auch des zentralen Afrika heranreichen würde. Daressalam, die Hauptstadt, folgt erst in weitem Abstand, der sich, nachdem Tabora jetzt den Vorteil einer Bahn und eines transkontinentalen Verkehrsweges gewonnen hat, auch in absehbarer Zeit nicht vermindern wird. Im übrigen fällt, wenn man den unsicheren Schätzungen des Jahres 1901 überhaupt ein Gewicht beilegen will, der Rückgang der Einwohnerzahl der übrigen Küstenstädte (außer Sadani) auf. Bei Morogoro ist zu bemerken, daß es erst wenige Jahre vor 1901 entstanden ist.

3. Die fremde farbige Bevölkerung.

Für vier Berichtsjahre weisen die offiziellen Denkschriften Tabellen über den Bestand der fremden farbigen Bevölkerung, nach Bezirken gegliedert, auf, die Angaben sind unter Berücksichtigung der Bezirksänderungen in gleicher Weise wie in Tabelle IX in nachstehender Uebersicht zusammengestellt. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die Angaben für 1901 und 1902 die nichteuropäische Bevölkerung, jene für 1910 und 1912 jedoch die nichteinheimische Bevölkerung umfassen — zwei Begriffe, die sich untereinander nicht vollständig decken. Denn in den Tabellen für 1901 und 1902 sind die außereuropäischen Weißen mitinbegriffen, während diese in den späteren Denkschriften bei der Statistik der weißen Bevölkerung vorgetragen sind. Da aber für 1901 und 1902 nur 15 bzw. 25 Syrer und Armenier hier in Frage kommen, wurde von einer Korrektur der Ziffern als belanglos abgesehen. Erörterungen darüber, was alles zur eingeborenen oder fremden farbigen Bevölkerung gerechnet wurde, finden sich in den Denkschriften nicht. Doch steht fest, daß die Goanesen

[1]) Die Ziffer beruht auf einer weiteren Bemessung der Stadtgrenzen gegenüber 1906.

Digitized by Google

stets hierzu gezählt wurden. Teilzählungen der nichteingeborenen Farbigen liegen ferner vor für die Berichtsjahre 1903/04 und 1904/05; dort wurden 7595, hier 7795 gefunden.

Tabelle X:

Bezirk	1901	1902	1910	1912
Tanga	265	290	2081	2179
Pangani	1035	1182	764	1022
Wilhelmstal	13	15	8730	220
Bagamojo	1733	1748	1108	1093
Daressalam	1229	1373	2425	3306
Rufidji-Mohorro	210	263	205	318
Kilwa	561	601	2757	3022
Lindi	569	745	673	720
Moschi	2	4	1556	195
Morogoro	66	73[2])	650	533
Mpapua	8	24	2423	342
Kilimatinde	8	9	98	103
Iringa	—	—	129	185
Mahenge	14	20	66	107
Songea	50	51	29	36
Langenburg	—	—	16	20
Muansa	14	27	799	547
Bukoba	181	182	3168	255
Tabora	54[1])	70	61	354
Udjidji	24	23	186	250
Urundi	—	—	45	39
Ruanda	—	—	31	87
Insgesamt	6036	6700	28000	14933

Diese Uebersicht ist in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Ihre Ziffern machen im einzelnen durchaus den Eindruck, als beruhten sie auf gewissenhafter Zählung. Höchst auffallend aber ist, daß sich für die Jahre 1902 und 1910 „ausgerechnet" derartige runde Endsummen ergeben. Sollte hier zweimal ein Zufall vorliegen, wie er nur höchst selten zu verzeichnen ist? Oder sind die einzelnen Ziffern so eingerichtet worden, daß die Rechnung glatt aufgeht? Ferner ist nicht im Ernst daran zu denken, daß die fremde Bevölkerung des Schutzgebietes sich wirklich von 6700 in 1902 auf 28 000 in 1910 vermehrt und zwei Jahre später wieder fast um die Hälfte vermindert hat. Insbesondere kann dieser sprunghafte Wechsel nicht etwa auf die eingangs erwähnte Differenz der Zählungsgrundlage — nichteinheimische Bevölkerung einerseits, nichteuropäische anderseits — zurückgeführt werden. Aber auch sonst bietet sich keine Möglichkeit, diese gewaltigen Sprünge durch Verschiedenheiten des Kreises der gezählten Personen zu erklären — will man nicht annehmen, daß 1910 etwa wahllos alle möglichen Halbblütler, deren

[1]) In der Denkschrift steht infolge Druckfehlers 250; richtige Zahl ist nicht bekannt; es wurde die Ziffer der Araber und Belutschen — sonstige wurden nicht ermittelt — des Folgejahres eingesetzt.

[2]) Einschließlich Halbaraber.

Digitized by Google

es in Ostafrika ja genug gibt, mit einbezogen worden sind. Das hohe Anschwellen der Gesamtzahl von 1910 gegenüber der früheren und der späteren Zählung ergibt sich aus einer Nebeneinanderstellung der Angaben für einige Bezirke: Bagamoyo 15 — 8730 — 220, Moschi 4 — 1556 — 195, Mpapua 24 — 2423 — 342, Bukoba 182 — 3168 — 255.

Auch hier erheben sich alle möglichen schwerwiegenden kritischen Bedenken hinsichtlich der Wahrheitsliebe dieser amtlichen Statistik, die deren Wert als recht zweifelhaft erscheinen lassen, um so mehr, als die Denkschriften über diese höchst auffallenden Ergebnisse stillschweigend hinweggehen. Immerhin aber ergeben die Ziffern doch gewisse Grundzüge der Entwicklung des Standes der fremden Bevölkerung Ostafrikas. Vor allem geht aus ihnen eine ganz erhebliche Zunahme derselben hervor, eine Zunahme um mehr als das Doppelte in zehn Jahren gegenüber einer Vermehrung der Weißen um das Vierfache (von 1247 auf 4866) im gleichen Zeitraum. Daß diese Zunahme wahrscheinlich eine dauernde war, dafür spricht eine Bemerkung des Jahresberichts 1903/04, die die Zahl der Nichteingeborenen 1904 etwa auf 10 000 schätzt. Es zeigt sich ferner ein gewaltiges Ueberwiegen derselben in den Küstengebieten gegenüber dem Binnenland, das aber in früheren Jahren ausgeprägter war als gegenwärtig. 1901 trafen von 6036 auf die acht Küstenbezirke 5615, 1912 von 14 933 nur 11 880. Diese Erscheinung hängt zusammen mit der Tatsache, daß die fremden Elemente sich allmählich von der Küste her immer weiter ins Innere verbreitet haben. 1901 und 1902 finden sich, von Bukoba etwa abgesehen, nur verschwindend wenige fremde Farbige in den Binnenbezirken; in fünf derselben sind sie noch gar nicht vertreten. Zehn Jahre später haben sie sich über das ganze Schutzgebiet verbreitet, sind insbesondere im Zentrum und Nordwesten desselben recht zahlreich vertreten. Offenbar sind sie den neuen Verkehrsmitteln — Usambara-Bahn, Zentralbahn, Uganda-Bahn mit Schiffsverbindung auf dem Viktoria-See — und der Ausbreitung politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Erschließung gefolgt. Auch in den dem allgemeinen Verkehr bisher nicht geöffneten Residenturen Ruanda und Urundi findet sich, was vielleicht nicht sehr willkommen ist, eine wenn auch noch geringe Anzahl. Weitaus am schwächsten sind sie in den Binnenbezirken des Südens — Langenburg und Songea — die wirtschaftlich noch am wenigsten erschlossen sind, vertreten. Diese Entwicklung läßt erkennen, daß dieses Bevölkerungselement sich intensiv auf die kolonialen Errungenschaften der weißen Herren des Landes stützt und in seiner wirtschaftlichen Existenz von diesen stark abhängt.

Die Denkschriften für die erwähnten vier Berichtsjahre bieten auch eine allerdings recht verschiedene Ausscheidung der Nationalitäten der fremden Farbigen jeweils immer für die einzelnen Bezirke. Während die vollständigen Erhebungen für 1901 und 1902 Araber respektive Belutschen, Inder nach Khoja und Banjanen, Syrer und Armenier und endlich Goanesen unterscheiden,

Digitized by Google

treffen die Teilerhebungen für 1903 und 1904 ungemein zahlreiche Ausscheidungen. Außer den Goanesen werden die Araber eingeteilt in Maskat, Mschihiri und Belutschen, die Inder in Khoja (Ismaili und Thenasheri), Maiman, Banjanen und Bohora; ferner sind gesondert aufgeführt: Türken, Syrer, Perser, Aegypter, Abessinier, Somali, Barawa, Sudanesen, Zulu, Komoren und sonstige. Allgemeineres Interesse können diese subtilen Unterscheidungen nicht erwecken; sie haben vielleicht in späteren Jahren einen Zweck, wenn die Bevölkerungsstatistik unserer Schutzgebiete einen ähnlichen Stand der Vollkommenheit erreicht hat wie die unseres Mutterlandes. Damals aber, und noch heute, bedeuten sie eine unnötige Aufwendung von Mühe und Arbeit, die besser dazu verwendet worden wäre, an Stelle der lückenhaften Ergebnisse vollständige, wenn auch in der einfacheren Gruppierung der Denkschriften für 1901 und 1903, zu erzielen. In den seit 1905 erschienenen Jahresberichten fehlen mehrere Jahre jegliche Angaben in dieser Richtung, und erst für 1910 finden wir wieder eine Tabelle über die indische Bevölkerung, die aber nach ganz anderen Gesichtspunkten zusammengestellt ist. Sie wird später noch näher zu betrachten sein.

Immerhin ermöglichen diese so verschieden gestalteten Uebersichten eine kleine historische Zusammenstellung in nachstehender Form:

	Araber (und Belutschen)	Inder	Goanesen	Syrer und Armenier	Sonstige
1901	2452	3420	149	15	?
1902	2994	3476	205	25 (Syrer)	?
1904	2722[1])	4307[2])	279[3])	9[4])	278[5])
1905	2561[6])	4276[7])	281	23[8])	654
1910	—	6748	—	—	—

Die Bewegung dieser spärlichen Ziffern zeigt erhebliche Gegensätze, wobei bemerkt sei, daß es sich bei den fehlenden Bezirken nur um ganz unbedeutende Ziffern handeln dürfte. Die Zahl der Araber sinkt seit 1902, jene der Inder und der Goanesen steigt um das Doppelte, und zwar bei letzteren rascher wie bei ersteren. Die Abnahme bei den Arabern dürfte aber ihre Ursache in einer starken Blutsvermischung haben, worauf eine Bemerkung im Jahresbericht 1910/11 hindeutet. Die Umgrenzung des Begriffs der Araber ist besonders schwierig, da ihre Reinblütigkeit wohl recht oft nicht festzustellen ist. Es geht aber aus den offiziellen Angaben nichts darüber hervor, ob etwa seit 1904 ein strengerer Maßstab an den Begriff des Arabers angelegt wurde, so daß man nur auf eine Mutmaßung angewiesen ist. Diese geht dahin, daß die Zahl

[1]) Ohne die Bezirke Sjongea und Bismarckburg.
[2]) Ohne die Bezirke Langenburg, Usumbura, Sjongea und Bismarckburg.
[3]) Ohne die Bezirke Kilimatinde, Mpapua, Sjongea und Bismarckburg.
[4]) Ohne die Bezirke Kilimatinde, Tanga und Sjongea.
[5]) Ohne die Bezirke Kilimatinde, Tanga und Bismarckburg, teilweise auch Moschi.
[6]) Ohne den Bezirk Sjongea.
[7]) Ohne die Bezirke Langenburg, Usumbura und Sjongea.
[8]) Ohne den Bezirk Tanga.

Digitized by Google

der reinblütigen Araber sich dauernd vermindert und eine steigende Anzahl von Mischlingen aus Verbindungen zwischen Arabern und Eingeborenen unter den Ziffern der letzteren sich verbirgt. Die Ausscheidung der einzelnen Nationalitäten auf die Bezirke zeigt nichts Bemerkenswertes. Auch hier konzentriert sich überall die große Masse auf die Küstenbezirke und tritt die allmähliche Verbreitung auf die Binnengebiete deutlich hervor. Von einer tabellarischen Zusammenstellung nach Bezirken wurde demnach, da sie keine wesentlich neuen Gesichtspunkte zutage fördern würde, hier abgesehen.

Dagegen bietet die Denkschrift für 1909/10 einen genaueren Einblick in die Zusammensetzung der indischen Bevölkerung. Sie wird hier unterschieden nicht nur nach Bezirken, sondern auch nach dem Geschlecht, nach dem Religionsbekenntnis und nach dem Beruf. Hiernach entfallen von der Gesamtmasse von 6748 auf die erwachsene männliche Bevölkerung 3499, auf Frauen und Kinder 3249. Daraus geht hervor, daß nur ein Bruchteil der Inder mit Familie in Ostafrika weilt. Dies hängt mit der bekannten Tatsache zusammen, daß ein großer Teil dieser fremden Staatsangehörigen nur vorübergehend zum Geldverdienen ins Schutzgebiet kommt und nach kürzerer oder längerer Frist in seine Heimat und zu seiner Familie zurückkehrt. Ledige Inderinnen wird es vermutlich nur wenige in Ostafrika geben; leider sind aber die Frauen und Kinder, ferner die ledigen und verheirateten Weiber nicht ausgeschieden.

Von den Männern gehören 2525 zu den Mohammedanern, 974 zu den Banjanen, von Frauen und Kindern 2898 zu den ersteren, 351 zu den letzteren. Es ist demnach bei den Angehörigen mohammedanischen Bekenntnisses das familienhafte Zusammenleben beträchtlich häufiger anzutreffen als bei den Banjanen. Frauen und Kinder konzentrieren sich noch mehr wie die Männer auf die Küstengebiete. Es ist das gleiche Verhältnis wie bei der weißen Bevölkerung; auch hier folgen Frauen und Kinder den Männern zunächst meist nur in die größere Sicherheit und mehr Komfort bietenden Küstenorte und wagen sich erst allmählich mit zunehmender Befriedung und Erschließung der Binnengebiete mehr ins Landesinnere.

Von der erwachsenen männlichen Bevölkerung sind 2285 als Händler und Kaufleute, 1214 als Handwerker und Gewerbetreibende bezeichnet. Letztere sind von den Binnenbezirken lediglich in Moschi, Muansa und Bukoba, vereinzelt auch in Mpapua zu finden, während die erstgenannte Gruppe in allen Bezirken vertreten ist, darunter auch in Ruanda schon 18. Die Zahl der Händler und Kaufleute ist sowohl im Verhältnis zur gesamten Einwohnerschaft des Schutzgebietes wie auch im Vergleich zu den indischen Handwerkern und Gewerbetreibenden nicht so groß, als sich nach den fortdauernden und zahlreichen Klagen über ihre Tätigkeit und ihr Geschäftsgebaren vermuten ließ. Dabei ist noch zu erwägen, daß eine beträchtliche Anzahl von ihnen nicht selbständig, sondern zur sozialen Gruppe der Angestellten gehört. So sind im Bezirk Tanga von 429 Kaufleuten und Händlern 130 selbständig, 299 Angestellte, im Bezirk Bagamojo von 402: 161 bzw. 241, im Bezirk Lindi von 169: 112 bzw.

Digitized by Google

57, im Bezirk Daressalam von 730 Handwerkern und Gewerbetreibenden 330 selbständig, 400 Angestellte, so daß im allgemeinen letztere beträchtlich zahlreicher vertreten sind als erstere. Da sich nun annehmen läßt, daß die indischen Angestellten kaum in der Lage sein werden, die stets beklagten negerschädlichen Geschäftspraktiken auszuüben, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von diesem Gesichtspunkt nur etwa 1000 Personen im Schutzgebiet in Betracht kommen, d. i. eine auf etwa 7000 Eingeborene. Und auch unter diesen 1000 selbständigen Kaufleuten und Händlern wird wohl ein gewisser Prozentsatz sich eines anständigen Geschäftsgebarens bedienen.

Schließlich seien noch die spärlichen und unvollständigen Angaben erwähnt, die die Denkschriften 1903/04 und 1904/05 über die Mischlingsbevölkerung enthalten. Es wurden ermittelt Mischlinge aus Verbindungen von

Negern mit	1904	1905
Europäern	6 (8 Bezirke fehlen)	7
Türken	1 (4 Bezirke fehlen)	?
Abessiniern	3 (4 Bezirke fehlen)	3
Arabern	668 (8 Bezirke fehlen)	724 (8 Bezirke fehlen)
Indern	50 (8 Bezirke fehlen)	245 (8 Bezirke fehlen)
Sudanesen	11 (5 Bezirke fehlen)	26
Komoren	?	27
Anderen	?	73
Zusammen	739	1105

Hiervon entfallen allein auf die Bezirke Kilwa und Lindi 704 bzw. 961. Da aber gerade für die nördlicheren Küstenbezirke, wo ebenfalls hohe Ziffern anzunehmen sind, Angaben größtenteils fehlen, so läßt sich kein klares Bild aus den Tabellen gewinnen. Vergleicht man die obigen Zahlen mit der Gesamtzahl der im Schutzgebiet ermittelten Angehörigen der betreffenden Nationalität, so tragen die Europäer relativ weitaus am wenigsten zu der Mischlingsbevölkerung bei; am meisten dagegen, wie zu erwarten, die Araber, nächst ihnen die Komoren, während die Inder ihnen gegenüber stark zurücktreten. Uebrigens wurden nach einer Bemerkung der Denkschrift für 1910/11 in diesem Berichtsjahr 67 Mulatten ermittelt, so daß also deren Anzahl sich in fünf Jahren um das Zehnfache vermehrt hätte. Ob seit 1905 tatsächlich eine derartige Zunahme der Verbindungen zwischen Weißen und Negerinnen zu verzeichnen ist, oder ob man es vielleicht auch hier wieder mit einer Unzuverlässigkeit der Erhebungen zu tun hat, läßt sich nicht beurteilen.

IV. Togo.

1. Allgemeines.

Dieses unser kleinstes Schutzgebiet im schwarzen Kontinent war von allen am ehesten geographisch erforscht und auch am ehesten in seiner ganzen Ausdehnung okkupiert. Es wäre daher zu erwarten, daß Togo auch hinsichtlich der statistischen Angaben über seine Bevölkerung nicht nur die reichhaltigsten, sondern auch die genauesten Angaben böte. Dem ist nicht so; das statistische

Digitized by Google

Material ist vielmehr gerade für dieses Schutzgebiet am wenigsten umfangreich. Anderseits stehen aber die einschlägigen Angaben auch insofern im Gegensatz zu jenen unserer übrigen afrikanischen Gebiete, als sie, man möchte sagen, offener, gewissenhafter und durchsichtiger sind. Das Hauptgewicht der statistischen Erhebungen über die farbige Bevölkerung wurde seit vielen Jahren auf die Feststellung von deren Kopfzahl gelegt, wobei beinahe gar keine Versuche zu weiteren Unterscheidungen, sei es nach Stämmen oder nach Alter oder Geschlecht, gemacht wurden. Dabei fehlt aber zugleich auch das stark Problematische, das den Angaben der übrigen Schutzgebiete, wie wir gesehen haben, so gern anhaftet. Wir erfahren fast durchweg, auf welchem Wege, ob durch Zählung oder durch bloße Schätzung, die mitgeteilten Ziffern gewonnen wurden, und die Berichterstatter versäumen meist auch nicht, ihr Material nach seiner Zuverlässigkeit kurz zu charakterisieren. Was uns aber besonders willkommen sein muß, und was bei der übrigen Eingeborenenstatistik so oft zu vermissen war, das ist, daß uns vielfach Einblick in die beobachtete statistische Methode gewährt wird.

Die systematische Forschung setzt nach den Angaben der offiziellen Jahresberichte mit dem Zeitpunkt ein, wo an die Stelle der Berichte der einzelnen Bezirke und Stationen eine zusammenhängende Darstellung des Berichtsstoffes tritt. Auch vorher schon enthielten die Weißbücher nicht unbedeutendes Zahlenmaterial; allein dieses lieferte zumeist Angaben mehr geographischen Charakters, wie sie von den Beobachtern auf ihren Forschungs- oder Dienstreisen gewonnen werden konnten. So enthält der Jahresbericht für 1899/1900 Schätzungen über die Bewohnerzahl mehrerer Landschaften und Städte des Bezirkes Sokode-Bassari, die der dortige Stationsleiter auf mehreren Märschen durch das Land vorgenommen hatte. Mit dem nächsten Jahresbericht beginnt dann aber das planmäßige Hinarbeiten auf das oben erwähnte Erhebungsziel, wobei den einzelnen Bezirken zunächst die anzuwendende Methode freigestellt war und die Einführung der Besteuerung der Eingeborenen die nächsten Anhaltspunkte bot. In diesem Berichtsjahr wurde, abgesehen von der fortlaufenden Zählung der Bewohnerschaft des Stadtbezirks von Lome, der fortdauernd das Objekt genauerer Erhebungen war, vom Bezirk Klein-Popo (Anecho) eine Zählung in 29 größeren Ortschaften vorgenommen; im Bezirk Misahöhe wurden die Eingeborenen in der Weise gezählt, daß die Familienältesten für jedes Familienmitglied je nach dem Geschlecht ein Maiskorn oder ein Steinchen abliefern mußten — ein eigenartiges Verfahren, das auch einmal in der Südsee zur Anwendung kam. Für die Bezirke Sokode-Bassari und Mangu-Jendi erfolgte eine allgemeine Schätzung. Das Berichtsjahr 1903/04 brachte eine Zählung in den Bezirken Misahöhe und Kete-Kratschi, deren Ergebnis aber als zu niedrig angesehen wird, weil eine große Anzahl der Eingeborenen aus Furcht sich der Zählung entzog. Im übrigen wurde deren Zahl auf Grund von Zählungen der Hütten berechnet, wobei aber die Verhältnisse in manchen Landschaften sich als recht schwierig erwiesen. So liegen in Kabure und Lossо die Hütten gruppenweise im ganzen Land zerstreut und wohnt jede Familie in einem Gehöft für

Digitized by Google

sich, das je nach Kopfzahl der Familie 20 bis 100 Hütten zählt. Diese Art der Schätzung umfaßte im Berichtsjahr 1905/06 zum erstenmal die sämtlichen sieben ländlichen Bezirke, so daß sich eine Gesamtzahl der farbigen Bevölkerung gewinnen ließ. Diese Schätzungen wurden dann in Abständen von mehreren Jahren wiederholt; nur der Bezirk Misahöhe machte um diese Zeit den Versuch einer teilweisen Zählung. 1907/08 versuchte man im Bezirk Mangu-Jendi eine etwas veränderte Methode: man zählte diejenigen Hütten, die den Eingeborenen zum Schlafen dienen, ferner zählte man in einer Anzahl von Ortschaften die Eingeborenen namentlich und berechnete hier die Kopfzahl pro Hütte, um mit dem dadurch gewonnenen Quotienten die ermittelte Gesamtzahl der Hütten zu multiplizieren. Hierzu kamen im Bezirk Sokode-Bassari eine Kopf- und Hüttenzählung der Landschaft Samsugu und eine Neuschätzung im Bezirk Kete-Kratschi. In letzterem folgte dann 1908/09 eine Zählung der ständigen — also nicht der ortsanwesenden — Bevölkerung, wobei zum erstenmal Farbige als Zähler verwendet wurden. Das Ergebnis der Erhebung litt aber an einer mangelhaften Kontrolle der Zähler. Das gleiche Berichtsjahr brachte Zählungen in einzelnen Landschaften der Bezirke Misahöhe und Anecho, eine Neuschätzung in den Bezirken Lome-Land und Atakpame. In ersterem schritt man bereits im darauffolgenden Jahr zu einer neuen Erhebung, der die bei der Steuererhebung gewonnenen Ziffern zugrunde gelegt wurden sowie die Annahme, daß auf fünf Einwohner ein Steuerpflichtiger komme. Auch im Bezirk Sokode-Bassari wurde, ausgenommen drei Landschaften, eine neue Zählung vorgenommen; ferner im Bezirk Mangu-Jendi eine solche der beiden Hauptorte.

Allein die Rückschlüsse aus der Steuer- auf die Gesamtbevölkerung wurden immer noch als ziemlich unsicher erkannt; im folgenden Berichtsjahr schätzte man im Süden nur vier, im Norden aber bis zu sechs Köpfen auf einen Steuerpflichtigen, womit sich natürlich die Ergebnisse wieder verschieben mußten. Auch für die Zählung im Bezirk Sokode-Bassari ergab eine Nachprüfung durch europäische Beamte, daß ihr Ergebnis etwa um 12 bis 15 Prozent zu niedrig war. Immerhin konnte man vorerst keine zuverlässigere Grundlage als die Steuererhebungen gewinnen. Trotz der wenig ermutigenden Erfahrungen, die man bisher mit der Tätigkeit farbiger Zähler gemacht hatte, bediente man sich solcher wieder bei einer Zählung im Bezirk Atakpame 1911/12, die bisher von weißen Beamten wegen Zeitmangels nicht überprüft werden konnte. Dagegen erwies sich ein ganz moderner Versuch, den man im Bezirk Lome-Land 1912/13 machte, indem man die Tätigkeit der Impfärzte zur Ermittelung statistischen Materials nutzbar machte, als recht zweckmäßig; hierbei wurden in einem großen Teil des Bezirkes die Hütten und deren Bevölkerung gezählt und hieraus dann das Resultat gewonnen, daß im Gesamtdurchschnitt auf 4,4 Einwohner ein Steuerpflichtiger zu rechnen sei. Im Bezirk Anecho wurde dieser Koeffizient durch Zählungen in einzelnen Ortschaften auf 4 bis 4,5 ermittelt. Eine richtige Volkszählung hat sich also, wie man sieht, bis heute in diesem hierfür günstigsten Schutzgebiet noch nicht durchführen lassen.

Digitized by Google

2. Farbige Bevölkerung überhaupt.

Wie in Ostafrika, so wurde auch in Togo die Kopfzahl der einheimischen Bevölkerung früher überschätzt. Mitte der neunziger Jahre gab man sie auf 2 bis 2½ Millionen an und rechnete mit einer Dichtigkeit von ca. 40 Menschen auf das Quadratkilometer. Um die Wende des Jahrhunderts schränkte man die mutmaßliche Zahl auf etwa eine Million ein, und im Jahre 1906, wo zum erstenmal eine Schätzung für das gesamte Gebiet vorlag, ergab diese kaum mehr als 900 000. Nachher hat sich gezeigt, daß man doch zu niedrig geschätzt hatte, und nach den neuesten Ermittelungen darf mit einer Volkszahl von über einer Million sicher gerechnet werden. Daß gegenüber dieser Menge der -- eingeborenen und fremden -- farbigen Bevölkerung die Weißen an Zahl noch weit mehr relativ zurückstehen wie in Ostafrika -- 1913 waren es nur 368 — das versteht sich bei der durchaus tropischen Niederungslage des Schutzgebietes von selbst. Die räumliche Verteilung der Bevölkerung läßt ungefähr drei Zonen erkennen: einen Küstengürtel von mäßig dichter Bewohnung; daran anschließend dem Innern zu eine Zone sehr geringer Dichtigkeit und schließlich im Norden ein Gebiet relativ dichter Besetzung. Die kleine Karte der Bevölkerungsdichte von Togo, die dem Eckertschen „Wirtschaftsleben der deutschen Kolonien" beigegeben ist, und die nicht auf statistischen Ergebungen aufgebaut sein kann, läßt die erwähnten drei Zonen nur schwach erkennen. Doch finden sich auch dort die Gebiete dichterer Bewohnung im Süden und im Norden, während die menschenärmeren Landschaften einen breiten, mit Unterbrechungen vom Nordwesten nach Südosten verlaufenden Gürtel darstellen. Im ganzen berechnet sich für das Schutzgebiet -- ohne den Stadtbezirk Lome — eine Dichte von 11,5 pro Quadratkilometer, etwa gleich jener von Schweden; sie ist im Vergleich zu der des ganzen afrikanischen Kontinentes — 4,4 — relativ hoch, gegenüber jener des Deutschen Reiches — 112,14 -- dagegen sehr gering.

In der nachfolgenden Tabelle XI sind die Ergebnisse der bisherigen Schätzungen und Zählungen zusammengestellt, wobei die Ziffern der früheren Erhebungen jeweils bis zu einer neuen Zählung oder Schätzung fortgeführt wurden. Die Endergebnisse, bei denen die fremden Farbigen mit inbegriffen, die Mischlinge aber ausgeschlossen sind, weichen um ein weniges von den Angaben der offiziellen Denkschriften ab. Diese geben in den seit 1909/10 veröffentlichten vergleichenden Bevölkerungstafeln an: 1910 und 1911 je 1 Million, 1912: 1 003 000, 1913: 1 031 715. Die geringen Differenzen ergaben sich aus den Zählungen der Bevölkerung der Stadt Lome, über die weiter unten noch das Nähere zu sagen ist. Verfolgt man an der Hand der Tabelle die Entwicklung der Bevölkerungsziffern für die einzelnen Bezirke, so zeigt sich, daß die Volksmassen der nördlichsten Bezirke anfänglich stark überschätzt, jene der südlicheren und des Außenbezirks ebenso stark unterschätzt worden sind. Für Sokode wurde 1900 die Volkszahl auf 400 000 geschätzt, 1913 dagegen nur mehr auf 225 000; ebenso wurde die Volkszahl von Mangu 1901 auf 325 000 geschätzt, später auf etwa

Digitized by Google

225 000 angegeben. Auch Kete-Kratschi, anfänglich auf 40 000 bemessen, wurde um die Hälfte heruntergesetzt. Dagegen wurde die Bevölkerung von Lome-Land, Misahöhe und Atakpame allmählich als nahezu doppelt so hoch ermittelt,

Tabelle XI.

Bezirk	1900	1901	1904[1])	1906	1907	1908
Lome-Stadt	3054	3 644	3 942	6 227	5 917	6 305
Lome-Land	—	—	—	75 000	75 000	75 000
Anecho	—	31 400	31 400	61 000	61 000	61 000
Misahöhe	—	86 161	85 070	85 000	100 000	100 000
Atakpame	—	—	—	40 000	40 000	40 000
Kete-Kratschi	—	—	39 320	40 000	40 000	40 000
Sokode	ca. 400 000	ca. 400 000	ca. 400 000	360 000	360 000	360 000
Mangu	—	325 000	325 000	250 000	300 000	224 552
zusammen	?	?	?	917 227	981 917	906 857

Bezirk	1909	1910	1911	1912	1913	auf 1 qkm
Lome-Stadt	6 436	7 344	7 672	7 602	7 652	?
Lome-Land	75 000	117 500	119 000	119 000	136 400	37,45
Anecho	100 000	100 000	112 000	112 000	123 237	45,4
Misahöhe	108 000	130 000	140 000	140 000	140 000	14,8
Atakpame	46 000	58 500	80 000	80 000	80 000	5,3
Kete-Kratschi	22 447	18 796	20 000	20 000	20 000	1,3
Sokode	360 000	274 616	300 000	300 000	300 000	13,7
Mangu	224 552	224 500	225 000	225 000	225 000	10,3
zusammen	942 435	931 256	1 003 672	1 003 602	1 032 289	11,58

[1]) Anmerkung: 1905 5784.

wie die frühere Schätzung sie annahm; und Anecho stieg gar von 31 400 im Jahre 1901 auf 123 237 im Jahre 1913, also nahezu um das Vierfache. Einen Schluß auf starkes Wachstum auf der einen, starke Abnahme der Volkszahl auf der anderen Seite gestatten die Ziffern natürlich nicht. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Grundlage der Schätzung und Zählung nicht immer die gleiche gewesen zu sein scheint, insofern die Begriffe der „Eingeborenen", der „ansässigen" oder „vorübergehend anwesenden" und der „farbigen Bevölkerung" besonders in früheren Jahren nicht streng auseinandergehalten worden sind. Im einzelnen sind starke Abweichungen in den Ergebnissen aufeinanderfolgender Jahre zum Teil auf Aenderungen der Bezirke zurückzuführen. So rührt die Verminderung der Bevölkerung von Kete-Kratschi von 22 447 in 1909 auf 18 796 in 1910 daher, daß im letzteren Jahre die Landschaft Kebu mit zirka 4000 Seelen von dem Bezirk getrennt und dem Bezirk Atakpame einverleibt wurde, dessen Zunahme von 46 000 auf 58 500 hierdurch allerdings nur teilweise erklärt ist. Ebenso rührt die Verminderung der Bevölkerung von Lome-Stadt von 6227 in 1906 auf 5917 in 1910 davon her, daß Amutive aus dem Stadtbezirk Lome ausgeschieden wurde. Die beiden nördlichsten Bezirke, Sokode und Mangu, die

Digitized by Google

allerdings auch die räumlich ausgedehntesten sind, umfassen demnach etwas über die Hälfte der Bewohner des gesamten Schutzgebietes.

Im allgemeinen deuten immerhin einige Momente darauf hin, daß die Bevölkerung des Schutzgebietes sich in den letzten zwölf Jahren vermehrt hat, wozu nicht nur der Frieden und die Sicherheit im Lande, sondern vor allem auch die hygienischen Bestrebungen der Schutzgebietsleitung beigetragen haben. Noch aus dem Jahre 1900/01 hören wir von einem Rückgang der Bevölkerung in mehreren Bezirken, besonders Misahöhe und Atakpame, infolge der Pocken und anderer Krankheiten. Demgegenüber glaubt schon der Jahresbericht für 1909/10 die höheren Volksziffern der Südbezirke nicht allein auf genauere Zählung, sondern auf wirkliche Zunahme infolge von Zuwanderung wie auch infolge Ueberschusses der Geburten zurückführen zu müssen.

Aber auch die Beobachtungen über die Wanderungsverhältnisse deuten darauf hin, und da letztere für Togo von ganz besonderer Bedeutung sind, so soll, wenngleich fortlaufende statistische Angaben darüber nicht vorliegen, kurz auf sie eingegangen werden.

Die geringe Breitenentwicklung des Schutzgebietes wie auch die leichtbewegliche Art der Eingeborenen haben es von jeher mit sich gebracht, daß sie in großer Zahl über die Grenzen weg besseren Löhnen oder sonst günstigeren Lebensbedingungen nachgegangen sind. Solche boten sich ursprünglich vorwiegend in dem benachbarten britischen Goldküstengebiet, und die Klagen über massenhafte Abwanderung dorthin ziehen sich wie ein roter Faden fast durch alle offiziellen Jahresberichte. Besonders der hierfür nächstgelegene Bezirk Misahöhe hat unter diesem Grenzverkehr zu leiden gehabt. Ueberwiegend handelt es sich zwar nicht um eine dauernde Verlegung des Wohnsitzes außerhalb des Schutzgebietes, sondern um längeres oder kürzeres Verweilen in der Fremde, aus der die Leute dann wieder in ihre Heimat zurückkehren. Ein Teil, meist Händler oder Leute, die Freunde oder Angehörige in der Goldküste haben, kehrt nach einigen Monaten wieder zurück; ein anderer Teil, besonders Arbeiter oder Träger, dann Handlungsgehilfen, Diener, Köche u. dgl., geht auf einige Jahre ins Ausland und kommt dann mit dem ersparten Lohn wieder in seine alte Heimat. So wird aus dem Jahr 1900/01 über massenhaften Wegzug in die Goldküste zur Mineninduſtrie und zum Bau der Bahn nach Kumassi berichtet, dem nach zwei Jahren, nach Vollendung der Bahn Secondee—Tarkwa, eine ebenso massenhafte Rückwanderung folgte. Vereinzelt werden auch zahlenmäßige Angaben gemacht. So verließen im Berichtsjahr 1910/11 den Bezirk Misahöhe nicht weniger als etwa 14 000 Personen auf kürzere Zeit, etwa 800 auf mehrere Jahre. Im Jahre 1911/12 kehrten in den gleichen Bezirk von 8959 in diesem Jahre Abgewanderten 6992, im Jahre 1912/13 von 4760 Abgewanderten 4673 wieder zurück. Schon frühzeitig übte aber noch ein anderes Arbeitsgebiet eine große Anziehung auf die Eingeborenen von Togo aus; das ist Kamerun, wo in den Plantagen fortgesetzt Arbeitermangel herrschte. Schon 1900/01 schätzte

Digitized by Google

man die Zahl der Auswanderer dorthin auf zirka 1000 Seelen, wovon 600 Arbeiter, 150 aber Handwerker waren, während 250 Mann der Kameruner Schutztruppe zugeführt wurden. Ueber diese Auswanderung stehen, soweit sie sich mit behördlicher Erlaubnis auf dem Seeweg vollzieht, genauere Angaben zu Gebote. So verließen die Stadt Lome 1909/10: 139, 1910/11: 123, 1911/12: 131, 1912/13: 114 Personen zur See. Von den 123 waren 69 Männer, 25 Frauen und 29 Kinder; 82 von ihnen gingen nach Kamerun. Von den 114 waren 76 Männer, 23 Frauen und 15 Kinder; von ihnen bildete für 69 Männer und sämtliche Frauen und Kinder Kamerun das Ziel der Auswanderung. Auch aus dem Bezirk Anecho wandten sich 1912/13 nicht weniger als 203 Personen auf dem Seeweg dorthin. Aus dem Bezirk Lome-Land wanderten in diesem Jahre nur 31 zur See aus. Der größte Teil der Auswanderer verließ aber diesen Bezirk ohne behördliche Erlaubnis auf dem Landweg und entzog sich auf diese Weise zahlenmäßiger Beobachtung. (Fortsetzung folgt.)

Zur Erwiderung.

Im Juli-Heft der „Kolonialen Monatsblätter" des Vorjahres hat sich Herr Karl Schlettwein bei der Behandlung der Aussichten der Straußenzucht in Deutsch-Südwestafrika auch auf Veröffentlichungen des Herrn Dr. Bassermann, Farm Bassermann bei Okahandjia, bezogen. Herr Dr. Bassermann bemerkt hierzu das Folgende: „Herr Schlettwein zitiert auf Seite 319, Zeile 41 und 42, unter Anführungszeichen denjenigen Satz meiner letzten Veröffentlichung in meiner Debatte mit Herrn Schlettwein, in dem ich den Grund angab, aus dem ich auf eine Weiterführung der Debatte verzichtete, in folgendem Wortlaut: „Es hat keinen Zweck, weiter zu debattieren, solange Behauptung gegen Behauptung steht, ohne Beweise." Der Satz meiner in der Zeitung „Südwest" veröffentlichten Schrift lautet: „Sie (die Debatte) fördert absolut nichts, solange den Beweisen der einen Seite unbewiesene Ueberzeugungen entgegengestellt werden. Sobald von sachverständiger Seite oder an der Hand von Urteilen Sachverständiger meine Befürwortung, die Straußenzucht unserer Kolonie mit südafrikanischem Material aufzunehmen, widersprochen wird, werde ich mich freuen, wieder in die Debatte einzutreten." Wie Sie selbst sehen, hat das Zitat einen vollkommen neuen Sinn erhalten, der meinen Intentionen absolut nicht entspricht. Ich wäre Ihnen daher besonders zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir gestatteten, den, allerdings verständlichen Irrtum des Herrn C. Schlettwein richtig zu stellen. Im übrigen werde ich Herrn Schlettweins Artikel nicht zu widerlegen suchen, da er die von mir als Vorbedingung zur Wiederaufnahme der Debatte in dem obigen Satz beanspruchten Beweise usw. in keiner Weise zu bringen vermochte."

Digitized by Google

Frühere Forschung in dem heutigen Deutsch-Südwestafrika.

Von F. W. Lang.

Die planmäßige Erforschung und Erschließung der Länder, welche heute unser südwestafrikanisches Schutzgebiet bilden, hat verhältnismäßig sehr spät eingesetzt. Es ist zwar im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert eine Reihe von Versuchen gemacht worden, Südwestafrika, insbesondere den südlichen Teil desselben, das sogenannte Großnamaland, aufzuschließen; allein dieselben sind teils ganz mißlungen, teils haben sie uns nur eine fragmentarische Kunde von den dort herrschenden Verhältnissen vermittelt.

Genaueres über die Fauna und Flora, die menschlichen Bewohner des und die Zustände in dem Großnamalande der Kulturwelt zu unterbreiten und allgemeineres Interesse für dieses Gebiet zu erwecken, blieb dem englischen Forschungsreisenden James Eduard Alexander vorbehalten, der, aus dem Kaplande kommend, am 23. und 24. November 1836 den Oranjefluß bei Ramansdrift überschritt, über Sandfontein, Norechab und Aluisfontein nach Warmbad-Süd, damals Nisbetbad genannt, vorrückte und hier mit den nach ihren Angaben zu einer nicht mehr festzustellenden Zeit von Osten her eingewanderten Bondelzwarthottentotten zusammentraf. Unter ihnen wirkte ein englischer Missionar Jackson, dem sie durch ihr unverschämtes Verhalten manche schwere Stunde bereiteten.

Nach Eintritt der Regenzeit zog Alexander am 28. Januar 1837 weiter nordwärts über Dawegabis und Gabis nach Kanus in der Nähe von Kalkfontein, der zurzeitigen Endstation der Südbahn. Von Kanus führte ein Abstecher den Reisenden nach Nordosten, an den Ostabhang der Karrasberge, wo sich Hottentotten fanden, die schon christliche Namen führten und den Bondelzwart — wenigstens nominell — untertan waren. Der nunmehr sich hauptsächlich in nordwestlicher Richtung bewegende Weitermarsch führte über Tsawisis, Nanebis, Neiams und Kosis am 6. März 1837 nach Bethanien, mit dessen Häuptling bekanntlich im Jahre 1884 der erste deutsche Schutzvertrag in Südwestafrika abgeschlossen wurde. Dieser Ort war schon zu jener Zeit neben Warmbad der bekannteste Platz des Landes. Zwischen den Jahren 1750 und 1780 hatten ihn aus der Kapkolonie eingewanderte Hottentotten, sogenannte Orlam, von dem alteingesessenen Hottentottenstamme des roten Volks gegen Messer, Aexte und Beile eingetauscht. Ein deutscher Missionar (Schmelen) hatte sich im Jahre 1814 unter ihnen niedergelassen und der Ansiedlung ihren biblischen Namen gegeben. Alexander fand sowohl die Orlamniederlassung als auch die Missionsstation verfallen und verlassen; nur einige Hottentotten der Familie der Boys waren anwesend. Zwischen den Orlam und den früheren Besitzern hatten einige Jahre zuvor Differenzen stattgefunden, die sowohl den Abzug Schmelens als auch denjenigen der Mehrzahl der Orlam nach sich zogen.

Am 9. März 1837 brach der Forscher von Bethanien auf und ging in nördlicher Richtung über Nuris und Kunjas, vorbei an der heutigen Station Maltahöhe, das Naukluftgebirge links liegen lassend, nach Awabes im Tsondabtal, etwa 30—40 km südlich des Gestüts Nauchas gelegen, wo er am 4. April 1837 ankam. In Kunjas fanden sich die in dieser Gegend am weitesten nach Norden vorgedrungenen Orlam. Von da ab traf die Expedition auf ihrem Weitermarsch nach Walfischbay nur noch kleine Horden wandernder Buschleute. Auf dem Wege bis Kunjas hatte sich ihr eine Reihe Orlam angeschlossen, die den Erkundungszug nach Norden mitmachen wollten und Alexander mit der größten Bereitwilligkeit begegneten. Durch sie erfuhr der Reisende, daß die in der Gegend von Bethanien wohnenden Hottentotten schon längere Zeit Handelsbeziehungen zu den Weißen hätten, die häufig als Robbenjäger und Walfischfänger nach Angra Pequena (Lüderitzbucht) kämen. Die Route von Kunjas bis Awabes gab reichlich Gelegenheit zur Jagd. Springböcke, Orixantilopen, Zebra, Strauße und Kudu kamen in großen Mengen vor. Bei Büllsport waren schwarze Rhinozerosse sehr häufig und versorgten

Digitized by Google

die Expeditionsteilnehmer reichlichst mit frischem Fleisch. Bei Awabes wurden Giraffen angetroffen.

Von hier aus durchquerte die Reisegesellschaft die Gauswüste, kam nach einem überaus beschwerlichen Marsch bei Hudaob halbverdurstet in das Kuisebtal und erreichte, dem Bette dieses Flusses westwärts zum Atlantischen Ozean folgend, am 19. April 1837 Walfischbay. Der letzte Reiseabschnitt gestaltete sich durch die Wasserarmut des durchzogenen Geländes und durch das Fehlen von jagdbarem Wild in der Küstennähe äußerst mühsam und entbehrungsvoll. Gestrandete Fische, Mies- und Venusmuscheln lieferten den Mitgliedern der Expedition daher in Walfischbay eine willkommene Ergänzung ihrer Vorräte an Nahrungsmitteln.

In der Nähe der Bay traf Alexander eine einige hundert Köpfe starke Horde des alteingesessenen Stammes der Topnaarhottentotten, deren Reste heute noch dort zu finden sind. Dieselben führten ein kümmerliches Dasein von Fischfang und Feldfrüchtesammeln und lebten mit den die Bay besuchenden amerikanischen Walfischfängern nicht immer im besten Einvernehmen. Letztere ließen sich nicht selten Unredlichkeiten beim Tauschhandel und Uebergriffe gegenüber den Weibern zuschulden kommen und mußten ihre Untaten öfters mit dem Tode sühnen.

Von Walfischbay beabsichtigte man weiter nach Norden, ins Hereroland, vorzudringen, sah sich jedoch gezwungen, davon abzustehen, weil die Bewohner der Walfischbay mit dem Hererovolke in Feindschaft lebten und die ersteren deshalb keinen Führer stellen wollten, auch die unseren Reisenden begleitenden Orlam keine Lust zeigten, sich der Gefahr auszusetzen, von den Herero ermordet zu werden. Alexander entschloß sich daher zur Weiterreise in östlicher Richtung, zog das Kuisebtal wieder aufwärts und durch den südlichen Teil des Komashochlands bis nach Niais und Gurumanas, eine starke Tagereise südlich von Windhuk. Diese Reise beanspruchte etwa 20 Tage; je weiter man in das Innere kam, desto zahlreicher wurde das Wild wieder. Zu den schon aufgezählten Tieren gesellte sich im Komashochland das weiße Rhinozeros. Hier traf man als Bewohner neben Buschmännern Angehörige des Bergdamaravolks, eines Negerstammes, der die Hottentottensprache spricht.

In Niais und Gurumanas fand Alexander die Bande des Orlamhäuptlings Jonker Afrikaner, die vom Oranje im Laufe von 15 bis 20 Jahren hierher vorgedrungen und eben auf dem Sprunge war, Windhuk selbst zu besetzen. Er versuchte nochmals, von hier aus mit Jonkers Hilfe ins Hereroland einzudringen. Letzterer lehnte jedoch die Unterstützung eines derartigen Unternehmens unter allerlei Vorwänden ab und wußte auch ein weiteres Vordringen nach Osten als ein Ding der Unmöglichkeit darzustellen. Es scheint, als ob er Alexander mit Absicht von den Herero fern gehalten hat und ihm auch das Erschließen der damals noch sehr reichen Elefantenjagdgründe an den beiden Nosobflüssen vereiteln wollte.

Unter diesen Umständen ließ sich die Reisegesellschaft bestimmen, am 31. Mai 1837 nach Süden aufzubrechen, und marschierte zunächst über das heutige Rehoboth nach Kuis am Großen Fischfluß durch eine beinahe menschenleere Gegend. Die große Anzahl von Löwen, die hier zu finden war, soll nach Angabe der Eingeborenen hieran die Schuld getragen haben. Dafür war der Reichtum an jagdbarem Wild um so größer: Rhinozerosse, Kudu und Giraffen wurden in großer Zahl angetroffen und lieferten schöne Jagdtrophäen und gute Verpflegung. In Kuis waren Afrikaner angesiedelt, von denen man erfuhr, daß auch noch weiter im Osten, am Elefantenfluß in der Nähe von Gochas, Orlamhottentotten, die sogenannten Amraalschen seßhaft seien, die bekanntlich einige Jahre später die Gegend von Gobabis besetzten.

Von Kuis zog man südwestwärts über die Nananibhochebene nach Chamis am Koukip im Nordbethanierland, wo die Orlam sich von Alexander verabschiedeten. Dieser

Digitized by Google

marschierte in direkt südlicher Richtung dem Oranje zu, den er am 30. Juli 1837 bei Sendlingsdrift wieder erreichte.

Die Bedeutung der Alexanderschen Expedition war fraglos eine sehr große und folgenreiche für das Großnamaland. Jonkers Leute, insbesondere die Weiber des Stammes, hatten Alexander dringend gebeten, ihnen christliche Missionare zu senden. Dieser übermittelte die Bitte dem Missionar Schmelen, der sich damals in Komakas, im Kleinnamalande, aufhielt und empfahl Windhuk, Rehoboth, Walfischbay und Bethanien als zur Anlage von Missionsstationen geeignete Orte. Schmelen veranlaßte alsbald die Entsendung der rheinischen Missionare Kleinschmidt, Bam und Hugo Hahn nach Windhuk; diesen folgten andere Sendboten, die alle ihr Bestes daran gesetzt haben, nicht nur unter den Hottentotten, sondern auch unter dem Hererovolke christliche Religion, Kultur und Sitte zu verbreiten. Aber auch weiße Händler und Jäger wurden durch Alexander auf das Großnamaland, das Verlangen der dort lebenden Orlam nach europäischen Waren und den Vieh- und Wildreichtum einzelner Gegenden aufmerksam gemacht und zogen nunmehr in Scharen in diese seither als menschenleer, unwegsam und unwirtlich verschrienen Gegenden. Sie alle haben, wenn auch unbewußt und ungewollt, zur Zivilisierung der eingeborenen Bevölkerung und Kultivierung des Landes beigetragen und so der Kolonisation durch uns die Wege geebnet.

Von den Missionaren, Jägern und Händlern, die im Laufe der Jahre nunmehr ins Großnamaland kamen, wurden natürlich alsbald und des öfteren Versuche gemacht, auch die nördlich des Swakops liegenden Gegenden, das sogenannte Hereroland und die anstoßenden Gebiete, für Mission, Handel und Verkehr zu erschließen. Namentlich der schon erwähnte Missionar Hugo Hahn, der im Jahre 1842 tatsächlich in Windhuk und einige Jahre später auch in Otjikango und Otjimbingue Niederlassungen seiner Missionsgesellschaft gegründet hatte, plante wiederholt Forschungs- und Missionsreisen in das Innere des Hererolandes und in das Amboland. Jonker Afrikaner, seit 1840 mit den Seinen in Windhuk seßhaft, wußte alle diese Versuche stets zu vereiteln. Dem Hahn, der einmal schon sämtliche Reisevorbereitungen vollendet hatte, ließ er im Augenblick der Abreise einfach alle Zug- und Reittiere wegnehmen und gab sie ihm erst wieder zurück, nachdem die zu einer derartigen Unternehmung geeignete Jahreszeit verstrichen war.

Der Grund, warum Jonker keinen Europäer ins Hereroland vordringen ließ, war indessen offenkundig geworden: er beabsichtigte, das Hererovolk aller seiner Viehherden zu berauben, dessen Angehörige sich zu unterwerfen und sie künftighin als seine Viehhirten und Sklaven zu beschäftigen. Jonker fürchtete aber, daß ihm dies mißlingen könnte, wenn die Herero in die Lage kämen, mit den Weißen direkte Beziehungen anzuknüpfen, und dadurch Gelegenheit fänden, sich mit Feuergewehren zu bewaffnen.

Erst in den Jahren 1850 und 1851 gelang es dem Forschungsreisenden Francois Galton, diesen Bann zu brechen. Galton kam Ende des Jahres 1850 über Walfischbay, Otjimbingue und Okahandja nach Windhuk, gab sich hier für einen Abgesandten der englischen Regierung in Kapstadt aus und wußte teils durch forsches, teils durch theatralisches Auftreten den Afrikanerhäuptling so einzuschüchtern, daß dieser ihm nicht nur erlaubte, das Hereroland nach Gutdünken zu bereisen, sondern auch die in Windhuk seit dem Jahre 1846 zur Tagesordnung gewordenen Raubzüge gegen das Hererovolk vorerst einstellte.

Am 3. März 1851 brach Galton von Okahandja in der Absicht auf, zunächst nach einem See Omambonde zu ziehen, der in der Phantasie der Eingeborenen einen großen Raum einnahm. Von da aus wollte er einen Vorstoß in das Amboland wagen, also das ganze Hereroland von Süden nach Norden durchqueren. Am 12. März traf die Expedition bei Otjimanangombe mit dem im August 1850 durch Jonker Afrikaner aus Okahandja vertriebenen Hererohäuptling Katikene (Kahitjine) zusammen, der sich in großer Bedrängnis befand und auch bald darauf mit dem Reste der

Digitized by Google

seinen von der Hererohorde des Häuptlings Omagunde getötet wurde. Omagundes Leute lebten damals zwischen Otjimanangombe und dem Oberlauf des Omuramba-u-Omatako, waren angeblich den Weißen nicht gut gesinnt, und es mußte ihnen deshalb ausgewichen werden. Die Expedition zog daher in nordwestlicher Richtung bis zum Ostabhang der Okahupua-(Ketjo-)berge, bog hier nach Norden um und kam nach einem sehr beschwerlichen Marsche durch damals unbewohnte Gegenden am 26. März zu den Quellen am Waterberge. Von hier ging es, dem Laufe des Otjiosondjupareviers folgend, dem Südabhang des Waterberggebirges entlang, in nordöstlicher, zuletzt in mehr nördlicher Richtung, nach Omambonde. Drei Tagereisen südlich dieses Platzes fanden sich wieder bewohnte Hereroniederlassungen, in denen Galton zwar nicht schlecht aufgenommen, aber als „Hottentottenspion" mit großem Mißtrauen betrachtet wurde. Am Omatakoberge kamen der Expedition die ersten großen Wildherden, am Waterberge die ersten Elefantenspuren zu Gesicht.

Omambondes Anblick brachte Galton eine große Enttäuschung. In Otjimbingue, Okahandja und Otjikango hatten die Herero immer von „einem mächtigen See Omambonde" erzählt, der keinesfalls weniger als 15 Meilen lang und 8 Meilen breit sei und von Flußpferden und anderem Getier wimmle. Und was fand er? Ein ausgetrocknetes Flußbett mit ein paar Wasserpfützen und einigen Büscheln Riedgras! In der Regenzeit mochte dasselbe allerdings hin und wieder einmal größere Wassermassen führen, die dann und wann für kürzere Zeit das umliegende Gelände überschwemmten!

Von Omambonde marschierte die Reisegesellschaft am 12. April 1851 weiter, erreichte bei Okatjongeama die Grootfonteiner Palmenzone und am 17. April bei Okamambuti (Swartwater), einige Meilen nordöstlich von Grootfontein-Nord, die Nordgrenze des damals vom Hererovolke besetzten Gebiets. Der Häuptling von Okamabuti stand mit dem Ambohäuptling Rangero von Ondonga in lebhaften Handelsbeziehungen. Der Führer einer Handelskarawane aus Ondonga, der kurz nach Galton in Okamabuti eintraf, versprach, die Reisenden auf seiner Heimreise mitzunehmen, duldete aber unter keinen Umständen, daß Galton ohne ihn nach Ondonga reiste.

Am 22. Mai 1851 brach man in Begleitung dieser Karawane nach dem Ambolande auf, marschierte über Otjikoto nach Omutjamutandu (etwas westlich der Station Namutoni gelegen) und von da durch die Etoschapfanne nach Ojohama, wo die Expedition anfangs Juni 1851 ankam. Gleich einem ungeheuer großen, einförmig-gelben Kornfeld breitete sich die Landschaft Ondonga vor den Blicken des Forschers aus. Die Ernte schien eben beendigt zu werden. Auf engen Pfaden ging es noch ein paar Tage durch die Felder weiter, bis bei einer Baumgruppe der Ovambo-führer plötzlich anordnete, daß hier ein Lager bezogen und die weiteren Befehle des Häuptlings erwartet werden müssen. Man befand sich in der Nähe von Nangeros Residenz.

Seit dem Betreten des Ambolandes war das Reisen für Galton und seine Begleiter eine recht üble Sache geworden. Sie bekamen von den eingeborenen Führern genau vorgeschrieben, welchen Weg sie zu nehmen, wo sie zu rasten, ihr Vieh zu weiden und zu tränken hatten; mußten jede Kleinigkeit, selbst das Wasser, das sie bedurften, bezahlen beziehungsweise eintauschen. Nach der Ankunft in der Nähe der Werft Nangeros erhielt Galton bekanntgegeben, daß er ohne Erlaubnis des Landeshäuptlings weder weiterziehen noch umkehren dürfe. Erst nach dreitägigem Warten empfing Nangero den weißen Reisenden, nahm seine Geschenke entgegen und erlaubte ihm nach einigen Zögern, mit den Eingeborenen einen Tauschhandel zu eröffnen. Zur Weiterreise nach Norden an den Kunene war die Einwilligung Nangeros unter keinen Umständen zu erlangen und ein ferner Aufenthalt in Ondonga, der sowieso halb einer Gefangenschaft glich, für Galton daher zwecklos; er bat deshalb um die Erlaubnis, ins Hereroland zurück-

Digitized by Google

kehren zu dürfen, mußte aber bis zum 13. Juni warten, ehe die schwarze Majestät geruhte, zu befehlen, daß er am nächsten Tage das Land zu verlassen habe.

Dieser Art, die Weißen zu behandeln, sind die meisten Ambohäuptlinge bis vor wenigen Jahren getreu geblieben, wovon die Missionare und eine Reihe von Forschungsreisenden und Händlern ein langes Kapitel zu erzählen wissen. Insbesondere die in der Grootfonteiner Gegend ansässigen Buren haben am Hofe Nechales, eines Nachfolgers von Nangero, Demütigungen aller Art erfahren.

Sämtliche Teilnehmer der Galtonschen Expedition atmeten erleichtert auf, als sie anstatt der Kornfelder Ondongas die Dornbüsche des Hererolandes wiedersahen. Man marschierte auf dem Rückweg über Okatjongeama an den Omuramba-u-Omatako, dann dessen Lauf flußaufwärts bis in die Gegend von Otjikururume, von da durch das Gebiet des Häuptlings Omagunde, das dessen Anhänger inzwischen verlassen hatten, nach Otjomangombe und von hier nach Okahandja, wo man am 3. August 1851 wieder eintraf.

Galton machte im Anschluß an diese Forschungsreise noch eine Aufklärungstour, die ihn über Windhuk, Witvley und Gobabis bis nach Rietfontein führte. Nach seiner Abreise aus dem Lande nahmen die Afrikahottentotten in Windhuk ihre Raubkriege gegen das Hererovolk wieder auf. Dies und das Mißtrauen der Herero gegen alle Weißen, in denen sie Verbündete, zum mindesten aber Spione der Hottentotten sahen, ließen die durch Galton angebahnte Oeffnung des Nordens von Südwestafrika nur langsam in den Fluß kommen. Um die weitere Erschließung dieser Gebiete machten sich bis zur Proklamation der deutschen Schutzherrschaft im Jahre 1885 die Missionare Hahn und Rath, die Forschungsreisenden Chapmann, Baines und Andersson und die Händler Green, Smut, Todd, Palgrave, Lewis und Hartely besonders verdient.

Portugiesische Entdeckungen in Zentralafrika vor 100 Jahren.

Von Oberregierungsrat Dr. E. Jacobi.

Unter allen afrikanischen geographischen Entdeckungen kann sich wohl keine an kolonialpolitischer Bedeutung mit der des Kongolaufs durch H. M. Stanley messen. Hat doch diese Entdeckung zur Gründung des Kongostaates und mittelbar zur Gründung der Kolonien Deutsch- und Britisch-Ostafrika und Französisch-Aequatorialafrika in ihrer heutigen Gestalt den Anlaß gegeben und selbst auf die Gestaltung von Deutsch-Kamerun und Britisch-Nigeria Einfluß geübt. Die Probleme, die sich an die heutige Entwicklung der westafrikanischen europäischen Kolonien anknüpfen, sind ja wohl auch noch keineswegs als endgültig gelöst zu betrachten. Da ist es nicht uninteressant, zu sehen, wie das Volk, das zuerst an der Westküste Kolonien hatte, die Portugiesen, um die Wende des achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert die Frage zu lösen suchte, die erst durch Stanleys und seiner Nachfolger Entdeckungen schließlich beantwortet wurde. In dem ersten und zweiten Bande der alten Zeitschrift „Hertha", Zeitschrift für Erd-, Staaten- und Völkerkunde, besorgt von Heinrich Berghaus in Berlin und Karl Friedrich Vollrath Hofmann in Stuttgart [1]), finden wir einen Aufsatz des englischen Afrikareisenden J. F. Bowdich über die Entdeckungen der Portugiesen zwischen Angola und Mozambique nach portugiesischen Originalquellen. Der Verfasser T. Edward Bowdich war 1793 in Bristol geboren und starb 1824 am Gambia. Im Dienste der damaligen englisch-afrikanischen Kompagnie, die die Goldküste verwaltete, unternahm er 1816 eine Reise in das Aschantireich. Er machte dabei wichtige wissenschaftliche Entdeckungen, die auch als solche anerkannt wurden. Aber, wie es in einer Notiz über seinen Tod in

[1]) Verlag der Cottaschen Buchhandlung, 1825.

Digitized by Google

der genannten Zeitschrift heißt, „an seine Talente knüpfte Bowdich, was so häufig in ihrer Begleitung ist und für sie in den Augen der Welt schädlich wird, einen Geist der Unabhängigkeit, der nicht imstande ist, den schicklichen Augenblick zu wählen und einer anderen Gewalt zu weichen als der der Vernunft". Er beleidigte die Kompagnie und mußte aus ihren Diensten scheiden. (Ein Fall, der an manches auch aus der deutschen Kolonialgeschichte erinnert.) Nun war damals in England das Interesse für die Afrikaforschung erwacht. 1788 war die Gründung der Association for promoting the Discovery of the interior parts of Africa erfolgt. Diese Gesellschaft gewährte Bowdich eine Unterstützung für eine neue Reise nach Afrika. Um sich dafür dankbar zu erweisen, übergab er der Gesellschaft Mitteilungen, die ihm über portugiesische Entdeckungen in Mittelafrika zugekommen waren. Diese Mitteilungen, die in merkwürdiger Weise zeigen, wie nahe man damals bereits der Lösung des Kongoproblems war[2]), verdankte Bowdich hauptsächlich dem portugiesischen Botschafter beim Wiener Kongreß, Grafen Saldanha da Gama. Am merkwürdigsten sind die Angaben über eine Reise des Obersten Lacerda, der, von der Ostküste ausgehend, den Sambesi heraufging und nach der Westküste zu gelangen suchte, aber im Innern starb. Ehe ich aber auf diese Reise komme, ist zu erwähnen, daß der Graf Saldanha, der im Jahre 1807 Gouverneur von Angola wurde, zunächst Versuche machte, von Westen nach Osten zu gelangen. Er beauftragte mit Ermittlungen, wie dies zu machen sei, einen Handelsmann namens da Costa. Da Costa hatte sich als Kaufmann im Lande der „Kassanjer"[3]) niedergelassen. Dieser entsandte nun im Auftrage des Gouverneurs einen Mulatten in das Innere zu dem Herrscher Muata Janvo. Der Muata Janvo residierte in der Stadt Mulua (Bowdich schreibt Moolooa), und in einer anderen Stadt des Landes residierte seine Gemahlin. Der Muata Janvo schickte auch eine Gesandtschaft nach Loanda, um mit den Portugiesen Handelsverbindungen anzuknüpfen. Die Gesandten trugen europäische Stoffe, die sie von Mozambique, also von der Ostküste, erhalten hatten. Es existierte demnach bereits eine Handelsverbindung mit der Ostküste. Sie erzählten ferner von einem östlich gelegenen, von ihrem Reich abhängigen Lande, wo vor kurzem ein portugiesischer Offizier, von der Ostküste kommend, angelangt sei. Es war dies der oben erwähnte Oberst Lacerda. Leider wurde der Graf Saldanha abberufen, ehe er die Verbindung mit der Ostküste wirklich herstellen konnte, und sein Nachfolger ließ die ganze Sache wieder einschlafen. Portugiesische Kaufleute hatten aber noch Weiteres erkundet. Sie hatten erfahren, daß der Zaire, den Kapitän Tukey nur bis zu den Schnellen verfolgt hatte (d. h. bis etwa Matadi), weiter im Innern Coango heiße, und daß dieser Coango einem großen See östlich im Innern entströme. Ferner, daß außer dem Coango noch ein größerer Fluß im Innern existiere, den die Eingeborenen Casati nannten, offenbar der Kassai. Diese Nachrichten über die Flüsse des Kongosystems werden nun ergänzt durch die Entdeckungen des Obersten Lacerda vom Osten her. Lacerda ging im Mai 1798 mit sechs Offizieren und fünfzig Soldaten von Tete am Sambesi nach Westen ins Innere. Er hatte einen gewissen Pereira, dessen Vater im Innern Goldhandel betrieb, voran ins Innere geschickt. Dieser Pereira begleitete eine Anzahl Handelsleute von dem Stamm der Movizas, die nach Tete am Sambesi gekommen waren, bei ihrer Rückkehr ins Innere. Er gelangte zuerst an einen Strom namens Arovanga, der bei einem Orte Zembo in den Sambesi floß. Es ist dies der Loangua, ein nördlicher Nebenfluß des Sambesi, und der Ort Zembo wird auf unseren Karten als Sumbo an der Grenze von Mozambique und Rhodesia verzeichnet. Die Movizas sind aber offenbar derselbe Stamm, der von Livingstone südlich vom

[2]) Vgl. hierzu auch die Angaben in dem Werk Dr. M. Büchler „Der Kongostaat Leopolds II.", S. 41.

[3]) Kassandje in Angola?

Digitized by Google

Nyassa besucht wurde und von ihm als „Babisa" bezeichnet wird[4]). Das „Mo" und „Ba" in diesen Namen ist die Pluralvorsatzsilbe der Bantusprachen. Nach Verlauf von elf Tagen gelangte er dann an einen anderen Fluß, der von den Eingeborenen Zambesi genannt wurde. Nach der Ueberzeugung Pereiras konnte dieser Zambesi aber nicht derselbe Zambesi sein, der bei Tete vorbeifloß, da er einen entgegengesetzten Lauf nahm. Nachdem er den neuen Zambesi überschritten hatte, kam er in das Gebiet des Kazembe, wo er fast einen Tag zum Passieren eines großen Sees verwenden mußte, der aber nur bis an die Hüften reichte, weil sein Wasser mittels zweier großer Kanäle abfloß, deren einer mit dem neuen Zambesi, ein anderer mit dem großen Fluß Mururuu in Verbindung stand, an dessen Ufern die Hauptstadt des Kazembe lag. Dieser See ist jedenfalls kein anderer als der Bangweolo, in den der Tschambesi hineinfließt und aus dem dann der Fluß „Mururuu", d. h. der Luapula, hinausfließt. Man sieht, die Portugiesen besaßen über die Länder zwischen Mozambique und Angola ziemlich eingehende Kenntnisse. Sie kannten den Tschambesi, den Quellfluß des Bangweolo und auch dessen Ausfluß. Sie wußten, daß dieser Tschambesi ein anderer Fluß sei als der nach der Ostküste laufende Zambesi. Von dort, von dem Ausfluß des Bangweolo, an dem die Residenz des „Kazembe" lag, mußte man dann, um weiter nach Westen zu gelangen, mehrere große, nach Norden strömende Flüsse überschreiten, deren einer, der Lucala, mit dem Coango in Verbindung stand. Diese Flüsse sind nicht mehr zu identifizieren, es handelt sich aber, abgesehen von jenem Lucala, offenbar um Kongozuflüsse. Das von ihnen durchströmte Land war von dem Volk der „Waronda" bewohnt. Die „Waronda" dürften die Bewohner des Lundareiches sein = Wa-Lunda. Dann kam man an die Flüsse Casati (Kassai) und Coango, die mit dem Zaire (Kongo) in Verbindung standen. Hätte man diese Kenntnisse der portugiesischen Kaufleute am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts weiter verfolgt, so hätte die Aufklärung des großen weißen Flecks in Zentralafrika wohl nicht noch siebzig Jahre zu warten brauchen. Immerhin sollten die Verdienste jener portugiesischen Forscher da Gama, Lacerda und Pereira nicht vergessen werden.

Demnach ist es wohl auch irrig, wenn Stanley in seinem Werk „Wie ich Livingstone fand", Kapitel 11[5]), behauptet, Livingstone sei durch die falschen Mitteilungen der Portugiesen verleitet worden, den Tschambesi für den oberen Lauf des Sambesi zu halten. „Die Portugiesen", sagte Stanley, vom Tschambesi sprechend, „sagen immer: unser Fluß Zambezi, der nämlich durch das portugiesische Mozambique fließt. Sie sagten zu Livingstone: Wenn Sie von Nyassa nach Kazembe gehen, so werden Sie unseren Zambezi überschreiten. Diese bestimmt lautende, nicht nur mündlich gegebene, sondern auch in Büchern und Karten verzeichnete Mitteilung mußte natürlich verwirren[6])." Es wird hier wohl ein Mißverständnis Livingstones vorgelegen haben, denn wir haben oben gesehen, daß Pereira mit aller Bestimmtheit erkannte, der Tschambesi könne mit dem Zambesi von Mozambique nicht identisch sein, weil er in direkt entgegengesetzter Richtung floß. Ein ebensolches Mißverständnis war es freilich, wenn nun Livingstone ermittelt zu haben glaubte, der Tschambesi sei der südlichste Zufluß des Nil. Zweifellos falsch ist es aber, wenn Stanley sagt: „Als Lacerda und seine portugiesischen Nachfolger, zu Kazembe kommend, den Tschambezi überschritten und seinen Namen hörten, war es begreiflich, daß sie ihn für „unseren Zambezi" hielten, und ihn, ohne weiter zu forschen, so skizzierten, als ob er in jene Richtung flösse." Wenn dieser Lacerda (oder „Lucerda") unser Oberst Lacerda sein soll, so kann dieser unmöglich den Tschambesi so skizziert haben, daß er mit dem Zambesi identisch gewesen wäre. Dagegen würde die bestimmte Angabe des von Lacerda ausgesandten Pereira sprechen, dagegen spricht

[4]) Stanley, „Wie ich Livingstone fand", Kap. 11, S. 112 u. 114 der Uebersetzung in Recl. Univ.-Bibl.

[5]) Uebersetzung in Recl. Univ.-Bibl., S. 115 u. 116.

[6]) „Wie ich Livingstone fand" a. a. O., S. 116.

Digitized by Google

aber auch eine in der oben erwähnten Zeitschrift „Hertha“[7]) veröffentlichte Kartenskizze des Engländers Bowdich, dem wir die Mitteilungen über die portugiesischen Entdeckungen verdanken. Auf dieser Skizze sind die beiden Flüsse deutlich auseinandergehalten. Und diese Skizze beruht doch auf den Angaben Lacerdas und „seiner portugiesischen Nachfolger“. Ein anderes Mal spricht Stanley wieder von „dem portugiesischen Reisenden Doktor Lacerta“[8]). Er ist also offenbar über die fragliche Persönlichkeit nicht klar.

Vom Standpunkt des Kolonialpolitikers aber ist es interessant, zu sehen, wie schon vor mehr als hundert Jahren gerade in Mittelafrika schon Beziehungen von der Ost- zur Westküste bestanden, in einem Gebiet, wo dergleichen neue Verbindungen herzustellen in den kommenden Jahrzehnten vielleicht gerade die deutsche Kolonialpolitik berufen sein wird.

Der Anteil Transvaals an der Gesamtgoldproduktion der Welt.

Von Dr. Kleinkemm.

Die Goldausbeute Transvaals hat im vergangenen Jahre einen Rückgang von 329 475 Unzen im Werte von 1 399 520 Pfd. Sterl. aufzuweisen. Sie betrug 1912 9 124 299 Unzen zu 38 757 560 Pfd. Sterl. und hatte damit ihren höchsten Jahresbetrag erreicht 1913 betrug die Goldförderung Transvaals 8 794 824 Unzen zu 37 358 040 Pfd. Sterl. Da indessen die Gesamtgoldproduktion der Welt gleichzeitig von 99 267 000 Pfd Sterl. im Jahre 1912 auf 93 617 721 Pfd. Sterl. im letzten Jahre zurückgegangen ist, ist der Anteil Transvaals immerhin noch um 0,5, nämlich von 39,4 auf 39,9 Prozent gestiegen.

Interessant dürfte ein Rückblick auf die gewaltige Steigerung sein, die der Anteil Transvaals an der Gesamtgoldproduktion der Welt mit der Entdeckung der Witwatersrandgoldfelder im Jahre 1887 genommen hat.

Jahr	Wert der Gesamtgoldförderung der Welt in Pfd. Sterl.	Anteil Transvaals dem Werte nach in Pfd. Sterl.	Anteil Transvaals in Prozent	
1887	21 735 000	169 401	0,8	
1888	22 644 000	967 016	4,3	
1889	25 375 000	1 490 068	5,9	
1890	24 421 000	1 870 000	7,7	
1891	26 846 000	2 938 900	10,9	
1892	30 134 000	4 698 000	15,1	
1893	32 363 000	5 649 000	16,9	
1894	37 229 000	7 809 000	20,6	
895	40 843 000	8 578 000	21,0	
1896	41 559 000	8 598 000	20,7	
1897	48 509 000	11 476 000	24,0	
1898	58 949 000	16 044 135	27,6	
1899	63 027 000	15 739 923	24,5	
1900	52 312 000	1 498 901	2,8	Burenkrieg
1901	53 630 000	1 014 687	2,0	
1902	60 975 000	7 253 665	12,0	
1903	67 337 000	12 539 248	18,8	
1904	71 380 000	16 054 809	22,5	
1905	78 143 000	20 802 074	26,7	
1906	82 707 000	24 579 987	29,8	
1907	84 858 000	27 403 738	32,3	
1908	90 995 000	29 957 610	33,0	
1909	93 320 000	30 925 000	33,2	
1910	93 434 000	32 001 735	34,2	
1911	97 233 000	34 991 620	36,0	
1912	98 267 000	38 757 560	39,4	
1913	93 617 721	37 358 040	39,0	

[7]) Bd. I hinter S. 112.
[8]) A. a. O., S. 114.

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 5 | Mai 1914 | 16. Jahrgang

Die „schwarze Gefahr" in den afrikanischen Gebieten unter besonderer Berücksichtigung Deutsch-Südwestafrikas.

Von Major a. D. Kurd Schwabe.

Die Verhältnisse, die bei der Erörterung der „Frage der schwarzen Gefahr" in Betracht kommen, sind überaus schwierige und verwickelte. Nur gründliche Kenner, vor allem des Charakters der nigritischen Völker, vermögen diese Fragen zu überblicken und sie in ihrer vollen und so verschiedenfachen Ausstrahlung auf die Gestaltung unserer kolonialen Zukunft zu erkennen und zu würdigen. In dieser Hinsicht sind daher Aeußerungen, wie sie sogenannte „Kolonialkenner" in Deutschland öfter in breitester Oeffentlichkeit zu tun pflegen, mit größter Vorsicht aufzunehmen. Ich erinnere hier nur an die letzten Kolonialdebatten im Reichstage mit ihrer völlig wahrheitswidrigen und haltlosen Darstellung der angeblichen wirtschaftlichen Vergewaltigung der schwarzen Arbeiter durch die Plantagenbesitzer! Eine größere und für Kenner der Verhältnisse lächerlichere Entgleisung konnte sich nicht abspielen. Von Reichstagsabgeordneten sollte man erwarten dürfen, daß sie nicht vor aller Welt vernichtende Urteile über ein deutsches Kulturwerk fällen, wenn ihnen die grundlegende Kenntnis aller in Frage kommenden Verhältnisse fehlt. Derartige bedauerliche Vorgänge können nur zu einer tiefgehenden Entfremdung zwischen kolonialer Bevölkerung und dem Mutterlande führen.

Gerecht abwägen und urteilen können hier nur die, die tatsächlich eingehende, auf persönlicher Erfahrung beruhende Kenntnisse der von den heimischen so grundverschiedenen kolonialen Verhältnisse besitzen — also Leute, die genügend lange in den Kolonien gelebt haben, um ein klares, sinnvolles Bild der Zustände in sich aufgenommen zu haben. Daß sie gehört werden, wenn es in der Heimat gilt, im Interesse unseres kolonialen Besitzes schwerwiegende Beschlüsse zu fassen, ist die verständliche und gerechte Forderung der weißen Bevölkerung unserer Schutzgebiete.

Aber diese Forderung wird in keinem Kolonialstaat der Welt gröblicher verletzt als in Deutschland. Und wenn das schon auf wirtschaftlichem Gebiet vielfach zu den schwersten Schädigungen geführt hat, so sind die Begriffe und Anschauungen in kolonialpolitischer Hinsicht noch weit ungeklärter und verworrener. Vor allem in den Fragen der Eingeborenenpolitik, in denen allerdings die Sachkenner noch viel dünner gesät sind als auf anderen Gebieten. Um die „Eingeborenen" kennen zu lernen und um beurteilen zu können,

Digitized by Google

wie sie sich in der nächsten Zukunft in das Bild unserer kolonialen Wirtschaft einfügen werden, muß man unter ihnen gelebt haben, und zwar möglichst noch zu einer Zeit, in der diese Eingeborenen sich noch als die „Herren" fühlten. Denn gerade diese, in unseren Schutzgebieten noch nicht weit zurückliegende Periode gibt den besten Aufschluß über den Charakter dieser Völker. Auch darf die Kenntnis nicht auf die Eingeborenen eines Gebietes beschränkt bleiben — um Vergleiche anstellen zu können, ohne die man niemals zu einer erschöpfenden Beurteilung dieser Summe überaus schwieriger Fragen kommen wird!

In Deutschland ist die Unkenntnis weitester Kreise in den Fragen der Eingeborenenpolitik eine besonders krasse. Daher fehlt vorläufig bedauerlicherweise auch noch das „öffentliche Interesse". Das geht schon daraus hervor, daß in der Presse wohl hin und wieder Nachrichten auftauchen, die einen oder den anderen der in Frage kommenden Punkte erörtern, daß aber eine zusammenhängende, erschöpfende Darstellung meines Wissens bisher überhaupt noch nicht veröffentlicht worden ist.

Man neigt in Deutschland ganz zweifellos einer nachlässigen und damit gefahrdrohenden Behandlung dieser Fragen zu, weil man die in ihnen ruhende Gefahr noch nicht erkannt hat: Man hat an den übergroßen Schäden, die uns eine gleichartige Behandlung dieser Fragen in früheren Jahren in gewaltigen Eingeborenenaufständen gebracht hat, nicht gelernt und ist heute auf dem besten Wege, in einigen unserer Schutzgebiete von neuem katastrophale Ereignisse heraufzubeschwören. Vor dieser Entwicklung der Dinge muß gewarnt werden! Es ist an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß die hier in Rede stehenden Fragen nicht etwa nur einen Teil unseres kolonialen Fortschritts bedeuten, sondern daß sie die Grundlage unserer zukünftigen kolonialen Entwicklung darstellen. Wir stehen hier jetzt in der zwölften Stunde: Wird unsere koloniale Machtentfaltung weiter vernachlässigt, so bauen wir ein Gebäude auf unsicherem Fundament auf, so werden die hohen Werte, die seit den letzten großen Aufständen in jahrelanger harter Arbeit geschaffen worden sind, aufs neue schwerster Gefahr und der Vernichtung ausgesetzt.

Gehen wir nun zunächst auf den Begriff der schwarzen Gefahr ein, so kann er, wie folgt, historisch entwickelt werden: Auf fast allen Schauplätzen kolonialer Betätigung in Afrika hat sich das Zusammentreffen des weißen Mannes und seiner Kultur mit den Nigritiern so abgespielt, daß bei der ersten Berührung der Rassen ein durchaus freundschaftliches Verhältnis zwischen ihnen herrschte. Das ist jene bei der beispiellos späten Erschließung Afrikas für viele Gebiete noch nicht allzuweit zurückliegende Epoche, in der die Neger noch erstaunt und faszíniert von der fremdartigen Erscheinung des Weißen ihm ängstlich, aber doch freundlich gegenübertraten und bewundernd die Schätze betrachteten, die ihnen von dem Fremdling im Tauschhandel dargeboten wurden. Aber dieser Periode folgte dann schnell die Zeit des erwachenden Mißtrauens, als die Weißen ihre ersten Niederlassungen an jenen fernen

Digitized by Google

Küsten errichteten, von diesen aus weiter und weiter in das Innere vordrangen und bald von den Eingeborenen die Beachtung dieser fremder und unbequemer Gebräuche und Gesetze forderten. Zu diesen Zeiten kam es bereits zu den ersten Reibungen und Kriegen, die sich in der Folge besonders in den Gebieten verstärkten, die durch ihr gutes Klima und ihre günstigen Lebensbedingungen als Siedlungsgebiete der Weißen in Betracht kamen. In ihnen spitzten sich dort, wo die wachsende weiße Einwanderung auf starke, selbstbewußte und kriegerische Eingeborenenvölker traf, die Verhältnisse bald so scharf zu, daß im vergangenen Jahrhundert des öfteren gewaltige Streitkräfte von den europäischen Gewässern her aufgebrochen sind, um die Besitzergreifung afrikanischer Gebiete durch die Niederwerfung widersetzlicher eingeborener Völker zu erzwingen. Auf all diesen Schauplätzen afrikanischer Kolonisation hat es sich gezeigt, daß „Kolonisieren" auch heute noch eine Machtfrage ist, die am letzten Ende mit dem Schwerte entschieden werden muß. Dieser Periode des Niederringens der gewaltigsten Gegner folgten dann bis zur Jetztzeit ruhigere Jahre, in denen aber doch Aufstände und Putsche darauf hinwiesen, daß der Brand noch unter der Asche fortglimmt! Gerade in diesen friedlicheren Zeiten nun haben sich im engen Zusammenleben der weißen und der schwarzen Rasse, vor allem in den Siedlungskolonien, neue gefahrdrohende Momente entwickelt, die früher nicht bestanden — Momente, die sich in Nord- und Mittelafrika im verstärkten und tendenziösen Auftreten der „islamitischen Gefahr", in Südafrika in der „äthiopischen Bewegung" zusammenfassen lassen. Das Ziel ist der Kampf gegen die weiße Rasse im Zusammenschluß aller Farbigen, der Fahnenspruch: „Afrika den schwarzen Völkern!" Der Friede nämlich, den die weiße Rasse sich als Grundlage ihrer kulturellen Entwicklung erkämpfte, bildete zugleich den Abschluß der jahrhundertelangen blutigen Fehden und Kriege, in denen die eingeborenen Völker sich untereinander zerfleischt hatten, und ferner den Abschluß der ganze Länder entvölkernden Sklavenjagden. Ruhe und Friede, Schutz und Sicherheit der Person und des Eigentums kehrten auch für die Farbigen ein, und durch diese glücklichen Umstände sind die nigritischen Völker neuerdings in ihrer Zahl stark vermehrt, in ihrer Volkskraft gestärkt und damit in ihrem Nationalbewußtsein gehoben worden. Andererseits aber hat sich, wachsend mit der Ausbreitung der Herrschaft der weißen Rasse und mit der für die Entfaltung der Kultur dieser Rasse unbedingt notwendigen Beschränkung der Selbständigkeit der Eingeborenen, die Mißstimmung dieser bis zum wütenden Haß verstärkt, trotzdem sie allen Grund hätten, der weißen Rasse für das an ihnen begonnene Kulturwerk dankbar zu sein. Aber all diese Völker, mögen sie Zulu, Amakosa, Betschuanen, Herero oder Hottentotten heißen, können das wilde Leben und die zügellose Freiheit ihrer Vergangenheit und den Verlust ihrer Selbständigkeit nicht vergessen. Besonders dort, wo durch die weiße Besiedlung auch noch vielfach der Verlust von Teilen ihres Landes hinzugetreten ist. Dieser Haß der Farbigen gegen alles, was weiß ist, beruht, ganz abgesehen von unüber-

Digitized by Google

brückbaren Rassengegensätzen, also vorzugsweise auf politischen Motiven, und dieser Haß ist für die weiße Rasse um so gefahrvoller, als, wie bemerkt, durch ihr Kulturwerk bereits eine Stärkung der eingeborenen Völker eingetreten ist, die sich weiter und weiter vermehren wird.

Unser Thema ist aber viel zu umfangreich, um es in allen den Gebieten verfolgen zu können, die tatsächlich in Frage kommen, und so soll hier Südafrika als eine gewaltige neue Heimat der weißen Rasse in erster Linie herangezogen werden. Bemerkt sei jedoch, daß sich in zahlreichen anderen afrikanischen Gebieten gleichartige Verhältnisse, wenn auch hier und dort in noch vielfach gemilderter Form, vorfinden oder zum mindesten in der Entwicklung begriffen sind.

Die Frage der schwarzen Gefahr bewegt Südafrika seit Jahrzehnten, und wir Deutsche sind an ihrer Klärung durch unseren Besitz in Südwestafrika auf das ernsthafteste interessiert. Um aber feststellen zu können, welche Gefahren der weißen Rasse hier drohen, wo die Herde dieser Gefahren zu suchen sind, welche verderblichen Folgen für das Kulturwerk der weißen Rasse eintreten können und welche Abwehrmaßregeln zu treffen sein werden — dazu gehört vor allem ein kurzer Rückblick auf die frühere blutgetränkte Geschichte der eingeborenen Völker Südafrikas.

Tiefes Dunkel umhüllt die ältere Geschichte Südafrikas, und sehr gering sind die Spuren aus dem Leben der ureingesessenen Völker, welche die Forschung noch festzustellen vermochte. Phönizier und Araber waren die ersten Kulturträger an den afrikanischen Küsten und ihre Nachfolger erst wieder zu Ende des 15. Jahrhunderts die Portugiesen. Hell erstrahlen in diesem Zeitalter der entdeckenden Seefahrt die Namen eines Diego Cao, eines Bartholomeo Diaz und Vasco de Gama. Aber einem großen Teil ihrer Entdeckungen war dasselbe wundersame Schicksal beschieden wie den ersten phönizischen, das des Vergessenwerdens. Gewaltige Ereignisse in der Heimat lenkten das Interesse der Völker des europäischen Kulturkreises in andere Bahnen — Expeditionen verschollen und nahmen die Kenntnis ihrer Entdeckungen mit in ihr Grab. Und endlich erschien ein Teil der berührten Küsten, besonders am Südwestteile Südafrikas, so öde in seiner furchtbaren Wüstenhaftigkeit und Menschenleere, daß er die ersten Entdecker nicht zum Verweilen oder zum weiteren Eindringen in das wilde Land zu reizen vermochte. So viel aber ist sicher und historisch erwiesen, daß die Ureinwohner ganz Südafrikas aus Hottentotten, Buschmännern und weiter nach Nordwesten hinauf — im heutigen Südwestafrika — auch noch aus dem Volke der Bergdamara bestanden. Der Ursprung dieser Völker ist unaufgeklärt bis zum heutigen Tage. In zahlreiche Stämme und Horden geteilt, durchstreiften sie als nomadische Jägervölker die Landschaften Südafrikas von den Küsten bis weit hinein zu den Grenzen der großen Binnenlandtrockensteppe, der Kalahari. Etwa um die Zeit, als in der Entwicklungsgeschichte Südafrikas die Holländer den Portugiesen folgten und im Jahre 1652 eine Niederlassung an der Tafelbai anlegten, die den Namen

Digitized by Google

Kapstadt erhielt, drangen dann von Nordosten her schwarze Völker mit gewaltiger Stoßkraft nach Südafrika vor. Es waren die Bantu, die durch uns unbekannte Einflüsse aus ihrer früheren Heimat verdrängt wurden und deren gewaltiger Zug nach Süden eine der letzten großen Phasen der afrikanischen Völkerwanderung darstellt. Von dieser nach Süden brandenden Volksmasse haben sich — wahrscheinlich schon in den Anfängen der Wanderung — die Teile getrennt, die nach Westen (vielleicht dem Lauf des Sambesi folgend) auswichen, und die wir später als Herero und Ovambo, von Norden her in unser jetziges südwestafrikanisches Schutzgebiet vordringend, wiederfinden. Vor der unwiderstehlichen Woge der Bantuvölker flohen die gelben Menschen, Hottentotten und Buschleute, weit nach Süden und Westen zurück. Die wilden Kämpfe, die sich damals bereits zwischen der schwarzen und gelben Rasse abspielten, wurden aber noch vermehrt durch das von der Mitte des 17. Jahrhunderts an stetig anwachsende Vordringen der Europäer nach Norden und Osten. Je weiter sich die Holländer, durch immer neuen Zuzug von Volksgenossen und Hugenotten verstärkt, ausbreiteten, desto häufiger kam es zu Zusammenstößen, die im folgenden Jahrhundert zu einem immer weitergehenden Zurückdrängen der Eingeborenen führten. Die Verwirrung vermehrte sich noch, als im Jahre 1815 die Abtretung des Kaplandes an die Engländer erfolgte. Von diesem Zeitpunkt an begannen die Zwistigkeiten zwischen den Holländern, den „Buren“, und den englischen Herren. Es würde zu weit führen, auf die Zeiten wildester Wirrnis und fast ununterbrochener Kriege näher einzugehen, die sich dann zwischen Buren und Engländern und zwischen diesen beiden Kulturvölkern und den Eingeborenen dauernd bis in die neueste Zeit abgespielt haben. Nur so viel sei bemerkt, daß die Niederwerfung der kriegerischen Bantu, vor allem der Völker der Zulugruppe, unerhörte Anstrengungen und Opfer erfordert hat, und daß mehr als einmal die Existenz ganzer Teile des heutigen britischen südafrikanischen Kolonialreiches auf dem Spiele stand. Abgeschlossen wurde das Ringen um die Vorherrschaft in Südafrika aber erst durch den letzten großen Burenkrieg, aus dem die jetzige politische Gestaltung Südafrikas, der Südafrikanische Bund, hervorging.

Inzwischen waren seit 1884 an den südwestlichen Küsten Südafrikas die Deutschen erschienen und hatten in einer Reihe blutiger Eingeborenenkriege, die sich von 1893 bis 1906 hinzogen, ihre Herrschaft im südwestafrikanischen Schutzgebiet gefestigt. Auch hier, in der sich durch 13 Jahre hinziehenden „Eroberung Südwestafrikas“, trat der kriegerische, stolze, an der alten zügellosen Freiheit hängende und sich immer wieder gegen das Kulturwerk der Deutschen auflehnende Sinn der eingeborenen Völker, der Herero und Hottentotten, offen zutage. Wenn sie auch fast ein Jahrhundert hindurch untereinander in wilden und blutigen Kriegen gelebt hatten, so wurde doch die alte Erbfeindschaft in dem Augenblick endgültig begraben, in dem es ihnen — im Jahre 1892 — klar zum Bewußtsein kam, daß die Deutschen ernstlich gewillt

Digitized by Google

waren, ihre Herrschaft in den Ländern zwischen Oranje und Kunene fest zu begründen. So bietet uns, beruhend auf der Rasseneinheit und dem gleichartigen Charakter der eingeborenen Völker, die politische Entwicklung Südwestafrikas dasselbe Bild wie die Südafrikas: Allmählich sich verstärkendes Auflehnen der Farbigen gegen die weiße Herrschaft, ihre Niederwerfung in gewaltigen, opferreichen Kriegen und endlich auch heute noch offener und geheimer Widerstand gegen die Vormachtstellung der weißen Rasse.

Ob die sich heute vom Indischen bis zum Atlantischen Ozean hinziehende Herrschaft des weißen Mannes gesichert ist oder ob gewaltige, das Kulturwerk der weißen Rasse bedrohende Kämpfe noch bevorstehen, bleibt nunmehr zu untersuchen.

Wesentlich beeinflußt wird die Beantwortung dieser Frage zunächst von dem Charakter, der Zahl und der Kraft der eingeborenen Völker, die hier der weißen Rasse gegenüberstehen, und in zweiter Linie von der Feststellung, ob bereits Erfolge erzielt sind, die erhoffen lassen, daß der schwarze Mann berufen sein wird, als gleichberechtigter friedlicher Bürger neben dem weißen zu leben und an dessen Kulturwerk teilzunehmen.

Werfen wir zur Beurteilung des Negercharakters*) einen Blick auf die ganze, unendlich weite Heimat dieser Rasse, auf Nigritien, von den südlichen Grenzen der Sahara bis hinunter zu den Küsten des Kaplandes, so tritt uns aus dem wechselvollen Bilde der Landschaft doch immer wieder die überraschende Gleichartigkeit des Charakters und des Seelenlebens der nigritischen Völker entgegen, mögen sie auch durch weltenbreite Gebiete voneinander getrennt leben. Nur sind es nicht gute Eigenschaften, nicht Tugenden, die diese Gleichartigkeit stark hervortreten lassen — der gerechte Beurteiler wird vielmehr zugestehen müssen, daß es gerade das Niedrige, am Boden Kriechende des Charakters der Masse der Negervölker ist, das den Grundzug dieser Aehnlichkeiten bildet: das Nur-dem-Heute-leben, das vielfach den Gedanken an das, was „morgen" sein wird, fast stets aber weitschauende Pläne ausschließt. So kennt denn auch der „echte" Neger nur wenig von den Sorgen und Mühen um das Wohl und Wehe von Weib und Kind und um das Heil des Gemeinwesens, die das Leben höherstehender Rassen vielfach zu einem harten und arbeitsreichen machen. Er kennt auch nicht den Segen der Arbeit, nicht das sittliche Gefühl erfüllter Pflicht. Nichts liegt ihm ferner, ist ihm unverständlicher als der Sinn der die Moral der Arbeit besingenden Worte: „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis", denen er in wildem Fatalismus das „Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind" entgegenstellt. Wohl treffen wir Individuen, ja ganze Stämme und Volksgemeinschaften an, die Begriffe von Pflicht und Sitte ihr eigen nennen, aber sie bilden Ausnahmen. Und so finden wir denn in der weitaus überwiegenden Mehrzahl nigritischer

*) Die nachfolgende Charakteristik wurde zum Teil bereits in „K. Schwabe: Nigritien" (E. Banse: Illustrierte Länderkunde, G. Westermann 1914) veröffentlicht.

Digitized by Google

Volkscharaktere als hervorstechendstes seelisches Merkmal der einzelnen Person einen aggressiven Egoismus, der nur das eigene „Ich“ kennt und deshalb so überaus abstoßend auf den Europäer wirkt. Einen mildernden Einfluß hat hier vielfach bereits der Islam ausgeübt, aber die in einer durch Menschenalter gehenden Zukunft liegende Aufgabe, die nigritischen Völker zur Moral der weißen Rasse emporzuheben, bleibt doch der christlichen Kultur vorbehalten. Diese Aufgabe ist schwer, und um so schwerer, als die der Aufnahme abendländischer Kultur und Gesittung entgegenstehenden Charaktereigenschaften des Negers seit Menschengedenken in ihm vererbt sind.

Sie gründen sich auf das Leben, das der Neger von Generation zu Generation zu führen gezwungen war, ein Leben, das sich für die Mehrzahl nigritischer Völker in noch nicht fern zurückliegender Zeit in seinen Fährlichkeiten kaum von dem des Wildes der Steppe unterschied. Gewaltige Volkskriege, räuberische Einfälle übermächtiger Nachbarn, zahllose Stammesfehden, Sklavenjagden, Despotismus der Häuptlinge und Mächtigen, der Kampf gegen die reißenden Tiere der Wildnis und endlich — für einzelne — das Ringen um die tägliche Nahrung in einer spröden und an Früchten des Feldes armen Heimat haben auf die Gestaltung des Negercharakters bestimmenden Einfluß ausgeübt. Fast überall hat im weiten Nigritien noch vor kurzem dem Kinde die jahrelange, die ganze ruhige Jugendzeit des Europäers ausfüllende Erziehung in Haus und Schule gefehlt. Wild wuchs der Knabe auf, unter dem Vieh, das er zu hüten hatte, in Jagden, Kriegen und Fehden, unter dem Aberglauben und Formelkram der Priester und „großen Zauberer“, und nicht selten von Jugend auf gewöhnt, in jedem Menschen, der nicht seines Stammes war, nichts anderes als ein reißendes Tier zu sehen, das seinen Besitz, ja sein Leben bedrohte. Fremd ist ihm ein guter Teil dessen geblieben, was der Europäer als „gut und böse“ unterscheiden gelernt hat, und so bilden jener erwähnte furchtbare Egoismus und eine fast unglaubliche Brutalität die Frucht der mangelnden, nie erlernten Selbstzucht.

Die Eigenschaften, die unter der Einwirkung all dieser schwer auf den Völkern lastenden Faktoren entstanden, sind aber zu fest eingewurzelt, als daß sie heute selbst dort bereits geschwunden sein könnten, wo die Ursachen ihrer Entstehung tatsächlich nicht mehr vorliegen: in den von den Europäern befriedeten und beherrschten Gebieten. Auch hier schlummert in der Seele des Negers — oft schwach verdeckt von einer dünnen Tünche europäischer Kultur — der alte wilde Geist, der wieder auflebt, wenn seine Zeit gekommen ist. Wie denn überhaupt die leidenschaftliche und ungezügelte Natur des Negers viel von dem Funken an sich hat, der unter der Asche weiterglimmt, um zur hellen Flamme aufzulodern, wenn ein gewaltiger Windstoß die einhüllende Schlackenkruste durchbricht.

Und dabei ist er — ausgezeichnete Kenner des Negercharakters wie Wissmann, Peters, Präsident Krüger und andere mehr haben schon vor Jahr-

Digitized by Google

zehnten darauf hingewiesen — der geborene, zum Beherrschen bestimmte Sklave. In dieser Hinsicht treten allerdings mittel- und zentralafrikanische Völker vor allen hervor. Aber auch einzelne südafrikanische Stämme verbergen ihre Sklavennatur nur schlecht unter einem oft lächerlichen Selbstbewußtsein und unter ihrem zweifellos bestehenden kriegerischen Geist. Diese Sklavennatur des Negers hat die großen afrikanischen Despotien entstehen lassen, deren Geschichte — mögen sie am Busen von Guinea oder im zentralen Südafrika bestanden haben — von unerhörten Greueltaten und Strömen vergossenen Blutes trieft. Bemerkenswert ist, daß der Nigritier sich der starken, grausamen Hand jener Despoten seiner Rasse fast ausnahmslos willig, gutmütig und fast kindlich unterworfen hat, und daß leidenschaftliche Anmaßung, Widersetzlichkeit und Uebelwollen stets dort hervorgetreten sind, wo eine feste, ihn willenlos leitende Macht und Herrschaft fehlte.

Er ist also eine echte Sklavennatur mit allen Vorzügen und Fehlern einer solchen — und dieses Moment wird die weiße Rasse dauernd zu beachten haben, wenn sie Neger beherrschen will. Diese Herrschaft der weißen Rasse soll selbstverständlich nicht grausam und ausbeutend wie die der Negerdespoten sein, wohl aber streng, gerecht und vor allem machtvoll. Ferner auch väterlich-sorgend und wohlwollend — aber nur so weit, als die eigenen Interessen der weißen Rasse hierdurch nicht geschädigt werden. Der Leitsatz muß bleiben, den Neger zunächst und vielleicht noch auf Menschenalter hinaus in Abhängigkeit und unter Bevormundung leben zu lassen— das erfordert die Selbsterhaltung der weißen Rasse.

Und wenn es auch, wie ich wohl weiß, hier und dort gutgeartete und den Weißen freundlich gesinnte Negervölker gibt, und wenn es ferner zu allen Zeiten treue schwarze Diener, sorgende Begleiter, frohe Jagdgenossen und fleißige Arbeiter im Dienste des Europäers gegeben hat und geben wird — so können derartige Lichtblicke uns doch darüber nicht hinwegtäuschen, daß der allgemeine Rassencharakter des Negers einen der europäischen Kultur auf das heftigste widerstreitenden Faktor bildet.

Haben wir hiermit den Charakter des Negers in genügender Weise beleuchtet und ziehen wir nunmehr die Zahl der Eingeborenen gegenüber den Weißen in unsere Rechnung, so ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle, in welchem ungeheueren Mißverhältnis diese Zahlen zueinander stehen. Unter Voranstellung des deutschen Kolonialbesitzes gebe ich diese Gegenüberstellung von der Südspitze Afrikas ausgehend bis hinauf zu den Tschadseeländern und bis an die Grenzen Abessiniens. Es fehlen allein die Angaben über das französische Kolonialreich, weil hier zuverlässige Angaben über die Zahl der weißen Bevölkerung nicht zur Verfügung standen. Bemerkt sei jedoch, daß durch das Hinzufügen dieser Gebiete sich die Endziffern nur noch mehr zuungunsten der weißen Rasse verschieben würden.

Digitized by Google

	Weiße Einwohner	Farbige Einwohner
Togo	350	1 000 000
Kamerun	1 550	3 000 000
Südwestafrika	14 800	200 000
Deutsch-Ostafrika	4 800	7 000 000
Südafrikanischer Bund	1 300 000	gegen 7 000 000
Rhodesia	38 000	2 000 000
Mosambik	7 500	2 000 000
Angola	10 000	4 200 000
Kongostaat	3 400	20 000 000
Nigeria	1 400	18 000 000
Brit. Ostafrika	3 000	7 000 000
	1 384 800	71 400 000

Deutlich wahrnehmbar ist hierbei die Abnahme der weißen Bevölkerung von Süden nach Norden im Vorschreiten von der subtropischen in die tropische Zone. Die Endziffern für die tropischen Gebiete ergeben sich dann durch Abrechnung der Zahlen für den Südafrikanischen Bund, für Südwestafrika und Rhodesia. Das Resultat ergibt folgendes Bild:

	Weiße Einwohner	Farbige Einwohner
Gesamtzahl	1 384 800	71 400 000
Südafr. Bund, Südwestafrika, Rhodesia	1 352 800	9 200 000
Tropische Gebiete	32 000	62 200 000

Hierzu muß allerdings bemerkt werden, daß für die unmittelbare, bereits in der Gegenwart bestehende Bedrohung der Herrschaft der weißen Rasse die südafrikanischen Eingeborenen — etwa vom Kunene-Sambesi ab südwärts — als weit gefährlichere Elemente einzuschätzen sind als wie die Völker Mittelafrikas. Das enge Zusammenleben mit den Weißen und der hierdurch sich von Tag zu Tag vermehrende Widerstreit der Interessen, die zahllosen Kriege mit den Europäern, der bereits seit Menschenaltern sich vollziehende Uebergang von der nationalen Bewaffnung zum Feuergewehr und endlich der nomadenhafte, freie und unstete Zug im Charakter zahlreicher südafrikanischer Völker haben hier eingewirkt. Ruhiger, wunschloser — vielleicht am besten gesagt: stumpfsinniger gegenüber diesen einst wandernden Viehzüchtern erscheinen die schwarzen Völker in den tropischen Gebieten, in denen eine üppige Vegetation ihnen vielfach mühelos Nahrung in verschwenderischer Fülle spendet und ihnen seit undenklichen Zeiten den Weg zum Ackerbau und zur Seßhaftigkeit gewiesen hat.

Verstärkt wird die gefahrdrohende Stellung der südafrikanischen eingeborenen Bevölkerung aber täglich und stündlich durch die kulturellen Segnungen, welche ihr die weiße Rasse gebracht hat und noch heute bringt. Wir haben bereits erwähnt, daß nach Aufrichtung ihrer Herrschaft der Landfriede eintrat und damit Sicherheit des Lebens und des Besitzes auch für den

Digitized by Google

schwarzen Mann. Hinzu treten aber noch zahlreiche weitere Wohltaten abendländischer Kultur, in deren Genuß die Farbigen Südafrikas besonders in neuerer Zeit getreten sind und durch die sich ihre Volkskraft in deutlich wahrnehmbarer Weise gehoben hat. Ich nenne hier nur die unter Einsetzung gewaltiger Mittel in Angriff genommene systematische Bekämpfung der unter den Eingeborenen wütenden Seuchen, ferner jene verschiedenfachen hygienischen Maßnahmen kolonialer Regierungen, durch die sich die Kindersterblichkeit bei den Farbigen in rapider Weise vermindert hat, die Errichtung von Eingeborenenkrankenhäusern, von Schulen aller Art, die Gewährung hochbezahlter Arbeit und endlich die Anleitung zum Garten- und Ackerbau, in der besonders die Missionen Hervorragendes geleistet haben.

Allerdings haben es all diese kulturellen Segnungen nicht vermocht, den eingeborenen Völkern Dank und Anerkennung abzuringen.

Denn wenn wir uns nunmehr der Frage zuwenden, ob bereits Erfolge erzielt sind, die erhoffen lassen, daß der schwarze Mann berufen sein wird, als gleichberechtigter Bürger neben dem weißen zu leben und an dessen Kulturwerk teilzunehmen, so muß hierauf mit einem glatten „Nein" geantwortet werden. Nicht allein in den afrikanischen Kolonien haben sich die Farbigen in ihrer Masse bisher lediglich als ein der europäischen Kultur abholdes Element erwiesen, sondern auch in all den Teilen der Welt, an denen man sie — zunächst gewissermaßen probeweise — sich selbst überlassen hatte, um ihre Eigenschaften als Kulturträger zu prüfen. In dieser Hinsicht verweise ich nur auf den Wirrwarr in den Mischlings- und Negerrepubliken Haiti, St. Domingo und Liberia. Auch die Entwicklung der Negerfrage in Nordamerika darf ohne jeden Zweifel hier zur Bekräftigung des negativen Resultats herangezogen werden, und nicht minder die jeder Zivilisation hohnsprechenden Zustände in Mexiko, wenn man die Mischlinge in das Bild einbeziehen will. Bemerkenswert ist die Uebereinstimmung fast aller europäisch-kolonialer Politiker von wirklich eingehender Erfahrung, die sämtlich feststellen, daß dem Neger, wenn man ihn kulturell heranziehen wolle, die Selbstbestimmung über sein Tun und Lassen nicht übertragen werden dürfe. In dieses Gebiet fällt auch das Urteil über die in Deutschland öfter geäußerte Absicht, einer zu erlassenden Eingeborenengesetzgebung die rechtlichen Institutionen der Eingeborenen zugrunde zu legen. Eine Absurdität! — denn der Kenner und gerechte Beurteiler der Begriffe des Negers von Recht und Sitte, von Religion und Staat wird immer wieder zu dem Ergebnis kommen, daß diese Begriffe und die auf ihnen fußenden Institutionen fast ausnahmslos kulturfeindliche sind.

Einen Rückblick auf diesen Abschnitt unseres Themas gibt folgendes Bild: Wenn auch die Eingeborenen Afrikas und besonders Südafrikas im Wandel der Zeiten in ihren Sitten und Gebräuchen, in Kleidung, Bewaffnung und Lebensweise Veränderungen unterworfen wurden, die auf den Einfluß der wachsenden weißen Einwanderung zurückzuführen sind, und wenn diese Völker

Digitized by Google

auch heute abgeschliffener und in tausend Dingen dem Wesen des Europäers genäherter erscheinen — so sind diese Veränderungen doch in ihrer überwiegenden Mehrheit rein äußerliche geblieben. Unverändert aber hat sich der selbstbewußte, kriegerische und freiheitliebende Sinn der Eingeborenen erhalten. Geeinter und in ihren offenen und geheimen Wünschen zusammengeschlossener denn je steht ihre Masse heute den weißen Einwanderern gegenüber.

Und wenn wir nunmehr an diese Feststellung die Frage knüpfen, ob die Herrschaft der weißen Rasse vom Kap bis zum Sambesi als eine gesicherte betrachtet werden kann, und für uns Deutsche die mit diesem Problem eng verknüpfte weitere Frage, ob unsere derzeitigen Machtmittel in Südwestafrika genügende sind, um den Aufgaben der Zukunft gerecht werden zu können — so muß beides verneint werden. Denn, wie bereits ausgeführt: Die gewaltige Phalanx der schwarzen Rasse, der Bantu, steht in ganz Südafrika den Europäern in ungebrochener und sich stets mehrender Volkskraft gegenüber. Es sind vor allem die machtvollen Volksstämme der Basuto, Zulu, Amakosa, Betschuanen, Swasi, Pondo, Fingo und für unser deutsches Schutzgebiet der der Ovambo, sowie ferner die Bastarde, Hottentotten und die verteilt unter den Weißen lebenden Herero, die hier in Frage kommen. Das aber sagt mehr als alles andere: Es ist bereits öfter als tausendfach von den Führern der schwarzen Rasse offen ausgesprochen worden, daß Weiße und Schwarze nicht gleichberechtigt nebeneinander leben könnten. Diese drohenden Hinweise lassen erkennen, daß die recht behalten werden, die klaren Auges das Gespenst neuer gewaltiger Rassenkriege in der Zukunft auftauchen sehen. Nur ein Mittel kann helfen: eine imponierende Machtentfaltung der weißen Rasse! Als besonders gefahrdrohend hat sich in Südafrika auch bereits die von den Europäern unter den Eingeborenen verbreitete Halbbildung erwiesen, und es ist nutzlos und schädlich, damit hinter dem Berge zu halten, daß gerade die große Zahl von Missions-, von Regierungs- und Handwerkerfachschulen eine Halbbildung und einen Dünkel unter den Eingeborenen Südafrikas erzeugt hat, die sich heute bereits überaus verderblich bemerkbar machen. Selbstverständlich soll hier keineswegs einem Fernhalten der Eingeborenen von Kirche und Schule das Wort geredet werden, aber ihre sich entwickelnde Intelligenz ist ein der Herrschaft der weißen Rasse widerstreitender Faktor, der in Rechnung gestellt werden muß. In den Kreisen dieser halbgebildeten Eingeborenen, die in ihrer Ueberhebung ihresgleichen suchen, ist die äthiopische Bewegung entstanden, die, wie bemerkt, ihr Ziel in nichts anderem als in der Niederwerfung und Vertreibung der weißen Rasse sieht. Wenn früher in den Kralen der Völker der Zulugruppe zum Kriege gegen die weißen Eindringlinge gerufen wurde, so werden heute in der Tiefe der Bergwerke, auf den großen Märkten, beim Rasseln der Krane in den Hafenstädten, auf den Rickschahalteplätzen und auf den Stapelplätzen der Handelshäuser tagaus tagein die Wege erörtert, wie man Südafrika der

Digitized by Google

schwarzen Rasse zurückgewinnen könne. Wann das kommen wird — wer weiß es, aber ich erinnere hier nur daran, daß die Aufstände der Nigritier (man denke nur an den der Matabele 1896 und den noch furchtbareren der Herero) fast stets den Charakter ganz überraschend ausbrechender wilder Massenerhebungen gezeigt haben, von denen kein Weißer noch tags zuvor etwas ahnte.

Aus dieser Entwicklung der Dinge hat der Südafrikanische Bund im Jahre 1912 das Fazit gezogen. Unter begeisterter Zustimmung aller Weißen des englischen Südafrika ist die allgemeine Wehrpflicht erklärt worden, von der jeder Farbige ausgeschlossen ist. Als erstes Aufgebot wurden 25 000 weiße Afrikaner zu den Fahnen einberufen, weil man, wie der Landesverteidigungsminister des Bundes, General Smuts, erklärte, in einem Lande, in dem die Weißen und ihr Kulturbesitz dauernd von unruhigen Eingeborenen bedroht seien, einer starken Nationalarmee bedürfe. Hierzu treten aber noch 11 000 Mann Königlich Britischer Truppen, die in Südafrika garnisonieren, und 2500 Mann berittener Polizei. Offen haben die führenden Männer des Bundes, Politiker wie Militärs, dabei ausgesprochen, daß die große Abrechnung mit den Eingeborenen Südafrikas noch bevorstehe, eine Abrechnung, die unter allen Umständen ihre Schatten auch auf unser Schutzgebiet werfen wird.

In diesem, in Südwestafrika, ist der starken weisheitsvollen Rüstung des Südafrikanischen Bundes gegenüber nichts geschehen, um dem Lande, das sich in noch weit unentwickelteren und gefahrvolleren Eingeborenenverhältnissen befindet, genügenden Schutz zu geben. Wir haben aus den Jahren 1904 bis 1906, in denen ein Krieg Südwestafrika durchtobte, wie er leidenschaftlicher und erbitterter kaum jemals auf kolonialen Schauplätzen geführt worden ist, keine Lehre gezogen. Unsere Laschheit, unser unberechtigtes Vertrauen den Eingeborenen gegenüber und unsere unheilvolle Sparsamkeit am unrechten Platz sind heute fast dieselben wie in den Jahren vor 1904.

Ein Vergleich mit der innerpolitischen Lage des Bundes zeigt aber, um wieviel ungünstiger die Verhältnisse in Südwestafrika liegen. Ist im Bunde vor allem das bedrohliche Problem der Niederwerfung der Basuto und der endgültigen Beruhigung der Zulu und der ihnen verwandten Stämme zu lösen, so haben wir dem die noch immer offene Ovambofrage und die der Hottentotten im Süden des Schutzgebiets gegenüberzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das englische Südafrika im letzten Jahrzehnt seine Wehrkraft durch die Einbeziehung der früheren Burenfreistaaten mit ihrer zum allergrößten Teil kriegsgeübten, kriegslustigen und an afrikanisches Feldleben von Jugend auf gewöhnten Bevölkerung ungemein verstärkt hat, während der Zuzug südwestafrikanischer Einwanderer diese Qualitäten keineswegs aufweist. Ferner hält die weiße Bevölkerung der Union, selbst auf dem platten Lande, zahlreiche weite, mit vorzüglichen Eisenbahnverbindungen versehene Gebiete so dicht besetzt, daß dort die Erhebungen Eingeborener sich immer nur als geringfügige, schnell niederzuwerfende Unruhen darstellen können. In Südwestafrika dagegen wird die dünne Besiedlung des Landes überall von eingeborenen

Digitized by Google

Elementen durchsetzt und im Süden sogar von einem starkbewaffneten Hottentottenstamm unterbrochen. Endlich darf die Macht nicht unterschätzt werden, welche die Union in den sehr zahlreichen und besonders bei der englischen Bevölkerung beliebten Freiwilligenkorps besitzt, die, militärisch organisiert, über das ganze Land verteilt sind, und von denen die ältesten nunmehr auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken können. Südwestafrika dagegen verfügt nicht über freiwillige Truppen. Der südwestafrikanische Landesschützenverband und die Kriegervereine pflegen zwar die Schießausbildung ihrer Mitglieder, sind aber nicht militärisch organisiert. Derartige freiwillige Truppen müssen aber unter allen Umständen auch in Südwestafrika aufgestellt werden, vor allem, um die Schutztruppe in der Verteidigung der größeren Ortschaften und der Eisenbahnen zu entlasten. Die Stärke dieser Schutztruppe, die in einem Lande von der anderthalbfachen Größe des Deutschen Reiches, einem Lande von 835 000 Quadratkilometern Flächeninhalt die Wehrmacht des Deutschen Reiches repräsentiert und die in weiten Teilen dieses Landes den fern voneinander wohnenden deutschen Siedlern Schutz gewähren soll, beträgt heute nur noch 1967 Mann.

Sie ist dauernd verringert worden, seitdem Staatssekretär Dernburg es ausgesprochen hatte, daß nach der Erweiterung des Eisenbahnnetzes und insbesondere nach Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn Windhuk—Keetmanshoop die Machtmittel bedeutend verringert werden könnten. Diese Verringerung ist inzwischen bereits vorgenommen worden, und zwar von einem Stande von 3000 Mann bei Bewilligung der genannten Bahn auf die heutige Stärke.

Das Fortschreiten der Verminderung seit 1905 zeigt die nachfolgende Tabelle:

1905 (zweites Jahr des Aufstandes)	15 000 Mann
1906 (letztes Jahr des Aufstandes) .	10 000 „
1907/08	4 000 „
1909	2 380 „
1910	2 290 „
1911	2 072 „
1912—1914	1 967 „

Schon spricht man aber von einer weiteren geplanten Verminderung!

Hierzu muß bemerkt werden, daß die erwähnte Auffassung des früheren Staatssekretärs Dernburg bereits an sich einen Trugschluß enthält, denn in Ländern, in denen — besonders im Kriegsfalle — die ungeheuere Weite der Entfernungen eine große Rolle spielt und in denen die Eisenbahnen oft Hunderte von Kilometern in fast menschenleeren Landstrecken unbeobachtet und ungeschützt daliegen, erfordert die Vermehrung von Eisenbahnlinien auch vermehrten Schutz im Kriegsfalle. Ist dieser Schutz nicht gewährleistet, so wird man sich in der Stunde der Not der Eisenbahnen nicht bedienen können, da sie naturgemäß (wie es bereits das Jahr 1904 gezeigt hat) das erste Angriffsziel des Gegners bilden.

Digitized by Google

Weiter aber ist dieser dauernden Verminderung der Machtmittel gegenüber in Rechnung zu stellen, daß seit dem Jahre 1907, seit der Niederwerfung des großen Aufstandes, das Schutzgebiet einen außerordentlichen, alle Hoffnungen übertreffenden wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat.

Bezifferte sich der in den Jahren 1904 bis 1906 durch die Vernichtung eines großen Teiles der kulturellen Werte angerichtete Schaden auf etwa 8 Millionen Mark, so muß heute der Wert der durch deutsche Arbeit geschaffenen Anlagen bereits auf 150 Millionen Mark geschätzt werden. Hiervon fallen allein 50 Millionen auf das Vieh der Farmer, den Rest nehmen Bauten in Stadt und Land, Anlagen der Wasserversorgung, des Garten- und Ackerbaues, der Tierzucht, Warenlager kaufmännischer Unternehmungen, Meliorationen aller Art u. a. m. in Anspruch. Nicht eingerechnet sind hier die Werte, die in den Eisenbahnen und im Bergbau des Schutzgebiets angelegt sind, und die sich von Jahr zu Jahr, oft in sprunghafter Steigerung, vermehrt haben. Ich erinnere hier nur an die Entdeckung der Diamanten und an das Aufblühen des Kupferbergbaues.

Der Handel des Schutzgebiets hat sich von 34 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 71,5 Millionen Mark im Jahre 1912 gehoben. Das Eisenbahnnetz hat sich im gleichen Zeitraum von 1250 km auf 2159 km erweitert. Die weiße Bevölkerung ist von 1907 bis 1913 von 7000 auf 13 000 Seelen gestiegen. Darunter befinden sich 3500 Frauen und 2500 Kinder.

Gegenüber dieser zu den besten Hoffnungen berechtigenden wirtschaftlichen Entwicklung des Schutzgebiets, die auf einen starken Schutz des Reiches Anspruch hat, haben sich die politischen Verhältnisse für das weit vom Mutterlande entfernte und in Not und Gefahr ganz auf sich selbst angewiesene Land von Jahr zu Jahr ungünstiger gestaltet.

Denn mit dem Wachsen der kulturellen Werte hat ihre Sicherung nicht gleichen Schritt gehalten. Die Eingeborenengefahr ist keineswegs beseitigt. Noch sind starke Teile der eingeborenen Bevölkerung des Landes der deutschen Herrschaft nicht botmäßig, nicht freundschaftlich gesinnt und nicht entwaffnet!

Im Norden ist die Ovambofrage ungelöst, und die dortigen Stämme, die noch vor wenigen Jahren in Südangola die portugiesischen Truppen besiegen halfen, können zum größten Teil mit Hinterladern bewaffnete Kriegermassen aufstellen, welche die Stärke der deutschen Schutztruppe um mindestens das Fünffache übertreffen dürften. Hier liegt das noch uneröffnete Arbeiterreservoir des Landes, dessen ungeregelte Verhältnisse durch den immer mehr zunehmenden Arbeitermangel allen wirtschaftlichen Betrieben Südwestafrikas starke Schädigung bringen. Es ist als schwerer Fehler zu bezeichnen, daß hier nicht bereits vor Jahren Klarheit und reiner Tisch geschaffen worden sind. Aber auch ein großer Teil der übrigen Eingeborenenbevölkerung des Landes ist höchst unsicher, ja zum Teil den Deutschen feindlich gesinnt. Unsicher sind die Bastarde, die früher unsere treuen Freunde waren, aber nun durch den

Digitized by Google

im Laufe der wachsenden Besiedlung unabwendbar sich verstärkenden Gegensatz zwischen Weiß und Farbig in die Reihen unserer Gegner gedrängt werden. Feindlich gesinnt sind ganz fraglos die Hottentotten von Berseba, die Bondelzwart und ein großer Teil der auf den Farmen verteilten Arbeiter, mögen sie Herero oder Hottentotten heißen. Es würde zu weit führen, noch näher auf diese Verhältnisse einzugehen. Nur so viel sei als schlagender Beweis für die im Lande herrschende Unsicherheit hervorgehoben, daß Abteilungen der Schutztruppe innerhalb von 2½ Jahren, nämlich vom Mai 1911 bis zum November 1913, in 24 Fällen ausgerückt sind, um in zum großen Teil wochenlangen Unternehmungen in den von eingeborenen Banden bedrohten Landesteilen Ruhe und Ordnung zu schaffen. In all diesen Fällen genügte die Hilfe der Landespolizei nicht, da sie zumeist in kleinen, mit 1—3 Mann besetzten Stationen über das Land verteilt ist, so daß zu größeren Unternehmungen erst zeitraubende Zusammenziehungen der Mannschaften stattfinden müssen. Auch erschien es gewagt, ihre weit voneinander entfernten Stationen von der bereits an sich dürftig bemessenen Besatzung zu entblößen.

Bemerkt sei übrigens noch, daß keineswegs in allen Fällen seitens der Truppe genügender Schutz gewährt werden konnte.

Das Gesamtbild ist demnach folgendes: Infolge der dauernden Verringerungen mußte die Schutztruppe im Jahre 1908 den Bezirk Grootfontein aufgeben. 1911 wurde der Distrikt Maltahöhe geräumt und dann der ferne Osten, nämlich Arahoab, Aminuis, Koes, und endlich Otavi im Norden des Schutzgebiets.

Daß diese Maßnahmen verhängnisvoll und die Verminderung der Schutztruppe ein schwerer Fehler war, beweist ein Blick auf die Ereignisse der letzten beiden Jahre: in allen geräumten Bezirken dauernde Räubereien, Bandenbildung und dementsprechend Notschreie der Ansiedler nach der alten Besatzung, die man ihr aber nicht geben kann. —

Bedenken wir aber dann noch, daß die Schutztruppe für Südwestafrika, ebenso wie die für Ostafrika und Kamerun, seit den ersten Tagen ihres Bestehens ein Kulturträger ersten Ranges gewesen ist, daß sie neben ihren soldatischen Aufgaben in harter Arbeit Wege und Eisenbahnen gebaut und durch die Wirtschaft auf den Stationen den nachkommenden Ansiedlern vielfach die Wege zum Erfolg gewiesen hat, so erscheinen die dauernden Verringerungen noch unverständlicher.

Um aber auch ein positives Resultat zu geben, stelle ich fest, daß nach Lage der Dinge ein *Mindestbestand* der Schutztruppe für Südwestafrika von 2500 Mann gefordert werden muß, um Ruhe und Sicherheit in den bisher besiedelten Landesteilen garantieren zu können. Es würde zu weit führen, auf die eingehenden Erwägungen und Berechnungen, die zu dieser Zahl geführt haben, näher einzugehen. Nur soviel sei bemerkt, daß wohl eine Wiederbesetzung der nördlichen Distrikte Outjo, Otavi und Grootfontein mit

Digitized by Google

in Rechnung gezogen ist, nicht aber etwa die Besetzung des Ambolandes, wenn diese — eine unabweisbare Forderung der nächsten Zukunft! — endlich durchgeführt sein wird. Erwähnt sei übrigens, daß hierzu der ungünstigen klimatischen Verhältnisse halber Weiße nicht verwendbar sind, sondern eingeborene Truppen aufgestellt werden müssen. Der beste Rückhalt für diese wird dann die starke Besetzung der Grenzgebiete Outjo—Otavi—Grootfontein sein. Die Grundlage für die überaus gering bemessene Vermehrung der Schutztruppe (um rund 500 Mann) bildet die Forderung der Aufstellung von Freiwilligentruppen.

Auch möchte ich kurz darauf hinweisen, daß es durchaus fehlerhaft ist, wenn ein Teil der Kosten für die Schutztruppe vom Etat des Reiches auf den des Schutzgebietes abgewälzt werden soll — obwohl der Staatssekretär Dernburg seinerzeit ganz entgegengesetzte Grundsätze aufgestellt hatte! Hierdurch werden diesem jungen, noch im Aufblühen und in der Entwicklung begriffenen Lande erhebliche Summen aus seinen eigenen Einnahmen entzogen, deren Fehlen es für seinen inneren Ausbau auf das schmerzlichste vermissen wird, und es werden ihm Lasten auferlegt, zu deren Tragung das Reich moralisch verpflichtet ist — denn da man Kolonien erwarb, so müssen auch die Konsequenzen aus diesem Erwerbe gezogen werden.

Ich habe aber den starken Eindruck, daß innerhalb unserer Volksvertretung dem Moment nicht genügend Beachtung geschenkt wird, daß die Entwicklung von Kolonien ein kaufmännisches Geschäft ist, wie jedes andere großzügige Unternehmen. In beiden müssen Mittel investiert werden, die in einem gewissen Verhältnis zum Umfang der zu betreibenden Geschäfte stehen. Neben dieser Forderung, deren Nichterfüllung den Erfolg ausschließt, müssen aber weiterhin gesicherte Grundlagen für das Unternehmen vorhanden sein. Für die Weiterentwicklung von Kolonien bildet diese feste, unter allen Umständen sicherzustellende Grundlage der allgemeine Landfriede, die Sicherheit der Person und des Eigentums der Kolonisten. Auf diese Grundlage kann man weder in Plantagen- noch in Siedlungskolonien verzichten, aber in den letzteren wird sie eine noch größere Rolle spielen, schon allein deshalb, weil in ihnen eine weitaus größere Zahl von weißen Volksgenossen zu schützen ist.

In dieser Hinsicht versagt jedoch die deutsche Politik vollkommen. Man möchte dem Reichstage mehr von dem Geiste der Hanse wünschen, die ihre wirtschaftlichen Erfolge auf die Basis einer energischen Machtentfaltung stellte und erkannt hatte, daß eines von dem anderen, gerade in Uebersee, untrennbar ist. Im Gegensatz hierzu betreibt jedoch der Reichstag bereits seit Jahren in machtpolitischer Hinsicht eine reine Etatspolitik, welche die wechselvollen Forderungen des Tages außer acht läßt und sich darin genügt, diese hinter der Rücksicht auf einen schön zusammengedrechselten, eine gewisse Höhe nicht überschreitenden und deshalb ihm wohlgefälligen Etat zurückzustellen.

Digitized by Google

Nun mag ja wohl eine gewisse Schwierigkeit darin liegen, daß wir bei der Jugendhaftigkeit unserer kolonialen Interessen im Reichstage nicht über genügend Männer von langjähriger Erfahrung verfügen, die befähigt sind, die hier in Rede stehenden, sich immer mehr verschärfenden Fragen zu überblicken. Das kann aber doch nur als eine etwas fadenscheinige Entschuldigung gelten gegenüber den zahlreichen ernsten, warnenden Stimmen aus den Kreisen der kolonialen militärischen Autoritäten und der kolonialen Bevölkerung. Diese müssen gehört und beachtet werden! Auch die historische Entwicklung der Ereignisse und der heutige tatsächliche Stand der Dinge in den Schutzgebieten sprechen für sich. Gerade in bezug auf kolonialgeschichtliche Kenntnisse weist aber die Vorbildung der meisten „Kolonialkenner" im Reichstage klaffende Lücken auf. Es sei deshalb hier betont, daß ebenso wie zum Beispiel von jedem deutschen Offizier ein gewisses Maß grundlegender kriegsgeschichtlicher Kenntnisse gefordert wird, dies auch unter allen Umständen von allen denen in kolonialgeschichtlicher Hinsicht zu fordern ist, die sich mit der Gestaltung der Zukunft und des Schicksals unserer Schutzgebiete beschäftigen wollen. Verfügen sie über diese Kenntnisse nicht, so entbehrt ihre Arbeit des Geistes und erschöpft sich in der Erledigung formaler und oft geradezu blöder Handlungen.

Ich komme nun zum Schluß und fasse den Inhalt meiner Ausführungen nochmals aus einer Darstellung über den „Krieg in Südwestafrika 1904 bis 1906" zusammen. Ich schrieb dort im Jahre 1907:

„Die Aufteilung und Erschließung Afrikas durch die europäischen Nationen und die intensive Besitzergreifung, die Ausbreitung der Herrschaft und Besiedlung in den ihnen zugefallenen Gebieten, haben in der neuesten Zeit ein bis zur Fieberhaftigkeit gesteigertes Maß angenommen. Ein Netz von Dampferlinien umspannt den schwarzen Erdteil; tief in sein Inneres dringen von allen Seiten die Schienenstränge vor; zahllose Expeditionen durchwühlen an geheiligten Stätten den Boden nach Schätzen, und die Wogen der stillen Seen und der geheimnisvollen Riesenströme werden gefurcht von den rauchenden Schiffen der Weißen. Den Schritt der neuen Herren vermag nichts aufzuhalten: In kühnem, gewaltigem Bogen überspannt ihre Brücke aus stählernen Lianen die Wunderfälle des Sambesi; auf den Wällen der heiligen Städte am Niger schreiten die Posten im Khakikleide, und die Fahne des Propheten, die Schädelpyramiden vor den Altären der blutigen Götzen, die geheiligten ewigen Feuer, sie sanken dahin, sie erloschen vor dem Kreuz der Eroberer.

Tief hat dies alles in das Leben, in das gesamte Dasein der eingeborenen Völker eingegriffen. Sie sahen ihre alten Institutionen, ihre Begriffe von Recht, ihre Sitten und Gebräuche, ihre zügellose Freiheit und Unabhängigkeit im innersten Mark bedroht. Und wie den Europäern immer deutlicher die Erkenntnis erwuchs, daß die Auffassungen der Eingeborenen von Staat, Religion und Wirtschaft zum allergrößten Teile kulturfeindliche seien, so kam

Digitized by Google

diesen allmählich die Erkenntnis von der erdrückenden Ueberlegenheit der verachteten europäischen Kultur.

Und aus stiller Wut wuchs rasender Haß, offene Feindschaft und endlich — in zwölfter Stunde — das wilde Begehren, sich den fremden Eindringlingen im Kampf bis aufs Messer zu widersetzen.

Mögen daher die äußeren Anlässe zu den Aufständen in Südwestafrika und in anderen Kolonien noch so mannigfaltige sein: sie sind belanglos gegenüber der Tatsache, daß wir in Afrika in einer Periode großer Rassenkämpfe, im Beginn erneuten wütenden Widerstandes der Unkultur gegen die Kultur stehen.

Und diese Kämpfe mußten kommen. Nichts konnte sie in Südwestafrika, und nichts wird sie in Zukunft in anderen Gebieten Afrikas verhindern."

Diesen Feststellungen gegenüber ist für uns Deutsche die dringendste Aufgabe der Gegenwart, auf das peinlichste zu prüfen, ob die Machtmittel des Reiches in den afrikanischen Schutzgebieten genügende sind, um überraschend auftretenden Eingeborenenerhebungen entgegentreten zu können. Auf Grund meiner 21jährigen Erfahrung bezweifle ich das für die mittelafrikanischen Schutzgebiete — für Südwestafrika aber stelle ich als unabweisbare Forderung die Vermehrung der Schutztruppe auf, weil die bedrohlichen Verhältnisse in dieser Kolonie die physische und moralische Machtentfaltung der Schutztruppe in ungeheurem Maße übersteigen. Möge der Reichstag aus diesem Ergebnis ein ähnliches Fazit ziehen wie der Südafrikanische Bund. Es wird zum Heile der Kolonien geschehen!

Die Schulen für Eingeborene in den deutschen Schutzgebieten.

Von Carl Mirbt.

Die Vorstellungen von den Zwecken und Zielen der Kolonialpolitik haben in den verschiedenen Phasen der neuzeitlichen Kolonialgeschichte mannigfache Wandlungen erfahren. Daher wurde auch die Frage, nach welcher Methode die eingeborene Bevölkerung der unterworfenen Länder zu behandeln sei, zu verschiedenen Zeiten verschieden beantwortet. Sie steht noch heute auf der Tagesordnung. Auf eine Verständigung aller beteiligten Kreise werden wir allerdings auch in Zukunft kaum zu rechnen haben, denn die Eingeborenenfrage stellt sich dem Kaufmann anders dar als dem Pflanzer oder dem Farmer, der Arzt betrachtet sie unter dem Gesichtspunkt seiner Berufsaufgaben, die christlichen Missionen wenden wieder andere Maßstäbe an, die Kolonialregierung endlich hat nicht nur die Aufgabe, diese auseinanderstrebenden Interessen auszugleichen und von der Rücksicht auf das Gesamtwohl aus zu ihnen Stellung zu nehmen, sondern auch Erwägungen allgemein politischer Art zur Geltung zu bringen. Angesichts dieser komplizierten Sachlage ist es von besonderer Bedeutung, daß unter den europäischen Kolonialvölkern die

Digitized by Google

Einsicht sich durchgesetzt hat, daß dem kolonisierenden Staat mit der Besetzung eines Gebietes gegenüber der eingeborenen Bevölkerung nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten zufallen. Für diesen Umschwung ist die Kongoakte vom 26. Februar 1885 ein beweiskräftiges Dokument. Denn in ihrem sechsten Artikel übernehmen die Mächte die Verpflichtung, an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken. Aber man begnügte sich nicht mit dieser Kriegserklärung gegen diese Reste eines tatsächlich bereits überwundenen Wirtschaftssystems, sondern erklärte in dieser denkwürdigen Urkunde zugleich „alle Einrichtungen und Unternehmungen religiöser, wissenschaftlicher oder mildtätiger Art, welche zu diesem Zweck errichtet sind oder dazu dienen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und schätzenswert zu machen, beschützen und begünstigen" zu wollen. Die Unterzeichner dieses Abkommens und damit auch das Deutsche Reich, das kurz zuvor durch seine kolonialen Erwerbungen in Westafrika in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten war, haben sich demnach verpflichtet, das Schulwesen für Eingeborene zu fördern. Daß das Schutzgebietsgesetz von 1900 in seinem 14. Paragraphen die Einrichtung von Missionen gestattet und ihnen volle Freiheit gewährleistet, ist auch für die Entwicklung des Schulwesens von großer Bedeutung geworden, da die Begründung von Schulen seitens der Missionen als ein wesentliches Stück ihrer Arbeit aufzufassen ist und damit den Schutz dieses Gesetzes genießt. Auf diesem Rechtsboden ist im Lauf von 30 Jahren in den deutschen Schutzgebieten ein Schulwesen ins Leben getreten, das unter kolonialen wie missionarischen Gesichtspunkten ernste Beachtung verdient. Für eine angemessene Bewertung dessen, was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist, gewinnen wir eine feste Unterlage, indem wir versuchen, den Umfang und die Organisation, die Arbeitsweise und den Erfolg der kolonialen Schulen festzustellen. Die Frage, was für die gedeihliche Weiterentwicklung des Schulwesens notwendig ist, wird nur kurz berührt werden.

1. Entwicklung und gegenwärtiger Stand des Schulwesens.

In den überseeischen Gebieten, die jetzt deutsches Kolonialland sind, bestanden schon zur Zeit der deutschen Besitzergreifung Schulen, die von den dort arbeitenden evangelischen und katholischen Missionsgesellschaften unterhalten wurden. Von bestimmten Zahlenangaben über die Ausdehnung dieses Schulwesens zu diesem Zeitpunkt muß hier Abstand genommen werden, doch scheint der von uns übernommene Schulbestand nicht groß gewesen zu sein.

In sämtlichen Schutzgebieten hat die Errichtung der deutschen Herrschaft für das Unterrichtswesen eine epochemachende Bedeutung erlangt, denn wir können beobachten, daß es seitdem in allen Ländern einen zwar nicht gleichmäßigen, aber stetig fortschreitenden Aufschwung erfährt. Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen.

Digitized by Google

An erster Stelle ist darauf hinzuweisen, daß der Beginn der deutschen Kolonialära auf das ganze Missionswesen beider Konfessionen außerordentlich starke und nachhaltige Wirkungen ausgeübt hat. In den jetzt deutschen Ländern waren zur Zeit der Besetzung der einzelnen Länder daselbst neun evangelische Missionsgesellschaften (Deutsch-Ostafrika: Universitätenmission seit 1869; Kirchliche Missionsgesellschaft seit 1876; Londoner Missionsgesellschaft seit 1879; Deutsch-Südwestafrika: Rheinische Missionsgesellschaft seit 1842; Finnische Missionsgesellschaft seit 1870; Kamerun: Englische Baptisten seit 1845; Togo: Norddeutsche Missionsgesellschaft seit 1859; Wesleyanische Methodisten seit 1879; Bismarckarchipel: Australische Methodisten seit 1875; Karolinen-Inseln: American Board seit 1857; Samoa: Londoner Missionsgesellschaft seit 1830; Australische Methodisten seit 1835) und vier katholische Missionsgesellschaften (Deutsch-Ostafrika: Väter vom heiligen Geist seit 1869; Bismarckarchipel: Hiltruper seit 1882; Kapuziner seit 1885; Samoa: Maristen seit 1865) tätig. Unter deutschem Regiment ist die Zahl der evangelischen Missionsgesellschaften auf 24, die der katholischen auf 10 angewachsen. Da von beiden missionierenden Kirchen auf den Schulunterricht der Eingeborenen aus Gründen, die wir später berühren werden, großes Gewicht gelegt wird, ging mit dieser Steigerung der missionarischen Organisationen naturgemäß eine starke Vermehrung der Schulen Hand in Hand.

Daneben hat die fortschreitende koloniale Erschließung der Schutzgebiete sowohl auf seiten der Kolonialregierung als auch bei den privaten wirtschaftlichen Unternehmungen der verschiedensten Art das Bedürfnis geweckt, für die mannigfachsten niederen Stellen der Verwaltung Eingeborene mit einiger Schulbildung zu erhalten. Um diese Ansprüche zu befriedigen, begann die Regierung staatliche Lehranstalten zu begründen, die eine für diesen Zweck geeignete Ausbildung vermitteln. Diese Veranstaltungen würden aber nicht den tatsächlich erreichten Umfang erlangt haben, wenn nicht innerhalb der eingeborenen Bevölkerung selbst ein starker Bildungstrieb erwacht wäre, der nach Befriedigung verlangte. Ich traf in Tabora eine Regierungsschule, in der im Jahre 1912 19 Schüler unterrichtet wurden, im Jahre 1913 hatten sich 520 gemeldet, so daß nur die Hälfte aufgenommen werden konnte. Dieser Fall wird in bezug auf die prozentuale Steigerung des Schulbesuchs gewiß nicht als typisch zu sehen sein, aber fast an allen Orten, wo eine kräftigere Wirkung der europäischen Kultur einsetzt, ist nach Ueberwindung der ersten Scheu eine Hinwendung der Eingeborenen zur Schule zu beobachten. Mögen auch die Beweggründe Nützlichkeitserwägungen entstammen, die Tatsache einer beginnenden hohen Wertschätzung des Wissens liegt vor. Sie wird auch nicht als eine vorübergehende Erscheinung beurteilt werden dürfen, da sie nicht eine vereinzelte Erscheinung ist. Es ist vielmehr in Westafrika wie in der ganzen südlichen Hälfte des afrikanischen Erdteils das Verlangen der schwarzen Rasse zu beobachten, auch auf geistigem Gebiet emporzusteigen. In den außer-

Digitized by Google

afrikanischen Schutzgebieten herrschen ähnliche, zum Teil sogar im Vergleich zu Afrika vorgeschrittene Verhältnisse.

Auch politische Gründe haben auf die Entwicklung des Schulwesens fördernd eingewirkt, indem die Ausgestaltung des Schulwesens in Deutsch-China wesentlich durch die Rücksicht auf die Stärkung des deutschen Einflusses in Ostasien bestimmt gewesen ist.

Unter dem Zusammenwirken dieser Faktoren betrug die Zahl der Eingeborenenschulen im Jahre 1901 bereits 1278 mit 47 600 Schülern, im Jahre 1911 war sie auf 2710 Schulen mit 149 000 Schülern gestiegen, für 1913 sind 3914 Schulen mit 204 947 Schülern berechnet worden. Allerdings kann die Schulstatistik für unsere deutschen Schutzgebiete nicht auf die Zuverlässigkeit Anspruch erheben, die eine amtliche Statistik in Deutschland zu besitzen pflegt. Denn die Zählungen der dafür in erster Linie in Betracht kommenden Instanzen, der evangelischen wie der katholischen Missionsgesellschaften, sind zum Teil unvollständig, und infolgedessen auch die Angaben der auf ihnen fußenden amtlichen Berichte. Es wird unter diesen Umständen aber eher anzunehmen sein, daß die tatsächliche Ausdehnung des Schulwesens die jeweilige zahlenmäßige Zusammenfassung überragt, als das Gegenteil. Wir stehen also vor der Tatsache eines gewaltigen Aufschwungs des kolonialen Schulwesens. Da es sich naturgemäß innerhalb der Grenzen der bis jetzt für koloniale Betätigung offenen Gebiete entfaltet hat, und das Hinterland von Togo und Kamerun sowie die größten Teile von Deutsch-Ostafrika und große Teile unseres in der Südsee gelegenen Kolonialbesitzes von Jahr zu Jahr mehr unserer Einwirkung zugänglich werden, ist damit zu rechnen und bei der Fortdauer jener auf die Schule anregend wirkenden Faktoren zu erwarten, daß der heutige Stand des Schulwesens nicht den Abschluß der Schulentwicklung bildet, sondern ein erstes Entwicklungsstadium darstellt.

Bei dieser Sachlage ist das Bedürfnis nach einem tieferen Einblick in das gesamte Schulwesen für Eingeborene unabweisbar, und die verschiedensten Probleme schulpädagogischer und schultechnischer Art, die bei der Einführung eines geordneten Schulunterrichtes in jenen unkultivierten Ländern auftauchen und zum Teil recht verwickelter Art sind, verlangen geistige Durchdringung und sorgfältige Erwägung. Es war daher eine sehr verdienstvolle Anregung von D. Paul, auf dem Wege einer Umfrage bei allen Schulleitungen unserer Schutzgebiete den Stand des Schulwesens zu einem bestimmten Zeitpunkt festzustellen und zugleich über die äußeren Verhältnisse und den inneren Schulbetrieb eingehende Auskunft zu erbitten. Das Hamburger Kolonialinstitut betätigte seine in der kurzen Zeit seines Bestehens schon vielfach bewiesene Bereitwilligkeit, die wissenschaftliche Erforschung unserer Kolonien nach Kräften zu fördern, auch in diesem Fall, übernahm die Versendung der 2258 Fragebogen und die Drucklegung des in den zurücklaufenden Antworten enthaltenden reichen Materials. In dieser vor kurzem in den Abhandlungen des Instituts veröffentlichten Stoffsammlung „Die Schulen für Eingeborene in den

Digitized by Google

deutschen Schutzgebieten" (Abhandlungen des Hamburger Kolonialinstituts, Band XVIII. Hamburg 1914), deren Verarbeitung in die Hand des Missionsinspektors Schlunk überging, da inzwischen D. Paul zum Leiter der Leipziger Missionsgesellschaft und Professor in Leipzig ernannt worden war, haben wir ein Werk erhalten, das als Quellenwerk für alle Untersuchungen über koloniale Schulfragen vortreffliche Dienste leistet. Durch die sachgemäßen Fragestellungen Pauls sind viele bedeutsame Tatsachen und Urteile aus der Mitte der in der aktiven Schularbeit stehenden Männer zu unserer Kenntnis gelangt und haben in Schlunk einen dieser Aufgabe durchaus gewachsenen Bearbeiter gefunden. Daß für die statistischen Aufnahmen der 1. Juni 1911 gewählt wurde, hat freilich die Wirkung, daß die Zahlenangaben nicht mehr dem gegenwärtigen Stand entsprechen, aber der hohe Wert des Buches wird durch diese unvermeidliche Veraltung seiner Statistik nicht wesentlich beeinträchtigt. Denn die Grundformen des Schulwesens unterliegen nicht einem raschen Wechsel; auch die Feststellungen über die Resultate des Unterrichts werden nicht schon dadurch entwertet, daß sie einige Jahre zurückliegen. Gleichzeitig mit der Statistik des Hamburger Kolonialinstitutes hat Schlunk die Schrift „Das Schulwesen in den deutschen Schutzgebieten" (Hamburg 1914) veröffentlicht, die das dort publizierte Material verarbeitet und die auf dem Gebiet des Schulwesens bestehenden methodischen Fragen, die erstmalig in meinem Buch „Mission und Kolonialpolitik" zusammen untersucht worden sind, in anregender Form und unter zum Teil neuen Gesichtspunkten erörtert. Eine stoffliche Ergänzung, unter anderem durch die Aufnahme der von den evangelischen Missionsgesellschaften herausgegebenen Literatur in Eingeborenensprachen, bietet die Broschüre von L. Weichert „Das Schulwesen deutscher evangelischer Missionsgesellschaften in den deutschen Kolonien" (Berlin 1914).

Die statistischen Ergebnisse jener Umfrage sind für die Benutzung unter verschiedenen Gesichtspunkten geordnet, nach Schularten (Elementarschulen, gehobene Schulen, Lehranstalten für praktische Arbeit), nach der Schulleitung (evangelische Mission, katholische Mission, Regierung), nach den Schutzgebieten. Es bestanden am 1. Juni 1911 insgesamt 2710 Schulen, darunter 2548 Elementarschulen, 109 gehobene Schulen und 53 Lehranstalten für praktische Arbeiten. Unter ihnen wurden 1682 von der evangelischen Mission, 916 von der katholischen Mission und 112 von der Regierung unterhalten, d. h. die evangelische Mission war mit 62 Prozent, die katholische Mission mit 34, die Regierung mit 4 Prozent beteiligt. In bezug auf die Quote des Regierungsschulwesens ist gegenüber einer fast gleichlautenden Feststellung auf dem letzten Deutschen Kolonialkongreß 1910 (Verhandlungen S. 688) demnach keine Aenderung eingetreten, obwohl von 1909 zu 1911 alle Schulzahlen eine erhebliche Steigerung erfuhren. In den Lehrkräften überwog das farbige Element, denn den 781 Europäern standen 3414 Eingeborene gegenüber. Unter den europäischen Lehrkräften befanden sich 227 Frauen, unter den eingeborenen 336. Diese Frauen werden nur in den Missionsschulen verwendet, die Regierungs-

Digitized by Google

schulen arbeiten lediglich mit männlichem Personal. Zwischen den beiden christlichen Kirchen bestand der Unterschied, daß die katholische Mission mit 242 Männern und 148 Frauen eine weit größere Zahl von Europäern eingestellt hatte, als die evangelische Mission, die nur über 216 Männer und 79 Frauen verfügte. Dieser Abstand kann auffallen, da die evangelische Mission das größere Schulwesen hat, aber es erklärt sich daraus, daß die katholische Mission in ihren Orden eine nicht leicht versiegende Quelle von Hilfskräften besitzt.

Die Gesamtzahl der die Schulen besuchenden Schüler war nach jener Statistik vom 1. Juni 1911 149 528 [1]); davon entfielen auf die evangelische Mission 83 111, auf die katholische Mission 59 461, auf die Regierungsschulen 6956. Nach ihrer Religion geordnet waren von den 149 528 Schülern 42 242 Christen, 81 229 Heiden und 2551 Mohammedaner. Die Zahl der Christen verteilte sich fast gleich auf beide Konfessionen, denn die evangelischen Missionsschulen hatten 20 327 und die katholischen Missionsschulen 20 077, die Regierungsschulen wurden von 1138 besucht. Von den 81 229 heidnischen Schülern waren 51 870 in evangelischen, 27 896 in katholischen, 1463 in Regierungsschulen. Dagegen empfingen von den 2551 mohammedanischen Zöglingen nicht weniger als 2403 ihren Unterricht in Regierungsschulen, die evangelischen Missionen hatten 144, die katholischen 4. Ordnet man die 149 528 Schüler nach dem Geschlecht, so standen 97 408 Knaben 40 739 Mädchen gegenüber. Von den 97 408 Knaben besuchten 55 331 evangelische Schulen, 35 348 katholische Schulen, 6729 Regierungsschulen; von den 40 739 Mädchen befanden sich 23 894 in evangelischen, 16 618 in katholischen und 227 in Regierungsschulen. Unter den 42 242 christlichen Schülern waren 26 664 männlichen und 14 811 weiblichen Geschlechts; von denen männlichen Geschlechts haben 11 597 den evangelischen, 14 132 den katholischen, 935 den Regierungsschulen, von denen weiblichen Geschlechts 7963 den evangelischen, 6645 den katholischen, 203 den Regierungsschulen angehört. Von den 81 229 Heiden waren 57 292 männlichen, 23 763 weiblichen Geschlechts. Von den heidnischen Schülern männlichen Geschlechts waren in den Schulen der evangelischen Mission 36 553, der katholischen Mission 19 300, der Regierung 1439. Zu den heidnischen Schülern weiblichen Geschlechts stellten die evangelischen Missionsschulen 15 143, die katholischen 8596, die Schulen der Regierung 24. Von den 2551 Mohammedanern, die am Schulunterricht teilnahmen, waren 2538 männlichen und 13 weiblichen Geschlechts. Zu der ersten Gruppe gehörten 131 Schüler der evangelischen, 4 der katholischen, 2403 der Regierungsschulen, zu der zweiten Gruppe 13 Schülerinnen der evangelischen Mission, während

*) Anmerkung. Die nachfolgenden Angaben ruhen auf der Schlußstatistik in dem Schlunkschen Werk S. 360 ff., die freilich unvollständig und ungenau ist. Die Erklärung bietet der Herausgeber im Vorwort S. IX: „Bisweilen war nur die Gesamtzahl der Schüler angegeben, die Verteilung auf Religion und Geschlecht fehlte aber. Infolgedessen kann es vorkommen, daß die Gesamtsumme größer ist, als die nachgewiesenen Summanden." Dieser Fall liegt hier vor, denn die Gesamtzahl von Christen, Heiden und Mohammedanern bleibt hinter der Gesamtschülerzahl um 23 506 zurück.

Digitized by Google

die katholischen und die Regierungsschulen keine Mohammedanerinnen hatten. Diese Zahlen ermöglichen mannigfache Schlußfolgerungen und Kombinationen. Wir beschränken uns auf folgende Bemerkungen. Aus dieser Statistik ergibt sich zunächst, daß das Schulwesen, das von evangelischen und katholischen Missionsgesellschaften unterhalten wird, nur in seinem kleineren Teil den Christen dient, also den Zweck, auch die nichtchristliche Bevölkerung heranzuziehen, in vollem Maße erfüllt. Eine beachtenswerte Erscheinung ist es ferner, daß die Regierungsschulen in erster Linie von Mohammedanern aufgesucht werden, dann folgen die Heiden, an dritter Stelle die Christen. Es stellt sich weiter heraus, daß das weibliche Geschlecht schon in recht erheblichem Umfang sich der Schule zugewendet hat und fast ausschließlich von den Missionen versorgt wird. Das starke Uebergewicht, das die evangelische Mission auf diesem Gebiet zu besitzen scheint, dürfte bei einer Vervollständigung der Statistik wohl eine Einschränkung erfahren.

Interessante Ausblicke gewährt die Schulstatistik, wenn man die Resultate der Erhebungen in den einzelnen Schutzgebieten ins Auge faßt. Die Zahl der Schulen ist am größten in Ostafrika (1100), dann folgen Kamerun (531), Neuguinea (432), Samoa (329), Togo (324), Südwestafrika (54), Kiautschou (39). Nach den Zahlen der Schüler geordnet ergibt sich die Reihenfolge: Ostafrika (66 647), Kamerun (34 117), Neuguinea (19 315), Togo (13 742), Samoa (9878), Südwestafrika (4359), Kiautschou (1470), es hat also Samoa hier seinen Platz an Togo verloren. Was diese Schülerzahlen für die einzelnen Länder bedeuten, wird aber erst klar, wenn sie zu deren Bevölkerung in Beziehung gesetzt werden. (Vgl. Graphische Darstellung der Schulen in den deutschen Schutzgebieten am Schluß der Hamburger Statistik.) An der Spitze steht dann Samoa, wo die 9878 Schüler 29,4 Prozent der auf 33 550 Köpfe berechneten farbigen Bevölkerung bilden, darauf folgt in sehr weitem Abstande Südwestafrika mit 4359 Schülern, d. h. 5,3 Prozent von 81 950 Personen, Neuguinea mit 19 315, d. h. 3,2 Prozent von 600 900, Togo mit 13 742, d. h. 1,4 Prozent von 1 003 000, Kamerun mit 34 117, d. h. 1,3 Prozent von 2 537 400, Ostafrika mit 66 647, d. h. 0,9 Prozent von 7 495 800, Kiautschou mit 1470, d. h. 0,8 Prozent von 195 000. Da die eingestellten Bevölkerungszahlen, die dem Kleinen Kolonialatlas von 1913 entnommen sind, zum Teil auf Schätzungen beruhen, kann diese prozentuale Berechnung naturgemäß nur auf eine annähernde Zuverlässigkeit Anspruch erheben. Wir wollen davon Abstand nehmen, nun auch für die einzelnen Schutzgebiete die Zahlen der Schüler männlichen und weiblichen Geschlechts zusammenzustellen und sie auf ihre Religionszugehörigkeit zu rubrizieren. Nur die eine Tatsache sei noch hervorgehoben, daß Ostafrika sowohl durch die Zahl seiner christlichen, als auch durch die seiner heidnischen und mohammedanischen Schulen an der Spitze steht. Das Ergebnis, daß von den 2551 Mohammedanern, die nachweislich in unseren Kolonien die Schule besuchen, nicht weniger als 2478 auf dieses Land entfallen, ist missionsgeschichtlich von großer Bedeutung. An den verbleibenden

Digitized by Google

73 Mohammedanern ist Kamerun mit 66 beteiligt. Daraus ergibt sich, in welchem Maße die Islamfrage im Schulwesen zurzeit eine wesentlich ostafrikanische ist. Die für die Mohammedaner bestehenden Koranschulen sind nicht als Bildungsanstalten zu bewerten und in die Umfrage des Hamburgischen Kolonialinstitutes nicht aufgenommen worden, da auf eine Feststellung ihrer Zahl nicht gerechnet werden konnte.

Da das Schulwesen für Eingeborene nicht nach einem festen Plan begründet worden ist, sondern sich je nach den Bedürfnissen der Mission und der Regierung entwickelt hat, kann es nicht wundernehmen, daß in den Bezeichnungen der Schulen noch großes Schwanken herrscht. In den Paulschen Fragebogen sind Elementarschulen, gehobene Schulen und Lehranstalten für praktische Arbeit unterschieden worden. Der Umstand, daß den Fragebogen nicht zugleich Begriffsbestimmungen der einzelnen Schularten hinzugefügt wurden, hat zur Folge gehabt, daß sich bei der Einordnung der einzelnen Schulen mancherlei Unebenheiten herausgestellt haben. Aber es wird vielleicht praktisch sein, zunächst an dieser Gruppierung festzuhalten, dann aber muß ein unterscheidendes Merkmal der gehobenen Schule gegenüber der Elementarschule gewonnen werden. Ob der Unterricht in einer europäischen Sprache (Deutsch) zum Grenzzeichen erhoben werden kann, wird weiterer Untersuchungen bedürfen. Mit dieser Einteilung der Schulen nach ihrem Charakter kreuzt sich die Einteilung der Schulen nach ihrer Leistung. Denn es gibt Staatsschulen, die von der Regierung unterhalten werden, und Privatschulen, die durch die Missionsgesellschaften ins Leben gerufen worden sind.

Die Regierungsschulen befinden sich gegenüber den Missionsschulen in einer außerordentlich bevorzugten Lage, da die Autorität des Gouvernements hinter ihnen steht und für sie als einer staatlichen Einrichtung öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Daß diese Zuwendungen infolge des Zudrangs der eingeborenen Bevölkerung in Zukunft gesteigert werden müssen, wenn die Schulen ihren Aufgaben genügen sollen, ist ein bezeichnendes Symptom für das geistige Erwachen der Eingeborenen. Aber im Vergleich zu den Missionsschulen sind sie doch auch in ihrer jetzigen Lage gut versorgt und reich ausgestattet. Die an ihnen angestellten europäischen Lehrer haben sämtlich Fachausbildung erhalten, sie können ihre ganze Kraft der Schule widmen und sind so zahlreich, daß sie ihre farbigen Hilfskräfte überwachen können. 1911 standen 56 deutsche Lehrer im Schuldienst und hatten 176 Farbige unter sich. Es wird ferner für angemessene Schulräume gesorgt, und die Lehrmittel, die der Unterricht erfordert, werden beschafft. Infolge dieser günstigen Umstände stellen die Regierungsschulen in vielen Beziehungen Musteranstalten dar, die als solche das missionarische Schulwesen beeinflussen. Ihre Lehrpläne entsprechen denen der heimatlichen Volksschulen, doch ist von ihnen jeder Religionsunterricht ausgeschieden. Allerdings gibt es auch Missionsschulen, die die eben genannten Vorzüge nicht entbehren müssen — ich denke z. B. an die der Rheinischen Mission in Windhuk — aber im allgemeinen besteht ein

Digitized by Google

starker Abstand zwischen beiden Schulgruppen. Es ist wichtig, ihn im Auge zu behalten, da er dem Irrtum vorbeugt, als ständen die von der Statistik als gleichwertige Größen behandelten Schulen auf derselben Stufe.

2. Der Schulbetrieb.

Auf meiner Reise durch Südwestafrika, Südafrika und Deutsch-Ostafrika habe ich Dutzende von Eingeborenenschulen besucht und einen Eindruck davon gewonnen, was es heißt, daß die Erkenntnis von der Macht des Wissens in der afrikanischen Völkerwelt aufzuleuchten begonnen hat. Der heranwachsende Junge geht zur Schule, weil sie ihm den Weg zu irgendeiner Stellung bei einem Europäer ebnen soll, die sein Begehren reizt. Aber auch alte Leute beginnen zu lernen, die kaum noch hoffen werden, das mühsam Gelernte zu verwerten, und kleine Kinder werden geschickt, die in einen Kindergarten gehören, aber nicht in eine Schule. So ist die Schule in das Leben der Eingeborenen als eine Größe eingetreten, vor der man sich beugt und mit der man in Fühlung treten will, weil sie zu der neuen Welt, die mit dem weißen Mann ins Land gekommen ist, die Brücke bildet. Dieses instinktartige Vorwärtsstreben setzt freilich gelegentlich aus, es stößt auf Hemmungen und dann erfolgen Rückschläge. Aber die Hinwendung zur Schule hat in der kulturellen Entwicklung unserer Schutzgebiete eine so feste Stütze und empfängt von dort so kräftige Anregungen, daß sie als eine Bewegung der schwarzen Rasse zu gelten hat. An manchen Orten hat der Schulbesuch bereits die Formen einer beginnenden Sitte angenommen, die auf die heranwachsende Generation Einfluß gewinnt.

Man braucht bloß die Zahl der europäischen Missionare neben die Zahl der Schulen zu stellen, um sofort zu erkennen, daß der größte Teil der Schularbeit von ihnen nicht geleistet werden kann, d. h. *den eingeborenen Lehrern* überwiesen werden muß. Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß dabei die Stellung des Europäers zu den Eingeborenenschulen sich sehr verschieden gestaltet. In manchen Fällen behält er den Unterricht in der Hand, in anderen beschränkt sich seine Tätigkeit auf die Beaufsichtigung der Schule, die je nach Umständen regelmäßig oder seltener stattfindet. Daß sich unter diesen eingeborenen Lehrern viel tüchtige Menschen finden, die ihrer Aufgabe durchaus gewachsen sind, wird uns bezeugt. Aber auf der anderen Seite wird es keine grundlose Befürchtung sein, daß in zahlreichen Fällen der durch die eingeborenen Lehrer erteilte Unterricht viel zu wünschen übrig läßt. Die Missionare befinden sich hier in einer Zwangslage, denn sie müssen mit gegebenen Verhältnissen rechnen. Es wird auch niemand sagen wollen, daß es besser sei, gar keinen Unterricht erteilen zu lassen, als in einer unvollkommenen Form. Die ausgedehnte Heranziehung Eingeborener zur Ausübung des Lehramts rechtfertigt sich aber auch aus anderen Gründen. Einmal verstehen sie es besser, als der landfremde weiße Lehrer, sich den Schülern verständlich zu machen, sodann bildet diese Tätigkeit eingeborener Lehrer ein unentbehrliches Stück

Digitized by Google

der Missionsarbeit sowohl hinsichtlich der Lehrer, die auf diesem Wege zu brauchbaren Gehilfen herangebildet werden, als in bezug auf die Schüler, denen durch die Schule ein gewisses Maß von Kenntnissen vom Christentum beigebracht wird, bei denen die missionarische Tätigkeit einsetzen kann.

Der Unterricht vollzieht sich in mannigfachen Formen und steht auf verschiedenen Stufen. Wir haben einklassige bis sechsklassige Schulen; wir treffen einen Lehrgang von drei Jahren, aber auch von sechs und mehr Jahren, wie in der deutsch-chinesischen Hochschule in Tsingtau; an einzelnen Orten kann im Monat nur 1½ Stunden unterrichtet werden, an anderen Orten steht die wöchentliche Stundenzahl hinter der einer deutschen Volksschule nicht zurück; an einigen Orten werden überhaupt keine Ferien gegeben, an anderen dauern sie ein halbes Jahr. Die Lehrpläne der Elementarschulen nennen als Lehrfächer: Lesen, Schreiben, Rechnen, biblische Geschichte, Erdkunde; die der gehobenen Schulen steigern die Ansprüche erheblich; in dem Lehrplan jener Schule in Tsingtau wird für die Unterstufe ein den deutschen Realschulen entsprechender Lehrgang gefordert, während für die Oberstufe ein rechts- und staatswissenschaftlicher, ein naturwissenschaftlich-technischer, ein forst- und landwirtschaftlicher, und ein medizinischer Unterricht in vier Abteilungen vorgesehen sind. Im Mittelpunkt aller von Missionsgesellschaften geleiteten Schulen steht die Einführung in das Christentum, da sie für diesen Zweck gegründet sind. Die Regierungsschulen verzichten dagegen auf jede religiöse Beeinflussung ihrer Zöglinge.

Auch in bezug auf die Lehrmittel bestehen große Abweichungen. Die Missionsschulen fand ich zum Teil recht kümmerlich ausgestattet, während die Regierungsschulen hinter gut eingerichteten deutschen Schulen in Deutschland nicht zurückstehen. Daß ich in einfachen Missionsdorfschulen, die in den denkbar schlichtesten Räumen untergebracht waren, wenig Lehrmittel sah, war nicht überraschend. Aber selbst in einer gehobenen Schule, die mir durch ihre Leistungen Respekt einflößte, fehlte nahezu alles, was den Unterricht durch Anschauung fördern kann. Die wichtigsten Lehrmittel, die Schulbücher, sind eine Schöpfung der Missionare und der Lehrer an Regierungsschulen. Diese Schulliteratur für Eingeborene ist die Frucht mühseliger Arbeit und bedeutet neben der Uebersetzung der Heiligen Schrift in die Landessprache eine der wertvollsten Gaben Europas an die schwarze Rasse.

Nach der Statistik vom 1. Juni 1911 bestanden damals in unseren Schutzgebieten 53 Lehranstalten für praktische Arbeit, darunter 37 Handwerkerschulen, 11 Haushaltungsschulen für Mädchen, 5 landwirtschaftliche Schulen. Davon wurden von der katholischen Mission 23, von der evangelischen 20, von der Regierung 10 unterhalten. In Deutsch-Ostafrika ist auf diesem Gebiet am meisten geschehen, denn 17 dieser Anstalten befinden sich in diesem Schutzgebiet, dann folgen Kamerun und Neuguinea mit je 11 Anstalten, Südwest hat nur 5 — und alle stehen unter der Leitung der katholischen Missionsgesellschaften — Togo 4, Samoa 3, Kiautschou 2. Wenn hinsichtlich

Digitized by Google

der gesamten kolonialen Schulstatistik die Gefahr besteht, daß sie zu günstige Vorstellungen erweckt, so gilt das im besonderen von den „Lehranstalten für praktische Arbeit". Es handelt sich hier zum Teil nur um allererste Anfänge von „Lehranstalten". In der Windhuker Handwerkerschule der katholischen Mission sind „sechs europäische Lehrkräfte" tätig, um — acht Zöglinge zu unterrichten. Wie viel Zöglinge nach ihrer Ausbildung „beim Gouvernement beschäftigt" worden sind, erfahren wir leider nicht. „Außer den Europäern" (?) sollen in der katholischen Haushaltungsschule von Swakopmund sechs Schwestern sechs Schülerinnen unterrichten. Das wäre ja eine recht luxuriöse Verwendung von europäischen Arbeitskräften, die zu dem praktischen Sinn der katholischen Mission wenig paßt. Wenn aber diese Schwestern nebenher auch anderweitig beschäftigt werden, und das Antoniushospital dürfte dazu Gelegenheit geben, dann ist die Angabe über das Lehrpersonal irreführend. Es wird die Schuld der Berichterstattung, nicht des Bearbeiters sein, daß es heißt, die Rheinische Mission in Südwest habe keine gehobene Schule. Wenn irgendeine Schule diesen Namen verdient, so ist es die ausgezeichnet geleitete Gehilfenschule in Gaub, die auch gerade nach seiten der praktischen Ausbildung der Eingeborenen, wie unten zu erwähnen sein wird, bedeutsam ist. Diese Beispiele zeigen, daß Nachprüfungen der Statistik sich zumal dann empfehlen werden, wenn sie zu Schlußfolgerungen in bezug auf die Arbeitsleistungen der Missionen der beiden Konfessionen verwendet werden soll.

Der Unterricht von Eingeborenen erfordert geduldige und berufsfreudige Lehrer, warmherzige Pädagogen. Es fehlt an Traditionen; eine Notwendigkeit, die Schule zu besuchen, liegt nicht vor; die Freiwilligkeit, auf der das ganze Schulwesen aufgebaut ist, fügt ihm zweifellos ein wertvolles Element ein, aber sie hat unter Völkern, die erst zu Pflichtgefühl erzogen werden sollen, auch ihre schwer zu tragenden Folgen.

Unter den Schwierigkeiten, mit denen die Schule zu kämpfen hat, sind es drei, die besondere Beachtung verdienen, weil sie uns in allen Schutzgebieten begegnen und noch lange Zeit im Vordergrund der Schulfragen stehen werden. Zunächst ist es schwer, einen regelmäßigen Schulbesuch zu erreichen. Da die Teilnahme am Unterricht dem Belieben des Schülers und der Einsicht der Eltern überlassen ist, befindet sich die Schule in einem dauernden Kampf. In welchem Umfang es ihr in den einzelnen Schutzgebieten gelingt, ihre Ansprüche durchzusetzen, kann man aus der Statistik des Hamburger Kolonialinstitutes entnehmen. Die hier veröffentlichten Beobachtungen lauten für einige Schulen recht günstig, an anderen Plätzen steht es anders. Diese großen Schwankungen im Schulbesuch, von denen übrigens die Regierungsschulen nicht verschont bleiben, obwohl sie in der Lage sind, einen sanften Druck auszuüben, haben nichts Auffälliges. Mir sind sie auf meiner Reise auch mehrfach entgegengetreten. Ich habe überfüllte Klassen angetroffen, und sah auch Schulen, in denen die Zahl der Anwesenden nicht entfernt die Ziffern der offiziellen Listen erreichte. Zur Hebung des Schulbesuches und um den Mißständen, die mit

Digitized by Google

lückenhafter Ausbildung untrennbar verknüpft sind, vorzubeugen, hat das Gouvernement von Kamerun am 15. April 1910 eine Schulordnung erlassen, durch die der Schüler, der zum Eintritt in die Schule sich angemeldet hat oder von seinen Eltern angemeldet worden ist, zum Besuch des Schulunterrichts bis zum Abschluß des Lehrganges verpflichtet wird. Es ist also kein Schulzwang in dem Sinn proklamiert worden, daß die Schule etwa von einem bestimmten Lebensalter an besucht werden müßte, aber es ist der Zwang eingeführt worden, einen einmal begonnenen Schulunterricht zu durchlaufen. Diese verständige Verordnung kann als vorbildlich gelten, hat aber meines Wissens in anderen Schutzgebieten noch keine Nachfolge gefunden.

Ein zweites großes Hindernis für den Schulunterricht liegt in der Sprachenfrage. Es handelt sich dabei um die Aufgabe, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Sprache dem Unterricht zugrunde zu legen ist. Ueber die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Einführung des Deutschen als Unterrichtssprache ist früher viel verhandelt worden, auch darüber, ob es zur offiziellen Verkehrssprache erhoben werden sollte. Die praktische Erfahrung hat gezeigt, daß beide Fragen zu verneinen sind. Nur in Südwest hat die deutsche Sprache die Aussicht, die Sprachen der Eingeborenen wesentlich einzuschränken, freilich nicht — wenigstens in absehbarer Zeit nicht — sie zu verdrängen. Dagegen hat sich die Anschauung durchgesetzt, daß, wann immer im Schulunterricht der Eingeborenen eine europäische Sprache gelehrt wird, dann die deutsche Sprache zu wählen ist. Wie weit nun aber der deutsche Schulunterricht sich erstrecken soll, von welchen Klassen an, in welcher Ausdehnung er zu erteilen ist, darüber herrschen noch heute große Meinungsverschiedenheiten. In diesem Streit um die deutsche Sprache ist dabei die Beobachtung zu machen, daß die Forderung, es solle möglichst jeder Eingeborene die Sprache des herrschenden Volkes lernen, in kolonialen Kreisen neuerdings auf starken Widerspruch gestoßen ist. In diesem Punkt hat sich also eine Annäherung an die von der Mission, und zwar vor allem der evangelischen Mission stets vertretene Haltung vollzogen. Auch wird der Gedanke, daß die Erlernung der deutschen Sprache zu den Erfordernissen einer loyalen Gesinnung der Eingeborenen gegenüber der deutschen Regierung gehört, wohl kaum noch vertreten werden. Die Erkenntnis, daß es sich hier nicht um eine Sache des Patriotismus, sondern um ein volkspädagogisches Problem handelt, hat Fortschritte gemacht. Ist demnach in den Eingeborenenschulen auf den Gebrauch von Landessprachen nicht zu verzichten, so erhebt sich nunmehr die weitere Frage, welche Sprache dabei in Anwendung kommen soll. So einfach und selbstverständlich der Grundsatz klingt daß den Eingeborenen das Evangelium in ihrer Volkssprache zu bringen ist, so schwierig gestaltet sich der Versuch, ihn praktisch durchzuführen, wo die Erweiterung der Beziehungen zu der eingeborenen Bevölkerung mit einer Vielheit von Sprachen in Berührung bringt. Die Unmöglichkeit, für jedes kleine Sprachgebiet eine Schulliteratur zu schaffen, liegt auf der Hand. In der Kon-

Digitized by Google

sequenz dieser Einsicht aber liegt die Notwendigkeit, dadurch einen Ausweg zu finden, daß für größere Gebiete eine Sprache zur Schulsprache erhoben wird. Dieses Verfahren bedeutet, daß die bei einer solchen Wahl nicht berücksichtigten Sprachen dem allmählichen Untergang verfallen. Stellt man sich auf diesen Boden, dann wird die beste Lösung dort vorliegen, wo es möglich ist, für ein ganzes Schutzgebiet eine Einheitssprache zu schaffen. In Ostafrika ist das Suaheli auf dem besten Wege, in diese Stellung einzurücken. Die katholische Mission verwendet bereits, wenn ich recht gehört habe, an manchen Orten nur diese Sprache; während die evangelische Mission dort, wo sie es mit lebenskräftigen Stämmen zu tun hat, wie z. B. die Leipziger Mission in ihren Dschaggaschulen, zugleich die einheimische Sprache pflegt.

Endlich ist auch noch auf eine Erscheinung in dem kolonialen Schulwesen hinzuweisen, die mehr und mehr den Charakter eines schweren Notstandes anzunehmen droht oder besser schon angenommen hat: die Anhäufung von Schulen an demselben Ort. Daß in Lome zehn Schulen bestehen, ist zwar ein besonders krasses Beispiel, aber die Zahl auch kleinerer Orte, an dem sich zwei und mehr Schulen befinden, ist nicht gering. Da der größte Teil der Schutzgebiete noch Schulen entbehren muß, und alle Missionsgesellschaften unter dem Mangel an Mitteln für die Erweiterung ihres Werkes leiden, erscheint die verschwenderische Konzentration von Schulen an einzelnen Orten, vom Standort der Interessen der Allgemeinheit aus geurteilt, als ein schwerer Mißgriff. Unter den Ursachen dieser komplizierten Sachlage steht der Gegensatz zwischen den evangelischen und den katholischen Missionsgesellschaften an erster Stelle. Wir begnügen uns hier mit der Feststellung dieser Tatsache und kommen später auf sie zurück.

3. Erfolg der Schule.

Eine der von dem Hamburger Kolonialinstitut den Leitern kolonialer Schulen vorgelegte Frage lautete: „Wie sind die geistigen Fähigkeiten der Schüler verglichen mit gleichalterigen Kindern in Europa?" Die darauf erteilten Antworten sind von nicht geringem Wert, wenn auch nicht aus dem Auge gelassen werden darf, daß wohl die Mehrheit der Antworten von Männern herrührt, die vor ihrer Ausreise in die Kolonien nicht als Lehrer tätig gewesen sind, also für ein solches vergleichendes Urteil nicht fachmännische Kompetenz besitzen. Die Auskünfte zeugen von sehr verschiedenartigen Wahrnehmungen. Daß die erste Generation von Völkern, die eben erst unter den Einfluß einer höheren Kultur gerückt sind, in ihrem Geistesleben hinter der europäischen Jugend vielfach zurücksteht, kann nicht überraschen. Auffallend ist vielmehr, daß einige Berichterstatter die Begabung ihrer Schüler der der Europäerkinder gleichstellen, einzelne sie sogar höher einschätzen. Von entscheidender Wichtigkeit ist, daß nicht nur speziell diese Antworten, sondern die durch die Umfrage gewonnenen Feststellungen insgesamt den Eindruck hinterlassen, daß die Grundvoraussetzung unseres ganzen kolonialen Schulwesens,

Digitized by Google

daß nämlich die Eingeborenen ausreichend befähigt sind, um dem Unterricht zu folgen, als erwiesen anzusehen ist.

Der nächste Zweck des Schulunterrichts, den Eingeborenen Kenntnisse zu übermitteln, wird bei einem nicht geringen Prozentsatz von Schülern in der Tat erreicht. Ob man so weit gehen darf, von der Hälfte der Schüler anzunehmen, daß sie bei vierjährigem Schulkursus in ihrer Muttersprache lesen und schreiben und innerhalb der Zahlenreihe von 1 bis 100 rechnen lernen, lasse ich dahingestellt. Denn die Verhältnisse liegen in den einzelnen Kolonien zu verschieden, um hier schon viel mit Durchschnittszahlen operieren zu können, man vergleiche Samoa mit dem Innern von Ostafrika. Dagegen werden wir nicht zu hoch greifen, wenn wir sagen, daß alljährlich Tausende von jungen Leuten mit einem Wissen ins Leben hinaustreten, durch das sie ihre Umgebung überragen und auf diese einwirken. Dadurch wird ein Prozeß der geistigen Hebung der Eingeborenen eingeleitet, dessen Früchte nicht ausbleiben werden. Es sollte an sich überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß diese Entwicklung nur ganz allmählich fortschreiten kann, denn damit wird eine Binsenwahrheit ausgesprochen. Aber entsprechend der Ungeduld, mit der die wirtschaftliche Entwicklung unserer Schutzgebiete verfolgt wird, werden oft auch die Erwartungen bezüglich der Hebung des geistigen Niveaus der Eingeborenen zu hoch gespannt. Davor ist zu warnen, denn es steht zu befürchten, daß andernfalls aus dem Ausbleiben rasch hervortretender Schulwirkungen unzutreffende und ungerechte Schlußfolgerungen in bezug auf die Leistungsfähigkeit der Schulen gezogen werden. Dagegen hegen wir die begründete Hoffnung, daß das koloniale Schulwesen, wenn es sich weiter ausbreitet, wesentlich dazu beitragen wird, das geistige Erwachen der Eingeborenen unserer Schutzgebiete zu fördern. Dabei fällt der Schule noch die besondere Aufgabe zu, in die durch das Eindringen der europäischen Zivilisation und durch die mannigfachen Beziehungen zur europäischen Kultur in Bewegung geratene Vorstellungswelt der Eingeborenen Ordnung zu bringen.

Aber noch höher als die durch die Schule verbreiteten Kenntnisse steht uns die Erziehung, die sie leisten soll und tatsächlich leistet. Jeder Bezirksamtmann und jeder Richter, jeder Offizier der Schutztruppe und jeder Arzt, der mit der eingeborenen Bevölkerung zu tun hat, und jeder Eingeborenenkommissar hat große volkserzieherische Aufgaben, und ich bin überzeugt, daß nicht wenige in diesem Sinn einen starken Einfluß ausüben. Selbstverständlich ist freilich eine derartige Einwirkung auf die Eingeborenen nicht an eine amtliche Stellung gebunden, und jeder private Arbeitgeber ist in der Lage, sich in dieser Richtung große Verdienste zu erwerben. Aber darum bleibt doch der Lehrer als der berufsmäßige Leiter der Jugend, die ihm wie keinem anderen Stand zugänglich ist, der Volkserzieher in besonderem Sinne des Wortes.

Regierungs- und Missionsschulen unterscheiden sich voneinander nicht, sofern die Erziehung der Eingeborenen zu Gehorsam, Pünktlichkeit, Ordnung usw. in Frage kommt; diese Eigenschaften zu wecken und zu pflegen, bemühen

Digitized by Google

sich beide. Ein grundsätzlicher Unterschied dagegen besteht in ihrer Stellung zur Religion. Der Religionslosigkeit der Regierungsschulen steht der ausgesprochen christliche Charakter der Missionsschulen, und zwar in konfessioneller Ausprägung gegenüber. Für die Neutralität der Staatsschulen in religiöser Hinsicht läßt sich manches anführen, und die gleiche Praxis anderer Kolonialvölker, zum Beispiel Englands, kann dem Verhalten Deutschlands als Stütze dienen. Aber diese gänzliche Ignorierung der Religion im Unterrichtswesen müßte wesentlich anders beurteilt werden, wenn nicht in dem missionarischen Schulwesen in dieser Beziehung eine Ergänzung gegeben wäre, die ausgleichend wirkt. Denn die Notwendigkeit, dem unter dem Zusammenstoß mit der europäischen Kultur religiös entwurzelten Eingeborenen einen Ersatz zu schaffen, liegt klar zutage und ist nur mit unzureichenden Gründen bestritten worden. Indem die Missionsschulen beider Konfessionen ihre Schüler mit dem Christentum bekannt machen, füllen sie also eine Lücke in der Erziehung des Volkes aus. Die Aufnahme der Religion in den Unterricht der Missionsschulen bedeutet übrigens nicht, daß damit etwa nur den vorhandenen Lehrfächern ein neues hinzugefügt wird, sondern es wird damit ein Grundton angeschlagen, der durch den gesamten Unterricht hindurchklingt und ihm sein Gepräge gibt.

Diese gesamte Schultätigkeit, die der Regierungs- wie der Missionsschulen, erweist sich als eine Stütze der Kolonialverwaltung und des kolonialen Fortschritts. Was für ein kulturgeschichtlich bedeutsames Entwicklungsstadium ist in Samoa erreicht, wenn von der dortigen Londoner Mission geschrieben werden kann: „Die breite Masse des Volkes hat jedenfalls kaum noch — ausgenommen höchstens einige alte Leute — Analphabeten in ihrer Mitte; und es dürfte deshalb die Durchschnittsvolksbildung auf einem höheren Niveau stehen als zum Beispiel in Italien oder Spanien mit dem hohen Prozentsatz von Analphabeten." Unsere übrigen Schutzgebiete sind allerdings erst auf dem Wege zu diesem Ziel, aber sie haben ihn bereits betreten. Nach den verschiedensten Seiten werden die Wirkungen einer geistigen Hebung der Eingeborenen hervortreten. Die gesamte Kolonialverwaltung wird erleichtert werden, wenn sie wenigstens mit der Fähigkeit des Lesens bei den Eingeborenen rechnen darf. Ebenso werden die durch die Schule ausgestreuten Bildungskeime in dem Wirtschaftsleben ihre Früchte tragen, denn der geistig geweckte Arbeiter wird leistungsfähiger, und mit der Erweiterung des Gesichtskreises stellen sich erfahrungsgemäß Bedürfnisse ein, die über die hergebrachten anspruchslosen Lebensformen hinausdrängen.

Auf dem Gebiet des Missionswesens hat die Schule den Beweis ihrer Unentbehrlichkeit längst erbracht. Die Missionen würden in unseren Kolonien nicht die heutige Ausdehnung haben, und ihre Aussichten für die Zukunft würden enger begrenzt sein, wenn sie sich nicht in dem Schulwesen eine feste Basis geschaffen hätten. Die Pflege der Schule, und zwar in erster Linie der Volksschule, ist an vielen Stellen geradezu die wichtigste Form

Digitized by Google

missionarischer Tätigkeit geworden. Daher liegt der weitere Ausbau des Schulwesens im Interesse auch der Missionen. Unter drei Gesichtspunkten hat es für sie diesen Wert. Die Schule bringt die Mission mit den Eingeborenen in Verbindung und bahnt der Aufnahme des Christentums den Weg. Die Schule ist ferner ein Mittel, um eingeborene Helfer heranzubilden und durch sie das Christentum volkstümlich zu machen. Endlich hat die Schule einen bedeutenden Anteil an der religiös-sittlichen und geistigen Hebung der eingeborenen Völker, die in der von den evangelischen Missionsgesellschaften erstrebten Erziehung der eingeborenen Christen zur Selbständigkeit ein wichtiges Glied bildet und vorhanden sein muß, um sie in verantwortlicher Weise zu der Verwaltung der Gemeinde heranzuziehen.

Die Freude über den Aufschwung unseres kolonialen Schulwesens ist voll berechtigt, aber sie darf nicht dazu verführen, die Gefahren zu übersehen, die mit der Verbreitung europäischer Bildung unter kulturarmen Völkern untrennbar verknüpft ist. Die Neigung, sich in Bildungshochmut über die Volksgenossen zu erheben, stellt sich leicht ein, der geistige Abstand führt oft zu einer Entfremdung von den heimischen Verhältnissen der Erwerb von Kenntnissen trägt den Trieb in sich, das Dorf zu verlassen und die Städte aufzusuchen, wo das erworbene Wissen sich besser verwerten läßt. Diese Erscheinungen sind zwar beklagenswert, aber als unvermeidlich zu ertragen; sie finden sich in der einen oder anderen Form in allen Kolonien europäischer Völker. Daß sie auch in den deutschen Schutzgebieten festzustellen sind, ist demnach eine Erfahrung, die wir mit anderen Staaten gemeinsam haben. Ein Anteil der Schule an dieser Entwickelung kann nicht bestritten werden, aber wir dürfen sie nicht allein dafür verantwortlich machen. Es sind vielmehr zahlreiche Faktoren, die dabei mitwirken. Im letzten Grund sind es die Folgen des Zusammenstoßes der überlegenen europäischen Kultur mit der niederen der eingeborenen Bevölkerung unserer Schutzgebiete, die sich hier geltend machen. Speziell sind es auch manche Gewohnheiten und Anforderungen, die mit der Einwanderung zahlreicher Europäer in Verbindung stehen, die das Volkstum bedrohen. Ich denke an die Tausende von jungen Leuten, die als „Boys" in dem persönlichen Dienst der Europäer verwendet und dabei ihrer früheren Lebensweise entfremdet werden und an die alljährlichen großen Völkerwanderungen aus dem Innern Deutsch-Ostafrikas in die Küstenländer, die dem Plantagenbetrieb die erforderlichen Arbeitskräfte zuführen sollen. Aber es soll darum doch nicht bestritten werden, daß auch von der Schule ein Einfluß ausgehen kann, der für das Volkstum nachteilig ist. In Erkenntnis dieser Sachlage hat daher die Schule die unabweisbare Pflicht, Einrichtungen zu treffen, die geeignet sind, jenen Gefahren entgegenzuwirken. Ich habe bereits früher angeregt, daß „grundsätzlich mit jeder Schule irgendwelche Arbeitsgelegenheit verbunden wird, so daß jeder Schüler nicht nur geistig, sondern auch körperlich sich zu betätigen hat" („Mission und Kolonialpolitik", S. 157).

Digitized by Google

Eine Erörterung darüber, wie diese schwierige Aufgabe fest angepackt werden kann, wäre Gegenstand einer besonderen Untersuchung. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich die Verbindung von Schule und Arbeit in geradezu mustergültiger Weise in jener Schule für eingeborene Lehrer, die die Rheinische Missionsgesellschaft in Gaub (Südwestafrika) eingerichtet hat, gelöst fand. Dort ist der Vormittag dem Unterricht gewidmet, am Nachmittag bestellen die Zöglinge mit ihren Frauen das Farmland, von dessen Erträgnissen die Familien leben.

Wie sich die bisherige Entwicklung des kolonialen Schulwesens ohne ein festes Programm vollzogen hat, so bestehen auch für seinen weiteren Ausbau keine generellen Vorschriften, nicht einmal maßgebende, von der Regierung gezeichnete Richtlinien. Die Gouvernements werden neu auftauchenden Bedürfnissen durch die Errichtung neuer Regierungsschulen begegnen, und ebenso ist es den christlichen Missionen überlassen, in welchem Umfang sie mit der Erweiterung ihrer Arbeitsfelder zugleich eine Vermehrung ihrer Schulen eintreten lassen. Da das missionarische Schulwesen bei dem bisherigen Zustand völliger Freiheit sich im allgemeinen gut entwickelt hat, liegt weder auf seiten der Missionsgesellschaften noch auf seiten der Regierung ein Anlaß vor, zurzeit eine Aenderung der Verhältnisse anzustreben. Es läßt sich auch beobachten, daß trotz des Fehlens staatlicher Schulvorschriften die Gesamtentwicklung des Schulwesens wesentlich in denselben Bahnen fortschreitet. Dieses überraschende Ergebnis ist die Folge der Tatsache, daß die verschiedenen Schulleiter in unseren Schutzgebieten sich vor die gleichen Aufgaben gestellt sehen und mit gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Auch die staatlichen Schulunterstützungen haben die Beziehungen zwischen dem staatlichen und dem privaten Schulwesen gekräftigt. Sie würden noch mehr gestärkt werden, wenn von den Gouvernements regelmäßige Schulkonferenzen einberufen würden, um zum Austausch der gemachten Erfahrungen Gelegenheit zu geben. Als Ansätze zu einer solchen Einrichtung können die meines Wissens in Togo und Kamerun über die Schulfrage stattgefundenen Verhandlungen angesehen werden.

Nun hat Missionsinspektor Schlunk in der oben erwähnten Broschüre, die die in evangelischen Missionskreisen herrschenden Anschauungen in anregender Form vertritt und dabei die Schulprobleme in einem fortschrittlichen Geist und unter dem zu billigenden Gesichtspunkt erörtert, daß zwischen den verschiedenen Interessen ein Ausgleich zu suchen ist, auch über „Grundzüge einer gesunden Schulpolitik" sich geäußert. Aus den hier gegebenen Anregungen greife ich zwei heraus, um ein kurzes Wort über sie zu sagen. Die erste betrifft die religiöse Unterweisung an Regierungsschulen. Ausgehend von der religiösen Neutralität der Kolonialregierung, die als eine Notwendigkeit anerkannt wird, meint der Verfasser, „daß sie nicht ausschließt, daß die Regierung Religionsunterricht an ihren Schulen nicht nur zuläßt,

Digitized by Google

sondern vielleicht sogar obligatorisch macht". (S. 134.) Da Deutschland kein Interesse daran hat, den Islam zu verbreiten, „kann allerdings nur christlicher Religionsunterricht in Frage kommen. Und es ist nicht einzusehen, warum nicht den Missionen der verschiedenen Konfessionen erlaubt werden sollte, einen fakultativen oder obligatorischen Religionsunterricht an die Schüler der Regierungsschulen zu erteilen, falls dies aus allgemeinen Erwägungen heraus sich als wünschenswert erweisen sollte". Dieser Fall liegt nun angesichts der religiösen Krisis unter den Eingeborenen in der Tat vor. Daraus wird gefolgert: „Eine religiös-sittliche Unterweisung der primitiven Völker sollte ein Grundpfeiler aller Schulunterweisung sein, wenn auch nur in der Form, daß die religiös-neutrale Regierungsschule ihren heidnischen Schülern erklärt: welchem christlichen Religionsunterricht ihr euch stellt, welche konfessionelle Schattierung ihr wählt, welcher Mission ihr euch anschließt, ist völlig gleichgültig, aber irgendeine solche Unterweisung ist, solange unsere Kolonialvölker nicht reifer sind, unbedingtes Erfordernis. Solches Vorgehen würde die religiöse Neutralität in keiner Weise gefährden und böte doch den religiösen Halt, der für erforderlich erachtet wird, und ich wüßte nicht, welche Bedenken von Missions wegen gegen dieses Vorgehen erhoben werden könnten." Nach einer kurzen Ausführung über die auf anderen Kolonialgebieten mit religionslosen Schulen gemachten Erfahrungen lesen wir dann noch (S. 137): „Ein Einverständnis über den Religionsunterricht verschiedener Konfessionen und Denominationen an Regierungsschulen setzt allerdings voraus, daß aus der kolonialen Schularbeit jede konfessionelle oder denominationelle Spannung geflissentlich ferngehalten werde." Zu anderen Vorschlägen sieht sich der Verfasser veranlaßt durch die Zusammendrängung von Schulen an manchen Orten. (S. 137): „Wäre es nicht viel gesünder, wenn man auf dem Wege der Vereinbarung, meinethalben auch des moralischen Druckes, dahin käme, daß, ich will einmal sagen, die Missionsfortbildungsschulen (nämlich in Lome, wo neben der Regierungsschule eine evangelische und eine katholische besteht) eingezogen werden, dafür aber konfessionell verschiedener Religionsunterricht an den staatlichen Fortbildungsschulen obligatorisch wird? So könnten Kraft, Zeit und Geld gespart werden, und keiner hätte Schaden, alle hätten Vorteil davon." Der konfessionellen Konkurrenz zwischen Missionsschulen verschiedener Konfession an kleinen Orten soll die Regierung „durch eine geeignete Entziehung oder Gewährung der Schulbeihilfe" entgegentreten. (S. 138): „Wenn man die Beihilfe nicht ausschließlich nach dem Maße der Verbreitung des Deutschen verteilte, sondern nach Schulen, Schülerzahl, Schulbesuch, Lehrplan und Qualifikation des Lehrers, wäre es ein leichtes, der erstberechtigten Schule in einem Dorfe die moralische Unterstützung der Regierung zu sichern und damit eine Konkurrenz wirkungslos zu machen."

Diesen beiden Vorschlägen ist gemeinsam, daß sie starke Eingriffe des Staates in das koloniale Schulwesen befürworten, um gegen anerkannte Not-

Digitized by Google

stände Abhilfe zu schaffen; der erstere empfiehlt eine Erweiterung, der zweite eine Beschränkung der Wirksamkeit der Missionsgesellschaften auf dem Gebiet der Schule. Gegen beide Vorschläge sind ernste Bedenken zu erheben.

Wenn der heidnische Schüler einer Regierungsschule genötigt würde, den Religionsunterricht einer christlichen Missionsgesellschaft, gleichviel welcher, zu besuchen, so würde dies einen Wendepunkt in der Religionspolitik der Kolonialregierung bedeuten. Bisher hat diese davon Abstand genommen, irgendwelchen Zwang zugunsten der Ausbreitung des Christentums auszuüben und befand sich dabei in Uebereinstimmung mit den Forderungen der Politik und des Rechtes (Kongoakte Artikel 6). Diese Zurückhaltung fand auch, soweit ich orientiert bin, die Zustimmung der Missionsgesellschaften. Diese konnten auch nicht anders urteilen, wenn sie sich nicht zu den Erfahrungen früherer Jahrhunderte wie der neuzeitlichen Missionsgeschichte in schroffen Gegensatz stellen wollten. Und jetzt soll das Gouvernement die Schüler ihrer Lehranstalten zwingen, an dem Religionsunterricht der einen oder anderen Konfession teilzunehmen? Damit würde die Regierung das Prinzip der Neutralität, das sie bisher mit Recht verfolgt hat, verlassen, und es wäre nicht abzusehen, warum der Anspruch auf Mithilfe des Staates, um Andersgläubige dem Unterricht in der christlichen Religion zuzuführen, sich nur auf die heidnischen Schüler von Regierungsschulen beschränken sollte. Aber gesetzt einmal den Fall, die Regierung würde sich bereit finden, die ihr zugemutete Aufgabe zu übernehmen, so würden aller Wahrscheinlichkeit nach rasch unerwünschte Zustände eintreten. Schon die Befürchtung, daß der Besuch der Regierungsschulen darunter leiden würde, wenn sie in den Ruf von Bekehrungsanstalten kämen, wäre gewiß nicht unbegründet. Wie aber sollte ein heidnischer Zögling zwischen den Konfessionen eine Wahl treffen? Da religiöse Gründe keine oder nur eine sehr untergeordnete Stelle spielen könnten, würde die Entscheidung danach getroffen werden, welche der beiden Konfessionen die größten Vorteile erwarten ließe oder die geringsten Anforderungen stellte. Falls dann aber die Erwartungen getäuscht würden, würde naturgemäß der Wunsch sich regen, es mit einer anderen Mission zu versuchen, und es könnte ein solches Verlangen, wenn es unter Berufung auf das Gewissen vorgetragen würde, kaum zurückgewiesen werden. Damit aber wäre die Aussicht auf ein Herüber und Hinüber eröffnet, und die Regierungsschule wäre im Handumdrehen der Schauplatz konfessioneller Kämpfe. Grundsätzliche Erwägungen wie praktische Rücksichten machen also den vorgeschlagenen Weg ungangbar.

Vielleicht kann dagegen dem in der Tat vorhandenen Notstand dadurch in etwas abgeholfen werden, daß den Schülern der Regierungsschulen, ohne daß von seiten des evangelischen oder katholischen Schulleiters ein Druck ausgeübt würde, außerhalb des Schulunterrichts und außerhalb der Schulräume durch die Missionsgesellschaften Gelegenheit gegeben wird, das Christentum kennen zu lernen. Ich habe mich nach Versuchen dieser Art in Ostafrika

Digitized by Google

bei meinem dortigen Aufenthalt erkundigt, aber sie scheinen noch nicht unternommen worden zu sein. Ob die Schulordnungen den Besuch von Gottesdiensten, Vorträgen und festlichen Veranstaltungen der Missionsgesellschaften, wenn sie zu angemessener Zeit abgehalten werden, dem Schüler gestatten, kann ich nicht sagen, da sie mir nicht vorliegen, aber es ist nicht anzunehmen, daß Verbote ihn hindern werden. Bei diesem Verfahren bliebe die Neutralität der Regierungsschule als solcher gewahrt, und es würde doch andererseits der so schwerwiegende Vorwurf aus der Welt geschafft, daß die Elite der eingeborenen Bevölkerung, die für die höchsten ihr überhaupt erreichbaren Stellen herangebildet wird, der Möglichkeit beraubt worden ist, in den wichtigsten Jahren ihrer Entwicklung religiöse und sittliche Wegweisung zu erhalten.

Was nun die Vorschläge betrifft, die nachteilige Schulanhäufung an demselben Ort zu beseitigen, so wäre der Weg einer Verständigung der beteiligten Instanzen natürlich der weitaus beste. Aber da Schlunk als Gegenleistung für die Einziehung der Missionsfortbildungsschulen in Lome fordert, daß ein konfessionell verschiedener Religionsunterricht an der staatlichen Fortbildungsschule obligatorisch (!) wird, so ist damit meiner Ansicht nach eine von seiten des Staates unerfüllbare Bedingung aufgestellt. Was aber die Vereinbarungen zwischen den Missionen beider Konfessionen über die Abgrenzung der Missionsgebiete anlangt, so sind sie zwar je nach den Kontrahenten der Verträge von verschiedenem Wert und werden eine größere Lebenskraft besitzen, je nachdem sie unter oder ohne Mitwirkung der Regierung zustande gekommen sind. Aber die bekannten Vorgänge in Ostafrika im Jahre 1912 haben bewiesen, daß auf Vereinbarungen keine zu großen Hoffnungen zu setzen und daß sie jedenfalls nicht für alle Verhältnisse geeignet sind, die Schwierigkeiten zu lösen. Das Vorhandensein mehrerer Schulen an einem Ort, dem übrigens Schlunk an einer früheren Stelle seiner Broschüre gute Seiten abgewonnen hatte (S. 30), wird mit Recht als ein schwerer Mißstand (S. 138) beurteilt. Aber das Heilmittel soll sein, daß die Regierung die Entziehung oder Gewährung von Schulbeihilfen dazu verwendet, um zu verhindern, daß an kleinen Orten die Missionsschulen verschiedener Konfession einander die Schüler abspenstig machen? Das ist ein Rat, der zum Widerspruch herausfordert. Denn die Verteilung der staatlichen Schulsubventionen hat vielmehr nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu erfolgen, d. h. es sind die Schulen zu unterstützen, deren Leistungen den für das betreffende Schutzgebiet geltenden Bestimmungen entsprechen. Wenn aber die Bewilligung zugleich der Absicht dienen soll, den konfessionellen Wettbewerb an unrechter Stelle auszuschließen, so wird sie mit kirchlichen und kirchenpolitischen Erwägungen in Verbindung gebracht, die wir allen Grund haben, von dem kolonialen Schulwesen fernzuhalten. Aber setzen wir auch hier wieder den Fall, daß die Regierung den Vorschlag ausführte, was würde geschehen? Die bei der Bewilligung der Unterstützungen übergangene Schule würde voraussichtlich in den weitaus meisten Fällen alle Kraft einsetzen, ihre

Digitized by Google

Leistungen zu steigern, und die Missionsgesellschaft, die hinter ihr steht, würde sich nicht leicht dazu entschließen, aus Anlaß eines derartigen Mißerfolges die Schule zu schließen. Die in Vorschlag gebrachte Methode würde daher, selbst wenn sie prinzipiell zulässig wäre, schwerlich die erwünschten Erfolge zeitigen. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, besitzt meines Wissens die Regierung keine gesetzliche Handhabe, ihrerseits auf die Schulgründungen der Missionsgesellschaften einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Es muß daher von dem gesunden Sinn eben dieser Gesellschaften erwartet werden, daß sie freiwillig darauf verzichten, sich zu verzetteln und im Blick auf die großen noch ungelösten Aufgaben auch einmal eine begonnene Arbeit einstellen, wenn das, was an dem betreffenden Ort überhaupt erreicht werden kann, dem dafür notwendigen Kraftaufwand nicht entspricht.

Mit einem Schlage würde eine neue Situation geschaffen werden, wenn eine staatliche Schulaufsicht über das gesamte Schulwesen in den Kolonien ins Leben träte. Auf dieses interessante Thema darf ich aber hier nicht mehr eingehen. Schon der Umstand, daß der Einführung der Schulaufsicht eine Verständigung über § 14 des Schutzgebietsgesetzes vorangehen müßte, macht es nicht wahrscheinlich, daß wir sie in einer nahen Zukunft zu erwarten haben.

Das Schulwesen in unseren deutschen Schutzgebieten stellt also viele bedeutsame Fragen, und es ist eine viel kompliziertere Größe, als die im Vergleich mit Deutschland einfachen Verhältnisse, unter denen es sich entfaltet hat, auf den ersten Blick erwarten lassen.

Die Hauptaufgaben des Missionsschulwesens für die Zukunft (vgl. Verhandlungen des Kolonialkongresses 1910, S. 692 f.) sind:

1. Vermehrte Aussendung von fachmännisch ausgebildeten deutschen Lehrern; 2. Sorgfältigste Ausbildung der eingeborenen Lehrer; 3. Energische Inangriffnahme der Erziehung des weiblichen Geschlechts; 4. Erhebliche Vermehrung der Lehrmittel in den Schulen. In Südwest tritt für die evangelischen Missionsschulen hinzu die Erweiterung des Unterrichts im Deutschen.

Statistik der farbigen Bevölkerung von Deutsch-Afrika.

Von Dr. R. Hermann-Weilheim i. B.

(Schluß.)

Diese wenigen zerstreuten Angaben der Denkschriften lassen aber doch den Schluß zu, daß das Schutzgebiet ständig eine passive Wanderungsbilanz aufzuweisen hat, das heißt, daß die Zahl der Ausgewanderten jene der Zu- oder Zurückgewanderten übertrifft. Wenn nun trotzdem die Zählungen und Schätzungen der Bevölkerung ständig höhere Ziffern ergeben, so ergibt sich daraus, daß sie aus sich selbst heraus einen genügenden Nachwuchs liefert.

Aber auch das, was uns über Binnenwanderungen innerhalb des Schutzgebietes selbst berichtet ist, führt zu diesem Ergebnis. Diese Verschiebungen der Bevölkerung vollziehen sich teils als vollständig freiwillige Wohnsitzverlegung,

Digitized by Google

teils beruhen sie auf planmäßiger Siedlungspolitik der Behörden in ähnlicher Weise, wie wir dies auf den kleinen, Deutschland gehörigen Südseeinseln seit Jahren beobachten können; sie führen zu einem Ausgleich der Bevölkerungsdichte, indem aus den dichter oder gar zu dicht besiedelten Gebieten Massenwanderungen in gar nicht oder spärlich besiedelte Landschaften stattfinden oder veranlaßt werden. So brachte das Jahr 1904/05 eine Wanderung aus dem stark bevölkerten Teil des Sokode-Bezirkes in den unbewohnten Teil des Bezirkes. Etwa 1000 Kabure- und Losso-Leute siedelten sich in der Kara-Ebene und in Djabodaure an, wo sie bereits im nächsten Berichtsjahr sich auf mehrere Tausende vermehrt hatten. Ebenso lieferte der dicht bevölkerte Teil des Anecho-Bezirkes in den Jahren 1910/11 und folgenden einen erheblichen Zuzug in die nördlichen unbewohnten Gegenden dieses und des Lome-Land-Bezirkes. So entstanden im Akepe-Gebiet, zwischen Kuwe und der Atakpame-Grenze, in den Landschaften Tokpli, Esse-Godje und Esse-Ana sowie in Togodo menschenreiche neue Siedlungen. Auch hier also eine Neubesiedlung bisher fast kulturloser Gebiete durch Menschenmaterial, das das Schutzgebiet selbst hervorbrachte.

3. Bezirk Lome-Stadt insbesondere.

Während bei den Erhebungen in sämtlichen übrigen Bezirken keine weiteren Ausscheidungen getroffen sind als eine gesonderte Ermittelung der Mischlinge — insbesondere der Abkömmlinge von Weißen und Negern, Mulatten —, liegen für den Stadtbezirk Lome gesonderte Angaben für Männer, Weiber und Kinder vor. Diese sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt, deren Bemerkungen aber sogleich erkennen lassen, daß hier die übliche kolonialstatistische Begriffsverwirrung eine üble Rolle spielt. Die Ausscheidung nach Geschlecht und Alter betrifft bald die „ansässigen Eingeborenen", bald die „eingeborenen Farbigen", bald die Farbigen überhaupt; bald sind die Mischlinge und die fremden Farbigen mit inbegriffen, bald wieder nicht. Auch einfache rechnerische Fehler mangeln nicht, wie die Anmerkungen der Tabelle nachweisen.

Tabelle XII.

Farbige Bevölkerung des Stadtbezirks Lome.

Jahr	Männer	Frauen	Kinder	zusammen	Bemerkungen
1895	885	722	456	2063	Eingeborene
1900	939	950	1165	3054	ansässige Eingeborene
	147	127	55	329	Haussa
1901	1487	1056	1101	3644[1])	ansässige Eingeborene
1907	2029	2146	1742	5917	farbige Bevölkerung
1908	2035	2085	1755	5875	ferner 430 fremde Farbige, 28 Mischlinge
	2250	2300	1783	6333	einschließlich 430 fremde Farbige, 28 Mischlinge
1909	2183	2218	2083	6484	einschließlich fremder Farbiger und 48 Mischlinge
1910	2241	2528	2575	7344	einschließlich 585 fremde Farbige, ohne 71 Mischlinge
1911	2269	2874	2529	7672	einschließlich fremder Farbiger, ohne 98 Mischlinge
1912	2227	2180	2535	6942[2])	ferner 660 fremde Farbige und 98 Mischlinge
1913	2210	2215	2524	6949[3])	ferner 570 fremde Farbige und 133 Mischlinge

[1]) Der Jahresbericht zählt unrichtig zusammen 3554.

[2]) Der Jahresbericht nennt die Gesamtzahl 7090, worunter wohl nur die eingeborenen Farbigen zu verstehen sind. Die Ziffer kann nicht richtig sein, denn mit den (98) Mischlingen wären es nur 6942 + 98 = 7040.

[3]) Der Jahresbericht gibt als Gesamtzahl 7078 Ansässige an; auch dies kann nicht richtig sein; denn einschließlich der Mischlinge (133) ergibt sich 7082.

Digitized by Google

Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Bevölkerung einer Hafenstadt in der Regel nicht die für das Land, der sie zugehört, typische Zusammensetzung aufweist, so böten die Angaben für die Stadt Lome, wenn sie von Anfang an gleichmäßig gestaltet wären, einen schätzenswerten Einblick in den Aufbau der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht. Dieser Einblick wird aber durch die Tatsache, daß die fremden Farbigen bald ausgeschieden, bald mitberücksichtigt sind, sehr erschwert. Denn die vereinzelten Daten, die über die fremden Farbigen geboten werden, lassen erkennen, daß deren Zusammensetzung sich von jener der ansässigen Farbigen merklich unterscheidet; dies ergibt sich sowohl aus den Ziffern der Haussa von 1900 wie aus dem Vergleich der Ziffern für 1908. Beide Male zeigt sich die geringe Kinderzahl dieses fremden Bevölkerungsteiles, ein Symptom nicht etwa fehlenden Nachwuchses, sondern nur einer Art Vorpostenstellung, in die man die Kinder nicht gern mitzunehmen pflegt. Damit ist aber auch die unmittelbare Vergleichbarkeit der verschiedenen Jahresangaben aufgehoben und die Beobachtung einer Entwicklung des Bevölkerungsstandes versperrt. Versuchen wir trotzdem, aus den Angaben soviel wie möglich herauszulesen.

Da zeigt sich zunächst bis 1911 ein stetiges und ziemlich rasches Anwachsen der farbigen Bevölkerung um 150 Prozent, während die beiden letzten Jahre einen Stillstand gebracht haben. Der letztere ist im wesentlichen hervorgerufen durch eine Abnahme der Zahl der Frauen von 2874 im Jahre 1911 auf 2180 im Jahre 1912. Diese Abnahme bleibt auch bestehen, wenn man berücksichtigt, daß in letzterer Ziffer die Fremden nicht mit inbegriffen sind. Der Jahresbericht erblickt die Ursache dieser auffallenden Erscheinung in den abnormen Teuerungsverhältnissen des Jahres 1911/12, die eine große Zahl von Händlerinnen, weil sie in Lome selbst keine Geschäfte mehr machen konnten, veranlaßten, ihr Gewerbe im Umherziehen im Innern des Landes zu betreiben. Nun ist aber erst mit dieser Abwanderung, die merkwürdigerweise nicht gleichzeitig auch eine Abnahme der Kinder mit sich gebracht hat, das Gleichgewicht der Geschlechter, das seit 1910 erheblich zugunsten der Frauen sich verschoben hatte, wiederhergestellt worden. In den vorausgehenden Jahren hatte, abgesehen von 1901, stets das weibliche Geschlecht nur unbedeutend überwogen. Bemerkenswert ist ferner die sehr geringe Anzahl von Kindern. Bis 1908 repräsentieren sie erheblich weniger als ein Drittel der gesamten Bevölkerung; erst seit 1909 nähern sie sich diesem Bruchteil, seit 1912 übersteigen sie ihn. Aber auch in dem in dieser Beziehung günstigsten letzten Berichtsjahr erscheint der junge Nachwuchs an Zahl recht unbefriedigend, so daß man zu dem Schluß genötigt ist, daß die Bevölkerung Lomes nicht durch eigene Aufzucht, sondern nur dank einer starken Zuwanderung aus dem Innern sich so vermehren konnte, wie sie es tatsächlich getan hat. Es ist sehr schade, daß wir kein Pendant für diese Angaben aus den binnenwärts gelegenen Gebieten besitzen, um daraus ersehen zu können, ob es dort mit der obenerwähnten Zunahme der Volkszahl durch Geburtenüberschuß seine Richtigkeit hat.

Digitized by Google

4. Andere Orte des Schutzgebietes.

Die sonstigen zerstreuten Angaben über Schätzungen und Zählungen der Volkszahl von anderen Orten Togos sollen hier mehr der Vollständigkeit halber zusammengestellt werden, um Vergleiche zu erleichtern, wenn später neuere Angaben für sie vorliegen werden:

Anecho	1895	2643	Eingeborene	Sokode	1900	ca. 4000	Eingeborene
Anecho	1909	3692	„	Paratau	1900	„ 5000	„
Togo	1895	ca. 2500	„	Kirikni	1900	„ 3000	„
Kpandu	1895	„ 3000	„	Tschamba	1900	„ 20000	„
Mangu	1910	4855	„	Bafibo	1900	ca. 15 000	Eingeb.
Jendi	1910	2856	„	Agulu	1900	„ 9 000	„ Bezirk
Kete-Kratschi	1895	1500—1800	„	Bassari	1900	„ 10 000	„ Sokode
				Sugu	1900	„ 4 000	„

Es handelt sich bei den letztgenannten nicht um eigentliche Städte, sondern mehr um Gruppen von Ortschaften, je mit eigenem Namen und sogar eigenem Oberhaupt, wie dies insbesondere für Tschamba und Bassari zutrifft.

5. Mischlinge.

Angaben über die Zahl der Mischlinge im ganzen Schutzgebiet liegen vor für die Zeit seit 1905, für die einzelnen Bezirke seit 1907. Auf Zählung beruhen diese Angaben, abgesehen von Lome-Stadt, erst seit 1911, wobei man sich aber fragt, was es mit einer Schätzung bei Zahlen, die unter 10 bleiben, für eine Bewandtnis habe. Auch die Schwierigkeit der Begriffsbestimmung des Mischlings ist, wie die Anmerkungen der untenstehenden Zusammenstellung andeuten, durchaus nicht befriedigend überwunden worden. Immerhin ist in den letzten Jahren zwischen Mischlingen im allgemeinen und Abkömmlingen weißer Väter und farbiger Mütter (Mulatten) genauer unterschieden worden.

Tabelle XIII.

	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Lome-Stadt	—	—	51	28	48	71	98[2])	98[2])	133[3])
Lome-Land	—	—	2	2	2	3	7	2	—
Anecho	—	—	53	43	82	82[1])	90	89	78
Misahöhe	—	—	8	9	10	10[1])	29	29	28
Atakpame	—	—	1	3	5	5[1])	11	14	14
Kete-Kratschi	—	—	3	1	—	—	1	1	1
Sokode	—	—	5	4	4	4[1])	3	2	5
Mangu	—	—	3	3	5	5[1])	4	5	4
zusammen	63	71	126	93	156[3])	180	243	240	263[4])

[1]) Zahlen des Vorjahres.
[2]) Darin mitenthalten die Mischlinge europäischer, portugiesischer und unbekannter Herkunft sowie deren Kinder heller Hautfarbe. — Zahl der in Lome dauernd wohnhaften Europäerkinder 1911 52, 1912 54. — Zahl der in Lome weilenden Abkömmlinge eines Europäers und einer Eingeborenen (Mulattin) 1913 86. (Fußnoten der Tabellen in den Jahresberichten).
[3]) Der Jahresbericht summiert unrichtig 157.
[4]) Davon 215 Mulatten.

Digitized by Google

Die oben wiedergegebenen Anmerkungen aus den Jahresberichten bedürfen einer kurzen Betrachtung. Zunächst erwecken sie den Eindruck, daß der Begriff des Mischlings in Lome-Stadt anders aufgefaßt wurde als im übrigen Schutzgebiet; denn sonst müßte sich die Erläuterung nicht auf Lome-Stadt beschränken. Gerade diese Erläuterung ist aber recht bedenklich. Vor allem: was soll es mit der Gegenüberstellung von europäischer und portugiesischer Abkunft, da doch Portugal ein europäischer Staat ist? Oder sind etwa Abkömmlinge von Angehörigen der portugiesischen Kolonien gemeint? Dann hätte dies gesagt werden müssen. Es ist überhaupt nicht zutreffend, hier von Europäern zu sprechen, vielmehr müßte von den Weißen die Rede sein, denn auch die Abkömmlinge von amerikanischen oder australischen Weißen und schwarzen Weibern sind Mischlinge. Noch bedenklicher fast ist der Zusatz „unbekannter Herkunft". Denn wieso läßt sich die Mischlingseigenschaft einer Person feststellen, wenn ihre Herkunft nicht bekannt ist? Jedenfalls wäre es nicht richtig, hier nur die hellere oder dunklere Hautfarbe in Betracht zu ziehen, da diese auch bei den reinen Farbigen stark schwankt.

Auch bei der für Lome-Stadt während der letzten drei Jahre getroffenen Ausscheidung der Mulatten fällt wieder die Begriffsschwankung auf; denn der Kreis der in Lome dauernd wohnhaften und der dort weilenden Mulatten braucht sich durchaus nicht zu decken, da unter den letzteren auch die vorübergehend Anwesenden mitzuzählen wären.

Endlich: trifft die Begriffsbestimmung, die für die drei letzten Jahre bei Lome-Stadt gegeben ist, auch für die früheren Jahre bis 1910 zu, oder was wurde bis dahin als Mischling betrachtet? Vielleicht nur die Mulatten?

Die Gesamtzahl der Mischlinge zeigt seit 1905 eine Zunahme um mehr als das Vierfache, mit zwei Unterbrechungen der aufsteigenden Linie, einmal von 1908 auf 1909, wo eine Abnahme von 33 = 25 Prozent angegeben wird, dann von 1911 auf 1912 mit einer Abnahme von nur 3. Für erstere Differenz fehlt die Erklärung; möglicherweise ergab sie sich nur aus genauerer Feststellung. Dagegen werden für die starke Zunahme in Lome selbst von 1909 auf 1910 und dann wieder auf 1911 die Ursachen einmal in einer Zuwanderung Erwachsener und dann darin erblickt, daß eine immer größere Anzahl von Müttern mit Mischlingskindern sich in der Hauptstadt ansiedelt, weil ihnen dort mehr als anderswo Gelegenheit geboten sei, ihre höheren Lebensansprüche zu befriedigen. Das würde allerdings nicht ganz mit einer Bemerkung des Jahresberichtes 1911/12 harmonieren, wonach die Mischlinge aus der eingeborenen Bevölkerung in keiner Weise hervorträten. Auch die größere Zahl der beim Bahnbau beschäftigten Weißen dürfte zur Zunahme der Mischlinge etwas beigetragen haben. Immerhin tritt diese Zunahme nur für die Stadt Lome erheblicher hervor, während ihre Zahl zum Beispiel in Anecho sich von 1911 auf 1913 wieder um 12 vermindert hat. Eine Gefahr dürften die Ziffern, die hinter der Zahl der Weißen auch 1913 noch um mehr als 100 zurückbleiben, nicht bedeuten; insbesondere scheint sich die Rassenvermischung in der Hauptsache

Digitized by Google

immer noch auf die beiden Küstenplätze Lome und Anecho zu beschränken, ein Uebergreifen in das weitere Hinterland ist, obwohl dieses schon seit geraumer Zeit unter intensiverer Verwaltung steht, noch nicht zu verzeichnen. Dagegen spielen allerdings die Mulatten unter der Mischlingsbevölkerung weitaus die Hauptrolle; sie umfassen 1913 nicht weniger als 80 Prozent derselben. Der Jahresbericht 1911/12 hat sich auch die Mühe genommen, das Verhältnis der Mischlinge zu den Europäern (Weißen) für die einzelnen Bezirke und das ganze Gebiet zu berechnen. Dieses Verhältnis gestaltet sich hiernach folgendermaßen:

Lome-Stadt . .	51	Prozent	Atakpame . . .	23,4	Prozent
Lome-Land . .	70	„	Kete-Kratschi . .	50	„
Anecho	231	„	Sokode	60	„
Misahöhe . . .	44,6	„	Mangu	133	„
			Insgesamt:	66,9	Prozent

Diese Ergebnisse, wonach das Verhältnis in dem Binnenbezirk Mangu auffallend ungünstig wäre, sind jedoch insofern nicht ganz folgerichtig, als ja nicht alle Mischlinge, sondern nur die Mulatten den Weißen zur Last gelegt werden können. Die Berechnung ist denn auch später nicht mehr wiederholt worden.

Veranschlagung des zur Begründung eines Farmbetriebes nötigen Kapitales.

Von Johannes Gad, Königstein im Taunus.

Vor kurzem erschien im Verlage von Dietrich Reimer, Berlin, die vortreffliche, kleine Schrift des Freiherrn v. Gleichen-Rußwurm „Ratschläge für angehende Farmer in Deutsch-Südwestafrika".

Im Anhange zu seinem Büchlein macht der Verfasser unter obigem Titel einige Angaben über das zur Farmbegründung erforderliche Anlagekapital; er stützt sich hierbei auf Dr. J. Schneider, „Ein Jahr Farmwirtschaft in Südwest" (D. Reimers Mitteilungen für Ansiedler usw., 4. Jahrgang, 1. Heft) und führt aus: „Unter 50 000 Mark ist es unmöglich, einen Betrieb einzurichten, der sich nach zwei Jahren selbst erhalten soll, es sei denn auf einem ganz außerordentlich günstigem Platze mit ständig offenem Wasser."

In seiner Besprechung dieser Schrift in Nr. 15 vom 11. IV. 1914 der „Deutschen Kolonialzeitung" äußert sich nun Dr. Paul Leutwein zu diesem Punkte wie folgt: „Letztere (Veranschlagung des für den Farmbetrieb nötigen Kapitals) wäre besser weggeblieben, denn sie geht von dem doch recht übertriebenen Mindestkapitale von 50 000 Mark aus, ohne ausreichende und vor allem klare Aufrechnung zu geben."

Es zeigt dies deutlich, daß immer noch — selbst bei Kennern des Landes — nicht völlige Klarheit darüber herrscht, welche Ansprüche unsere Kolonie an diejenigen stellt, die sich in ihr ansiedeln wollen. Denn in der Tat trifft die beanstandete Angabe über die Höhe des zur Farmgründung erforderlichen Anlagekapitals mit Nennung einer Summe von 50 000 Mark durchaus das Richtige.

Die große Bedeutung, die einer richtigen Beurteilung dieser wichtigen Frage seitens weiterer kolonial-interessierter Kreise zukommt, mag es berechtigt erscheinen lassen, obige Behauptung des näheren zu begründen.

Nun ist es stets sehr mißlich, solche Fragen derart zu behandeln, daß man sich hinsetzt und eine Verteilung für das Anlagekapital des Farmers entwirft. In Wirklich-

Digitized by Google

keit sind solche Voranschläge dann doch zumeist gar nicht zu gebrauchen, und auch theoretisch sind sie bedenklich: denn man kommt leicht dazu, eine bestimmte Summe zur Verteilung zu bringen, geht also — wenigstens im stillen — von jener Größe aus, die man erst suchen soll. Und deshalb ist es auch m. E. ganz gut, daß die Schrift des Freiherrn v. Gleichen Rußwurm eine solche Musterverteilung des Anlagekapitals anzuführen vermieden hat.

Ich möchte bei meiner Begründung anders vorgehen, und zwar derart, daß ich wirklich vorliegende Verhältnisse zugrunde lege. Es soll dies an Hand eines Zahlenmaterials geschehen, das ich meiner Arbeit über die „Betriebsverhältnisse der Farmen des mittleren Hererolandes" entnehme, welche demnächst unter den Abhandlungen des Hamburgischen Kolonial-Institutes erscheinen wird. Die zahlenmäßigen Grundlagen für diese Arbeit sammelte ich 1911/12 auf einer Studienreise, die mich auf die meisten Farmen des genannten Gebietes führte, um diese nach Art der Betriebserhebungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft betriebstechnisch aufzunehmen. Die im mittleren Hererolande gewonnenen Ergebnisse lassen sich — wenigstens, was die hier in Frage stehenden Verhältnisse betrifft — sehr wohl verallgemeinern: denn es ist ein Stück guten Weidelandes, wie ja zumeist die ganze Kolonie, und hat sich auch wirtschaftlich normal entwickelt, d. h. ohne außergewöhnliche Kapitaleinflüsse, wie dies z. B. im Bezirke Windhuk, als dem Regierungssitze, der Fall ist. 54 Farmen wurden bearbeitet. Betrachten wir nun die Ergebnisse, soweit sie hier von Interesse sind.

Das Anlagekapital betrug durchschnittlich:

im Jahre 1899	10 000	Mark
„ „ 1900	17 000	„
„ „ 1907	45 000	„
„ „ 1908	77 750	„
„ „ 1909	46 440	„
„ „ 1910	56 000	„
„ „ 1911	50 700	„
im Durchschnitt aller Jahre	**51 180**	„

Diese Zahlen geben uns um so mehr recht, als Freiherr v. Gleichen-Rußwurm ausdrücklich betont, er hielte eine Reserve von zirka 10 000 Mark für notwendig — einer Ansicht, die ich nur voll und ganz teilen kann —, so daß von den genannten 50 000 Mark also nur 40 000 Mark für die eigentliche Farmbegründung in Ansatz zu bringen wären. Mit dieser Zahl also haben wir die obigen zu vergleichen, da diese keine Kapitalreserven einschließen, sondern dem tatsächlichen Siedlungsaufwande entsprechen.

Von weiterem Interesse dürfte es nunmehr sein, zu sehen, welchen Zwecken das Anlagekapital tatsächlich dient, welcher Anteil auf die verschiedenen Notwendigkeiten entfällt. Es seien wieder Durchschnittszahlen meiner 54 Farmen angeführt. Allerdings zeigen sie nicht die ursprüngliche Verteilung des Anlagekapitals, sondern diejenige des Kapitals zur Zeit meiner Aufnahme. Doch standen damals über 50 Prozent aller Betriebe erst im 1. bis 3. Jahre ihrer Entwicklung, weitere 25 Prozent erst im 4. Jahre, so daß die seit Begründung der Farmen eingetretenen Verschiebungen nicht sehr erhebliche sind. Verändert haben sich seit Anlage eigentlich nur die Viehbestände; Erhöhungen anderer Kapitalgruppen müssen zu Lasten des Viehkapitals, als des allein produktiven, erfolgt sein. Die folgende Zusammenstellung zeigt denn auch — bei entsprechend reduziertem Viehkapital — Werte, die der ersten Zusammenstellung in der Tat ganz gut entsprechen.

Es verteilte sich der Kapitalwert (wobei der Boden lediglich mit dem für ihn erfolgten Kapitalaufwand eingesetzt ist) der Farmen im Durchschnitt wie folgt:

Digitized by Google

Boden	2 300	Mark
Gebäude	10 800	„
Wassererschließung	6 300	„
Inventar	5 600	„
Vieh	17 000	„
Summe:	42 000	Mark

Gegenüber dem durchschnittlichen Anlagekapital verbleiben demnach noch zirka 9000 Mark, von denen man annehmen kann, daß sie der Unterhaltung des Betriebes während der ersten, unproduktiven, Jahre dienen. Bezüglich des Bodens sei bemerkt, daß die Angabe Dr. Schneiders hinter dem tatsächlich ermittelten Wert noch zurückbleibt, da sie wohl die hohen Vermessungsgebühren (600 Mark pro 5000 Hektar-Farm) außer acht läßt und sich zudem nur auf Käufe von fiskalischen Farmen bezieht, während tatsächlich auch Käufe aus zweiter Hand eine nicht unbedeutende Rolle spielen; bei ihnen sind zumeist Kaufpreis wie auch Anzahlung (in Prozenten) höher.

Der sich für das Gebäudekapital ergebende Wert erscheint allerdings hoch, und es wird hier das Mittel durch unwirtschaftlich hohe Ausgaben in einzelnen Fällen stark beeinflußt. Doch darf nicht übersehen werden, daß — wie auch Freiherr v. Gleichen-Rußwurm anführt — gewisse Ansprüche an Wohnlichkeit des Farmhauses durchaus berechtigt erscheinen. Auch kommt — worauf an gleicher Stelle hingewiesen wird — der Bau gar nicht so billig, zumal doch auch die Arbeit der Eingeborenen zu bezahlen ist, deren Unterhalt, wie noch später besprochen, recht teuer zu stehen kommt. Immerhin kann man wohl zugeben, daß die Durchschnittszahl von 10 800 Mark das übersteigt, was von einem Anfänger mit mäßigen Ansprüchen benötigt wird. Doch wird dies reichlich ausgeglichen durch die Verhältnisse beim Wasser. Hier wird der Durchschnitt gedrückt durch die Zahlen von jenen Farmen, denen Wasser noch sehr billig zur Verfügung stand. Die Unkosten der Wassererschließung auf meinen 54 Farmen schwanken zwischen 100 und 28 000 Mark. Es sei aber betont, daß die Plätze mit billig erschließbarem Wasser zumeist schon vergeben sind. Und der Ansiedler, der heute nach Südwest geht, wird gut tun, mit einer Ausgabe von 10 000 Mark, ja, im ungünstigen Falle selbst mit 15 000 Mark allein für die Wassererschließung und -bereitstellung zu rechnen. Es ist eben zu berücksichtigen, daß Brunnenbauten sehr teuer kommen und vergeblich sein können. Im Durchschnitt war von je drei Brunnen meines Erhebungsgebietes einer vergeblich angelegt worden; der Durchschnittspreis für das fallende Meter betrug dabei 77 Mark, doch nehmen die Unkosten gerade mit der Tiefe (und wenn man zunächst kein Wasser findet, geht man eben immer tiefer, freilich ohne dadurch einen Erfolg erzwingen zu können) sehr erheblich zu. — Weit günstiger ist es daher für den Farmer, seitens Regierungskolonnen bohren zu lassen, da er dann vom Anlagekapital nur die Anzahlung zu leisten braucht, den gestundeten Betrag aber später aus eigenen Einnahmen wird abzahlen können. Doch ist leider — worauf ich in der „Deutschen Kolonialzeitung" schon einmal hinwies — die Zahl der Regierungsbohrmaschinen zu klein, um das dringende Bedürfnis an solchen zu befriedigen. Meine damalige diesbezügliche Behauptung wurde mir durch ein im Namen zahlreicher Farmer des Grootfonteiner Bezirkes an mich gerichtetes privates Schreiben bestätigt.

Die Zahl, die sich auf die Höhe des Inventars bezieht, erscheint auch nicht allzu hoch, wenn man bedenkt, daß hierbei der gesamte Hausrat des Farmers einbegriffen ist.

Der Wert des Viehstandes stellt sich auf durchschnittlich 34 000 Mark. Wie schon erwähnt, gibt diese Zahl nun aber nicht die Höhe des hierin angelegten Kapitals an, sondern den Wert des Viehes zur Zeit der Erhebung; auf den älteren Farmen war der ursprüngliche Anlagewert durch Zuwachs sehr bedeutend gestiegen. Nun sind aber, wie ebenfalls schon bemerkt wurde, die Mehrzahl der Farmen noch sehr jung; es kann daher wohl berechtigt erscheinen, den bisherigen Zuwachs auf allen Farmen im Durch-

Digitized by Google

schnitt mit 100 Prozent anzusetzen. Demnach hätten wir, wie es in der Zusammenstellung auch geschehen ist, den halben Wert (statt 34 000 Mark also nur 17 000 Mark) als Anlagekapital für Vieh in Rechnung zu setzen. Dr. Schneider gibt für Nutzvieh sogar nur zirka 8000 Mark; doch rechnet er für die Zugtiere mit der Anschaffung von Eseln. Aus meinen Erhebungen ergibt sich, daß dies nur in Ausnahmefällen zutrifft. Zwei Drittel aller Farmen verwenden die in der Anschaffung sehr viel teuereren Ochsen, und nur 17 Prozent verwenden die allerdings gerade für den Anfänger sehr empfehlenswerten Esel. Endlich ist zu betonen, daß ein Betrieb um so eher wirtschaftlich erstarken und somit sich selbst unterhalten kann, je weniger bei Anschaffung des Viehes gespart werden muß.

Außer zur Bestreitung der notwendigen Anschaffungen muß das Anlagekapital des Farmers aber auch dazu dienen, den Betrieb bis zur Erzielung genügender eigener Einnahmen — also mindestens zwei Jahre — zu unterhalten. Um welche Werte es sich bei diesen laufenden Ausgaben des Betriebes handelt, mögen einige Zahlen belegen. Ein Eingeborner erhält durchschnittlich pro Monat 9,30 Mark Barlohn. Daneben ist er aber auch noch zu verköstigen, und die Kost muß nicht nur gekauft werden, sondern dem Farmer fallen zudem auch noch die sehr erheblichen Frachtkosten für ihre Beschaffung zur Last. Nach meinen Erhebungen betragen diese im mittleren Hereroland auf Farmen, die zumeist gar nicht „afrikanisch weit" von der Bahn ab liegen, ebensoviel, als der Preis für die Kost (Mais) im Hafen ausmacht. Fracht und Anschaffungskosten zusammen machen pro Monat und Eingeborenen durchschnittlich ebenfalls gerade 9,30 Mark aus. Die Unterhaltung des Eingeborenen kommt also auf 18,60 Mark pro Monat zu stehen, was für zwei Jahre 436 Mark ausmacht. Durchschnittlich beschäftigt jede Farm 15 Leute. Es mag dies für den Anfang zu viel sein. Rechnen wir aber auch nur 10 Leute, so betragen die Unkosten für die Haltung der Arbeiter bereits 4360 Mark; und diese Gelder müssen stets bar zur Stelle sein! Bei noch so mäßigen Ansprüchen wird der Farmer für seine Person pro Monat 100 Mark Ausgaben zur Befriedigung aller dringenden Bedürfnisse rechnen müssen, was für zwei Jahre abermals 2400 Mark ausmacht. Für den Verheirateten aber, wie für jeden irgendwie Anspruchsvolleren wird diese Zahl sehr erheblich steigen.

Bei all diesen Betrachtungen ist immer noch angenommen, daß keine Unglücksfälle irgendwelcher Art eintreffen. Viehseuchen können zum Verlust des ganzen im Vieh investierten Kapitals führen; Absatzschwierigkeiten können es erforderlich machen, auch noch ein drittes, ja viertes Jahr ohne nennenswerte Einnahmen wirtschaften zu müssen. Auf die Bedeutung von Krankheiten verweist Dr. Schneider ebenfalls mit vollem Recht. Aus all dem folgt, daß eine Kapitalreserve von zirka 10 000 Mark durchaus nicht als überflüssig bezeichnet werden kann. Auch wird eine solche noch eine andere Wirkung haben: sie macht den Farmer von den „Storen" unabhängiger, die wohl Kredit gewähren, aber meist sehr teueren (8 bis 10 Prozent), und zudem dann noch verlangen, daß alle Geschäfte des betreffenden Farmers durch ihre Hände gehen. Dr. Schneider verweist auf die Erleichterung durch die Gründung von Genossenschaften, wie z. B. der in Omaruru. Doch gerade die weitere Geschichte dieser Genossenschaft lehrt, daß keine allzu großen Hoffnungen auf solche zu setzen sind und liefert zugleich einen Beleg dafür, wie nötig es ist, Reservekapital zur Hand zu haben. Die Genossenschaft machte nämlich bankrott, und die Farmer, die beteiligt waren, mußten je 2000 Mark zuzahlen. Manchen, der diese Summe aus dem jungen Betriebe durch Viehverkäufe herausziehen mußte, hat dies um Jahre in der Entwicklung zurückgebracht.

Nun kann gegen meine bisherigen Ausführungen der Einwand erhoben werden, daß ich mit Mittelzahlen operiere; daß man im einzelnen Falle jedoch gut unter dem Mittel zurückbleiben könne. Das ist gewiß bis zu gewissem Grade richtig. Es kann nicht bestritten werden, daß auch heute noch außergewöhnlich tüchtige und geeignete Menschen, die nebenbei Glück haben, mit erheblich weniger Kapital anfangen können.

Digitized by Google

Aber es erscheint gefährlich, den Rat zu erteilen, daß einer es mit weniger wage! Denn weder kann man ihm das erforderliche Glück garantieren, noch auch läßt sich vorher sagen, wer tüchtig und geeignet genug ist, dies Wagnis zu bestehen. Und ein solches bleibt es. Denn es darf nicht übersehen werden, daß ich zwar Durchschnittswerte anführte, daß bei ihrer Bildung aber auch Jahre mit wirtschaftlichen Verhältnissen beteiligt sind, wie sie der Vergangenheit angehören und nicht wiederkehren können. Schon der immer schweren und teueren Wassererschließung wegen steigen die Ansprüche an das Anlagekapital des einzelnen sehr bedeutend. Die Zeiten sind unwiderruflich dahin, wo man eine Farm mit 10 000 bis 20 000 Mark in Betrieb setzen konnte. Uebrigens sei darauf hingewiesen, daß es seinerzeit auch nur wenigen wirklich gelungen ist, sich zu halten und in die Höhe zu bringen.

Auch sind die Lebensansprüche derer, die heute für die Besiedlung Südwests in Frage kommen, zu hoch, um derartig auf jede Kultur zu verzichten, wie es der muß, der mit weniger als 50 000 Mark beginnen wollte.

Vor allem aber muß man sich bei Betrachtung südwestafrikanischer Farmverhältnisse ein für allemal von der Vorstellung frei machen, als sei es ein Bauernland. Gewiß, jeder wird es lebhaft bedauern, daß es das nicht ist. Aber es handelt sich doch darum, das Land, wie es nun einmal ist, sobald als möglich deutscher Kultur dienstbar zu machen. Der einzige Weg hierzu aber ist: seine Natur erkennen und sich ihr anpassen. Ueber die Ausdehnungsmöglichkeiten des Ackerbaues mag man denken wie man will; eines steht fest: seine Erträge sind für den Anfang viel zu geringe und unsichere, um aus ihnen den Betrieb einer Farm bestreiten zu können. Und deshalb muß für Südwest das bekannte Rezept Amerikas, Kanadas und anderer Bauernsiedlungsländer versagen, das Rezept von den „gesunden Armen". Arbeit gehört auch in Südwest dazu, eine Farm in die Höhe zu bringen; saure Arbeit! Aber Arbeit allein tut es hier nicht. Unser Schutzgebiet ist seiner Natur nach bestimmt für extensive Viehzucht. Diese aber nimmt in allen Ländern, in denen sie blüht, die Form des kapitalkräftigen Großbetriebes an. Wollen wir also die hohen Naturwerte des Landes gut ausnutzen, so müssen wir dem Rechnung tragen. Nun steht die Siedlungspolitik der Regierung zurzeit ja, um Bodenspekulation zu hindern, dieser Entwicklung bis zu einem gewissen Grade im Wege. Aufhalten aber wird sie sie nicht können. Es wird die Tendenz des einzelnen Farmers, seinen Betrieb — und, was bei der Natur dortiger Betriebe das gleiche ist —, seinen Landbesitz zu vergrößern, dazu führen, daß mit der Zeit die Stärkeren die wirtschaftlich Schwächeren aufkaufen werden. Sei es nun, daß diese zugrunde gehen, sei es, daß sie ganz gut verkaufen können: die Hoffnung auf einen solchen Verkauf soll doch nicht das Ziel des rechten Farmers sein, sondern die Begründung eines festen Besitzes für sich und seine Nachkommen. Der wirtschaftliche Kampf aber ist, wie in jedem Neulande, scharf. Nur der kann sich durchsetzen, der allen Anforderungen entspricht; und zu diesen gehört es, mit genügendem Kapital anzufangen. Je mehr Vieh er kauft, um so schneller kann er wirtschaftlich erstarken, um so sicherer wird er sich in Zukunft halten können.

Und deshalb möchte ich niemand raten, mit weniger als dem bisherigen durchschnittlichen Anfangskapital zu beginnen. Dies beträgt aber zirka 50 000 Mark!

Ein Wort sei mir zum Schlusse noch gestattet. Gewiß, die Höhe des verfügbaren Anfangskapital ist wichtig. Aber — sie bedeutet nicht alles. Das wesentlichste ist die persönliche Eignung des Ansiedlers zum Leben und Lebenswerk eines Farmers. Und so gut und nützlich in dieser Hinsicht landwirtschaftliche und sonstige Kenntnisse sind, so sei doch betont: das wichtigste ist der Charakter. Der Kampf um die Existenz ist hart: nur die körperlich und moralisch völlig Gesunden können und werden sich durchsetzen, werden ihr Ziel erreichen! Alle anderen, die es beginnen, werden scheitern. Dem Lande aber ist zu wünschen, daß möglichst viele kommen, die geeignet sind, und

Digitized by Google

möglichst wenige, die der wirtschaftliche Kampf wieder ausscheiden muß. Um so schneller und gesünder kann es sich entwickeln! Und so möge daheim recht bald und recht gründlich aufgeräumt werden mit dem Wahne, es gelte für unsere Kolonien das Motto: „Hier kann Schutt und Asche abgeladen werden." Im Gegenteil, es möge zum Bewußtsein des deutschen Volkes werden, daß für unsere Kolonien nur die Besten gerade gut genug sind!

Deutschlands Einfuhr aus Südafrika.

In einem an sämtliche Handelskammern Britisch-Südafrikas gesandten Rundschreiben weist der Handelssachverständige beim Kaiserlich Deutschen Konsulat Johannesburg-Pretoria auf den gewaltigen Unterschied hin, der in den Angaben betreffs der Einfuhr Deutschlands aus Südafrika für das Jahr 1912 in dem amtlichen deutschen statistischen Material und dem offiziell von dem Handelsdepartement der südafrikanischen Union veröffentlichten Material obwaltet. Während über die deutsche Ausfuhr nach Südafrika die beiderseitigen Zahlen so ziemlich übereinstimmen, so sei das mit Bezug auf die Ausfuhr Südafrikas nach Deutschland keineswegs der Fall. Wo die südafrikanische Statistik nur einen Gesamtbetrag von 1 719 067 Pfund Sterling herausrechne, ergäben die deutschen Zahlen eine Summe von 4 404 600 Pfund Sterling, das sei eine Differenz von 2 685 533 Pfund Sterling.

Derartige Unterschiede sind natürlich nun mehr oder weniger unvermeidlich, einmal, weil eine große Masse südafrikanischer Erzeugnisse zunächst nach britischen Märkten konsigniert wird, um dann später den Weg nach dem Kontinent zu finden, dann aber auch, weil Waren, bei denen der Platz der Löschung dem Belieben anheimgestellt ist, für statistische Zwecke in Südafrika stets als für Großbritannien bestimmt aufgeführt werden.

Dem genannten Rundschreiben ist eine Liste der hauptsächlichsten von Deutschland im Jahre 1912 bezogenen südafrikanischen Erzeugnisse — wie sie die deutsche Statistik aufweist — beigegeben. Das bei weitem wichtigste Ausfuhrgut Südafrikas ist danach die Wolle, von der Deutschland im Jahre 1912 insgesamt für 2 403 800 Pfund Sterling aus Südafrika gekauft hat. Es folgen dem Werte nach Straußenfedern im Betrage von 410 450 Pfund Sterling, Mais 174 400 Pfund Sterling, Gerbrinde 174 100 Pfund Sterling, Rinderhäute 50 950 Pfund Sterling, Kleie und anderes Futter 27 850 Pfund Sterling, Asbest 16 400 Pfund Sterling, Schaffelle 16 150 Pfund Sterling, Immortellen 13 450 Pfund Sterling, Walöl, Tran, Walfpeck 11 050 Pfund Sterling usw. Gegen die südafrikanische Darstellung bedeuten diese Zahlen ein Mehr: bei Wolle von 1 053 436 Pfund Sterling, Straußenfedern 346 046 Pfund Sterling, Gerbrinde 90 860 Pfund Sterling und Mais 80 676 Pfund Sterling. K.

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 6 | Juni 1914 | 16. Jahrgang

Statistik der farbigen Bevölkerung von Deutsch-Afrika.

Von Dr. R. Hermann-Weilheim i. B.

(Schluß)

V. Kamerun.

1. Allgemeines.

Das Gebiet von Kamerun wurde aus reiflicher Erwägung an die letzte Stelle dieser Betrachtungen gesetzt; denn hier sieht sich der Statistiker zurzeit noch vor eine unlösbare Aufgabe gestellt, und obwohl seit mehreren Jahren ein nicht unbedeutendes Zahlenmaterial über die eingeborene wie die fremde farbige Bevölkerung von den amtlichen Denkschriften veröffentlicht wird, ist es unmöglich, auch nur die einfachen Ueberblicke zu gewinnen, die für die anderen Schutzgebiete geboten werden konnten. Die Ursache hierfür ist nicht allein in der seitherigen unruhigen Geschichte der Erforschung, Befriedung und Verwaltung, sondern — und im unmittelbaren Zusammenhang damit — vor allem in der Natur des Landes und seiner Bewohnerschaft zu erblicken. Zunächst ist Kamerun das Gebiet, dessen räumliche Begrenzung, seit sie durch die völkerrechtlichen Vereinbarungen geschlossen war, von den deutschen Besitzungen in Afrika die größten Veränderungen erfahren hat. Aber darin ist durchaus nicht das größte Hindernis für die Erkenntnis der Entwicklung seines Bevölkerungsstandes zu erblicken. Denn die Verschiebungen an der Nordwestgrenze gegen Nigerien zu sind wenig bedeutend gewesen. Das Gebiet des „Entenschnabels", der, wie bekannt, zuerst verkürzt wurde und später ganz weggefallen ist, war, solange es unter deutscher Oberhoheit stand, noch recht mangelhaft bekannt und statistisch überhaupt noch terra incognita. Die größte Gebietsveränderung aber, die das Marokkoabkommen in Gestalt eines gewaltigen Zuwachses im Süden und Osten dem Schutzgebiet gebracht hat, bleibt hier aus dem Grunde außer Betracht, weil die statistischen Angaben auch der letzten Denkschrift sich nur auf das alte Gebiet erstrecken.

Innerhalb des letzteren aber wirkte alles zusammen, um jede Zählung und selbst Schätzung der eingeborenen Bevölkerung tunlichst zu erschweren. Zunächst waren bis in die letzte Zeit bedeutende Flächen des Landes nur noch ganz mangelhaft erforscht. Blieb dem Schutzgebiet bisher auch eine weit um sich greifende Aufstandsbewegung, wie sie die Geschichte Ostafrikas und Südwestafrikas aufweist, erspart, so verging doch kein Jahr, in dem nicht da oder dort kriegerische Maßnahmen sich notwendig erwiesen. So mußten die Kompagnien der Schutztruppe bald hierher, bald dorthin geworfen werden;

Digitized by Google

Stationen und Posten wurden errichtet, verlegt und wieder aufgelöst; ihr Verwaltungsbereich wurde fortdauernd verändert. Den Verwaltungsbezirken wurde diese Station mit ihren untergebenen Stämmen und Landschaften zugewiesen, jene Station entzogen oder Teile von Stationsbezirken zu einem neuen Bezirksamt vereinigt.

In dem breiten Urwaldgebiet des Westens und Südens sitzen versteckt eine Reihe von kleineren Stämmen, deren Angehörige zum Teil vor dem Einfluß der Verwaltung oder vor dem fortschreitenden Ausbau der Verkehrswege in die seitab gelegenen Wälder auswichen. In den gebirgigen Landschaften des Nordwestens und Nordens, im Schebschi-, Alantika- und Mandaragebirge besonders, hausen zum Teil in nicht leicht zugänglichen Schlupfwinkeln versprengte Splitter heidnischer, in Sprache und Sitte voneinander abweichender Völker und Stämme, die dort vor der harten Herrschaft der Fulbe eine Zuflucht gesucht hatten und den neuen Herren, da diese sich zunächst auf die einheimischen Sultane stützten, naturgemäß mit dem größten Mißtrauen begegneten. Im Süden endlich, besonders in den neu erworbenen Gebieten, kommt hinzu die Schwierigkeit, die die alljährlichen, weithin sich verbreitenden Ueberschwemmungen des Landes einer Feststellung der Bewohnerzahl der spärlichen und schwer zugänglichen Dörfer entgegenstellen.

Bei dieser Sachlage versteht es sich, daß fortlaufende Vergleiche der Zählungen und Schätzungen der Volkszahl in den einzelnen Bezirken, wie sie in den anderen Schutzgebieten wenigstens angebahnt sind, in Kamerun ein Ding der Unmöglichkeit sind. Dies spricht sich auch deutlich in den Uebersichten aus, die die amtlichen Jahresberichte wenigstens seit dem Berichtsjahr 1906/7 alljährlich bieten. In ihnen treten durchaus die Ziffern für die einzelnen Stämme, die ja angesichts der stets wechselnden Verwaltungseinteilung als das stabilste Untersuchungsobjekt sich erweisen, in den Vordergrund. Allein solcher Stämme gibt es im Land hunderte; die wenigsten erheben sich über eine Kopfzahl von 10 000, manche bestehen nur aus wenigen Familien. Wollte man die Zählungsergebnisse für diese Menge von Völkchen, ausgeschieden nach Männern, Weibern und Kindern, nur für die wenigen bisher zur Verfügung stehenden Berichtsjahre in einer vergleichenden Uebersicht sammeln, so wäre dies ein ähnliches Beginnen, wie wenn man die Bevölkerung Deutschlands nicht nach Staaten oder Provinzen, sondern nach Landrats-, Oberamts- und Bezirksamtssprengeln darstellen wollte; es ergäbe sich eine Tabelle, die den hier zur Verfügung stehenden Raum bei weitem überschreiten und im Vergleich zu der die Völkertafel für Ostafrika, die wohl gerade an der Grenze des hier Zulässigen stand, verschwindend klein erscheinen würde. Zudem würde aber diese Zusammenstellung immer noch sehr unvollständig und ungleich ausfallen. Denn abgesehen davon, daß für eine Reihe von Stämmen die Ausscheidung in Männer, Frauen und Kinder nur teilweise oder gar nicht getroffen ist, so ist auch das Zuschlags- und Schätzungswerk noch lange nicht auf sämtliche Stämme von Altkamerun ausgedehnt worden.

Digitized by Google

2. Gesamtbevölkerung.

Läßt sich bei diesem Stand unserer Kenntnisse natürlich über die Gesamtzahl der Bevölkerung unseres Schutzgebietes heute noch durchaus nichts Zuverlässiges angeben, so ist es doch nicht uninteressant, zu sehen, zu welchen Resultaten man bisher bei oberflächlicher Schätzung gekommen ist.

Während man früher die Bevölkerung Kameruns auf etwa 3½ Millionen schätzte, glaubt der offizielle Jahresbericht 1908/9 sie auf etwa 1,3 Millionen schätzen zu sollen. Aber bereits im nächsten Jahr gelangte man zu einem wesentlich anderen Ergebnis und setzte die Zahl der eingeborenen Farbigen allein mit 2 300 000 Köpfen an. Die allgemeinen Uebersichten über den Bevölkerungsstand der Schutzgebiete, die seit 1909/10 in den Jahresberichten veröffentlicht werden, geben über dessen Zusammensetzung folgendes an:

1909/10	2 300 000	eingeborene,	2199	fremde	Farbige,	1284	Weiße
1910/11	2 717 106	„	1605	„	„	1455	„
1910/11	2 537 400	„	2680	„	„	1537	„
1911/12	2 648 600	„	2405	„	„	1871	„

Die genauen Ziffern für die Farbigen dürfen hierbei nicht falsch verstanden werden; sie sind nicht das Ergebnis einer durchgehends genauen Zählung, wie sie für die Weißen vorliegt, sondern sie sind gewonnen aus Zählung und Schätzung, wobei die letztere immer noch bedeutend überwiegt.

Demnach hat die Beurteilung des Bestandes der eingeborenen Bevölkerung hier mehr geschwankt als in allen anderen afrikanischen Schutzgebieten, und wenn sich in den letzten Jahren die Schätzung annähernd um 2 600 000 herum bewegt, so ist doch auch hierbei eine nachträglich wesentliche Korrektur nicht ausgeschlossen. Auch die Ziffern über die fremden Farbigen sind noch sehr problematisch, wie weiter unten sich ergeben wird. Soweit unsere Kenntnis bisher reicht, würde auf 1000 eingeborene Farbige noch nicht ein fremder Farbiger treffen; das heißt also, das fremde Element spielt unter den Farbigen eine viermal geringere Rolle als in Ostafrika. Noch geringer ist relativ, trotz ihrer dauernden Zunahme, das zahlenmäßige Gewicht der Weißen; doch dürfte es nicht mehr lange dauern, bis ihre Zahl jene der fremden Farbigen erreicht hat.

Bei einem Gesamtflächeninhalt des (alten) Schutzgebietes von 495 000 qkm ergibt sich eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte — deren Gesamtzahl mit 2,6 Millionen angenommen — von 4,6 pro qkm, also beiläufig der für ganz Afrika berechnete Durchschnitt oder 2½mal weniger als für Togo. Die Bevölkerung ist also anscheinend recht spärlich, und um so größer die Notwendigkeit, den nicht sehr hohen Menschenbestand nicht nur zu schonen, sondern auch mit allen Kräften auf seine Vermehrung durch eine gesunde Eingeborenenpolitik, insbesondere durch Hebung der sanitären Verhältnisse hinzuarbeiten.

Digitized by Google

3. Eingeborene farbige Bevölkerung.

Ueberblickt man die seitenlangen Zahlenangaben, die von den Denkschriften seit 1906/07 für die Stämme der eingeborenen farbigen Bevölkerung geboten werden, auf ihre statistische Verwertbarkeit, so hat man das Gefühl, als wiese einem jemand eine Zahl von Rauhstämmen, einige Haufen von Prügel- und Astholz nebst einigen Haufen Bruch- und Ziegelsteinen vor mit dem Auftrag, hieraus ein Haus zu bauen. Abgesehen davon, daß für manche Stämme, die in früheren Jahren — wie zum Beispiel jene in der Umgebung von Rio del Rey — anscheinend genau gezählt worden sind, diese Angaben später wieder in Wegfall kommen, so stößt man auch im übrigen auf die mannigfachsten Schwierigkeiten. So gehen die Angaben für manche Stämme, die früher vollständig einem Bezirk einverleibt wurden, dadurch wieder verloren, daß sie verschiedenen Bezirken zugeteilt wurden und nur in einem derselben später wieder gezählt wurden. Oder es werden in einem Bezirk plötzlich nicht mehr die einzelnen Stämme, sondern die Bewohner einzelner Landschaften und Orte gezählt. Ferner werden in den Uebersichten zum Teil auch fremde Farbige — Haussa, Araber — mitgezählt, die im übrigen in den Tabellen der fremden Farbigen mit aufgeführt sind. Ja, einmal werden sogar „Nichtkameruner" unter den eingeborenen Farbigen mit aufgeführt! So ergibt sich schon beim ersten Ueberblick eine heillose Verwirrung.

Bei der Masse des Materials war, wie oben erwähnt, eine gewisse Auslese unerläßlich. Sie wurde in der Weise versucht, daß in der folgenden Tabelle eine gewisse Anzahl von Stämmen aufgeführt ist, die zu den bekannteren gehören und infolge höherer Kopfzahl eine gewisse Bedeutung beanspruchen können, und für die Angaben aus mehreren Jahren vorliegen. Dabei mußte die Gesamtkopfzahl stets erst ermittelt werden, da die Tabellen der Denkschriften sich dieser Mühe nicht unterzogen haben. Das Ergebnis der Zusammenstellung ist, vom Standpunkt der statistischen Forschung aus betrachtet, sehr niederdrückend.

So schwankt die Zahl der Duala, jenes Stammes, mit dem die Behörden doch seit Erwerbung des Schutzgebietes am meisten in Berührung gekommen sind, und dessen Wohnsitze unter den Augen des Gouvernements liegen, von 22 000 über 15 000 auf 32 400; von einem Berichtsjahr zum anderen (1911/12 auf 1912/13) ist ihre Kopfzahl gerade um das Doppelte erhöht. Die Jaunde, deren Zahl die Wissenschaft auf 300 000 schätzt, und von denen der Jahresbericht 1907/08 erwähnt, daß sie allein 20 000 bis 25 000 Träger stellen, wurden vom Bezirk Jaunde 1906/07 auf 4200, 1907/08 auf 11 000, 1910/11 auf 61 000 geschätzt! Aehnlich verhielt es sich mit den Bane, die 1907/08 auf 6000 geschätzt, 1910/11 mit fast 36 000 gezählt wurden, oder den Wute, deren Kopfzahl von 5500 in 1907/08 auf 20 500 in 1912/13 hinaufgesetzt wurde. Den Tikar, vom Bezirk Joko 1906/07 auf 1620 geschätzt, sprach man 1912/13 im Bezirk Banjo 6500 Köpfe zu. Die Dibamba schätzte man im Bezirk

Digitized by Google

Tabelle XIV.

Bezirk	Jahr	Männer	Weiber	Kinder	Zusammen	Bemerkungen
			Duala			
Duala.....	1906/07	—	—	—	ca. 22000	geschätzt
	1907/08	—			15031	gezählt
	1908/09	4712	14175		18887	"
	1909/10	4813	5338	5740	15891	"
	1910/11	4813	5338	5740	15891	"
	1911/12	5988	6200	4062	16250	"
	1912/13	7885	8310	16195	32390	"
			Abo			
Duala.....	1906/07	—	—	—	ca. 12000	geschätzt
	1907/08	—			14844	gezählt
	1908/09	2776	11004		13780	"
	1909/10	3820	3642	3152	10614	"
	1910/11	3820	3642	3152	10614	"
	1911/12	4370	5959	5468	15797	"
	1912/13	4492	6069	5057	15618	"
			Wuri			
Duala.....	1906/07	—	—	—	ca 7-8000	geschätzt
	1907/08	—			4052	gezählt
	1908/09	1276	3790		5066	"
	1909/10	1581	1575	1197	4353	"
	1910/11	1581	1575	1197	4353	"
	1911/12	1393	1581	1741	4715	"
	1912/13	1629	2221	1851	5701	"
			Njanga			
Duala.....	1909/10	2238	2148	1784	6170	gezählt
	1910/11	2238	2148	1784	6170	"
	1911/12	2336	2482	2730	7548	"
	1912/13	2313	3154	2628	8095	"
			Dibamba			
Duala.....	1906/07	—	—	—	ca. 1000	geschätzt (m. Lungasi)
	1907/08	—			(!) 292	?
	1908/09	2876	8725		11601	gezählt
	1909/10	2753	3064	2099	7916	"
	1910/11	2753	3064	2099	7916	"
	1911/12	2559	3198	3402	9159	"
			Bakwiri			
Buea.....	1907/08	3414	3873	2692	9979	gezählt, dazu noch eine unbekannte Anzahl im Bezirk Victoria
	1908/09	3500	4800	5000	13300	geschätzt
	1909/10	3500	4800	5000	13300	"
	1910/11	2970	3161	2202	8333	gezählt
	1911/12	5903	3161	2214	11278	"
	1912/13	3259	3162	2214	8635	"

Digitized by Google

Bezirk	Jahr	Männer	Weiber	Kinder	Zusammen	Bemerkungen
			Batanga			
Kribi	1907/08	1226	1417	1329	3972	gezählt ?
	1908/09	1230	1410	1429	4069	"
	1909/10	1230	1420	1429	4079	"
	1910/11	1230	1420	1430	4080	"
	1911/12	1200	1400	1400	4000	geschätzt
	1912/13	1200	1400	1400	4000	"
			Mabea			
Kribi	1907/08	2963	3379	1805	8147	gezählt ?
	1908/09	2963	3379	1810	8152	"
Kampo	1908/09	966	894	519	2379	"
Kribi	1909/10	2963	3379	1810	8152	"
	1911/12	2000	2300	1800	6100	" ?
	1912/13	2877	3119	2231	8227	"
			Ngumba			
Kribi	1907/08	4841	5913	3667	14421	gezählt
	1908/09	5240	6113	3857	15210	"
	1909/10	5248	6123	3867	15238	"
	1911/12	4000	5000	4200	13200	geschätzt
	1912/13	4000	5000	4200	13200	"
			Bulu			
Kribi	1907/08	1891	2687	1358	5936	gezählt
	1908/09	2405	2887	1458	6750	"
	1911/12	2000	2400	2000	6400	geschätzt
	1912/13	2000	2400	2000	6400	"
Ebolowa	1911/12	21806	27212	19981	68999	gezählt
	1912/13	21797	27239	19217	68253	
			Jaunde			
Jaunde	1906/07	1600	2600		4 200	geschätzt
	1907/08	—	—		10 865	gezählt
	1910/11	15707	21 736	23 473	60 916	"
Kribi	1910/11	80	70	60	210	geschätzt
			Bane			
Jaunde	1906/07	4200	5800		10 000	geschätzt
	1907/08	—	—		6 117	gezählt
	1910/11	9586	13 023	13 074	35 683	"
	1912/13	9586	13 023	13 074	35 683	"
			Wute			
Joko	1907/08	—	—	—	5 515	gezählt
	1908/09	—	—	—	5 500	geschätzt
Jabassi	1911/12	463	410	268	1 141	geschätzt (?)
	1912/13	6340	7800	6400	20 540	gezählt (?)
			Jebekolle			
Akonolinga	1908/09	5000	5000	5000	15 000	geschätzt
Lomie	1909/10	—	—	—	2 000	"
Jabassi	1911/12	3322	3959	2821	10 102	gezählt
	1912/13	6200	6400	4987	17 587	gezählt (?)

Digitized by Google

Bezirk	Jahr	Männer	Weiber	Kinder	Zusammen	Bemerkungen
			Tikar			
Joko	1907/08	—			1620	geschätzt
Banjo	1910/11	1531	1622	1641	4794	"
Jabassi	1911/12	772	902	512	2186	geschätzt (?)
Banjo	1911/12	1531	1622	1641	4794	"
	1912/13	2500	2500	1500	6500	geschätzt
			Keaka			
Ossidinge ...	1906/07	1235	1430	1435	4100	gezählt
	1907/08	1235	1500	1800	4535	geschätzt
	1909/10	—	4600		5500	"
	1911/12	1400			6000	"
	1912/13	1402	4598		6000	gezählt (?)
			Banjang			
Ossidinge ...	1906/07	800	1020	1600	3420	geschätzt
	1907/08	800	1000	1200	3000	"
	1909/10	2320	3680		6000	"
	1912/13	2320	680		6000	"
			Badjuë			
Lomie	1909/10				7 614	gezählt
	1911/12	3063	4194	3149	10 406	"
	1012/13	2063 (!)	4194	3149	9 406	"
			Fang			
Lomie	1912/13	563	702	420	1685	gezählt
Ebolowa...	1912/13	5141	6236	3734	15111	"
			Maka			
Akonolinga	1908/09	1000	1000	1000	3000	geschätzt
Dume	1908 09	11187	11870	15029	38086	gezählt
	1910/11	11422	11758	15980	39160	"

Duala mit den Lungasi 1906/07 auf zirka 1000, 1908/09 sind ihrer allein 11 000, 1909/10 7900, 1911/12 schon wieder 9000 gezählt worden.

Außerdem zeigt sich in der Tabelle nicht selten das wenig vertrauenswürdige Spiel mit Zahlen, wie es schon die Angaben über die ostafrikanischen Stämme offenbart haben. Da soll z. B. bei den Bakwiri die Zahl der Frauen und Kinder 1911/12 und 1912/13 sich genau gleichgeblieben sein, während die Männer in diesem Zeitraum eines Jahres von 5903 auf 3259 sich vermindert hätten. Die Mabea sollen 1907/08 und 1908/09 gleich viel Männer und Frauen aufgewiesen, die Zahl ihrer Kinder aber um gerade fünf zugenommen haben. Auffällig ist auch die Zunahme der Frauen von 2687 auf 2887, der Kinder von 1358 auf 1458 bei den Bulu von 1907/08 auf 1908/09, die Zunahme der Männer von 1400 auf 1402, die Abnahme der Frauen und Kinder von 4600 auf 4598 bei den Keaka von 1911/12 auf 1912/13, die Verminderung der Männer von

Digitized by Google

3063 auf 2063 bei den Badjue von 1911/12 auf 1912/13. Dabei handelt es sich hier nicht um Schätzungen, sondern um Zählungen, wie die den Tabellen der Denkschriften beigefügten Bemerkungen genau ersehen lassen. Derartige Auffälligkeiten zeigen sich bei genauerer Verfolgung der Ziffern noch mehrfach, ohne daß sich eine plausible Erklärung dafür bieten ließe. Daß gerade bei den farbigen Stämmen unserer Schutzgebiete fortgesetzt das so seltene Spiel des Zufalls walten sollte, will doch nicht recht einleuchten.

So getraut man sich also auch hier wieder nicht recht an Schlußfolgerungen aus dem gebotenen Material heranzutreten. Immerhin scheinen sich doch gewisse Grundzüge in den Zahlen auszuprägen. Dahin gehört vor allem der fast ausnahmlos zu beobachtende erhebliche Ueberschuß von Weibern, der teilweise sogar 20 Prozent überschreitet. Ob diese Erscheinung in einem Ueberwiegen der weiblichen Geburten oder in einer günstigeren Sterblichkeit des weiblichen Geschlechtes ihre Ursache hat, wird sich erst entscheiden lassen, wenn wir eine Ausscheidung der Geschlechter auch bei den Kindern, oder besser noch bei den Geburten selbst besitzen. Sehr bemerkenswert ist ferner der gewaltige Unterschied, der bei den einzelnen Stämmen in dem Anteil der Kinder an der Gesamtzahl hervortritt. Während z. B. bei den Maka die Zahl der Kinder zu jener der Erwachsenen etwa wie 3 : 4 sich verhält und bei den Duala wenigstens nach der letzten Zählung beide Gruppen sich sogar die Wage halten, ist im übrigen die Kinderzahl eine auffallend geringe. Zum Teil sinkt sie bis auf ein Drittel der Zahl der Erwachsenen herab, d. h. sie ist so gering, daß geradezu die Erhaltung des Stammes gefährdet erscheint. Diese wenig erfreuliche Erscheinung wird auch von den Denkschriften hin und wieder hervorgehoben. Es ist die Frage, ob physische Eigenschaften der Farbigen hieran die Schuld tragen, oder ob die Ursache mehr in wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen ist. Im ersteren Fall läge die Sache ziemlich hoffnungslos; im letzteren Fall könnte eine zielbewußte Bevölkerungspolitik mit der Ursache wohl auch die Folge beseitigen. So ist, wie bekannt, der massenhafte Trägerdienst, der einen bedeutenden Teil der männlichen Bevölkerung von der heimischen Scholle und der Familie dauernd fernhält, einer gesunden Vermehrung der Bevölkerung sehr hinderlich. Nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar insofern, als der Trägerdienst auch zur Verbreitung der Geschlechtskrankheiten ungemein viel beiträgt. Die hohe Zahl geschlechtlicher Erkrankungen, die auch ihrerseits wieder die Kinderzahl abträglich beeinflußt, wird ja auch von den Medizinalberichten immer wieder hervorgehoben. Jedenfalls bildet die geringe Kinderzahl fast aller Stämme Kameruns ein äußerst beachtenswertes Moment, dem gar nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werden kann. Man ist versucht, eine Besserung dieser Verhältnisse als das wichtigste und schwerwiegendste Problem unserer gesamten Kolonialpolitik in Kamerun zu betrachten. Denn da Afrika überhaupt relativ schwach bevölkert ist, eine Einführung von Arbeitskräften aus anderen Gebieten des Kontinents somit sich von selbst verbietet, und da ferner das tropische Klima des Schutzgebietes Weißen die dau-

Digitized by Google

ernde Ansiedlung unmöglich macht, so ist das gesamte Wirtschaftsleben von dem Vorhandensein genügender einheimischer Arbeitskräfte schlechthin abhängig. Die nächsten Aufgaben bilden also einerseits die allmähliche Beseitigung des Trägerwesens, andererseits eine intensive Einwirkung auf die hygienischen Verhältnisse der Eingeborenen. Mit anderen Worten: wir brauchen Verkehrsmittel und Aerzte.

Die Reihenfolge der Jahre, für die die erwähnten, ohnehin wenig zuverlässigen Zählungen der Eingeborenen zur Verfügung stehen, ist noch zu kurz, um zu erkennen, ob die seitherigen Bemühungen der Verwaltung in diesen Richtungen bereits einen Erfolg zu verzeichnen haben. Die nächsten Jahre werden dies möglicherweise schon ersehen lassen. Immerhin scheinen in diesem kurzen Zeitraum der Beobachtung die Verhältnisse wenigstens sich nicht verschlimmert zu haben. Auch mag man der Hoffnung Raum geben, daß bei den der Zählung bisher nicht unterworfenen, aber wohl weit volkreicheren Stämmen des Inlandes, besonders des Graslandes, z. B. bei den Laka, der junge Nachwuchs günstigere Ziffern aufweisen werde.

4. Nichteingeborene Farbige und Mischlinge.

Seit dem Berichtsjahr 1906/07 sind Versuche gemacht worden, die Zahl der nichteingeborenen farbigen Bevölkerung in den einzelnen Bezirken festzustellen; seit der Neugestaltung der amtlichen Jahresberichte, d. h. seit 1909/10, werden auch Angaben über die Mischlingsbevölkerung geliefert. Mit beiden Tabellenreihen läßt sich aber statistisch recht wenig anfangen. Zunächst steht an ihrer Spitze der Vermerk „soweit Erhebungen stattgefunden haben", womit also von Anbeginn an der Anschauung vorgebeugt werden wollte, als machten die Tabellen auf Vollständigkeit und Genauigkeit Anspruch. Leider aber ist der räumliche Bereich, auf den sich die Ermittlungen beziehen, in jedem Jahre verschieden gewesen, und da mit den Bezirken und deren Grenzen bei ihrer fortdauernden Veränderung auch im einzelnen die territoriale Grundlage gewechselt hat, so ist fast jede Vergleichbarkeit der Ziffern für die einzelnen Jahre aufgehoben. Der nachfolgenden Zusammenstellung gebührt daher auch nur eine recht geringe Wertschätzung:

Tabelle XV.

a) Nicht eingeborene farbige Bevölkerung

Herkunftsland	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13
Togo	136	363	215	252	153	455	375
Liberia	473	1668	383	868	165	1230	871
Goldküste	102	230	73	113	61	157	171
Sierra Leone	165	88	38	60	20	70	60
Nigerien	—	68	18	30	11	152	74
Kongo	4[1])	272[2])	34[2])	209[2])	12[2])	239[3])	372[3])
Tripolis	—	—	—	22	22	15	17
Sonstige	131	1	25	23	51	115	215
zusammen	1011	2690	786	1577	603	2433	2155
(Haussa	456[4])	455[4])	405[4])	622[5])	100[6])		

Anmerkung: [1]) Gabun. [2]) Gabun und Kongo [3]) Gabun (französisch Kongo) und belgisch Kongo. [4]) Bezirke Joko und Banjo. [5]) Davon ca. 580 im Bezirk Kusseri. [6]) Davon ca. 580 im Bezirk Kusseri, 422 im Bezirk Banjo.

Digitized by Google

b) Mischlingsbevölkerung

	Männer	Weiber	Kinder	zusammen	
1909/10	6	3	23	32	5 Bezirke
1910/11				101	8 „
1911/12	12	10	63	85	6 „
1912/13	14	11	85	110	19 „

Die Zusammenstellung läßt zum mindesten erkennen, aus welchen Gebieten im wesentlichen der Zuzug fremder Farbiger nach Kamerun herrührt. An erster Stelle steht durchweg die Negerrepublik Liberia, speziell ihre Hauptstadt Monrovia; dieser Staat liefert die auf der ganzen westafrikanischen Küste unentbehrlichen Krujungen. An zweiter Stelle stehen im allgemeinen die englischen Gebiete, von denen die Goldküste und Sierra Leone ihr Menschenmaterial zur See anliefern, während das an Kamerun angrenzende Nigerien auch binnenwärts nicht geringe, wenn auch statistisch größtenteils nicht festgestellte Menschenmengen nach Kamerun entsendet. Die plötzliche Zunahme der Nigerier im Jahre 1909/10 ist insofern nur eine scheinbare, als von den dort aufgeführten 113 Leuten nicht weniger als 109 auf den Bezirk Garua fallen, für den vorher keine Angaben vorlagen. Die Angehörigen des französischen und des belgischen Kongogebietes sind nicht ausgeschieden. Ihre Zahl schwankt infolge des verschiedenen räumlichen Umfanges der Erhebungen. Ueber die Arbeitskräfte, die Togo dem Schutzgebiet zur Verfügung stellt, ist bei der Darstellung von Togo schon gesprochen worden.

Eine besondere Bemerkung verdienen die Haussa. Sie sind offenbar bis 1910/11 als Fremde behandelt worden, werden aber seither nicht mehr aufgeführt, woraus zu entnehmen ist, daß man sie jetzt zu den eingeborenen Farbigen rechnen will. Ihre Ziffern sind denkbarst fraglich; denn während bis 1908/09 auf den Bezirk Banjo ihrer 2000 angenommen wurden, ist diese Zahl 1910/11 auf 422 zusammengeschmolzen, während die Angaben für 1909/10 dieses Gebiet überhaupt nicht mit umfassen. Da sie aber auch in den Tabellen der eingeborenen Farbigen nicht umfassender aufgenommen sind, so geht es ihnen wie den Fledermäusen, die weder von den Vögeln noch von den Säugetieren anerkannt werden. Und doch heben sich die Haussa so stark von den übrigen Farbigen ab, daß gerade bei ihnen die zahlenmäßige Feststellung verhältnismäßig leicht fiele; und letztere wäre gerade bei ihnen deshalb von Interesse, weil sie nicht nur ein wirtschaftlich bedeutungsvolles Element darstellen, sondern auch ihr von den Jahresberichten mehrfach erwähntes allmähliches Vordringen nach Süden und der Küste zu unsere vollste Beachtung verdienen würde.

Am zahlreichsten sind die fremden Farbigen — abgesehen von den Haussa — naturgemäß in den Küstenbezirken — Duala, Buea, Kribi — vertreten, wo sie nicht nur in den Pflanzungen und im Handel, sondern zeitweise auch bei den von der Küste ins Innere angelegten Bahnen Beschäftigung fanden und finden. Aber auch im Südosten des Schutzgebietes, in den Bezirken Lome bzw.

Digitized by Google

Jukaduma, sind seit Jahren größere Mengen festgestellt worden. Da bei den dort ausgeführten Wege- und Flußreinigungsbauten, soviel bekannt, überwiegend einheimische Arbeitskräfte verwendet werden, so scheinen die Fremden im wesentlichen im Handelsbetrieb tätig zu sein. Im übrigen bietet die Ausscheidung der letzteren nach Bezirken wenig Interesse, da nur für einen wechselnden Teil der Bezirke fortlaufende Angaben vorliegen. Einige Anhaltspunkte wird ferner die unten folgende Betrachtung der beruflichen Gliederung liefern.

Die spärlichen Angaben über die Mischlingsbevölkerung, für die übrigens eine Begriffsbestimmung nirgends gegeben wird, haben höchstens als Anfang einer künftigen statistischen Erhebung Interesse. Ihre Zahl scheint äußerst gering zu sein, denn auch bei der letzten Erhebung, die fast das gesamte Schutzgebiet umfaßt, wurden nur 110 festgestellt. Wenn man erwägt, daß 1910/11 in nur 8 Bezirken nahezu ebensoviel Mischlinge (101), im nächsten Jahr in 6 Bezirken nur 85 gezählt wurden, so ließe sich daraus sogar auf eine Abnahme der Zahl schließen. Daß unter ihnen die Erwachsenen gegenüber den Kindern eine ganz untergeordnete Rolle spielen, ergibt sich, wie schon bei Südwestafrika des näheren angedeutet wurde, aus der Natur der Sache. Auch hier scheint aber, als ob die Mischlinge in höheren Lebensjahren einigemal einfach den Eingeborenen zugezählt wurden, da sonst eine Anzahl der Kinder in späteren Jahren zu den Erwachsenen hinzutreten, und deren Zahl erhöhen müßte. Die überwiegende Zahl der Mischlinge — über die Hälfte von ihnen — konzentriert sich in den beiden Bezirken Duala und Kribi, die auch die größte Anzahl von Weißen aufzuweisen haben.

5. Berufliche Verhältnisse.

Ueber die Art der Beschäftigung der Farbigen unseres Schutzgebietes besitzen wir begreiflicherweise erst noch recht unvollständige Angaben. Immerhin lassen sowohl einzelne verstreute Notizen, wie auch mehr oder weniger fortlaufende Erhebungen einen Schluß ziehen auf das Maß, in dem die Arbeitskräfte der Kolonie zu den öffentlichen und privaten Wirtschaftsaufgaben herangezogen werden. Der Jahresbericht 1907/08 erwähnt einmal, daß die Zahl der für Plantagen, Eisenbahnbau u. dgl. abkömmlichen erwachsenen männlichen Bevölkerung, unter Abzug der für das eigene Wirtschaftsleben der Eingeborenen erforderlichen Arbeitskräfte, auf zirka 21 000 Menschen geschätzt werde. Dabei hatte der Jahresbericht diese Zahl allein für den Stamm der Jaunde auf zirka 6000 Mann angegeben. Spätere Beobachtungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die ersterwähnte Ziffer hinter der Wirklichkeit wohl nicht unbeträchtlich zurückbleibt. Denn die Denkschrift 1910/11 gibt an, daß allein der Kautschukhandel im Süden des Schutzgebietes jahraus, jahrein zirka 20 000—30 000 Träger und mehrere Tausend Händler beansprucht. Auch hören wir, daß z. B. beim Bau der Mittellandbahn im März 1911 nicht weniger als zirka 7000 eingeborene Arbeiter beschäftigt waren.

Digitized by Google

Speziell über die farbigen Arbeiter der Plantagen haben wir für einige Jahre fortlaufende Angaben, die im folgenden zusammengestellt sind. Die Gliederung nach Verwaltungsbezirken, die allerdings für die späteren Jahre wieder zu vermissen ist, wurde hier beibehalten, weil sie einen Einblick in die örtliche Verteilung der Plantagenarbeiten ermöglicht.

Tabelle XVI.

	Victoria-Buea	Ossidinge	Johann-Albrechtshöhe	Kribi	Eden	Lolodorf	Rio del Rey	zusammen
1903	4585	40	30	262				4 917*)
1904	8098	25	380	356	18			8 877
1905	7819	35	380	594	100	52		8 980
1906	5075	45	846	932	14	111		7 023
1907	6651	50	1155	1100	197	152	350	9 665
1908	5950	35	1061	909	204			8 159
1909								9 390
1. 1. 1911								10 415
1. 1. 1912								13 272
1. 1. 1913								17 827

Auffällig ist hier vor allem der ungemein starke Rückgang der Plantagenarbeiterschaft im Bezirk Victoria—Buea, von 1905 auf 1906 um mehr als die Hälfte; von diesem Rückgang trifft allein eine Kopfzahl von 1400 auf die Plantagen der westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Victoria. Auch von 1907 auf 1908 ist noch einmal ein Sinken der Arbeiterzahl zu bemerken, und erst von da ab steigt die Zahl konstant bis auf das Doppelte. Wenn man die Schwankungen der früheren Jahre noch als ein Zeichen der Unsicherheit der Plantagenunternehmungen betrachten muß, so zeigen die steigenden Ziffern der letzten Jahre einen gesunden Aufschwung des Pflanzungsbetriebes, ungeachtet der von den Plantagenbesitzern stets beklagten Unsicherheit der Arbeiterbeschaffung. Die Jahresberichte selbst äußern sich über die erwähnten erheblichen Schwankungen nicht.

In räumlicher Beziehung läßt sich erkennen, daß seit 1904 auch der südliche Teil des Schutzgebietes und das Hinterland von Duala auf dem Gebiet der Plantagenwirtschaft eine immer erheblichere Bedeutung erlangt hat.

Darüber, in welchem Maße an den hier nachgewiesenen Arbeitermassen die fremden und die eingeborenen Farbigen beteiligt sind, geben die Angaben keinen Aufschluß. Einen gewissen Rückschluß in dieser Beziehung gestatten aber die Tabellen über die fremden Farbigen des Schutzgebietes, die, wie oben erwähnt, in den Denkschriften seit 1906/07 veröffentlicht sind. Die berufliche Ausscheidung ist zwar insofern nicht vollständig, als sie nicht die Gesamtzahl der festgestellten Farbigen umfaßt; sie ist auch nicht schlechthin für die einzelnen Jahre vergleichbar, da die Berufsgliederung ganz nach Belieben getroffen wird und daher einem dauernden Wechsel unterworfen ist.

*) Nicht vollständig.

Digitized by Google

Es waren hiernach unter

1907/08	2690	fremden	Farbigen	1681	Arbeiter	(u. Diener)
1908/09	786	„	„	328	„	„
1909/10	1577	„	„	1018	„	„
1910/11	603	„	„	195	„	„
1911/12	2433	„	„	1252	„	„
1912/13	2155	„	„	907	„	„

Wenn also auch unter den fremden Farbigen hiernach fast durchweg die Arbeiter die stärkste Gruppe bilden, so ist doch zu erwägen, daß unter diesen Arbeitern auch eine gewisse Zahl von Bahnarbeitern u. dgl. inbegriffen ist. Der nach deren Abzug verbleibende Rest stellt demnach nur einen recht kleinen Teil der für den Pflanzungsbetrieb benötigten Arbeiterzahl dar, während der weitaus größte Teil, wie hieraus notwendig zu schließen ist, aus der eingeborenen Bevölkerung sich rekrutiert.

Aehnlich verhält es sich aber auch mit den bei den öffentlichen Bauten, insbesondere den Bahnbauten, verwendeten Arbeitskräften. Hier fehlen zwar genaue Ziffern, aber die Denkschriften lassen keinen Zweifel darüber, daß auch hier die nötigen Arbeiter fast durchweg von den benachbarten eingeborenen Stämmen gestellt wurden. Endlich trifft auch für die Schutztruppe das gleiche Verhältnis zu; denn unter den für 1913 ermittelten 2155 fremden Farbigen befanden sich nur 84 Soldaten, die bei einer Etatsstärke von 1550 farbigen Mannschaften kaum in Betracht kommen.

Rechnet man diese verschiedenen Gebiete beruflicher Betätigung zusammen, so ergibt sich schon jetzt eine recht stattliche Anzahl von eingeborenen Farbigen, die im Dienst der weißen Gebieter Lohnarbeit verrichten. Daß ihre Zahl noch weiter sich steigern läßt, wenn die derzeit noch für den Trägerdienst beanspruchte Mannschaft infolge weiteren Ausbaues moderner Verkehrsmittel einer produktiveren Tätigkeit sich widmen kann, und wenn auch zahlreiche Stämme des Binnenlandes hierfür herangezogen werden können, steht wohl außer Zweifel. Die Schwierigkeit der Arbeiterfrage liegt weniger in der absoluten Zahl der verfügbaren Kräfte als darin, daß bei der so großen Verschiedenheit der klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Waldland einerseits und im Grasland andererseits die einheimischen Arbeiter nicht schlechthin von den Orten des Angebotes zu den Orten der Nachfrage überführt werden können.

VI. Schluß.

An die Verarbeitung des bisher veröffentlichten statistischen Materials[1]) ist keineswegs mit hochgespannten Erwartungen reicher wissenschaftlicher Ausbeute herangegangen worden. Davor haben schon die Erfahrungen bewahrt, die der Verfasser seinerzeit bei der Bearbeitung der Statistik der Weißen in den Schutzgebieten machen mußte und die ihn veranlaßten, schon 1900 Vor-

[1]) Beiträge zur Kolonialpolitik und Kolonialwirtschaft, 2. Jahrg., Heft 17.

Digitized by Google

schläge zur kolonialen Bevölkerungsstatistik zu machen. Nicht lange nach deren Veröffentlichung wurde die Statistik der weißen Bevölkerung der Schutzgebiete in einer Weise geregelt, die allen billigen Anforderungen genügte und die seither für den fast allzu umfangreichen und detaillierten Ausbau der Tabellen maßgebend ist. Daß man gleich feste und allgemein gültige Grundsätze nicht auch frühzeitig genug für die Statistik der Farbigen aufgestellt hat, das hat sich an deren seitherigen Gestaltung übel genug bemerkbar gemacht. Die nicht unbeträchtliche Masse von Zahlenangaben der offiziellen Denkschriften konnte bei oberflächlichem Ueberschauen zu der Hoffnung verleiten, daß ein bescheidenes Maß wissenschaftlicher Erkenntnis daraus zu gewinnen sei. Allein, wer sich in dieses Material hineinarbeitet, dessen bemächtigt sich allmählich das Gefühl, als bewege er sich im Dornbusch des inneren Australien. Er vermag nur mit Mühe die Richtung zu bewahren; der Ueberblick wird ihm verwehrt; verborgene Gruben und Fallstricke bedrohen ihn andauernd, und er glaubt nimmer, das erstrebte Ziel erreichen zu können. Mit geringen Ergebnissen kehrt er zum Ausgangspunkt zurück und konstatiert ärgerlich nur die Hindernisse, die seinem Vordringen im Wege standen. So muß auch hier zum großen Teil an die Stelle der Erkenntnis die Kritik treten. Wenn eine Statistik brauchbar sein soll, so muß sie in erster Linie zuverlässig sein. Nicht in dem Sinne, daß bei den Zählungen und Schätzungen keine Irrtümer vorkommen dürfen — eine solche Forderung wäre unerfüllbar —, wohl aber in dem Sinne, daß offenbare Unstimmigkeiten, Mißverhältnisse und Rechenfehler vermieden sind und daß nicht ein willkürliches Spiel mit Zahlen Mißtrauen gegen die ganze statistische Arbeit erweckt. Die Statistik muß ferner eine gewisse Beständigkeit aufweisen. Die einmaligen Feststellungen entbehren zwar nicht vollständig des Wertes; aber die wahre Bedeutung zahlenmäßiger Erhebungen offenbart sich erst beim Vorliegen vergleichbarer Reihen, da nur diese einen Entwicklungsgang kundzutun vermögen. Um aber die Vergleichbarkeit zu ermöglichen, ist eine sachliche und räumliche Gleichartigkeit der Zählungen vorauszusetzen, und diese wiederum ist nur denkbar bei einer planmäßigen Organisation, die nicht auf die dermals bestehenden Verhältnisse sich beschränkt, sondern auch für eine reichere Möglichkeiten eröffnende Zukunft vorausſorgt.

Diesen Forderungen entspricht dies seither veröffentlichte statistische Material über die farbige Bevölkerung nur in sehr beschränktem Maße. Hoffnungsvolle Anfänge finden keine Fortsetzung; Begriffe schwanken; Versuche mit untauglichen Mitteln werden eine Zeitlang fortgesetzt und dann wieder aufgegeben, um anderen Versuchen Platz zu machen; Möglichkeiten, die zu tauglichen Ergebnissen führen könnten, werden übersehen; die verschiedensten Grundsätze werden auch da angewendet, wo eine erhebliche Abweichung durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse nicht notwendig bedingt ist. Beispiele für alle diese Unvollkommenheiten sind im vorausgehenden genugsam enthalten. Es wurde aus dem vorhandenen Material nur so viel hier

Digitized by Google

verwendet, als eine Verwendung zu sachlichen Schlußfolgerungen oder die Grundlage für spätere wissenschaftliche Verwertung zuläßt. Ein großer Teil des Materials — wenn nicht der größte Teil — ist vergebliche Arbeit, weil er sich in keiner der beiden Richtungen verwerten läßt. Darin liegt eine gewisse Verschwendung von Zeit und Mühe. Andererseits bewirken Unterlassungen bedauerliche Lücken in unserer Kenntnis von den Kolonien, Lücken, die in der Folgezeit nie mehr werden ausgefüllt werden können. Es wäre zweifellos besser, statt alljährlicher Zählungen und Schätzungen, wenn diese nun einmal kein zuverlässiges Ergebnis liefern können, sich auf Erhebungen zu beschränken, die in gewissen, nicht allzulangen Zeiträumen sich wiederholen. Es wäre vorzuziehen, von allzu umfassenden und darum die gebotenen Möglichkeiten übersteigenden Erhebungen abzusehen und sich mit räumlich und sachlich beschränkteren Gebieten zu begnügen, für diese aber gleichmäßige und fortlaufende, darum vergleichbare Angaben zu gewinnen. Vor allem aber müßte es doch ausgeschlossen sein, daß amtliche Publikationen offenkundig unrichtige Angaben und nachweisbare Rechenfehler enthalten. Der modernen Statistik stehen ja doch schon maschinelle Apparate zur Verfügung, die derartige Versehen auszuschließen vermögen. Und sollte wirklich das aus den einzelnen Schutzgebieten einlaufende Material, das oft unter der allzu großen Schwierigkeit der gestellten Aufgabe leidet, derartige Mängel aufweisen, so könnten diese wohl bei der Aufarbeitung an der Zentralstelle rechtzeitig bemerkt und beseitigt werden; sollte das aber sich als unmöglich erweisen, so ist es besser, von der Veröffentlichung abzusehen, als durch die Publikation den Kredit der amtlichen Statistik herabzusetzen. Es werden Zeiten kommen, wo man es lebhaft bedauern wird, daß die Angaben für vergangene Jahre entweder gar nicht oder nur mit Vorbehalt zu Rate gezogen werden können.

Die Presse in den deutschen Kolonien.

Von Oberbürgermeister Dr. sc. pol. Külz, Zittau.

Es ist in Deutschland außerordentlich spät der Versuch gemacht worden, eine vollständige Darstellung von dem Werdegang des deutschen Zeitungswesens zu geben. Als dieser Versuch dann von Ludwig Salomon in den Jahren 1899 bis 1906 in seiner Geschichte des deutschen Zeitungswesens*) unternommen wurde, führte er insofern nicht zum erwünschten Ziele, als die Entwickelung von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ab unberücksichtigt blieb. Diese späte und dann auch noch unvollkommene Darstellung einer für unser Kulturleben so wichtigen Einrichtung nimmt auf den ersten Blick wunder, wenn man aber näher zusieht, ist sie begreiflich und erklärlich. Salomon erkennt in dem Vorwort zu seinem soeben erwähnten Buche den Grund für diese Erscheinung. „Wenn man das ungeheuere, schier endlose Trümmerfeld überblickt", so sagt er, „das die Zeitungsliteratur bildet, wenn man bei seinen Nachforschungen erfahren

*) Geschichte des Deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches von Ludwig Salomon. 1900. Oldenburg und Leipzig. Schulzesche Hofbuchhandlung und Hofbuchdruckerei. A. Schwartz.

Digitized by Google

muß, daß zahllose journalistische Unternehmungen, bisweilen sogar die Arbeiten mehrerer Generationen, ganz spurlos versunken sind, wenn man sieht, daß die Zeitungen einer ganzen Epoche, die des Dreißigjährigen Krieges, durch einen emsigen Forscher sozusagen erst wieder neu entdeckt werden mußten, und wenn man außerdem noch die ungeheuere Masse von nichtigen und flüchtigen Erscheinungen auf dem Gebiete des Zeitungswesens überschaut, die beständig den Weg des Forschers hemmt, so kann man sich eines gewissen Grauens nicht erwehren. Beklommen hat sich denn auch wohl mancher, der dieses Feld der Literaturgeschichte einmal betrat, wieder von ihm abgewendet; er ist zurückgeschreckt vor einem Gebiete, auf dem sich der Schutt der Jahrhunderte an vielen Stellen schon undurchdringbar gehäuft hat."

Für die neueren Entwickelungsepochen des deutschen Zeitungswesens ergibt sich demgegenüber die Forderung, beizeiten für ein geschichtliches und wissenschaftliches Festhalten der wesentlichen Erscheinungsformen zu sorgen. Eine solche Entwicklung nun, die sich ganz abseits von der breiten, alltäglich begangenen Straße vollzieht, haben wir in unsern deutschen Schutzgebieten zu verzeichnen. Ein Versuch, diesen Entwicklungsgang der heimischen Oeffentlichkeit näher zu bringen, wird manches überraschende und nicht uninteressante Ergebnis zutage fördern und wird einer späteren Zeit eine abschließende Darstellung und ein vertiefteres Urteil über dieses in weiter Ferne sich abspielenden Stückes deutschen Kulturlebens ermöglichen.

Das Kulturleben eines Volkes überträgt sich durchaus nicht, wie viele meinen, schlechthin und ohne weiteres auf das Neuland, das ein solches Volk in wirtschaftliche, politische und kulturelle Bearbeitung nimmt. Vieles entwickelt sich aus selbständigen Anfängen heraus ganz von neuem.

Diese Entwickelung führt dann oft zu völlig anderen, durch die Eigenart des Landes und der Menschen bedingten Ergebnissen als in der Heimat, aber sie wird zuweilen auch unabhängig von dem viel weiter vorgeschrittenen Entwickelungsgang der Heimat schließlich doch auf Umwegen wieder zum gleichen Endziel kommen. Die Entwickelung des Zeitungswesens unserer deutschen Kolonien bietet ein ganz verschiedenes Bild, je nachdem wir den Blick auf unsere Besitzungen an der Westküste Afrikas: auf Togo, Kamerun und Südwestafrika lenken, oder auf Deutsch-Ostafrika oder auf Samoa und Neuguinea oder schließlich auf unser ostasiatisches Pachtgebiet Kiautschou.

In Deutschland sind die ersten Anfänge der Zeitungen in den Flugblättern zu erkennen. Die Universitätsbibliothek zu Leipzig birgt das älteste, kurz nach der Erfindung der Buchdruckerkunst im Jahre 1493 erschienene Flugblatt. Das Charakteristische eines Flugblattes ist die kurze Meldung eines bestimmten Ereignisses von besonderer Bedeutung. Aelter wie das deutsche Flugblatt ist das Amtsblatt. Die **Acta diurna** unter Cäsar, welche an öffentlichen Tafeln wichtige Ereignisse dem römischen Volke amtlich kundgaben, und die **Acta senatus**, die ersten amtlichen Parlamentsberichte, sind die ersten Amtsblätter. Beide Urformen der Zeitung haben das eine Gemeinsame: sie bringen nur die einfache Meldung, sie teilen nur mit und enthalten sich zunächst jeder subjektiven Aeußerung. Beide Arten unterliegen aber derselben weiteren Entwickelung: der Mitteilung des Tatsächlichen wird bald angefügt die Kritik, die Absicht, nach der einen oder anderen Richtung Einfluß zu nehmen, bis in der modernsten Entwickelungsepoche im Vordergrund steht der verlangende Wille zur Macht, die öffentliche Meinung. Beide Urformen der Zeitung finden sich nun merkwürdigerweise in dem ersten Entwickelungsstadium der deutsch-kolonialen Presse, und zwar je nach der Kolonie teilweise nebeneinander, teilweise nacheinander; vereinzelt findet sich auch nur eine der beiden Formen.

Von einer wirklichen Entwickelung des kolonialen Pressewesens in unseren Schutzgebieten kann man eigentlich nur in Deutsch-Südwestafrika und in Deutsch-Ostafrika,

Digitized by Google

unseren beiden größten Kolonien, reden, während in den übrigen Schutzgebieten nur erst Anfänge zu einem deutschen Zeitungswesen zu verzeichnen sind. Diese Tatsache erklärt sich in erster Linie daraus, daß diese Schutzgebiete tropischen Charakter tragen und deswegen in nur geringer Zahl eine ansässige weiße bzw. deutsche Bevölkerung aufweisen, und des weiteren daraus, daß wir, obwohl formell unser kolonialer Besitz drei Jahrzehnte zurückreicht, tatsächlich doch erst seit etwa zehn Jahren wirklich Kolonialpolitik und Kolonialwirtschaft treiben.

Das Charakteristische der ersten Entwickelung liegt in den wenig mannigfaltigen Erscheinungsformen der Zeitungen. Die Unterscheidung zwischen Amtsblatt und, wenn man sich so ausdrücken will, unabhängiger Zeitung, ist eigentlich die einzige deutliche Differenzierung, die sich in der kolonialen Presse gegenwärtig findet. Eine Unterscheidung nach politischen Parteien ist nicht zu verzeichnen. Sämtliche Zeitungen stehen auf streng nationalem Boden und betonen naturgemäß stark die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen ihrer Kolonie. Gewisse Schattierungen haben sich dabei in einzelnen Schutzgebieten herausgestellt, je nachdem die eine Zeitung, zum Beispiel in Deutsch-Südwest, mehr die Interessen der Farm- und Landwirtschaft, die andere wieder mehr die Interessen des Diamantenbergbaues in den Vordergrund stellt. Auch hinsichtlich ihrer Stellung zur Regierung sind verschiedene, zum Teil in verhältnismäßig kurzer Zeit wechselnde Schattierungen zu verzeichnen. So führte in Ostafrika zum Beispiel die Presse eine Zeitlang einen heftigen Kampf gegen das Gouvernement, bzw. den damaligen Gouverneur v. Rechenberg, der zu Gegenmaßnahmen und selbst zu einer Gegengründung führte, die jedoch eine dauernde, selbständige Erscheinung nicht geblieben ist.

Die Gattung der Fachblätter ist im ersten Entstehen begriffen. Einige Versuche, völlig selbständige Fachzeitungen auf wirtschaftlichem Gebiete in den Kolonien selbst zu begründen, haben als zurzeit noch nicht erfolgversprechend wieder aufgegeben werden müssen. Dagegen finden sich im Zusammenhang mit Tageszeitungen oder als Beilage zu diesen in verschiedenen Schutzgebieten sehr beachtliche Anfänge zu einer wertvollen Fachpresse. Selbständige Erscheinungen finden sich in mehreren Schutzgebieten für das religiöse und kirchliche Leben, und zwar nicht nur in Form von Missionsblättern für die Eingeborenen, sondern auch in Gestalt von Gemeinde- und Familienblättern für die weiße Bevölkerung.

Der Nachrichtendienst für die koloniale Presse geht naturgemäß unter sehr schwierigen und noch recht mangelhaften Verhältnissen vor sich, sowohl innerhalb der einzelnen Schutzgebiete als auch von außen her nach den Kolonien. Schuld daran sind die zum Teil noch recht primitiven Verkehrsverhältnisse und die eigenartige Gestaltung des deutschen Auslandsnachrichtendienstes. Die „Deutsche Presse", das Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse, bemerkte vor kurzem (Nr. 9 vom 28. 2. 1914) in einem sehr beachtlichen Artikel mit Recht, daß wir im Verhältnis zu sonstigen Fortschritten sowohl in der Organisation des internationalen Nachrichtendienstes wie namentlich auch in der zielbewußten Förderung einer deutschen Auslandspresse beträchtlich hinter anderen Nationen zurückgeblieben sind. Wie für die heimische Presse das Wolffsche Telegraphenbureau die hauptsächlichste Quelle für Auslandsnachrichten an die heimische Oeffentlichkeit ist, so auch umgekehrt in den Kolonien. Ich möchte mich von einer Kritik der Leistungen des Wolffschen Bureaus fernhalten, die Tatsache darf jedenfalls nicht unerwähnt bleiben, daß sein ausschließlicher Dienst vielfach als großer Nachteil für die Schutzgebietspresse empfunden wird. So hat in Südwestafrika das Gouvernement mit Wolff eine Vereinbarung getroffen, die nach Ansicht der Beteiligten dem Bedürfnis eines unabhängigen Nachrichtendienstes nicht gerecht wird, obwohl in letzter Zeit eine Besserung eingetreten ist.

Digitized by Google

Versuche, die gesamten Zeitungen zu einer gemeinsamen Nachrichtenversorgung zusammenzuschließen, sind bisher immer daran gescheitert, daß die Mehrzahl nicht in der Lage ist, erheblich höhere Mittel als bisher für Telegramme auszuwerfen. So bleibt der billige Wolffsche Dienst bestehen. Die „Swakopmunder Zeitung" hat sich einen eigenen Dienst neben dem Wolffschen eingerichtet, und auch die „Lüderitzbuchter Zeitung" erhält ziemlich regelmäßig Nachrichten von Berliner Berichterstattern. Die übrigen Zeitungen sind einzig auf den Wolffschen Dienst angewiesen. Es wäre sehr zu wünschen, daß einmal ein gemeinsamer Dienst für alle Kolonien oder wenigstens für Südwest, Ostafrika und Kamerun zustande käme, der allerdings so billig sein müßte, daß auch die weniger gut rentierenden Zeitungen sich daran beteiligen könnten.

Die technische Herstellung der Zeitung stieß naturgemäß anfänglich in allen Schutzgebieten auf große Schwierigkeiten und leidet zum Teil auch heute noch unter solchen. Meist erschienen im Anfange die Blätter handschriftlich, später ging man zur Schreibmaschine über, die auch heute noch für manche Zeitungen die Herstellung besorgt, allgemein aber werden die Zeitungen gedruckt. Viele Zeitungen haben jedoch jahrelang daran gekrankt, daß sie keine eigene Druckerei hatten und ihnen deshalb von bestehenden Druckereien Druckpreise abgefordert wurden, die wesentlich höher waren, als die Kosten einer eigenen Druckerei gewesen wären. In Südwest hatte lange Zeit z. B die Swakopmunder Buchhandlung als einzige Druckerei ein Monopol für den Zeitungsdruck. Heute noch werden „Die Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung", Die Zeitung „Südwest" und das „Evangelische Gemeindeblatt" sowie die „Keetmanshooper Zeitung" von der Druckerei dieser Buchhandlung bzw. von ihren Filialen gedruckt. Die Bedingungen sind allerdings gegen früher wesentlich günstiger geworden. Das Amtsblatt und „Der Südwestbote" werden von der Windhuker Druckereigesellschaft gedruckt. Die „Lüderitzbuchter Zeitung" ist in Südwest die einzige, welche sich eine eigene Druckerei dadurch geschaffen hat, daß sie die Filiale der Druckerei der Swakopmunder Buchhandlung im Jahre 1911 käuflich übernahm. Eigene Druckereien haben in den meisten Schutzgebieten die Missionen, aber oft unter recht primitiven Verhältnissen.

Die Abonnentenzahl sämtlicher kolonialen Zeitungen ist im Hinblick auf die verhältnismäßig geringe weiße Bevölkerungsziffer von vornherein beschränkt, und die Auflagen der Schutzgebietszeitungen sind deswegen, verglichen mit der heimischen deutschen Presse, nur klein. Immerhin haben sich verschiedene Blätter einen ganz beachtlichen Abonnentenkreis auch außerhalb des Schutzgebietes sowohl in der Heimat wie in anderen Ländern gesichert.

Der Bezugspreis der Zeitungen ist durchschnittlich hoch, weil die Kosten der Herstellung, Arbeitslöhne, Material usw. in den Kolonien ausnahmslos höher einstehen als in der Heimat. Aus den gleichen Gründen bewegen sich auch die Inseratenpreise fast ausnahmslos auf einer Höhe, die im heimischen Zeitungswesen unbekannt sind. Einige Blätter, die unter verhältnismäßig günstigeren Bedingungen arbeiten, haben jedoch in der letzten Zeit hier eine Ermäßigung eintreten lassen.

Ueber Gang und Stand der Entwickelung der kolonialen Presse gibt nun ein Blick auf die einzelnen Schutzgebiete selbst nähere Auskunft.

Ganz in den Anfängen bewegt sich das Pressewesen im Schutzgebiet Togo.

In Togo wurden zunächst die wichtigeren Ereignisse durch Rundschreiben von Haus zu Haus und von Ort zu Ort zur öffentlichen Kenntnis gebracht, also ganz die Form des deutschen, mittelalterlichen Flugblattes. Der gleichen Art der Bekanntmachung bediente sich die Regierungsbehörde bei ihren Verordnungen. Dieser Zustand hat in Togo bis Ende des Jahres 1905 gedauert, weit länger, als dies im Interesse des Landes wünschenswert war, denn das Schutzgebiet entbehrte bis zu diesem Jahre jeder Zeitung, obwohl die englischen und französischen Nachbargebiete längst solche besaßen. Der Zustand mußte naturgemäß mit den schwersten Unzuträglichkeiten im persönlichen, wirt-

Digitized by Google

schaftlichen und amtlichen Leben verbunden sein. Schließlich entschloß sich das Gouvernement, dem Mangel eines zeitgemäßen Publikationsorgans selbst abzuhelfen, indem es ein „Amtsblatt für das Schutzgebiet Togo" herausgab. Die erste Nummer dieses Blattes erschien am 8. Januar 1906. Die Aufgabe, die diesem neuen Amtsblatte gestellt wurde, ist in der ersten Nummer wie folgt kurz zusammengefaßt:

„In einem amtlichen Teil werden veröffentlicht werden alle im Schutzgebiet erlassenen Verordnungen und Bekanntmachungen, Nachrichten der Postbehörde, Verkehrsnachrichten, statistisches Material über die monatliche Ausfuhr an wichtigeren Produkten über die Seegrenze, Mitteilungen über die Beratungen des Gouvernementsrats, Nachrichten über Eintreffen und Verwendung von Beamten, Heimreise von Beamten. Im nichtamtlichen Teile werden zum Abdruck gelangen Mitteilungen und Aufsätze, welche für das Schutzgebiet von allgemeinerem Interesse sind, wie die monatlichen Regenmessungen der Stationen, Nachrichten über Nutzpflanzen und deren Verwertung, Berichte der Regierungsärzte über wichtigere Krankheiten, Anleitungen zu deren Verhütung bzw. Bekämpfung, Berichte über geologische Forschungen, Nachrichten über Sprache, Sitten und Rechtsanschauungen der Eingeborenen."

Diese Ziele verfolgt im allgemeinen das Amtsblatt noch heute. Vorübergehend wurde der Versuch gemacht, das Amtsblatt unterhaltender zu gestalten. Die ursprüngliche Gliederung in einen amtlichen, einen nichtamtlichen und einen Anzeigenteil erfuhr im Juli 1910 eine Aenderung insofern, als jeder Ausgabe eine aus Strichklischees mit Begleittexten zusammengestellte Unterhaltungsbeilage beigegeben wurde. Diese Beilage litt jedoch stark an technischen Mängeln und fand um so weniger Anklang, als genügend europäische illustrierte Zeitschriften in das Schutzgebiet eingeführt wurden. Sie ging deswegen bereits nach 1¼ Jahren wieder ein. Dagegen werden mittels einer seit Mitte Mai 1909 erscheinenden besonderen Telegrammausgabe die aus Europa fortlaufend eingehenden Preßtelegramme veröffentlicht.

Die Schriftleitung lag von Anfang an und liegt auch heute noch in den Händen des Kaiserlichen Gouvernements.

Der Druck erfolgte zunächst in einer kleinen, beim Gouvernement eingerichteten Handdruckerei. Als Personal standen nur einige junge, des Deutschen nur teilweise mächtige Eingeborene zur Verfügung, die erst mühsam durch weiße Beamte, die im Setzen und Drucken ebenfalls vollkommene Laien waren, ausgebildet werden mußten. Im Jahre 1912 wurde aus finanziellen Gründen die Druckerei des Gouvernements aufgehoben. Seit 1. April 1912 erfolgt die Herstellung des Amtsblattes durch die Handwerkerschule der katholischen Mission in Lome, der, abgesehen von besseren maschinellen Einrichtungen, auch ein weißer Setzer und Drucker zur Verfügung stehen.

Der Bezugspreis des ursprünglich zweimal im Monat, in der Regel am 8. und 23. Tage, erschienenen Blattes betrug bis Ende 1908 vierteljährlich 2 Mark. Vom IV. Jahrgang (1909) an erscheint das Blatt wöchentlich am Sonnabend. Seitdem ist der Bezugspreis festgesetzt auf halbjährlich 6 Mark, während für die Telegrammausgabe ein besonderer Preis von jährlich 20 Mark zu entrichten ist.

Die Auflagenhöhe blieb sich, da der Absatz bei der Beschränkung auf amtliche Veröffentlichungen und der geringen Zahl von im Schutzgebiet ansässigen Europäern naturgemäß ein recht begrenzter ist, bis jetzt gleich; sie beträgt 400 Stück.

Das Amtsblatt für das Schutzgebiet Togo ist bis heute noch die einzige im Schutzgebiet hergestellte Zeitung von allgemeinem Interesse. Seit etwa drei Jahren gibt die katholische Mission in Lome eine in Ewe-Sprache gedruckte Monatsschrift, den „Mia holo" (Unser Freund) heraus. Der Leserkreis dieser Schrift beschränkt sich auf die Anhänger dieser Mission unter der eingeborenen Bevölkerung.

Auch in Kamerun liegt das Schwergewicht des Zeitungswesens noch fast ausschließlich beim Amtsblatt. Kamerun hat seit 1908 ein Amtsblatt. Bis dahin wurden auch

Digitized by Google

dort wichtige Mitteilungen und Anordnungen entweder mündlich oder durch Einzelschreiben verbreitet. Neben diesem Amtsblatt besteht seit 1912 eine weitere Zeitung, „Die Kamerun-Post"! Sie ist das einzige unabhängige Organ für das Schutzgebiet und versucht, die wirtschaftlichen Interessen nicht nur Kameruns, sondern auch Togos zu vertreten. Sie ist 1912 von Otto Franz Ph. Waizmann und E. Nestmann gegründet worden. Redakteur ist Ph. Waizmann. Das Blatt erscheint wöchentlich zweimal, Mittwochs und Sonnabends, und kostet vierteljährlich 5 Mark. Um ein völlig abschließendes Urteil über das Blatt äußern zu können, ist die Zeit noch zu kurz. Jedenfalls wird es trotz der entstehenden Verkehrs- und technischen Schwierigkeiten für den weiteren Verlauf der Entwickelung von Kamerun nicht unwesentlich sein, ob sich ein freies Organ wird halten können oder nicht.

Wenig entwickelt ist das Pressewesen auch bei den Schutzgebieten der Südsee, d. h. in Deutsch-Neuguinea und Samoa.

In Neuguinea, das auf seinen mehreren Inselgruppen insgesamt etwa 1400 Weiße zählt, besteht als einzige Zeitung das „Amtsblatt für das Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea". Das Blatt ist 1909 vom Kaiserlichen Gouvernement gegründet worden und wird von ihm redigiert. Im Gründungsjahre betrug die Auflage 500 Stück. Gegenwärtig, im VI. Jahrgange des Erscheinens, hat das Blatt 600 Abonnenten, wovon 500 Exemplare im Schutzgebiete, die übrigen aber in Australien, Ostasien, Japan und in Deutschland gelesen werden. Der Umfang einer Nummer betrug bei kleinem Format im Jahre 1909 etwa 4 bis 12 Seiten, gegenwärtig beträgt er bei großem Format etwa 16 Seiten. Die Druckerei des Amtsblattes steht merkwürdigerweise seit ihrer Gründung unter der Leitung eines Nichtfachmannes, der die technischen Arbeiten sämtlich durch selbstangeleitete, melanesische Eingeborene des Bismarck-Archipels ausführen läßt. Die Blätter zeigen, daß sich das Amtsblatt in diesen 6 Jahren aus einem reinen Anzeigenblatt entwickelt hat zu einer Zeitung, in welcher der amtliche Publikationsteil zurücktritt gegen den nichtamtlichen Teil, der recht wertvolle wirtschaftliche und handelspolitische Ausführungen, zu einem kleinen Teile auch Inserate enthält. Es ist das Charakteristische der kolonialen Amtsblattpresse, daß sie verhältnismäßig wenig Einnahmen aus Annoncen hat.

Für die Eingeborenen werden von den Missionsgesellschaften in eigenen Druckereien besondere Blätter hergestellt, so von der Australischen Missionsgesellschaft in Ulu, von der Neuendettelsauern in Finschhafen, von der Mission vom Heiligen Geist in Dulon, von der Bostoner Mission in Lauru.

Die Druckereien dieser Gesellschaften stellen neben den Unterrichtsbüchern für die Eingeborenen Missionsschriften her. Die Modistische gibt ein vier Seiten starkes Monatsblättchen in der Eingeborenensprache der Bewohner der nördlichen Gazellenhalbinsel heraus, das viel von ihren Missionsanhängern gelesen wird. Die technischen Arbeiten werden auch hier von Eingeborenen ausgeführt.

In Samoa, das eine etwa 500 Kopf starke weiße Bevölkerung hat, erscheint die „Samoanische Zeitung" seit 1901. Gründer und jetziger Besitzer ist Emil Lübke. Die Zeitung erscheint in deutscher und englischer Sprache aus den Bedürfnissen des Schutzgebiets heraus, und zwar wöchentlich einmal am Sonnabend. Ihr Bezug kostet jährlich 16 Mark. Das Blatt bedeutet den Anfang einer selbständigen Presse für das Schutzgebiet. Allerdings steht es mit dem Gouvernement insofern in Verbindung, als als Beilage zu ihm „Das Samoanische Gouvernementsblatt" erscheint, in welchem die amtlichen Veröffentlichungen der Regierung geschehen.

In unserem ostasiatischen Schutzgebiete Kiautschou erscheint seit 1909 vom Kaiserlichen Gouvernement herausgegeben das „Amtsblatt für das Schutzgebiet Kiautschou". Dieses Blatt dient ausschließlich amtlichen Zwecken der Behörden des Schutzgebiets und enthält nur Verordnungen, Bekanntmachungen und amtliche Mitteilungen.

Digitized by Google

Als unabhängiges Organ erscheinen täglich in Tsingtau morgens die „Tsingtauer Neuesten Nachrichten". Das Blatt erscheint seit 1904 und kostet jährlich in Deutschland 30 Mark. Da Tsingtau zum eigentlichen kolonialen Besitz des Deutschen Reiches nicht gehört, scheidet die an sich nicht uninteressante Betrachtung dieser Zeitung und ihrer Eigenart aus dem Rahmen der gegenwärtigen Darstellung aus.

In Deutsch-Ostafrika besteht seit dem Jahre 1889 die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung." Gründer war W. von Roy. Im späteren Verlaufe waren Redakteure von Horn, B. Pfeiffer, jetziger Redakteur ist Dr. Zintgraff. Das Zeitungsunternehmen ist verbunden mit Druckerei, Buchhandlung und Verlagsgeschäft, und ist Verleger der vom Kaiserlichen Gouvernement herausgegebenen Zeitschrift „Der Pflanzer" und des „Amtlichen Anzeigers". Das Blatt hat früher eine stark ausgesprochene Stellung in allen Fragen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aufgaben des Schutzgebiets eingenommen und es ist bekannt, daß diese Stellungnahme für den Gründer und damaligen Redakteur von Roy nicht ohne unliebsame persönliche Folgen geblieben ist. Die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung" erscheint jetzt zweimal wöchentlich und kostet vierteljährlich 6 Mark. Als Gratisbeilagen führte sie die „Amtlichen Anzeigen für Deutsch-Ostafrika" und die „Illustrierte Unterhaltungsbeilage". Der Ort des Erscheinens ist der Hauptplatz des Schutzgebiets Daressalam.

Außer der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung" erscheint seit 1901 die „Usambara-Post" als unabhängiges Organ für die wirtschaftlichen Interessen Deutsch-Ostafrikas. Das Blatt ist von den Lehrern der Regierungsschule in Tanga im Norden des Schutzgebiets gegründet worden. Die ersten Redakteure waren Architekt Hofft und Regierungsbaumeister Ramlow. Es erschien zunächst in kleinem und wenig bedeutendem Umfange, wuchs aber mit der wirtschaftlichen Entwickelung der Kolonie. Seit 1907 war von Horn Besitzer und Redakteur. Im Oktober 1913 ging die „Usambara-Post" mit allen Einrichtungen in den Besitz von J. Deeg (Redakteur) und Wilhelm Wohlthat (Buchhändler und Kaufmann) über. Das Blatt kostet jährlich 24 Mark und enthält „Die Illustrierte Beilage zur Usambara-Post" und „Kilimanjaro- und Meruzeitung". Es erscheint jeden Sonnabend und nimmt in allen wirtschaftlichen Fragen, die das Deutsch-Ostafrikanische Schutzgebiet betreffen, ebenfalls eine stark ausgesprochene selbständige Stellung ein. In schwerem Kampfe stand das Blatt seinerzeit gegen den früheren Gouverneur von Rechenberg, den es ausgesprochenermaßen scharf und systematisch bekämpft hat.

Als Einzelheit besteht dann noch für das Kaiserliche Bezirksamt Moschi allein seit einiger Zeit ein „Amtlicher Anzeiger", der in zwangloser Reihenfolge, gewöhnlich aber alle 14 Tage, vom Bezirksamt Moschi herausgegeben wird. Es werden darin lediglich die vom Kaiserlichen Bezirksamt oder die vom Kaiserlichen Gouvernement erlassenen Verordnungen und Bekanntmachungen veröffentlicht. Nur ganz vereinzelt finden auch Inserate Aufnahme. Das Jahresabonnement kostet 6 Mark. Im übrigen enthält dieser Anzeiger auch einen nichtamtlichen Teil. Er wird gedruckt in der Missionsdruckerei in Wuiga (Usambara). Eine zweite, seit Januar 1914 aufgetretene Neuerscheinung ist die „Tabora-Post, Wöchentliche Nachrichten und Amtsblatt für Stadt und Bezirk Tabora". Das Blatt erscheint zunächst nur hektographiert und wird herausgegeben von der Wirtschaftlichen Vereinigung in Tabora.

Am weitesten vorgeschritten ist das Pressewesen in Deutsch-Südwestafrika. Das hat seinen natürlichen Grund darin, daß Deutsch-Südwestafrika, welches etwa 1½ mal so groß ist wie das Deutsche Reich, unsere einzige eigene Siedelungskolonie mit gegenwärtig etwa 15 bis 16 000 weißen Einwohnern ist und sich durch einen verhältnismäßig weit vorgeschrittenen Ausbau der Bahnen leidlicher Verkehrsverhältnisse erfreut. Die erste Zeitung im deutsch-südwestafrikanischen Schutzgebiete war „Der Windhuker Anzeiger", der im Jahre 1898 von dem inzwischen verstorbenen Rechtsanwalt Wasserfall

Digitized by Google

gegründet wurde, und zwar in Windhuk. Im Jahre 1901 verlegte Wasserfall sein Zeitungsunternehmen nach Swakopmund. Die Zeitung führte von da ab die Bezeichnung „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung". Die erste Nummer der neuen Zeitung erschien am 14. Oktober 1901. Am 29. August 1912 wurde über das Vermögen der Zeitung das Konkursverfahren eröffnet. Die Zeitung stellte ihr Erscheinen zunächst ein, wurde jedoch vom Zeitungsverlag G. m. b. H. in Swakopmund erworben, und erscheint seit 1. Oktober 1912 vereinigt mit ihrem früheren Konkurrenzblatt, der unter dem 2. Dezember 1911 von der Firma Peters und Stolz begründeten „Swakopmunder Zeitung", die am 28. September 1912 ihr Erscheinen einstellte. Die Zeitung erscheint jetzt zweimal wöchentlich, nachdem sich die frühere dreimalige Herausgabe in der Woche nicht bewährt hatte. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 3 Mark.

Im Jahre 1903 wurden in Windhuk die „Windhuker Nachrichten" als Unternehmen des Windhuker Bezirksvereins begründet, die seit dem 1. Januar 1911 den Namen „Der Südwestbote" führen. Der Südwestbote, der halbjährlich 6 Mark kostet, enthält ein illustriertes Sonntagsblatt und erscheint wöchentlich dreimal. Das Blatt nimmt sich mit besonderer Vorliebe der Interessen der deutschen Farmerschaft im Schutzgebiete an.

Am 1. Dezember 1910 wurde in Swakopmund von dem Mitgliede des südwestafrikanischen Landesrats Rudolf Kind die Zeitung „Südwest", unabhängige Zeitung für die Interessen des gesamten Schutzgebietes, gegründet. Kind war der frühere langjährige und erfolgreiche Redakteur der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung" in Swakopmund gewesen. Das Unternehmen wurde später nach Windhuk verlegt und gehört jetzt einer Gesellschaft m. b. H., in der namhafte Persönlichkeiten des Schutzgebietes vertreten sind. Das Blatt, das vierteljährlich 3 Mark kostet, erscheint wöchentlich zweimal und will weniger ein reines Nachrichtenorgan sein, als kritisch aufklärend wirken über die wesentlichen Schutzgebietsangelegenheiten, vor allem im Hinblick auf das Interesse, welches die deutsche Heimat an den Vorgängen im Lande nur dann nehmen kann, wenn sie objektiv und eingehend über die tatsächlichen Vorkommnisse orientiert wird.

Im Mittelpunkt des südlichen Teiles des Schutzgebietes, in dem Orte Keetmanshoop, erscheint „Die Keetmanshooper Zeitung". Dieses Blatt erschien unter dem Namen „Keetmanshooper Nachrichten" zum erstenmal am 1. Juni 1910, und zwar zunächst täglich als Telegrammanzeiger. Der Anzeiger kostete monatlich 7,50 Mark. Gründer waren Rechtsanwalt Dr. Forkel, Wandelmuth, Ehret und Jödicke. Vom 1. Oktober 1910 ab ging das Unternehmen auf Ehrhard Müller von Berneck über, der es auf eigene Rechnung bis März 1911 führte, dann aber eingehen ließ. Am 15. April 1911 begann mit 13 Abonnenten Richard Ehret das Unternehmen von neuem, und zwar mit einem wöchentlich zweimaligen Erscheinen. Die Zeitung wurde damals noch mit Schreibmaschine geschrieben und dann auf einem Roneo-Apparat vervielfältigt. Im April 1913 übernahm die Swakopmunder Buchhandlung das Unternehmen käuflich. Seit dieser Zeit erscheint die „Keetmanshooper Zeitung" in Druck und in Zeitungsformat, während sie früher in losen Kanzleiblättern erschienen war. Sie erscheint seit April 1913 wöchentlich einmal und kostet vierteljährlich 3 Mark. Jetziger Redakteur ist Alfred Günther. Die Zeitung wird noch jetzt in der Druckerei der Swakopmunder Buchhandlung hergestellt, die am Orte eine Filiale unterhält.

In dem Diamantenorte Lüderitzbucht erscheint die im Jahre 1909 gegründete „Lüderitzbuchter Zeitung". Das Unternehmen war eine Gründung des Lüderitzbuchter Bürgervereins. Redakteur war bis Ende Juni Dr. Anders, seitdem M. Otzen. Die Zeitung vertritt in oft scharfer Meinungsäußerung besonders die Interessen des Diamantenbergbaues und sucht die heimische öffentliche Meinung und die in Betracht kommenden Regierungskreise sowie den Reichstag über die besonders gestalteten Interessen dieses Bergbaues aufzuklären. Sie erstrebt eine allmähliche Beschränkung der Rechte

Digitized by Google

der größeren Konzessionsgesellschaften bzw. eine Ablösung derselben und sucht die Selbstverwaltung der Kolonien zu fördern. Sie ist dabei oft in scharfen Gegensatz zum Kolonialamt getreten, bei dem sie autokratische Bestrebungen vermutet. Das Blatt kostet vierteljährlich 3 Mark und erscheint wöchentlich einmal. Ein häufigeres Erscheinen ist untunlich, weil Postverbindungen nach dem Norden des Schutzgebietes, nach Deutschland oder nach Britisch-Südafrika höchstens einmal wöchentlich vorhanden sind und bei zweimaliger Ausgabe der weitaus größte Teil der Ausgabe auf dem Postamt liegen bleiben würde.

Das Schutzgebiet Südwest weist ferner zwei christliche Familienblätter auf, und zwar ein katholisches und ein evangelisches. Unter dem Namen „Christliches Familienblatt" wird seit dem Jahre 1913 von der Katholischen Mission zu Windhuk mit einem Abonnementspreis von 2 Mark für das Vierteljahr eine Monatsschrift für das katholische Volk herausgegeben. Es will weder ein politisches noch ein Nachrichtenblatt sein, sondern will den katholischen Familien Belehrung und Erbauung bringen. Redakteur des Blattes ist P. Krein. Die Herstellung geschieht in der Druckerei der Katholischen Mission. Vom 1. April d. Js. ab erhalten alle Katholiken das Blatt gratis. Gleichzeitig aber wurde eine Gabenliste für die Presse von diesem Blatte eröffnet.

Seit Januar 1911 erscheint „Das evangelische Gemeindeblatt für Deutsch-Südwestafrika". Herausgebende Stelle ist die Konferenz der evangelischen Pfarrer in Deutsch-Südwestafrika. Redakteur ist Pfarrer Hasenkamp in Swakopmund, dem Erscheinungsort dieses Monatsblattes, das kostenlos etwa 2000 evangelischen Familien der Kolonie zugestellt wird. Freiwillige Gaben der Leser und Gebühren für Inserate decken die Kosten.

Merkwürdigerweise hat in Südwestafrika das Zeitungswesen seinen Ausgang nicht vom Amtsblatt oder vom Amtlichen Anzeiger her genommen, sondern das Amtsblatt ist erst im verhältnismäßig späten Entwickelungsstadium in die Erscheinung getreten. Erst im Jahre 1910 wurde vom Kaiserlichen Gouvernement das „Amtsblatt für das Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika" gegründet. Das Blatt erscheint in der Regel am 1. und 15. jedes Monats, kostet vierteljährlich 1,50 Mark und wird vom Distriktchef Lauterbach redigiert. Angefügt ist ihm eine landwirtschaftliche Beilage, die bis 1912 der Leiter des Bakteriologischen Instituts, Dr. Sieber, redigiert hat, seit 1913 aber der landwirtschaftliche Sachverständige des Gouvernements, Richter, redigiert.

Die vorstehende Darstellung, die den Anspruch auf Vollständigkeit um so weniger machen kann, als leider nicht von allen Stellen in den Schutzgebieten die erbetenen Auskünfte in der erwünschten und erhofften Vollständigkeit und Ausführlichkeit gegeben worden sind, zeigt jedenfalls das eine, daß wir es in unseren Schutzgebieten trotz der schwierigen äußeren und inneren Lebensbedingungen und trotz oft wenig geklärter Verhältnisse im öffentlichen Leben doch mit verheißungsvollen Anfängen eines deutsch-kolonialen Zeitungswesens zu tun haben. Im Interesse Deutschlands und der Kolonien ist eine möglichst ungehemmte und umfassende Entwickelung der kolonialen Presse zu fordern und zu fördern. Zweifellos wird mit der fortschreitenden Entwickelung unserer Schutzgebiete auch die Presse an Tiefe und Vielseitigkeit gewinnen und wird gleich wie hier in der Heimat nicht nur sich vom Nachrichtenblatt zum breiten und farbenreichen Bilde ihrer Zeit entwickeln, sondern sie wird auch dort zu einem ausschlaggebenden Faktor im deutschen Kulturleben werden. Ohne deutsche Kultur aber sind unsere Kolonien verlorenes Land. Es ist herzerfreuend zu sehen, wie tief in den jungen deutschen Ländern und auch in ihrer Presse selbst die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Schaffung und Aufrechterhaltung deutscher Kultur wurzelt. „Unsere deutsche Kultur", schreibt z. B. die frühere „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung" vom 24. April 1909, „der geistige Besitz des deutschen Volkes ist ein köstliches Gut für die

Digitized by Google

Menschheit. Nie und nimmer darf sie im Wirrsal der Völker zugrunde gehen. Sie hat die Aufgabe, befruchtend, läuternd zu wirken. Deshalb müssen wir alle Kräfte daran setzen, deutsche Geisteskultur zu verbreiten, der ganzen Menschheit zugänglich und sie zum Allgemeingut zu machen. Möglich ist dies nur, wenn die Pioniere des Deutschtums überall in der Welt auf dem Posten sind, wenn sie sich ihrer Pflichten gegenüber dem Volkstum bewußt bleiben. Bleiben wir stets eingedenk, halten wir uns ferne von allen fremden Einflüssen und Bestrebungen, bewahren wir uns rein deutsches Denken und Fühlen, rein deutsche Kultur".

Der beste Pionier eines solchen deutschen Kultur- und Geisteslebens ist die deutsche Presse, die deutsche Presse der Heimat sowohl, die selbstverständlich in den Schutzgebieten auch eifrig studiert wird, als die eigene koloniale Presse. Je selbständiger sich die koloniale Presse entwickeln wird, desto besser wird es sein. Wenn auch ab und zu eine Kritik über das Ziel hinausschießt, so darf man dies gegenüber den sonstigen Vorteilen einer selbständigen kolonialen Presse nicht allzu tragisch nehmen. Durch Besprechung offenbarer Mißstände und der eigenartigen Verhältnisse der Kolonien macht sich die Presse in den Kolonien noch verdienter als in der Heimat, und ihr aus ihrer unmittelbaren Anschauung heraus entstandener Inhalt ist ein vortreffliches Mittel der Information über die Zustände in unseren Schutzgebieten. Die eigenartigen Aufgaben und die letzten Ziele der Presse in den deutschen Kolonien werden einmal in einem Artikel der „Deutsch-Volkswirtschaftlichen Korrespondenz" vom 4. Dezember 1908, wenn auch nicht ganz, so doch annähernd richtig geschildert. „Noch in höherem Maße als in der Heimat", so heißt es dort, „ist die Presse in den Kolonien berufen, den oft sehr unbeschränkt auftretenden Behörden, dem großen kaufmännischen Verkehre und den anderen mächtigen, monopolistisch auftretenden Gruppen entgegenzutreten und das in den Tropen oft übermäßig hochgespannte Selbstgefühl etwas einzuschränken. Oft genug haben die kolonialen Zeitungen in wichtigeren Fragen mit der Eisenbahn, den Eingeborenen, den Arbeitern, der Finanz- und Zollpolitik das Wort ergriffen und die Interessen des Schutzgebiets meist in verständiger Weise vertreten. Vom letzten Leitartikel an bis in den Anzeigenteil hinein tritt uns das eigenartige Leben entgegen und ermöglicht ein besseres Verständnis als manche Reisebeschreibung. Ohne Vermittelung der Zeitungen fehlt der richtige Zusammenhang der Kolonie mit der Heimat, und deutlich ist zu erkennen, wie durch das Fehlen von Zeitungen die Nachrichten aus den Schutzgebieten spärlicher fließen. Haben wir somit die gute und unabhängige Presse als einen ebenso bedeutsamen wie unersetzlichen Faktor zu erkennen, so müssen wie die Entwickelung des Zeitungswesens in den Schutzgebieten mit besonderem Interesse verfolgen".

Andererseits werden die Verantwortlichen der Presse in den Kolonien sich immer bewußt bleiben müssen, daß der Einfluß der Zeitungen auf die Gestaltung des Volkslebens im Schutzgebiete und die Wirkung auf die öffentliche Meinung über koloniale Dinge in der Heimat außerordentlich groß sind.

Die Presse in den Schutzgebieten wird das vornehmste Mittel bleiben, unsere fernen Länder umfassend und objektiv kennen zu lernen. „Wir dürfen unsere Kolonien nicht nur durch die Gouvernementsbrille ansehen, sondern freimütige und ernste Kritik überall da anlegen, wo es nötig ist. Dies wird der Entwickelung und dem Fortschritt zugute kommen." Das entspricht auch dem gesunden Sinn alter Tradition, nach welcher des großen preußischen Königs Ausspruch entsprechend Gazetten nicht geniert werden sollen, so sie interessant seien.

Digitized by Google

Belgische Eisenbahnbauten und -pläne am Kongo.

Von Dr. Büchel.

Belgien ist von Leopold II. mit einer zukunftsreichen Kolonie beschenkt worden, etwas gegen den Willen des selbstherrlichen Schenkgebers und auch der Beschenkten. In der Tat hat das belgische Volk den Plänen seines Herrschers, die sich nicht nur auf Afrika erstreckten, lange teilnahmslos gegenübergestanden, und nach dem „kongolesischen Minotauros" sah man mit unverhohlenem Mißtrauen.

Seit dem 15. November 1908 ist nun diese Riesenkolonie am Kongo in belgischer Verwaltung, und von der Zeit ab rechnet tatsächlich ein neuer Abschnitt in der Geschichte dieses Gebietes. Die Wirtschaftspolitik Leopolds, das Leopoldinische System, wurde in kurzer, vielleicht zu kurzer Zeit aufgegeben. Am 1. Juli 1912 hat der alte Regiebetrieb überall aufgehört, und an die Stelle dieser Leopoldinischen Ripartimentos, ganz mit den Fehlern der einstigen spanischen, ist der freie Handel getreten, was allerdings auch die seit 1911 grassierende schwere Kautschukkrise nicht ausschließlich, wohl aber mit verschuldete.

An diese Krise sind von deutschen und anderen Blättern Befürchtungen geknüpft worden, die nicht berechtigt sind. Sie wäre zwar für den ehemaligen unabhängigen Kongostaat verderblich geworden, dessen Handel und Staatshaushalt auf der Kautschukausfuhr hauptsächlich aufgebaut war. Unter belgischer Herrschaft hatte sich aber doch schon eine Verbreiterung der Volkswirtschaft angebahnt, eine Ausnutzung aller Möglichkeiten, welche das unermeßlich reiche Gebiet gewährt. Die Kautschukkrise kann nur mit allem Nachdruck weiterhin auf diesen Ausbau der Wirtschaft drängen, und insofern ist dieses Unglück ein Glück, was ja beim Einzelmenschen auch manchmal vorkommt.

Diesem Ausbau steht eine große Schwierigkeit entgegen: die gewaltige Höhe der Frachtsätze, welche die Ausfuhr von Massengütern aus vielen Teilen des Landes unmöglich macht, damit aber auch die Einnahmen, den Verdienst und die Kaufkraft der Eingeborenen, und infolgedessen den inneren Markt schwächt, so daß auch die Einfuhr zurückgehalten wird.

Es kann hier nur in großen Zügen auf den Reichtum der Erzeugnisse eingegangen werden, die alle noch der Nutzbarmachung harren. Da ist zunächst einmal Holz. Ein Urwaldozean von der Größe Frankreichs und Spaniens, mit einer erschreckenden Fruchtbarkeit — Bäume von 60 Meter Höhe bilden den „höheren Wald", sein oberes Stockwerk, unter denen sich ein niederer Wald mit Bäumen von 30 Meter ausdehnt — ein gewaltiges Holzkapital liegt da in schweigender Ruhe; wegen der Frachten kann davon noch nichts verwertet werden. Erst in den letzten Jahren ist man daran gegangen, die Erzeugnisse der Oelpalme auch vom eigentlichen Kongobecken oberhalb des Pools auszuführen. Lever Brothers haben dazu die **Huileris du Congo belge** mit dreißig Millionen Frank gegründet. Ebenfalls ist die Ausfuhr von Wildseide durch Gründung einer belgischen Gesellschaft, der **Afrikan Silk Corporation Ltd.**, angebahnt worden. Ein gewaltiger Handel ließe sich auch mit Bananen entwickeln, wozu allerdings rascher und billiger Verkehr, Schnellzüge und -dampfer mit den nötigen Einrichtungen gehören. Heute wird die Welt von Westindien und den kanarischen Inseln aus mit Bananen versorgt. Es ist zu beachten, daß diese und viele andere tropische Nahrungsmittel jetzt erst in allgemeine Aufnahme kommen, und daß sich der Verbrauch noch ungeheuer steigern läßt.

Der Reisbau hat sich am Kongo rasch verzehnfacht. Ursprünglich kam er nur unter dem Einfluß der Araber am Lualaba vor; jetzt breitet er sich als Eingeborenenkultur über das ganze Gebiet aus und es könnte eine Reisausfuhr in größtem Maßstabe einmal ins Auge gefaßt werden, wie denn überhaupt die Zeiten anscheinend heranrücken, wo wieder, wie in den Urzeiten des Menschengeschlechts, dieses sich die

Digitized by Google

ungeheuere Fruchtbarkeit der heißen Länder dienstbar macht, die jetzt fast brach liegt. Dazu gehören Kapital und Menschen. Das erstere fließt seit einigen Jahren unter belgischer Herrschaft in starken Strömen in diese Kolonie: die Gründungen mit halben und ganzen Dutzenden von Millionen Frank folgen sich rasch, und — das ist bezeichnend gegen die Zeiten des Kongostaates — die wenigsten dieser Gründungen haben noch den einst so gewinnbringenden Handel mit den wenigen Urerzeugnissen Kautschuk, Kopal und Elfenbein zum Zweck. Jetzt kommen alle Zweige der Volkswirtschaft in Betracht: tropische Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei, Seidengewinnung, Bergbau usw. Die Erzvorkommen, die rings um das Kongobecken in dessen aufgewulsteten primären Gebirgsrändern anstehen und des Abbaus harren, werden dieses Gebiet einst zu den ersten Bergbauländern der Welt machen. Jetzt hat gerade erst die Erschließung dieser Schätze richtig eingesetzt; 400 Schürfscheine sind unter anderem in Katanga ausgegeben. Die Erzeugung ist gestiegen von

	1908	auf	1913
Gold, Kilogramm	311		1 351
Kupfer, Tonnen	—		7 300
Diamanten, Karat	—		12 000

Katanga war noch 1908 ein von arabisierten Gewaltherrschern menschenleer gemachtes, verwüstetes Land; seitdem sind Eisenbahnen und Städte gebaut, eine große Bergbauindustrie ist im Werden, weiße Ansiedler setzen sich auf den Hochländern von Kundelungi und anderen fest, um Viehzucht und Landwirtschaft zu treiben. Der Aufschwung wird noch rascher vor sich gehen, wenn der Verkehr dies erst gestattet, wenn die Eisenbahn von Rhodesien bis zum obersten Lualaba, bis Bukama fertig ist, was 1915 geschieht. Denn dieses Bergbauland der Zukunft, Katanga, ist 2000 Kilometer vom Meere entfernt, liegt 1000 und mehr Meter hoch und bot den ersten Weißen kaum die notwendigsten Nahrungsmittel — eine Folge der Blutherrschaft der Arabisierten.

Am Verkehr hängt also in diesen Ländern mehr als irgendwo alles. Die heutigen Frachten ergeben sich etwa aus folgender Zusammenstellung. Es kostete eine Tonne Gewebe, Leinengarn, Kleider usw. Fracht in Frank

	1908	1913
von Antwerpen nach Matadi	68,75	49,90
Umladen in Matadi	25,—	3,50
Eisenbahn Matadi—Leopoldville (388 Kilometer) .	1000,—	760,—
Ausladen in Leopoldville	1,90	1,90
	1095,65	815 30

Leopoldville liegt eigentlich erst am Eingang zu der Kolonie, nämlich da, wo der gewaltige Strom seinen Durchbruch durch die mit der Küste des Atlantischen Ozeans gleichlaufenden Ketten des Kristallgebirges beginnt. Von Leopoldville sind es 1685 Kilometer Stromstrecke bis Stanleyville, mehr als 1000 Kilometer bis Lusambo am oberen Sankuru, 2000 Kilometer bis nach Hochkatanga. Nach Elisabethville, der Hauptstadt von Katanga, sind es von Kapstadt rund 3000 Kilometer. Die Eisenbahnfahrt dorthin dauert eine ganze Woche. Die Fracht für die Tonne beträgt jetzt je nach der Ware 800 bis 1600 Frank von Antwerpen nach Elisabethville über Kapstadt, aber dies auch erst, seit die südafrikanische Union am 1. Januar 1914 die Frachtsätze bedeutend erniedrigt hat. Im Inneren des Kongobeckens findet der Verkehr auf den 12—15 000 km langen schiffbaren Stromstrecken statt, oder die Waren werden in Lasten von 30—35 kg von Schwarzen getragen. Man kann sich vorstellen, wie teuer dieser Verkehr kommt. „Ohne Eisenbahn ist der Kongo keinen Penny wert," sagte Stanley auf dem Berliner Kongreß mit Recht.

Die Schwierigkeiten waren aber ungeheuer. Das geographische Kongobecken — es gibt auch noch ein konventionelles der Diplomatie von 6¼ Millionen qkm — ist eine

Digitized by Google

gewaltige flache Schüssel von 3,8 Millionen qkm Fläche (davon gehören Belgien 2 365 000 qkm). Deren Boden liegt zwischen 250 und 500 m Meereshöhe. Die Schüsselränder steigen aber nach dem Atlantischen Ozean bis zu etwa 740 m (Paßhöhe der Kongobahn), in Katanga 1100 m, im nördlichen Mitumba-Gebirge 3000 m und nach dem Schari 600—700 m an. Das große Becken zerfällt wieder in kleinere — J. Wauters zählt deren 13 —, die sämtlich quaternäre Binnenmeere waren. Sie entleeren jetzt ihre Wasser in Fällen und Schnellen über die nur noch flachen, abgewaschenen Länder hinweg in die große mittlere Senke des Hauptstromes. Der ist hier breit wie ein Meeresarm — 50 km —, empfängt Nebenströme so lang und an Wassermenge mächtiger wie Rhein und Donau und bildet eines der großartigsten Binnenschiffahrtssysteme der Welt. Aber bei Leopoldville am Stanleypool, 400 km von Matadi, 560 km vom Ozean entfernt und in 250 m Meereshöhe, beginnt der Strom das Randgebirge zu durchbrechen. Er ist von hier bis Matadi, 160 km von der Mündung, ganz ungangbar. Ueber die zum Teil großartigen 32 Livingstone-Fälle stürzt er 45 000—70 000 cbm Wasser in der Sekunde zum Weltmeer hinab — gegen zum Beispiel allerhöchstens 9000 cbm, die der Rhein im Frühjahr bei Emmerich führt.

Diese Strecke mußte zunächst durch eine Eisenbahn umgangen werden.

Der unabhängige Kongostaat, dieses merkwürdige völkerrechtliche Gebilde, erhielt in der Kongoakte vom Jahre 1885 bezüglich des Verkehrs auf Strömen und Eisenbahnen eine Reihe von Vorschriften und jedenfalls auch die Pflicht auferlegt, für solchen Verkehr zu sorgen, ihn zu befördern. Dieselben Vorschriften gelten allerdings auch für die übrigen Teilhaber am konventionellen Kongobecken. Es wurden denn auch bald Verhandlungen mit englischen Geldleuten von der Regierung des Kongostaats gepflogen, aber wegen der gestellten Forderungen eingestellt.

Nun bildete sich in Brüssel unter der Führung von Thys die **Compagnie du Congo pour le Commerce et l'Industrie**, eine Studiengesellschaft für alle möglichen Unternehmungen am Kongo, unter anderem auch für den Bau der Bahn vom Unteren Kongo zum Stanleypool. Diese Kompagnie hat eine ganze Anzahl Tochtergesellschaften ins Leben gerufen, zu denen die **Compagnie du Chemin de fer du Congo** für den Bau und Betrieb der erwähnten Bahn gehört.

Dieser Bau ist ein rühmliches Werk belgischen Unternehmungsgeistes. Er war zugleich die Schule für ein kleines Heer belgischer Eisenbahntechniker, die sich später in allen möglichen Ländern der Tropen, halb- und ganz gemäßigten Zonen betätigten, wo vom belgischen Kapital Eisenbahnen gebaut worden sind.

Die Schwierigkeiten waren am Kongo mehr wirtschaftlicher als technischer Natur. Die Schwarzen an Ort und Stelle mußten erst mit der Arbeit einigermaßen befreundet werden und waren übrigens nicht in genügender Zahl zu haben. Es wurden Menschen aus anderen Teilen Afrikas und aus China geholt; sie starben aber massenhaft. Erst nach Jahren konnten die Arbeiterverhältnisse einigermaßen befriedigend gestaltet werden.

Unter diesen Umständen mußten bei der technischen Ausführung Schranken gezogen werden. Kunstbauten sind möglichst vermieden. Die Bahn schmiegt sich dem Gelände sehr an. Die Spur beträgt nur 75 cm, die Krümmungshalbmesser sind oft nur 50 m lang, die Neigung ist an manchen Stellen 1 : 31,6. Es sind zwei Gebirgsketten zu überqueren, zwischen denen eine nach Nordwesten geneigte Tafel liegt; auf dieser strömen zahlreiche Flüsse dem Kongo zu, was eine große Anzahl von Brücken notwendig machte; die bedeutendste ist 100 m lang.

Nach neunjähriger Bauzeit wurde die Bahn 1899 in Betrieb genommen, was sich sofort im Handel des Staates bemerkbar machte, trotz der naturgemäß nur ganz geringen Leistungsfähigkeit, die ungeheuer hohe Frachtsätze bedingt. Im Anfang betrug das Fahrgeld für die 388 km lange Strecke erster Klasse 500 Frank, also mehr als

Digitized by Google

eine Mark für das Kilometer. Auch heute noch werden für dieselbe Strecke und Klasse immer noch 200 Frank erhoben. Die Sätze des Gütertarifs sind oft ermäßigt worden, aber noch jetzt so hoch, daß sie die Ein- und Ausfuhr in Massengütern vollständig unterbinden.

Der Güterverkehr betrug in Tonnen auf der ganzen Strecke

1908	1913
35 203	73 949

Die Gesellschaft hat hohe Gewinne eingestrichen. Ihr Aktienkapital beträgt seit 1896 30 Millionen Frank. Bis 1911 hatte sie ausbezahlt: Zinsen und Dividenden an die Aktionäre 71,5 Millionen, Tantième an die Mitglieder des Verwaltungsrats 5 Millionen, Zwischenzinsen während der Bauzeit 1¾ Millionen, zur Tilgung von Aktien 940 000 Frank. Als Rücklagen usw. waren gebildet: die gesetzliche Rücklage 3 Millionen, Neubaurücklage 1,35 Millionen, **Comptes en litige** 3¾ Millionen.

Die belgische Regierung dringt auf weitere Tarifermäßigung, wozu ihr sowohl der Vertrag als auch die Kongoakte Handhaben bieten, die letztere allerdings nur unbestimmte.

Die Bahn kann von 1916 ab verstaatlicht werden, und der Kolonialminister hat in seiner Etatsrede vor der Kammer am 14. März dieses Jahres die Absicht der Regierung verkündet, von ihren Rechten alsbald Gebrauch zu machen und überdies die Bahn neu zu bauen.

Es ist nun ganz und gar verfehlt, wenn dem Minister von belgischer und auch von deutscher Seite entgegengehalten wird, die jährliche Zunahme des Güterverkehrs habe bisher nur 10 000 Tonnen betragen, die jetzige Bahn sei für einen gewissen, noch nicht erreichten Verkehr gebaut usw. Nicht die bisherigen Spielzeuggrundsätze und -mittel kommen in Betracht, sondern ein erst zu schaffendes mächtiges wirtschaftliches Werkzeug, eine große, erst hervorzurufende Aus- und Einfuhr, für welche die Bedingungen gegeben sind. Auf ganz niedrige Tarife warten ungeheure, bis jetzt meist nicht verwertete Mengen von Holz, Eisen, Kupfer, Zinn, Reis, Baumwolle, Oel, Palmnüssen, Bananen usw., und der Einfuhr harren die Gegenwerte in gewerblichen Erzeugnissen und in Menschen. Denn das menschenleere Land bedarf zur Erschließung auch der Menschen, der Arbeiter und Ansiedler. Die hohen Randgebirge eignen sich auch durchaus für weiße Besiedlung, die bei der heutigen Teuerung aller Kulturmittel noch schwer möglich ist. Das weiße Afrika wird sich einmal bis in jene Gegenden am Aequator erstrecken.

Die Kongobahn wird auch für die Zukunft das eigentliche Mundstück des Kongobeckens, dieses kleinen Erdteils, sein, weil nur am unteren Strom gute und geschützte Häfen vorhanden sind; die übrigen Häfen jener Breiten leiden alle mehr oder weniger an der verheerenden, stoßweisen Brandung, der Calema. Außerdem ist die Kongobahn die kürzeste Verbindung der tiefsten Stelle des Systems des oberen Stromes mit dem Meere. Damit wird für alle Zukunft bei allen Eisenbahnplänen, auch den schon lange erörterten französischen, zu rechnen sein.

Aus diesen Gründen können bei dem Neubau auch nur große Gesichtspunkte in Betracht kommen. Private Gewinnrücksichten müssen zurücktreten. Es muß eine Bahn gebaut werden, die mit Tarifsätzen von 2—3 Centimes für das Tonnenkilometer bestehen kann, entsprechend etwa den deutschen und französischen Ausfuhr- und Einfuhrtarifen für Kohle und Rohstoffe (S. Handelsteil der „Köln. Ztg." Nr. 393, 400, 422) oder gar den zum Teil noch viel niedrigeren Sätzen auf den großen russischen oder amerikanischen Ueberlandbahnen.

Die Erreichung eines solchen Zieles ist am Kongo durchaus möglich. Grund und Boden kostet nichts, die technischen Schwierigkeiten sind verhältnismäßig nicht erheblich, die gesundheitlichen und die wirtschaftlichen der Arbeitsbeschaffung usw. fallen heute

Digitized by Google

weg. Die Kongobahn hat ein Heer von 3500 schwarzen Angestellten und Arbeitern, die Gutes leisten und gesund sind. Ein Stab erfahrener Beamter und Techniker ist überdies heute vorhanden. Das Lehrgeld ist früher gezahlt, so daß der Bau einer neuen Bahn, für welche die alte als Zubringerin dient, einfach ist.

Es kann auch nicht die unwirtschaftliche Kapspur, an die der Minister zu denken scheint, sondern nur Normalspur in Betracht kommen; nur sie entspricht den schon jetzt und später zu stellenden Forderungen.

Dieser, wie übrigens allen Bahnen steht in den fabelhaften und während des ganzen Jahres verhältnismäßig wenig schwankenden natürlichen Wasserkräften — allein im Ntamo-Fall bei Leopoldsville 500 000 Sekundentonnenmeter — billige weiße Kohle als Betriebskraft zur Verfügung.

Alsbald, nachdem die Regierung des unabhängigen Kongostaates auf dem oberen Strom Fuß gefaßt hatte, schuf sie eine Stromflotte, die wegen der hohen Frachten vom unteren zum oberen Strom sehr teuer kommen und schon deshalb auch sehr teuer arbeiten mußte.

Die Stellen, wo der Strom über die Beckenränder in die innere Kongosenke abstürzte, von Stanleyville aufwärts — wo er auch nicht mehr Kongo sondern Lualaba heißt — mußten nun zunächst mit einer Eisenbahn umgangen werden. Es wurde 1902 die **Compagnie du chemin de fer du Haut Congo aux Grands Lacs africains** gegründet. Beteiligt war auch die Gruppe der **Compagnie du Congo pour le Commerce** usw.

Diese Eisenbahngesellschaft hat Bahnen gebaut von Stanleyville nach Ponthierville 125 **km** und von Kindu nach Kongolo 355 **km**, und betreibt sie seit einigen Jahren. Außerdem ist im Bau und wird im Sommer 1914 fertig die eine Verbindungsbahn vom Kongo in das Tal des westlichen afrikanischen Grabens; sie führt von Kabalo, den Lukuga aufwärts zum Tanganyika. Ihre Länge wird 271 **km** betragen. Auf der anderen Seite hat um die Jahreswende die Deutsch-ostafrikanische Mittellandbahn denselben See bei Kigoma schon erreicht. Es wird also bald ein Ueberlandweg quer durch Innerafrika von 4000 **km** Länge, teils Eisenbahn, teils Stromstrecke, in Betrieb sein. Die 75 **km** Bahn zwischen Kindu und Kabalo sollen auch baldigst gebaut und bei dem letzteren Ort durch eine Brücke über den Strom mit der Lukugabahn verbunden werden; später wird vielleicht noch die Strecke Ponthierville—Kindu (315 **km**) folgen, so daß dann die Linie Stanleyville—Tanganyikasee (1140 **km**) ohne Umsteigen durchfahren werden kann. Dieses Unternehmen wird durchgeführt von dem Ingenieur Empain und seiner Gruppe. Die erwähnte Gesellschaft hat selbst 75 Millionen Frank Kapital und ausgedehnte Ländereien und Berechtigungen, die zur Gründung von weiteren Unternehmungen Anlaß geben.

Um dieselbe Zeit, als der Lualaba erschlossen wurde, von 1908 ab, trat in Katanga eine englische Gruppe auf, deren sehr unternehmender Führer Williams, der Direktor der **Tanganyika Concessions Cy. Ltd.** ist, der bald der Mittelpunkt eines ganzen Straußes von Plänen, Verträgen, und Konzessionen wurde. Schürfungen, Bergbau und Eisenbahnen waren die Hauptaufgaben. Es wurde nämlich die rhodesische Bahn von Broken Hill weiter bis an die kongolesische Grenze, bis Sakania, gebaut — von der Londoner Baufirma Pauling u. Co. — dann wurde die **Compagnie du Chemin de fer du Katanga** gegründet zum Bau und Betrieb einer Bahn von Sakania nach Bukama am obersten Kongo oder Lualaba. Sie wird 1915 fertig und 425 **km** lang. Außerdem wurde eine Finanz- und Studiengesellschaft hauptsächlich zum Studium einer Bahn vom unteren Kongo oder vom Pool nach Katanga mit zwei Millionen Frank gegründet.

Williams erwarb sich ferner die Konzession zum Bau und Betrieb der portugiesischen Benguella-Bahn, die von der Lobito-Bucht aus, nach den neueren Plänen

Digitized by Google

die kongolesische Grenze bei Dilolo erreicht und von dort durch die Katangabahngesellschaft bis Kambove, einer Station der Katanga-Bahn, weiter gebaut wird.

Andere Bahnen sollen noch gebaut werden von Kabalo, das ein wichtiger, innerafrikanischer Verkehrsmittelpunkt wird, nach Lusambo am oberen Sankuru und an der zukünftigen Bahn von Katanga nach dem Pool, ferner eine Bahn von Stanleyville nach dem Albert-See, neben kleineren Bahnen nach dem Moero-See und vom Itimbiri nach dem oberen Uele.

Die Vorarbeiten zu diesen Bahnen sind seit 1902 durchgeführt worden, und der belgische Kolonialminister hat für diese Pläne in seiner schon erwähnten Etatsrede am 11. März 1914 sehr nachdrücklich Stellung genommen.

Es sollen insbesondere in den nächsten zehn Jahren gebaut werden: die Kongo-Bahn Matadi—Leopoldville neu, die 1800 **km** lange Strecke Katanga—Pool (Kapspur), Kambove—Dilolo (Kapspur), Stanleyville—Albert-See mit Stichbahnen nach den Goldfeldern am Ituri und nach dem Eduard-See. Die letztere Hauptbahn soll nach der Südspitze des Albert-Sees geführt werden, um später Anschluß nach Uganda zu erreichen.

Diese Bahnen schließen die Kolonien mit ihren Außenländern wirtschaftlich und politisch enger zusammen, was auch militärisch wichtig ist.

Bemerkenswert ist, daß der Minister auch mit Nachdruck den Bau der 1800 **km** langen Bahn Pool—Bukama (Katanga) forderte, welche die Sehne zu dem gewaltigen mehr als 3000 **km** langen Kongobogen Pool—Bukama bilden soll. Man könnte hier an die natürliche Sehne des Kasai—Sankuru denken. Aber diese beiden Ströme mögen doch für etwas größere Schiffe zu sehr verwildert und infolgedessen teilweise zu seicht sein. Außerdem währt die Fahrt der Stromdampfer zu lange, zum Beispiel heute auf der Strecke Pool—Luiembo Bergfahrt 17, Talfahrt 8 Tage. Auf dem Kongobogen Bukama—Pool dauert die Reise mehrere Monate. Die Bahn Bukama—Pool würde durch reiche und verhältnismäßig bevölkerte Gegenden, teilweise auch durch den Urwald führen und Katanga an die Kongo-Mündung anschließen. Heute ist dieses noch ein Außenland des südafrikanischen Wirtschaftsgebiets, was sich auch in den Ziffern der Handelsstatistik ausdrückt.

Nach Durchführung dieser ministeriellen Eisenbahnpläne wird also etwa 1925 die belgische Kongokolonie Eisenbahnen von 6000 **km** Länge besitzen. Die belgischen Staatsbahnen haben dagegen nur 4329⅔ **km** Länge. Dieses Verhältnis ist nach manchen Leuten ein Mißverhältnis und auch deutsche Blätter haben geglaubt, vor „zu hastigem" Vorgehen warnen zu müssen. Man vergißt, daß die Kolonien 2 365 000 **qkm**, Belgien nur 29 450 **qkm** Fläche hat, und daß am Kongo die Eisenbahnen der weiteren wirtschaftlichen Erschließung vorausgehen müssen; die letztere ist ohne Eisenbahnen einfach unmöglich. Höchstens macht sich bei den alten Verkehrsverhältnissen ein auf wenige hochwertige Erzeugnisse gerichteter Raubbau bezahlt, wofür aber jetzt nur noch Elfenbein in Betracht kommen könnte. Dieses System soll aber doch eben aufgegeben sein. Dann dürfte aber auch das Immer-langsam-voran in diesen Verkehrsfragen ganz und gar nicht am Platze sein. Es heißt, Leben zeugen und erst die Adern öffnen, durch die es rinnen soll.

Die Verfahren der Gründung, Geldbeschaffung und Bildung von Gesellschaften ist ein wichtiges und lehrreiches Kapitel in der Geschichte des Kongos. Man muß beachten, daß der junge Kongostaat ein etwas regelwidriges völkerrechtliches Wesen war, das sich überdies bald furchtbaren Schwierigkeiten, insbesondere dem gefährlichen Araberaufstande gegenübersah — Schwierigkeiten, die zum Beispiel an anderen Stellen Afrikas, England, Aegypten, Italien, Frankreich und die Türkei zur Einsetzung viel bedeutenderer Kräfte nötigten, als sie dem jungen Staat zur Verfügung standen. Dieser ist ihrer auch Herr geworden, sogar sehr bald. Daß er aber auf dem Geld-

Digitized by Google

markt einer gewissen Zurückhaltung begegnete, ist nur natürlich. Es bedurfte infolgedessen zunächst zur Kapitalsanlage starker Anreize, und dem ersten großen Unternehmen sind ganz gewaltige Vorteile geboten worden. Es war dies die Kongobahn, die denn auch großen kaufmännischen Gewinn eingeheimst hat.

Bald ging aber Leopold zu einem patriarchalischen Staatssozialismus über, der sich kaufmännisch auch recht vorteilhaft anließ, besonders für den Selbstherrscher. Bei den Gesellschaftsgründungen kam es mit dem Erstarken des Staates bald zu einer Form, die man etwa in der Sprache der neueren deutschen Gemeindepolitik das gemischte Unternehmen nennt. Die kaufmännische Gesellschaft besorgt die Geschäfte, Geldbeschaffung und Verwaltung. Der Staat als überragender Gesellschafter bringt ein: die Konzessionen, Landeigentum, Wälder, Berggerechtigkeiten usw. Er nimmt natürlich am Gewinn teil.

Beispielsweise wollen wir die wichtigsten Bedingungen der **Compagnie des Chemins de fer du Haut Congo** usw. anführen. Sie sind schon in einem Brief der Regierung des Kongostaates an den Ingenieur Ed. Empain in Brüssel, vom 7. Oktober 1901, dann im Vertrag, der nach Zeichnung von 25 Millionen Frank Kapital am 4. Januar 1902 geschlossen wurde, und in dem diesem beigefügten Lastenheft enthalten. Die Gesellschaft erhält danach die Erlaubnis und verpflichtet sich zum Bau von Bahnen (wie oben) und zur Schiffahrt auf den diese verbindenden Stromstrecken. Sie erhält umsonst alles zu diesen Betrieben notwendige Land, außerdem 4 Millionen ha Ländereien und Wälder, die vom Staat auf gemeinschaftliche Rechnung und mit Halbierung des Gewinnes bewirtschaftet werden. Die Gesellschaft kann schürfen und der Staat muß ihr Berggerechtigkeiten verleihen. Findet die Ausbeutung durch die Gesellschaft statt, so hat er zur Hälfte Anteil am Gewinn, ebenso bei den Tochtergesellschaften. Bei der Muttergesellschaft und ihren Ablegern gehört dem Staat die Hälfte des Vermögens in rechtlicher Form von ihm zugewiesenen nicht eingezahlten Dividendenaktien zu demselben Gesamtnennwert wie die Kapitalsaktien.

Der Staat leistet eine vierprozentige Zinsgewähr für das Gesellschaftskapital und bürgt für dessen Tilgung innerhalb 99 Jahren. Auf die Verwaltung behält sich der Staat maßgebenden Einfluß vor. Im Verwaltungsrat saßen drei, im Verwaltungsausschuß einer seiner Vertreter. Die beiden Körperschaften haben etwa nach dem belgischen Recht die leitenden Befugnisse des deutschen Vorstandes von Aktiengesellschaften. Außerdem ernennt der Staat zwei Spezialkommissare, denen dieselben Befugnisse zustehen, wie — nach belgischem Recht — den Kommissaren des Verwaltungsrats.

Die Vorarbeiten und der Bau nebst Linienführung erfolgen durch den Staat. Die Gesellschaft liefert alles Notwendige frei Hafen Antwerpen. Der Staat beaufsichtigt natürlich die Lieferung. Die Gesellschaft hat ständig einen Bauvorschuß von 1 Million Frank in der Staatskasse eingezahlt zu erhalten.

Man sieht also den überragenden Einfluß des Staates.

Dem Geiste nach ähnlich lauten auch die Gesellschaftsverträge mit der **Compagnie du Chemin de fer du Katanga** und mit der Studien- und Finanzgesellschaft für die Bahn Pool-Katanga. Nur trat der Staat mit seinen Sacheinlagen in den Verträgen mit Williams diesem gegenüber in das Verhältnis von 3 : 2, so daß hier sogar ein ganz überragender Einfluß des Staates festgesetzt wurde.

Es haben Kapital:

Die Kongobahn	30	Millionen	Frank.
Die Eisenbahn des Oberen Kongos usw.	75	„	„
Die Katangabahn	30 (?)	„	„
Die Studiengesellschaft für die Bahn Pool—Katanga	2	„	„
Die Majumbebahn	4,425	„	„

Außerdem arbeiten sie mit Anleihen und Darlehen.

Digitized by Google

Die letztere ist eine ziemlich klägliche Kleinbahn mit 60 cm Spur und 112 km Länge von Boma am unteren Kongo zum Schiloango; sie geht jetzt in den Besitz des Staates über. Die beiden anderen Bahnen haben während der Bauzeit nur vorläufige Betriebsergebnisse veröffentlicht; nur die Kongo-Bahn ist schon lange — seit 1899 — im vollen Betrieb und erzielte 1912/13 einen Reingewinn von 6 106 435,17 Frank, dazu siehe die oben angeführten früheren Ergebnisse.

Für den Betrieb der zukünftigen Benguella-Bahn und der Katanga-Bahnen sind Tarif- und Einnahmeabkommen abgeschlossen worden.

Für die Schaffung dieses Eisenbahnnetzes entwickelte der Minister noch Grundsätze, die von der Regierung beobachtet werden sollen. Es wären etwa dieselben, nach denen die Belgier in China ein Eisenbahnnetz von 4000 km Länge bauen, und wie sie ähnlich für die belgischen Vizinalbahnen gelten. Der Konzessionaire baut und betreibt die Bahn mit Genehmigung und unter Aufsicht des Staates. Dieser ist Eigentümer der Bahn, Herr der Tarife und kann die Bahn jederzeit in eigenen Betrieb nehmen. Zum Bau wird eine Anleihe unter Gewährleistung durch Belgien nach Bedarf in Abschnitten aufgenommen; die Zwischenzinsen während der Bauzeit werden auf die Bau- und Einrichtungskosten verrechnet. Mit der Tilgung wird einige Jahre nach der Inbetriebnahme begonnen.

Man wird der belgischen Regierung die Anerkennung nicht versagen können, daß dieser ganze Plan für die Entwickelung des Verkehrs in ihrer Kolonie großzügig ist. Er hat natürlich zunächst einmal für das kolonisierende Volk der Belgier Bedeutung, das seit den letzten Jahren einen Teil seines Kapitals in rasch steigendem Maße in der Kongokolonie anlegt, neben Tausenden von Millionen, die es in Unternehmungen an allen Enden der Welt gesteckt hat. Eine größtmögliche Steigerung und Verbilligung des Verkehrs in der Kolonie ist die beste Gewähr für die Nutzbarmachung der dort angelegten einzelwirtschaftlichen und staatlichen Mittel. Bis jetzt erbrachten diese privaten Kongounternehmungen jährlich 16 Millionen Frank Reingewinn; eine große Anzahl befindet sich aber noch in der Gründungs- oder ersten Betriebszeit und läßt Ertrag erst nach einiger Zeit erwarten.

In diesen Unternehmen arbeitet aber auch fremdes Kapital: englisches, deutsches, französisches, niederländisches, amerikanisches und, in Kleinbetrieben, besonders auch portugiesisches. Es sind also auch fremde Völker erheblich am Wohlergehen der belgischen Kolonie beteiligt. Das lag schon im Sinne der Gründer und der Kongo-Akte und ist immer auch von den belgischen staatsmännischen und privaten Kolonisatoren beachtet und benutzt worden. Zum Beispiel hat die Gruppe der Compagnie du Congo pour le Commerce usw. stets fremdes Kapital herangezogen und sich auch selbst an fremden Unternehmungen, auch außerhalb der Kongo-Kolonie, beteiligt und das noch in neuester Zeit.

Eine höhere Anteilnahme ist aber dem jungen Kolonialvolk der Belgier in seiner Arbeit der Gesittung, die es da unten in dem noch vor kurzem dunkelsten Erdteil verrichtet, sicher: die Anteilnahme an dem Werke der Kultur, welche die große Gemeinschaft der Völker vereinigt.

Die politische und kulturelle Bedeutung des deutschen Kiautschougebietes.

Die Handelskammer Tsingtau schreibt uns:

Unter der Ueberschrift „Die politische und kulturelle Bedeutung des deutschen Kiautschou-Gebietes" ist vor einiger Zeit an dieser Stelle ein Aufsatz von Herrn Dr. Romberg erschienen, in dem sich im Anschluß an die Behauptung,

Digitized by Google

die Entwickelungsmöglichkeiten Tsingtaus müßten der natürlichen historischen Entwickelung und dem freien Spiel der Kräfte unter Ausschluß jeder wirtschaftlichen Beeinflussung Privater durch den Staat überlassen bleiben, auch die folgenden Sätze finden:

„Ein staatlicher Protektionismus müßte zurzeit in Tsingtau mit allerhand Schönfärbereien arbeiten, und das ziemt sich nicht nur nicht, sondern nutzt auch auf die Dauer nicht. Ueberdies ist es geradezu wünschenswert, daß die sehr bedeutungsvollen, umfangreichen deutschen Interessen in Tientsin, Hankau, Schanghai, die sich aus sich heraus entwickelt haben, mit allen Kräften sich mehren und ausbreiten, übergreifen auf neue Plätze, wie Tsinanfu, Tschangscha, Tschengtu, aber nicht durch eine hier ungesunde Konzentration auf Tsingtau allein abgelenkt werden. Politisch falsch ist es also, der freien wirtschaftlichen Betätigung durch staatliche Maßnahmen „tsingtauzentrische" Richtung vorzuschreiben. Der Staat mag natürlich eigene wirtschaftliche und industrielle Interessen in Tsingtau oder seiner Sphäre betätigen, aber er sollte nicht die Geschäfte anderer besorgen. Ein Beispiel für einen solchen politischen Fehler dürfte die in den neuen Etat für 1914 eingestellte Errichtung einer Baumwollpresse in Tsingtau bieten. Wenn, wie sehr zu begrüßen, der Baumwollhandel mehr und mehr seinen Weg über Tsingtau nimmt, in Tsingtau vielleicht sogar Baumwollspinnereien entstehen, dann sollten die Kaufleute selbst das Kapital zu einer solchen Presse aufbringen, zumal wenn es sich nach dem Bericht der Tsingtauer Handelskammer ausgezeichnet rentieren soll aber es ist den deutschen Kaufleuten in Tsinanfu gegenüber nicht richtig, daß das Gouvernement Kiautschou dem Wunsche der Handelskammer, diese Presse auf Risiko des Reichsetats zu errichten, freudig nachgegeben hat. Das Reich sollte in solchen Fällen vielmehr nur eintreten, wenn sich ein erwünschtes, wichtiges, wirtschaftliches Ziel in einer dem Gesamtwohl förderlichen und allen Umständen Rechnung tragenden Weise auf anderem Wege nicht erreichen läßt."

Die Handelskammer zu Tsingtau kann diese Ausführungen nicht unwidersprochen lassen, da sie ein gänzlich schiefes Bild der Verhältnisse zeichnen und nur dazu angetan sind, Tsingtau in der öffentlichen Meinung Deutschlands in Verruf zu bringen. Es braucht nicht Aufgabe der Handelskammer in Tsingtau zu sein, das Kaiserliche Gouvernement Kiautschou und das Reichsmarineamt gegen den völlig ungerechtfertigten Angriff zu verteidigen, daß sie eine das Deutschtum in China schädigende „tsingtauzentrische" Politik trieben, daß sie insbesondere in der Baumwollpresseangelegenheit leichtsinnig den Wünschen der Handelskammer zu Tsingtau folgend zum Schaden der deutschen Kaufleute in Tsinanfu mit Reichsmitteln die Geschäfte Privater zu besorgen bereit und durch „allerhand Schönfärbereien" den Reichstag für ihre politisch falschen protektionistischen Ideen zu gewinnen bemüht seien; sie muß sich aber auf das entschiedenste gegen die Art und Weise verwahren, in der an jenen Stellen indirekt sie selbst und ihr Vorgehen in der Baumwollpressefrage beleuchtet wird. Die Handelskammer zu Tsingtau hat die ganze Angelegenheit in langen, wiederholten Beratungen eingehend erörtert und ihren Standpunkt schließlich in einer alle Punkte beleuchtenden und jede Forderung genau begründenden Denkschrift niedergelegt, die dem Gouvernement eingereicht worden ist und dieses zur Anforderung der Reichsmittel im diesjährigen Etat veranlaßt hat. Es ist nicht bekannt, ob Herr Dr. Romberg von dem Inhalt dieser Denkschrift

Digitized by Google

Kenntnis genommen und ihre Ausführungen eingehend nachgeprüft hat. Selbst wenn es geschehen sein sollte, könnte die Handelskammer zu Tsingtau Herrn Dr. Romberg nicht für kompetent und autorisiert betrachten, gegen dieses sachverständige Gutachten in der Form zu polemisieren, wie es in jenem Aufsatze geschehen ist. Herr Dr. Romberg hat in seinem wenig über zwei Jahre währenden Aufenthalt in Tsingtau weder Gelegenheit gehabt noch genommen, sich mit allen Einzelheiten des Tsingtauer Handels so eingehend zu beschäftigen und die Einblicke zu gewinnen, daß er ein maßgebendes Urteil darüber abzugeben vermöchte, ob die Errichtung einer Baumwollpresse in Tsingtau ein erwünschtes, wichtiges, wirtschaftliches Ziel ist oder nicht, und ob es in einer dem Gesamtwohl förderlichen und allen Umständen Rechnung tragenden Weise besser zu erreichen sei als durch Errichtung und Betrieb mit Reichsmitteln und von Reichs wegen. Manche seiner Bemerkungen zeigen denn auch eine ganz verkehrte Auffassung. Mit der Entstehung von Baumwollspinnereien zum Beispiel hat die Presse nichts zu tun. Er vergißt auch ganz, daß die Presse gar nicht für Baumwolle allein bestimmt sein soll, sondern zugleich auch für noch eine ganze Reihe anderer Artikel, die für den Export über See der Frachtersparnis wegen eine dichtere Packung benötigen. Völlig unerfindlich ist auch, inwiefern die Errichtung der Presse in Tsingtau eine Schädigung der Tsinanfuer Kaufleute sein soll. Durch die Errichtung der Presse soll lediglich der Hafen Tsingtau dem Hafen Tientsin vor allem endlich so weit wie möglich gleichgestellt werden, der bereits verschiedene Pressen besitzt und deshalb Tsingtau von einem Geschäft ausschließt, für das er sonst die günstigsten Bedingungen bietet. Darüber führt die erwähnte Denkschrift unter anderem aus:

„Für die Entwicklung des Baumwollgeschäftes in Tsingtau hat sich in den letzten Jahren das Fehlen einer Baumwollpresse als ein unüberwindliches Hemmnis erwiesen, weil es nicht möglich ist, ungepreßte Baumwolle nach Europa zu verschiffen. Bei Berechnung der Schiffsfracht wird nämlich die Raumtonne zugrunde gelegt, was zur Folge hat, daß für eine Gewichtstonne Baumwolle in ungepreßtem Zustande ungefähr das Acht- bis Zwölffache der Fracht zu zahlen ist, die für eine Gewichtstonne Baumwolle in gepreßtem Zustande berechnet wird. Moderne Pressen, mittels deren die Baumwolle ohne Schwierigkeit so zusammengepreßt werden kann, daß ein Kubikmeter in Gewicht gleich einer Tonne ist, gibt es nun in größerer Zahl in den Haupthandelsplätzen Chinas, wie Schanghai, Hankau und Tientsin. Die beiden erstgenannten Plätze kommen als Konkurrenten für Tsingtau nicht in Betracht, dafür aber um so mehr Tientsin. Die der Hauptmenge nach ihren Weg über Tsinanfu nehmende, aus der Provinz Schantung stammende Baumwolle geht, wie sich aus dem außerordentlichen Aufschwung, den der Baumwollhandel Tientsins in den letzten Jahren genommen hat, ohne weiteres ersehen läßt, nach Tientsin. Die Zahl für das Jahr 1912 repräsentierte einen Wert von 30 Millionen Mark. In Tsingtau ist die Exportziffer nicht über 70 000

Digitized by Google

Pikuls (etwa vier Millionen Mark) im Jahre 1912 hinausgegangen, die wegen der hohen Europafracht nur mit billigen Küstendampfern nach Schanghai und Japan verschifft werden konnten. Die von Tientsin ausgeführten Mengen Baumwolle hätten nun, da die Frachtrate auf der Eisenbahn für Baumwolle von Tsinanfu nach Tsingtau trotz des längeren Weges ebenso billig ist, wie von Tsinanfu nach Tientsin, in Anbetracht der günstigen Verschiffungsbedingungen in Tsingtau zum allergrößten Teil ihren Weg nach Tsingtau nehmen müssen, wenn nicht infolge des Mangels einer hinreichend leistungsfähigen Presse in Tsingtau die Unmöglichkeit, die Baumwolle auf europäische Märkte zu exportieren, als Hindernis im Wege gestanden hätte. Was vorstehend von Baumwolle gesagt ist, gilt im selben Maße für Hanf, Jute, Wolle und sonstige faserige Rohstoffe, die ebenfalls auf der Baumwollpresse gepreßt werden können, sowie auch für Häute. An allen diesen Produkten ist die Provinz Schantung sehr reich. Die hiesige Kaufmannschaft ist sich seit langem dessen bewußt, daß ohne eine erstklassige Preßanlage Tsingtau niemals in großem Maßstabe mit anderen Ausfuhrhäfen wird konkurrieren können und mußte mit schmerzlichem Bedauern zusehen, wie die vorgenannten wichtigen Massenausfuhrartikel trotz aller Vorzüge, die der ausgezeichnete Hafen von Tsingtau mit den äußerst bequemen Zufuhrgelegenheiten durch die Eisenbahn bis unmittelbar an den Seedampfer bietet, ihren Weg von Tsinanfu nach Tientsin genommen haben, wo sie, abgesehen von den guten Preßanlagen, für den Export viel ungünstigere Verhältnisse vorfinden. Da die großen Seedampfer nicht bis zur Stadt Tientsin den Peiho hinauffahren können, so müssen die Ausfuhrgüter, nachdem sie mit erheblichen Kosten an den Fluß gebracht sind, erst in Leichter geladen, dann flußabwärts bis über die der Mündung vorgelagerte Barre gebracht werden und können erst hier in die Seedampfer verladen werden, wenn man nicht vorzieht, die Güter in Tientsin auf einen kleinen Küstendampfer zu laden und dann eine Umladung in die großen Dampfer in Schanghai vorzunehmen. Alle diese Schwierigkeiten und höheren Unkosten in Tientsin werden aber kompensiert einzig und allein durch die dort vorhandenen Preßanlagen, indem die Ersparnis an Exportfracht für das gepreßte Gut alles wieder reichlich einbringt. Die Handelskammer zu Tsingtau hat daher in Erkenntnis der Sachlage auch schon wiederholt erwogen, wie wohl die Mittel zur Schaffung einer Preßanlage für Tsingtau aufzubringen seien. Es gelang aber nicht, zu einem befriedigenden Resultat zu kommen. Am nächsten lag es, zu versuchen, die Mittel durch die hiesigen Firmen selbst aufbringen zu lassen und auch den Betrieb der Preßanlage durch ein mehr oder weniger großes Konsortium hiesiger Firmen in die Hand nehmen zu lassen. Es hat sich aber leider gezeigt, daß es den Firmen zu schwer fallen würde, die Mittel bereitzustellen. Auch gegen den Betrieb der Preßanlage durch einige wenige Firmen, denen vielleicht die Beschaffung der Gelder möglich wäre, wurden unüberwindliche Bedenken

Digitized by Google

geltend gemacht, weil es aus Konkurrenzgründen den einzelnen Firmen höchst unerwünscht ist, andere das gleiche Geschäft betreibende Firmen, also in diesem Falle etwa die Betriebsgenossenschaft der Preßanlage, einen Einblick in den Umfang und die Art ihrer Geschäfte nehmen zu lassen. Letzterer Gesichtspunkt ist auch für mehrere große Firmen an anderen Plätzen, wo für den öffentlichen Gebrauch bestimmte Pressen bestehen, mit der Grund gewesen, sich unter Aufwendung sehr erheblicher Kapitalien eigene Pressen zu bauen Nach eingehenden Erwägungen und Würdigung aller Gründe ist die Handelskammer dann zu der Ansicht gekommen, daß es die beste Lösung wäre, wenn das Kaiserliche Gouvernement aus Reichsmitteln die Preßanlage errichten und selbst betreiben würde. Es ist dies der einzige Weg, auf dem die Preßanlage rechtzeitig und in wirklich zweckentsprechender Weise ins Leben gerufen werden kann. Und die Ausführung des Projektes, das als eine werbende Anlage im besten Sinne des Wortes bezeichnet werden muß, kann dem Kaiserlichen Gouvernement von der Handelskammer mit gutem Gewissen empfohlen werden, da allgemein bekannt ist, daß die anderen großen Pressen in China sämtlich mit gutem Nutzen für die Besitzer arbeiten. Die Handelskammer gibt zwar zu, daß in den ersten drei Jahren die Anlage sich wahrscheinlich noch nicht befriedigend rentieren wird. Sie ist aber überzeugt, daß die Rentabilität nachher eine um so bessere sein wird. Und gerade über die ersten Jahre unsicherer Rentabilität wäre es den Firmen, falls sie auch die Mittel für die Preßanlage selbst aufbringen könnten, sehr schwer oder auch unmöglich, hinwegzukommen." Die Denkschrift gibt dann noch eine Kostenberechnung und fährt fort: „Dazu dürfte für das Kaiserliche Gouvernement nicht zum wenigsten ins Gewicht fallen, daß mit Hilfe der Preßanlage, und nur mit deren Hilfe, die Ausfuhr aus dem Hafen Tsingtau und damit die Einnahmen aus den verschiedenen Hafengefällen: Kajengebühren, Molengebühren, Lotsengebühren, gewaltig gehoben werden kann. Ohne Preßanlage kann und wird Tsingtau immer nur eine untergeordnete Rolle unter den großen Exportplätzen Chinas spielen."

Gegen diese sachlichen, wohlbegründeten Ausführungen wird kaum jemand etwas sagen können. Recht betrachtet, handelt es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um die Frage: Wollen wir unseren Hafen Tsingtau durch Hinzufügung der ihm bisher noch fehlenden Preßanlage ganz vollendet ausgestalten und den Konkurrenzhäfen gleichgerüstet zur Seite stellen oder darauf verzichten? Die einzig richtige Antwort hat ja darauf erfreulicher- und dankenswerterweise der Reichstag bereits gegeben mit der Bewilligung der angeforderten Mittel. Er hat damit also selber zu verstehen gegeben, daß die Errichtung der Presse mit politisch falschem Protektionismus und schädlicher „tsingtauzentrischer" Politik nicht das geringste zu tun hat, und damit das kompetente Urteil über jene ungerechtfertigten Angriffe gefällt. Die Handelskammer zu Tsingtau ist überzeugt, daß die Errichtung der Presse aus Reichs-

Digitized by Google

mitteln die beste Lösung ist, und erhofft von der Verwirklichung ihrer Anregung einen weiteren Aufschwung Tsingtaus, der den deutschen Interessen in ganz Ostasien nur Vorteil bringen kann und wird.

Handelskammer zu Tsingtau.

Die Dividenden der Transvaal-Goldminengesellschaften.

1887	12 976	Pfund	Sterling	1901	422 413	Pfund	Sterling
1888	127 352	„	„	1902	2 127 726	„	„
1889	461 641	„	„	1903	3 368 837	„	„
1890	299 551	„	„	1904	3 934 958	„	„
1891	355 600	„	„	1905	4 864 139	„	„
1892	974 042	„	„	1906	5 741 761	„	„
1893	1 042 539	„	„	1907	7 098 212	„	„
1894	1 727 433	„	„	1908	8 757 882	„	„
1895	2 218 402	„	„	1909	9 504 621	„	„
1896	1 743 612	„	„	1910	9 199 666	„	„
1897	2 956 981	„	„	1911	8 058 319	„	„
1898	4 996 510	„	„	1912	8 353 393	„	„
1899	3 211 766	„	„	1913	8 598 078	„	„
1900	6 600	„	„				

In Summa 1887 bis 1913: 100 165 030 Pfund Sterling. Angelegtes Kapital geschätzt auf 75 000 000 Pfund Sterling; mithin stellen die zurzeit verteilten Dividenden eine Verzinsung von rund 11 Prozent dar. K.

Der Baumwollbau unserer Schutzgebiete.

In der Mehrzahl unserer Tochterländer wurde Baumwolle angebaut, bereits ehe sie unter unsere Flagge kam. Eine für den Weltmarkt bedeutsame Erzeugung war indessen ohne nachdrückliche Förderung nicht möglich. Wir wissen, daß der wirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft, das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee, seit anderthalb Jahrzehnten in dieser Richtung viele Aufwendungen gemacht hat; wir entnehmen der unten genannten Denkschrift die Feststellung, daß auch im Etat des Reichskolonialamts über 2 000 000 Mark bewilligt worden sind.

Auch in **Togo** haben die Neger von altersher und fast im ganzen Schutzgebiet Baumwolle gebaut. Die neueren Bestrebungen zur Förderung der Kolonie setzten in dieser Kolonie im Jahre 1900 ein. Im Durchschnitt der letzten Jahre sind etwa 500—550 Tonnen im Werte von über ½ Million Mark zur Ausfuhr gelangt. Das Jahr 1913 hat gegen 1912 einen allerdings nicht beträchtlichen Rückgang gebracht.

Die Vorbedingungen für die Hebung des Baumwollbaues sind in den einzelnen Bezirken verschieden. Im Bezirk Atakpame, der bisher schon von allen Bezirken die meiste Baumwolle produzierte, ist die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der Baumwollbau noch weiter zunimmt. Die natürlichen Bedingungen sind dort für die Baumwolle günstig, da, wie das Beispiel der Landeskulturanstalt zeigt, die Baumwolle auch auf den ärmeren Steppenböden, die im Bezirk Atakpame weit

Digitized by Google

verbreitet sind, gut gedeiht. Besonders in der Landschaft Nuatjä ist wohl durch den Einfluß der Landeskulturanstalt der Baumwollbau weit vorgeschritten. Hindernd für die größere Ausdehnung der Baumwollkultur ist für den Bezirk Atakpame seine geringe Bevölkerungsdichte. Aus diesem Grunde habe ich mich auch entschlossen, in größerem Umfange geschlossene Ansiedlungen von Hinterlandsleuten im Atakpamebezirk zu schaffen.

Im Bezirk Lome-Land gewinnt neuerdings der Baumwollbau in den nördlichen Teilen des Bezirks bei Agbeluvhoe und bei Game an Boden. Im Süden, wo die Oelpalmen- und Maiskultur vorwiegend ist, wird der Baumwollbau zunächst nicht wesentlich zunehmen. Für die Oelpalmen- und Maisgegenden des Anecho-Bezirks gilt dasselbe. Anecho hat in seinen küstennahen Lagunendörfern Baumwollbau. Dort ist er, wenn auch in beschränktem Umfange, ausdehnungsfähig. Im Bezirk Misahöhe wird die Baumwollkultur voraussichtlich auf die bisherigen Hauptzentren, die Landschaften am Adaklu und am Agu, beschränkt bleiben: in den übrigen Teilen werden die wertvolleren Kulturen des Kakaos und der Oelpalme betrieben. Im Bezirk Sokode sind die Vorbedingungen für eine Ausbreitung der Baumwollkultur an sich nicht ungünstig. Voraussetzung ist dort die Gewinnung einer geeigneten Sorte, die den Leuten durch gesicherte Erträge den Anbau auch lohnend macht. Hemmend für die Entwicklung der Baumwollkultur im Schutzgebiet sind die starken Schwankungen der von den Kaufleuten bezahlten Preise. Im Jahre 1912 wurden Preise bis unter 15 Pf. für 1 kg unentkörnte Baumwolle bezahlt, während im Jahre 1913 bis zu 30 Pf. für 1 kg gegangen wurde.

In **Kamerun** sind es vor allem die Tschadseeländer sowie Adamaua, Bamum und Tikar, in denen seit Jahrhunderten eine Kultur von Baumwolle stattfand. Eine Ausfuhr ist indessen nie zu verzeichnen gewesen. Zum Vergleiche sei das benachbarte Nigerien herangezogen, das infolge der Baumwollhungersnot Lancassiere eine kräftige Baumwollkultur herangebildet hatte, die allerdings später wieder einen Rückgang erfuhr. Wie in Togo, wird hier für das erste der Baumwollbau wohl nur als Eingeborenenkultur in Frage kommen. Aus diesem Grunde sind landwirtschaftliche Versuchsstationen angelegt worden: eine in Kuti, gegründet am 1. Februar 1912, 1142 m hoch in der Landschaft Bamum gelegen. Eine andere ist 17 km östlich von Garua, namens Pittoa, im gleichen Zeitpunkte angelegt. Dabei verschließt man sich nicht der Tatsache, daß unter den heutigen Verkehrsverhältnissen ein Baumwollexport aus Deutsch-Adamaua ausgeschlossen erscheinen muß. Fürs erste wird es gelten, Wanderlehrer auszubilden, weiße und farbige, die bei den Eingeborenen Eifer und Verständnis für den Baumwollbau wecken müssen.

In unserem größten Schutzgebiete Deutsch-Ostafrika verteilt sich geographisch der Baumwollbau in folgender Weise. Zunächst wurden Anbauversuche in den Küstenbezirken: Rufidji, Daressalam, Bagamojo, Pangani, Tanga und Wilhelmstal eingeleitet. Später traten die Bezirke Morogoro und Kilwa hinzu, und in neuester Zeit Iringa, Dodoma, Kondoa-Irangi und Bukoba, namentlich aber Lindi und Muansa. Man stand auf dem in der ersten Denkschrift gekennzeichneten Standpunkt, daß im Baumwollbau Ostafrikas Plantagen- und Eingeborenenkultur sich nebeneinander entwickeln sollen. Dieser Grundsatz ist seither befolgt worden.

Deutsch-Ostafrika hat im Jahre 1912 1882 Tonnen Baumwolle im Werte von 2 110 000 Mark exportiert gegen 1 356 000 Mark in 1911, 751 000 Mark in 1910, 440 000 Mark in 1909, 225 000 Mark in 1907, 196 000 Mark in 1905. In den letzten Jahren haben die Erträge der Eingeborenenkulturen daran den größten Anteil gehabt. Von einer durch europäische Pflanzungen gedeckten Gesamtfläche von 537 000 ha sind zirka 13 000 ha, d. h. nicht ganz 2½ %, mit Baumwolle bestanden.

Digitized by Google

Den Zwecken des Baumwollbaues dienen die folgenden Versuchsstationen:

1. die Baumwollstation Mpanganga (Bez. Rufidje),
2. „ „ Myombo bei Kilossa (Bez. Morogoro),
3. „ „ Mabama (Bez. Tabora),
4. „ „ Mahiwa (Bez. Lindi),
5. „ landwirtschaftliche Versuchsstation Kibongoto (Bez. Moschi),
6. ist eine im Etat für 1914 angeforderte, neu zu begründende Baumwollstation im Bezirk Muansa vorgesehen.

Die Entwicklung sämtlicher Stationen ist bisher im allgemeinen ruhig verlaufen, soweit es die Verfolgung der zunächst zu lösenden Aufgaben anbelangt, nämlich: Züchtung leistungsfähiger und den klimatischen Verhältnissen der betreffenden Gebietsteile Ostafrikas angepaßten Baumwollsorten als Grundlage der Schaffung hochwertiger Lokalrassen, Auswahl und Höherzüchtung der wichtigsten Nährfrüchte. Zieht man einen Vergleich zwischen den in Deutsch-Ostafrika mit dem Baumwollbau erzielten Erfolgen und dem, was in der britischen Nachbarkolonie Uganda erreicht ist, so fällt der unzweifelhaft zu unseren Ungunsten aus. Das erklärt sich wohl damit, daß von Anfang an wesentlich größere Geldmittel zur Verfügung standen. Des weiteren handelt es sich dort um ein Produktionsgebiet mit für Aequatorialafrika außergewöhnlich günstigen natürlichen Vorbedingungen in bezug auf Boden und Klima, um ein Land mit dichter und besonders intelligenter Bevölkerung. Da die Baumwollkultur in Uganda ausschließlich in Händen der Eingeborenen liegt, war es der Regierung möglich, mit Hilfe sehr zweckmäßiger, aber auch sehr rigoroser Verordnungen Anbau und Handel schnell in einheitliche Bahnen zu lenken — eine Reglementierung, die bei gleichzeitig vorhandener Plantagenwirtschaft undurchführbar gewesen wäre. Endlich aber — und das erscheint unter den obwaltenden Bedingungen als das wichtigste — ist es mit Hilfe der Uganda-Bahn möglich gewesen, dieses bevorzugte aussichtsreiche Baumwollgebiet im Innern Afrikas schon frühzeitig für die Produktion zu erschließen und seine Produkte alsbald auf den Markt zu führen. Hierzu trat noch die im Jahre 1911 eröffnete Bahn von Finja nach Kakindu (am Choga-See), womit ein neuer Baumwollbezirk dem Verkehr erschlossen wurde. Mit den Bahnen gewann Uganda von vornherein einen gewaltigen wirtschaftlichen Vorsprung, der bei dem Vergleich mit Deutsch-Ostafrika um so mehr ins Gewicht fällt, als hier erwiesenermaßen die dem Verkehr von Anfang an nahegerückten Teile der Küstenzone — nur ausgenommen den Rufidji- und den Lindi-Bezirk — für die Baumwollkultur wenig geeignet sind.

So erfreulich das Ansteigen der Produktion in den letzten Jahren gewesen ist, so muß doch davor gewarnt werden, die Lehrjahre als überwunden anzusehen. Unverdrossene Fortführung der Versuchsarbeiten, insbesondere der züchterischen Maßnahmen, ist notwendig. Die Denkschrift bemerkt hierzu: Das Gouvernement und die Leiter der Versuchsstationen sind sich dessen voll bewußt und setzen alles daran, die Güte der Produkte nicht nur auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten, sondern sie immer weiter zu verbessern, unter gleichzeitiger Beobachtung aller anderen, den Reinertrag beeinflussenden Faktoren. Erstrebenswert, aber erst in längeren Fristen durchführbar, ist eine Verringerung der Zahl der angebauten Sorten und Rassen: denn damit erst wird sich die Aufstellung von „Standardmarken" für den Handel mit deutschostafrikanischer Baumwolle durchführen lassen. Die Produktion ließe sich sicherlich auch quantitativ noch schneller steigern als in den letzten Jahren, jedoch nur auf Kosten anderer Kulturen, insbesondere der Lebensmittel. Der Gouverneur legt aber mit Recht ganz besonderen Wert darauf, daß der Anbau von Lebensmitteln nicht nur nicht vernachlässigt, sondern nach Möglichkeit auch befördert wird, weil anderenfalls eine Mißernte leicht zu Hungersnot und schweren Schädigungen des ganzen Landes führen würde.

Digitized by Google

In den drei genannten Kolonien sind unzweifelhaft die natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen für einen ausgedehnteren Baumwollbau vorhanden. Das nächste, was notwendig sein wird, ist die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Ohne eine solche wird Nordkamerun so wenig wie unsere Gebiete am Viktoria-See eine rentable Baumwollkultur schaffen können. Hindernisse grundsätzlicher Art stehen der Ausdehnung dieses Produktionszweiges nicht mehr im Wege. Daß mancherorts noch gewisse technische und sonstige Schwierigkeiten bestehen, ist im einzelnen genügend hervorgehoben worden. Wenn man aber bedenkt, wie viele und wie große Hindernisse in diesen Ländern im Laufe der Erstlingsarbeiten schon überwunden worden sind, und mit welchen Hindernissen auch andere, heute blühende Baumwollgebiete der Erde anfänglich zu rechnen hatten, wenn man ferner betrachtet, wie mit ernster Hingabe alle beteiligten Instanzen vereint an der großen Kulturarbeit mitwirken, so ist man zu der Erwartung berechtigt, daß es auf Grund der bisher gewonnenen Erfahrungen gelingen wird, auch jene noch bestehenden Hindernisse in kürzerer Zeit zu meistern. Für die nächste Zukunft bedarf es weiterer rühriger und stetiger Arbeit, allerdings auf erheblich verbreiterter Grundlage und mit erhöhten Mitteln; denn noch steht eine große Arbeitsleistung bevor.

Zur Beurteilung unserer kolonialen Baumwollbestrebungen*) muß man sich stets vor Augen halten, daß es sich bei der Einführung der Baumwollkultur im tropischen Afrika um eine grundlegende Neugestaltung der Produktionsverhältnisse handelt. Derartige Kulturunternehmungen aber brauchen Zeit zur Reife. Gut Ding will Weile haben.

Die Dividenden der Land- und Bergbaugesellschaften usw. in Südafrika 1910 bis 1913.

	1910	1911	1912	1913		
Transvaal Gold	9 199 666	8 058 319	8 353 393	8 598 078	Pfund	Sterling
Land und Finanz	3 528 170	2 849 992	2 477 155	2 251 820	„	„
Diamanten	1 627 180	1 853 140	2 132 921	2 585 644	„	„
Rhodesia	883 829	933 422	543 227	540 675	„	„
Banken	313 337	389 908	449 609	474 644	„	„
Kohle	205 490	235 133	308 940	337 971	„	„
Verschiedene	162 130	354 170	307 104	367 981	„	„
Brauereien	152 292	183 923	189 921	192 921	„	„
Kupfer	73 429	75 231	113 814	121 314	„	„
Zinn	—	—	104 600	112 400	„	„

K.

*) Siehe „Der Baumwollbau in den deutschen Schutzgebieten, seine Entwicklung seit dem Jahre 1910". Herausgegeben vom Reichskolonialamt. Mit 9 Plänen, 13 Tafeln und 3 Textabbildungen. Jena 1914. Verlag von Gustav Fischer. Vergleiche auch: „Die Baumwollfrage. Denkschrift über Produktion und Verbrauch von Baumwolle. Maßnahmen gegen die Baumwollnot." Veröffentlichung des Reichskolonialamts. Jena 1911. Verlag von Gustav Fischer.

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 7 | Juli 1914 | 15. Jahrgang

Dreißig Jahre Deutsch-Ostafrika.

Von Hans Zache, Hamburg.

Als Karl Peters am 17. Dezember 1884 in Bagamojo mit den Verträgen eintraf, die das mittlere Küstengebiet Ostafrikas „auf ewige Zeiten der Gesellschaft für deutsche Kolonisation zur völlig freien Verfügung" sicherten, da wurde im Ausland und Inland, dort höhnisch, hier kleinmütig, die Frage aufgeworfen, ob denn Deutschland aus seinen neuen Erwerbungen „etwas zu machen" wissen werde. Nur eine sehr kleine Schar war es, die die Ueberzeugung des kühnen Führers teilte, daß Deutschland den Beruf zur Kolonisation habe. Wenn heute Deutschland kolonialfreundlich geworden ist bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein, so lohnt es sich wohl, nachzudenken, welche schlagenden Beweise im Laufe von dreißig Jahren aufeinander getürmt werden mußten, um immer weitere Kreise des Volkes, immer weitere politische Parteien zu der Einsicht zu bringen, daß das Bekenntnis des Fürsten Bismarck zur Kolonialpolitik im Jahre 1884 eine des Dankes werte und der Bewunderung würdige Tat war.

Freilich: die Absichten, aus denen die Taten großer Männer hervorgehen, behält sich die Geschichte zu korrigieren vor. Karl Peters dachte, als er Ostafrika erwarb, in erster Linie an Aufnahmegebiete für unsere überschießende Volkskraft, während der große Kanzler sich damals nur zu dem Entschlusse durchringen konnte, Handelskolonien unter den Schutz des Reiches zu stellen: „Meine von Seiner Majestät dem Kaiser gebilligte Absicht ist, die Entwicklung der Kolonien dem Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Form der Annektierung überseeischer Provinzen an das Deutsche Reich vorzugehen als in der Form der Gewährung von Schutzbriefen nach Gestalt der englischen Royal Charters und den Interessenten der Kolonie zugleich das Regieren zu überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Gerichtsbarkeit und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnisonen dort leisten können." (26. Juni 1884.)

Fünf Jahre später brachte der Kanzler das Gesetz vor den Reichstag (2. Februar 1889), das ihn ermächtigte, Wissmann mit dem Niederschlagen des Küstenaufstandes zu beauftragen. Damit wurde de facto Deutsch-Ostafrika doch ein Annex, eine Provinz des Deutschen Reiches, und die 1884 so energisch abgelehnten „oberen und unteren Beamten" zogen ein, die 1884 nicht gewollten „Garnisonen, Kasernen, Häfen und Forts" wurden angelegt. Sehr

Digitized by Google

zum Segen der Kolonie: denn daß sie, verwaltet von der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft nach den Grundsätzen der Jahre 1884 bis 1889, nicht entfernt das geworden wäre, was sie heute darstellt, wird wohl im Ernste niemand mehr bezweifeln.

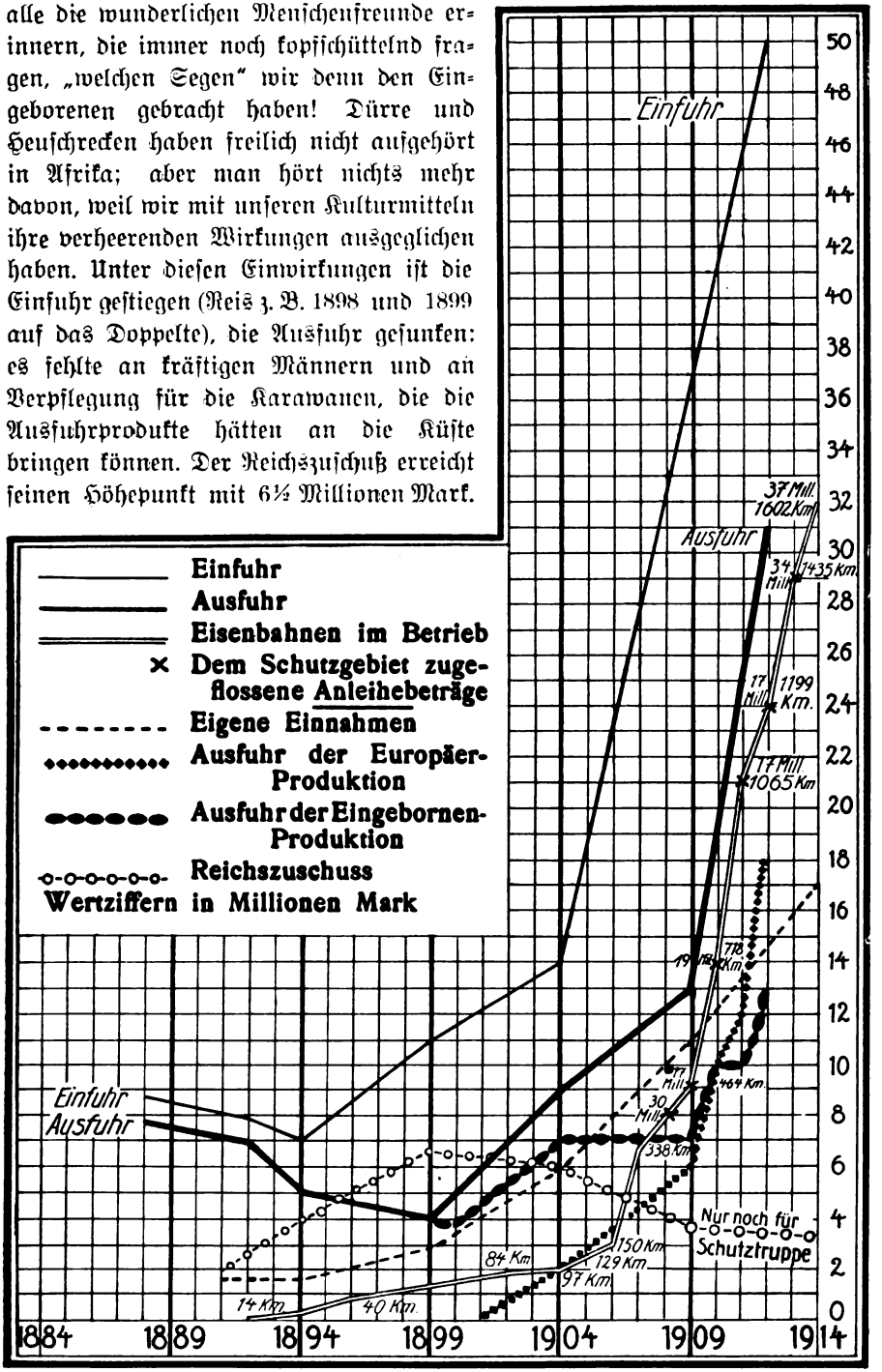
Dem Petersschen Gedanken der Besiedelungskolonie machte das folgende Jahrfünft ein Ende. Das Jahr 1882 hatte über 200 000 deutsche Auswanderer aufgewiesen; 1894 waren es nur noch 40 000, und von da ab verkehrte sich der Auswandererüberschuß unaufhaltsam in einen Einwandererüberschuß. Seitdem kann dem Siedelungsgedanken nur noch eine untergeordnete Rolle in unserer Kolonialpolitik — wenigstens für Ostafrika — zuerkannt werden.

Dagegen legte die Eröffnung des Betriebes auf dem ersten — 14 Kilometer langen! — Stück der Usambarabahn (16. Dezember 1894) die Grundlage zur Entwicklung Deutsch-Ostafrikas als Pflanzungskolonie: zwei Jahre später erreichte der Schienenstrang Muhesa und damit den Fuß der Usambaraberge. Die „Annektierung" dehnte sich gleichzeitig auf das Innere des Schutzgebietes aus: schon 1893 hatte Princes Löwenkühnheit die Zwingburg Unjamwesis erstürmt, 1894 fällt Iringa dem strategischen Organisationstalent Scheles zur Beute. Dieses Jahr, das den Höhepunkt des „heroischen Zeitalters" der Kolonie darstellt, zeigt wirtschaftlich kein erfreuliches Gesicht. Die Ausfuhr ist dauernd gesunken und sinkt bis 1899 weiter, weil ein Umbildungsprozeß im Werden ist: Pflanzungen entstehen und brauchen Arbeiter, sie und die Regierung streuen in Gestalt von Löhnen Geld über das Land. Die Erzeugnisse der Eingeborenenlandwirtschaft werden mehr als zuvor im Lande selbst verbraucht, die Jagd und Sammeltätigkeit lassen nach, Elfenbein, Kautschuk und Kopal kommen weniger zur Ausfuhr. Anderseits ist die Kaufkraft noch nicht genügend gewachsen; 1895 bedeutet den Tiefstand des ostafrikanischen Gesamthandels.

Verfolgen wir die Entwicklung Ostafrikas in fünfjährigen Perioden weiter, so zeigt uns 1899 das traurigste Bild in der Geschichte der Kolonie. Zum Teil allerdings wirkten schwer schädigende Naturereignisse mit: 1897 und 1898 waren Jahre der Dürre, der Heuschrecken und des Hungers gewesen. Zehntausende und Hunderttausende waren dahingestorben, aber Tausende und Zehntausende waren gerettet worden dank der Hilfstätigkeit der Regierung und der Missionen, dank der Arbeitsgelegenheit auf den Pflanzungen und der beginnenden Geldwirtschaft im Umkreise der neuen Kulturzentren. Gerade heute soll man dieser afrikanischen Landplagen gedenken, wo sie in Vergessenheit zu geraten drohen. Weshalb? Weil der von gewissen Seiten als „der arme, von der Regierung zur Arbeit gezwungene und von den Pflanzungen ausgesogene und betrogene Eingeborene" dank dem Eisenbahnbau, dank der schon durch den ersten Gouverneur Freiherrn v. Soden so glücklich organisierten Verwaltung und dank der Arbeitsgelegenheit auf den Plantagen Dürre und Heuschrecken kaum noch zu fürchten braucht! Daran soll man

Digitized by Google

alle die wunderlichen Menschenfreunde erinnern, die immer noch kopfschüttelnd fragen, „welchen Segen" wir denn den Eingeborenen gebracht haben! Dürre und Heuschrecken haben freilich nicht aufgehört in Afrika; aber man hört nichts mehr davon, weil wir mit unseren Kulturmitteln ihre verheerenden Wirkungen ausgeglichen haben. Unter diesen Einwirkungen ist die Einfuhr gestiegen (Reis z. B. 1898 und 1899 auf das Doppelte), die Ausfuhr gesunken: es fehlte an kräftigen Männern und an Verpflegung für die Karawanen, die die Ausfuhrprodukte hätten an die Küste bringen können. Der Reichszuschuß erreicht seinen Höhepunkt mit 6½ Millionen Mark.



Digitized by Google

Aber dieses schlimme Jahr bedeutet glücklicherweise auf allen Gebieten den Wendepunkt: Ein- und Ausfuhr heben sich von nun an zu kräftigem Aufstieg, der Reichszuschuß nimmt ab, und die eigenen Einnahmen wachsen zusehends, und zwar infolge des Anschwellens des Handels, besonders aber auch der Einführung der Steuern durch Bennigsen 1898. Nur die Eisenbahnpolitik zagte und zauderte noch länger trotz der unablässigen Weck- und Werbetätigkeit des Gouverneurs Liebert.

Erst 1904 bringt die Konzession zum Bau des ersten Stückes der Zentralbahn: Stübels Verdienst. Die eigenen Einnahmen sind auf annähernd sechs Millionen gestiegen, und der Reichszuschuß ist auf dieselbe Höhe herabgegangen. Der Handelsumsatz ist von 15 auf 23 Millionen Mark emporgeschnellt. Neben der Eingeborenenproduktion mit 7 Millionen Mark macht sich bereits die europäische Produktion mit 2 Millionen Mark bemerkbar. Die britische Ugandabahn, die im Lustrum 1899/1904 so belebend auf die Ausfuhr von Eingeborenenproduktion des Seengebietes wirken sollte, wird eröffnet. Die großen deutschen Handelshäuser siedeln von Sansibar nach Daressalam über, und damit beginnt die Einfuhr aus Deutschland die über Sansibar zu verdrängen.

1906/1907 bringt die Aera Dernburg-Rechenberg und damit die Politik der großen Eisenbahnanleihen. 1908 flossen dem Schutzgebiet 10 Millionen zu für den Weiterbau der Usambarabahn und 20 Millionen für den Ankauf der Stammstrecke der Zentralbahn (Daressalam—Morogoro), 1909 weitere 17 Millionen für die Zentralbahn, die Kilossa erreichte. Diese großzügige Finanzpolitik war möglich geworden, weil die wachsenden eigenen Einnahmen (1906: 7¼, 1907: 8, 1908: 7⅔, 1909: 11 Millionen) die Verzinsung der Anleihen ermöglichten: ja, sie erlaubten von 1909 ab den Reichszuschuß auf die Erhaltung der Wehrmacht zu beschränken (3½ Millionen). Neuerdings beginnt man sogar die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes zu den Kosten der Schutztruppe heranzuziehen, eine Tendenz, die aus mancherlei Gründen zurzeit wenigstens noch als verkehrt erscheint. Die Kolonie hat wahrhaftig ihre Mittel für werbende Anlagen nötig, und man soll ihr die Freude an einer sparsamen Finanzwirtschaft nicht dadurch verderben, daß man die Ergebnisse dem Reichsfiskus zugute kommen läßt. Die Sicherung der Kolonie gegen innere und äußere Feinde ist eine Aufgabe, die zweifellos dem Reiche zufällt. Denn seine Würde und Machtstellung ist es, die Einbuße erleidet, wenn die schwarzweißrote Flagge in der Kolonie nicht in Ehren weht oder gar niedergeholt werden muß. Und dem Reiche kommen die wirtschaftlichen Werte, die in der Kolonie geschaffen werden, zugute, nicht dieser: in Deutschland sitzen die Gesellschafter und Aktionäre, die sich der Dividende erfreuen, und in die Heimat kehrt auch schließlich der Kolonist mit dem Vermögen zurück, das er etwa drüben sich erworben hat.

Digitized by Google

Aber mehr als Verzinsung ihrer Anleihen und Herabsetzung des Reichszuschusses leistete die Kolonie in der gedachten Periode, die Einkünfte überschritten alljährlich den Voranschlag und brachten Ersparnisse, die allmählich auf jährlich 3 Millionen stiegen.

Die Ursachen sind ersichtlich. Die immer ausgedehnteren europäischen Unternehmungen und die Eisenbahnbauten hatten durch die Lohnzahlungen die Eingeborenen kaufkräftig gemacht: zugleich stieg die Zahl der kaufkräftigsten Konsumenten — der Europäer — von 1400 auf 3400 Köpfe. Dazu kam der starke Bedarf an Eisenbahnbaumaterial. Die Einfuhr stieg in fünf Jahren von 14 auf 34 Millionen, die Zollerträge von 1,7 auf 3,2 Millionen Mark. Schneller aber stiegen noch die Einkünfte aus den Steuern, die 1904 1,1 Millionen betrugen, 1909 aber die Zölle um eine halbe Million überholt hatten.

Dernburg erkannte am schnellsten die gründlich veränderte Situation und schrie die Zahlen allen, die sie hören wollten oder auch nicht hören wollten, in die Ohren. Und siehe da! Plötzlich entdeckten das deutsche Volk und der deutsche Reichstag sein koloniales Herz!

Leider aber begann dieses Kolonialherz alsbald den gesunden Kolonialverstand zu beeinträchtigen. Und so gebar dasselbe Jahr des Segens die unselige Animosität gegen Pflanzer und Pflanzungen, die 1914 Ausfälle des Reichstages zeitigte und gegen die Grundlagen der so schwer errungenen Kolonialrentabilität wütete. Als ob die Pflanzer nicht selbst rechtzeitig erkannt hätten, daß der Eingeborene geschützt werden muß gegen die Schädigungen, die ihm unsere Kultur neben ihren Segnungen bringt! Als ob die Pflanzer nicht selbst eine Arbeiterschutzgesetzgebung angeregt und die Rechenbergschen Verordnungen von 1909 im Gouvernementsrate einstimmig angenommen hätten!

Seit 1910 hat diese heftig befehdete europäische Produktion die eingeborene weit überholt[1]), 1912 schon um 6 Millionen (19 gegen

[1]) Der europäischen Produktion ist zugezählt: Kaffee (von der Küste), Kautschuk (auf Plantagen gewonnener), Sisal, Glimmer, Gold, Nutz- und Edelhölzer, Gerbhölzer, Gerbrinden;

der Eingeborenenproduktion: Korn und Hülsenfrüchte, Erdnüsse, Sesam, Kopal, Wachs, Häute und Felle, Kaffee (von der Binnengrenze), Kautschuk (wildwachsender), Vieh, Milch, Butter usw.

Der Rest wurde zu zwei Siebenteln der europäischen und zu fünf Siebenteln der Eingeborenenproduktion zugeschlagen, soweit die mit größeren Summen beteiligten Artikel Elfenbein, Kopra, Baumwolle in Betracht kamen. Nur für letztere ist ein Verteilungsmaßstab gegeben in der von Supf (Baumwollbericht 1913 und Jöhlinger, „Kol. Rdsch." Jan. 1914 S. 30) angegebenen Zahl: Deutsch-Ostafrika 1912/13 22 000 ha, wovon 6400 ha Plantagen und 15 600 ha Eingeborenenkultur. Der amtliche Jahresbericht 1912/13 gibt dagegen als ertragfähige Europäerkultur 12 941 ha an. Haben Supf und Jöhlinger vielleicht die Mischkulturen außer Betracht gelassen, und sind diese in der amtlichen Statistik der Reinkultur zugezählt? Auf keinen Fall wird der Eingeborenenanteil benachteiligt, wenn ich auf Grund der Supfschen Zahlen ein Verhältnis

Digitized by Google

13 Millionen; 1900 waren es 0,4 : 3,9!); der Schienenstrang hat 1914 die Länge von 1602 km erreicht; dazu war es nötig gewesen, aus der Anleihe im Jahre 1910 19 Millionen, 1911 und 1912 je 17, 1913 34 und 1914 37 Millionen (worin die erste Rate der Ruandabahn enthalten ist) dem Schutzgebiete zur Verfügung zu stellen. Die Einfuhr war bis 1912 auf 46, die Ausfuhr auf 31 Millionen, der Gesamthandel auf fast 78 Millionen angeschwollen. Für 1914 sind die eigenen Einnahmen auf 16½ (Steuern 6, Zölle 5½), der Reichszuschuß auf 3½ Millionen veranschlagt.

Und die Zukunft? Leider ist das Bild nicht ungetrübt. Die Kautschukkrise des vergangenen Jahres wird die Ausfuhrwerte von 1,2 Millionen eingeborenen und 7,2 Millionen europäischen Kautschuks beträchtlich herabgehen lassen, hoffentlich jedoch wird durch die steigende Sisal- und Kaffeeproduktion bald ein Ausgleich eintreten können. Es ist eine falsch verstandene und falsch betätigte Humanität, wenn man nichts wissen will von der Erziehung des Negers zur Arbeit, die von den europäischen Pflanzern geleistet wird zum Vorteile der kolonialen Produktion und nicht zum wenigsten auch zum Segen des Negers.

Der wirtschaftliche Wert der deutschen Kolonien.

(Mit besonderer Berücksichtigung von Deutsch-Ostafrika.)

Von Dr. A. Schulte im Hofe.

Wie aus nachfolgender Aufstellung ersichtlich, zeigt sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr der Kolonien eine regelmäßige, rapide Steigerung. Es betrug abzüglich der Geldein- und -ausfuhr in Millionen Mark:

	1897		1902		1907		1912	
Die Einfuhr		%		%		%		%
Südsee-Schutzgebiet	0,2	0 9	5 7	13,5	8,3	9 7	13,7	10 1
Ostafrika	9.4	42.1	8,9	21 1	22,8	26.5	49,8	36 7
Togo	1,9	8 5	6,1	14 4	5,8	6.7	10,4	7.7
Kamerun	5,9	26 5	13,1	31,0	16,8	19,5	29,2	21,5
Südwestafrika	4,9	22 0	8 5	20 0	82,4	37.6	32,5	24.0
Summa	22,3		42,3		86,1		135,6	

---

von 2 : 5 annehme: denn unter Europäerkultur ist das Hektar sogar quantitativ und qualitativ ergiebiger.

Was Elfenbein anbelangt, so kommt Fund- und Schatzelfenbein nicht mehr zur Küste; bei der Lieferung frischer Zähne kommen aber die europäischen Jäger von Jahr zu Jahr mehr in Betracht als die eingeborenen: ihr Anteil dürfte erheblich mehr als zwei Siebentel betragen.

Bei Kopra und den geringwertigeren Produkten fehlt jeder Maßstab: bei jener wurden ebenfalls zwei Siebentel den Europäern zugeschrieben. Der Rest der Ausfuhr wurde im Verhältnis der so erhaltenen Endsummen verteilt. Stuhlmann ist übrigens schon 1909 in seinen „Beiträgen zur Kulturgeschichte Deutsch-Ostafrikas" (S. 871) zu überraschend ähnlichen Ergebnissen gelangt.

Digitized by Google

Die Ausfuhr:

Südsee-Schutzgebiete	1,0	8,3	3,8	17.7	5,2	13 1	17,1	14,4
Ostafrika	5,1	42.1	5,3	24 7	12,4	31,3	31,4	26 5
Togo	0,8	6,6	3.6	16.7	4.6	11.6	8,0	6 2
Kamerun	4.0	33,1	6,6	30.7	15,8	40 0	23,3	19 6
Südwestafrika	1.2	4 9	2,2	10.2	1,6	4 0	39,0	32.8
Summa	12,1		21,5		39,6		118,8	

Von der Einfuhr fallen auf Deutsch-Ostafrika:

	1897	Anteil Ostafrikas	1902	Anteil Ostafrikas	1907	Anteil Ostafrikas	1912	Anteil Ostafrikas
Nahrungs- und Genußmittel	7,8	2.1	14,3	3,0	25,9	5 7	41,4	10,1
hiervon alkoholische Getränke	2,3	0 5	4,5	0.5	5,8	0 8	6,2	1 3
Textil- u. Bekleidungsstoffe	7,9	4.9	10,7	4.4	23,8	10.0	36,9	16,7
Hauseinrichtungs- und Bedarfsartikel	1,7	0 5	3,0	0 3	8,3	2,3	13,5	5.3
Baumaterialien, Maschinen u. Transportmittel	2,7	0 9	5,3	0.6	18,9	4 2	37,1	16.8

Von der Ausfuhr fallen auf:

	1897	Anteil Ostafrikas	1902	Anteil Ostafrikas	1907	Anteil Ostafrikas	1912	Anteil Ostafrikas
Diamanten	—	—	—	—	—	—	30,5	—
Oelfrüchte und Samen	3,9	0 5	10,6	1.0	11,4	1 7	24,3	3 4
Kautschuk	2,5	1.2	3.2	1 2	10,7	2 0	21,1	8 4
Sisalhanf	—	—	0,1	0,1	2,1	2.1	7,4	7 4
Kupfererze und Blei	—	—	—	—	1,3	—	6,8	—
Kakao	0,04	—	0,7	—	2,8	—	5,4	—
Phosphate	—	—	—	—	0,7	—	5,0	—
Häute und Felle	0,1	0,1	1,2	0 2	2 3	2,1	4.4	4,1
Baumwolle	—	—	—	—	0.2	0 2	2,6	2,1
Kaffee	0,1	0.1	0,5	0,5	0,5	0,5	1,9	1.9
Elfenbein	1,9	1.5	1,5	0.6	1,8	0 6	0,9	0.4
Holz	—	—	—	—	0 25	0 1	0,8	0.3
Insektenwachs	—	—	—	—	1,5	1,5	0,8	0.8
Glimmer	—	—	—	—	—	—	0,6	0.6
Golderz	—	—	—	—	—	—	0,5	0,5

Während die Einfuhr in die Kolonien von 1897 bis 1912 sich versechsfacht hat, ist die Ausfuhr nahe um das Zehnfache gestiegen, was für die gesunde Entwickelung der Kolonien spricht.

Digitized by Google

1913 stieg Ostafrikas Ausfuhr an Sisalhanf auf 10,7, an Häuten und Fellen auf 5,5 und an Oelfrüchten und Samen auf 4,7, Baumwolle von 2,1 auf 2,4 Millionen Mark. Die gesamte Einfuhr stieg auf 53,4, die Ausfuhr auf 35,5 Millionen Mark. Die Sisalhanfproduktion Ostafrikas ist größer als der Verbrauch Deutschlands.

In bezug auf die Hauptausfuhrerzeugnisse kann man, zum wenigsten für die nächsten Jahre, Südwest als die Diamanten-, Kamerun als die Oelpalmen- und Kakao-, Togo als die Oelpalmen-, Ostafrika als die Sisalagaven- und Neuguinea als die Kokospalmenkolonie bezeichnen.

Obige Ausfuhrwerte werden zum Teil durch Gesellschafts- und Privatunternehmungen, zum Teil durch selbständige Eingeborene geschaffen.

Nach den vom Reichs-Kolonialamt herausgegebenen Jahresberichten 1912/13*) sind von 309 Gesellschaften 506 Millionen Mark in den deutschen Kolonien angelegt, und zwar von:

97	in Ostafrika	106 802 019	M.
39	in Kamerun	95 983 000	„
8	in Togo	4 490 000	„
180	in Südwestafrika	141 929 800	„
27	in Neuguinea	50 484 440	„
15	in Samoa	51 253 800	„
33	in mehreren Kolonien	55 140 000	„
399		506 083 019	M.

Ueber die Art dieser Unternehmungen, die Höhe des nominellen Gesellschaftskapitals und die Rentabilität gibt folgende Aufstellung Aufschluß.

Unternehmungszweck	Nominelles Gesellschaftskapital insgesamt Mark	Rentabel Mark	Unrentabel, darunter auch alle diejenigen Gesellschaften, die zurzeit noch unrentabel sind, aber mit Aussicht auf spätere Rentabilität arbeiten Mark	Rentabilität unbekannt Mark	Liquidationssumme in Deutsch-Südwestafrika Mark
10 Banken	11 140 000	9 500 000	—	1 640 000	—
9 Schiffahrt	41 800 000	38 400 000	—	3 400 000	—
7 Eisenbahn: Verkehr, Telegraphen	60 040 000	37 640 000	21 000 000	1 400 000	—
47 Bergbau	111 911 800	75 000 000	19 149 000	17 762 800	—
138 Pflanzungen u. Viehzucht.	117 721 619	43 139 400	33 403 219	41 179 000	—
109 Gemischte Betriebe, Handel, Gewerbe u. Industrie.	133 482 500	46 735 000	16 097 000	70 650 500	—
79 Diamantenförderung . . .	29 987 100	15 063 500	3 760 000	7 136 000	4 027 600
399 Gesellschaften .	506 083 019	265 477 900	93 409 219	143 168 300	4 027 600

*) „Die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee." Ernst Siegfried Mittler u. Sohn, Berlin 1914.

Digitized by Google

Bei den unrentablen Pflanzungen und Viehzuchtunternehmungen ist zu berücksichtigen, daß sich erstere zum weitaus größten Teil mit Dauerkulturen befassen, wie Kokospalmen, Kakao, Kaffee usw., die erst im 6. Jahre einen Ueberschuß erwarten lassen, und bei den Viehzuchtunternehmungen, daß es nicht möglich ist, die Farmen sogleich zu bestocken, vielmehr zunächst mit einem verhältnismäßig kleinen Viehbestand begonnen werden muß. Zudem muß für Brunnenanlagen und andere kulturelle Zwecke Geld aufgewandt werden. Hier kann erst auf einen Geldüberschuß gerechnet werden, wenn ein genügend großer Viehbestand herangezogen ist.

Besser als die aufgewandten Kapitalien geben die unter Kultur gebrachten Flächen Aufschluß über die Ausdehnung des Plantagenbaues. Dieselben sind nach der Bedeutung der einzelnen Kulturen geordnet zusammengestellt*). Um zugleich ein Bild von der fortschreitenden Entwicklung zu erhalten, ist die bebaute Fläche auch für ein früheres Jahr angegeben. Da aber erst in den letzten Jahren für alle Kolonien sich hierüber Angaben finden, konnte dies nicht einheitlich geschehen.

Kautschukpflanzungen:

	1907	1912
Ostafrika	5 050 ha	45 317 ha
Kamerun	2 081 „	7 402 „
Neuguinea	1 771 „	2 339 „
Samoa	611 „	462 „
Togo	96 „	174 „
Summa	9 609 ha	56 394 ha

Kokospalmenpflanzungen:

	1908	1912
Neuguinea	19 573 ha	29 242 ha
Ostafrika	6 288 „	8 178 „
Samoa	3 814 „	4 888 „
Togo	580 „	629 „
Summa	30 255 ha	42 967 ha

Sisalhanfpflanzungen:

	1907	1912
Ostafrika	10 355 ha	24 751 ha
Togo	30 „	263 „
Neuguinea	35 „	78 „
Summa	10 420 ha	25 092 ha

*) Die Zahlen sind entnommen den amtlichen Jahresberichten über die deutschen Schutzgebiete. Verlag Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Berlin. Es sind dabei berücksichtigt auch die Privatpflanzungen, was bei Aufzählung der Gesellschaften nicht der Fall ist.

Digitized by Google

Kakaopflanzungen:

	1907	1912
Kamerun	7 673 ha	13 161 ha
Samoa	1 519 „	3 613 „
Neuguinea	225 „	394 „
Togo	93 „	183 „
Ostafrika	100 „	120 „
Summa	9 610 ha	17 471 ha

Baumwollpflanzungen:

	1908	1912
Ostafrika	6 400 ha	12 941 ha

Oelpalmenpflanzungen:

	1907	1912
Kamerun	—	5 044 ha
Ostafrika	—	104 „
Togo	—	58 „
Summa	—	5 206 ha

Kaffeepflanzungen:

	1907	1912
Ostafrika	2 900 ha	4 803 ha
Kamerun	— „	107 „
Neu-Guinea	— „	9 „
Samoa	— „	3 „
Summa	2 900 ha	4 922 ha

Bananenpflanzungen:

	1912
Kamerun	2 164 ha
Ostafrika	155 „
Togo	96 „
Sa.	2 420 ha

Eine Zusammenstellung der insgesamt bebauten Fläche unter gleichzeitiger Angabe der Zahl der weißen Beamten und der farbigen Arbeiter gibt folgendes Bild:

1912	Unter Kultur ha	Weiße Beamte	Farbige Arbeiter Sa.	Farbige Arbeiter p. ha
Ostafrika	106 292	606	83 366	0,78
Neuguinea	32 264	212	15 116	0,47
Kamerun	28 225	195	17 827	0,63
Samoa	10 702	81	2 118	0,20
Togo	1 343	9	841	0,63
Sa. 1912:	178 826	1 103	119 268	
„ 1911:	139 449	972	90 438	
„ 1910:	126 113	811	81 340	
„ 1909:	98 646	731	66 968	
„ 1908:	85 115	591	52 085	

Digitized by Google

Man darf annehmen, daß, wenn die heute unter Kultur gebrachte Fläche in Vollertrag gekommen ist, die Pflanzungen an der Ausfuhr mit 50 bis 60 Millionen Mark beteiligt sein werden. Hierbei ist berücksichtigt, daß durch die rapide Steigung der Kautschukproduktion in Asien vielleicht Kautschukpflanzungen in unseren Kolonien die Kultur aufgeben oder zum mindesten einschränken.

Während bei den Pflanzungsunternehmungen in den Tropenkolonien vorwiegend das Großkapital beteiligt ist, sind in Südwestafrika mit Ausnahme einiger weniger Gesellschaften die Farmen in Privatbesitz. Dieselben befassen sich vorwiegend mit extensiver Viehzucht. Bei den Kleinsiedlungen tritt der Ackerbau in den Vordergrund.

Auf Grund einer am 15. März 1913 von den Farmern vorgenommenen Selbsteinschätzung waren an Schlachtvieh vorhanden:

	Schlachtbare	Auf die Dauer von fünf Jahren können durchschnittlich jährlich geliefert werden
Ochsen	11 083	18 109
Kühe	2 013	2 071
Färsen	620	247
Kälber n. ü. 75 kg	5 995	5 643
Schafe	60 042	90 654

Die Durchschnittsmarktpreise für Schlachtvieh und Farmerzeugnisse in Windhuk in der Zeit vom 1. April 1912 bis Ende März 1913 betrugen:

Ochsen 50 Kilogramm Schlachtgewicht 38,50 Mark, Kälber 50 Kilogramm Schlachtgewicht 50,37 Mark, Hammel 50 Kilogramm Schlachtgewicht 34,17 Mark, Ziegen 50 Kilogramm Schlachtgewicht 33,29 Mark, Schweine 50 Kilogramm Lebendgewicht 77,62 Mark, Kartoffeln 50 Kilogramm 18,50 Mark, Mais 50 Kilogramm 21,30 Mark, Tabak 50 Kilogramm 140 Mark, Eier 1 Dutzend 2,84 Mark, Butter 1 Kilogramm 3,88 Mark.

Die Vermehrung des Gesamtviehbestandes von 1907 an veranschaulicht folgende Aufstellung:

	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Bullen	1 204	1 622	2 051	2 278	2 747	3 319
Ochsen	23 288	27 466	32 238	33 402	40 397	49 255
Kühe	26 122	34 915	43 436	53 202	62 847	73 024
Färsen	9 071	11 881	15 215	19 633	26 625	30 868
Kälber	13 646	20 228	28 199	35 900	39 168	49 177
Rindvieh	73 331	96 112	121 139	144 445	171 784	205 643
Wollschafe	11 753	20 089	29 201	32 209	46 901	53 691
Perserschafe	—	—	—	—	12 588	17 171
Karakuls	—	—	—	—	4 094	11 194
Fleischschafe	193 020	280 644	343 989	381 240	422 481	472 585
Gewöhnliche Ziegen	156 281	237 551	319 000	384 986	448 279	485 401
Angoraziegen	3 956	4 472	8 095	10 257	20 431	31 467
Pferde	6 533	8 271	10 661	11 633	13 340	15 916
Esel und Maultiere	8 098	9 775	12 693	9 994	11 894	13 618
Schweine	2 258	2 917	5 208	7 761	7 195	7 772
Kamele	297	240	954	847	789	709
Strauße	131	229	334	642	1 277	1 507

Digitized by Google

Einen größeren Viehbestand als Südwestafrika, wo das Vieh während des Aufstandes dezimiert wurde, weist Ostafrika auf. Es befanden sich in dem Besitz

	von Europäern	von Eingeborenen
Rindvieh	43 617	3 950 250
Schafe und Ziegen	41 647	6 398 000
Schweine	5 460	497
Esel	2 543	22 091
Strauße	173	—
Pferde	205	10
Maultiere	375	52
Kamele	38	—
Weideland	104 834 ha	

Auf dem großen Viehbestand Ostafrikas beruht die Ausfuhr von Häuten, Fellen und Hörnern. Der Wert derselben betrug:

1902	239 000 M
1907	2 088 000 „
1912	4 149 000 „
1913	5 490 000 „

Die schnelle Steigerung der Ausfuhr wurde erst ermöglicht durch die Eisenbahnen. Das Fleisch dient zur Deckung des Bedarfs in der Kolonie.

Aeußerst reichhaltig ist in Ostafrika der Wildbestand. Um denselben dauernd zu erhalten und die Vernichtung einzelner Arten zu verhindern, hat man Wildreservate geschaffen. Daß es an Raubtieren nicht fehlt, zeigt die Zahl der Tiere, für die im vergangenen Jahre vom Gouvernement Prämien gezahlt wurden:

Löwen 347, Geparde und Leoparden 1036, Wildschweine 1087, Ginster- und Zibetkatze 283, Hyänenhunde und wilde Hunde 47, Krokodile 658, Giftschlangen 1692, Hundsaffen 457, Meerkatzen 263.

Auch das Hinterland von Kamerun ist reich an Vieh Da dasselbe aber noch nicht durch Eisenbahnen erschlossen, ist es nicht möglich, Häute und Felle für die Ausfuhr zu verwerten. Nicht einmal der Fleischbedarf der Küstenzone kann gedeckt werden.

Wie oben schon erwähnt, werden die Ausfuhrwerte zum Teil durch Gesellschafts- und Privatunternehmen, zum Teil durch Tätigkeit selbständiger Eingeborener geschaffen. Bei letzteren muß man unterscheiden Sammelprodukte, die von wilden oder verwilderten Gewächsen, z. B. Oelpalmen, Kautschukbäumen und Lianen, und solche, die durch Bewirtschaftung des Bodens gewonnen werden. Bis zur Besitzergreifung durch Deutschland basierte die Ausfuhr so gut wie ausschließlich auf der Sammeltätigkeit der Eingeborenen. Erst durch den Einfluß und das Beispiel der Pflanzungen wandten sich dieselben allmählich, zum Teil unter

Digitized by Google

Druck der Regierung, der Produktion von Bodenerzeugnissen zu. Diese werden in den amtlichen Berichten nur zum Teil und auch erst in letzter Zeit von der Produktion der Weißen getrennt aufgeführt, so daß, wenn man diese Produktion getrennt in Zahlen angeben will, zum Teil auf Schätzungen angewiesen ist.

In Kamerun basiert die Gewinnung des Palmöls, der Palmkerne, des Kautschuks und des Elfenbeins zum weitaus größten Teil auf Sammeltätigkeit der Eingeborenen, ein kleiner Teil der Kakaoausfuhr, soweit er nicht von den Pflanzungen der Europäer entwendet wurde, auf dem Anbau durch Eingeborene. In Togo befaßt sich der Eingeborene außer Kakao mit dem Anbau von Mais und Baumwolle. Vieh wird etwa für ½ Million Mark ausgeführt, was auch zum weitaus größten Teil von den Eingeborenen stammt. Durch Sammeltätigkeit werden die gleichen Produkte wie in Kamerun gewonnen. Größer sind die durch Bewirtschaftung des Bodens und durch Viehzucht geschaffenen Werte in Ostafrika. Fast die ganze Ausfuhr von Fellen, Häuten und Hörnern, von Erdnüssen, Sesam, Mais, Reis, vielleicht die Hälfte der Baumwolle und der größte Teil der Kopra wird von den Eingeborenen gewonnen. Der Sammeltätigkeit entstammen Wachs und Elfenbein sowie etwa 17 Prozent des Kautschuks. In der Südsee und Samoa basiert auf dem Anbau durch Eingeborene der größte Teil der Kopraausfuhr.

In welchem Verhältnis die durch die Unternehmungen von Weißen und die von selbständigen Eingeborenen geschaffenen Werte zueinander stehen, darüber gibt folgende Aufstellung ein Bild: *)

	Wert der 1912 ausgeführten Erzeugnisse in 1000 Mark								
	von Europäern betriebenen				von Eingeborenen betriebenen				Summe
	bergmännischen Unternehmungen		Land- u. Viehwirtschaft		Land- u. Viehwirtschaft		Sammeltätigkeit		
		%		%		%		%	
Ostafrika	1 112	3,5	18 182	58,1	9 429	30,1	2 612	8,3	31 335
Kamerun	—	—	4 152	17,8	521	2,2	18 650	80,6	23 323
Togo	—	—	100	1,3	1 943	24,2	5 981	74,5	8 024
Neuguinea	4 992	41,3	2 720	22,5	4 013	33,2	361	3,0	12 086
Samoa	—	—	2 307	45,7	2 737	54,3	—	—	5 044
Südwestafrika	37 262	97,5	602	1,6	354	0,9	—	—	38 218
Summe	43 366		28 063		18 997		27 604		118 030
Prozent	36,7		23,8		16,1		23,4		
	60,5 %				39,5 %				

*) Die Zahlen beruhen zum Teil auf Schätzungen. Wenn auch bei der Eingeborenenproduktion eine Verschiebung nach der einen oder anderen Seite nicht ausgeschlossen, wird hierdurch das Gesamtresultat kaum beeinflußt.

Digitized by Google

Berechnet man die Ausfuhr auf die Gesamteinwohnerzahl, so wurden 1912 ausgeführt: aus

	Zahl der Einwohner	Pro Kopf der Bevölkerung
Ostafrika	7 661 000	4,10 M
Togo	1 333 000	7,74 „
Kamerun	2 650 000	8,76 „
Neuguinea	602 000	20,09 „
Samoa	37 500	134,38 „

Sobald die bis heute von den Pflanzungsunternehmungen angelegten Dauerkulturen das ertragsfähige Alter erreicht haben, wird der Ausfuhrwert der Plantagenerzeugnisse sich verdoppeln. Trotz der großen Aufwendungen, die seitens der Kolonialverwaltung zur Hebung der Eingeborenenkulturen gemacht werden (1914: ca. 2 000 000 Mark), glaube ich nicht, daß die Ausfuhr der hierdurch geschaffenen Werte in gleichem Maße steigen wird wie die der Pflanzungen. Wenn auch heute in Unkenntnis der Verhältnisse über die Pflanzungsunternehmungen bisweilen abfällig geurteilt wird, so bin ich dennoch fest überzeugt, daß auch bei uns in Deutschland immer mehr die Erkenntnis Allgemeingut wird, daß die von Deutschen geleiteten landwirtschaftlichen Unternehmungen das Rückgrat einer jeden einzelnen Kolonie bilden.

Die Tanganjikabahn.

Von Hubert Henoch.

Das Jahr 1914 bedeutet für das ostafrikanische Schutzgebiet den Beginn einer neuen Epoche seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Bau der Tanganjikabahn ist beendet.

Damit ist ein Werk vollendet, an dessen durch Schwierigkeiten verschiedenster Art behinderte Durchführung in zehn Jahren nicht einmal die besten Kenner des schwarzen Erdteils zu denken wagten, und ein Problem gelöst, mit dem sich bekannte tatkräftige Freunde der kolonialen Sache schon gegen Ende der achtziger Jahre beschäftigt hatten.

Der Gedanke einer Verbindung der Meeresküste mit dem Tanganjikasee und den Ländern Zentralafrikas, die in den Reiseberichten der großen Afrikaforscher eine besondere Rolle spielen, stammte in erster Linie aus dem Kreise der Männer, die als Gründer der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft bekannt und mit der Entwicklungsgeschichte der Kolonie untrennbar verbunden sind. Darum ist auch die Entwicklungsgeschichte des Eisenbahnbaues in Deutsch-Ostafrika eng mit der Geschichte der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verwachsen, die unter Uebernahme des den Herren Dr. Karl Peters und Grafen Behr-Bandelin ausgestellten kaiserlichen Schutzbriefes am 26. Februar 1887 gegründet worden war. Hieran war in hervorragender Weise Dr. Wilhelm

Digitized by Google

Oechelhaeuser beteiligt, und er war es hauptsächlich, der die Eisenbahnfrage für Deutsch-Ostafrika in den Vordergrund des öffentlichen Interesses brachte. Nach seiner 1899 erschienenen Schrift „Die Deutsch-Ostafrikanische Zentralbahn" hatte er sich vom ersten Augenblick seines Eintritts in den Direktionsrat der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mit dieser Frage beschäftigt. Die Ueberzeugung, daß ohne Eisenbahnen jede wirtschaftliche und im Bereiche wilder Völkerschaften auch jede politische und zivilisatorische Entwicklung undenkbar sei, teilten mit ihm von Anfang an alle leitenden Persönlichkeiten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, insbesondere auch der Vorsitzende, Herr von der Heydt.

Oechelhaeusers Name gehört daher an die Spitze der Geschichte der deutsch-ostafrikanischen Zentralbahn. Die Verwirklichung seines Projektes hat er jedoch nicht mehr erlebt. Die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft hat sein Verdienst dadurch anerkannt, daß sie ihm zur Vollendung der Bahn eine Gedenktafel am Stationsgebäude in Daressalam stiftete.

Als die ersten Schritte der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in der Richtung des Eisenbahnbaues sind die Erkundungen zu betrachten, die sie durch den am 9. April 1887 von ihr angestellten Geometer v. Hacke für eine Bahn von Daressalam nach dem Innern in Angriff nehmen ließ. Infolge des Araberaufstandes blieben jedoch die ersten Untersuchungen zunächst erfolglos. Bald nach dessen Niederwerfung beteiligte sie sich an Vermessungen für eine Verbindung zwischen Bagamojo und Daressalam, die vornehmlich auf Anregung des Freiherrn v. Gravenreuth vorgenommen wurden.

Die Grundlage zu einem zielbewußteren Vorgehen wurde jedoch erst durch eine von Dr. Oechelhaeuser einberufene Konferenz der bedeutendsten Afrikaforscher am 5. März 1891 geschaffen; sie entschied sich für eine Zentralbahn von Daressalam und Bagamojo nach den beiden großen Seen Viktoria-Nyansa und Tanganjika. Ferner trat die Versammlung für die Aufschließung der fruchtbaren Landschaft Usambara durch eine Bahn ein, für die bessere Aussichten betreffs ihrer Durchführung bestanden, als für das große Projekt der Zentralbahn, für das damals weder bei der Regierung noch bei dem Reichstage auf Unterstützung, sei es durch eine Zinsgarantie, sei es durch eigene Uebernahme des Baues, zu rechnen war.

Es war daher ein kühner, aber höchst anerkennenswerter Schritt, als auf die Initiative der Herren von der Heydt und Lucas im November desselben Jahres von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, als ihr Tochterunternehmen, die „Eisenbahngesellschaft für Deutsch-Ostafrika" gegründet wurde, und zwar nur auf Basis einer von der Regierung gewährten Landkonzession mit einem Gesellschaftskapital von 2 000 000 Mark für die Strecke Tanga — Korogwe (84 Kilometer). Wie vorauszusehen war, erwiesen sich die Voranschläge für diese Strecke als viel zu niedrig, auch waren die Schwierigkeiten des Bahnbaues unterschätzt worden. Trotz größerer Vorschüsse durch die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft reichte die Geldkraft der Eisenbahngesellschaft nicht aus, den im

Digitized by Google

Juni 1893 begonnenen Bahnbau zu vollenden. Am 1. April 1896 konnte die Strecke Tanga—Muhesa (40 Kilometer) in Betrieb genommen werden. Zur Fertigstellung der Bahn mußte die Regierung dem Unternehmen beispringen und schließlich im April 1899 die ganze Bahn für 1 300 000 Mark übernehmen.

Nach solchen Erfahrungen konnte der Plan, die ostafrikanische Zentralbahn ohne Reichshilfe und etwa nur mit einer Landkonzession ausgestattet auszuführen, nicht weiter verfolgt werden. Es blieb also nur noch die Hoffnung, das Großkapital unter Gewährung einer mäßigen Zinsgarantie seitens des Reiches für das Unternehmen zu interessieren zu suchen, wenn auch die Aussichten, eine solche Zinsgarantie im Reichstage durchzusetzen, sehr schlechte waren. Inzwischen wurde an der Herbeischaffung weiterer Unterlagen für den Bahnbau gearbeitet. Im Jahre 1894 entsandte die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes in Gemeinschaft mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft den Leutnant Schlobach in die Kolonie, um die Strecke von Daressalam bis Mafisi zu erkunden, die sowohl für eine Linie nach dem Nyassa als nach dem Tanganjika in Betracht kam.

Gegen Ende 1894 gelang es Dr. Oechelhaeuser, den gleichfalls jetzt nicht mehr unter den Lebenden weilenden Direktor der Deutschen Bank, Dr. Georg v. Siemens, für die Finanzierung und Bearbeitung des Projektes der Zentralbahn zu gewinnen. Nachdem sich auch der damalige Chef der Kolonialabteilung, Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. Kayser, des Planes mit größter Wärme angenommen hatte, kam am 11. März 1895 eine Vereinbarung zwischen der Kolonialabteilung, der Deutschen Bank und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zustande, zu dessen Ausführung ein besonderes Komitee eingesetzt wurde. Ihm gehörten an:

als Vertreter des Auswärtigen Amts: der Direktor der Kolonialabteilung, Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. Kayser,

als Delegierte der Kolonialabteilung: Prinz Arenberg, Durchlaucht; Geheimer Legationsrat Hellwig; Geheimer Kommerzienrat Dr. Oechelhaeuser, Vorsitzender;

als Delegierte der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft: Finanzassessor a. D. Klüpfel; Kommerzienrat Lucas; Karl von der Heydt;

als Delegierte des Bankenkonsortiums: Geh. Oberregierungsrat z. D. Bormann; Oberregierungsrat Magnus; Direktor Dr. G. Siemens, stellvertretender Vorsitzender;

als Geschäftsführer: Rechtsanwalt Dr. Zander.

Der Vereinbarung traten am 13. März 1895 die vier Bankhäuser hinzu, mit denen die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft in Verbindung stand, und zwar Mendelssohn & Co., Rob. Warschauer & Co., Delbrück Leo & Co. und von der Heydt-Kersten & Söhne.

Als Programm hatte sich das Komitee gesetzt: „Die Einleitung zum Bau einer deutsch-ostafrikanischen Zentralbahn, um die Küste des Schutzgebietes mit dem Seengebiet des Tanganjika und Viktoria-Nyansa zu verbinden."

Digitized by Google

Die Verpflichtung der Beteiligten bestand hauptsächlich darin, daß die Bankengruppe unter Leitung der Deutschen Bank sich zu einem Drittel an den Kosten der vorbereitenden Vorarbeiten, die vorläufig auf 300 000 Mark begrenzt wurden, beteiligte, während die anderen beiden Drittel in gleicher Höhe von der Kolonialabteilung und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft aufzubringen waren. Das Resultat der Vorarbeiten sollte in einem Berichte an den Reichskanzler zusammengefaßt werden, der sich hiernach zu entscheiden hatte, „ob er

a) überhaupt die ganze Angelegenheit des Baues einer deutsch-ostafrikanischen Zentralbahn fallen lassen oder weiter verfolgen, oder ob er
b) diesen Bau auf Kosten des Reiches oder der Kolonie selbst in die Hand nehmen, oder
c) einer zu bildenden Eisenbahngesellschaft die Konzession zum Bau übertragen will."

Für den Fall c wurde allseitig von der Annahme ausgegangen, daß sich das zum Bau und Betrieb der Bahn erforderliche Privatkapital ohne direkte oder

Digitized by Google

indirekte Unterstützung des Reiches nicht zusammenfinden würde. Der Reichskanzler stellte deshalb eine solche Unterstützung in der Form von Landüberlassungen und von Zuschüssen aus den Zollerträgnissen bis zum Höchstbetrage einer Verzinsung des Gesellschaftskapitals von drei Prozent in Aussicht unter Vorbehaltung der Genehmigung des Bundesrates und des Reichstages.

Nach der Konstituierung des Komitees begannen in der Sitzung vom 22. Juni 1895 unter Teilnahme des Gouverneurs v. Wissmann die Beratungen über die Wahl der geeignetsten Linie für die Zentralbahn. Die Mehrheit des Komitees war der Ansicht, daß die Zentralbahn in Daressalam ihren Ausgang haben und in der Richtung der alten Karawanenstraße über Tabora zum Tanganjika- und Viktoria-Nyansa geführt werden müsse. Eine grundsätzliche Entscheidung darüber wurde jedoch ausgesetzt, und es fand der folgende Plan einer Zerlegung der ganzen Aufgabe in mehrere Bauabschnitte einstimmige Annahme:

„In kürzester Frist geeignete Sachverständige nach Afrika zu entsenden, um die Rekognoszierungsarbeiten für die Eisenbahn von Daressalam, event. über Bagamojo nach Ukami und weiter in das Innere zu beginnen und die Ergebnisse dieser Rekognoszierung dem Komitee tunlichst bald zugänglich zu machen, spätestens aber, sobald die Rekognoszierungsarbeiten bis zur Exploration von Ukami gediehen sind."

In Ausführung dieses Beschlusses trat Geheimer Oberregierungsrat z. D. Bormann am 19. Oktober 1895 seine Reise nach Deutsch-Ostafrika an, wo er die Arbeiten in der tatkräftigsten Weise leitete. Dem zur Verfügung des Zentralbahnkomitees bestellten Premierleutnant der Eisenbahnbrigade Schlobach wurde besonders die Untersuchung der Linie von der Küste bis ins Innere von Ukami übertragen, während Rindermann die Erkundung der Verlängerung dieser Linie bis Tabora übernahm. Die Arbeiten wurden so schnell gefördert, daß Geheimrat Bormann und Schlobach im März 1896 zurückkehren, und bereits am 19. Juni ein eingehender Bericht durch das Komitee dem Reichskanzler vorgelegt werden konnte. Auf Grund der Unterlagen dieser beiden Fachleute hatte das Komitee den Beschluß gefaßt, der Regierung die mittlere, von Daressalam ausgehende, im großen und ganzen der alten Karawanenstraße folgende Linie über Tabora nach dem Tanganjika- und Viktoria-Nyansa als Trace der Zentralbahn zu empfehlen und im Hinblick auf die Kosten die Ausführung der Bahn in einer Spurweite von 75 Zentimetern vorzuschlagen, nachdem eingehende Erörterungen über den Bau von anderen Verkehrsanlagen — Seil- und Schwebebahn — vorangegangen, aber als unzureichend abgelehnt worden waren. An maßgebender Stelle wurde ferner beantragt, die Durchführung des großen Unternehmens nicht auf Reichskosten zu übernehmen, sondern einer soliden Privateisenbahngesellschaft anzuvertrauen und derselben solche Beihilfen zu gewähren, um das deutsche Großkapital immer mehr in den Dienst der kolonialen Sache hineinzuziehen.

Digitized by Google

Als erster zu finanzierender Bauabschnitt kam die Strecke Daressalam—Ukami (Morogoro) in einer veranschlagten Länge von 258 Kilometern mit einer Abzweigung von Mpiji nach Bagamojo (33,25 Kilometer) in Betracht. Die Kosten, einschließlich vier Prozent Bauzinsen, waren bei vier Baujahren mit 11 850 000 Mark berechnet worden. Nur für den ersten Abschnitt konnte die Bahnlänge annähernd genau mit . . . . . 258 Kilometer ermittelt werden, während für die folgenden Abschnitte die Luftlinie mit einem entsprechenden Zuschlag für die Krümmungen zugrunde gelegt wurde, und zwar von Morogoro bis Tabora . . . . . 777 „
Tabora bis zum Tanganjikasee . . . . . 425 „
zusammen 1460 Kilometer

Heute wissen wir nach Fertigstellung der Bahn, daß ihre Gesamtlänge 1251 Kilometer beträgt.

Bei Bemessung der Bauzeit der ersten Teilstrecke war besonders ins Auge gefaßt, daß alles Denkbare aufgeboten werden sollte, um die Engländer keinen Vorsprung ihrer Bahn von Mombassa nach Uganda gewinnen zu lassen. Alle diese Vorsätze verwirklichten sich bekanntlich nicht; als mit dem Bau der ersten Teilstrecke der Tanganjikabahn begonnen wurde, waren die Engländer mit ihrer 940 Kilometer langen Ugandabahn bereits am Viktoria-See angelangt.

Geh. Oberregierungsrat z. D. Friedr. Bormann

Mit der Erstattung des Berichtes an den Reichskanzler hatte das Komitee seine wesentlichste Aufgabe erfüllt und Material beigebracht, das genügte, um an den Reichstag eine Vorlage auf Erteilung einer Konzession für den Bahnbau gelangen zu lassen. Das Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank reichte daher am 5. Oktober 1896 das Gebot ein, für den Bau der Linie bis Morogoro eine Eisenbahngesellschaft mit einem Kapital von 12 Millionen Mark zu gründen, falls das Reich eine dreiprozentige Zinsgarantie

Digitized by Google

übernehmen und der Gesellschaft ein Fünftel aller über jährlich eine Million Mark hinausgehenden Zolleinnahmen zahlen würde. Infolge des Rücktritts des Direktors der Kolonialabteilung Dr. Kayser wurden jedoch die kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen nicht zu Ende geführt. Die Vorarbeiten für die Trace der Bahn wurden zwar von dem Komitee im Schutzgebiet noch einige Zeit weitergeführt, dann löste es sich jedoch auf, und es setzten dann in den nächsten Jahren zum Schaden der Sache und der Kolonie die bekannten Kontroversen über die Frage Stichbahn oder Zentralbahn sowie über andere Eisenbahnprojekte der Kolonie ein.

Zwei Jahre später nahm der Kolonialrat die ostafrikanische Zentralbahnfrage wieder auf. Er befürwortete fast einstimmig den Bau einer von Daressalam ausgehenden Bahn und beantragte, zur Vornahme ausführlicher Vorarbeiten als Ergänzung des vorhandenen Materials und für den Beginn des Bahnbaues durch das Reich eine möglichst hohe Rate in den Schutzgebietsetat für 1900 einzusetzen. Die Forderung der Regierung von 100 000 Mark wurde jedoch vom Reichstage gestrichen, und somit war die Vorlage gescheitert — es sollte erst eine Rentabilitätsberechnung beigebracht werden. Nunmehr geriet das Projekt für mehrere Jahre in ein Stadium der Versumpfung.

Erst mit den Erfolgen der Engländer bei ihrem Bahnbau in Britisch-Ostafrika brach sich allmählich die Ueberzeugung im Reichstage Bahn, daß die Kolonie nur durch den Bau von Bahnen vorwärts gebracht werden könnte, und es kam im Sommer 1903 auf Betreiben der Deutschen Bank eine unter Führung des Herrn Regierungsbaumeister Schmidt stehende Studienexpedition zustande, welche diesmal nur ein bescheidenes, aber dafür fest umschriebenes Bahnbauprojekt vorbereiten und die Tracierung der nach früheren Reichstagsbeschlüssen gebotenen Linie von Daressalam bis Morogoro vornehmen sollte. Die Kosten dieser Vorarbeiten wurden ausschließlich von einem Konsortium getragen, in dem sich die alte Bankengruppe: Deutsche Bank, Mendelssohn & Co., Delbrück Leo & Co., von der Heydt & Co. und Rob. Warschauer & Co. befand, und das sich durch den Beitritt der Direktion der Disconto-Gesellschaft, des Bankhauses S. Bleichröder sowie der Baufirmen Philipp Holzmann & Cie., Frankfurt a. M., und Arthur Koppel in Berlin erweitert hatte. Die Arbeiten der Tracierungskommission nahmen einen schnellen Verlauf. Sie war noch mit der Ausarbeitung ihres Berichts beschäftigt, als der Reichstag endlich im Frühjahr 1904 seine Zustimmung zu einer neuen, inzwischen gut vorbereiteten Vorlage der Regierung gab, die als Gesetz vom 31. Juli 1904 zur Grundlage für die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft wurde. Einige Monate vorher war noch einmal aus Deutsch-Ostafrika ein Notschrei wegen des Bahnbaues erschallt: eine vom Gouverneur Grafen v. Götzen am 11. September 1903 zusammenberufene Versammlung der Vertreter der Daressalamer Kaufmannschaft und der Pflanzer brachte einstimmig eine Resolution ein, „mit der eine schleunige Inangriffnahme von Eisenbahnbauten, und zwar zuerst einer Eisenbahn von Daressalam in das Hinterland als dringend notwendig gefordert

Digitized by Google

wurde, da mangels jeder Verkehrseinrichtung eine schwere wirtschaftliche Krisis zu befürchten war, deren Ende nicht vorauszusehen war."

Die Konzession für den Bau und Betrieb der Eisenbahn von Daressalam bis Morogoro wurde der von dem vorstehend genannten Syndikat am 29. Juni 1904 errichteten Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft erteilt. Der Verwaltungsrat bestand bei der Gründung aus folgenden Herren:

Geheimer Kommerzienrat M. Steinthal, Direktor der Deutschen Bank, als Vorsitzender;

Ministerialdirektor a. D. J. Hoeter, Geschäftsinhaber der Direktion der Disconto-Gesellschaft, als stellvertretender Vorsitzender;

Geheimer Kommerzienrat O. Braunfels, Frankfurt a. M.;

L. Delbrück, Berlin;

A. v. Gwinner, Direktor der Deutschen Bank, Berlin;

K. von der Heydt, i. Fa. von der Heydt & Co., Berlin;

Geheimer Kommerzienrat H. Oppenheim, i. Fa. Rob. Warschauer & Co., Berlin;

Geheimer Baurat Dr.-Ing. O. Riese, Geschäftsführer der Gesellschaft m. b. H. Philipp Holzmann & Cie., Frankfurt a. M.;

Eisenbahndirektor a. D. K. Schrader, Mitglied des Reichstages, Berlin;

Geh. Oberbaurat Baltzer,
Dezernent für das koloniale Eisenbahnwesen
im Reichskolonialamt

Dr. E. Springer, Syndikus des Bankhauses S. Bleichröder, Berlin;

Senator J. Strandes, i. Fa. Hansing & Co., Hamburg;

J. Warnholtz, Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Berlin.

Die Direktion wurde gebildet von den Herren Geheimer Oberregierungsrat z. D. Fr. Bormann, Gerichtsassessor a. D. Dr. E. Kliemke.

An dieser Stelle sei besonders des Herrn Geheimrat Bormann gedacht, der neben Dr. Oechelhaeuser der unermüdlichste Vorkämpfer des Eisenbahnbaues in Deutsch-Ostafrika war. Trotz seines vorgeschrittenen Lebensalters hatte er im Interesse der Sache im Jahre 1895 die Strapazen einer Reise in die Tropen auf sich genommen und später auch, als das Zustandekommen

Digitized by Google

des Unternehmens aussichtslos schien, in uneigennütziger Weise seine Zeit und Arbeit der Förderung des für unsere Kolonie so wichtigen Projektes gewidmet. Es wird ihm eine besondere Genugtuung sein, daß es ihm noch im Alter von 86 Jahren vergönnt gewesen ist, die Vollendung des großen Werkes zu erleben und als Mitglied des Verwaltungsrats weiter dem Unternehmen dienen zu können. Sein Nachfolger im Direktorium der Gesellschaft wurde 1909 Regierungsbaumeister a. D. Paul Habich.

Die Gesellschaft erwarb von dem Konsortium das aus den Jahren 1895/96 und 1903/04 stammende Vorstudienmaterial und übertrug die Ausführung des Baues der Firma Philipp Holzmann & Cie., die sich verpflichtet hatte, die ganze Bahnlinie spätestens am 1. Juni 1908 betriebsfertig herzustellen.

Das für den Bau erforderliche Kapital von 21 000 000 Mark verschaffte sich die Gesellschaft durch Ausgabe von Anteilscheinen, die von einem unter Führung der Deutschen Bank stehenden Syndikat, dem die Direktion der Disconto-Gesellschaft, Mendelssohn & Co., S. Bleichröder, Delbrück Leo & Co., von der Heydt & Co., Rob. Warschauer & Co. und Jacob S. H. Stern, Frankfurt a. M., angehörten, übernommen und zu 103½% an den Börsen zu Berlin, Frankfurt a. M. und Hamburg in den Handel gebracht wurden. Das Deutsche Reich hatte es übernommen, den Anteilseignern 3% Zinsen zu zahlen und das Kapital der Anteile in jährlichen Raten in 87 Jahren nach einem den Satzungen beigefügten Tilgungsplane mit einem Zuschlage von 20% zurückzuzahlen. Während der Bauzeit gingen diese Verpflichtungen zu Lasten der Baurechnung. Außerdem hatten die Anteilseigner einen Anspruch auf eine Superdividende von dem über 3% hinausgehenden Gewinn der Gesellschaft. Nach der Konzession hatte die Gesellschaft die Bahn in einer Spurweite von 1 Meter spätestens innerhalb einer Frist von fünf Jahren fertigzustellen, sie genoß Steuer- und Zollfreiheit und hatte das Recht, längs der Bahn Land in einem Gesamtumfange von zirka 450 000 Hektar sich anzueignen. Für die Dauer der ersten fünfzehn Jahre hatte sie ferner Anspruch auf die Auswahl von 115 000 Hektar zur ausschließlichen Aufsuchung und Gewinnung von Mineralien. Außerdem war ihr das Vorzugsrecht auf die Konzession zur Fortsetzung der Eisenbahn bis zum Tanganjika- und Viktoria-Nyansa eingeräumt worden.

Nach Fertigstellung der Pläne wurde im Dezember 1904 das Baubureau in Daressalam eingerichtet und die Bauarbeiten mit aller Energie in Angriff genommen. Der erste Spatenstich wurde am 9. Februar 1905 von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Adalbert von Preußen vorgenommen. Trotz der Unruhen, die im Jahre 1907 im Süden der Kolonie ausgebrochen waren und auch das Bahnbaugebiet beeinflußten, konnten die Bauarbeiten durch die Ingenieure unter teilweise recht schwierigen Verhältnissen dank der zielbewußten Leitung und Organisation der Bauleitung, die im Schutzgebiet in den Händen des Herrn Baurat Grages lag, programmäßig durchgeführt werden. Ferner wurde gleichzeitig mit dem Ausbau des Hafens von Daressalam für Rechnung der Regierung begonnen. Es wurde eine Kaimauer

Digitized by Google

von zirka 200 m Länge geschaffen und für die Beförderung der Güter von den Leichtern auf den Kai bzw. umgekehrt elektrisch betriebene Transporter aufgestellt. Bei der Feststellung der Linienführung war insbesondere die Bestimmung des Ausgangspunktes der Bahn in Daressalam Gegenstand eingehender Erörterungen. Von dem Plane, die gesamten Bahnhofsanlagen am Hafen herzustellen, wurde hauptsächlich aus gesundheitlichen Bedenken Abstand genommen und die Hauptstation nebst Personenbahnhof auf dem 10 Meter über dem Hafen liegenden Gelände des früheren Exerzierplatzes zwischen der Kaiser- und Araberstraße angelegt. Eine Anschlußbahn führt von der Station zu den am Hafen belegenen Zoll- und Lagerschuppen. Vom Bahnhof wendet sich die Bahnlinie nordwestlich, kreuzt die Pugu- und Bagamojo-Straße und hält sich dann parallel der Pugu-Straße. Von Kilometer 17 ab verläuft sie im Tale des Simbasi und überwindet die Wasserscheide des Mpiji in der Höhe von 170 m. Nach Ueberschreitung verschiedener von den Pugu-Bergen kommenden Bäche wird bei Kilometer 89 das etwa 3 km breite Ueberschwemmungsgebiet des Ruvu erreicht. Von hier verläuft die Bahn in ziemlich genau westlicher Richtung bis zum Ngerengere-Flusse, überschreitet diesen bei Kilometer 157 und zieht sich schließlich am Fuße des Ulugurugebirges im Tale des Lukonde nach Morogoro hin. Dieser Ort wurde vom Gleis am 4. Oktober 1907 erreicht und die Bahn am 9. Oktober von dem damaligen Kolonialstaatssekretär Dernburg feierlich eingeweiht. Der Bau der ersten Teilstrecke der Tanganjikabahn war also gut von statten gegangen.

Geh. Kommerzienrat Steinthal,
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft

Für die weitere Entwickelung der Bahn war das Jahr 1908 von besonderer Bedeutung. Es brachte als Ergebnis der Reise des Staatssekretärs Dernburg die große Vorlage über den Ausbau des kolonialen Eisenbahnnetzes mit ihrer wichtigsten Forderung: den Weiterbau der Bahn nach Tabora. Neue Gesichtspunkte politischer und wirtschaftlicher Natur traten den früheren

Digitized by Google

Begründungen des alten Zentralbahnkomitees über die Weiterführung der Morogoro-Bahn hinzu. Die ersten Jahre des kolonialen Bahnbaues und die überraschende Aufwärtsbewegung des gesamten Handels des Schutzgebietes hatten gezeigt, daß die Zentralbahn kein Utopie mehr sein konnte, sondern als Rückgrat für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie eine Notwendigkeit geworden war. Diese Erkenntnis dem deutschen Volke beigebracht zu haben, ist das Verdienst des Staatssekretärs Dernburg und des damaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Freiherrn v. Rechenberg.

Die Vorstudien für die Strecke Morogoro—Tabora waren bereits im Jahre 1906 durch die Firma Philipp Holzmann & Cie. eingeleitet worden, 1907 vollendet und durch Spezialstudien auf der Strecke Kilossa—Mpapua—Mwumi ergänzt worden. Ferner waren gleiche Vorstudien vom Kaiserlichen Gouvernement durchgeführt worden. Außerdem hatte die Gesellschaft auf Anregung des Staatssekretärs Dernburg eine unter Leitung des Oberingenieurs R. Mavrogordato stehende Expedition nach dem Tanganjika-See entsandt, um die Trace einer von der Hauptlinie Kilossa—Kilimatinde (Mwumi) nach Süden abzweigende und über Utengule nach Bismarckburg oder Kituta, der Südspitze des Tanganjika-Sees, führende Bahn zu studieren.

Wertvolle Unterlagen über die Bevölkerung, den Handel und die Wirtschaftlichkeit der von der Verlängerung der Morogoro-Bahn durchzogenen Gebiete brachte Paul Fuchs durch seine vom Juli 1906 bis Mai 1907 im Auftrage des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees unternommene Bereisung der Kolonie. Sein Weg führte ihn längs der im Bau begriffenen Bahn nach Morogoro, von da über Kilossa, Mpapua, Kondoa-Irangi, Kilimatinde, Turu nach Tabora. Auf seinem Weitermarsche nach Udjidji durchquerte er Uha und zum Schluß wurde von Usumbura aus Urundi und Ruanda eingehend studiert. Der Rückweg erfolgte über Bukoba, Muansa, Ngorongoro, Aruscha, Moschi nach Tanga. Die interessanten Ergebnisse seiner Reise sind in der von dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee 1907 herausgegebenen Schrift „Wirtschaftliche Erkundungen im mittleren und nördlichen Deutsch-Ostafrika" niedergelegt. Es ist das Verdienst des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees, wegen des Ausbaues des Eisenbahnnetzes in Deutsch-Ostafrika beizeiten eingegriffen zu haben. Schon im Jahre 1904/05 hatte es das Interessengebiet einer projektierten Südbahn von Kilwa nach Südhafen am Nyassa-See zur Feststellung seiner wirtschaftlichen Werte bereisen lassen, doch konnte dieses Projekt seiner Verwirklichung nicht näher gebracht werden. Auch das Syndikat für die ostafrikanischen Eisenbahnen hatte im Jahre 1907 mit den Vorstudien für dieselbe Bahn beginnen lassen, die jedoch wegen des Aufstandes abgebrochen werden mußten.

Infolge der Reichstagsauflösung und der Ungewißheit über die Annahme der neuen Eisenbahnvorlage hatten die Bauarbeiten eine Verzögerung von ungefähr einem Jahr erlitten; sie konnten erst im Herbst 1908 von der Baufirma Philipp Holzmann u. Cie., welcher

Digitized by Google

ebenfalls der Bau der Strecke Morogoro—Tabora übertragen war, fortgesetzt werden. Da es sich um ein wesentlich größeres Bauobjekt handelte — die Länge der Strecke war auf 699 km veranschlagt worden — und es im allgemeinen Interesse lag, den Bau so schnell als möglich fertigzustellen, so mußte für die in fünf Bauabschnitte zerlegte Strecke eine besonders großzügige Organisation geschaffen werden. Daß sie sich glänzend bewährt hat, beweist, daß die Strecke bis Tabora bereits am 1. Juli 1912 für den Betrieb übernommen werden konnte — sie war bei einem durchschnittlichen jährlichen Baufortschritt von 160 km in fast genau 4 Jahren, d. h. volle zwei Jahre vor dem im Bauvertrage festgesetzten Termin fertig geworden. — Die Uganda-Bahn, die durch ihren raschen Baufortschritt als Muster dastand, hatte eine beträchtlich längere Zeit benötigt — sie wurde 1896 begonnen, hatte am 17. Dezember 1901 den See erreicht, aber erst vom Jahre 1903 ab war die ganze Strecke in Betrieb; der durchschnittliche jährliche Baufortschritt betrug 134 km.

Dr. Kliemke,
Direktor der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft

Die feierliche Eröffnung der Strecke bei Tabora erfolgte am 22. Juli 1912 durch den jetzigen kaiserlichen Gouverneur Dr. Schnee.

Mit Rücksicht darauf, daß die Bahn durch ihre Verlängerung als Durchgangsbahn einen größeren Verkehr zu erwarten hatte, wurde sie von Morogoro aus mit einem stärkeren Oberbau und schwereren Fahrzeugen ausgerüstet. Das Gesamtgewicht des Oberbaues der Strecke hinter Morogoro beträgt auf das Kilometer bei 15 Schwellen auf 10 m Schienenlänge 132 t bei einem metrischen Schienengewicht von 27,839 kg, dagegen auf der Stammstrecke nur 85,75 t bei einem Schienengewicht von 21,4 kg.

In der Linienführung folgt sie im allgemeinen in ostwestlicher Richtung dem Zuge der großen Karawanenstraße Morogoro—Kilossa—Kilimatinde—Tabora. Zunächst durchfährt sie zwischen Morogoro und Kilossa die weite, wildreiche Mkatta-Steppe und nach Kilossa den landschaftlich schönsten Teil

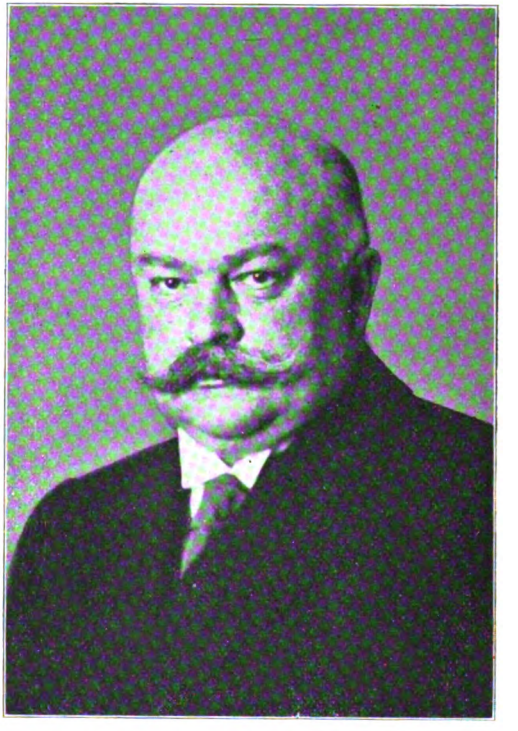
Digitized by Google

der Bahn, das Mukondokwa-Tal. Das hochgelegene Mpapua wird selbst nicht berührt. Die zugehörige Bahnstation Gulwe liegt 3 Stunden von Mpapua entfernt. Stetig steigend erreicht die Bahn in Dodoma den Hauptpunkt des viehreichen Ugogolandes. Nach Dodoma senkt sich die Linie langsam bis zum ostafrikanischen Graben, beginnend bei der Station Bahi. Nicht weit von der alten Militärstation Kilimatinde bei Saranda wird der westliche Rand des ostafrikanischen Grabens überwunden. Im weiteren Verlauf ist nach Manjoni die Durchquerung des dichten Elefantenbusches und von Tschaya ab des Miombo-Waldes bemerkenswert. Mit dem Eintritt in den Taborabezirk wird die große Landschaft Unjamwesi erreicht. Die Bahn beginnt bei Morogoro mit einer Höhe von 498 m ü. M., erreicht ihren höchsten Punkt bei Kilometer 641 vor der Station Kitaraka, mit 1326,11 m, und fällt von dort langsam bis Tabora auf eine Höhe von 1197,44 m. Die vorgesehene Maximalsteigung mit 20 ‰ mußte nur bei der Bewältigung des Masimba-Passes, zwischen Morogoro und Mkatta, eingehalten werden; der Grabenaufstieg bei Kilimatinde konnte mit einer Maximalsteigung von 18 ‰ gewonnen werden. Im übrigen beträgt die Höchststeigung auf dem ersten Teil der Strecke 10 ‰, von Manjoni bis Tabora sogar nur 5 ‰. Die Linie konnte durchgehend mit dem kleinsten Krümmungshalbmesser von 300 m durchgeführt werden. Die Wasserversorgung gestaltete sich äußerst schwierig, und die Arbeiten hierfür sind heute noch nicht abgeschlossen. Die Anzahl des beim Bau der Strecke beschäftigten europäischen Personals schwankte etwa zwischen 300 und 400. Die Zahl der schwarzen Arbeiter betrug während der Hauptzeit des Bahnbaues 1909/11 im Durchschnitt monatlich 11 300 Mann. Die größte Anzahl wurde im August 1911 mit 15 680 Mann erreicht.

Die Aufbringung der Mittel für den Bau der Strecke über Morogoro erfolgte durch 4prozentige Anleihen des Schutzgebietes, für deren Verzinsung und Tilgung das Reich die Bürgschaft übernommen hat. Die Finanzen des Schutzgebiets hatten sich in den Jahren des Bahnbaues hauptsächlich infolge seiner belebenden Wirkung so günstig entwickelt, daß die Kolonie auf Grund ihrer Einnahmen bis 1906 bereits 1908 unbedenklich aus eigener Kraft ein Kapital von 91 000 000 Mark hätte verzinsen können, während für den ganzen Bahnbau bis Tabora seinerzeit nur 81 000 000 Mark veranschlagt waren. Aus den Regierungsvorlagen der Jahre 1910 bis 1912 ist bekannt, daß infolge des ohne Zwischenfälle überaus schnell verlaufenen Bahnbaues wesentliche Ersparnisse an Baukapital gemacht worden sind, und sich in den folgenden Jahren die Einnahmen aus Steuern, Zöllen usw. günstiger gestaltet hatten, als in der Vorlage des Bahnbauprogramms 1908 angenommen worden war; hier wurde mit einer jährlichen Steigerung der Einnahmen des Schutzgebiets in den Jahren 1906 bis 1908 im Durchschnitt von 598 000 Mark gerechnet, während sie in Wirklichkeit 924 810 betrug. Die durch Gesetz vom 18. Mai 1908, betreffend die Aenderung des Gesetzes über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete vom 30. März 1892, ermöglichte Beschaffung von Kapital für

Digitized by Google

werbende Anlagen in den Kolonien wurde für die Finanzverwaltung von einschneidender Bedeutung und brachte ein völlig verändertes Aussehen ihrer Etats mit sich. Die erste Kolonialanleihe wurde im Juni 1908 für Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Togo, die solidarisch dafür zu haften haben, im Betrage von 38 325 000 Mark aufgenommen, und von dem früher genannten Bankensyndikat zum Kurse von 99 Prozent aufgelegt. Von dem Betrage waren 20 000 000 Mark zum Ankauf der auf Seite 310 erwähnten 3 prozentigen Anteilscheine der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft bestimmt, die entweder zum damaligen Ausgabekurs von 103½ Prozent bar zurückgezahlt, oder gegen 4 Prozent-Schutzgebietsanleihe eingetauscht werden konnten. Auf diese Weise kam die Schutzgebietsverwaltung in den Besitz von ungefähr $^{9}/_{10}$ des Stammkapitals der Gesellschaft, ohne daß diese ihre Selbständigkeit als Privatgesellschaft verlor, und gewann dadurch als Hauptgesellschafter einen bestimmenden Einfluß auf das Unternehmen, der ihr hinsichtlich Gestaltung der Tarife in erster Linie für die Beförderung der Baugüter für die weiteren Baustrecken besonders wichtig sein mußte. Die für den Weiterbau der Bahn über Morogoro hinaus bis Tabora und später bis Kigoma erforderlichen Geldmittel wurden der Gesellschaft aus den Anleiheerlösen in Form eines Darlehns gewährt, das sie von der Inbetriebnahme der Strecken, soweit es die Betriebsüberschüsse gestatten, mit 4 Prozent zu verzinsen und zehn Jahre lang mit ¾ Prozent, dann mit 1 Prozent zu tilgen hat. Die Sicherstellung der Beträge für den Kolonialfiskus geschieht durch eine Sicherungshypothek auf die ganze Bahnanlage von Daressalam ab. Bis Ende 1913 sind der Gesellschaft vom Schutzgebietsfiskus als Darlehn 84 283 000 Mark gezahlt worden.



Paul Habich,
Regierungsbaumeister a. D., Direktor der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft.

In der Denkschrift, betreffend die Weiterführung der Morogoro-Bahn bis Tabora, die Staatssekretär Dernburg 1908 als sein Programm dem Reichstage vorgelegt hatte, war bereits zum Ausdruck

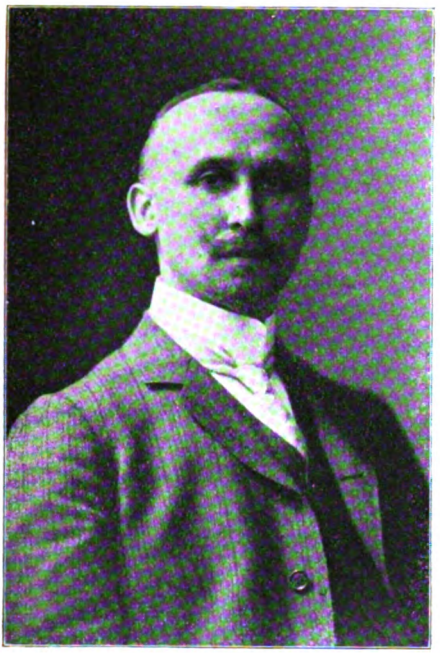
Digitized by Google

gebracht, daß die ostafrikanische Mittellandbahn ihren natürlichen Endpunkt nicht in Tabora erhalten könnte, sondern am Tanganjika-See, in der Nähe der alten Araberansiedlung Udjidji, dem Brückenkopf für den Verkehr nach Belgisch-Kongo. Es war handelspolitisch und verkehrsgeographisch durchaus gerechtfertigt, daß nach Fertigstellung der Bahn bis Tabora auch die Gebiete am Tanganjika-See der Mittellandbahn zufallen müßten. Auch waren die Bestrebungen der Belgier nicht unbeachtet geblieben, die darauf hinzielten, den See von Westen aus in eine engere Verbindung mit der Kongostraße zu bringen und ganz zum Tributär des Atlantischen Ozeans zu machen. Die Mittellandbahn mit Tabora als Endpunkt wäre ein Torso geblieben, ihre Rentabilität wäre für lange Zeit ernstlich in Frage gestellt, und außerdem wären dem Schutzgebiet die Tanganjika-Seeländer verkehrspolitisch ebenso verloren gewesen, wie zum Teil die Viktoria-See-Länder. Von der Notwendigkeit des sofortigen Weiterbaues und dem großen Vorteil daraus für die Kolonie waren alle Kenner der Verhältnisse, selbst frühere Gegner der Zentralbahn, einmütig überzeugt. Auch der Reichstag hatte dem bereits 1910 durch Bewilligung der Mittel zur Ausführung von Vorarbeiten Rechnung getragen, die ihm Ende 1911 vorgelegt werden konnten. Die Vorarbeiten für die Strecke bis zum See wurden in tatkräftigster Weise von dem erfahrenen Eisenbahnreferenten des Schutzgebietes, Regierungs- und Baurat Allmaras, geleitet, wobei drei dem See zustrebende Linien untersucht wurden, Tabora—Karema, Tabora—Kirando und Tabora—Kigoma. Es wurde letztere gewählt, da für sie nicht nur technische Vorzüge, sondern auch bedeutende wirtschaftliche Vorteile sprachen, und der Endpunkt Kigoma eine gute geschützte Bucht hat, die für Hafen- und Dockanlagen genügende Ausdehnung läßt.

Bereits im Herbst 1911, vor dem Eintreffen der Gleisspitze in Tabora, konnte durch eine neue Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften der Weiterbau nach Kigoma beantragt werden. Durch Gesetz vom 12. Dezember 1911 wurden hierfür die Mittel bewilligt. Mit der Ausführung wurde wiederum die Firma Philipp Holzmann & Cie. beauftragt, die auf dieser Strecke überraschende Leistungen im Baufortschritt erzielte, was hauptsächlich damit zu erklären war, daß eine Unterbrechung im Bahnbau nach Erreichung Taboras vermieden wurde, und gegenüber den Vorjahren eine weitere Steigerung der Arbeitsleistungen des geschulten Beamten- und Unternehmerpersonals erzielt werden konnte. Die einzelnen Leistungen, besonders an Erdarbeiten und Brückenbau, waren ganz erheblich; am bedeutendsten war aber die Arbeit im Vorstrecken des Oberbaues. Auf der ersten Teilstrecke, bis zum Malagarassi, betrug die durchschnittliche Leistung monatlich 27,5 km; im Monat Dezember 1912 wurde mit 38,2 km die höchste Leistung im Vorstrecken während des ganzen Bahnbaues von Daressalam ab erzielt. Die Arbeitsverhältnisse waren im allgemeinen günstig; der größte Teil der Arbeiter bestand aus Wanyamwesi. Die Arbeitsleistung der Eingeborenen hatte sich in

Digitized by Google

erfreulicher Weise von Jahr zu Jahr mit der Schulung durch den Bahnbau gesteigert; dies hatte einerseits für sie einen guten Verdienst, andererseits eine Verminderung der Einheitspreise für Erd- und Schotterarbeiten im Gefolge. Es zeugt von einem großen Geschick der bauleitenden Persönlichkeiten in der Behandlung und Beschäftigung der Eingeborenen, daß während des zehnjährigen Bahnbaues, abgesehen von der Aufstandszeit 1907, niemals Arbeitermangel geherrscht hat. Nicht unwesentliche Schwierigkeiten verursachte auf der letzten Strecke der Tanganjika-Bahn der Bau der Malagarassi-Brücken, da die Bau-



Baurat Grages,

Geh. Baurat Dr.-Ing. O. Riese,

Geschäftsführer der Firma Philipp Holzmann & Cie., G. m. b. H., Erbauerin der Tanganjikabahn

werke in dem morastigen Boden noch vor Eintritt der Regenzeit und der damit verbundenen Ueberschwemmung des Malagarassi hochgebracht werden mußten und ein Einschwimmen der auf besonderen Pontons montierten Brücken erfolgen mußten. In der Trockenzeit ist der Fluß mit nur 40 m Breite harmlos und ungefährlich, wenn jedoch die Regenzeit eintritt, kann er zum mehrere hundert Meter breiten Strom anschwellen. Das Brückensystem über den Malagarassi setzt sich aus 21 Oeffnungen zusammen, deren größte eine Stützweite von 50 m hat.

Die zur Ausführung gekommene Linie Tabora—Kigoma durchquert das große, von einigen Höhenrücken durchzogene, verhältnismäßig dicht

Digitized by Google

besiedelte Flachland von Tabora in fast genau westlicher Richtung bis zum Malagarassi, den sie in der Nähe der Karawanenstraße überschreitet. Ungefähr von Neu-Gottorp, am rechten Ufer des Malagarassi, am Einfluß des Rutschugi, ändert sich das Landschaftsbild vollkommen. Das von verschiedenen Wasserläufen zerrissene Gelände ist welllig, und es mußten daher stärkere Steigungen für die Bahn gewählt werden. Bis zum Malagarassi beträgt die höchste Steigung 5 ‰ und von da bis Kigoma 14,3 ‰ einschließlich Krümmungswiderstand. Am Rutschugi konnte ein südlicher Weg über die Saline Gottorp, und vor Kigoma eine günstige und verhältnismäßig billige Linie gefunden werden, wodurch sich der Bau von Tunnel erübrigte.

Von Kilometer 1199 fällt das Gelände auf 52 Kilometer, von 1119 m auf 773 m zum Tanganjika-See ab.

Die erste Lokomotive erreichte den See am 1. Februar 1914, und damit war die Verbindung des Tanganjikasees mit dem Indischen Ozean durch den Schienenstrang hergestellt. Jetzt wird an der Herstellung des Hafens in Kigoma, der Helling, den Kai- und Zollanlagen, sowie der Montage zweier Schiffe für je 500 t Nutzladung gearbeitet, von denen voraussichtlich das eine im Oktober dieses Jahres, das andere ein Jahr später den Betrieb auf dem See aufnehmen wird, falls alles ohne Störung verlaufen sollte. Die beiden neuen Träger der deutschen Flagge werden nach den früheren Gouverneuren, den eifrigen Förderern des Bahnbaues, „Götzen" und „Rechenberg", genannt.

Gleichzeitig mit der Weiterführung der Bahn mußte die seinerzeit lediglich als Stichbahn gedachte und ähnlich einer heimischen Kleinbahn hergestellte Stammstrecke Daressalam–Morogoro an verschiedenen Stellen umgebaut und verstärkt werden. Verschiedene ungünstige Steigungs- und Krümmungsverhältnisse, leichterer Oberbau und unzureichende Stationsanlagen verteuerten den Betrieb und die Bahnunterhaltung. Auch boten die Brücken für den Betrieb und die Reisenden eine große Gefahr, nachdem mit Rücksicht auf den Durchgangsverkehr größere Fahrzeuge eingestellt waren. Die umgebaute Strecke hatte eine Gesamtlänge von 33 km, die übrige Strecke (175 km) wurde durch Vermehrung der Schwellen von 10 auf 14 Stück für je 9 m Schienenlänge so verstärkt, daß sie nunmehr der Strecke hinter Morogoro ungefähr gleichkommt. Auch diese Arbeiten sind inzwischen sämtlich durch die Baufirma fertiggestellt worden.

Gleichzeitig mit den Bahnbauarbeiten war die Eisenbahngesellschaft bestrebt, die wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Interessengebietes zu heben. Sie errichtete in Daressalam ein Elektrizitätswerk, das in diesem Jahre schon erheblich vergrößert werden mußte, und versorgt die ganze Stadt mit elektrischem Strom für Licht und Kraft. Die Stromeinnahmen haben sich innerhalb fünf Jahren verdoppelt.

Für die Hebung des Fremdenverkehrs und einem Bedürfnisse der Stadt selbst entsprechend schuf sie das allen Afrikanern bekannte

Digitized by Google

komfortable Hotel „Kaiserhof", das den Ruf des besten Hotels an der ganzen Ostküste Afrikas genießt. 1911 gingen die Anteile des von ihr hierfür gegründeten Tochterunternehmens in die Hände der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft über. Weitere Hotels in Tabora und Kigoma befinden sich im Bau, ferner sind an verschiedenen Punkten der Bahn Verpflegungsstationen errichtet worden.

Im Jahre 1912 übernahm sie vom deutsch-ostafrikanischen Landesfiskus den Betrieb der unter dem Namen „Kaiserliche Flottille" bestehenden Anlagen, und zwar das Dock in Daressalam nebst Werkstätten, verschiedene Dampfer an der Küste Deutsch-Ostafrikas, auf dem Tanganjika- und Nyassasee.

Um die Anbaufähigkeit des Landes an der Bahn zu beweisen und zum Landkauf zwecks Bebauung anzuregen, legte sie bei Kifulu und am Ruvu für die verschiedensten Tropenkulturen mehrere Versuchsplantagen an, die, nachdem sie sich gut entwickelt und damit ihren Zweck erfüllt hatten, im Jahre 1910 verkauft wurden. Zur besseren Verwertung ihrer Landgerechtsame gründete sie im Jahre 1911 die Ostafrikanische Landgesellschaft, in welche auch die alten Landrechte der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft eingebracht wurden.

Inzwischen ist die Tanganjikabahn am 1. Juli d. J. in ihrer Gesamtlänge bis Kigoma für den öffentlichen Verkehr freigegeben worden. Genau 10 Jahre nach Gründung der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft ist das Wirklichkeit geworden, was damals noch als phantastisch bezeichnet wurde —, eine Durchquerung des ganzen Schutzgebietes von Ost nach West bis in das Herz des schwarzen Erdteils auf einem 1250 Kilometer langen deutschen Schienenwege innerhalb 48 Stunden in einem bequemen Eisenbahnwagen! Für die so schnelle und glückliche Vollendung der Bahn gebührt der Baufirma Philipp Holzmann & Cie. und den Leitern des Bahnbaues Geheimen Baurat Dr. Riese, Baurat Grages und Baurat Hoffmann die vollste Anerkennung. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß auch bei der Bauausführung erhebliche Ersparnisse an den veranschlagten Mitteln erzielt werden konnten. Die großartige Leistung zeugt aber auch von einem verständnisvollen Zusammenarbeiten aller Beteiligten — des Reichs-Kolonialamts, des Kaiserlichen Gouvernements, der Bezirksämter und der sonstigen Behörden im Schutzgebiet, mit der Direktion und der Betriebsleitung der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft und ihrer Baufirma.

Im August d. J. findet in Daressalam die 2. Allgemeine Deutsch-Ostafrikanische Landesausstellung statt, zu derselben Zeit auch die feierliche Eröffnung der Tanganjikabahn.

Die erste Ausstellung fand 1904 statt, gleichzeitig wurde der Bau der Tanganjikabahn in Angriff genommen.

Dieses zweimalige Zusammentreffen bei Beginn und Ende eines zehnjährigen Zeitraumes gibt einen bedeutungsvollen Rahmen und lehrreiche Merkzeichen für die Entwickelung des Schut-

Digitized by Google

gebietes in dieser Zeit. Glich es damals einem bescheiden anfangenden Jüngling, so kann man es jetzt mit einem im Beginn der Blüte stehenden Mann vergleichen, der in der Ausstellung zusammengefaßt zeigt, wie weit er es inzwischen gebracht hat.

Die folgenden Angaben zeigen, welchen mächtigen Aufschwung unsere ostafrikanische Kolonie in einem Zeitraum von zehn Jahren genommen hat. Da die Zahlen erst bis 1912 vorliegen, sind im folgenden die der Jahre 1902 und 1912 gegenübergestellt. Es betrugen:

der Wert der Einfuhr	1902	8 858 000 Mark	1912	50 309 000 Mark
der Wert der Ausfuhr	1902	5 283 000 Mark	1912	31 418 000 Mark
der Wert des Gesamtaußenhandels	1902	14 141 000 Mark	1912	81 727 000 Mark

d. h. eine Steigerung auf das Sechsfache!

Die Einnahmen betrugen aus:

Kopf-, Häuser-, Hütten-, Gewerbe- und sonstigen Steuern	1902	902 000 Mark	1912	6 010 000 Mark
Zöllen	1902	1 347 000 Mark	1912	5 156 000 Mark

Mit dem allgemeinen Steigen der Produktion und des Handels wurden auch in den anderen bahnfernen Gebieten der Kolonie die Forderungen nach dem Ausbau des Bahnnetzes laut. Vor kurzem hat der Reichstag im Vertrauen auf die weiter sich günstig gestaltende Finanzlage des Schutzgebietes die Mittel zum Bau einer Zweiglinie der Tanganjikabahn bewilligt. Die von Tabora ausgehende Ruandabahn wird die best bevölkerten Gebiete der Kolonie, die fruchtbaren Landschaften Ruanda und Urundi in Verbindung mit dem Weltverkehr bringen und zur Entwicklung des wichtigsten Faktors der Kolonie, der Tanganjikabahn, beitragen.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft und die Tanganjikabahn.

Seitens der Deutschen Kolonialgesellschaft ist dem Gedanken einer ostafrikanischen Zentralbahn von vornherein volles Verständnis entgegengebracht worden und Förderung durch sie zuteil geworden. In der „Deutschen Kolonialzeitung" finden wir schon in den frühesten Jahrgängen Hinweise auf die Notwendigkeit dieses Schienenstranges.

Auf breiterer Grundlage wurde die Angelegenheit zuerst behandelt auf der Berliner Hauptversammlung der Gesellschaft am 27. Mai 1899, wo Dr. Wilhelm Oechelhaeuser einen Vortrag über diese „eine unserer wichtigsten und größten kolonialpolitischen Aufgaben" hielt. Auch die Abteilung Colmar der Deutschen Kolonialgesellschaft hatte sich mit der Frage beschäftigt. Als ihr Wortführer trat Regierungsrat Kayser auf. (Der Antrag wurde vorberaten und gutgeheißen in der Ausschußsitzung vom 9. Mai 1899.)

Zur Annahme gelangte auf der Hauptversammlung die folgende Resolution des Herrn Dr. Oechelhaeuser:

„Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft begrüßt mit lebhafter Genugtuung den ihrem Präsidium zugegangenen Bescheid Sr. Durchlaucht des Fürsten

Digitized by Google

Reichskanzlers bezüglich des Baues einer deutsch-ostafrikanischen Zentralbahn von der Küste nach dem Seengebiet, sowie einer deutschen Anschlußbahn an die geplante englische Bahn Kapstadt—Kairo. Sie findet sich zugleich bewogen, im vollen Vertrauen, daß die Reichsregierung in dieser Frage nach wie vor die kolonialen wie die allgemeinen deutschen Interessen wahren und fördern werde, ihre hierauf gerichteten Wünsche in folgendem nochmals zusammenzufassen:

1. Die Deutsche Kolonialgesellschaft erachtet es aus politischen, zivilisatorischen und wirtschaftlichen Gründen für eine unbedingte Notwendigkeit, die Ostküste unseres deutsch-ostafrikanischen Schutzgebiets durch eine Zentraleisenbahn mit dem westlichen Seengebiet in Verbindung zu setzen.
2. Sie empfiehlt aufs dringendste, sofort mit Ausführung der ersten Baustrecke von Daressalam nach Ukami vorzugehen und beim Reichstag die Gewährung einer Zinsgarantie für eine zu bildende Zentraleisenbahngesellschaft zu beantragen.
3. Sie anerkennt die hohe Wichtigkeit einer das deutsche Interesse wahrenden Verbindung der Zentralbahn mit der von Cecil Rhodes geplanten großen afrikanischen Transversalbahn."

Unter dem 8. Juni ist durch Seine Hoheit den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, schon damals Präsident der Gesellschaft, diese Entschließung dem Herrn Reichskanzler übermittelt worden.

Ein halbes Jahr später betrieb die Abteilung Berlin der Gesellschaft die Angelegenheit. Nach Ausführungen des Herrn General v. Poser und Groß-Nädlitz, des Vorsitzenden dieser Abteilung, beschloß der Ausschuß in seiner Sitzung vom 5. Oktober 1899 eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten, daß in dem nächsten Reichshaushaltsvoranschlag eine erste Rate zur Ausführung dieser wichtigsten unserer Kolonialaufgaben in Deutsch-Ostafrika eingestellt werde.

Nachdem, wie wir oben gesehen haben, der Reichsetat für 1900 zu Vorarbeiten der Zentralbahn 100 000 Mark enthielt, beschloß unter dem 2. Juni 1900 die Hauptversammlung zu Koblenz, auf Antrag der Abteilung Metz, erneut einen Vorstoß zugunsten des großen Werkes. Es wurde verlangt, daß die Reichsregierung in dem nächstjährigen Etat entweder die ersten Raten für den Bau der ostafrikanischen Zentralbahn (und der Südbahn) bewillige oder durch Uebernahme einer ausreichenden Zinsgarantie auf eine Reihe von Betriebsjahren die Ausführung derselben durch deutsches Privatkapital erleichtere. Wir wissen, daß im Reichstag dann Jahre hindurch unüberwindliche Schwierigkeiten entstanden.

Deshalb fand ein im Anschluß an die Sitzung des Vorstandes der Gesellschaft am 30. November 1901 gestellter Antrag des Regierungsrat Fuchs einstimmige Annahme. Seine Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Der Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft spricht sich der Regierung wie dem Reichstage gegenüber wiederholt auf das entschiedenste für die baldige Inangriffnahme der Eisenbahn von Daressalam bis Mrogoro in Deutsch-Ostafrika aus, welche durch das rasche Fortschreiten der englischen Bahn von Mombassa nach dem Victoria-Nyansa durch die trotz des Krieges in naher Aussicht stehende Bahn vom Shire zum Nyassa und die vom Kongo nach dem Tangan-

Digitized by Google

jika geplante Schienenverbindung zu einem unabweisbaren Gebot der wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonie herangewachsen ist."

Als im Jahre 1904 es den Anschein hatte, als würde die Volksvertretung in die Sommerferien gehen, ohne die wichtigen kolonialen Eisenbahnvorlagen, die beim Reichstag eingegangen waren, zu erledigen, wurden noch einmal gemäß der Wichtigkeit der Sache Vorstellungen erhoben, damit nicht wieder ein volles Jahr unnütz verstreiche.

Schon vorher hatte der Ausschuß beschlossen, eine entsprechende Eingabe an den Herrn Reichskanzler zu richten, die sich mit der besonderen Frage der Spurweite befaßte. Sie hatte folgenden Wortlaut: „Die Bahn von Daressalam bis Mrogoro ist im vorigen Jahre in der Budgetkommission beraten, aber nicht zur Verabschiedung im Plenum gelangt.

In dieser Beratung ist von einer Verkleinerung der Spurweite nicht die Rede gewesen, sondern es handelte sich immer um die sogenannte Kapspurweite, 1,06 m.

Die Gegner und die lauen Freunde der Bahn haben damals auch die Reduzierung nicht gefordert, ebensowenig das Bankkonsortium. Man durfte deshalb annehmen, daß auch in der neuen Vorlage die ursprüngliche Spurweite beibehalten sei. Der Bau mit der Spurweite von 0,75 m ist zu 18 750 000 Mark veranschlagt, während die ursprüngliche Kapspur einen Betrag von 22 000 000 Mark erfordern würde. Diese an sich nicht unerhebliche Differenz interessiert aber den Steuerzahler und damit auch den Reichstag nur mit Rücksicht auf Zinsen und Amortisation, nicht aber für das Baukapital, welches von dem Bankkonsortium aufgebracht wird. Dieses wird aber voraussichtlich kein Bedenken tragen, den höheren Betrag zu übernehmen, da die Anteile durch die Garantie des Reiches und die Zurückzahlung zu 120 Proz. einen verhältnismäßig hohen Wert darstellen.

In Betracht kommen daher für den Reichstag nur Zinsen und Amortisation, welche bei der Spurweite von 0,75 m jährlich durchschnittlich 636 807,38 Mark, bei der Kapspurweite jährlich durchschnittlich 747 187,32 Mark betragen. Es handelt sich also nur um einen Unterschied von 110 379,94 Mark für das Jahr.

Will der Reichstag die Bahn überhaupt bewilligen, so dürfte er die Vorlage an der erhöhten Beitragspflicht kaum scheitern lassen.

Eine Eisenbahn mit der Spurweite 0,75 m ist zweifellos weniger leistungsfähig, wenn sie auch für die erste Zeit nach dem Bau genügen mag. Nimmt man aber mit den besten Kennern des Schutzgebietes an, daß die durch die Bahn erschlossenen Landesteile einer reichen wirtschaftlichen Entwicklung entgegengehen werden, so ist zu befürchten, daß die Bahn mit der kleineren Spurweite von 0,75 m zur Bewältigung des stärkeren Verkehrs in absehbarer Zeit nicht mehr genügen würde. Eine spätere Vergrößerung der Spurweite während des Betriebes würde aber nicht allein schwierig sein, sondern auch höhere Kosten verursachen, als wenn die Bahn von Anfang an mit der ursprünglichen Spurweite gebaut würde.

Digitized by Google

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat das lebhafte Interesse, daß die Kolonie, ohne Zwischenstufen, von Anfang an eine wirklich leistungsfähige Bahn erhält; es soll hier nur auf die in Maschona gebaute schmalspurige Bahn nach Beira verwiesen werden, die sehr bald den Verhältnissen nicht genügte und daher abgebrochen und durch eine breitere ersetzt werden mußte. Auch bei der Kongobahn wird schon jetzt trotz der gegenteiligen Ansicht ihrer Leiter befürchtet, daß sie bald dem gesteigerten Verkehr nicht mehr genügen wird."

Als dann am 16. Juni das erste Stück der Deutschen Tanganjikabahn, die Strecke Daressalam—Mrogoro, bewilligt wurde, war der Bann gebrochen. Kolonialdirektor Dr. Stübel konnte einen verdienten Erfolg buchen und seinen Nachfolgern wurde es nicht schwer, nachdem sich das 209 km lange Anfangsstück erprobt hatte, die Fortsetzung zu erreichen.

Die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft hat dieses Eintreten der Deutschen Kolonialgesellschaft für die Tanganjikabahn anerkannt dadurch, daß sie die Gesellschaft zur Teilnahme an den Feierlichkeiten der Betriebseröffnung im August dieses Jahres eingeladen hat. Als Vertreter der Kolonialgesellschaft werden deren stellvertretender Präsident, Kontreadmiral z. D. Strauch und das Ausschußmitglied, Stabsarzt a. D. Dr. Wilh. Arning, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, an der Eröffnungsfahrt nach Kigoma teilnehmen. Auch der Schriftleiter der „Deutschen Kolonialzeitung" und der „Kolonialen Monatsblätter", Herr Hubert Henoch, hat eine Einladung seitens der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft erhalten.

„Einen denkwürdigen Augenblick" hat Seine Hoheit der Herr Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft in seiner Eröffnungsrede zur diesjährigen Hauptversammlung der Gesellschaft in Danzig das Eintreffen der Gleisspitze an dem gewaltigen innerafrikanischen Binnensee genannt. „Es bedeutet" fuhr Herzog Johann Albrecht fort, „den Abschluß eins Kulturwerkes, das für die Entwicklung unseres ostafrikanischen Schutzgebietes von allergrößter Bedeutung ist. 1250 Kilometer Schienenweg quer durch Afrika in knapp 8½ Jahren! Das ist eine Leistung, auf die Deutschland mit Recht stolz sein kann. Und auch wir, die Deutsche Kolonialgesellschaft, dürfen uns rühmen, an dem Bau dieser wichtigen Verkehrsader mitgearbeitet zu haben, denn seit 1899 haben wir, den Anregungen des verstorbenen Herrn Kommerzienrats v. Oechelhaeuser folgend, immer und immer wieder in Eingaben an die Regierung und den Reichstag sowie in der Oeffentlichkeit die Herstellung dieser Bahn als dringende Notwendigkeit gefordert. Möchten sich alle an die Eröffnung der Tanganjakabahn knüpfenden Hoffnungen erfüllen und möge die Bahn ein kräftiges Rückgrat für das deutsch-ostafrikanische Leben bilden. Wo nun dieses große Werk vollendet ist, dürfen wir aber nicht auf dem Erfolge ruhen, sondern müssen die planmäßige Erschließung des Nordens und Südens der Kolonie ernstlich ins Auge fassen, denn Nyansa wie Nyassa fordern nicht minder wie der Tanganjika den direkten Handelsweg zum Meere, damit die meist noch ungehobenen Schätze des Landes nicht fremden Konkurrenten, sondern der deutschen Volkswirtschaft errungen werden."

Digitized by Google

Erfahrungen in der Eingeborenenbehandlung in Deutsch-Ostafrika.

Von Egon Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfels.

Während der letzten Reichstagsverhandlungen über den Kolonialetat ist auch das Verhältnis zwischen Pflanzern und Negerarbeitern in Deutsch-Ostafrika einer scharfen Kritik unterzogen und ersteren sind harte Vorwürfe gemacht worden. Obwohl diese Angriffe schon oft zurückgewiesen worden sind, werden sie immer wiederholt, und zwar in einer Form, die nicht ganz mit den parlamentarischen Formen in Einklang zu bringen ist. Man kann sich deshalb nicht wundern, wenn von Afrika her echt afrikanische Antworten herüberschallen.

Es ist dieses sehr zu bedauern. Doch das Mittel, diesem unerquicklichen Zustande ein Ende zu machen, ist die Lieferung eines erdrückenden Beweismaterials, durch das allein eine absolute Aufklärung über unsere Pflanzerverhältnisse in Deutsch-Ostafrika erfolgen kann. Ich schlage deshalb vor, daß von irgendeiner Seite an die wirtschaftlichen Verbände unserer Kolonie herangetreten wird mit der Bitte, sich ihrerseits wieder mit den aktiven und inaktiven Pflanzern in Verbindung zu setzen. Letztere sollen dann aus ihren Erfahrungen positive Tatsachen vorbringen über die Behandlung der Eingeborenen auf ihren Plantagen, über die Gesundheitsverhältnisse, Anzahl der Todesfälle, sanitäre Einichtungen usw. Womöglich kann man diese Angaben von Eingeborenenkommissaren oder vom zuständigen Bezirksamt bestätigen lassen.

Da auch ich als Pflanzer in Deutsch-Ostafrika tätig gewesen bin, so werde ich an dieser Stelle meine Erfahrungen wiedergeben. Zur besseren Orientierung wird es notwendig sein, eine Definition vorangehen zu lassen: Unter schlechter Behandlung des Negers versteht man jene Behandlung, durch welche diesem in unberechtigter Weise ein Schaden zugefügt wird.

Diese Behandlung kann man einteilen in eine aktive und eine passive. Die aktive würde bestehen in körperlicher Mißhandlung, Zuteilung überanstrengender Arbeitsleistungen und einem unzulässigen Arbeitszwang, die passive in dem Vorenthalten von dem Neger vertragsmäßig zustehenden Leistungen oder in einer mangelnden Fürsorge für die Existenz oder die Gesundheit des Arbeiters seitens seines Arbeitsgebers.

Zum Kapitel aktive schlechte Behandlung kann ich die Feststellung machen, daß ich mir selbst niemals Mißhandlungen habe zuschulden kommen lassen. Ich kann dafür Beamte und auch Missionare als Zeugen anführen. Auch habe ich nicht, mit Ausnahme eines Falles, jemals etwas von Mißhandlungen auf anderen Plantagen gehört. Mir würden sicherlich solche Tatsachen zu Ohren gekommen sein, denn der Neger verbreitet sie sofort. Einen gewissen Anhaltspunkt erhält man zunächst durch die Art, wie der Neger seine Herren, betref-

Digitized by Google

send ihre Behandlungsweise unterscheidet. Er nennt sie „Bwana nzuri“ (guter Herr), oder „Bwana kali lakini nzuri“ (streng aber gerecht), oder „Bwana kali“. Wenn jedoch ein Neger einen Herren „Bwana kali kabisa“ nennt und nicht die Worte „lakini nzuri“ beifügt, so kann man wohl annehmen, daß er überstrenge Maßnahmen anwendet. Ich habe diese Bezeichnung über Pflanzer nur ein oder zweimal gehört. Ferner weiß ich auch, daß sämtliche Pflanzer sich in der schärfsten Weise gegen Europäer ausgesprochen haben, die sich Mißhandlungen haben zuschulden kommen lassen; ich kann dafür Beweise bringen.

Mit der Mißhandlung ist nicht zu verwechseln die gerecht verhängte Prügelstrafe. Zu meiner Zeit war es durch Verordnungen oder durch Herkommen dem Vorsteher eines selbständigen Unternehmens erlaubt, den Arbeitern bei Verfehlungen bis zu 15 Hiebe zu erteilen. Man glaube jedoch nicht, daß von diesem Rechte ein ausgiebiger Gebrauch gemacht wurde. Im Gegenteil, die Pflanzer sandten oft die Schuldigen auf das Bezirksamt, damit das Odium von ihrer Pflanzung genommen wurde, wie wenn dort zu viel geprügelt würde.

Die Notwendigkeit der Prügelstrafe ergibt sich aus der Tatsache, daß der Arbeiterneger auf einer sehr tiefen Kulturstufe steht und die meisten von ihnen ohne Uebertreibung als Wilde und Halbwilde bezeichnet werden können, infolgedessen eine Ordnung ohne scharfe Strafmittel unter denselben nicht aufrecht erhalten werden kann. Gegen die Abschaffung der Prügelstrafe haben sich die meisten kolonialen Sachverständigen und auch einzelne katholische Missionare ausgesprochen.

Sehr falsch ist es, nach dem Eindruck, den die Prügelstrafe auf den Europäer machen würde, den Eindruck zu beurteilen, den diese Strafe auf den Neger macht.

Zur Erklärung möchte ich einige Beispiele anführen. Eines Tages ließ ich einem Neger durch einen Aufseher 15 Hiebe geben. Nach Empfang der Strafe, die er nach Landessitte in liegender Stellung erhalten hatte, stand der Delinquent auf und fragte mich sofort, ob ich nicht ein Huhn kaufen wolle. Die Strafe selbst hatte er also sofort vergessen. Für ihn war die erhaltene Prügelstrafe ein Geschäft wie jedes andere, und nachher kam das Huhngeschäft an die Reihe.

Ein anderes Mal verurteilte ich einen meiner Boys, der die Bibi einer meiner Arbeiter zur Untreue verführt hatte, zu einer größeren Prügelstrafe. Der Erfolg war, daß nach Beendigung der Strafe nicht nur der Mann und die Frau zufrieden waren, sondern auch der Schuldige. Als ich abends zufällig in ein Gespräch mit ihm kam, erklärte mir der Boy, daß ich sehr streng wäre, aber doch andererseits wieder sehr gut.

Ein weiteres Beispiel: Zu einer gewissen Zeit bemerkte ich, daß einzelne von meinen Arbeitern sich dauernd von der Pflanzung entfernt hatten und nicht mehr zurückkehrten. Als ich meine Aufseher deswegen befragte, teilten sie mir mit, daß ein Häuptling meine Arbeiter mit List oder Gewalt von der

Digitized by Google

Plantage weglockte. Ich ließ mir den Häuptling kommen, der mit seiner Frau, einer Sultanin, und einem größeren Gefolge, alle in goldgestickten Gewändern, erschien. Auf meine Frage leugnete er zuerst jede Schuld energisch ab. Als jedoch mehrere Zeugen ihm entgegentraten, schwieg er. Ich ließ ihm darauf die Wahl, auf das Bezirksamt geschickt zu werden oder von einem meiner Aufseher 15 Hiebe zu empfangen. Stolz erhobenen Hauptes antwortete er, daß er die Strafe von mir entgegennehmen wolle. Der Aufseher erschien, und als ich ihm die Nilpferdpeitsche in die Hand drückte, ging ein freudiges Grinsen über sein Gesicht, dessen Bedeutung ich später erfahren sollte. Der Häuptling legte sich, nachdem er sich seiner Gewänder entledigt hatte, zum Empfang der Strafe nieder und der Aufseher begann seine Arbeit. Bei anderen Fällen hatte er die Prügel ganz geschäftsmäßig ausgeteilt. Diesmal sah ich, daß er vor jedem Hieb besondere Vorbereitungen traf. Jedesmal strich er die Peitsche gerade, holte tief Atem und ließ sie mit ganz besonderer Kraft auf den Körper des Häuptlings niederschnellen. Als die Prozedur zu Ende war, stand der Häuptling auf, nahm die Absätze zusammen und sagte, wie es üblich ist: „Ahasante bwana", d. h. „Danke Herr", dann zog er seine glänzenden Gewänder wieder an und in derselben stolzen Haltung, in der er gekommen, verließ er den Kampfplatz mit Sultanin und Gefolge. Ich hatte wohl den Eindruck, daß die Hiebe nicht wirkungslos geblieben waren, aber keinesfalls, daß er in dem Ansehen seiner Umgebung gegenüber irgendwie Schaden gelitten hätte.

Als ich den Aufseher fragte, weshalb er heute so scharf geschlagen, sagte mir dieser: „Vor ungefähr acht Jahren wollte mich dieser Häuptling festnehmen, um mich auf eine Plantage zu verkaufen. Als ich mich zur Wehr setzte, ließ er mir 25 Hiebe überziehen." „Diese", sagte der Aufseher, und sein ganzes Gesicht strahlte, „habe ich ihm heute wiedergegeben."

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Prügelstrafe dem Neger unter den verschiedenen Strafen am sympathischsten ist. Als ich gelegentlich einen Dieb binden lassen wollte, um ihn auf das Bezirksamt zu schicken, kamen seine Stammesgenossen und baten, ihren Bruder loszubinden, indem sie sich für sichere Ablieferung verbürgten, während bei der Prügelstrafe niemals ein Stammesgenosse für seinen Bruder um Nachlaß gebeten hat.

Ein anderes Mal sah ich, wie ein kontraktbrüchiger Arbeiter seinen Herrn um 25 Hiebe bettelte. Er sträubte sich mit aller Gewalt dagegen, auf das Bezirksamt zu kommen, wo er sicher an die Kette gelegt würde.

Oft hört man, daß in den englischen Kolonien die Prügelstrafe überhaupt nicht existiere, und will man daraus schließen, daß sie bei uns auch abgeschafft werden könne. Auf einer Reise, die ich durch Indien machte, erzählte mir ein Angestellter einer dortigen deutschen Firma, daß er einmal der Vollstreckung einer Prügelstrafe beigewohnt habe. Die beiden Schuldigen wurden nackt auf zwei schrägstehenden Leitern festgebunden und dort in einer Weise verpeitscht, daß nach Beendigung der Strafe von den natürlichen Körperformen auf der Rück-

Digitized by Google

seite der Delinquenten nichts mehr zu sehen war. In dieser grausamen Weise wird bei uns unter keinen Umständen die Prügelstrafe vollzogen.

Ein anderer Vorwurf richtet sich dagegen, daß man den Negern zu große Arbeitsleistungen zumutet. Wer den Neger und seine Eigenart kennt, weiß ganz genau, daß man einen solchen Fehler nur einmal machen kann und nicht wieder. Wie sollte man den Neger auch zu einer solchen, seine Kräfte übersteigenden Arbeitsleistung antreiben? Vielleicht durch Prügel. Ich habe niemals gehört und kann es mir auch nicht denken, daß ein Pflanzer eine solche Ungeschicklichkeit begehen wird, die ihm seine sämtlichen Arbeiter entfremden würde. Nur ein einziges Mal habe ich erfahren, daß überhaupt Prügel angewendet wurden, um Neger zu einer größeren Leistung anzuspornen, und das war damals, als Dernburg seinen Eilmarsch nach Tabora unternahm. Angenommen, ein Pflanzer würde in der Tat seine Arbeiter auf der Pflanzung in einer Anzahl von 200 bis 300 Mann fortwährend zur Arbeit antreiben, so wäre das eine solche Anstrengung, daß ihm binnen kurzem der Atem ausgehen würde.

Die Arbeiten sind bei der Akkordarbeit in einer Weise zugeteilt, daß die besseren Arbeiter schon morgens zwischen 10 und 11 Uhr ihr Pensum abgeliefert haben. Beim Buschschlagen sind die Leistungen auf den verschiedenen Plantagen ziemlich gleichmäßig verteilt. Für leichteren Busch gebraucht man durchschnittlich pro Hektar und Tag 30 Mann, bei mittlerem Busch 50 Mann, bei schwerem Busch bis zu 75 Mann. Daß die Leute bei dieser Arbeit nicht überanstrengt werden, wird ein Besuch auf den Pflanzungen beweisen. Die Leute sehen alle gut und gesund aus, mit wenigen Ausnahmen. Man wird sogar solche finden, die überflüssiges Fett angesetzt haben.

Ueber den sogenannten Arbeitszwang kann ich aus persönlichen Erfahrungen nur negatives Material liefern. Ich weiß nur, daß zu meiner Zeit ein Arbeitszwang nicht existierte. Wenn später ein gewisser Arbeitszwang eingeführt ist, so kann man dieses nur mit Freuden begrüßen; denn der natürliche Arbeitszwang, der in der Heimat besteht, fehlt draußen, und es muß deshalb ein gewisser Druck ausgeübt werden, um die Neger zur Arbeit zu erziehen, denn ohne die Arbeit des Negers ist eine wirtschaftliche Ausnutzung und eine Rentabilität der Kolonien unmöglich, abgesehen davon, daß ein solcher Zwang unumgänglich notwendig ist, um den Neger auf eine höhere Kulturstufe zu heben.

Bei dieser Gelegenheit will ich das Urteil eines alten verdienten Missionars, der nicht wünscht, genannt zu werden, anführen: „Und was besonders den Arbeitszwang betrifft, so bin auch ich natürlich nicht zu haben für alles, was nur nach ungerechten Mißhandlungen riecht. Aber eine gerechte, verdiente körperliche Züchtigung kann doch niemals eine Mißhandlung heißen. Ich bin ja schon seit 1890 in . . . . . und war immer und werde es bleiben, ein großer Negerfreund. Kann es anders sein für einen katholischen Missionar? Bin beliebt bei den Negern, fast populär, denn man plaudert gern überall

Digitized by Google

von dem alten Bwana . . . . ., aber eben, weil ich die Neger liebe, will ich, daß die Kerle arbeiten sollen und müssen und fix angepocht werden für ihr eigenes Wohl und Interesse. Denn aus faulen Negern ist nichts zu machen, sicher keine guten Christen, sondern nur freche und gefährliche Gesellen; denn aus solchen Elementen wachsen Rebellen und **Wazungu** — (Europäer) Halsabschneider. **Caveant consules!** Und mit dem Verhätscheln geht es ja weit, sehr weit. Wo das Ende sein wird? **Si jui! Lakini nagopa!**"

Um nun auf die passive schlechte Behandlung überzugehen, so will ich zunächst den Lohnabzug behandeln, der im Reichstag als ungerechtfertigt angesehen worden ist. Ein Abgeordneter stützte den Vorwurf darauf, daß sich bei der Durchsicht der Lohnbücher überall Anstände ergeben hätten. Davon bin ich fest überzeugt. Auch in meinen Lohnbüchern fanden sich recht viele Unkorrektheiten. Aber das ist kein Wunder. Zur Aufklärung dieser Angelegenheit würde es um ein bedeutendes beitragen, wenn einige der Herren Reichstagsabgeordneten sich einige Zeit auf kolonialen Pflanzungen mit der dort notwendigen Arbeit beschäftigen würden. Wenn sie dann nachmittags kurz vor Entlassung der Arbeiter müde und schweißtriefend die Eintragungen machen würden, würden sich ohne Zweifel auch Anstände ergeben.

Ferner wurde als Beweis für unberechtigte Lohnabzüge die Tatsache angeführt, daß in den Lohnbüchern ein Wegstreichen von Arbeitstagen stattgefunden hat. Als Gegenbeweis möchte ich einzelne Beispiele anführen, die ich schon gelegentlich in der „Deutschen Tageszeitung" ausgeführt habe: Ich gab meinen Arbeitern beim Reinigen der Pflanzungen ein tägliches Pensum von 500 Quadratmetern im Akkord. Diese Leistung war nicht zu hoch berechnet; denn die besseren Wanyemwezi und Wazukuma waren alle vor 11 Uhr mittags mit ihrer Arbeit fertig. Die anderen arbeiteten länger. Teilweise bis 5 oder 6 Uhr abends. Diese erhielten sämtlich den ganzen Tagelohn. Nun gab es aber einzelne Leute, die zur Ableistung der ihnen aufgetragenen Arbeit weitere zwei oder drei Tage brauchten. Ich habe mir nie ein Gewissen daraus gemacht, diesen Faulenzern den Lohn für die nachfolgenden Tage nicht auszuzahlen. Ein anderer Fall: Es ist allgemein bekannt, daß man mit 50 Mann gut in einem Tage ein Hektar mittleren Busches schlagen kann. Meistens geschieht diese Arbeit unter Aufsicht. Es kommt aber vor, daß der Europäer keine Zeit hat, und man muß die Leute allein arbeiten lassen. Nach Schluß der Arbeit stellte es sich heraus, daß noch nicht einmal das Schlagen eines Viertel Hektar geleistet war. Kann man es dann dem Pfanzer verargen, wenn er dementsprechend die Arbeit entlohnt?

Weiter: Die Arbeiter treten morgens zur Arbeit an. 300, 500 Mann oder eine noch größere Zahl. Zu meiner Zeit erhielten sie Kontrollmarken oder mußten die Arbeitskarten abgeben, die sie nach Schluß der Arbeit wieder in Empfang nahmen. Bei der großen Menge der Arbeiter ist es nun nicht möglich, alle im Auge zu behalten. Geht es dann an das Buschschlagen, drücken sich einzelne gewandte Jungens durch den Busch hindurch, gehen entweder

Digitized by Google

spazieren oder legen sich in den Wald und schlafen. Wer ist da nun der Betrüger? Der Europäer, der, wenn er den Ausreißer abfaßt, ihm den ihm nicht zustehenden Lohn nicht gibt, oder der Arbeiter, der den Lohn in Empfang nehmen will, ohne dafür gearbeitet zu haben?

Um die mangelnde Fürsorge dem Neger gegenüber zu beweisen, wurde Dernburgs Klage angeführt, daß die Arbeiter in der Plantage noch ihre Hütten bauen müssen. Wer soll sie denn sonst bauen? Vielleicht der Pflanzer selbst? Die Arbeiter werden auch nicht gezwungen, nach der Pflanzungsarbeit sich ihre Wohnstätten zu errichten, sondern es wird ein Teil der Arbeiter abgezählt, dessen einzige Aufgabe es ist, die Hütten zu bauen. Und dieser Teil baut die Hütten genau so, wie er es von Hause aus gewohnt ist. Es gibt auch Pflanzungen, die für ihre Arbeiter Wohnungen gebaut haben, die an europäische Bauart erinnern. Ob die Eingeborenen sich in denselben wohler fühlen, habe ich nicht konstatiert.

Oft hört man auch den Einwurf, daß der Gesundheitszustand auf den Pflanzungen ein schlechter sei, und daß keine hygienischen Maßregeln und Einrichtungen beständen. Zu meiner Zeit war der Gesundheitszustand auf den Plantagen ein durchschnittlich guter. Ich führte schon anderweitig aus, daß während zwei Jahren auf meiner Pflanzung drei Leute gestorben sind. Einer an Dysenterie und zwei an Wurmkrankheit, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie sich der Behandlung des Schutztruppenarztes entzogen und zu einem Zauberer liefen. Ebenfalls habe ich nie gehört, daß auf anderen Pflanzungen ein Massensterben stattgefunden hat. Von Major v. Rautenberg-Garchynski, der sich zu Dernburgs Zeit in Afrika aufhielt und nichts weniger als dessen Gegner war, wird in seinem Buche „Rund um Afrika" lobend das gute Aussehen der Eingeborenen auf den Plantagen hervorgehoben.

Sicher ist der Gesundheitszustand auf den Plantagen ein besserer wie in den Dörfern der Eingeborenen. In sehr anschaulicher Weise führte in einem kürzlich gehaltenen Vortrage der Oberstabsarzt Dr. Lott, der jahrelang Leiter des Gouvernementskrankenhauses in Tanga war, aus, daß der Neger viel zu indolent ist, um gegen ansteckende Krankheiten selbständig in seinem Heimatlande vorzugehen. Ganz anders verhält es sich auf den Plantagen. Dort befinden sich Arzneien und Verbandmittel, auf größeren Pflanzungen auch Eingeborenenlazarette. Schwere Fälle werden in die Gouvernementskrankenhäuser abgegeben. Auf den Pflanzungen befindet sich ferner der Pflanzungsleiter, dessen höchstes Interesse es ist, die mit so viel Mühe und Kosten angeworbenen Arbeiter gesund und arbeitskräftig zu erhalten. Er kontrolliert den Gesundheitszustand seiner Arbeiter. Er kontrolliert die Wasserverhältnisse, er sorgt dafür, daß die Eingeborenen die sanitären Einrichtungen benutzen, und scheut deshalb auch vor scharfen Maßregeln nicht zurück. Damit fällt auch der Vorwurf der mangelnden hygienischen Fürsorge auf den Plantagen, und es kann auch als bewiesen gelten, daß die Ausdrücke„ Menschenhekatomben" und

Digitized by Google

„mit dem Blute der Eingeborenen gedüngte Plantagen", auf die Pflanzungen angewendet, keine Berechtigung haben.

Stabsarzt Dr. Lott erwähnte ebenfalls, daß, wenn Krankheiten auf den Plantagen ausbrechen, es verhältnismäßig leicht wäre, dieselben im Keim zu ersticken, während man Krankheiten auf dem Lande fast machtlos gegenüberstände. Auch das Märchen, daß die Eingeborenen den Klimawechsel nicht vertragen können, wies er als unbegründet zurück. Eine Ausnahme machten die im Zwischenseengebiet wohnhaften Stämme.

Als Beweis für die Sterblichkeit auf den Plantagen wurden die Ausführungen des Dr. Karstedt und des Pater van der Burgt angeführt, die über Entvölkerung großer Teile unserer Kolonie berichten. Die Entvölkerung einzelner Teile unserer Kolonie ist aber kein Beweis dafür, daß eine Entvölkerung unserer Kolonie stattfindet; denn die Entvölkerung des einen Teils bewirkt die Bevölkerung des anderen. Sollte ein Rückgang in der Bevölkerungszahl unserer Kolonie stattfinden, so ist das, wie bewiesen, nicht auf die Plantagenwirtschaft zurückzuführen, sondern, wie ich anderweitig schon mitgeteilt habe und wie auch Regierungsrat Zache in einem kürzlich ausgearbeiteten Aufsatz ausgeführt hat, auf den nicht geregelten Geschlechtsverkehr und auf seine Ausartungen.

Eine weitere sogenannte Klage lautet: „Der Schwarze hat gar keine Möglichkeit, seine Beschwerden anzubringen. Seine Sache bleibt ungehört. Er kann nicht schreiben, kann nicht lesen. Seine einzige Vertretung sind das Gouvernement und das Bezirksamt." Diese Klage ist ebenfalls durchaus unberechtigt. Das Gouvernement und das Bezirksamt sind freilich nicht die Instanz, bei welcher der Neger seine Beschwerde mit Erfolg anbringt, sondern diese Instanz ist die Allgemeinheit der Negerarbeiter, und deren Urteil ist viel schärfer und vernichtender wie jeder von einer europäischen Behörde erlassene Strafbefehl, denn es vernichtet unter Umständen die Existenz des Pflanzers.

Die finanzielle Organisation der Lokalverwaltung im ostafrikanischen Schutzgebiete.

Von Finanzdirektor a. D. Dahlgrün.

Zu der Zeit, als in unseren Schutzgebieten die deutsche Verwaltung eingerichtet wurde, hatte in der Heimat die Finanzverfassung der lokalen Verwaltungen bereits einen so hohen Grad der Entwicklung erreicht, daß man hätte glauben sollen, es wäre ein leichtes gewesen, ihre Einrichtungen im Schutzgebiet nachzuahmen, wie auf vielen anderen Gebieten, so auch hier mit einem einzigen großen Sprung über all die Lehr- und Versuchsjahre hinwegzusetzen und von der Heimat lernend alsbald mit einem geklärten Programm die Entwicklung zu beginnen. In Ostafrika hat die kurze, fünfundzwanzigjährige Geschichte der Schutzgebietsfinanzen bereits gezeigt, daß eine

Digitized by Google

solche Erwartung auch einmal getäuscht werden und eine allzu getreue Kopie heimischer Verhältnisse und Einrichtungen auch Aufschub statt Fortschritt im Gefolge haben kann.

Die Bestrebungen, die lokale Verwaltung in finanzieller Beziehung abzusondern, datieren aus der allerersten Zeit der Schutzgebietsverwaltung. Anfangs liefen zwei völlig verschiedene Versuche nebeneinander her; der eine suchte das Ziel, die Emanzipation der lokalen Finanzen, innerhalb des allgemeinen fiskalischen Etats des Schutzgebietes zu erreichen, der andere durch Schaffung besonderer, außerhalb des Landesetats stehender Kassen. Der letztere gewann zunächst die Oberhand, mußte dann aber ganz unerwartet im Jahre 1909 dem plötzlich wieder auftauchenden erstgenannten Prinzip das Feld räumen.

Einen Versuch, innerhalb des Schutzgebietsetats einerseits das Geldbedürfnis der Lokalverwaltung auszusondern und von dem der übrigen Verwaltung zu trennen, andererseits aber auch die lokalen Verwaltungsausgaben in einem Sammelfonds zu vereinigen, finden wir bereits in den ersten Etats des Schutzgebietes. Sowohl der unverbindliche Wirtschaftsplan des noch der Bauschsummenzeit angehörenden Jahres 1893, als auch der erste wirkliche Etat, der für 1894, enthalten einen ein Kapitel für sich bildenden Sammelfonds mit der Bezeichnung „Expeditionen und Stationen", in dem die gesamten Ausgaben der Lokalverwaltung, damals noch ungetrennt für Schutztruppe und eigentliche Landesverwaltung, in einer Summe zusammengefaßt waren. Leider hat man diesen Fonds, den man als einen Vorläufer des späteren Bezirksverwaltungsfonds (des sogenannten Selbstbewirtschaftungsfonds) bezeichnen kann, nicht lange bestehen gelassen und ihn bereits im Etat für 1897 aufgelöst, indem man seine Summe auf verschiedene, zum Teil neugebildete Spezialfonds verteilte und sie dort mit dem Geldbedarf der übrigen Verwaltung vermengte. Man war eben damals an maßgebender Stelle derartigen Bauschfonds nicht wohl gesinnt. Hätte man den Fonds seinerzeit beibehalten, hätte man ihn, statt ihn aufzulösen, vielmehr weiter ausgebaut und ihm allmählich alle hervortretenden Aufgaben der Lokalverwaltung zugewiesen, hätte man erkannt, daß dieser Fonds auch kommunale Aufgaben übernehmen, daß ihm Einnahmen zugewiesen werden konnten, so hätte man die spätere Entwicklung ein Jahrzehnt früher haben können. Doch man übersah diese Entwicklungsmöglichkeiten, die Aufmerksamkeit war völlig in Anspruch genommen durch Vorgänge auf dem Gebiete der lokalen Finanzen, welche sich außerhalb des fiskalischen Etats abspielten.

Bereits von der allerersten Zeit der deutschen Verwaltung an waren im Schutzgebiete gewisse Ansätze zu kommunalen Einrichtungen vorhanden gewesen. Die ersten Anfänge bestanden in kleinen Lokalkassen, die zunächst aus freiwilligen Beiträgen der Ortsansässigen, später durch geringe örtliche Abgaben gespeist wurden, um daraus lokale Bedürfnisse, für die die aus dem Etat des Schutzgebiets überwiesenen Mittel nicht reichten, zu bestreiten. Es gab „Lampenkassen" für die Straßenbeleuchtung und Aehnliches mehr. Allmählich dehnte sich der Wirkungskreis dieser Lokalkassen aus, und

Digitized by Google

zur Deckung des sich vergrößernden Bedarfs wurden nun auch Abgaben in größerem Umfange für sie erhoben. Hierbei handelten die Bezirksamtmänner anfangs gewissermaßen nach dem Rechte der Selbsthilfe. Die vom Gouvernement überwiesenen Mittel genügten nicht für die immer mehr anwachsenden Aufgaben lokaler Natur, unbefriedigt bleiben konnten diese aber auch nicht: also suchte ein jeder sich selber Einnahmen zu schaffen und erhob Abgaben vom Kleinverkehr und Kleinverbrauch. Allmählich wurde dann auch das Gouvernement aufmerksam. Angesichts des chronischen Widerstandes, den seine Mehrforderungen in Berlin fanden, mußte ihm diese Entlastung seines Etats sehr willkommen sein. Man billigte deshalb nicht nur stillschweigend die bisherigen Maßnahmen, sondern begann sogar selbst die Bezirksämter auf Möglichkeiten zur Erhebung lokaler Abgaben, z. B. für die Erlaubnis zum Ngomaschlagen (Tanzvergnügen), zur Veranstaltung von Ausspielungen usw., hinzuweisen. Daß man dadurch Staatseinkünfte ohne gesetzliche Ermächtigung der Etatisierung entzog, dessen ist man sich damals im Schoße des Gouvernements offenbar nicht bewußt geworden. Das Gouvernement ging schließlich sogar dazu über, den Bezirken einen Anteil an neu eingeführten Landessteuern „zu kommunalen Zwecken" zu überweisen. So heißt es in der Erbschaftssteuer-Verordnung von 1896, daß 20 Prozent des Steuereingangs den Küstenstationen „zu kommunalen Zwecken" überwiesen werden, in der Handelsregister-Verordnung von 1897, daß die Bezirksämter 20 Prozent der Gebühren „zur Vereinnahmung in die Kommunalkassen" erhalten. Ferner überweist die Jagdverordnung von 1896 den Kommunalkassen die Hälfte der Jagdabgaben. Es ist bemerkenswert, daß alles das geschehen konnte, ohne daß sowohl für die Einrichtung von Kommunen überhaupt, als auch für die einzelnen Maßnahmen, nämlich einerseits die Erhebung von Abgaben und die Zuteilung von Anteilen an öffentlichen Steuern und Gebühren, andererseits die Leistung von Ausgaben irgendwelche gesetzliche Grundlage vorhanden war. Die sogenannten Kommunalkassen enthielten deshalb damals ganz zweifellos Staatsvermögen, waren landesfiskalische Kassen und mithin nichts anderes als was man gemeiniglich schwarze Kassen nennt, das heißt Vermögensteile des Fiskus, die in etatsrechtlich unzulässiger Weise abgezweigt und der Kontrolle durch die Revisionsbehörden entzogen sind.

Erst mit der Einführung der Häuser- und Hüttensteuer sowie der Gewerbesteuer fing die Sache an, ein anderes Bild zu bekommen. Die Hüttensteuer-Verordnung vom 1. November 1897 bestimmt, daß 50 Prozent der eingehenden Steuern in die „Kommunalkasse" des Bezirks zu fließen hätten, und die unter dem 22. Februar 1899 erlassene Gewerbesteuer-Verordnung überweist den Bezirken 20 Prozent der Steuer zu „kommunalen Zwecken". Daraus erwuchsen den Kommunalkassen so bedeutende Einnahmen, daß es nunmehr höchste Zeit war, sich darüber klar zu werden, was es denn eigentlich mit diesen „kommunalen Zwecken" und diesen „Kommunalkassen" für eine Bewandtnis hatte. Und so wurde endlich eine gesetzliche Regelung der Materie in Angriff genommen. Es erschien die kaiserliche Verordnung vom 3. Juli 1899, betreffend die Einrichtung von kommunalen Verbänden, die aber nur erst die Befugnis des Reichskanzlers zur Schaffung solcher Verbände festsetzte. Erst fast zwei Jahre später, unter dem 29. März 1901, kam dann die Verordnung des Reichskanzlers heraus, die in neun Bezirken des ostafrikanischen Schutzgebietes, den sechs damaligen Küstenbezirken nebst den Bezirken Wilhelmstal, Kilossa (jetzt Morogoro) und Langenburg, offizielle Kommunen schuf. Diese neun Bezirke deckten sich mit den damals unter Zivilverwaltung stehenden, das heißt von Zivilbeamten verwalteten Bezirken. Als später in den Bezirken Rufiji (Sitz in Mohoro, jetzt in Utete) und Songea (1902 und 1905) die Zivilverwaltung zur Einführung kam, wurde auch in ihnen, in Rufiji allerdings erst ein Jahr später (1913), durch Reichskanzler-Verordnung eine Kommune eingerichtet. Man hatte offenbar damals die Auffassung, daß Zivilverwaltung und Kommunalverfassung untrennbar zusammen-

Digitized by Google

gehören müßten. Das war zweifellos ein großer Fehler. Wohl tat man recht, die Kommunalverfassung von der Zivilverwaltung abhängig zu machen. Dagegen brauchte die letztere nicht ohne weiteres auch die erstere nach sich zu ziehen. Vielmehr hätte man die Frage der Einführung der Kommunalverfassung ganz für sich und unabhängig von irgendwelchen Verallgemeinerungen für jeden Bezirk gesondert prüfen müssen. Und bei dieser Prüfung wäre ein sehr strenger Maßstab und größte Zurückhaltung am Platze gewesen. Kommunen nur da, wo auch wirklich kommunale Aufgaben größeren Umfangs zu erfüllen sind! Hätte man nach diesem Grundsatz gehandelt und es vermieden, in unentwickelten Bezirken (Sfongea!) nur deshalb Kommunen einzurichten, weil sie Zivilverwaltung erhalten hatten, so wäre der später von den Gegnern der Kommunen erhobene und immer wieder an einigen Bezirken demonstrierte Vorwurf, daß das Land für kommunale Einrichtungen noch nicht reif sei, nicht möglich gewesen. Später hat man das Verkehrte dieses Vorgehens eingesehen. Im Etatsentwurf für 1906, der die — vom Reichstage zum Teil abgelehnte — Ausdehnung der Zivilverwaltung auf das ganze Schutzgebiet forderte, heißt es, daß „allmählich" in allen Bezirken kommunale Verbände geschaffen werden sollten. Damals wurde die Einrichtung von acht neuen Bezirksämtern gefordert, und zwar in Moschi, Muansa, Kondoa (statt Kilimatinde), Mpapua, Tabora, Udjidji, Iringa und Mahenge, ferner von drei Residenturen in Bukoba, Ruanda und Urundi. Von den acht neuen Bezirksämtern sollte aber laut Etatsentwurf nur die Hälfte Kommunen erhalten. Bewilligt wurde vom Reichstag die Zivilverwaltung für Moschi, Mpapua, Tabora und Muansa sowie für die drei Residenturbezirke. Kommunen wurden eingerichtet in Moschi, Tabora und Muansa, nicht dagegen in Mpapua. Ebenso erhielten die drei Residenturbezirke keine Kommunalverfassung, was schon deshalb selbstverständlich war, weil sie keine Hütten- und Gewerbesteuer erhoben.

Inzwischen war durch eine Verordnung des Reichskanzlers vom 17. September 1906 auch Bestimmung darüber getroffen, welche finanziellen Aufgaben und Verpflichtungen den Kommunen dauernd obliegen sollten. Ferner waren auch die Einnahmen der Kommunen zum Teil anderweit geregelt. Durch den Etat des Schutzgebiets für 1905 war der Kommunalanteil an der Gewerbesteuer und an der Handelsregistergebühr auf 30 Prozent festgesetzt und dagegen der Anteil an der Erbschaftssteuer und an den Jagdabgaben aufgehoben worden. Schließlich war durch die neue Gewerbesteuerverordnung mit Wirkung vom 1. April 1908 ab das Handelsregister für Farbige und damit auch die daraus hervorgehende Gebührenerhebung abgeschafft, so daß nunmehr die Kommunen vom Schutzgebiet nur noch 50 Prozent der Hüttensteuer und 30 Prozent der Gewerbesteuer erhielten. Im übrigen war ihnen in großem Umfange die Erhebung von Abgaben mehr lokaler Natur sowie der Betrieb von lokalen öffentlichen Einrichtungen, wie Markthallen und dergleichen, zu eigenem Recht überlassen.

So schien alles wohlgeordnet zu sein und einer gesunden Entwicklung entgegenzugehen. Aber es kam anders. Ob die Kommunen gut und nach gesunden wirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet haben, mag hier unerörtert bleiben. Etwas Vollendetes konnte man wohl von vornherein von einer so jungen Einrichtung nicht erwarten. Jedenfalls haben sie in den Bezirken vieles geschaffen, wofür aus dem fiskalischen Etat noch lange keine Mittel zu haben gewesen wären. Die seinerzeit gegen die nachweislich unwirtschaftliche Geschäftsführung dieser und jener Kommune erhobenen Vorwürfe waren auch wohl nicht das Hauptmoment in der gegen sie arbeitenden Strömung. Eher hat vielleicht der bei einer ganzen Reihe anderer Kommunen zutage tretende Spartrieb Angriffspunkte geliefert. Hie und da sammelten sich nämlich kleine Vermögen an. Ursprünglich sollte es ein Hungersnotfonds sein. Es ging aber bald über die Bedürfnisse eines solchen hinaus, und es gab Bezirksamtmänner, die von einem Jahr zum anderen Ersparnisse auf Ersparnisse häuften und die sich gleichwohl aufs heftigste gegen Hergabe von Mitteln für Zwecke mehr zentraler Natur sträubten. Man sah eben die Gefahr nicht,

Digitized by Google

die den Kommunen daraus zu entstehen drohte, daß durch die angesammelten Vermögen die Begehrlichkeit der auf die Herabminderung des Reichszuschusses bedachten Reichsfinanzverwaltung geweckt wurde. Inzwischen waren die Steuererträge einiger Bezirke unerwartet schnell in die Höhe gegangen. Ihren Kommunen flossen aus den Steueranteilen Einnahmen zu, die im Vergleich zu ihrem bisherigen Ausgabeetat als ungeheuer zu bezeichnen waren, die diesen Bezirken eine glänzende Entwicklung sicherten. Das wäre ja an sich nur freudig zu begrüßen gewesen, wenn nicht die Medaille auch eine Kehrseite gehabt hätte. Den Wohlhabenden standen arme und ärmste Kommunen gegenüber. Die Ursache dieser Verschiedenheit lag darin, daß man der Kommunalverfassung die Bezirkseinteilung zugrunde gelegt hatte, und zwar ganz mechanisch, ohne die finanzielle Wirkung zu prüfen und ohne auf Grund einer solchen Prüfung die Einteilung, wo nötig und möglich, zu ändern. Die Bezirkseinteilung war erfolgt und erfolgt noch heute fast ausschließlich aus Verwaltungsrücksichten. Wo eine intensive Verwaltung notwendig ist, wird ein Verwaltungssitz gegründet, und als Bezirk wird ihm zugeteilt, was zweckmäßigerweise seiner Verwaltung unterstellt werden kann. Daß man mit der Bezirkseinteilung auch selbständige, aus der Kraft eigener Einnahmen lebensfähige Finanzkörper schaffen sollte, daran hatte bei der Abgrenzung wohl kaum jemand gedacht, und der Ausführung hätten sich auch wohl in vielen Fällen größte Schwierigkeiten entgegengestellt. So war die Höhe der Einnahmen eines Bezirkes wesentlich mit davon abhängig, ob ihm infolge seiner geographischen Lage oder aus irgendwelchen Verwaltungsrücksichten zufällig ein großes Gebiet zugeteilt war oder nicht. Es kam vor, daß ein stark entwickelter, zufällig aber nur einen geringen Gebietsumfang aufweisender Bezirk sich demzufolge mit einer Einnahme begnügen mußte, die nicht entfernt im richtigen Verhältnis zu den dem Entwicklungsstande entsprechenden Ausgaben stand, während ein anderer, zwar großer, aber wenig entwickelter Bezirk reiche Mittel zur Verfügung hatte, die weit über seinen im gleichen Verhältnis bemessenen Bedarf hinausgingen. Besonders schlecht waren einige gering entwickelte, in der Mitte zwischen zwei Verkehrszentren liegende Bezirke dran. Sie sollten die dem Durchgangsverkehr dienenden Straßen bauen und noch mancherlei andere durch diese ihre Lage hervorgerufene Ausgaben leisten, aber von den Einnahmen ihrer wohlhabenden Nachbarn, denen diese Ausgaben zunutze kamen, nichts erhalten. So bestand zwischen den Haushaltsplänen der einzelnen Bezirkskommunen ein teilweise recht schroffes Mißverhältnis. Hinzu kam, daß der Ueberfluß der wohlhabenden Kommunen nicht recht in Einklang stand mit der ständig fühlbaren Knappheit der Mittel im fiskalischen Etat. Derselbe Bezirk, dessen Kommunaletat ständig große Ersparnisse abwarf, konnte vielleicht für nötigste Ausgaben, die aus dem Etat des Gouvernements zu bezahlen waren, keine Mittel erhalten, und das Gouvernement mußte dringende Aufgaben zurückstellen zur gleichen Zeit, wo einige Bezirke aus Kommunalmitteln sich alle, auch die unwichtigsten Aufwendungen leisten konnten. Man sah wohl allgemein ein, daß diese Verhältnisse unhaltbar waren, und auch heute wird kaum ein verständiger Politiker den unveränderten damaligen Zustand wiederherstellen wollen. Was aber sollte geschehen, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, um den dringend notwendigen Ausgleich zwischen den einzelnen Bezirken sowie zwischen Kommunen und Fiskus zu schaffen?

Die Frage fand eine unerwartete und unerwartet schnelle Lösung, als neue Männer an die Spitze der Verwaltung traten. Ein neuer Gouverneur und ein neuer Staatssekretär kamen und brachten neue Pläne für das Schutzgebiet und seine Entwicklung mit, Pläne, die einen gewaltigen wirtschaftlichen Fortschritt gebracht haben, denen aber Entwicklungsmöglichkeiten auf anderen Gebieten zunächst geopfert wurden. Die völlige Umgestaltung der Finanzverhältnisse des Schutzgebiets, die Dernburg in die Wege leitete, die Aufnahme von Anleihen für Eisenbahnbauten, die Aussonderung der Militärausgaben und die Uebernahme der Verpflichtung, alle Zivilausgaben einschließlich der Anleihezinsen aus eigenen Einnahmen des Schutzgebiets zu decken, all das machte eine

Digitized by Google

straffere Zusammenziehung aller Einnahmequellen des Schutzgebiets erforderlich. Es erschien nicht mehr angängig, große Teile der öffentlichen Steuern bezirksweise und für bestimmte Aufgaben festzulegen, während für andere Bezirke und für andere Aufgaben die Mittel fehlten. Hätte man damals geahnt, welch gewaltigen Aufschwung die Steuern und Zölle in den nächsten Jahren nehmen würden, so hätte man sich wohl nicht so sehr um die Deckung der übernommenen Verpflichtungen gesorgt und wäre vielleicht weniger radikal vorgegangen.

Schon bei Aufstellung des Etats für 1908 versuchte man, dem Problem beizukommen. Man setzte den Anteil der Kommunen an der Hüttensteuer von 50 Prozent herab auf 33⅓ Prozent und bestimmte ferner — durch einen erst noch in der Budgetkommission aufgenommenen Zusatz —, daß außerdem aus dem Hüttensteueranteil der Kommunen noch ein fester Betrag von 100 000 Mark zurückzuzahlen sei, dessen Aufbringung der Gouverneur nach seinem Ermessen auf wohlhabende Kommunen verteilen sollte. Dieses Vorgehen war im Grundsatz durchaus gerechtfertigt, und es wäre vielleicht möglich gewesen, auf diesem Wege weiter schreitend das gesteckte Ziel zu erreichen. Aber die leitenden Stellen hatten offenbar zum Experimentieren keine Lust und zogen radikalere Mittel vor. Man hob einfach die bisherigen Kommunen, mit Ausnahme der Stadtgebiete Daressalam und Tanga, auf und zog durch den Etat für 1909 ihre bisherigen einzelnen Etats in den großen Schutzgebietsetat hinein, wo nunmehr alle öffentlichen Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebiets vereinigt waren, so daß die Verwaltung, durch keinerlei Beschränkungen gehindert, in die Lage kam, ganz nach Bedarf und nach ihrem Ermessen die aufkommenden Einnahmen zu denjenigen Zwecken und für diejenigen Teile des Schutzgebiets zu verwenden, die dessen am dringendsten bedurften.

Nun war die finanzielle Selbständigkeit der Bezirke nicht der alleinige Inhalt der Kommunalverfassung. Ursprünglich hatte es sich ja zwar bei den Kommunen um weiter nichts gehandelt als um die Dezentralisierung der Finanzwirtschaft und die Bildung selbständiger Finanzkörper in der Hand des Bezirksamtmannes. Durch die Verordnung vom 29. März 1901 war aber der Grundstein zu einer Selbstverwaltung der Bezirke, d. h. zu einer Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltungstätigkeit, gelegt worden, indem dem Bezirksamtmann ein aus den Bezirkseingesessenen entnommener Bezirksrat beigegeben wurde, der ihn in den Angelegenheiten der Kommune zu beraten und durch Prüfung der Abrechnungen auch in gewissem Grade seine Amtsführung zu überwachen hatte. Sollte mit der Aufhebung der Kommunen auch dieser bescheidene Anfang einer Selbstverwaltung wieder ins Nichts versinken? Das war doch ein offenbarer Rückschritt! Die maßgebenden Stellen vertraten ja nun zwar die Auffassung, daß man mit der Einrichtung kommunaler Verbände zu voreilig gewesen, somit eine Rückwärtsbewegung sehr wohl gerechtfertigt wäre; sie konnten aber doch immer nur bei einem Teile der Bezirke beweisen, daß die Voraussetzungen für eine Selbstverwaltung fehlten. Bei einer ganzen Anzahl in ihrer Entwicklung vorgeschrittener Bezirke war nicht darüber hinwegzukommen, daß die völlige Aufhebung jeglicher kommunaler Selbstverwaltung in ihnen keineswegs unbedingt geboten war. Da man sich aber offenbar nicht lange mit schwierigen Problemen abgeben wollte und deshalb zurückscheute vor der Aufgabe, nur einen Teil der Kommunen aufzuheben und bei dem verbleibenden Rest die Finanzverfassung von Grund auf neu aufzubauen, so trachtete man eine Möglichkeit zu finden, wie man auch nach Aufhebung der Kommunen auf andere Weise auf dem Gebiete der Dezentralisation und der Selbstverwaltung wieder einen Schritt vorwärts kommen konnte. Und so erfand man den Bezirksverwaltungsfonds (den sogenannten Selbstbewirtschaftungsfonds).

Der Grundgedanke bei der Schaffung dieses Fonds war: man wollte den Bezirken in gewissem Grade sowohl finanzielle Selbständigkeit als auch Selbstverwaltung gewähren oder, richtiger gesagt, belassen, wollte beides aber gehörig beschneiden derart, daß die selbständige Verfügung über bestimmte Einnahmen ihnen auf jeden Fall

Digitized by Google

genommen und bei den Ausgaben die Abhängigkeit ihrer Finanzgebarung von dem Willen des Gouverneurs ganz beträchtlich in den Vordergrund gerückt wurde. Im übrigen sollte diese neue Finanzverfassung grundsätzlich in allen Bezirken des Schutzgebiets, auch den bisher kommunelosen, eingeführt und weiter auf sämtliche lokalen Verwaltungsaufgaben, auch die bisher aus dem fiskalischen Etat bezahlten, ausgedehnt werden.

Um zunächst den Bezirken in ihrer Ausgabewirtschaft ein Stückchen finanzieller Selbständigkeit geben zu können, war es nötig, ihren Ausgabebedarf so in den Etat zu bringen, daß möglichst große Freiheit in der Verwendung der Mittel blieb. Uebertragungen zwischen zwei oder mehreren Etatsansätzen sind laut Etatsrecht zulässig, wenn sie im Etat unter demselben „Titel" stehen. Vereinigte man also alle Ausgaben der Bezirksverwaltung unter einem einzigen Etatstitel, so hatte man die Möglichkeit, den einzelnen Bezirken aus diesem Gesamttitel den Bedarf für ihre sämtlichen Verwaltungsaufgaben in einer einzigen Bauschsumme zu überweisen, die von der Bezirksverwaltung dann ganz nach ihrem Ermessen auf die verschiedenen Ausgabegebiete verteilt werden konnte. Faßte man ferner den Bedarf sämtlicher Bezirke in einen einzigen Titel zusammen, so legte man die Verwendung der gesamten für die Bezirksverwaltung bestimmten Mittel in die Hand der Verwaltung, d. h. zunächst in die Hand des Gouverneurs, und in zweiter Linie in die seines Vorgesetzten, des Staatssekretärs vom Reichskolonialamt.

Auch ein Stückchen Selbstverwaltung ließ sich bei dieser Form der Finanzorganisation der Bezirksverwaltung leicht anbringen, wenn man nämlich bei der Verwaltung der Bauschsumme des Bezirks einen Bezirksrat und bei der Verteilung des Gesamtfonds auf die Bezirke den Gouvernementsrat mitwirken ließ. Dabei hatte man es bei der Zuteilung der Rechte an beide Körperschaften ganz in der Hand, ob man ihnen viel oder wenig zuerkennen wollte. Zudem war man ja auch in der Zusammensetzung der Bezirksräte zunächst in keiner Weise gebunden.

So erschien denn im Etat für 1909 ein neuer Titel des Kapitels Zivilverwaltung mit der Bezeichnung „zur Abfindung der Verwaltungsbezirke für lokale Verwaltungsbedürfnisse". In diesen Titel nahm man auf die sämtlichen laufenden Ausgaben der bisherigen Kommunen sowie ferner die bisher aus dem Schutzgebietsetat geleisteten Ausgaben für den lokalen Verwaltungsdienst. Letztere Ausgaben wurden aus den in Betracht kommenden Titeln und Positionen des Schutzgebietsetats einzeln herausgezogen, d. h. die bisherigen Ansätze dieser Titel und Positionen wurden um den Aufwand der Bezirksverwaltung vermindert. Die so gewonnenen Zahlen, nötigenfalls bei Veränderung des Bedarfs erhöht oder vermindert, wurden addiert und mit der Gesamtsumme der bisherigen Kommunalausgaben zu einer großen Bauschsumme zusammengezogen. Nur diese erscheint im Texte des Etats. Nur diese eine große Summe ist also Gegenstand des Etatsgesetzes, nur an sie allein ist die Regierung gebunden, die im übrigen in der Verwendung, wenn sie nur dem Fondszweck entspricht, völlig freie Hand hat. Nicht in den Fonds einbezogen wurden von den bisherigen Kommunalausgaben einzig die Gehälter von weißen Angestellten, die vielmehr auf die Fonds der persönlichen Ausgaben des Etats übernommen wurden. Dagegen wurden eingerechnet die Farbigenlöhne, und zwar sowohl die der bisherigen Kommunen als auch die bisher schon vom Fiskus gezahlten Löhne. Unter letzteren befanden sich außer den Löhnen der farbigen Verwaltungsbeamten (Jumben und Akiden), der Bootsleute und dergleichen namentlich auch die Löhnung der farbigen Polizeitruppe des Bezirks, die allein schon (1909) rund 740 000 Mark ausmachte.

Betrachten wir den Bezirksverwaltungsfonds im einzelnen, so sehen wir, daß er laut Etat zur Bestreitung sämtlicher Ausgaben der Bezirksverwaltung mit Ausnahme der Kosten des weißen Personals dienen soll. Demgemäß sind nicht in ihm enthalten die Gehälter, Ausrüstungsgelder, Urlaubskosten und Versetzungskosten der sämtlichen weißen Beamten, sowie ferner nicht die Ausgaben der nicht zur eigentlichen Bezirksverwaltung gehörigen und auch nicht von ihr mit versehenen Verwaltungszweige.

Digitized by Google

In letzterer Beziehung ist allerdings keine folgerichtige Trennung durchgeführt. Nicht in den Bezirksfonds sind aufgenommen der Forstbetrieb, das Vermessungswesen, die landwirtschaftlichen Versuchsstationen, soweit ihre Bedeutung über einen Bezirk hinausgeht, die Bekämpfung epidemischer und endemischer Krankheiten, die Krankenhäuser in Daressalam und Tanga, der tierärztliche Dienst, die Unterhaltung der Hauptverkehrsstraßen und die Europäergerichte. Dagegen sind dem Bezirksverwaltungsfonds unter anderem angeschlossen die Ausgaben für den sonstigen Sanitätsdienst einschließlich der Unterhaltung der Polikliniken (außer Daressalam und Tanga) sowie für die Rechtspflege in der Eingeborenengerichtsbarkeit.

Worauf der Unterschied in der Behandlung zwischen den einzelnen ärztlichen Aufgaben sowie zwischen dem ärztlichen und dem tierärztlichen Dienst beruht, ist nicht recht ersichtlich. Innere Gründe lassen sich nicht dafür finden. Die regelmäßigen Impfungen zum Schutze gegen die Pocken, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wurmkrankheit, der Lepra usw. unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zur Bezirksverwaltung nicht von dem Betrieb der Polikliniken. Es hat alles für den Bezirk dieselbe Bedeutung und wird auch alles von derselben Stelle geleitet, nämlich nicht vom Bezirksamtmann, sondern vom Arzte, wenn sich vielleicht auch mehrere Aerzte in die Aufgaben teilen. Wozu also die verschiedene Behandlung im Etat, zumal dieser dadurch nur unübersichtlich wird und mancherlei Schwierigkeiten in der Praxis die Folge sind? Arzneien usw. müssen aus naheliegenden Gründen einheitlich und gemeinsam für alle Zweige des Sanitäts- und Veterinärdienstes eingekauft, Instrumente, Apparate usw. gemeinsam verwaltet, Dienstreisen sehr oft für mehrere Zweige des ärztlichen Dienstes gemeinsam unternommen werden. Gehören nun die einzelnen Aufgaben unter verschiedene Titel des Etats, so muß ständig genau untersucht und geschieden werden, wieviel von jeder Ausgabe und von dem gelieferten Material auf die einzelnen Etatstitel entfällt, eine umständliche, verwickelte und gänzlich nutzlose Arbeit!

Man sollte deshalb den gesamten Sanitätsdienst und möglichst auch den Veterinärdienst so oder so unter ein und denselben Etatstitel bringen. Will man nicht etwa den gesamten Sanitätsdienst einschließlich der Bekämpfung der endemischen Krankheiten und ferner auch den Veterinärdienst dem Bezirksfonds anschließen, was theoretisch gerechtfertigt, aus praktischen Gründen aber nicht zu empfehlen wäre, so wird man gut tun, die Ausgaben der Polikliniken aus dem Bezirksfonds wieder herauszunehmen. Hierfür spricht auch der Umstand, daß der Sanitätsdienst von einer besonderen Dienststelle, nicht vom Bezirksamt, geleitet wird, und daß infolgedessen der Bezirksamtmann, obgleich er doch den Fonds verwaltet, auf seine Finanzgebarung ohne entscheidenden Einfluß ist. Ein solches Ineinandergreifen der Befugnisse muß, zumal in den Tropen, für beide Teile eine nie versiegende Quelle des Verdrusses werden, und ich zweifle nicht, daß mein Vorschlag sowohl bei den Bezirksverwaltungen wie bei den Sanitätsbehörden freudigste Zustimmung finden wird. Tatsächlich ist der Sanitätsdienst der einzige nicht vom Bezirksamtmann selber geleitete Verwaltungszweig, der mit seinen Ausgaben dem Bezirksverwaltungsfonds zugeteilt ist. Es wäre daher nur ein weiteres Stück zur Vereinheitlichung des Finanzwesens, wenn man diese einzige Ausnahme beseitigen wollte.

Bemerkt mag noch sein, daß nichts im Wege stände, die Unterhaltung der Polikliniken, insoweit es sich um die Gebäude und die nichtmedizinischen Inventarien sowie um die Verpflegung mittelloser Kranker handelt, auch künftig dem Bezirksverwaltungsfonds zu übertragen.

Die Verwendung des Bezirksverwaltungsfonds teilt sich in persönliche und sächliche Ausgaben. Unter den persönlichen Ausgaben befinden sich, wie bemerkt, nur solche für Farbige. Hier spielen eine große Rolle die in den Fonds aufgenommenen Kosten der Polizeitruppe. Der Etat für 1914 beziffert die Truppe auf 1920 Köpfe, und zwar 135 Unteroffiziere und 1785 Gemeine mit einer etatmäßigen Gesamtlöhnung von

Digitized by Google

908 500 Mark. Weitere Kosten der Polizeitruppe sind in den sächlichen Ausgaben enthalten, nämlich die Kosten der Ausrüstung, Bekleidung und Bewaffnung mit 198 000 Mark (1914). Die Gesamtkosten der Polizeiabteilungen in den Bezirken belaufen sich also auf 1 106 500 Mark. Das führt uns zu der beachtenswerten Feststellung, daß von dem im Etat für 1914 auf rund 2,8 Millionen Mark bemessenen Bezirksverwaltungsfonds rund 1,1 Millionen, das sind fast 40 Prozent, allein von der Polizei verschluckt werden. Man muß da wirklich fragen, ob es wirtschaftlich richtig ist, einen Ausgabezweig in die Pauschalierung einzubeziehen, der gleich 40 Prozent der durch seine Einbeziehung entstehenden Gesamtsumme in Anspruch nimmt. Es ließen sich auch ohne Mühe mancherlei Gründe dafür nachweisen, daß es vom rein wirtschaftlichen Standpunkte betrachtet zweckmäßiger wäre, wenn die gesamten Kosten der Polizei wieder aus dem Bezirksverwaltungsfonds herausgelöst und auf Zentralfonds übernommen würden. Ich glaube aber, daß es zurzeit nutzlos ist, derartigen Gedanken nachzugehen, da die Schutzgebietsverwaltung vermutlich aus Gründen finanzpolitischer Natur nicht dafür zu haben sein wird. Wollte man die 1,1 Millionen Polizeikosten aus dem Bezirksverwaltungsfonds herausnehmen, so blieben von dessen jetzt 2,8 Millionen nur noch 1,7 Millionen Mark übrig. Nur diese so erheblich geringere Summe wäre dann pauschaliert, wäre Gegenstand der Selbstbewirtschaftung (siehe unten), wäre Inhalt der selbständigen Finanzwirtschaft der Bezirke. Ein Fonds von 1 700 000 Mark enthält nur 28 Prozent der (1914) auf rund 6 000 000 Mark veranschlagten Steuern (Hütten- und Gewerbesteuer). Dies Verhältnis wird noch ungünstiger, wenn man diese beiden Zahlen, den Bedarf des Bezirksfonds ohne die Polizeikosten auf der einen und den Steuerertrag auf der anderen Seite, gesondert für jeden einzelnen Bezirk betrachtet: es wird dann vermutlich für die steuerkräftigen Bezirke eine recht geringe Verhältniszahl herauskommen, so daß man sich richtig genieren würde, einen so niedrigen Prozentsatz als anspruchmäßigen Anteil der Bezirke am Steuerertrage (vgl. unten) anzugeben. Es wird daher wohl bei der bisherigen Regelung sein Bewenden behalten müssen.

Unter dem übrigen farbigen Personal des Bezirksverwaltungsfonds finden sich namentlich die farbigen Beamten der allgemeinen Landesverwaltung, die Wali, Akiden, Jumben und eingeborenen Häuptlinge, ferner Dolmetscher, Amtsdiener, Bootsleute, Krankenwärter, Viehwärter u. a. m. Insgesamt sind an Löhnen für diese Leute im Etat für 1914 vorgesehen rund 284 000 Mark. Das ergibt zusammen mit der Löhnung der Polizei eine Gesamtsumme der persönlichen Ausgaben von rund 1 192 000 Mark.

Die sächlichen Ausgaben des Fonds gliedern sich im wesentlichen nach folgenden Gruppen. Es gehören hierher:

der Sanitätsdienst mit Ausnahme der aus Zentralfonds bezahlten planmäßigen Bekämpfung endemischer und epidemischer Krankheiten (vgl. obigen Aenderungsvorschlag) — auch früher fiskalisch —,

das gesamte Schulwesen einschließlich der Handwerkerschulen — früher kommunal —,

die Förderung von Landwirtschaft und Viehzucht mit Ausnahme der Unternehmungen von mehr als lokaler Bedeutung — früher kommunal —,

die Vertilgung schädlicher Tiere — auch früher fiskalisch —,

die Eingeborenenrechtspflege einschließlich der Gefängnisse — auch früher fiskalisch —,

die Ausrüstung der Polizeitruppe (vgl. oben) — auch früher fiskalisch —,

die Steuererhebung — früher kommunal —,

die Unterhaltung von Straßen, Brücken, Fähren usw. mit Ausnahme der großen Ueberlandstraßen — früher kommunal —,

die Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung, Müllabfuhr in größeren Orten — früher kommunal —,

die Instandhaltung der sämtlichen fiskalischen Gebäude und ihres Inventars einschließlich der Markthallen, Schlachthäuser u. dgl., jedoch ausschließlich der Wirtschafts-

Digitized by Google

gebäude der nicht zum Bezirksverwaltungsfonds gehörigen Sonderverwaltungen (Forst, Flottille, Eisenbahn usw.) — zum Teil auch früher fiskalisch, zum Teil kommunal —,

die Mieten und die Wohnungsgelder der Lokalbeamten — wie vor —,

die Kosten aller Dienstreisen des weißen und farbigen Personals innerhalb oder im Interesse des Bezirks — früher kommunal —,

die Bureaukosten, Porto, Telegramme und Fernsprecher, Botenlöhne u. dgl. der Bezirksämter — früher teils kommunal, teils fiskalisch —,

allerlei verschiedene Ausgaben — wie vor —.

Wieviel von der Gesamtsumme des Fonds auf diese einzelnen Ausgabezweige entfallen soll, ist aus dem Etat nicht zu ersehen. Ebensowenig gibt natürlich die Jahresrechnung Aufschluß darüber, wie sich der wirkliche Aufwand für die einzelnen Zwecke gestaltet hat. Die Erläuterungen zum Etat für 1909 gaben eine Uebersicht über die beabsichtigte Verwendung des Fonds, und zwar verteilten sie die Gesamtsumme sowohl auf die einzelnen Bezirke als auch auf die einzelnen Ausgabezwecke. Wie sich allerdings die Bauschsumme des einzelnen Bezirks auf die verschiedenen Verwaltungsaufgaben verteilte, war nicht angegeben. Immerhin gaben die Tabellen einen gewissen Ueberblick über den Fonds und ermöglichten eine Stellungnahme zu den Ausgabezahlen sowohl der Bezirke wie der Verwaltungszweige. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die beiden Verteilungspläne auch künftig alljährlich in die Erläuterungen aufgenommen würden. Wenn man dann in den beiden Tabellen bei jeder für das betreffende Jahr veranschlagten Ausgabezahl auch das tatsächliche Ergebnis der letzten drei Jahre verzeichnen würde, so ergäbe das einen guten Ueberblick über die Bewirtschaftung des Fonds in Vergangenheit und Zukunft und eine greifbare Unterlage für etwaige Mehrforderungen.

Die Gesamtsumme der sächlichen Ausgaben des Bezirksverwaltungsfonds wird für 1914 veranschlagt auf rund 1 614 100 Mark. Bei der ersten Einrichtung des Fonds im Etat für 1909 waren ausgesetzt rund 1 244 400 Mark. Der sächliche Bedarf ist in den fünf Jahren mithin gesteigert um 369 700 Mark oder 30 Prozent der ursprünglichen Summe. Die persönlichen Ausgaben des Fonds sind in der gleichen Zeit gestiegen von 987 600 Mark auf 1 192 100 Mark, also um 204 500 Mark oder 21 Prozent. Vergleichen wir mit diesen Ziffern den übrigen Teil des Kapitels Zivilverwaltung, so sehen wir, daß dessen Bedarf (d. h. also die Summe des ganzen Kapitels abzüglich des Betrages des Bezirksverwaltungsfonds) von 5 029 600 Mark im Etat für 1909 sich erhöht hat auf 7 231 400 Mark im Etat für 1914, also eine Steigerung von 2 201 800 Mark oder 44 Prozent des Betrages von 1909 aufweist. Der Zuwachs beim Bezirksverwaltungsfonds ist somit im Vergleich zu dem der übrigen Etatsfonds als sehr mäßig zu bezeichnen.

Dem Bezirksverwaltungsfonds haften zwei Eigenschaften an, welche ihm, abgesehen von allem anderen, eine besondere Stellung unter den Fonds des Schutzgebietsetats, namentlich unter denen der fortdauernden Ausgaben, geben. Er ist erstens „zur Selbstbewirtschaftung gegeben", und zweitens ist er „übertragbar". Diese beiden Eigenschaften sind nicht etwa notwendige Folgen des in diesem Fonds angewandten Systems der Zusammenfassung zahlreicher Ausgabezwecke in einem Titel. Ein solcher Sammelfonds wäre an sich auch ohne Selbstbewirtschaftung und ohne Uebertragbarkeit denkbar. Um so erfreulicher ist es, daß beides der Schutzgebietsverwaltung von den maßgebenden Stellen zugestanden worden ist.

Der Etatstext enthält beim Bezirksverwaltungsfonds den Vermerk: „Der Fonds wird dem Gouverneur zur Selbstbewirtschaftung gewährt." Unter Selbstbewirtschaftung versteht man die der Verwaltungsbehörde gegebene Befugnis, über einen Ausgabefonds des Etats oder Teile eines solchen in einer Summe zu quittieren, ohne daß der Regel nach über seine Verwendung im einzelnen eine vom Rechnungshof zu prüfende Abrechnung aufgestellt wird. Selbstbewirtschaftungsfonds pflegen zumeist unüberschreitbar

Digitized by Google

zu sein. Zur Selbstbewirtschaftung eignen sich deshalb solche Fonds, bei denen die Verwaltung in der Lage ist, einerseits sich stets mit ihren Ausgaben nach den vorhandenen Mitteln zu richten und notfalls auch einmal mit weniger auszukommen, andererseits aber auch durch sparsame Wirtschaft erzielte Ueberschüsse jederzeit nutzbringend für den Fondszweck zu verwenden. So wird im Reichsetat für die Heeres- und die Marineverwaltung eine Anzahl von Fonds oder Fondsteilen zur Selbstbewirtschaftung gegeben, aus denen die Ausrüstung der Truppen, Bureaukosten u. a. m. zu bestreiten sind. Diese Selbstbewirtschaftungsfonds im Reichsetat haben aber alle eine mehr oder weniger eng begrenzte Zweckbestimmung. Daß ein so umfassender und im Verhältnis zum Gesamtetat so riesenhaft großer Sammelfonds wie der ostafrikanische Bezirksverwaltungsfonds zur Selbstbewirtschaftung gegeben wurde, war etwas, das in der Finanzverwaltung des Reiches wohl noch nicht dagewesen war. Es ist mithin durch die Gewährung der Selbstbewirtschaftung dem Gouverneur eine ganz außergewöhnliche Befugnis in die Hand gegeben worden, was sich wie überhaupt die ganze Bildung und Ausgestaltung des Bezirksverwaltungsfonds nur damit erklären läßt, daß sie von der Kolonialverwaltung als Entgelt für die Preisgabe der Kommunen gefordert wurde. Allerdings ist die Selbstbewirtschaftung mit einer Einschränkung versehen worden. Es ist dem Rechnungshofe vorbehalten, alljährlich die Abrechnung einiger von ihm bezeichneter Bezirke zu prüfen. Da diese Bezeichnung erst nach dem Jahresabschluß erfolgt, so kann die Verwaltung nicht umhin, im Laufe des Jahres für jeden einzelnen Bezirk die Buchführung und die Revision so durchzuführen, daß sie der Nachprüfung standhält. Gleichwohl ist es eine große Erleichterung, daß diese Nachprüfung durch den Rechnungshof nur stichweise vorgenommen wird und es für die große Mehrzahl der Bezirksabrechnungen bei der Prüfung durch die Rechnungsbehörde des Gouvernements (die sogenannte Kalkulatur) sein Bewenden behält.

Nichts zu tun hat die „Selbstbewirtschaftung" mit der „Selbstverwaltung", mit der sie hie und da verwechselt wird. Die Selbstbewirtschaftung bezieht sich nur auf die Rechnungslegung und bezeichnet die Befreiung von der Pflicht zu dieser. Dagegen versteht man bekanntlich unter „Selbstverwaltung" die Beteiligung der Bevölkerung an irgendwelcher Verwaltungstätigkeit, im Schutzgebiete die Zuziehung von Gouvernementsrat (Landesrat) und Bezirksrat zu Verwaltungsaufgaben, unter anderem zur Beratung von Etats- und Wirtschaftsplänen. Jeder, auch der kleinste Etatsfonds kann zur Selbstbewirtschaftung gegeben werden, es kann das auch bei jeder Art von Verwaltung geschehen, auch da, wo von Selbstverwaltung, d. h. von Mitwirkung der Einwohnerschaft, gar keine Rede ist. Andererseits braucht die Mitwirkung der „Selbstverwaltung" bei der Verwendung eines Ausgabefonds nicht die Selbstbewirtschaftung zur Folge oder zur Voraussetzung zu haben. So steht denn auch die Selbstbewirtschaftung des Bezirksfonds im Schutzgebietsetat in keinerlei notwendigem Zusammenhang mit der Mitwirkung des Gouvernementsrats und der Bezirksräte bei seiner Verteilung und Verwendung. Wie bereits bemerkt, ist die Selbstbewirtschaftung, d. h. der Verzicht auf Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof, überhaupt nicht etwa eine notwendige Eigenschaft des Bezirksfonds; dieser würde vielmehr seine Aufgabe, wenn es sein sollte, sehr wohl auch ohne sie erfüllen können, und den größeren Vorteil von ihr hat überhaupt nicht die Bezirksverwaltung, sondern die Daressalamer Rechnungsstelle. Es ist deshalb auch nicht gerade glücklich getroffen, daß im Schoße des Gouvernements der Fonds, der im Etat die Bezeichnung „Abfindung der Verwaltungsbezirke für lokale Verwaltungsbedürfnisse" führt, wegen dieser nicht wesentlichen und ihm keineswegs eigentümlichen Eigenschaft der Selbstbewirtschaftung allgemein mit dem Namen „Selbstbewirtschaftungsfonds" (abgekürzt S.-Fonds) bezeichnet wird. Wenn es gelingen sollte, was durchaus erwünscht wäre, später auch für andere Fonds, z. B. für den Bureaukosten-, den Ausrüstungsfonds der Zentralverwaltung und der Schutztruppe, die Selbstbewirtschaftung zu erlangen, so würde man mit dem Namen S.-Fonds

Digitized by Google

nicht mehr weit kommen. Auch die anfangs gebrauchte Bezeichnung „Abfindungsfonds" traf kein Hauptmerkmal des Fonds, wenn auch die „Abfindung", d. h. die Zuteilung von Bauschsummen an die einzelnen Verwaltungsbezirke, ein Charakteristikum der durch den Fonds ermöglichten Finanzorganisation ist. Schließlich ist auch diese Einrichtung nur eine Beigabe. Auch wenn all das wegfiele, bliebe die Hauptbedeutung des Fonds bestehen, daß nämlich der gesamte Ausgabebedarf der Bezirksverwaltung für die verschiedensten Zwecke und für das ganze Schutzgebiet in einem einzigen ungeteilten Etatstitel zusammengefaßt ist. Man sollte deshalb den Fonds, wie es in dieser Abhandlung geschehen ist, einfach und unter Verzicht auf die Hervorkehrung von Sondereigenschaften mit dem Namen „Bezirksverwaltungsfonds" oder auch noch kürzer „Bezirksfonds" nennen. Damit hätte man auch ohne weiteres den Gegensatz zu den übrigen, nämlich den allgemein so genannten „Zentralfonds".

Zu beachten ist noch, daß der Fonds „dem Gouverneur" zur Selbstbewirtschaftung gegeben wird, nicht etwa den Bezirksbehörden, wie man vielleicht hätte erwarten können. Welche Erwägungen dafür maßgebend gewesen sind, geben die Etatserläuterungen nicht an. Große Bedeutung hat die Frage nicht. Die Selbstbewirtschaftung bezieht sich immer nur auf das Verhältnis der Verwaltung zum Rechnungshof. Innerhalb der Verwaltung dagegen ist die Behörde jederzeit in der Lage, auch für Selbstbewirtschaftungsfonds untergebener Stellen in einem ganz von ihrem Ermessen zu bestimmenden Umfange die Nachprüfung anzuordnen. Umgekehrt kann der Gouverneur — nötigenfalls mit Genehmigung der zuständigen Reichsämter — auch jetzt auf die Nachprüfung derjenigen Teile des ihm zur Selbstbewirtschaftung gegebenen Fonds verzichten, welche er nachgeordneten Stellen, den Bezirksverwaltungen, zur Bewirtschaftung überwiesen hat. So würde die ausdrückliche Gewährung der Selbstbewirtschaftung an die Bezirke deren Verhältnis zum Fonds nicht wesentlich verbessern. In der Praxis hat man es bisher noch für unumgänglich gehalten, daß die Verwaltung der Bezirksbauschsummen aus dem Fonds ausnahmslos durch die Kalkulatur des Gouvernements nach den gleichen Vorschriften wie die der übrigen Etatsfonds nachgeprüft wird. Davon wird auch wohl in absehbarer Zeit noch nicht abgegangen werden können.

Die „Uebertragbarkeit" des Bezirksverwaltungsfonds war nicht sofort bei der Gründung des Fonds im Etat für 1909 zugestanden worden; vielmehr fehlte ein dahingehender Vermerk im Etat. Indes schon im nächsten Etat, dem für 1910, wurde das Versäumte nachgeholt und der Fonds, auch noch nachträglich für 1909, für übertragbar erklärt. Wie wohl bekannt, bedeutet die Uebertragbarkeit, daß die durch den Etat eines Rechnungsjahres bei dem Fonds bewilligte Summe sich mit ihrem am Jahresschlusse noch unverbraucht gebliebenen Bestande auf das folgende Rechnungsjahr überträgt, während bei nicht übertragbaren Fonds ein solcher Rest als erspart in Wegfall kommt. Die Uebertragbarkeit erleichtert also die Bewirtschaftung eines Fonds ganz bedeutend. Das Gouvernement ist in der Lage, völlig frei über die Mittel zu disponieren, ohne an die Verwendung in einem bestimmten Rechnungsjahre gebunden zu sein. Die Uebertragbarkeit ist deshalb eigentlich etwas Selbstverständliches bei einem so großen und vielgestaltigen Fonds, dessen Bewirtschaftung auch ohne diese Erleichterung immer noch eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe der damit beauftragten Beamten ist.

Der Bezirksverwaltungsfonds begann sein Dasein im Etat für 1909 mit einem Etatsansatz von fast 2¼ Millionen Mark. Die übrigen sächlichen Ausgaben des Kapitels der Zivilverwaltung betrugen im selben Etat zusammen noch nicht ganz 2 Millionen, die persönlichen Ausgaben etwas über 3 Millionen. Es war mithin eine Summe von 2¼ Millionen Mark oder über die Hälfte des gesamten sächlichen Etats der Zivilverwaltung in die unumschränkte Gewalt des Gouverneurs gegeben, der mithin mehr als die Hälfte der laufenden Mittel ganz nach seinem Ermessen sowohl auf die einzelnen Bezirke als auch auf die verschiedenen Ausgabezwecke verteilen konnte. Dieser

Digitized by Google

Vorgang ist so außergewöhnlich, daß man darüber staunen muß, daß er überhaupt möglich gewesen ist. Ueberall drängt man auf spezialisierte Etats: die gesetzgebenden Körperschaften wollen, daß ihnen vor jeder Bewilligung von Geldmitteln ein Plan über die Verwendung vorgelegt und in einem Etat diese Verwendung festgelegt werde. Im Schutzgebiete hat man auch einen solchen Etat, der auch eine ganze Reihe von Titeln und Positionen enthält. Aber diese gelten nur für die Hälfte der Verwaltung, während die andere Hälfte ohne Spezialetat in einer einzigen Bauschsumme zusammengefaßt ist.

Im Etat für 1909 wurden zwar, wie schon erwähnt, in den Erläuterungen noch Einzelzahlen gegeben. Es wurde sowohl verzeichnet, wieviel jeder Bezirk als Bauschsumme erhalten sollte, als auch, wieviel insgesamt in allen Bezirken für jeden einzelnen Ausgabezweck veranschlagt worden war. Aber an diese Zahlen war der Gouverneur in keiner Weise gebunden. Tatsächlich sind sie auch auf dem Papier stehen geblieben und nachher bei Ausführung des Etats in beiden Verteilungsplänen ganz wesentliche Verschiebungen vorgenommen derart, daß wohl keine Zahl auch nur annähernd die gleiche geblieben ist. In den späteren Etats hat man die zahlenmäßige Erläuterung weggelassen, ohne dafür eine Erklärung zu geben. Vielleicht scheute man sich, die gleich im ersten Jahre vorgenommenen bedeutenden Abweichungen gegenüber dem Plan zum Gegenstand der Kritik zu machen; wahrscheinlich aber wollte man jede, wenn auch noch so unverbindliche, Festlegung des Verteilungsplanes ein für allemal vermeiden. Da selbstverständlich auch die dem Reichstag vorzulegende Jahresrechnung des Schutzgebiets bei diesem Titel nur die Gesamtausgabe und überhaupt weiter nichts als diese eine Zahl angibt, da auch sonst nirgends eine Uebersicht über die beabsichtigte oder über die erfolgte Verwendung des Fonds gegeben wird, und da ferner der das erstemal angegebene Verteilungsplan nie Geltung gehabt hat, so haben wir ganz unverrückbar die Tatsache vor uns, daß dieser Fonds von über 2 Millionen der Schutzgebietsverwaltung zur freien Verfügung und Verteilung übergeben ist.

Es ist zu bewundern, daß es seinerzeit gelungen ist, die Zustimmung des Reichsschatzamtes und des Reichstages zu einer solchen Einrichtung zu erlangen. Erklären läßt sich das nur, wenn die ganze Neuorganisation der Finanzwirtschaft im Etat für 1909 als etwas Zusammengehöriges betrachtet wird. „Wir bieten die Kommunen mit ihren laufenden Einnahmen und ihrem angesammelten Vermögen und fordern dafür den Bezirksverwaltungsfonds", so wird die Losung gelautet haben. Es war ein glattes Geschäft für die Finanzinstanzen des Reiches auf der einen und die Kolonialverwaltung auf der anderen Seite. Die Zeche bezahlte die ostafrikanische Kommunalverfassung. Den Vorteil hatten die übrigen Kolonien, welche in ihrem Etat einen gleichen Bezirksverwaltungsfonds erhielten, ohne Kommunen — die sie noch nicht hatten — opfern zu müssen.

Wenn nun aber das Schicksal der Kommunen doch einmal besiegelt war — und das war es wohl, da ihre Millionen nicht nur das Reichsschatzamt, sondern auch den Reichstag bestochen hatten —, so konnte es im Interesse der Kolonie nur freudigst begrüßt werden, daß die maßgebenden Stellen im Reiche die Schaffung eines solchen großen Bauschfonds im Etat der Kolonie zugestanden. Abgesehen von allem anderen war dadurch jedenfalls der Schwerpunkt für die Verwaltung eines so großen Teiles der laufenden Mittel in die Kolonie verlegt worden. Ein großer Fonds, über die Hälfte des sächlichen Etats der Zivilverwaltung, war der jährlichen Einzelkontrolle der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches entzogen, und man konnte fast hoffen, daß auf diesem Wege weitergeschritten und auch der übrige Teil des Etats allmählich in einige wenige große Bauschfonds zusammengezogen werden würde. Nur eine Frage stand noch offen. Wo blieb die Mitwirkung der Volksvertretung? Daß die Befugnisse des Bundesrats in bezug auf Mittel der Kolonie auf den Gouverneur übergingen, war gerechtfertigt. Was aber trat an die Stelle der bisherigen Tätigkeit des Reichstages? Wenn der Reichstag bei der Verfügung über öffentliche Mittel ausgeschaltet

Digitized by Google

wurde, so hätte man meinen können, daß nunmehr eine ähnliche Körperschaft in der Kolonie, eine koloniale Volksvertretung, an seine Stelle treten würde, die dem Gouverneur ähnlich gegenüberstände wie der Reichstag dem Bundesrat. Wie also war die Mitwirkung des Gouvernementsrates und seine Organisation gedacht? Und weiter: wie sollte die als Ersatz für die aufgehobene Kommunalverfassung in Aussicht gestellte Beteiligung der Bezirkseingesessenen an der Verwaltung der Mittel des Bezirkes vor sich gehen, welche Rechte an den Einnahmen des Bezirks sollten diesem zustehen? Betrachten wir, wie diesen Forderungen der Selbstverwaltung bei der Neuorganisation Rechnung getragen war.

Der von der Regierung vorgelegte Entwurf zum Etat für 1909 enthielt in dieser Beziehung überhaupt nichts Tatsächliches, er beschränkte sich vielmehr lediglich auf Andeutungen. In den Etats-Erläuterungen finden sich einige schöne Worte darüber, daß die Erfahrung und Sachkenntnis der Bezirksärzte für alle Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsbezirke nutzbar gemacht werden solle. Es wird dort auch im einzelnen ausgeführt, daß die Bezirksräte den Bezirksamtmann bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans für den Bezirk beraten sollen. Ausdrückliche Bestimmungen trifft der Etat aber in dieser Richtung nicht; es wird noch nicht einmal erwähnt, daß die Einzelregelung durch Verordnung erfolgen soll. Damit waren die Angaben des von der Regierung vorgelegten Etatsentwurfs über diese Fragen erschöpft. Vor allem fehlte jegliche Bestimmung über die Verteilung des Fonds auf die einzelnen Bezirke. Weder waren den Bezirken bestimmte Ansprüche und Rechte an den Fonds in irgendeiner Form eingeräumt, noch war für die Verwendung des Gesamtfonds irgendwie eine Mitwirkung der Selbstverwaltung vorgesehen. Es sollte also die Festsetzung der Ausgabemittel für jeden Bezirk ganz im Ermessen des Gouverneurs liegen, und nur bei der Verwendung der vom Gouverneur für einen Bezirk überwiesenen Summe sollte ein Bezirksrat mitwirken, wobei aber auch immer noch nicht gesagt war, wie man sich dessen Tätigkeit dachte, und ob er überhaupt einen wirklich maßgebenden Einfluß ausüben sollte. Das war recht wenig, und bei der Beratung des Etats im Reichstage wurden denn auch dringende Wünsche in der angegebenen Richtung laut. Wohl oder übel gab die Regierung nach. Was sie allerdings gab, war verschwindend wenig, und es ist zu vermuten, daß mangelnde Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und mangelnder Ueberblick über den Inhalt der Neuorganisation die Mitglieder der Budgetkommission gehindert hat, zu erkennen, wie geringfügig und wie in jeder Beziehung unzulänglich im Sinne der geäußerten Wünsche das war, was die Regierung ihnen anbot oder zugestand.

Zunächst wurde auf Beschluß der Kommission in den Text des Etats für 1909 die Bestimmung aufgenommen, daß „vor der Festsetzung der Bauschsummen für die einzelnen Verwaltungsbezirke der Gouvernementsrat zu hören" ist. Daß der Gouvernementsrat nur „zu hören" sein sollte, daß er also nur beratende Stimme erhielt, darf nicht auffallen. Das entspricht der Verfassung des bisherigen Gouvernementsrates, der überall nur beratend, niemals beschließend mitwirkt. Der neue, noch nicht in Kraft befindliche Entwurf zu einer Verordnung über den Landesrat gibt erst die Möglichkeit, dem Landesrat auch beschließende Tätigkeit zuzuweisen. Wenn diese Zuweisung nach dem Wortlaut des Entwurfes auch dem Reichskanzler (also dem Reichs-Kolonialamt) obliegen soll, so kann selbstverständlich eine solche Befugnis auch durch ein Gesetz, z. B. durch das Etatsgesetz, ausgeübt werden. Es besteht also demnächst — oder auch schon jetzt? — die Möglichkeit, durch eine anderweite Fassung des Etatstextes zu bestimmen, wie und in welchem Umfange der Landesrat (Gouvernementsrat) bei der Festsetzung der Bezirksbauschsummen beschließend mitwirken soll. Ob es alsdann zweckmäßig sein wird, die Befugnisse des Landesrates hier sehr zu erweitern, wird sorgfältiger Prüfung bedürfen. Es haben sich bisher schon Schwierigkeiten ergeben, auch nur die Vorschrift, den Gouvernementsrat „vor der

Digitized by Google

Festsetzung zu hören", durchzuführen. Der Verteilungsplan für das am 1. April begonnene Rechnungsjahr 1913 ist z. B. dem Gouvernementsrat erst in der Tagung vom Juni 1913 vorgelegt worden, als zweifellos der Plan längst feststand und der Gouverneur vermutlich gar nicht die Absicht hatte, sich durch die Anhörung des Gouvernementsrats noch irgendwie beeinflussen zu lassen. Die vorherige Anhörung wird eben, wie auch in den Vorjahren, daran gescheitert sein, daß der Gouvernementsrat nicht eigens für diesen Zweck zusammenberufen werden konnte. Erhält der Landesrat nun beschließendes Recht über die Verteilung des Fonds, so muß er auf jeden Fall alsbald nach Genehmigung des Etats durch den Reichstag zusammentreten. Offen bleibt auch dann noch die Frage, wie es mit Nachforderungen und Nachbewilligungen im Laufe des Rechnungsjahres gehalten werden soll. Doch sollte man denken, daß auch dafür ein gangbarer Weg zu finden sein muß, z. B. durch Zuweisung einer Reservesumme an den Gouverneur oder durch Zulassung der nachträglichen Genehmigung. Jedenfalls ist der Bezirksverwaltungsfonds ein sehr geeignetes Versuchsfeld, um zunächst erst einmal im kleinen den Landesrat zur verantwortlichen beschließenden Mitwirkung an der Finanzverwaltung des Schutzgebietes heranzuziehen. Beratende Tätigkeit bei der Aufstellung des Gesamtetats, beschließende bei den Einzeletats, zunächst beim Bezirksverwaltungsfonds, das gibt für einige Zeit ein ausreichendes Programm. Später würde es vielleicht möglich sein, auf diesem Wege langsam weiterzugehen. Würde man z. B., wie schon oben angedeutet, noch mehr Bauschfonds im Etat einrichten, etwa für die gesamte Zentralverwaltung oder für die Militärverwaltung oder durch Festsetzung eines jährlich gleichbleibenden Neubau-Bauschfonds, so könnte nach und nach der Hauptteil des Etats der Beschlußfassung durch Gouverneur und Landesrat überwiesen werden. Die aus einer solchen Tätigkeit des Landesrats hervorgehenden Erfahrungen könnten dann später der beste Prüfstein dafür sein, ob und wann die Zeit gekommen sein würde, dem Landesrat die gesamte Beratung und Beschlußfassung über den Etat des Schutzgebietes zu übertragen.

Was im weiteren die Ausstattung der Bezirke mit bestimmten Ansprüchen an den Bezirksverwaltungsfonds als Ersatz für die verlorengegangenen Kommunaleinnahmen anlangt, so haben wir gesehen, daß der von der Regierung vorgelegte Etatsentwurf für 1909 nichts dergleichen vorsah. Es wurde zwar, wie erwähnt, eine Aufstellung in den Etatserläuterungen gegeben, wie die Verteilung der Summe auf die einzelnen 22 Bezirke gedacht sei. Das war aber nicht Teil des Etatsgesetzes, stand noch nicht einmal auf der linken Seite des Etats, unterlag deshalb weder der Beschlußfassung des Reichstages, noch erwuchs daraus den Bezirken irgendwelcher Anspruch auf diese Summen. Man wollte wohl nur dem Reichstage zeigen, welche hohen Beträge den einzelnen Bezirken zugedacht waren. Es ist interessant, wie der Etat durch diese Zahlen darzutun sucht, daß die Bezirke bei der neuen Einrichtung sich ebensogut und besser ständen als bei ihrem bisherigen Kommunaletat. Er stellt nämlich dem in Aussicht genommenen Bauschanteil der Bezirke am Bezirksverwaltungsfonds für 1909 die bisherige Kommunaleinnahme, und zwar die von 1907, gegenüber. Wenn das einen Sinn haben sollte, so konnte es nur der sein, daß man zeigen wollte, in welchem Verhältnisse diese beiden Summen zueinander standen, und um wieviel die neue Summe die alte überstieg. Daß der Anteil am neuen Bezirksverwaltungsfonds bei jedem einzelnen Bezirk die Summe seiner bisherigen Kommunaleinnahmen überstieg, war selbstverständlich. Waren doch in den neuen Fonds nicht etwa nur die bisherigen Kommunalausgaben, sondern außer ihnen noch eine recht beträchtliche Menge anderer bisher schon fiskalischer Ausgaben hineinbezogen, während nur recht wenige der bisherigen Kommunalausgaben, nämlich die geringen Aufwendungen für Besoldung des weißen Hilfspersonals, nicht darin enthalten waren. Die beiden Summen waren deshalb von vornherein überhaupt nicht vergleichsfähig, und wenn der Etat es gleichwohl unternimmt, so völlig verschiedene Zahlen einander

Digitized by Google

gegenüberzustellen, so merkt man die Absicht und wird verstimmt. Es scheint aber, daß damals niemand in der Budgetkommission das Irreführende dieser Zusammenstellung durchschaut hat. Schwierig wäre es nicht gewesen, aus dem Etatsentwurf annähernd genau nachzuweisen, wieviel von den bisherigen Kommunaleinnahmen den Bezirken entzogen waren. Es soll dies in nachstehendem allein auf Grund des Etatsentwurfes versucht werden.

Der Etat gibt in den Erläuterungen zu den einzelnen Titeln und Positionen, unter denen die auch früher schon fiskalischen und jetzt auf den Bezirksfonds übernommenen Ausgaben bis dahin veranschlagt waren, genau an, wieviel von der früheren Positionssumme für die Bezirke abgezweigt und auf den Bezirksfonds übertragen worden ist. Zu einem Teil kann man diese Zahlen auch entnehmen oder sie berichtigen lassen durch die Erläuterungen zum neuen Bezirksfonds. Durch eine Addition all dieser Beträge erhält man die Summe derjenigen Bezirksausgaben, die bisher schon aus fiskalischen Mitteln bestritten wurden. Bringt man diese Summe von dem Betrage des neuen Bezirksverwaltungsfonds in Abzug, so hat man in dem verbleibenden Rest denjenigen Betrag vor sich, der bis dahin an sächlichen Ausgaben für die Bezirksverwaltung aus den Etats der Kommunen geleistet und nunmehr auf den fiskalischen Bezirksverwaltungsfonds übernommen worden ist. Dieser Betrag allein stellte also den Ersatz für den bisherigen Kommunaletat dar, und er allein durfte mit den bisherigen Kommunaleinnahmen in Vergleich gebracht werden. Die Berechnung stellt sich wie folgt. Es sind von bisher schon fiskalischen Ausgaben auf den Bezirksfonds übertragen zunächst die Kosten des farbigen Personals der Bezirksbehörden mit rund 976 000 Mark, darunter allein an Löhnung der farbigen Polizeitruppe rund 800 000 Mark. Ferner lassen sich an sächlichen Ausgaben verschiedenster Art, die hierher gehören, nachweisen etwa 560 000 Mark (eher mehr als weniger), und zwar für Sanitätsdienst, Schulen, Gebäude, Ausrüstung der Polizei, Eingeborenen-Rechtspflege einschließlich Gefangenenverpflegung, Bureaukosten u. a. m. Das ergibt rund 1 536 000 Mark als die Summe solcher Ausgaben des Bezirksfonds, die bisher schon fiskalisch gewesen waren. Der neue Bezirksverwaltungsfonds wurde ausgestattet mit 2 232 000 Mark. Für Verpflichtungen, die bisher den Kommunen obgelegen hatten, waren also in dem neuen Fonds nicht mehr als 2 232 000 Mark — 1 536 000 Mark = 696 000 Mark ausgeworfen. Dem hinzuzurechnen sind die Gehälter des weißen Personals der bisherigen Kommunen, soweit dies vom Gouvernement übernommen wurde. Der Etat enthält hierüber nichts und bringt namentlich keine Stelle unter den weißen Beamten dafür in Zugang, so daß es so aussehen könnte, als wären alle bisherigen Kommunalbeamtenstellen eingezogen worden. Tatsächlich ist das mit einer Anzahl von Stellen geschehen, während die übrigen den Bezirken belassen und aus dem Fonds für außerordentliche Hilfskräfte bezahlt worden sind. Schätzt man die Gehaltssumme der letzteren für die 14 bisherigen Kommunen auf etwa 70 000 Mark (Nebenbezüge wie Mietsentschädigung, Reisekosten usw. sind in den sächlichen Ausgaben mit enthalten), so ergibt sich eine Summe von 766 000 Mark auf den fiskalischen Etat übernommener bisheriger Kommunalausgaben. Die in den Erläuterungen zum Etat für 1909 verzeichneten Einnahmen der Kommunaletats für 1907 betragen zusammen 841 365 Rupien = 1 121 820 Mark. Daß man 1907 und nicht 1908 oder 1909 heranzog, war wohl Absicht, weil 1907 noch 50 Prozent (1908 nur 33⅓ Prozent) der Hüttensteuer an die Kommunen fielen; es sollte wohl so aussehen, als wenn man ein für die Kommunen vorteilhaftes Jahr gewählt hätte. Versucht man aber die Einnahmen der Kommunen für 1909, für den Fall, daß diese bestehen geblieben gewesen wären, zu schätzen, so kommt man trotz der Herabsetzung des Anteils an der Hüttensteuer auf fast die gleiche Zahl. Als Einnahmen der Kommunen im Jahre 1908 lassen sich aus dem Etat entnehmen 33⅓ Prozent der Hüttensteuer, etwa 510 000 Mark, 30 Prozent der Gewerbesteuer, 90 000 Mark. Im Etat

Digitized by Google

für 1909 ist bei der Hüttensteuer die Veranschlagung des Gesamtertrages von 1,8 Millionen des Etats für 1908 auf 2,5 Millionen, bei der Gewerbesteuer von 300 000 Mark auf 400 000 Mark, bei beiden also um ⅓ gestiegen. Danach kann man für 1909 auch den Anteil der Kommunen um ⅓ höher, das ist bei der Hüttensteuer auf 680 000 Mark und bei der Gewerbesteuer auf 120 000 Mark annehmen, macht zusammen 800 000 Mark. Hierzu kommen die Einnahmen der Kommunen aus örtlichen Abgaben, aus Markthallen usw. und aus verschiedenen kleineren Posten, die im Etat für 1909 gesondert veranschlagt sind auf 264 600 Mark. Danach wären die Einnahmen der Kommunen für 1909, wenn sie weiterbestanden hätten, auf insgesamt 1 064 000 Mark zu veranschlagen gewesen. Das ist nur unwesentlich weniger als obige 1 121 820 Mark. Diese Zahl war mithin keineswegs besonders günstig gewählt. Tatsächlich waren also einander gegenüberzustellen 1 064 000 Mark bisherige Kommunaleinnahmen gegen 766 000 Mark vom Fiskus übernommene bisherige Kommunalausgaben, und nicht, wie der Etat es tut, 1 121 820 Mark gegen 2 232 000 Mark.

Wir sehen aus dieser Berechnung, daß rund 300 000 Mark Einnahmen der bisherigen Kommunen ihrer bisherigen Bestimmung entzogen waren. Das machte annähernd die Hälfte des bisherigen Anteils der Kommunen an der Hüttensteuer (680 000 Mark, vergleiche oben). Es wurden mithin im Etat für 1909 für die bisherigen kommunalen Aufgaben noch verwandt etwa 20 Prozent der Hüttensteuer, 30 Prozent der Gewerbesteuer (wie bisher) und die Einnahmen aus örtlichen Abgaben und Betrieben. Man hätte mit anderen Worten bei der Etatsaufstellung den gleichen Erfolg erzielt, wenn man unter Bestehenlassen der Kommunen lediglich ihren Anteil an der Hüttensteuer auf 20 Prozent herabgesetzt oder auch unter Beibehaltung des Anteilsatzes von 33⅓ Prozent ihnen weitere Aufgaben in Höhe von 13 Prozent der Hüttensteuer zugewiesen oder schließlich ihnen die früheren 50 Prozent der Hüttensteuer zurückgegeben und ihnen dafür Ausgaben bis zur Gesamthöhe dieser 50 Prozent auferlegt hätte. Damit hätte man dann allerdings noch nicht den erforderlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen Kommunen geschaffen, und es wäre der mißliche Zustand geblieben, daß bei den einzelnen Kommunen das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen die größten Verschiedenheiten zeigte. Doch auch dem wäre wohl, wenn man ernstlich gewollt hätte, beizukommen gewesen. Man konnte z. B. bestimmen, daß von dem Kommunalanteil an der Hüttensteuer (50 Prozent) nur ein bestimmter Teil (z. B. 20 Prozent) der Kommune des Bezirks überwiesen wird, der Rest aber (z. B. 30 Prozent) in einen kommunalen Gesamtfonds fließt, der vom Gouverneur oder vom Gouvernementsrat nach billigem Ermessen alljährlich auf die sämtlichen einzelnen Kommunen verteilt wird; die Prozentsätze konnten jährlich nachgeprüft und geändert werden. Doch es ist müßig, den Gedanken weiter auszuspinnen, da er heute wohl kaum noch praktische Bedeutung hat. Immerhin wird es auch jetzt noch Interesse erregen, zu zeigen, wie man damals auch ohne Aufhebung der Kommunen das erstrebte Ziel der besseren Konzentration der Einnahmen hätte erreichen können.

Gehen wir nun zum Etatsentwurf für 1909 und seiner Beratung zurück, so finden wir, daß der Budgetkommission vielleicht ähnliche Gedanken, wie zuletzt eben angedeutet, vorgeschwebt haben. Sie wollte anscheinend den neuen Bezirksverwaltungsfonds zu einer anderen Art Kommune ausgestalten und dementsprechend den Bezirken ein Recht auf bestimmte Anteile an den Einnahmen geben. Man verlangte nämlich von der Regierung, daß die Bezirke wie bisher einen bestimmten Prozentsatz ihrer Einnahmen „behalten" und die Befugnisse des Gouverneurs sich nur auf den darüber hinausgehenden Teil des Fonds erstrecken sollten. Bereitwilligst ging das Reichs-Kolonialamt auf diese Forderung ein und versprach, daß jeder Bezirk alljährlich mindestens 25 Prozent seiner Erträge aus der Hütten- und der Gewerbesteuer als Pauschsumme aus dem Bezirksverwaltungsfonds zugewiesen erhalten sollte. Wenn dies Versprechen bindend sein sollte, so wäre es nötig gewesen, eine dahin-

Digitized by Google

lautende Bestimmung in den Etatstext aufzunehmen. Das geschah aber nicht. Die Kommission setzte also in die Regierung das Vertrauen, daß diese ihre Zusage auch ohne gesetzlichen Zwang loyal halten würde. Richtiger wäre es aber wohl auch heute noch, sofern man noch Wert auf diese Bestimmung legt, einen entsprechenden Vermerk in den Etat zu setzen, damit die Sache nicht in Vergessenheit gerät und bei niemandem, namentlich auch nicht bei den Bezirksverwaltungen selber, Zweifel über die Rechtmäßigkeit des Anspruches bestehen bleiben.

Der Satz von 25 Prozent war im Jahre 1909 als sehr mäßig, ja als geringfügig zu bezeichnen. Ihn mit dem bisherigen Satz des kommunalen Steueranteils in Vergleich zu bringen, war schwierig und erforderte die oben vorgeführten Berechnungen, die wohl niemand in der Kommission auch nur versuchsweise angestellt hat. Es wurde überhaupt damals in der Kommission nicht gebührend berücksichtigt, daß der neue Bezirksverwaltungsfonds nicht nur die bisherigen Kommunalausgaben, sondern noch zahlreiche andere umfaßte, daß die ersteren in ihm nur etwa ⅓ des Gesamtbetrages ausmachten. Erhielten früher die Bezirke 33⅓ und 30 Prozent der Steuern ausschließlich für ihre Kommunalausgaben, so sollten sie künftig Anspruch auf 25 Prozent für das Dreifache an Ausgaben besitzen! Hatte da der Satz von 25 Prozent überhaupt noch irgendwelche Bedeutung? Nein, er war offenbar ganz willkürlich gewählt, und es macht den Eindruck, als wenn die Kommission in dem falschen Glauben, der bisherige Kommunaletat und der neue Bezirksverwaltungsfonds seien dasselbe, den bisherigen Anteilsatz von 33⅓ und 30 Prozent gefordert und die Regierung zum Schein des Gerechten dem Reichstage von dieser Forderung etwas abgehandelt hat, um den Eindruck zu erwecken, als müsse sie die Ansprüche der Bezirke etwas beschneiden. In Wirklichkeit hat aber anscheinend auch das Reichs-Kolonialamt nicht übersehen, welche Wirkung der Satz von 25 Prozent in der Praxis haben würde. Weder wußte der Staatssekretär, ob der Satz zu hoch, noch die Kommission, ob er zu niedrig war. Und doch hat die Kommission mit ihrer offenbar auf Unkenntnis beruhenden mäßigen Forderung von 25 Prozent, wenn auch nur in bescheidenem Umfange, recht behalten, was freilich damals niemand vorausgesehen hat, auch nicht die Praxis an Ort und Stelle, die lächelnd über jene Verfügung quittierte, da damals die Bauschsumme aus dem Bezirksfonds in allen Bezirken, auch den steuerkräftigsten, weit über die 25 Prozent des Steuerertrages hinausging. Schon in wenigen Jahren haben sich die Verhältnisse so gewaltig verändert, daß heute der Satz von 25 Prozent bereits eine wirkliche Bedeutung erlangt hat. Die Steuererträge einiger Bezirke sind in den letzten Jahren derart schnell gestiegen, daß jetzt, was 1909 niemand vermutete, schon 25 Prozent der Einnahme, auch gegenüber der großen Belastung des neuen Bezirksfonds, eine ansehnliche Summe darstellen. In den Bezirken Muansa und Tabora z. B. sind im Jahre 1912 je über 800 000 Mark (600 000 Rupien) Steuern eingegangen. Davon 25 Prozent = 200 000 Mark (150 000 Rupien) sind im Verhältnis zu den laufenden Bezirksbedürfnissen bedeutende Summen, die der Bezirksverwaltung schon eine nennenswerte Selbständigkeit in ihrer Finanzwirtschaft verleihen.

So willkürlich nun auch der Satz von 25 Prozent im Jahre 1909 gewesen ist, so enthielt die Maßnahme an sich doch ein durchaus richtiges Prinzip, das wohl wert wäre, weiter ausgebaut zu werden. Die Bezirksverwaltung, wie überhaupt der ganze Bezirk, muß ein eigenes Interesse daran haben, daß hohe Einnahmen in ihm aufgebracht werden. Muß der Bezirk alles bis auf den letzten Rest an die Zentrale abliefern, und steht es ganz im Ermessen der letzteren, wieviel davon sie ihm für seine Bedürfnisse zurückgeben will — wie es offenbar 1909 vom Reichs-Kolonialamt beabsichtigt war —, so fehlt das unmittelbare, das sachliche Interesse an der Höhe der Einnahmen. Wenn das Pflichtbewußtsein der Beamten auch keineswegs gering eingeschätzt werden soll, so ist es doch eine alte Erfahrungstatsache, daß diejenigen Einnahmen die höchsten Ziffern aufweisen, über deren Ertrag der Beamte auch ganz oder teilweise selbst verfügen kann.

Digitized by Google

Ob der Satz von 25 Prozent für die heutigen Verhältnisse passend ist, ob ein anderer an seine Stelle zu setzen, oder ob auch für die einzelnen Bezirke je ein besonderer Satz zu normieren, ob ferner nur ein Anteil an der Hütten- und der Gewerbesteuer oder auch an anderen einheitlich geregelten Steuern und Abgaben zu gewähren ist, darüber werden nur an der Hand der Praxis auf Grund eingehender Untersuchungen Vorschläge gemacht werden können. Es sind da die verschiedensten Variationen möglich, und es dürfte bei gutem Willen nicht schwer sein, eine Norm zu finden, durch die alle Bezirke in die Lage kommen, eine selbständige Tätigkeit im Finanzwesen auszuüben.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die sogenannten örtlichen Einnahmen, und zwar sowohl die örtlichen Steuern (auf Lustbarkeiten, einheimische alkoholhaltige Getränke, Hunde usw.), als auch die Einnahmen aus örtlichen monopolartigen und auch freien Betrieben (Markthallen, Schlachthäuser usw.). Diese Einnahmen werden für jeden Bezirk, zum Teil sogar nur für einzelne Ortschaften eines Bezirks, gesondert geregelt. Die dazu nötigen Verordnungen und Tarife gehen vom Bezirksamtmann aus, wenn sie auch der Genehmigung des Gouverneurs bedürfen. Die Bezirksverwaltung hat also unmittelbaren Einfluß auf den Umfang der Abgabenerhebung. Andererseits ist es schwierig, die Erträge aus diesen Einnahmen bezirksweise miteinander zu vergleichen, da die Voraussetzungen für ihre Erhebung eben überall verschieden sind. Es fehlt daher ein wirksamer Anreiz für die Bezirksverwaltung, auch auf diesem Gebiete hohe, etwa andere Bezirke übertreffende Erträge zu liefern. Und doch hängt gerade bei den örtlichen Abgaben und bei der Bewirtschaftung der lokalen Betriebe ein hoher Ertrag ganz wesentlich ab von dem ihnen zugewandten Interesse, hängt ab von der Kleinarbeit, die bei diesen aus lauter geringfügigen Posten sich zusammensetzenden Einnahmen nach bekanntem Rezepte die Pfennige für den Taler zusammensucht. Gerade diese Einnahmen eignen sich deshalb ganz besonders dazu, aus ihrem Ertrage einen Anspruch des Bezirks an den Ausgabefonds herzuleiten. Aus eben denselben Erwägungen waren ja auch diese Einnahmen früher den Kommunen überlassen (einige wenige Ausnahmen spielen keine Rolle), ebenso wie auch jetzt wieder in Daressalam und Tanga den Stadtgemeinden. Würde meinem Vorschlage Folge gegeben, so hätte man folgendes: Der Bezirk, vertreten durch Bezirksamtmann und, soweit vorhanden, Bezirksrat, setzt durch Verordnung, die natürlich, wie auch bei den Stadtgemeinden, der Genehmigung der Zentrale bedarf, die örtlichen Steuern fest, bestimmt in gleicher Weise über die Einrichtung monopolartiger Betriebe, hat ferner natürlich auch die Befugnis, privatwirtschaftliche Betriebe zu schaffen; alle hieraus fließenden Einnahmen verbleiben ungeschmälert dem Bezirk dergestalt, daß er Anspruch an den Bezirkverwaltungsfonds in Höhe dieser Einnahmen hat. Damit hätten die Bezirke das erstrebte Einnahmerecht unter Beibehaltung der jetzigen Etatsform und ohne Wiederherstellung von Kommunen mit eigener Rechtspersönlichkeit zurückerhalten. Voraussetzung für die Wirksamkeit des Vorschlages wäre allerdings, daß gleichzeitig, wie oben vorgeschlagen, den Bezirken auch ein bestimmter Steueranteil zugewiesen wird. Es würde ihnen dann nur der durch diese Zuweisungen nicht gedeckte Rest ihres Ausgabebedarfs als Abfindungssumme — gewissermaßen als Zuschuß — zugewiesen werden und jede Steigerung der Einnahmen ihrem Fonds zugute kommen. Dann aber wäre auch eine finanzielle Selbständigkeit der Bezirke geschaffen, die sie auf eine Stufe mit den Städtegemeinden Daressalam und Tanga stellen würde.

Eine solche Regelung ist auch, wie nun einmal die Verhältnisse in Ostafrika liegen, aus mancherlei Gründen der Wiedereinrichtung von Bezirkskommunen, wenigstens für jetzt, vorzuziehen. Ganz abgesehen davon, daß die Wiederherstellung der Kommunen wiederum eine große Umwälzung im Etat und in der ganzen Finanzwirtschaft hervorrufen würde, während doch gerade im Schutzgebiete Stetigkeit in der Verwaltung dringend erwünscht ist, bietet auch die jetzige Einrichtung, der Bezirksverwaltungs-

Digitized by Google

fonds, mancherlei Vorteile. Zunächst wird die schwierige Frage umgangen, welche Bezirke denn nun Kommunen erhalten, welche kommunelos bleiben sollen. Will man etwa in allen Bezirken Kommunen schaffen? Soll es auch Kommunen ohne Bezirksrat geben? Was soll mit den Residenturbezirken werden? Alles schwer zu entscheiden und eine dauernde Quelle von Klagen und Beschwerden, während die Vorteile der etatrechtlichen Stellung des Bezirksverwaltungsfonds ohne weiteres allen Bezirken, den reichsten wie den unentwickeltsten, gleichmäßig zugute kommen und in ihrer Ausgestaltung ganz automatisch jedem Stadium der Entwicklung Rechnung getragen werden kann. Weiter: welche Aufgaben sollen den neuen Kommunen zugewiesen werden? Schon zur Zeit der früheren Kommunen ist viel experimentiert worden. In bezug auf Schulen, Wegebauten u. a. ist man bis zum Schluß nicht recht zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen; bei den landwirtschaftlichen Betrieben und Aufgaben ist man es sogar bis heute auch beim Bezirksverwaltungsfonds noch nicht. Es würde also voraussichtlich wieder der alte Streit um die einzelnen Verwaltungsausgaben beginnen. Fiskus und Kommune ständen sich wieder als getrennte Rechtssubjekte gegenüber und würden wieder wie früher bei den geringfügigsten Anlässen endlose Verhandlungen über eine strittige Einnahme oder Ausgabe oder über Ansprüche des einen gegen den anderen führen, wie sie infolge des ständigen Ineinandergreifens der beiden Verwaltungen gar nicht zu vermeiden sind. Entstehen demgegenüber jetzt Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Einnahme oder Ausgabe dem Bezirksverwaltungsfonds oder einem der sogenannten Zentralfonds zuzuteilen ist, so entscheidet der Gouverneur, und das ist unter den heutigen, immerhin doch noch recht urwüchsigen Verhältnissen auch das einzig Richtige. Etatrechtlich sind solche Fragen heute von keiner großen Bedeutung; denn schließlich bleibt der Betrag innerhalb desselben Etats, wo auch ein späterer Ausgleich leichter ist, als wenn sich die Kassen zweier verschiedener juristischer Personen — Fiskus und Kommune — gegenüberstehen. Erinnerungen des Rechnungshofes in dieser Richtung können eher niedergeschlagen, ebenso aber auch leichter durch Umbuchung ausgeglichen werden. Und nun schließlich noch: Wie soll es bei Wiedereinrichtung von Kommunen mit den allgemeinen Verwaltungskosten der Bezirke, den Bureaukosten, Reisekosten, Gebäudeunterhaltung usw. werden? Besteht eine Kommune mit besonderer juristischer Persönlichkeit, so muß sie doch wohl auch ein besonderes Bureau usw. halten. Sie muß dann also wieder wie früher, wenn sie kein eigenes Haus besitzt, vom Fiskus ein Zimmer mieten, muß ihre besonderen Vorräte an Bureaumaterialien halten usw. usw., während der Fiskus andererseits für seinen Bedarf doch auch das gleiche tun und alles, was er etwa von der Kommune mitbenutzt, vergüten muß. Mit vielen anderen Ausgabearten (Baumaterial, Botenlöhnen usw. usw.) würde es sich ähnlich verhalten, überall würden wieder doppelte Bestände und Hin- und Hervergütungen entstehen. Um wieviel einfacher ist es da doch jetzt, wo nicht nach getrennten Finanzkörpern, sondern nur nach Etatsfonds derselben Verwaltung geschieden wird. Alle Ausgaben des Bezirksamts trägt der Bezirksverwaltungsfonds, soweit nicht ausnahmsweise durch den Etat einmal besondere Mittel für einen bestimmten Zweck vorgesehen sind. Etwas Bequemeres kann es gar nicht geben. Bei den Reisekosten enthielt ja zwar auch die frühere Kommunalverfassung eine ebenso einfache Regelung. Die Verordnung über die Aufgaben der Kommunen bestimmt ganz kategorisch, daß alle Reisen des Personals der Bezirksverwaltung von der Kommune zu bezahlen seien ohne Rücksicht darauf, ob die einzelne Reise im Interesse der Kommune oder der allgemeinen Bezirksverwaltung oder auch im Interesse eines ganz bestimmten fiskalischen Zwecks, vielleicht gar privatwirtschaftlicher Natur, ausgeführt wurde. So mußten die Kommunen z. B. die Kosten tragen, wenn der Bezirksamtmann eine Reise unternahm, um herrenloses Land für den Fiskus in Besitz zu nehmen. Diese völlig widersinnige und auf die Dauer unhaltbare Bestimmung gab erklärlicherweise stetigen Anlaß zu Klagen und Beschwerden. Bei einer Neueinrichtung von Kommunen sie

Digitized by Google

wiederherzustellen oder gar noch auf anderen Gebieten sie nachzuahmen, d. h. alle Ausgaben des Bezirksamtes, auch die für ausgesprochen fiskalische Zwecke, der Kommune aufzuerlegen, wird im Ernst wohl niemand vorschlagen; denn das hieße die Einrichtung rechtsfähiger Kommunen mit eigener Finanzwirtschaft zur Farce machen. Erwähnt werden mag zum Schluß auch noch die Frage des weißen Personals der Kommunen. Ohne weißes Personal werden die Kommunen nicht auskommen können. Stellen sie aber solches an, so entstehen wieder die früheren Schwierigkeiten in bezug auf lebenslängliche Anstellung, Pensionierung, Nebenbezüge, Heimatsurlaub, Vertretung usw., und die Kommunalbeamten sind wieder in Gefahr, gegen die Beamten des Gouvernements ganz erheblich ins Hintertreffen zu geraten. So ergibt sich, daß die Kommunalverfassung keineswegs nur eitel Vorteile im Gefolge hat.

Der Bezirksverwaltungsfonds ist aber auch weit beweglicher als eine Anzahl verschiedener, untereinander streng getrennter selbständiger Kommunaletats. Die Bezirkseinteilung des Schutzgebiets kann auf lange Zeit hinaus noch nicht für abgeschlossen gelten; neue Bezirke werden durch Abteilung von alten, die zu groß geworden sind, gebildet, die Grenzen unter den einzelnen Bezirken werden verändert, auch völlig neue Einteilungen werden vorgenommen, wie vor einigen Jahren, als Mpapua und Kilimatinde zusammengelegt und in Dodoma und Kondoa wieder auseinandergeschnitten wurden. Alles das vollzieht sich jetzt in finanzieller Beziehung, ich möchte sagen, lautlos. Hätten die Bezirke Kommunen, so wären schwierige finanzielle Auseinandersetzungen nötig. Auch die Entwicklung der Bezirke und damit die ihrer Einnahmen ist verschieden. Einer Kommune kann es passieren, daß ihre Einnahmen auch einmal ganz und gar nicht ausreichen, wie es z. B. in Sfongea nach dem Aufstand der Fall war. Sie ist dann in einer sehr mißlichen Lage, und erhebliche Kulturwerte können gefährdet werden. Der Bezirksverwaltungsfonds kann dagegen stets den jeweiligen Stand der Entwicklung berücksichtigen, kann Zuschüsse geben, wo die durch den Etat festgelegten Ansprüche an den Fonds nicht ausreichen, kann ganz nach dem Bedarf des einzelnen Jahres handeln. Daß aber beim Notleiden einer Kommune alsbald der Fiskus mit seinen Mitteln einspringen solle, ist doch wohl nicht gut zu verlangen; denn eine Finanzverfassung kann nicht in dem Sinne gemeint sein, daß sie nur gelten soll, solange die Kommunen Vorteil von ihr haben, daß sie aber außer Kraft tritt, sobald die Bezirke in den Nachteil geraten.

Es bleibt nunmehr noch zu erörtern, welche Wirkungen die Festlegung bestimmter Ansprüche der Bezirke an den Bezirksverwaltungsfonds im Etat und in der Buchführung haben wird. Dafür ist es von Interesse zu sehen, wie zurzeit Einnahmen des Bezirksverwaltungsfonds behandelt werden. Es fließen nämlich auch jetzt schon dem Bezirksverwaltungsfonds einige Einnahmen zu, und zwar zumeist die Einnahmen aus solchen privatwirtschaftlichen Betrieben, deren Unterhaltungs- und Betriebskosten aus dem Fonds bestritten werden, z. B. die Einnahmen aus der Poliklinik, aus der Werkstatt der Handwerkerschulen, aus Landwirtschaft und Viehzucht u. a. m. Diese Einnahmen werden entgegen dem sonst im Etat herrschenden sogenannten Bruttoprinzip dem Ausgabefonds unmittelbar wieder zugeführt derart, daß ihr Betrag von der Summe der Ausgaben abgezogen und nur der Rest als kassenmäßige Ausgabe angesehen wird. Das geschieht laut Vorschrift in der Weise, daß derartige Einnahmen im Kassenbuche tatsächlich in derselben Spalte wie die Ausgabe für den betreffenden Zweck verbucht werden. Um sie von den Ausgabezahlen unterscheiden zu können, werden sie durch Eintragung in roter Schrift oder durch rote Umrandung besonders kenntlich gemacht. Bei der Aufrechnung der Seite wird dann in jeder Spalte als Ergebnis die nach Abzug der Einnahmeposten verbleibende Ausgabesumme verzeichnet. Dies Verfahren ist sehr umständlich und für die Kassenbeamten eine ständige Quelle von Fehlern und Irrtümern. Dazu kommt, daß es die gesonderte Feststellung der Einnahmen und Ausgaben unnütz erschwert. Ein solches Verbuchen von sogenannten negativen Zahlen

Digitized by Google

mag angehen, wo es sich um wirkliche Rückbuchung von Ausgaben handelt, wo also eine bestimmte Ausgabe zu ihrem vollen oder zu einem Teilbetrag erstattet wird. Aber Einnahmen, d. h. wirkliche wirtschaftliche Einnahmen, zu negativen Ausgaben zu stempeln, das geht doch etwas zu weit, und es ist dringend Abhilfe nötig. Es kann deshalb auch nicht etwa die Folge des obigen Vorschlages sein, daß künftig noch mehr fiskalische Einnahmen, nämlich die Beträge, auf deren Verwendung die Bezirke einen Anspruch erhalten sollen, in den Kassenbüchern und demgemäß auch im Etat zu negativen Ausgaben werden. Mein Vorschlag ist keineswegs so gemeint. Vielmehr geht bei ihm der Gedanke dahin, daß die in Frage stehenden Einnahmen im Etat und im Kassenbuch auch Einnahmen bleiben sollen, und daß der Einfluß, den sie auf die Bauschsumme der Bezirke aus dem Bezirksverwaltungsfonds ausüben, nicht im Kassenbuche des Bezirksfonds, sondern lediglich im Wirtschaftsplan zum Ausdruck kommt. Um das zu ermöglichen, muß eine entsprechende Bestimmung in den Etat aufgenommen werden, etwa in folgender Form: Es wird ein besonderer Einnahmetitel eingerichtet mit der Bezeichnung „örtliche Einnahmen der Bezirksverwaltung" und mit besonderen Positionen für „örtliche Steuern und Abgaben", „Einnahmen aus öffentlichen Anlagen und Einrichtungen (Markthallen usw.)" und „sonstige örtliche Einnahmen der Bezirksverwaltung". Hier werden die betreffenden Einnahmen mit ihrem mutmaßlichen Ertrage in den Etat eingesetzt. Sodann wird der dispositive Vermerk beim Bezirksverwaltungsfonds so gefaßt, daß in ihm die Bestimmungen über die Neuregelung zum Ausdruck kommen. Der bisherige Vermerk lautet: „Dieser Fonds wird dem Gouverneur zur Selbstbewirtschaftung gewährt. Aufkommende Einnahmen verbleiben dem Fonds. Vor der Festsetzung der den einzelnen Verwaltungsbezirken zu gewährenden Bauschsummen ist der Gouvernementsrat zu hören." Künftig könnte es etwa lauten: „Dieser Fonds wird dem Gouverneur zur Selbstbewirtschaftung gewährt. Die Verfügung über den Fonds trifft der Gouverneur nach Anhörung des Gouvernementsrats (später unter Umständen: unter Zustimmung des Landesrats) derart, daß den einzelnen Bezirken aus dem Fonds Bauschsummen (richtiger Abfindungssummen) zur Bewirtschaftung überwiesen werden. Dieser Verfügung unterliegt nicht ein Betrag in Höhe von 25 (oder soundso viel) Prozent des Anschlags bei Kapitel 1, Titel 1 der Einnahmen (Steuern), sowie ferner ein Betrag in Höhe des gesamten Anschlags bei Kapitel 1 der Einnahmen (örtliche Einnahmen der Bezirksverwaltung). 25 Prozent der erstgenannten und der Gesamtertrag der letztgenannten Einnahmen fließen in den einzelnen Bezirken der ihnen vom Gouverneur überwiesenen Bauschsumme (Abfindungssumme) aus diesem Fonds zu. Uebersteigen bei den genannten Einnahmetiteln die Einnahmen den Anschlag, so fließen 25 Prozent der Mehreinnahme bei dem erstgenannten und die gesamte Mehreinnahme bei dem letztgenannten Titel diesem Fonds zu; bleiben sie hinter dem Anschlage zurück, so ermäßigt sich im gleichen Verhältnis der Ansatz dieses Fonds." Ist der Etat in dieser Form genehmigt worden, so verfügt der Gouverneur nur über den Teil des Bezirksverwaltungsfonds, der nach Abzug von 25 Prozent der Steuern und des Gesamtbetrages der örtlichen Einnahmen verbleibt, und teilt jedem Bezirk als Abfindungssumme nur den Betrag seines Bedarfs abzüglich der voraussichtlichen örtlichen Einnahmen nebst 25 Prozent der Steuern zu, indem gleichzeitig verfügt wird, daß diese Abfindungssumme sich um 25 Prozent des Steuereingangs sowie um den Ertrag der örtlichen Einnahmen erhöht. Die vom Gouverneur zu überweisende Summe ist dann gewissermaßen der Zuschuß zu den aus eigener Wirtschaft dem Bezirk zur Verfügung stehenden Mitteln. Dieser Zuschuß würde bei unentwickelten oder stark belasteten Bezirken groß, bei reichen Bezirken gering sein oder auch ganz wegfallen. So würde der Verteilungsplan des Gouverneurs ein weit besseres Bild davon geben, wieviel die Allgemeinheit für die einzelnen Bezirke aufzuwenden hat.

Wird nach diesem Vorschlage verfahren, so werden von den Kassen alle Einnahmen auch als Einnahmen gebucht, und zwar auch diejenigen, die, wie oben erwähnt, bisher als

Digitized by Google

negative Ausgaben in den Büchern erscheinen. Diese können künftig im Etat unter dem Titel der örtlichen Einnahmen der Bezirksverwaltung in einer oder mehreren besonderen Positionen veranschlagt werden und haben dadurch infolge des vorgeschlagenen Etatsvermerks denselben Einfluß auf die Höhe der Wirtschaftssumme des Bezirks, wie wenn sie, wie bisher, von der Ausgabe zurückgerechnet werden. So ist auch die umständliche Verbuchung negativer Zahlen zu einem großen Teile aus der Welt geschafft.

Es sei noch erwähnt, daß in dem oben vorgeschlagenen Etatsvermerk mit Absicht der ganze Titel Steuern benannt ist (nicht bloß die beiden Positionen Hütten- und Gewerbesteuer), weil nämlich ein solcher dispositiver Vermerk, der über die Mehr- oder Mindereinnahme gegenüber dem Anschlag Bestimmung trifft, naturgemäß sich nur auf einen ganzen Titel beziehen kann und nicht etwa nur auf eine Position, für die ein „Anschlag" im Sinne des Etatsgesetzes überhaupt nicht vorhanden ist. Es hat auch wohl keine Bedenken, die Erbschaftssteuer in die Bezirksanteile einzubeziehen, da sie ähnlicher Natur ist wie die Hütten- und die Gewerbesteuer. Will man Salzabgabe und Spielkartensteuer frei lassen, so mag man sie aus dem Titel Steuern herausnehmen und dem Titel Zölle, dem sie innerlich näher stehen, und der dann, wie im Reichsetat, „Zölle und Verbrauchssteuern" zu überschreiben wäre, anschließen.

Der Vollständigkeit halber sei noch einiges über die Handhabung der Fondsbewirtschaftung des Bezirksfonds in der Praxis gesagt. Die Verteilung der zu Beginn eines Rechnungsjahres vorhandenen Mittel (die Etatsbewilligung des laufenden und der unverbrauchte Rest des vorhergehenden Jahres) geht in der Weise vor sich, daß jeder Bezirk einen Bedarfsplan einreicht, auf Grund dessen ihm der Gouverneur nach seinem Ermessen und „nach Anhörung des Gouvernementsrats" (s. oben) die von ihm als notwendig anerkannten Mittel in einer Gesamtsumme (Wirtschaftssumme, Abfindungssumme, Bauschsumme) zuweist. Hierbei wird natürlich ein Teil des Fondsbestandes vom Gouvernement zurückbehalten, aus dem im Laufe des Jahres für besondere Zwecke Zuschußüberweisungen erfolgen. Die Verteilung der überwiesenen Wirtschaftssumme auf die einzelnen Ausgabezwecke durch einen Wirtschaftsplan ist Sache der Bezirksverwaltung. Die Vorschriften darüber sowie über spätere Aenderungen des Planes, über die etwaige Notwendigkeit von Genehmigungen durch den Gouverneur usw. liegen in der Hand des Gouverneurs, der mithin an sich in der Lage wäre, die Bewirtschaftung der Bezirksbauschsummen vollständig unter seine Kontrolle zu ziehen. Soweit bekannt, ist letzteres aber bisher nicht geschehen, vielmehr den Bezirksverwaltungen weitestgehende Befugnis über die Verwendung ihrer Bauschsummen eingeräumt worden, wie das ja auch bei Schaffung des Fonds in der Absicht der maßgebenden Stellen gelegen hat. Bei dieser Tätigkeit der Fondsbewirtschaftung wird der leitende Beamte der Bezirksverwaltung beraten durch den Bezirksrat. Die dahingehende Tätigkeit des Bezirksrats ist geregelt in der allgemeinen Verordnung über die Bildung von Bezirksräten. Diese bestimmt, daß der Bezirksrat bei Aufstellung der dem Gouverneur vorzulegenden Bedarfsnachweisung und demnächst nach eingetroffener Ueberweisung der Jahreswirtschaftssumme bei Aufstellung des Wirtschaftsplanes beratend mitzuwirken hat. Der Bezirksrat hat also keinen bestimmenden Einfluß auf die Finanzgebarung des Bezirks. Vor allem fehlt ihm die Mitwirkung bei späteren Abänderungen des Wirtschaftsplanes sowie auch noch die Prüfung der Abrechnung. Bestrebungen auf Erweiterung der Befugnisse des Bezirksrates werden an diesem Punkte einzusetzen haben.

Zum Schluß ist noch zu erwähnen, daß aus dem Bezirksverwaltungsfonds auch die Zuschüsse entnommen werden, welche das Gouvernement den Städten Daressalam und Tanga zu ihren Verwaltungskosten gewährt. Diese beiden Stadtverwaltungen, die einzigen rechtsfähigen Gemeinden, die aus der alten Kommunalverfassung übriggeblieben sind, haben bei der Neuregelung ihrer Finanzverfassung nur einen recht bescheidenen Teil der öffentlichen Einnahmen zugewiesen erhalten. Von allen sonst dem Gouvernement vorbehaltenen Aufkünften sind ihnen nur die oben erwähnten sogenannten

Digitized by Google

örtlichen Abgaben (Ngoma-, Tembo-, Hundesteuer u. dgl.) sowie die Erträge der örtlichen monopolartigen Betriebe (Markthallen, Fähren usw.) zu eigenem Recht überlassen. Anteile an den vom Gouvernement festgesetzten Landessteuern (Kopfsteuer und Gewerbesteuer) sind ihnen nicht überwiesen. Man hat ihnen vielmehr nach heimischem Muster das Recht verliehen, Zuschläge zu diesen Steuern zu erheben, so daß also in den Städten die Pflichtigen höhere Steuersätze zu entrichten haben als sonst im Schutzgebiete. Als Ersatz für die nicht erfolgte Zuweisung von Anteilen an Landessteuern ist offenbar der Zuschuß aus dem Bezirksverwaltungsfonds gedacht. Es würde deshalb in den Rahmen der obigen Anregung passen, wenn demnächst auch die Höhe dieses Zuschusses mit dem Ertrage der Kopf- und der Gewerbesteuer in Zusammenhang gebracht, d. h. wenn den Städten ein Anspruch auf einen Zuschuß in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieser Steuern eingeräumt würde. Bei der Beratung über Annahme der neuen Stadtverfassung ist eine ähnliche Forderung mehrfach erhoben worden, leider ohne Erfolg. Hoffen wir, daß sich die maßgebenden Stellen schon bald sowohl den beiden Städten als auch den Bezirken gegenüber bereitfinden werden, zugunsten der letzteren auf das Verfügungsrecht über größere Teile der Landeseinnahmen zu verzichten.

Deutsch-ostafrikanische Be- und Entwässerungsprojekte.

Von Ing. G. Goldberg. Berlin-Lichterfelde.

Es ist eine volkswirtschaftlich längst festgestellte Tatsache, daß Deutschland seine Kolonien dringend nötig braucht, um bei der Uebervölkerung des Mutterlandes nicht, wie dies schon seit Jahrzehnten geschieht, auch fernerhin alljährlich Zehntausende an fremde Nationen, nach Amerika, Australien usw. abzugeben und zu verlieren. Der Konjunkturniedergang in einem großen Industriezweige kann genügen, um zahllose Arbeiter mit ihren Familien brotlos zu machen und zur Auswanderung zu zwingen. Es ist daher die Pflicht der Regierung, möglichst weite Strecken unserer Kolonien besiedlungsfähig zu machen, Wasser zu erschließen, eventuell Bewässerungsanlagen zu schaffen und andererseits Sümpfe auszutrocknen, welche immer in hygienischer Beziehung eine hohe Gefahr für die umliegenden Gebiete bilden.

In letzter Zeit war es hauptsächlich Deutsch-Ostafrika, wo diesbezügliche Be- und Entwässerungsprojekte auftauchten und Gegenstand der Untersuchung wurden. Im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts hat besonders der Geheime Oberbaurat Schmick, München, in Deutsch-West- und -Ostafrika wassertechnische Studien betrieben und ist auf der Versammlung vom 21. November 1910 der Kolonial-Technischen Kommission des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees und auch später sehr warm für folgende Entwürfe eingetreten: 1. Wassertechnische Regulierung innerhalb der Mkattasteppe, 2. Bewässerung des Viktoriaseegebietes, 3. Bewässerung des Paregebiets am oberen Pangani, und 4. Regulierungsarbeiten im Gebiet des Ruvuflusses. Von diesen vier wassertechnischen Projekten sind seitdem insbesondere zwei, denen eine wirtschaftlich höhere Bedeutung beigemessen wird, ausführlicher ausgearbeitet worden. Es sind dies die Arbeiten, welche innerhalb der Mkattasteppe und südöstlich des Viktoria-Sees geplant worden sind.

Die Mkattasteppe ist insofern nicht ohne Bedeutung, als sie in ihrer vollen Breite von rund 7 Kilometern von der ostafrikanischen Zentralbahn durchzogen wird. Sie liegt zwischen Morogoro und Kilossa, genauer zwischen den Stationen Mkatta und Kimamba. Die große, flache Steppe gehörte früher zu den verrufensten Stellen der alten Karawanenstraße, denn dieselbe stellt zur Zeit der Trockenheit ein ödes Gebiet ohne Pflanzenwuchs dar, der sich während der Regenzeit in einen fast undurchdringlichen Sumpf verwandelt. Aus dem Gebirge strömen nämlich dann große Wassermassen in die Steppe, hauptsächlich die beiden Flüsse Mkatta und Wami. Die Flußbetten beider Ströme sind jedoch durch Gras, Bäume, Sand usw. derartig ausgefüllt und verstopft,

Digitized by Google

zudem erschweren zahlreiche, scharfe Flußwindungen den schnellen Abfluß, so daß zur Zeit des Hochwassers die gesamte Steppe ein weites Ueberschwemmungsgebiet bildet. Bemerkenswerterweise wachsen in der nassen Zeit auf der Steppe alle diejenigen Gräser, welche guten Baumwollboden kennzeichnen; bei einer entsprechenden Flußregulierung, durch welche das Wasser rechtzeitig zurückgehalten würde, um dann nach und nach dem Lande je nach Bedarf zugeführt zu werden, könnte demnach ein größeres Gelände — nach dem ersten, ungefähren Ueberschlag zirka 50 000 Hektar — dem Baumwollanbau erschlossen werden.

Der spezielle Vorentwurf beschäftigt sich zunächst nur mit einem nördlich der Eisenbahnlinie gelegenen Gebiet, welches von den Wasserläufen des Wami, Kissagata und Tame durchströmt wird. Das eingeholte Gutachten eines landwirtschaftlichen Sachverständigen bezeichnet das Gebiet als zur Bewässerung gut geeigneten Boden. In Aussicht genommen ist zunächst ein 3000 Hektar großes Gebiet, welches von der Station Kimamba nur drei Kilometer entfernt ist. Hierzu wird zuerst nur der Wami herangezogen, indem ein Teil der Niederwasser dieses Flusses benutzt würde. Bei günstigem Verlauf dieses ersten Versuches könnten später nicht nur die gesamten Niederwasser des Wami, sondern auch diejenigen des Kissagata und Tame der Berieselung dienen und dementsprechend auch das Bewässerungsgebiet ausgedehnt werden.

Nach an Ort und Stelle nachgeprüften Veranschlagungen wären zu einer alle zehn Tage stattfindenden Bewässerung von 300 Hektar rund 1,23 Kubikmeter pro Sekunde, welche 24 Stunden lang ausströmen, erforderlich. Es sind dabei pro Hektar 4,1 Liter in der Sekunde in Ansatz gebracht worden. Bei 24 stündigem Betrieb würden auf diese Weise binnen zehn Tagen 3000 Hektar bewässert, worauf das Spiel wieder von neuem begönne. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Baumwollpflanzungen nur einer sechsmonatigen Bewässerung bedürfen. Erfolgt die Aussaat im März, so könnte demnach die Bewässerung bis zur Ernte im September erfolgen. In jenen Gegenden fallen im Juni, Juli und August die geringsten Regenmengen; da nun für die reifende Baumwolle Regen schädlich ist, so müßten die Sommermonate zur Baumwollkultur benutzt werden.

In der fraglichen Zeit ist während zweier aufeinander folgender Jahre am Wami als niedrigste Wassermenge 1,77 Kubikmeter pro Sekunde festgestellt worden. Ein Wehr unterhalb der Einmündung des Kissungusi in den Wami würde dem Fluß vorläufig 1,23 Kubikmeter Wasser entnehmen und vermittels Bewässerungskanälen den rechtsseitig gelegenen Flächen mitteilen. Da der Fluß bei seinem Austritt aus dem Gebirge ziemlich tief eingeschnitten ist, muß ein fester Wehrkörper von 4,50 Metern über der Flußsohle errichtet werden, auf dem sich Grundlaufschützen mit Aufzugvorrichtungen und Staubrettern, welche durch Hand bedient werden, aufbauen. Die freigelegte Wehrkrone läßt 111 Kubikmeter, eine doppelt so große Wassermenge, wie als Höchststand beobachtet wurde, ohne Schaden überfallen.

Das Kanalnetz zweigt oberhalb des Wehres zunächst in zwei Hauptkanälen ab, von denen sich der eine nach links und der andere nach rechts wendet. Dieselben sind durch Schützen je nach Bedarf zu öffnen oder zu schließen. Der rechte Hauptkanal weist eine Länge von 10,4 Kilometern und ein Gefäll von 1 : 2500 auf. Zehn Schützen dienen dazu, jeden der zehn Flächenteile von je 300 Hektar einzeln zu bewässern. Zubringerkanäle, welche von den Hauptkanälen abgehen, enthalten gleichfalls kleinere Stauschützen.

Sollte sich das so weit durch die Kolonial-Technische Kommission ausgearbeitete Projekt in der Praxis bewähren, so wäre es leicht, weitere 1020 Hektar der Bewässerung anzuschließen, zu welchem Zweck dem Wami weitere 0,42 Kubikmeter pro Sekunde entnommen werden müßten, was leicht möglich wäre. Wird auch die niedrigste bekannte Wasserführung von 0,46 Kubikmetern pro Sekunde des Kissagata in Benutzung ge-

Digitized by Google

nommen, so steigert sich das zu bewässernde linksseitige Ufer des Wamigebiets um 1120 Hektar, wozu nur sehr einfache Wehre und Kanalbauten gehören. Zieht man auch das Wasser des Tame mit 1,0 Kubikmetern mit hinein, so vergrößert sich die bewässerte Fläche um abermals 2440 Hektar. Bei fertigem Ausbau würden demnach die niedrigst bekannten Wassermengen der drei Flüsse ausreichen, um 7580 Hektar zu bewässern.

Bei diesem ersten Projekt kann jedoch ein Anschluß zwischen dem Kissagatabewässerungsgebiet und dem Tamebewässerungsgebiet nicht stattfinden, da das Niederwasser zur Bewässerung der dazwischenliegenden Gelände nicht ausreicht. Eine solche wird nur möglich, wenn bei Anwendung von Talsperren auch das Hochwasser eine Ausnutzung erfährt. Ein genereller Vorentwurf beschäftigt sich auch mit einem derartigen Projekt. Die Untersuchung ergab, daß sich in allen drei Gebirgstälern verschiedene Stellen finden, welche sich bei Errichtung von Sperrmauern oder Staudämmen zu Talsperren eignen würden. Diejenige des Wamitals ist insofern die ungünstigste, da sie weit von der Ebene abliegt und sich auch als ziemlich unzugänglich erweist. Die Sperre müßte eine Mauerhöhe von 45 Metern haben, könnte dann aber wahrscheinlich eine Wassermenge von 22 000 000 Kubikmetern zurückhalten. Die Wasser des Kissagata lassen sich in einem Talkessel kurz vor Eintritt des Flusses in die Ebene durch einen 16 Meter hohen Staudamm absperren, welcher 14 600 000 Kubikmeter Wasser zurückzuhalten vermag. Durch diese Wassermenge könnte eine Fläche von 2290 Hektar sechs Monate lang bewässert werden. Die Hochwasser des Beobachtungsjahres 1910 hätten genügt, um ein Gelände von 17 000 Hektar oder zusammen mit den durch das Niederwasser befeuchteten Flächen rund 25 000 Hektar Land zu bewässern, ein immerhin nicht zu unterschätzendes Gebiet.

Endlich steht mit diesem Projekt noch die Sumpfentwässerung bei Kilossa in Zusammenhang, durch welche die Eisenbahnlinie gegen Hochwasser geschützt und der Gesundheitszustand jener Gegenden wesentlich gehoben werden könnte. Kilossa liegt bis jetzt in sehr ungesunder Lage, dort, wo die Zentralbahn die Mkattaebene verläßt. Die Entstehung der hier vorhandenen Sümpfe ist darauf zurückzuführen, daß die Eingeborenen zu ihren Zwecken auf sehr primitive Art das Wasser anstauen und in ihre Reis- und Baumwollfelder ableiten. Hierbei wird dasselbe am Ablaufen verhindert, breitet sich aus und bildet Sümpfe, welche sich zu Moskitosherden entwickelt haben und eine Gefahr für den Gesundheitszustand der Umgebung bilden. Der Ort liegt leider nur ½ bis 2 Meter über dem Wasserspiegel des Sumpfes, Grundwasser ist schon in 30 Zentimeter Tiefe zu finden. Bei starkem Regen ist der Ort häufig fußtief überschwemmt, da das Wasser nach dem angeschwollenen Sumpf nicht abfließen kann. Dazu verändern sich die Sumpfarme bei jedem Hochwasser und gefährden infolgedessen auch den Eisenbahndamm, welcher an zwei Stellen nur wenige Zentimeter über dem Niederwasserspiegel des Sumpfes liegt. Typhusfälle in Kilossa sind sehr häufig, desgleichen ist die Moskitoplage fast unerträglich.

Der Ort Kilossa ist schon heute nicht ohne Bedeutung: er besitzt eine Bezirksnebenstelle, einen nicht unwichtigen Markt, Plantagen und größere Pflanzungen in der Nähe, Missionen usw. Seine Entwicklung wäre mit Sicherheit schneller und günstiger zu erwarten, wenn es gelänge, durch Beseitigung der nahen Sümpfe den Gesundheitszustand zu heben. Hierzu wäre es notwendig, den Grundwasserspiegel von Kilossa abzusenken, den Sumpf trocken zu legen und den Hochwassern Gelegenheit zum Abfluß zu geben. Am geeignetsten und einfachsten würde diese Aufgabe gelöst, wenn den Wassern des Mukondokwa ein tieferes Bett geschaffen würde. Es ist zu diesem Zweck ein Kanal projektiert, welcher 80 Kubikmeter abführen soll und eine Länge von 10,4 Metern erhält. Das große Gefälle der Sumpfwasserläufe macht den Einbau von 17 Abstürzen notwendig, doch bleibt dadurch der Wasserspiegel selbst bei Hochwasser 1 Meter unter Schienenunterkante. Die Wasser des Kanals können wiederum zur Bewässerung der

Digitized by Google

entwässerten und unversumpften Flächen dienen, die alsdann zur Bebauung herangezogen werden könnten. Durch die Entwässerung des Kilossasumpfes würde mithin auch noch ein Gebiet mit vorzüglichem Boden in Größe von 27 000 Hektar in unmittelbarer Nähe der Bahnstation gewonnen, wodurch sich schon allein ein großer Teil der entstandenden Kosten — dieselben werden auf 1 Million Mark geschätzt — zurückzahlte. Aber auch im Interesse der Gesundheit von Kolonisten und Beamten wäre es dringend zu fordern, daß die Regierung sich baldmöglichst mit dieser unumgänglich notwendigen Arbeit befaßte.

Obgleich die Erkundung und Ausarbeitung für diese Projekte seinerzeit nicht weniger als 52 800 Mark gekostet haben, aber bisher ihre Verwirklichung nicht erfuhren, ist Ingenieur Boos von der Technischen Kommission des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees doch nicht davor zurückgeschreckt, ein neues Projekt auszuarbeiten, welches sich mit der Bewässerung der im Südosten des Viktoria-Sees gelegenen Gebiete beschäftigt. Es handelte sich hierbei um den Plan, Wasser aus dem Viktoria-See durch die Mbala-Steppe nach der Manyonga-Ebene zu leiten. Nach eingehenden Untersuchungen sind sowohl in der Wembäre-Steppe als in der Manyonga-Ebene sehr günstige Bodenverhältnisse, insbesondere für Baumwollpflanzungen geeignet, festgestellt worden. Dies Projekt erscheint schon auf den ersten Blick hervorragend interessant und technisch nicht ohne Schwierigkeiten, denn erstens muß das Wasser nicht nur eine sehr weite Strecke befördert (rund 127 Kilometer), sondern auch um ein beträchtliches gehoben werden. Der Seespiegel selbst liegt in einer Höhe von 1136 Metern, der höchste Punkt der Ueberführung befindet sich jedoch 1156 Meter hoch, von dort fällt die Trasse wieder. Die Wassermengen müssen demnach rund 20 Meter gehoben werden.

Der Viktoria-See umfaßt eine Fläche von 60 600 Quadratkilometern, eine Wasserentnahme selbst in größerem Maßstabe ist daher ohne besonderen Einfluß auf die Abflüsse desselben, zum Beispiel den Nil. Würden beispielsweise neun Monate lang 100 Kubikmeter pro Sekunde entnommen, so würde der Seespiegel nur um 3,86 Zentimeter sinken.

Es war zunächst in Erwägung gezogen worden, einen Durchstich in Wasserspiegelhöhe bis zur Manyonga-Ebene durchzuführen, doch benötigte derselbe so bedeutende Erdarbeiten, zum Teil sogar Granitsprengungen, daß hiervon abgesehen werden mußte. Es ist deshalb vorgezogen worden, das Wasser durch Pumpen heben zu lassen, wobei als wirtschaftlich vorteilhaft drei Haltungen mit je sieben Meter Förderhöhe vorgeschlagen wurden. Selbstverständlich kommen zum Antrieb dieser Anlagen elektrische Kräfte zur Verwendung, welche durch Ausnützung des Gefälles nach der Manyonga-Ebene gewonnen werden. Die Kraft wird dann elektrisch zu den Pumpen zurückgeleitet.

Die Linienführung des Kanals ist folgendermaßen entworfen: er beginnt am Südende des Smith-Sundes bei Nyantelese, wo sich der südlichste Anlegeplatz der Deutschen Nyansa-Schiffahrt-Gesellschaft befindet. Er durchläuft sodann einen Sumpfstreifen und einen schmalen von Hügeln eingeschlossenen Ebenenstreifen, den Ausläufer der Mbala-Ebene, die sich bei Goho öffnet. Dieser Punkt, 32 Kilometer vom See, befindet sich bereits sieben Meter über dem Seespiegel. Die Trasse folgt nun der Mbala-Steppe in ihren tiefsten Stellen durch mehrere Wasserstellen und das kleine Moor von Igundu. Dahinter durchbricht der Kanal die Wasserscheide an ihrer tiefsten Stelle, durchläuft dann die Landschaft Issaka, mit dem Manyonga ziemlich gleichlaufend bis zum Eintritt in die Ebene, von wo aus der Kanal dem Abbruch der Hügellandschaft von Lovumbo und Tinde nach der Manyonga-Ebene folgt. Im Issaka-Tal ist eine Talsperre vorgesehen, wozu das Wasser des Manyonga-Flusses während der Regenzeit benutzt werden soll, das durch einen Staudamm von 22 Metern gehalten wird. Der Stausee könnte bei einer solchen Stauhöhe 24 Millionen Kubikmeter Wasser enthalten. Gleichzeitig nimmt dieser Stausee Wasser aus der III. Kanalhaltung auf und dient bei beliebigen

Digitized by Google

Fördermengen als Ausgleichbecken. Auch wenn der Ueberleitungskanal außer Betrieb ist, könnte von hier aus bewässert werden. Ein 14 Kilometer langer Kanal verbindet den Staudamm mit der Kraftstation I. Die zweite Kraftstation befindet sich sieben Kilometer weiter, wo ein Gefäll von 23 Metern ausgenutzt wird, während der ersten Kraftstation 34 Meter Gefäll zur Verfügung stehen. Auf diese Weise ist es möglich, mehr Kraft zu gewinnen, als die Pumpstationen bedürfen, infolgedessen kann der Ueberschuß zum Betriebe von Maschinen, Eisenbahnen usw. zur Verfügung gestellt werden.

Unterhalb der Kraftstation II befindet sich das Wasser auf einer Höhe von 1088 Metern. Hier beginnt das eigentliche Bewässerungsgebiet, welches rechts und links von zwei Hauptkanälen umzogen wird. Entsprechend den älteren Beschlüssen wurde auch hier ein Wasserbedarf von vier Litern pro Sekunde und Hektar zugrunde gelegt, wobei an eine nach je zehn Tagen wiederkehrende 24stündige Bewässerung gedacht worden ist. Die 230 000 Hektar zu bewässerndes Land brauchen mithin pro Sekunde 92 Kubikmeter.

Die Kosten der Anlage sind, wie leicht einleuchtend, sehr hohe. So hoch, daß fürs erste wohl kaum an die Ausführung dieses Projektes gedacht werden dürfte. Der Ueberleitungskanal mit den Kraftanlagen wird wahrscheinlich rund 26 Millionen Mark kosten, das Instandsetzen des Bewässerungsgebietes weitere 19 Millionen Mark, insgesamt dürfte sich die Ausführung mithin auf 45 Millionen Mark stellen. Im Vergleich zu dieser Summe, welche in Deutschland als ungeheuer erscheint, mögen einige Zahlen aus der englischen Kolonialverwaltung Erwähnung finden. England hat bisher für Wasserbauten in Aegypten über 400 Millionen Mark ausgegeben, für den Assuan-Damm allein 79 Millionen Mark. Pumpwerke mit Hubhöhen von 15 und gar 24 Metern haben Aufstellung gefunden, und von diesen Pumpen werden Wassermengen von 12 und 9 Kubikmetern pro Sekunde gefördert. Mit diesen Riesenbauwerken sind bisher nur gute Erfahrungen gemacht worden, so daß noch großzügigere Unternehmungen für die Zukunft in Aussicht genommen worden sind. Zum Ausbau bewässerungsfähiger Flächen sind für die nächsten Jahre 160 Millionen Mark im Etat veranschlagt und zum Teil schon bewilligt worden. Die Gesireh-Ebene, ein sehr günstig gelegenes Baumwollland, soll nach einem bereits bestehenden Plan im Umfange von 200 000 Hektar für 80 Millionen Mark bewässert werden. Nortchartum verfügt über Pumpanlagen, welche Gebiete bis zu 3300 Hektar bewässern. Aehnliche Anlagen größten Stils werden für Britisch-Ostafrika und den Sudan geplant. Auch in Mesopotamien sollen die alten Bewässerungsanlagen zu neuem Leben erstehen. Für 220 000 Hektar sind 150 Millionen Mark vorgesehen. Der erhoffte Gewinn stellt sich hier auf 26 Millionen Mark. Ein Blick auf Englands kolonialwirtschafliche Lage läßt erkennen, daß diese Ausgaben sich reichlich gelohnt haben und die Erfolge der großzügigen Politik nirgends ausgeblieben sind.

Daß auch das neue deutsche Bewässerungsprojekt, welches die Wembäre-Steppe durch die Wasser des Viktoria-Sees dem Baumwollbau erschließen will, wirtschaftlich hohe Vorteile zur Folge hätte, welche die Ausgabe von 45 Millionen Mark rechtfertigen, beweist der Umstand, daß das in Frage kommende Gebiet nach dem Gutachten des landwirtschaftlichen Sachverständigen Dr. Vageler die besten Baumwollländer der Erde noch übertrifft. Legt man nach erfolgter Instandsetzung des Gebietes den Minimalertrag von 250 Kilogramm geginter Wolle zugrunde, so läßt sich von 230 000 Hektar Land nach erfolgtem, vollständigem Ausbau ein reiner Wollertrag von 32 500 000 Kilogramm oder 130 000 Ballen à 250 Kilogramm erwarten. Nimmt man für ein Kilogramm Wolle einen Preis von 1,50 Mark an, so könnte mit einem Ernteertrag von rund 49 Millionen Mark gerechnet werden. Es sind hierbei, wie ersichtlich, überall niedrige Zahlen eingesetzt worden, trotzdem konnten recht erhebliche Posten berechnet werden, welche auf die Wirtschaftslage Deutsch-Ostafrikas nicht ohne Einfluß bleiben würden.

Digitized by Google

Auch in betreff der Absatzmöglichkeiten liegt das Gebiet nicht ungünstig, eine Verbindung mit der Mittellandbahn ließe sich unschwer herstellen. Zunächst könnte der Ueberleitungskanal selbst zu einer Verbindung mit dem Viktoria-See dienstbar gemacht werden. Dann aber bietet die neu geplante Bahn Tabora-Ruanda große Chancen für die eventuellen Baumwollplantagen des Manyonga-Gebietes. Die Issaka-Talsperrenanlage läge bei einer nördlichen Richtung der Bahn durchaus in ihrem Wege und ist von Tabora nur ungefähr 125 Kilometer entfernt. Durch eine solche Linienführung würden reich bevölkerte und wohlhabende Gebiete, wo schon heute Ackerbau und Viehzucht blühen, dem Verkehr erschlossen. Endlich aber wäre es auch möglich, von der überzähligen elektrischen Kraft an die Eisenbahn abzugeben, so daß die Linie auf gut 200 Kilometer durch elektrische Energie aus den Kraftwerken des Ueberleitungskanals gespeist werden könnte. Dieser Umstand fällt besonders bei der Holzarmut Unyamwesis nicht unwesentlich ins Gewicht.

Alle diese Umstände stellen das allerdings großzügige und zunächst kostspielige Projekt in ein sehr günstiges Licht und lassen seine Ausführung als wünschenswert erscheinen. Ob sich allerdings in Deutschland die nötigen Mittel werden flüssig machen lassen? Regierung und Private stehen zurzeit beide noch allen größeren Geldausgaben recht ablehnend gegenüber.

In dieser Beziehung wäre es nicht unangebracht, von England, diesem alten Kolonialstaat, zu lernen. Wir haben uns leider so spät auf die Notwendigkeit deutscher Kolonien besonnen, daß die reichsten und von der Natur verschwenderisch bedachten Gebiete bereits in anderen Händen festlagen. In unseren Schutzgebieten wird die Devise darum fürs erste noch immer lauten: „Arbeiten und Geld hineinstecken", bevor wir uns ansehnlicher Erträge und Einnahmen erfreuen können. Es hieße aber halbe oder sogar vergebliche Arbeit leisten, wenn wir vor allen großen Ausgaben zurückschreckten. Ohne Einsatz werden wir schwerlich jemals aus unseren Kolonien Gewinne ziehen.

Eisenbahnen und Eisenbahnprojekte in Belgisch-Kongo.

Von Dr. H. Kleinkemm, M. A.

Trotz der durch die Kautschukkrise herbeigeführten schlechten Wirtschaftslage ist man in Belgisch-Kongo eifrig daran, das bestehende Eisenbahnnetz ständig weiter zu entwickeln und auszubreiten. Nachdem die Kap—Kairo-Route um die Mitte des vorigen Jahres bis Kambove in Katanga, 178 km hinter Elisabethville, vorgestoßen war, mißt nunmehr das zusammenhängende südliche Stück dieser Bahn, die Strecke Kapstadt—Kambove, insgesamt 3890 km, wovon 443 km auf belgischem Gebiete liegen. Wenn man Kapstadt nach Ankunft des Union-Castle-Postdampfers am Dienstag vormittag 11 Uhr verläßt, erreicht man das 3712 km von Kapstadt entfernte Elisabethville in Katanga nach 131stündiger Fahrt am Sonntag abend gegen 10 Uhr. Noch vor Jahresfrist brauchte der Postzug, um diese Strecke zurückzulegen, 21 Stunden, also ungefähr einen vollen Tag mehr. Von Elisabethville nach Kambove fährt man jetzt Montags vormittags 11 Uhr 30 Minuten ab und erreicht den Endpunkt der Bahn um 7 Uhr abends.

Von Kambove aus wird jetzt die Bahn in einem nach Osten geöffneten Bogen nach Bukama geleitet (320 km). Man hofft, schon bis zum nächsten Jahre dieses weitere Stück der Bahn zu vollenden. Im Dezember vorigen Jahres hatte man Djilongo erreicht, 58 km von Kambove. Hier ungefähr wird einst die Benguellabahn von Lobito-Bai (Angola) auf die Kap—Kairo-Bahn stoßen. Von Bukama gelangt man heute nach Stanleyville am Mittellauf des Kongo teils per Eisenbahn, teils per Boot auf dem Kongoflusse. Der Verkehr ist ein regelmäßiger und umfaßt folgende Abschnitte:

Bukama—Kongolo	. . . . .	637 km Bootfahrt
Kongolo-Kindu	. . . . .	347 „ Eisenbahn

Digitized by Google

Kindu—Ponthierville	314 km	Bootfahrt
Ponthierville—Stanleyville	123 „	Eisenbahn

Von Stanleyville wird die Bahn nach Mahagi am Albert-See gebaut werden; die Strecke ist im letzten Jahre vermessen worden, sie ist 1095 km lang. Voraussichtlich wird man im Jahre 1915 damit beginnen, diesen letzten Teil des kombinierten Schienen- und Wasserweges zu bauen. Man rechnet auf acht Jahre Bauzeit und hat die Kosten auf 4 000 000 Pfund Sterling angesetzt. Die Konzession zum Bau dieser Strecke hat die Eisenbahngesellschaft du Congo Supérieur aux Grands lacs Africains.

Die für den Anschluß Katangas an den Weltverkehr außerordentlich wichtige Benguellabahn war im Oktober vorigen Jahres bis Chinguar (Bihé) in Betrieb. Dieser Ort liegt 520 km von Lobito-Bai entfernt. Bis nach dem obenerwähnten Djilongo an der Kap—Kairo-Bahn sind noch 1278 km fertigzustellen, davon nahezu 600 km auf belgischem Gebiet. Die Bedeutung der Benguellabahn für Belgisch-Kongo liegt bekanntlich darin, daß sie für den Katangabezirk die kürzeste und bequemste Verbindung mit dem Weltmeer darstellt; denn sie wird wesentlich kürzer als der südliche Weg nach den Häfen Britisch-Südafrikas und als der südöstliche Weg nach Beira in Portugiesisch-Ostafrika. Sie ist aber auch erheblich kürzer als die nördliche Verbindung nach dem Kongo und seinen verschiedenen Umgehungsbahnen, die seine Stromschnellen vermeiden; hier wäre außerdem das viele Umladen der Güter zwischen Schiff und Bahn mit in den Kauf zu nehmen.

Es ist wohl nicht zu befürchten, daß der Benguellabahn in der projektierten und während des vergangenen Jahres vermessenen Bahn von Dolo am Stanley-Pool (Unterlauf des Kongo) nach Bukama eine Konkurrenz erwächst. Die Bahn soll ungefähr folgendermaßen verlaufen: von Dolo—Leopoldville bis zum 20. Längengrad parallel zum 5. Breitengrad, von da würde sie nach Südosten umbiegen, den Kwango und Kasai überqueren und dann über Luluaburg auf Bukama vorstoßen. Die Länge dieser Strecke würde 1800—1900 km betragen, und ihre Kosten würden sich auf rund 10 Millionen Pfund Sterling belaufen. Angesichts der dringend erwünschten Fertigstellung der Benguellabahn dürfte es sich indessen wohl empfehlen, mit der Ausführung dieses Projektes vorläufig noch zu warten. Es wäre jedenfalls entschieden richtiger gewesen, die für die verschiedenen Vermessungen dieser Strecke ausgegebenen Geldsummen für die Vollendung der Benguellabahn zu investieren.

Die Lukugabahn, die den Tanganjika mit dem oberen Kongo verbindet, war Ende vorigen Jahres bei Kilometer 215 angelangt. Von dort bis zum See sind noch 56 km, die inzwischen auch fertiggestellt sind. Damit ist nach der ebenfalls in diesem Jahre bereits erfolgten Fertigstellung der deutsch-ostafrikanischen Zentralbahn der große transafrikanische Verkehrsweg vom Indischen zum Atlantischen Ozean vollendet. Vom Endpunkte der deutschen Bahn, Kigoma, am Tanganjikasee, vermitteln Dampfer den Verkehr über den großen See nach Albertville auf dem gegenüberliegenden Ufer. Ein wenig nördlich von Albertville hat der See seinen Abfluß, den Lukuga, in dessen Tal die neue belgische Bahn nach Kabalo (271 km) 77 km südlich von Kongolo am oberen Kongo führt, von wo dieser abwärts eine brauchbare Wasserstraße bildet, deren Stromschnellen durch drei bereits im Betrieb befindliche Eisenbahnen umgangen werden. Die beiden ersten Umgehungsbahnen sind die beiden schon erwähnten Abschnitte Kongolo—Kindu und Ponthierville—Stanleyville der Kap—Kairo-Route. Von Stanleyville ist der Kongo auf eine Strecke von 1800 km für 500-Tonnen-Dampfer schiffbar. Erst in der Nähe der Mündung machen Stromschnellen wieder eine Umgehungsbahn erforderlich; sie führt von Leopoldville nach Matadi, und von hier aus wird der Seehafen von Boma erreicht.

Den weiten Wasserweg in dieser transafrikanischen Verkehrsroute will ein Projekt vermeiden, wonach eine Eisenbahn von Kabalo über den durch seine Zinnfelder

Digitized by Google

bekannten Ort Lusambo in westlicher Richtung direkt auf Boma oder Matadi gebaut werden soll. Die Ausführung dieses Planes wird wohl noch eine geraume Zeit auf sich warten lassen. Dasselbe dürfte der Fall sein mit der schon seit einigen Jahren geplanten Bahn von Kongolo über Ankolo am Zusammenfluß von Lualaba und Luvua nach Pweto an der Nordspitze des Mweroseés.

Die im Mündungsgebiet des Kongo auf Loanga vorgestoßene Mayumbebahn ist jetzt 136 km lang und reicht bis Ishela.

Hamburgs Einfuhr aus den deutschen Schutzgebieten 1913.

Unsere größte Hafenstadt hat im letzten Jahre aus den deutschen Ueberseebesitzungen laut den vom Hamburger Handelsstatistischen Amte herausgegebenen Uebersichten 1 170 000 Doppelzentner Waren im Werte von 82 360 000 Mark eingeführt.

Togo ist daran beteiligt mit 97 000 Doppelzentnern im Werte von 4 867 000 Mark (Palmkerne 3 015 000 Mark, Baumwolle 601 000 Mark, Kautschuk 466 000 Mark, Kakaobohnen 361 000 Mark, Mais 137 000 Mark), Kamerun mit 350 000 Doppelzentnern im Werte von 25 479 000 Mark (Kautschuk 10 648 000 Mark, Palmkerne 6 321 000 Mark, Kakaobohnen 5 044 000 Mark, Palmöl und Palmkernöl 1 309 000 Mark, Nutzhölzer 1 120 000 Mark, Rohtabak 168 000 Mark, eßbare Nüsse 164 000 Mark, Bananen 106 000 Mark), Deutsch-Südwestafrika mit 36 500 Doppelzentnern im Werte von 2 209 000 Mark (Erze und Kupfer 1 255 000 Mark, trockene und gesalzene Rindshäute 205 000 Mark, Schafwolle 104 000 Mark), Deutsch-Ostafrika mit 340 000 Doppelzentnern im Werte von 29 314 000 Mark (Agavefasern 12 379 000 Mark, Kautschuk 8 109 000 Mark, Baumwolle 2 610 000 Mark, Bienenwachs 1 314 000 Mark, Kapok und andere Spinnstoffe 842 000 Mark, roher Kaffee 728 000 Mark, Erdnüsse 698 000 Mark, Glimmer 577 000 Mark, Häute und Felle 545 000 Mark, Baumwollsaat 307 000 Mark, Kopra 164 000 Mark, Sesamsamen 161 000 Mark, Mangroverinde 135 000 Mark, Nutzhölzer 144 000 Mark), Kiautschou mit 73 000 Doppelzentnern im Werte von 6 290 000 Mark (Bast- und Strohgeflechte 1 954 000 Mark, Erdnüsse 1 487 000 Mark, Eigelb 943 000 Mark, Häute und Felle 371 000 Mark, Borsten 292 000 Mark, Albumin 279 000 Mark, Aprikosenkerne 196 000 Mark, Sojabohnenöl 182 000 Mark, Hanf 109 000 Mark), Deutsch-Neuguinea mit 320 000 Doppelzentnern im Werte von 10 558 000 Mark (Kopra 8 119 000 Mark, Schmuckfedern 970 000 Mark, Phosphat 924 000 Mark, Kakaobohnen 161 000 Mark, Kautschuk 138 000 Mark), Samoa mit 54 000 Doppelzentnern im Werte von 3 643 000 Mark (Kopra 2 625 000 Mark, Kakaobohnen 879 000 Mark).

Digitized by Google

Koloniale Monatsblätter

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft

Nr. 8 | August 1914 | 16. Jahrgang

Der Hafen von Tsingtau.

Von Marinebaurat Bökemann.

I. Die ursprünglichen Hafenverhältnisse der Kiautschou-Bucht.

Bis wenige Jahre vor der Besitzergreifung des Schutzgebietes Kiautschou war in der Nähe der Kiautschou-Bucht keine Landungsgelegenheit für größere Fahrzeuge. Die chinesischen Segelschiffe, Dschunken, die vor einem der kleinen Hafenplätze vor Anker gingen, mußten ihre Waren durch kleine Boote, Sampans, mit dem Lande austauschen. Dabei setzten sich die Sampans meist bei Ebbe auf den flachen Strand auf. Denn selten war das Ufer so steil, daß die Boote dicht heranfahren konnten, und Einbauten ins Wasser zur Landung waren nicht vorhanden. Für gewöhnliche chinesische Verhältnisse war diese Landungsart auch schnell und sicher genug. Tiefer im Lande und geschützter als an der Meeresküste lagen die Dschunken natürlich in der Bucht. Hier bestanden daher auch von alters her Hafenplätze, von denen zwei eine größere Bedeutung für Südschantung besaßen. In der nordwestlichen Ecke der Bucht der Hafenplatz von Kiautschou, Tapatur, und auf der Ostseite der Bucht Tsangkou. Wenn auch am Ostufer der Bucht die größeren Tiefen nahe an das Ufer herantreten und dadurch der Schiffsverkehr günstiger gestellt ist als an der weithin flachen Nordwestküste, spielte der an der letzteren liegende Hafenplatz für den chinesischen Verkehr eine größere Rolle, weil der Karrenweg in das Innere kürzer war.

Der westliche und nördliche Rand der Bucht werden durch bis zu 8 Kilometer breite Wattflächen und seichtes Wasser bei niedrigen Wasserständen eingenommen. Im Westen und Norden mündet eine Anzahl Flußläufe, welche bei Hochwasser erhebliche Mengen Sinkstoffe in die Bucht einführen und dadurch für weitere Verflachung vor ihrer Mündung sorgen. Auch der größte Fluß des Ostufers, der 25 Kilometer lange Paischaho, ist in seiner Mündung nach Norden gerichtet und verstärkt die Wirkung der anderen. Die südlicheren in die Bucht mündenden kleinen Flüsse Litsun und Haipo bringen bei ihrem kurzen Lauf nur geringe Mengen Sinkstoffe. Im Süden stellt eine an der engsten Stelle 3,2 Kilometer breite Einfahrt den Zusammenhang der Bucht mit dem Gelben Meer her. Das bei Flut in die Bucht einströmende Wasser wird durch die Form der Eintrittsöffnung, besonders durch die dort vorgelagerte Insel Huangtau, nach Osten abgelenkt. Die Flutströmung hat dadurch eine lange, dicht am Ufer nach Nordost verlaufende Rinne, das Tsan-

Digitized by Google

kauer Tief, geschaffen und erhalten. Am Ende dieses Tiefs liegt der Hafenplatz Tsangkou. Im südwestlichen Teil der Bucht erhält die Ebbeströmung die vorhandenen Tiefen.

Von den einmündenden Flüssen wird nur der im Nordwesten mündende Kuho durch den Gezeitenstrom für kleine Fahrzeuge schiffbar erhalten. In starker Strömung mündet der Fluß als schmale tiefe Rinne in dem Watt; dann können nur kleine, kräftig angetriebene Dampfboote aufwärts fahren. Bei Hochwasser ist die stark gewundene Fahrrinne nur durch Bezeichnung zu finden. In den ersten Jahren war eine solche durchgeführt, weil ein Teil der Eisenbahnmaterialien bis zur Fertigstellung der Brücken über die östlich von der Stadt Kiautschou liegenden Flüsse bei dem Hafenplatz Tapatur gelandet und zu Lande weiter befördert wurden. Früher soll die Bucht bis an die Stadt Kiautschou, die jetzt 10 Kilometer von der Hochwassergrenze liegt, herangereicht haben. Nach dem Innern ist bis jetzt ein gewisser Verkehr über Kiautschou besonders aus südchinesischen Häfen dem Hafenplatz Tapatur verblieben. Die großen Dschunken liegen etwa 10 Kilometer weit draußen, und alle Güter müssen mit Sampans ans Ufer gebracht werden. Die großen Lagerflächen, die massiven Häuser und die Menge der Herbergen deuten auf frühere blühende Zeiten, die wohl nicht wiederkehren werden, nachdem am Ostufer der Bucht so viel günstigere Landungsgelegenheit für jede Art Fahrzeug geschaffen ist und der größte Teil der Waren bereits auf der Bahn über Kiautschou hinaus nach den deutschen Häfen gebracht wird.

Kurze Zeit vor unserer Besitzergreifung war von den Chinesen das Gebiet von Tsingtau militärisch belegt worden, wobei mehrere Lager und einige Befestigungen mit Erdwällen errichtet wurden. Zum Landen von Geschützen und Munition war in der Tsingtau-Bucht eine eiserne Landungsbrücke zu bauen begonnen worden, die von unseren Truppen sofort soweit verlängert wurde, daß Boote bei niedrigem Wasser anlegen konnten. Die Brücke ist auf eisernen Schraubenpfählen mit eisernen Trägern und Holzbelag hergestellt und hat, besonders für die ersten Jahre, vortreffliche Dienste geleistet. Sie ist noch jetzt für Zoll- und Hafenboote in Benutzung.

Es war natürlich, daß die Geschäftshäuser sich zunächst in der Nähe dieser Landungsstelle ansiedelten. Die Güter konnten dort aus den Leichtern an der Brücke gelöscht oder auch bei Ebbe unmittelbar auf den Strand abgesetzt und auf kürzestem Wege zu den Warenlagern gebracht werden. In der ersten Zeit war wohl auch noch einige Aussicht, daß der Hafen vielleicht doch am südlichen Ufer vor der Stadt erbaut werden könnte. Es zeigte sich aber bald, daß ein Hafen an dieser Stelle sehr erheblich größere Mittel zum Bau erfordern würde, als ein solcher nördlich der Stadt in die Kiautschou-Bucht hinein. Als besondere Schwierigkeiten für einen Südhafen ergaben sich die im tiefen Wasser herzustellenden Wellenbrecher und die drohende Gefahr der Versandung des Hafenbeckens infolge der Meeresströmungen. Dagegen boten sich in der inneren Bucht einige Inseln und Riffe als willkommene feste Punkte für einen

Digitized by Google

Abb. 1. Kiautschou-Bucht

Digitized by Google

Abb. 2. Hafenanlage von Tsingtau.

Digitized by Google

Umschließungsdamm, und die Gezeitenströmung am Ostufer gab die Gewähr für dauernde Erhaltung der Tiefe in der Zufahrt. Für alle Arbeiten bot die Bucht von vornherein ein ruhigeres Wasser als die äußere Reede. Bereits in den ersten Skizzen für den Hafen- und Städtebau waren die Hafenanlagen am östlichen Ufer der Kiautschou-Bucht vorgesehen. Die größeren Wassertiefen treten dort ebenso nahe an das Ufer wie am Meere. Der Strand war flach, es mußte daher durch Bohrungen festgestellt werden, ob der Fels tief genug lag, um die notwendige Tiefe für die größten Seeschiffe von wenigstens 8,5 Metern unter niedrigstem Niedrigwasser durch Baggerungen der überliegenden Bodenmassen herzustellen.

Geeignete Liegestellen für vor Anker gehende Schiffe waren je nach den herrschenden Winden vorhanden: im Sommer in der Bucht, die Schutz gegen die Südostwinde bietet, während im Winter die äußere Reede wegen des besseren Schutzes gegen die Nordwinde vorzuziehen ist. Die letzteren Winde erzeugen auch in der Kiautschou-Bucht noch erhebliche Wellen, so daß der Umschließungsdamm des Hafens vornehmlich nach Nordwest abschließen mußte. Die Einfahrt in den Hafen war deshalb nach Südwest zu wählen. Diese Richtung ergab auch für die ein- und auslaufenden Seeschiffe die günstigste Verbindung zum freien Meer.

II. Die Hafenanlagen.

Die allgemeine Anordnung.

Wenn der Schiffahrt die größtmöglichen Vorteile geboten werden sollten, konnten Ladebrücken nicht genügen, sondern es mußten außer Eisenbahngleisen auch Schuppen und Lagerplätze unmittelbar neben dem Schiff angelegt werden können, wozu breite Molen mit steilen Begrenzungen erforderlich sind. Innerhalb des durch einen Umschließungs-

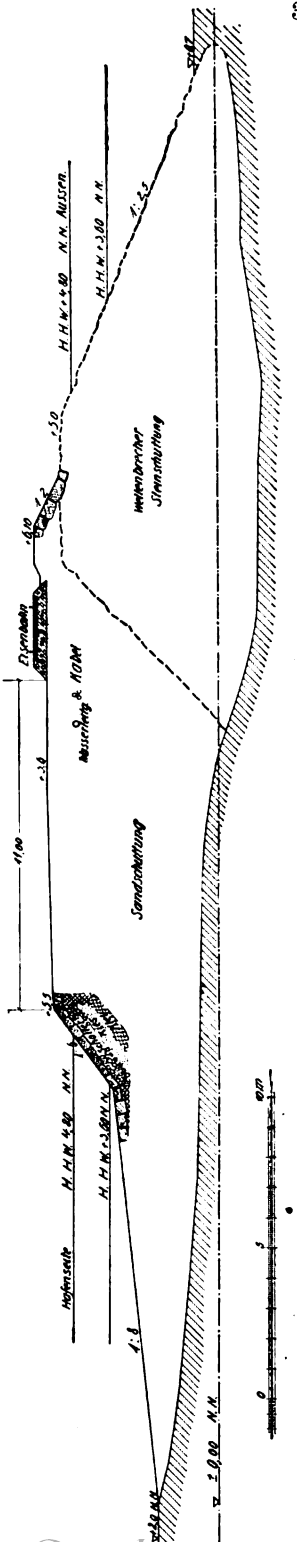


Abb. 3. Querschnitt des Umschließungsdammes.

Digitized by Google

damm abgegrenzten Hafenbeckens wurden daher mehrere breite Zungen, Molen, vom Lande aus in die Hafenfläche vorgesehen. Die Lage der Molen bestimmte sich nach der günstigen Felslage für die erforderliche Wassertiefe an den Molen und nach der bequemen Zuführung von Gleisen von der Landseite her.

Der Umschließungsdamm.

Die bedeutenden Breitenabmessungen der Bucht, insbesondere der sich bei Hochwasser auf etwa 25 Kilometer erstreckenden Wasserfläche in Nordostrichtung, erforderten für die Anlegestellen einen besonderen Schutz gegen die Bucht hin. Es wurde daher durch einen nördlichen im Bogen umfassenden und einen zweiten im Süden gerade vorgestreckten Damm ein 240 Hektar großes Becken abgeschlossen; zwischen diesen Dämmen blieb nach Südwesten eine 280 Meter breite Einfahrtsöffnung.

Der nördliche Umschließungsdamm beginnt an der Mündung des Hsiaupautau-Baches und ist 5,4 Kilometer lang. Er besteht nach der Bucht zu aus einer Schüttung von Bruchsteinen, die mit einer oberen Pflasterung abschließt. Nach dem Hafenbecken zu ist Sand geschüttet, der mit natürlicher Böschung flach in den seichten Untergrund ausläuft. Die Herstellung des Dammes wurde erleichtert dadurch, daß die Hafeninsel und einige Riffe am Ende des Dammes nur geringe Schüttungen erforderten und feste Punkte für die Arbeit boten. Die Breite des Umschließungsdammes war mit 15 Metern so gewählt, daß eine fahrbare Straße, ein Gleis, Wasserleitung und Kabel bequem und sicher untergebracht werden können. Am Kopf des Dammes ließ sich eine Verbreiterung nach innen zu herstellen, die bis zu 250 Metern beträgt und den Forderungen an ein Gelände zu Werftzwecken entsprach.

Der südliche Damm ist 1100 Meter lang und ist ebenfalls ein Steindamm. Er bildet zugleich den vorläufigen südlichen Abschluß der Mole 1. Am Fuße der beiden Hauptmolen waren weitere Quersteindämme geschüttet, um das aufzuschüttende Gelände nach dem Hafen zu begrenzen.

Die Wasserfläche.

Sowohl die Zufahrt wie die Liegeflächen des Hafens mußten durch Baggern gewonnen werden. Als erforderliche Tiefe wurde — 9,5 festgesetzt, so daß selbst bei sehr niedrigen Wasserständen Schiffe von 8 Metern Tiefgang genügend Wasser in der Einfahrt und am Kai finden. Die Einfahrtsrinne erhielt südsüdwestliche Richtung und schneidet das Tsankauer Tief so, daß die Schiffe bequem einfahren können. Zur Erleichterung des Einleitens ist die Rinne nach dem Tief zu erweitert. Im Hafen selbst wurden nur diejenigen Stellen vertieft, die zur Bewegung der Schiffe und für die ersten Kaianlagen notwendig waren. Im übrigen blieben die Tiefenverhältnisse ungeändert.

Für die Baggerarbeiten wurden drei große Bagger beschafft. Der Boden wurde zunächst auf dem Watt nordöstlich des Umschließungsdammes und später westlich vom Tsankauer Tief verklappt.

Digitized by Google

Die Kaimauern.

Als Anlegestellen für die Schiffe kamen, um möglichste Bequemlichkeiten zu bieten, nur Kaimauern in Betracht. Bei den festgestellten, teilweisen weichen Schichten über dem Felsboden hätten vollständig massive Kaimauern zum Abschluß der Molen größtenteils unter der Taucherglocke gegründet werden müssen. Es wurde, um an Kosten und Zeit zu sparen, diese Ausführungsart auf den Molenkopf der Mole I, die Eckpfeiler der Mole II und die Schutzmole

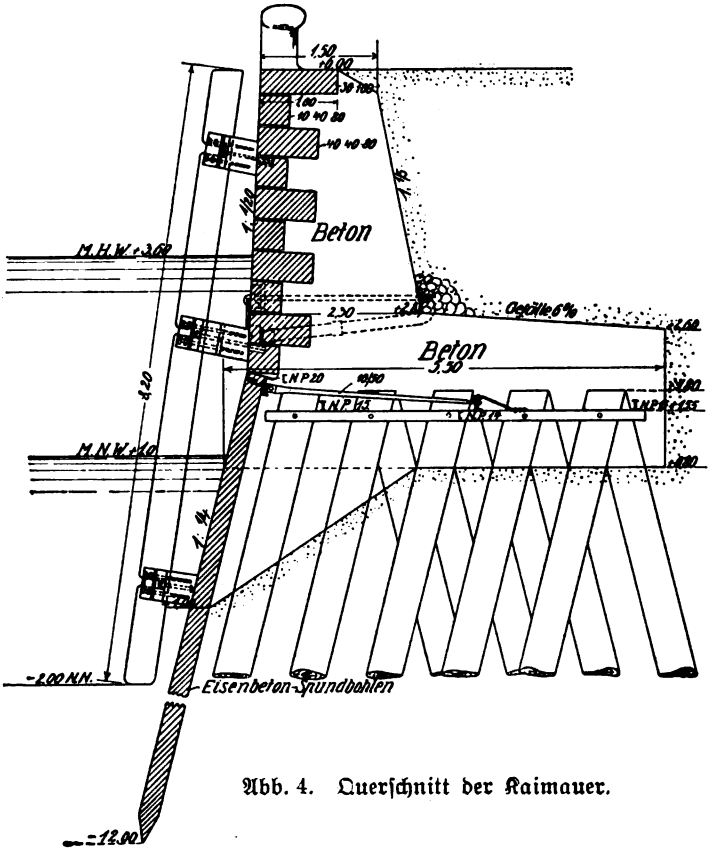


Abb. 4. Querschnitt der Kaimauer.

für das Schwimmdock beschränkt, wo die ein- und auslaufenden Strömungen Unterspülungen befürchten ließen. Im übrigen wurde eine Pfahlrost-Bauart gewählt. Der weiche Boden wurde durch Baggern nach Möglichkeit entfernt beziehungsweise durch Sandschüttung verdrängt. Der hölzerne Pfahlrost bedurfte wirksamen Schutzes gegen den sehr stark auftretenden Bohrwurm. Die Rücksicht auf diesen gefährlichen Holzschädling bestimmte die Ausbildung der Kaimauer in wesentlichen Punkten.

Der Bohrwurm ist eine Muschelart (Teredo navalis) und bildet besonders in den südlichen Ländern eine sehr große Gefahr für alle Holzbauten am

Digitized by Google

Meere. Es kann häufig beobachtet werden, daß nach einem Sommer bereits amerikanische Kiefernpfähle von etwa 30 Zentimeter Durchmesser bis an den Kern heran von Bohrwürmern so durchbohrt sind, daß das Holz wabenartig aussieht und der geringste Stoß, häufig der Seegang, genügt, den Pfahl abzubrechen. Die Beobachtung des Befalles ist äußerst erschwert durch die Kleinheit der Larven und der entsprechend feinen Eintrittsöffnungen im Holz, die etwa ½ Millimeter betragen. Der Befall und die Hauptwirksamkeit scheinen von der Temperatur, dem Salzgehalt und der Reinheit des Seewassers abhängig zu sein. In Tsingtau war die Zeit des Angriffs vornehmlich in den Monaten mit wärmerem Wasser, Juli bis September. Wenn auch lebende Bohrwürmer während des ganzen Jahres angetroffen werden, so scheint die Larve nur in den angegebenen Monaten anzusetzen. Die Angriffsstellen bei Pfählen lagen meist in der Nähe der Hafensohle und reichten bis zum Mittelwasser hinauf. In schwimmenden Holzbauten, z. B. Schiffen und Fendern, lebt der Bohr-

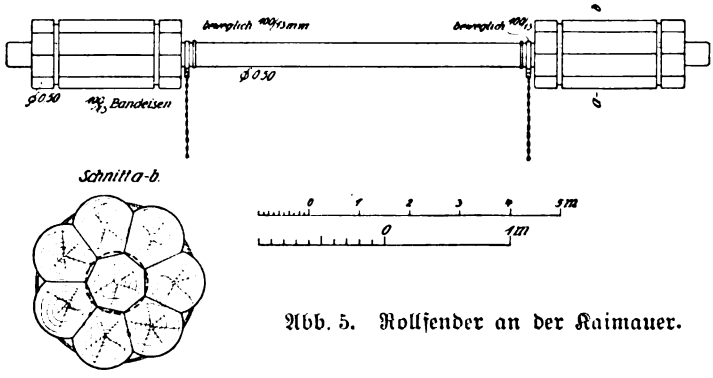


Abb. 5. Rollfender an der Kaimauer.

wurm bis zur Wasserlinie. Kurz hinter der Eintrittsöffnung nimmt der Bohrwurm schnell einen größeren bis etwa 1 Zentimeter Durchmesser fassenden und dann gleichbleibenden Umfang an und wendet sich meist aufwärts in die Längsrichtung des Holzes, die er mit Vorliebe beibehält. Aeste und besonders bereits vorhandene Bohrwurmgänge sind die Hauptursache des Abweichens von dieser Richtung. Nur ausnahmsweise ist ein horizontales Eindringen auf den Kern des Pfahles beobachtet worden.

Wenn über der Sohle eine Schicht weichen Schlammes lag, drang der Bohrwurm manchmal im klaren Wasser über der Schicht in den Pfahl ein und arbeitete sich in ihm nach unten bis zur Tiefe der losen Schlammschicht hinein, wo er abstarb. Als größte Länge ist etwa 1 Meter häufig beobachtet worden. Die Wandungen im Holz und besonders die halbkugelförmige Endigung des Ganges sind vollkommen glatt ausgearbeitet. Der bohrende Kopf ist mit zwei starken halbkugelförmigen Kalkschalen versehen, welche so angeordnet sind, daß sie bei Hin- und Herdrehen das Holz abkratzen. Die feinen Holzteilchen gehen durch den Darm des Tieres zu der kleinen Eintrittsöffnung

Digitized by Google

hinaus. Die Wandungen des erbohrten Ganges werden mit einer feinen, weißen Kalkschicht bekleidet, die beim Entfernen des Holzes eine Röhre bildet. Der Wurm hat eine blaßrötlich-braune Färbung. Es muß angenommen werden, daß die Muschel das Holz als Schutz vor ihren Feinden im Wasser sucht, und daß sie gleichzeitig aus dem feingeschabten Holz auch etwas Nahrung zieht, die sie in der Hauptsache aus dem Seewasser aufnimmt. Zur Feststellung des Bohrwurmes muß, da die Eintrittsöffnung für die Beobachtung zu klein ist, meist ein Teil der Außenfläche des Holzes entfernt werden, so daß die leicht erkennbare Kalkröhre bloßgelegt wird, oder es wird der Pfahl durchschnitten, um eine ganze Anzahl der meist nur im Splintholz sitzenden Muscheln zu treffen.

An einer natürlichen Freilegung der Bohrwurmgänge arbeitet ein zweiter kleinerer Holzschädling, die Bohrraffel (Limnoria terebrans). Dieses etwa 2 bis 4 Millimeter große Tierchen gräbt unmittelbar unter der Oberfläche des Holzes seine Gänge etwa wie der Bohrkäfer und zerstört bei zahlreichem Auftreten das Holz von der Oberfläche aus. Die Assel legt dabei alte Bohrwurmröhren frei. Ihre Tätigkeit ist im Verhältnis zu der des Bohrwurms eine erheblich harmlosere, immerhin sind bei alten Hölzern bis zu 3 Zentimetern tiefgehende Wirkungen beobachtet worden.

Als gebräuchlicher Schutz gegen den Bohrwurm werden in Ostasien und Australien das Benageln von Weichhölzern mit Metall, insbesondere mit Eisenblech, und die Verwendung von Harthölzern, vor allem Turpentine, eine Eukalyptusart, angewandt. Anstriche haben sich nicht bewährt, dagegen geben gut durchtränkte Kiefernhölzer gute Ergebnisse, so lange das stark mit Teeröl gefüllte Weichholz unbeschädigt bleibt. Solche Hölzer werden sich also, falls auch bei längerer Versuchsdauer das Teeröl nicht ausgelaugt wird, zu Brücken- und ähnlichen Bauwerken eignen.

Am ausdauerndsten haben sich bisher auch in Tsingtau einige Harthölzer und insbesondere das erwähnte Turpentine gezeigt, so daß die neueren Reibholzanlagen aus dieser australischen Holzart hergestellt werden. In dieses Holz dringt der Bohrwurm auch manchmal ein, doch stirbt er meist nach kurzer Lebensdauer und schwächlicher Entwicklung ab. Der Saft dieser Eukalyptusart muß dem Bohrwurm schädliche Bestandteile enthalten.

Zum Schutz gegen den Bohrwurm wurde nach einem Vorschlage des Geh Admiralitätsrat Rechtern eine Eisenbetonspundwand vor die hölzernen Jochpfähle gerammt, so daß sie in der Sandhinterfüllung standen. Durch Versuche war nachgewiesen, daß von Sand umhüllte Pfähle vom Bohrwurm nicht angegriffen wurden. Es fehlt der Muschel dann an dem ihr notwendigen frischen Wasser*).

*) In den vielfach stark verschmutzten englischen Häfen findet der Bohrwurm keine Lebensmöglichkeit, so daß die Verunreinigung des Hafenwassers ein sicheres, aber dem allgemeinen Wohl nicht zuträgliches Mittel gegen den Bohrwurm bildet.

Digitized by Google

Die Schüttungen des Hafengeländes.

Zur Hinterfüllung der Kaimauer und der Dämme und zur Aufhöhung des Hafengeländes konnte nach seiner Beschaffenheit nur der geringste Teil des durch Baggern gewonnenen Bodens verwendet werden. Die größten Mengen der Schüttungen mußten mit Sand von Strandflächen der Bucht ausgeführt werden. Die Gewinnung des Sandes geschah mit Sampans und gleichzeitig mit Lokomotivbetrieb. Sand fand sich besonders an der Mündung der Bäche und Flüsse in die Bucht. Die nächsten größeren Mengen lagen vor der Mündung des Haipo und des Litsun, sie wurden von hier durch eine Kleinbahn abgefahren, die an der Küste entlang als eine über 12 Kilometer lange Schmalspurbahn angelegt war. Die Füllung der Wagen erfolgte mittels kleiner Körbe, welche die Chinesen auf dem Kopf trugen. Das Füllen der Körbe, das Herauflaufen über eine Planke auf die Wagenhöhe und Abwerfen des Sandes geschahen in derselben Arbeitsteilung und mit derselben Schnelligkeit, wie das Bekohlen der Leichter und Schiffe im ganzen Osten erfolgt. An der Schüttstelle wurden die als Seitenkipper gebauten Wagen durch Verkippen vom Gleise aus entladen. Zur Sandzufuhr von fernergelegenen Stellen der Bucht dienten die Sampans der Fischer. In der fischfreien Zeit liefen täglich ganze Flotten ein. Die Boote laufen bei Hochwasser auf den Strand auf, werden bei Niedrigwasser mit Sand, etwa 5 Kubikmeter, gefüllt und segeln ab, nachdem die Flut sie wieder flott gemacht hat. Das Be- und das Entladen erfolgte in der eben geschilderten Weise mittels Körben, beim Verfüllen der gerammten Jochpfähle konnte der Sand einfach aus dem Boot über Bord geworfen werden. Auf diese Weise wurden alle für Verkehrs- und Lagerzwecke des Hafens und der Werft erforderlichen Flächen, insgesamt 39 Hektar, bis zur hochwasserfreien Höhe von + 6 Metern aufgehöht.

Die einzelnen Anlagen.

Allgemeines.

Das Hafengelände gliedert sich in die beiden Handelsmolen, die Petroleummole, das Speichergebiet und den Umschließungsdamm, dem sich das Werftgebiet mit den Kohlenlagern anschließt.

Die Mole I.

Die südliche der beiden zunächst erbauten Molen, die Mole I, ist nur auf der Nordseite mit einer 720 Meter langen Kaimauer versehen. Der südliche Abschluß besteht noch aus der ersten Dammschüttung und bezeugt in Rutschungen der Massen in die Bucht die Weichheit des Schlammuntergrundes. An dieser Südseite wird in Zukunft der günstigste Lagerplatz für Schnelldampfer entstehen, da sie sowohl zur See wie zur Stadt am nächsten gelegen ist. Am Kopf der Mole ist der selbsttätige Pegel eingebaut. Der Einfahrt zunächst befinden sich der Lagerplatz und die Schuppen der Schantung-Bergbau-

Digitized by Google

Gesellschaft. An ihn schließen sich die Schuppen des Gouvernements. Zwischen Schuppen und Kai liegen zwei Eisenbahngleise; hinter den Schuppen ist die Ladestraße und daneben ein drittes Gleis angelegt. Die übrige Fläche dient zur Lagerung im Freien.

Die Mole II.

Die Mole II ist eine vollständig von Kaimauern eingefaßte Hafenzunge. Sie ist nach Beratung des Gouvernements mit den Vertretern des Handels und der Schiffahrt aufgeteilt durch Anlagen von Schuppen am südlichen und von Freilagerflächen am nördlichen Kai. Gleise sind sowohl an den Kais selbst wie zwischen den Schuppen und den Freiladeplätzen vorgesehen, so daß jede Art Verkehr sich leicht vollziehen kann. Neben den eigentlichen Ladegleisen sind noch mit ihnen durch Weichen verbundene Durchfahrtsgleise vorgesehen, um das Verschieben von Wagen zu erleichtern.

Die Molenschuppen.

Die ersten Schuppen wurden 1905 auf der Mole I und an der Zufahrtstraße von den Kaufleuten errichtet, als infolge des russisch-japanischen Krieges

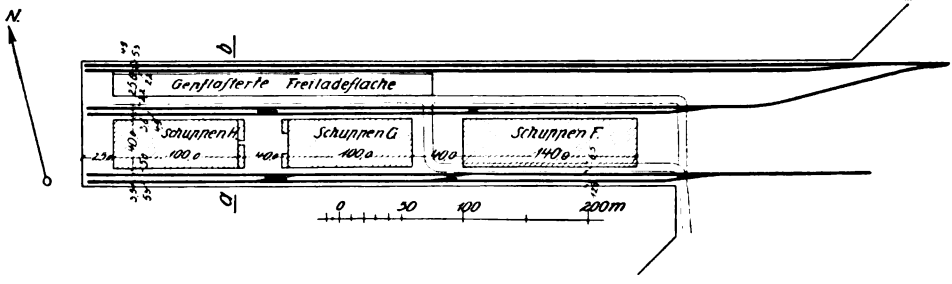


Abb. 6. Einteilung der Mole II.

gedeckte Lagerflächen zur Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse schnell geschaffen werden mußten. Diese Schuppen bestanden durchweg aus mit Wellblech verkleideten und gedeckten Holzgerüsten und genügten dem ersten Bedürfnis.

Nachdem es sich entschieden hatte, daß das Schutzgebiet die Hafenanlagen in eigener Verwaltung behielt, wurden die neuen Hafenschuppen zuerst auf Mole II nach Hamburger Vorbild in Holz errichtet. Später sind diesen weitere auf Mole I gefolgt, nachdem die alten Schuppen angekauft und auf dem Hafengelände als Lagerspeicher aufgestellt worden waren.

Die Treppenanlage und die Pontonanlage zwischen Mole I und Mole II.

Das Ufer zwischen Mole I und Mole II besteht aus einer Steinschüttung, in deren gepflasterter Böschung Treppenanlagen eingebaut sind. Diese werden von chinesischen Booten und großen Dschunken, deren Ladung, wie Bohnen-

Digitized by Google

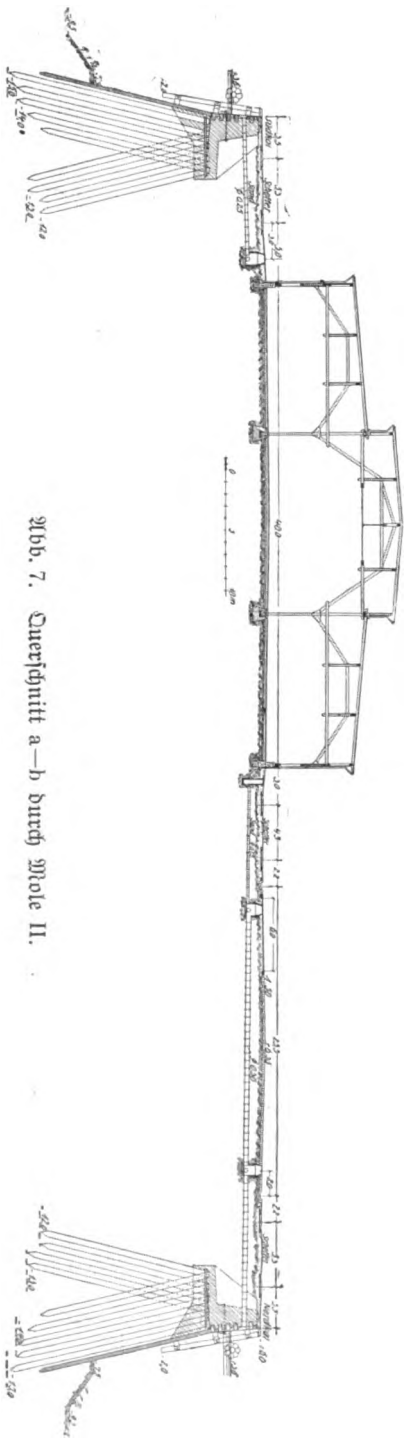


Abb. 7. Querschnitt a—b durch Mole II.

kuchen, Salz usw., gesammelt auf Dampfer übergeben soll, stark zum Ausladen benutzt. In der Mitte zwischen Mole I und Mole II und parallel zu ihnen liegt die Pontonanlage. Ein kurzer Brückensteg führt mit einer beweglichen Brücke auf ein Ponton als Ladegelegenheit. Sie war ursprünglich dazu bestimmt, den kleinen Dampfern das Be- und Entladen aus den seitlichen Ladeluken zu ermöglichen, die auf Reede und in Flußhäfen, wie Schanghai, für den Verkehr mit den Leichtern benutzt werden. Bei der Pontonanlage waren die Güter wie an den anderen Hafenorten auf Kaihöhe zu tragen und zu den Lagerschuppen zu fahren. In Tsinglau lernten es die Schiffe aber bald, mit ihren Hebebäumen die Ware auf die Mole vor den Schuppen abzusetzen. Die Pontonanlage entwickelte sich sodann als Landungsstelle für Dschunken und für den Verkehr mit der Werft und erweist sich für letzteren Zweck bei der Größe des Verkehrs, vor allem für den der Arbeiter und der Besatzung der auf der Werft instand gesetzten Schiffe sehr bequem und nützlich.

Die Verlängerung des Umschließungsdammes.

Der starke Wellengang zwischen Mole I und Mole II, der den Schiffen am Kai sehr lästig war und sich besonders auch an der Pontonanlage bemerkbar machte, zeigte, daß der Wellenschlag der Bucht um den zuerst hergestellten Kopf des Umschließungsdammes herum in den Hafen eindrang. Die Wellen brachen sich an den Kaimauern der Molen, verstärkten sich durch Kreuzung der Wellen und durch Einfluß des Windes in den Becken zwischen den beiden Molen. Um das Eindringen der Wellen aus der Bucht zu hindern, wird die Stein-

Digitized by Google

schüttung des Umschließungsdammes um 400 Meter in Richtung der oberen Begrenzung der Baggerung in der Einfahrt verlängert.

Die Petroleummole.

Das Petroleum verlangt seiner Feuergefährlichkeit und seines Geruches wegen, der sich leicht anderen Stoffen mitteilt, eine abgesonderte Behandlung. Bei dem großen Nachdruck, mit dem die Petroleumgesellschaften ihre Ware vertreiben, wurde sofort auch die sich in Tsingtau bietende Gelegenheit, das Erzeugnis mit der Bahn in das Innere zu versenden, benutzt. Für die erste Zeit, in der das Löschen meist auf der Außenreede erfolgte, diente der halbinselförmige Vorsprung zwischen Tsingtau- und Augusta-Viktoria-Bucht zum Lagern der Petroleumkisten. Außerdem waren Petroleumschuppen westlich vom Umschließungsdamm auf Steinschüttungen im Watt errichtet worden. Das Petroleum wird im Auslande, besonders in den Kolonien, in etwa 20 Liter fassenden Zinngefäßen vertrieben; zwei solcher „Tins" sind in einer leichten Holzkiste verpackt, die mit bestimmten Symbolen als Schutzmarken und mit chinesischer Schrift versehen ist.

Bei größerem Umfang des Geschäftes wird es zur Verringerung der Versandkosten wirtschaftlicher, das Petroleum in Tankschiffen anzuliefern und in Behältern aufzuspeichern, um es erst an Ort und Stelle verpackt in die Blechgefäße zu füllen und dann weiterzusenden.

Für die Anlage solcher Petroleumniederlassungen wurde die Sautschoutan-Halbinsel östlich vom großen Hafen bestimmt. Dies Gelände wird von der Bucht im Westen und zwei kleinen Flußbetten im Norden und Süden begrenzt und von dem späteren Industriegebiet im Osten durch die Bahnlinie getrennt. Die Lage gewährt also hinreichend Schutz und gleichzeitig gute Verbindungen mit der Bahn und dem Hafen. Die beiden größten Gesellschaften, die „Standard Oil Company" und die „Petroleum Company", erwarben größere Grundflächen und sicherten sich spätere Erweiterungen. Um die schnell aufgebaute Anlage in Betrieb zu nehmen, mußten die Petroleumdampfer zunächst an der Nordseite der Mole II anlegen und von hier durch eine vorläufige Leitung in die Petroleumbehälter pumpen.

Als Liegestellen für die Petroleumtankdampfer wurde der Ausbau eines Schiffsliegeplatzes an der Wurzel einer späteren Mole IV in nächster Nähe der Petroleumanlage in Aussicht genommen, nachdem sich ergeben hatte, daß sich außerhalb des großen Hafens selbst nur mit sehr erheblichen Schwierigkeiten und größeren Kosten eine solche Liegestelle einrichten ließe. Mit Rücksicht auf die große Entfernung von den anderen Molen wurde zunächst von besonderen Sicherheitsmaßnahmen zum Abschluß der Wasserfläche abgesehen.

Die Einfahrt zur Petroleummole erfolgt durch eine besondere Fahrrinne mit — 7,5 Meter Tiefe vom Hafen. Es wurde als ausreichend angesehen, wenn die seltener verkehrenden, bis 8 Meter tiefgehenden Tankdampfer nur bei mittleren

Digitized by Google

Wasserbeständen ein- und auslaufen können; vor dem Molenstück ist ein Wendebecken mit 9,5 Metern Tiefe ausgebaggert.

Die Petroleummole hat dieselbe Kaimauerbauart erhalten wie die anderen Molen. Ihre Länge beträgt 166 Meter, ausreichend für zwei gleichzeitig löschende Tankdampfer. Neben zwei Gleisen ist auf der Mole noch Platz zur vorübergehenden Lagerung von Petroleumkisten. Außerdem ist an der Wurzel der Mole ein Schuppen zur Lagerung von Kistenpetroleum errichtet.

Später sind an den größeren Verbrauchsplätzen im Innern kleine Behälter in der Nähe der Bahnhöfe aufgestellt worden, zu denen das Petroleum in Tankwagen mit der Eisenbahn herangebracht wird. Hier sollen sich die Bewohner die Tins unmittelbar aus den Behältern mit Petroleum auffüllen lassen; auf diese Weise suchen die Petroleumgesellschaften den Zwischenhandel zu umgehen und alle Nebenkosten zu verringern.

Die Werft.

Auf der Verbreiterung des Umschließungsdammes an seinem südwestlichen Ende ist die Tsingtauer Werft angelegt worden. Die erste Anlage als Gouvernementswerkstatt befand sich am östlichen Strande der Tsingtauer Bucht und bestand aus einer Aufschleppe für kleine Fahrzeuge und aus einigen notdürftigen Baracken als Werkstätten. Bei dem Umzug nach dem neuen Werftgebiet mußte der größte Teil dieser Baracken wieder verwendet werden, da nach den verfügbaren Mitteln nur eine Maschinehalle und das Bureaugebäude als massive Neubauten errichtet werden konnten. Im übrigen bestand die Ausstattung aus Kaimauern, Gleisen zur Verbindung der einzelnen Werkstätten untereinander sowie mit den Molen und der Schantungbahn, einem Schwimmdock und einem großen Kran.

Die Kaimauer mit 960 Metern Länge war nach derselben Bauart hergestellt wie die der Molen und zog sich vor dem eigentlichen Werftgebiet bis an die Spitze des Umschließungsdammes, wo die in Verwaltung der Werft stehenden Kohlenschuppen der Marine ihren Platz gefunden haben.

Das Schwimmdock ist für Schiffe bis zu 16 000 Tonnen bestimmt und besteht aus fünf miteinander verbundenen Abteilungen von 125 Metern Gesamtlänge; die Bodenpontons können gelöst und im Dock selbst überholt werden. Alle Maschinen sind elektrisch betrieben. Für die Liegestelle des Docks war eine Grube bis auf 16,5 T. N. W. auszubaggern, um das abgesenkte Dock aufzunehmen, das mittels Ketten an zwölf Ankersteinen festgemacht ist.

Der Zugang erfolgt am südlichen Kopf von einem Ponton aus, das gleichzeitig als Anlegeponton für die Werft dient, und von dem eine Treppe zur Höhe der Kaimauer führt.

Zum Schutz des Docks vor Seegang aus Südwest und vor etwaigen unvorsichtig gehandhabten Schiffen ist am südlichen Kopf eine massive Schutzmole unter der Taucherglocke quer zur Kaimauer erbaut worden.

Digitized by Google

Zum Heben auch der schwersten vorkommenden Gewichte ist ein großer, feststehender Kran errichtet; er besitzt eine Tragfähigkeit von 150 Tonnen bei 14,5 Metern beziehungsweise 50 Tonnen bei 25 Metern Ausladung von der Kaikante. Er ist als Hammerwippkran in besonderer Konstruktion für Tsingtau ausgeführt, der feste Teil hat 20 Meter Höhe, der Ausleger kann durch Stahlspindeln ein- oder ausgezogen werden, bei aufgerichtetem Ausleger erreicht der Kran eine Höhe von 45 Metern. Die Drehsäule wird durch ein Dreibeingerüst gehalten, von der zwei Beine am Kai auf einer besonders verstärkten Konstruktion der Kaimauer ruhen, das dritte Bein ist in einem schweren Betonblock verankert.

Außer den Werkstätten und Amtsräumen befinden sich auf der Werft Unterkunft und Küchen für ausgeschiffte Offiziere und Mannschaften. Für die chinesischen Arbeiter ist eine hölzerne Speisehalle erbaut.

Auf dem Werftgebiet dürfen nur die zur unmittelbaren Bewachung und Sicherheit erforderlichen Beamten und Arbeiter wohnen. Die chinesische Arbeiterschaft, etwa 1200 Mann, wohnt zum größten Teil in dem Dorfe Taitungtschen. Für die auszubildenden rund 300 Lehrlinge ist im Jahre 1910 ein Lehrlingsheim in der Hafenstadt erbaut worden. Es besteht aus mehreren Einzelgehöften für Familien beziehungsweise für eine Gruppe Lediger, aus einer gemeinschaftlichen Speisehalle mit Küche und einem Schulgebäude. In letzterem wird der neben der fachlichen Tätigkeit einhergehende Unterricht in Deutsch, Schreiben, Rechnen und Geographie erteilt.

Die Ausbildung der Lehrlinge war eine der ersten von uns gebotenen Kulturleistungen, um die sich junge Leute aus ganz Schantung in großer Zahl bewarben. Mit dieser Einrichtung wurde die Schwierigkeit der Beschaffung von Arbeitskräften für die Werft gehoben, die vorher auf in Schanghai oder Hongkong ausgebildete Handwerker mit sehr hohen Löhnen angewiesen war. Gleichzeitig wurden tüchtige Handwerker in deutscher Erziehung und Lehre herangebildet, die im Innern gesucht waren, und von denen viele bei den Bahnbauten verwendet wurden und dabei deutscher Ausbildung Ehre machten.

Der Hafenbahnhof.

Die Zuführung der Gleise nach dem Hafen und dem Werftgebiet erfolgte zunächst aus den Verkehrsgleisen der Schantung-Eisenbahn. Die Gleise für die Molen mußten dabei starke Gefälle bis zu 1 : 55 erhalten, um aus den hochliegenden Verkehrsgleisen auf die Höhe des Hafengeländes zu gelangen. Die Rampen und Gleise zerschnitten das für Speicheranlagen wertvolle Gelände in der Querrichtung und hinderten die erwünschte Ausnutzung dieses Hafengebietes. Eine Aufteilung durch Gleise und Straßen konnte zweckmäßig nur in der Längsrichtung erfolgen. Zugleich mußte für die Zukunft ein Verteilungsbahnhof für den Güterverkehr vorgesehen werden, auf dem die ankommenden und abgehenden Hafenzüge nach ihrer Bestimmung für die verschiedenen Gleisgruppen des Hafens zusammengestellt werden konnten. Diese Aufgaben wurden gelöst, indem die Hafenbahn von der Hauptbahn vor der Haipo-Ueberführung

Digitized by Google

abgezweigt wurde. Hinter der Weiche folgen ein Aufstellgleis, das verdoppelt werden kann, und eine Anzahl von Verschubgleisen zur Verteilung der Wagen nach den verschiedenen Bestimmungen. Diese Gleisanlage wie die Zuführungsgleise zu den verschiedenen Molen mußten auf Sanddämmen in Watt verlegt werden. Brücken wurden für die Hochwassermengen des Sautchoutan-Baches und des Yangschiatsun vorgesehen. Die Brücken bestehen aus Beton zwischen eisernen Trägern, die auf Betonwiderlagern ruhen, deren Ansichtsflächen mit Granit verblendet sind. Die Konstruktionshöhe ist so gewählt, daß die Gleise auf dem Schotterbett durchgeführt werden konnten. Dadurch ist es möglich, etwaige Gleisverlegungen ohne Schwierigkeit auszuführen.

Das Speichergelände.

Die Aufteilung des Hafengeländes hinter den Molen konnte nach Fortfall der quer durchgehenden Gleise erfolgen und Straßen, Gleise und Speicher in der dem Bedürfnis entsprechenden Weise gebaut werden. Um den Wünschen der Kaufmannschaft entgegenzukommen, ohne die im Hafengebiet liegenden Flächen aus der Hand der Verwaltung zu geben, sind auf diesem Gebiete nach den Wünschen der Beteiligten feste Lagerspeicher erbaut worden, die auf längere Zeit verpachtet werden. Der Pachtsatz ist so festgesetzt, daß Unterhaltung und Verzinsung der Selbstkosten einschließlich Abschreibung der Baukosten gedeckt werden.

Der kleine Hafen.

Für den chinesischen Küstenverkehr mit Sampans und Dschunken ist unmittelbar an der Chinesenstadt Tapautau der kleine Hafen angelegt. Er besitzt eine Wasserfläche von 26 Hektar und wird gegen die Bucht abgeschlossen durch zwei Molen, die unter Benutzung von flachen Stellen und Riffen aus Bruchsteinen geschüttet sind. Die 100 Meter weite Einfahrt besitzt bei Niedrigwasser 5 Meter Tiefe, so daß auch kleine Dampfer einfahren können. In diesem gleich in den ersten Jahren hergestellten Hafen fanden die ersten Baugeräte, besonders die Bagger, Schutz, woher er anfangs auch als Bauhafen bezeichnet wurde. Durch Bau einer Brücke bis zur genügenden Wassertiefe konnten hier auch schon bald Dampfer ihre Ladung unmittelbar löschen, ohne auf Leichter angewiesen zu sein, wie die Schiffe mit größerem Tiefgang, welche auf einer der Reeden ankern mußten. Für die Brücke, an der auch ein großer Teil des Gleismaterials für die Schantung-Bahn gelöscht wurde, wurde sofort der Gleisanschluß an die ersten Strecken der Bahn hergestellt und Krane zum bequemen Verladen beschafft. Nach Eröffnung des großen Hafens diente die Brücke als Liegeplatz für die beiden in Tsingtau beheimateten Torpedoboote des Kreuzergeschwaders „Taku" und „S. 90".

Der alte Strand bildet die Landungsstelle für die chinesischen Sampans, die sich bei Ebbe aufsetzen und dann ihre Lasten im Trockenen abgeben bzw. aufnehmen. Die größeren Segelschiffe, die Dschunken, gehen im Hafen oder

Digitized by Google

vor der Einfahrt vor Anker und löschen mit kleinen Booten. Diese in China übliche Art des Schiffsverkehrs mußte in der Nähe der Chinesenstadt vorgesehen werden, weil die Chinesen mit Vorliebe ihre Warenlager mit dem Wohnhause vereinen und sie in diesen Bräuchen, wenigstens in der ersten Zeit der Gewöhnung an die deutsche Verwaltung, nicht gestört werden sollten. Daß diese Vereinigung von Lager und Wohnhaus infolge der erforderlichen weiten Wege — besonders nach Eröffnung des großen Hafens — recht kostspielig wird, haben die großen chinesischen Firmen auch schon eingesehen und begonnen, ihre Lager nach dem Hafen zu verlegen. Da die Grundstücke in der Stadt nicht so leicht aufgegeben werden konnten, tauchte als Aushilfsmittel in den letzten Jahren auch der Gedanke auf, die Verbilligung der Transporte durch Anlage einer Schmalspurbahn vom großen Hafen nach der Chinesenstadt zu erreichen. Doch ist dieser die Verhältnisse bezeichnende Plan nicht ausgeführt worden, vielmehr scheinen sich die großen Dschunken immer mehr an die Bequemlichkeiten des großen Hafens zu gewöhnen.

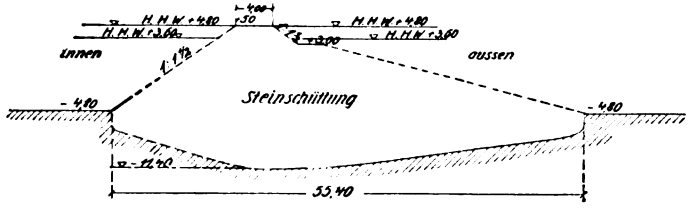


Abb. 8. Dämme am kleinen Hafen.

Die Ostseite der Hafenfläche ist noch nicht ausgebaut worden, da bisher die Herstellung von Lagerflächen am Westufer genügte. Die hier 200 bis 300 Meter breite Fläche mit felsigem Untergrund ließ sich durch geringe Schüttungen zu Lagerflächen herrichten. Um das zu breite Gelände günstiger auszunutzen, ist innerhalb der Anschüttung ein Kanal von 15 bis 20 Metern Sohlenbreite mit geringer Tiefe freigehalten worden, so daß die Sampans bei über mittleren Wasserständen die inneren Liegeplätze erreichen können. Eine Verbesserung der umständlichen Landungsverhältnisse an den flachen Uferböschungen ließe sich ohne erhebliche Kosten durch schmale Brücken oder Rampen bis über die Niedrigwasserlinie hinaus erreichen. Derartige Anlagen sind am Wousung bei der Chinesenstadt von Schanghai mit gutem Erfolg in Benutzung.

Der Verkehr von den Lagerflächen am kleinen Hafen mit der Chinesenstadt Tapautau hinter der auf einem Damm belegenen Bahnlinie erfolgt an drei Stellen unter Eisenbahnüberführungen hindurch.

Der Bauhafen.

Zum Ueberholen und Beiseitestellen der Fahrzeuge und Geräte wie Bagger, Schlepper, Prähme usw. während der Bauzeit war dicht am großen Hafen im Schutze der Mole I und eines kleinen Wellenbrechers aus Steinschüttung ein

Digitized by Google

Bauhafen mit einem anliegenden Bauhof gebildet worden. Hier wurden alle für den Bau erforderlichen vorbereitenden Arbeiten wie die Eisenarbeiten und die Eisenbetonspundbohlen und die im Betrieb aller Geräte erforderlichen Ersatzarbeiten ausgeführt. Nach Beendigung des Baues dient dieser Hafen als Liegehafen für die Geräte zur Unterhaltung des Hafens und für die Fahrzeuge des Hafenamtes und der Wasserpolizei. Auf dem Bauhof werden jetzt die Ueberholungsarbeiten an der Ausstattung der Molen, Reibepfähle, Fender, Landebrücken und der Geräte für die Hafenunterhaltung, insbesondere der Bagger, ausgeführt. Außerdem werden die Baumaterialien untersucht und geprüft. Unter anderem werden die fortlaufenden Versuche über den Angriff des Bohrwurms weitergeführt. Um die Geräte, Materialien und Versuchsgegenstände dauernd unter sicherer Aufsicht zu haben, wohnt ein deutscher Aufseher mit einem Stamm chinesischer Arbeiter auf dem Bauhof selbst.

Neben dem Bauhof liegt der Tonnenhof mit den zur Auswechslung bereit zu haltenden Tonnen und den Schuppen zu ihrer Instandhaltung. Zum Aufheben der Tonnen ist eine Brücke mit Kran in der Südecke des Hafens hinausgebaut. Die chinesische Besatzung der Fahrzeuge des Hafenamts und der Wasserpolizei ist in unmittelbarer Nähe der Schiffsliegestellen angesiedelt.

III. Vergebung der Bauausführungen und Baukosten.

Die großen Hafenbauten sind nach Entwürfen und unter Leitung der Marineverwaltung durch deutsche Unternehmer ausgeführt worden. Es wurden zunächst zwei große heimische Firmen, C. Vering-Hamburg und F. R. Schmidt-Hamburg, zu den Arbeiten gegen Ersatz der entstehenden baren Kosten und eines Prozentsatzes davon (15 Prozent) als Unternehmergewinn herangezogen, um ihnen Gelegenheit zu geben, die örtlichen Verhältnisse kennen zu lernen. Alsdann wurden die Hauptarbeiten, Ausbaggerung der Hafenfläche und Herstellung der Kaimauern einschließlich der Hinterfüllung, zwischen ihnen ausgeschrieben, wobei die Firma C. Vering als Mindestfordernde hervorging. Ein Teil der Geräte, die zur späteren Unterhaltung des Hafens erforderlich blieben, ging nach Beendigung der Arbeiten auf die Verwaltung über, wobei eine bestimmte Abschreibung unter Voraussetzung bester Unterhaltung bereits im Vertrage vorgesehen war. Die übrigen Bauausführungen sind nach Bedarf an Ort und Stelle vergeben worden, wobei je nach Art und Größe des Gegenstandes ansässige deutsche Unternehmer oder einheimische chinesische zugezogen wurden. Letztere kamen aus wirtschaftlichen Gründen insbesondere bei Beschaffungen von einheimischen Baustoffen in Betracht, zum Beispiel für Sand und Steine mittels Fischerbooten für verschiedene Dammschüttungen, von Pflastersteinen, Schotter zu Straßenbauten usw. Für wichtigere Bauausführungen, so zum Beispiel für alle Hochbauten, bei denen dauernd sachgemäße Leitung und Aufsicht erforderlich sind, kamen nur deutsche Unternehmer in Betracht; in beschränktem Maße wurde bei solchen Ausführungen Regiearbeit vorgezogen.

Digitized by Google

Die Gesamtaufwendung für sämtliche Arbeiten an den Häfen einschließlich der vollständigen Ausstattung mit Straßen, Brücken, Hochbauten usw. beträgt rund 30 Millionen Mark. Die örtliche Bauleitung wurde unter der Oberleitung eines Baudirektors, dem auch der Ausbau der Stadtanlage unterstand, von einem Abteilungsvorstand für Hafenbau ausgeübt. Für beide Stellungen wurden höhere Marinehafenbaubeamte vom Reichsmarineamt zur Dienstleistung im Schutzgebiet abgegeben.

IV. Verwaltung des Hafens.

Allgemeines.

Die Versuche der Marineverwaltung, zur wirtschaftlichen Ausnutzung der Hafenanlagen eine Privatgesellschaft oder einen Unternehmer heranzuziehen, fanden zuerst bei den beteiligten kaufmännischen Kreisen Anklang, doch scheiterten sie an der Mannigfaltigkeit und Gegensätzlichkeit der verschiedenen Gruppen. So schien es schließlich allen Beteiligten als das Richtigste, daß der Betrieb in der Hand des Schutzgebietes blieb. An dem Betriebe im Hafen sind fünf besondere Behörden unmittelbar beteiligt: das Hafenamt, die Kaienverwaltung, die Schantung-Eisenbahn, die Hafenbauverwaltung und der Seezoll.

Das Hafenamt.

Dem Hafenamt unterstehen das Lotsenwesen und die Befeuerung des Hafens. Für den großen Hafen herrscht Lotsenzwang, das heißt, jedes Schiff muß von einem dazu bestellten Lotsen von der Außenreede in den Hafen und entsprechend auch bei der Ausfahrt gesteuert werden. Nur einige regelmäßig verkehrende Kapitäne deutscher Schiffe sind von diesem Zwange befreit. Auf der Außen- und der Innenreede kann ohne Lotsen geankert werden. Die Anweisung von Liegeplätzen an den Molen erfolgt durch das Hafenamt nach Benehmen mit der Kaienverwaltung. Die Inbetriebhaltung aller für die Einfahrt nach Tsingtau und zu den einzelnen Häfen und Brücken errichteten Seezeichen gehört zur Aufgabe des Hafenamts, dem auch das dazu gehörige Bedienungspersonal untersteht.

Es wird ein Lotsengeld nach dem Tiefgang des Schiffes erhoben, und zwar 25 Dollar bei 3,6 Meter Tiefgang, für je 0,3 Meter Tiefgang 3 Dollar mehr. Außerdem ist eine Hafenabgabe nach der Größe des Schiffes von 6½ Cents für eine Registertonne (2,8 Kubikmeter) zu zahlen. Kriegsschiffe und in der Werft zu reparierende Schiffe sind frei von Hafenabgaben. Während mit dem Lotsengeld die Tätigkeit des Lotsen bezahlt wird, soll das Hafengeld die Aufwendungen für die Befeuerungsanlagen und für die Erhaltung der Tiefenverhältnisse in der Zufahrt zum Hafen aufbringen.

Die Kaienverwaltung.

Die Kaienverwaltung ist unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse nach Vorbildern in Hamburg und Bremen ausgestaltet. Sie nimmt das ausgehende und eingehende Gut an, liefert es dem Empfänger oder dem Schiff

Digitized by Google

aus oder lagert es bis zur weiteren Bestimmung ein. Durch letztere Maßnahmen wurde eine Bevorschussung der Ware, die in wirtschaftlichem Interesse für den Kaufmann geboten ist, ermöglicht und damit ein dringender Wunsch der Kaufmannschaft erfüllt. Die Kaienverwaltung erhebt die Kaigebühren, die nach Gewicht, Menge und dem Werte der Waren abgestuft sind. Daneben sind nach bestimmten Fristen für die Lagerung oder für Pachtung von offenen oder gedeckten Lagerflächen noch besondere Lagergebühren zahlbar. Da das Laden und Löschen selbst von den Schiffsgesellschaften ausgeführt wird, wird in diesen Gebühren die Benutzung der Kaianlagen, der Schuppen, Speicher und Lagerflächen bezahlt. Da die Kaienverwaltung im wesentlichen die Erhebung der Gebühren besorgt, beschäftigt sie an Personal nur wenige zur Führung der Bücher und zum Kassenwesen erforderliche Beamten und im Außendienst einen Verwalter der Schuppen mit einigen chinesischen Hilfskräften.

Die Schantung-Eisenbahn.

Die Unterhaltung der Gleise und des Bahnbetriebs im Hafengebiet obliegt der Schantung-Eisenbahngesellschaft, einer rein deutschen Privatunternehmung. Sie ist auf Grund der Konzession vom 1. Juni 1899 gemäß den Vereinbarungen im deutsch-chinesischen Staatsvertrag vom März 1898 gegründet und bezog sich auf den Bau und Betrieb von Bahnen zwischen Tsingtau und Tsinanfu und Itschoufu. Zunächst wurde die Bahn von Tsingtau über Weihsien nach Tsinanfu, der Hauptstadt von Schantung, mit Zweigbahn nach Poschan zur Erschließung der Kohlenlager, gebaut. Die Bahn Tsinanfu—Itschoufu ist als Strecke der Tientsin-Pukow-Bahn erstanden, wegen des letzten Teiles der Konzession Tsingtau—Itschoufu schweben seit Jahren Verhandlungen, deren Abschluß in letzter Zeit erfolgt ist.

Die erste Strecke Tsingtau—Tsinanfu wurde 1900—1904 erbaut und erhielt sofort Anschluß an die Hafenanlagen. Erst durch diese Verbindung können die beiden sich gegenseitig stützenden großen Anlagen ihre volle Wirksamkeit ausüben. Die Länge der Bahn beträgt 436 Kilometer, sie ist normalspurig (1,435), zunächst eingleisig mit Schienen von 30 Kilogramm Gewicht auf das Meter gebaut. Sämtliches Eisenbahn- und Brückenmaterial stammt aus Deutschland. Wie die Bauleitung, so ist auch der Betrieb in deutschen Händen; das untere Beamtenpersonal und die Arbeiter der Reparaturwerkstätten sind aus besonders dafür erzogenen Chinesen in sehr zufriedenstellender Weise gebildet. Die Organisation und der Betrieb sind nach dem Muster der preußischen Staatsbahn durchgeführt, auch die Gebühren sind entsprechend den heimischen geregelt.

Das Anlagekapital betrug 54 Millionen Mark. Die Reichsregierung hat sich das Recht vorbehalten, die Bahn nach Ablauf von 60 Jahren nach Erteilung der Konzession gegen Erstattung des 25fachen Betrages der aus den letzten fünf Jahren ermittelten durchschnittlichen Dividende, mindestens aber gegen Ersatz der gewerblichen Werte käuflich zu übernehmen. Als Ersatz für

Digitized by Google

den Anschluß an den Hafen hat die Gesellschaft an das Schutzgebiet einen gewissen Teil des Ertrages abzuführen, sobald die Dividende 5 Prozent überschreitet. Der Anteil ist mit steigender Dividende wachsend festgesetzt, und zwar bei

5— 7 %	1/20
7— 8 %	1/10
8—10 %	1/5
10—12 %	1/3
über 12 %	1/2

Die Dividende betrug bis 1908 unter 5 Prozent, 1909: 6 Prozent, in den letzten Jahren 7½ Prozent und der an das Schutzgebiet abzuführende Anteil wurde in den Etats seit 1912 mit jährlich 70 000 Mark angesetzt.

Die Hafenbauverwaltung.

Die baulichen Arbeiten an den Hafenanlagen werden von einer Hafenbauabteilung ausgeführt. Neben dem den stetig wachsenden Bedürfnissen entsprechenden Ausbau des Hafens gehört zu ihren Aufgaben die Unterhaltung aller vorhandenen wasserbaulichen Anlagen des Schutzgebietes. Die Hafendämme, die Kaimauern mit ihrer Ausstattung an Dalben und Fendern, die Uferbefestigungen, die Brücken und die Erhaltung der Wassertiefen bedürfen dauernder, die Verhältnisse berücksichtigender Ueberwachung. Aus der fortlaufenden Wahrnehmung dieser Aufgaben ergeben sich die für die Erhaltungsarbeit erforderlichen Erfahrungen über die Einwirkung der besonderen örtlichen Verhältnisse Klima, Salzgehalt des Meerwassers, Bohrwurm, die auch bei den fortschreitenden Ausführungen zu berücksichtigen sind. Die Straßen im Hafengebiet, die Speicher, Schuppen und Krane sind von dieser Bauabteilung zu unterhalten, ihr liegt auch die bauliche Erhaltung der Seezeichen und Leuchttürme ob. Die erforderlichen Arbeiten werden im Eigenbetriebe ausgeführt, da sie nach ihrem Umfang ständig einen Stamm von erfahrenen Arbeitern beschäftigen und nach ihrer von Wind und Wetter abhängigen Art durch einen Unternehmer nur mit erheblich höheren Kosten ausgeführt werden könnten.

Die chinesische Seezollverwaltung.

Das Deutsche Reich erhebt im Schutzgebiet Kiautschou keinerlei Zoll. Bis zum Jahre 1906 gingen die Güter frei aus und ein. Denn nach den ursprünglichen Vereinbarungen mit China vom Jahre 1899 wurde der Zoll erst erhoben, wenn die Güter das Schutzgebiet nach dem Innern Chinas verließen. Das ganze Schutzgebiet lag also außerhalb der chinesischen Zollgrenze und bildete ein Freigebiet. Bei der Verzollung an der Grenze ergaben sich mancherlei Unzuträglichkeiten für die Kaufmannschaft, in deren Interesse die Grenzen des Freigebietes enger zu ziehen waren. In dem Zusatzvertrag mit China 1905 wurde daher bestimmt, daß vom 1. Januar 1906 ab nur noch das eigentliche Hafengebiet vom Zoll frei blieb und daß die Güter zu verzollen waren, sobald

Digitized by Google

sie aus diesem Gebiet nach Tsingtau oder nach dem Innern weiterbefördert werden sollten. Dadurch wurde ein vom Zoll unbehinderter unmittelbarer Handelsverkehr mit dem Hinterlande über die Grenze des Schutzgebietes ermöglicht und die Verkehrsbeziehungen mit Schantung erleichtert. Der Freibezirk wurde durch eine Umzäunung abgegrenzt, in der nur die Molen mit einem Streifen an ihren Wurzeln und der Umschließungsdamm mit dem Werftgebiet einbezogen sind. Später soll der kleine Hafen mit der Verbindungsstraße zum großen Hafen angeschlossen werden, zurzeit wird hier der Zoll sofort beim Laden und Löschen fällig. Innerhalb des Freibezirks dürfen nur die zur Bewachung und Sicherheit erforderlichen Personen wohnen.

Der Zoll wird auf Grund der im Ladeschein und auf den Rechnungen enthaltenen Angaben im Hauptzollamt in der Stadt Tsingtau selbst berechnet und erhoben. Die Angaben werden auf der Mole geprüft und danach das Gut durch die Zollschranke gelassen. Zur Erleichterung des Verkehrs wird das Hauptzollamt in nächster Zeit in größere Nähe des großen Hafens verlegt werden.

Der in Tsingtau erhobene Zoll ist der sogenannte chinesische Seezoll, wie er in den fremden Staaten geöffneten See- und Flußhäfen, Vertragshäfen erhoben wird. Die chinesische Seezollverwaltung untersteht internationaler Aufsicht, weil ihre Einkünfte zur Deckung der Verpflichtungen des chinesischen Reiches aus fremden Anleihen dienen. Die höheren Beamten sind Europäer, unter denen die Engländer nach Anzahl und Stellung vorherrschen. Für Tsingtau ist vertraglich festgelegt, daß die höheren Beamten im Schutzgebiet Deutsche sein müssen, an der Spitze steht daher ein Deutscher als chinesischer Seezolldirektor. Die zahlreichen Hilfskräfte im Rechnungswesen und in der Kasse sind Chinesen, während alle Aufsichtsbeamten Deutsche in chinesischen Diensten sind.

Von der Einnahme des Einfuhrzolles, der 5 Prozent des Wertes beträgt, erhält das Schutzgebiet ein Fünftel. Dieser Teil stellt einen Ersatz dar für die durch den Zollanschluß entstandenen Mehreinnahmen des Seezolles gegenüber dem früheren Zustand, in dem der Zoll erst an der Grenze des Schutzgebietes erhoben wurde. Dieser Anteil an dem Ertrage des Seezolls ist eine wesentliche Einnahme des Schutzgebietes und stellt eine Besteuerung der Bewohner dar. Die Güter der Regierung sowie Maschinen und maschinelle Anlagen für das Schutzgebiet gehen frei ein. Der Zoll für in das Schutzgebiet zur See eingeführte und bearbeitet wiederverschiffte Güter wird erstattet. Bei der Ausfuhr von Gütern, die aus Rohstoffen des Hinterlandes hergestellt sind, ist der Zoll nur von dem Wert der Rohstoffe fällig. Diese Bestimmungen erleichtern die Einrichtung von Industrien in Tsingtau und haben bereits einige Anlagen veranlaßt. Nach erfolgter Verzollung im Schutzgebiet geht die Ware in den freien Verkehr über; Zollstationen im Innern, die sonst den üblichen Binnenzoll, Likin, erheben, dürfen nicht errichtet werden. Erst durch diese Bestimmung

Digitized by Google

werden die Einfuhr und Durchfuhr an Gütern nach China wirklich möglich und lohnend.

V. Betriebsergebnisse.

A. Allgemeines.

Die Bedeutung Tsingtaus auf wirtschaftlichem Gebiet liegt in der durch die großen Hafenanlagen und die Eisenbahn geschaffenen Möglichkeit, die sich mannigfach bietenden Verkehrsbeziehungen anzubahnen und auszunutzen, die Erzeugnisse des Innern auf den Markt zu bringen und dafür andere Güter einzuführen. Die Erleichterungen für den Verkehr im Hafen bestehen vor allem darin, daß die großen Seeschiffe unmittelbar am Kai anlegen und ihre Güter bequem löschen und laden, sogar unmittelbar mit der Eisenbahn auf dem Kai austauschen können. Das bedeutete für die ostasiatischen Verhältnisse einen gewaltigen Fortschritt, denn kein anderer Hafenplatz an der chinesischen Küste kann eine derartig bequeme und sichere Lösch- und Ladegelegenheit bieten. Diese technischen Vorzüge haben mit dazu beigetragen, daß sich der Verkehr schnell und ständig steigernd entwickelt, so daß Tsingtau ältere Häfen an Bedeutung überflügelt hat. Es steht jetzt nach der Zolleinnahme an sechster Stelle unter den Häfen Chinas hinter Schanghai, Tientsin, Hankou, Canton und Swatau, unter den Häfen Nordchinas an zweiter Stelle hinter Tientsin.

B. Größe und Entwicklung des Verkehrs.

1. Schiffsverkehr.

Die folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung des Schiffsverkehrs nach Angaben des Amtsblattes für das Schutzgebiet Kiautschou:

Jahr	Schiffe	N. R.-T.	Durchschnitt N. R.-T.	deutsch		englisch		japanisch	
				Schiffe	N. R.-T.	Schiffe	N. R.-T.	Schiffe	N. R.-T.
1899	196	—	—	122	—	39	—	12	—
1900	247	271 330	1100	187	—	36	—	9	—
1901	271	340 154	1255	207	—	14	—	28	—
1902	251	268 057	1070	196	—	13	—	27	—
1903	297	317 396	1070	210	—	17	—	53	—
1904	355	398 638	1120	204	—	98	—	3	—
1905	416	431 474	1035	267	—	84	—	4	—
1906	437	492 799	1125	250	—	103	—	40	—
1907	497	551 964	1110	282	—	128	—	61	—
1908	446	551 991	1235	220	262 699	108	149 161	80	81 232
1909	519	692 968	1335	263	353 830	121	188 271	71	87 056
1910	555	821 563	1475	259	408 160	177	270 825	78	99 762
1911	617	1 060 124	1735	258	498 686	241	409 004	70	96 211
1912	705	1 209 154	1565	256	514 066	269	448 093	176	144 478
1913	935	1 307 474	1435	331	572 062	253	407 156	260	222 693

Digitized by Google

Jahr	chinesisch		norwegisch		russisch		französisch		holländisch		amerik.	
	Schiffe	N. R.-T.	Schiffe	N. R.-T.	Schiffe	N. R.-T.	Schiffe	N. R.-T.	Schiffe	N. R.-T.	Schiffe	N. R.-T.
1899	3	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1900	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1901	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1902	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1903	1	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1904	6	—	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1905	6	—	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1906	8	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1907	5	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1908	20	18 569	15	12 829	1	2 974	1	3 074	1	1453	—	—
1909	41	41 347	17	15 566	2	3 014	1	691	1	1119	1	2073
1910	29	30 334	11	11 444	1	1 038	—	—	—	—	—	—
1911	18	21 650	22	20 130	4	4 142	5	19 302	—	—	—	—
1912	26	27 658	41	40 194	9	8 995	5	19 232	1	2293	2	4145
1913	48	28 587	8	12 939	13	12 292	4	13 067	—	—	17	35238

Hierzu kommen noch jährlich etwa 6000 Dschunken und 12 000 Sampans mit 16 Millionen Mark Handelswert.

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß die Schiffe unter deutscher Flagge nach Anzahl und Größe nicht mehr die Hälfte des Gesamtverkehrs erreichen, und daß von den fremden Nationen die Engländer und Japaner den Hafen besonders stark und in den letzten Jahren die deutschen Zahlen fast einholend aufsuchten. Bis zum Jahre 1911 hat auch die durchschnittliche Größe der Schiffe stetig zugenommen, was auf den Einfluß der großen Schiffslinien, die Tsingtau von immer größeren Dampfern anlaufen ließen, zurückzuführen ist. Im Jahre 1912 ist dieser Einfluß zum Stillstand gekommen, da die Anzahl der kleinen Schiffe im Verhältnis schneller zunahm.

An Dampfergesellschaften verkehren an der Küste von Schantung und insbesondere in Tsingtau:

I. Die Hamburg-Amerika Linie mit Dampfern von Schanghai über Tsingtau, Tschifu, Tientsin nach Dalny zum Anschluß an die sibirische Bahn.

II. Auf denselben Strecken die chinesische Linie der China Commercial Steam Navigation Compagnie und

III. die Indo-China Navigation Compagnie.

Außer diesen Küstenlinien gehen, abgesehen von einzelnen unregelmäßig fahrenden Frachtdampfern, folgende Europalinienfahrer aus Japan über Tsingtau:

I. Die Hamburg-Amerika Linie vor allem für Frachtverkehr.

II. Der Norddeutsche Lloyd, der seit Januar 1911 Tsingtau alle vierzehn Tage abwechselnd auf Aus- und Heimreise anläuft, vornehmlich für Passagiere.

III. Die englische Reederei Peninsular und Oriental Steamship Co.

IV. Die japanische Reederei Nippon Yusen Kaisha.

V. Die französische Reederei Messagerie Maritime seit 1911.

Digitized by Google

Für den Verkehr dieser Europafahrer ist zu bedenken, daß Tsingtau nicht auf der Linie der großen Verkehrsentwickelung liegt. Die Hauptverkehrsstraßen führen von Japan nach Schanghai und Hongkong, also südlicher vorbei, und verlaufen von dort weiter nach Süden, nach dem Malaiischen Archipel, Australien, Indien und Europa. Die Häfen nördlich von Schanghai besitzen im Gegensatz zu den großen Stapelplätzen Schanghai und Hongkong lokale Bedeutung als Knotenpunkte für den Verkehr mit dem Hinterland. Dazu kommt noch, daß diese nördlichen Häfen der Seeschiffahrt nicht besonders günstig sind. Nur Dalny und Wladiwostok machen durch ihre ausgebauten Hafenanlagen eine Ausnahme und haben durch die sibirische Bahn und Erschließung der Mandschurei eine besondere Bedeutung erlangt. Diesen beiden Häfen im Norden gesellt sich Tsingtau als südlichster von ihnen zu. Er hat vor ihnen den Vorteil, daß er nicht zufriert und daher zu allen Jahreszeiten benutzbar ist. Der Umweg, den die Schiffe machen müssen, um Tsingtau anzulaufen, beträgt für von Schanghai nach Norden laufende Schiffe 121 Seemeilen, also etwa acht Stunden, und für die Fahrt von Schanghai nach Japan ca. 430 Seemeilen, also rund 30 Stunden. Erleichtert wurde den großen Linien, insbesondere dem Norddeutschen Lloyd, der Entschluß, Tsingtau anzulaufen, neben dem Vorhandensein von genügenden Ausfuhrerzeugnissen durch die Güte der Kohlen aus dem Hungschanschacht. Diese Kohle hat sich als der Cardiffkohle gleichwertig erwiesen und eignet sich daher besonders gut für Schiffskessel, selbst für die unserer Kriegsschiffe. Jedenfalls spricht es für die Bedeutung Tsingtaus als Hafenplatz von Schantung, daß die großen Schiffahrtslinien auch gerade der fremden Nationen den Hafen trotz des Umwegs anlaufen lassen.

2. Güterverkehr.

Ueber die Größe des Güterverkehrs gibt beifolgende Darstellung der Ein- und Ausfuhrwerte Aufschluß.

Ein- und Ausfuhrwerte in Millionen Taels.

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel	Jahresdurchschnittskurs des Taels in Mark	Gesamthandel in Mill. Mark
	in Millionen Taels				
1900	2,9	1,1	4,0	3,16	12,6
1901	6,0	2,8	8,8	3,02	26,6
1902	8,1	2,3	10,4	2,65	27,6
1903	11,3	3,3	14,6	2,68	39,0
1904	12,6	6,3	18,9	2,92	55,2
1905	15,1	7,2	22,4	3,07	69,0
1906	22,3	8,5	30,8	3,36	103,9
1907	20,4	8,5	28,9	3,33	96,3
1908	20,1	12,0	32,1	2,74	88,4
1909	25,5	14,7	40,2	2,66	106,9
1910	26,6	17,2	43,8	2,76	122,0
1911	27,0	19,9	46,8	2,76	129,0
1912	31,3	25,0	56,3	3,12	175,4

Nach der chinesischen Seezollstatistik „Returns of Trade and Trade Reports" 1912, II.

Digitized by Google

Die wichtigsten Ausfuhrgüter bilden in Millionen Mark Seiden (12), Strohborten (10), Erdnußkerne (10), Bohnenöl (1,2), Baumwolle (1,0), Kuhhäute (1,0), Borsten (0,5), Eier und Eierfabrikate (0,5). An hauptsächlichen Einfuhren sind zu nennen: Baumwollwaren und Baumwollgarne (35), Petroleum (2,7), Indigo, Zündhölzer, Zucker, Baumaterialien aller Art (Bauholz, Zement), eiserne Träger, Schienen.

Zur Veranschaulichung der Bedeutung dieses Verkehrs sind in der folgenden Darstellung die Summen des Gesamthandels unserer Kolonien mit den entsprechenden Zahlen des Kiautschou-Gebietes zusammengestellt.

	Kiautschou	Ostafrika	Kamerun	Togo	Südwestafrika	Südseeinseln	Samoa	Gesamthandel ohne Kiautschou
1900	12,6	16,3	20,1	6,7	7,9	3,8	3,4	58,1
1901	26,6	14,1	15,7	8,4	11,3	5,4	8,6	57,6
1902	27,6	14,1	20,0	10,4	10,8	5,4	4,3	65,0
1903	39,0	18,2	17,2	9,7	11,4	6,3	4,7	67,4
1904	55,2	23,3	17,4	10,4	10,4	5,7	4,0	71,2
1905	69,0	27,6	22,8	11,7	23,8	7,8	5,4	99,2
1906	103,9	36,1	23,3	10,6	69,0	8,1	5,9	153,1
1907	96,3	36,3	33,1	12,6	34,0	9,2	4,6	129,9
1908	88,4	36,7	29,0	15,4	41,0	11,1	5,2	138,3
1909	106,9	47,1	33,4	18,6	56,8	14,8	6,4	177,0
1910	122,0	59,5	45,3	18,7	79,1	20,7	7,0	229,7
1911	129,0	68,3	49,7	18,9	73,9	19,9	8,5	240,2
1912	175,4	81,7	57,5	21,4	71,5	21,3	10,0	263,6

Nach den Denkschriften des Reichskolonialamts.

Es geht daraus der große Unterschied hervor zwischen dem Erschließen unkultivierter Länder und dem Anschluß eines Landes mit alter intensiver Bodenkultur an den Weltverkehr. Diese letztere, leichter und schneller Erfolg bringende Tätigkeit haben die Engländer in hohem Maße an sich zu bringen verstanden. Ohne Sicherung von Besitz, Handel und Verkehr durch strategische und wirtschaftliche Bahnbauten, Regelung der Rechtsverhältnisse und Erleichterung des Seeverkehrs durch zweckmäßige Hafenanlagen und Gebührenordnungen ist aber auch in letzteren Fällen kein Erfolg zu erwarten. Dem Beispiel, das die Marineverwaltung hierin im Schutzgebiet Kiautschou gab, ist unsere Kolonialverwaltung erst seit Stübel und besonders Dernburg gefolgt, und die seitherige günstigere Lage unserer Kolonien kann wohl in der Hauptsache als Wirkung des neuen Systems in Anspruch genommen werden.

C. Die Wirtschaftlichkeit.

Große Hafenbauten werden meist nicht wegen des aus ihrem Betrieb hervorgehenden unmittelbaren Nutzens vorgenommen, sondern, wie auch andere der Allgemeinheit dienenden Anlagen, in erster Linie wegen der von ihnen ausgehenden allgemeinen Anregung und Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens.

Digitized by Google

Die Nachprüfung der Betriebskosten und Einnahmen ergibt aber, daß die großen Hafenanlagen für das Schutzgebiet keine Zubuße erfordern; seit Erhebung der Kaigebühren werden die bei den Schutzgebietsverwaltungen des Hafens — also ausschließlich des Seezolls — erforderlichen Betriebs- und Unterhaltungskosten aus den bei ihnen erhobenen Gebühren gedeckt, und es ergibt sich ein Ueberschuß, der als eine, wenn auch geringe, Verzinsung oder Abschreibung des Anlagekapitals angesehen werden kann und sich mit der weiteren Entwicklung steigern wird.

Mit dem glücklichen Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung des Schutzgebietes war die Grundlage geschaffen, auch weitergehende Pläne zur Befestigung und Sicherung des deutschen Einflusses in China zu verfolgen, wie wir sie jetzt mit dem deutschen Schulwesen und vor allem mit der deutsch-chinesischen Hochschule am Werk sehen. So hat sich der ursprünglich politisch-wirtschaftliche Gedanke bei der Besitzergreifung im Laufe der vergangenen fünfzehn Jahre zu einem politisch-wirtschaftlich-kulturellen erweitert.

Mögen diese Bestrebungen in der Heimat die ernste Würdigung und tatkräftige Förderung finden, die sie zur Entwicklung des Deutschtums in Ostasien dringend bedürfen.

Das Kolonialmuseum im Palais Royal in Paris.

Von Oberregierungsrat Dr. E. Jacobi.

Wer Paris kennt, kennt auch das Palais Royal, einen der Mittelpunkte der Weltstadt, in dessen von Säulengängen umgebenem Garten Camille Desmoulins im Beginn der großen Revolution seine aufreizenden Reden hielt, die dann zum Bastillesturm führten. Jetzt ist der Gebäudekomplex ein stiller Platz mitten im lärmendsten Getriebe, wie es sich dicht dabei auf dem Platze des Palais Royal, in der Avenue de l'Opéra und der Rue de Rivoli abspielt. Für den Kolonialpolitiker aber bietet sich in seinen Galerien etwas sehr Interessantes, das ich der Beachtung aller, die das schöne Paris aufsuchen und an kolonialen Dingen Interesse haben, auf das dringendste empfehlen möchte. Es ist die Galerie d'Orleans mit dem Musée Commercial des Kolonialamts und den vom Kolonialamt selbst dort eingenommenen Räumen. Die an der Galerie gelegenen Wände sind mit Glasscheiben in der Art von Schaufenstern versehen und bieten ein Kolonialmuseum eigener Art, das von jedem Vorübergehenden umsonst betrachtet werden kann und ihn in der verschiedenartigsten Weise in die Bedeutung und Eigenart der französischen Kolonien einführt. Was finden wir da nicht alles! Zunächst Karten: Karten von allen französischen Kolonien, nicht nur aber solche, sondern auch eine Uebersichtskarte der Welt und eine Karte des Niltales und eine von Westafrika zur allgemeinen Orientierung. Prachtvoll sind besonders zwei große Karten von Madagaskar und Indochina. Auf diesen sind in großen schwarzen Buchstaben die Namen der einzelnen Landesteile oder Provinzen und in roten die wichtigsten Produkte eingetragen, z. B. bei Madagaskar oben und unten „Caoutchouc", in der Mitte links „Boeufs", rechts „Vanille", rechts weiter oben „Or". Auf einer großen Karte von Französisch-Kongo finden wir die neue Grenze von Neu-Kamerun eingezeichnet. Einige der Fenster sind der kolonialen Literatur gewidmet. Das Kolonialamt unterhält hier, gerade an dem Hauptdurchgang zum Garten, eine kleine Buchhandlung, in deren Schaufenstern alle Arten der sehr reichhaltigen französischen

Digitized by Google

Kolonialliteratur wissenschaftlichen und unterhaltenden Charakters ausgelegt sind. Wir finden da ferner illustrierte Ausgaben der Kolonialblätter, wie der „Depêche Coloniale" und anderer, sogar koloniale Briefmarkensammlungen. Wie die französische gute Literatur bekanntlich durchschnittlich überhaupt billiger ist wie die unsrige, so finden wir auch hier nicht nur Prachtwerke, sondern auch für kleinere Börsen zu erschwingende, mit französischer Verve geschriebene Schriften über alle möglichen französischen Kolonien. Der deutsche Kolonialfreund kann ganz neidisch werden, wenn er diese billigen französischen Bücher zu 4 Frank der Band von Kapitän Kornet (Am Tschad), Baron von Mandat-Grancy (Am Kongo), Raffray (Abessinien), Abbé Pierre Bouche (Die Sklavenküste und Dahomey), Adolph Burdo (Niger und Benue) und andre sieht, meist noch mit Bildern und Karten ausgestattet. Gewiß, wir haben ausgezeichnete Kolonialwerke, wie Meyers „Kolonialreich", die Bücher des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Passarges „Adamaua", die Werke von Leo Frobenius, von Parkinson und andere, aber sie sind zu teuer, für viele kaum erschwinglich. Die früher erschienenen billigeren, wie die einst vielgelesenen von Zöller, Semlers treffliches „Togo und Kamerun", Paasches „Ostafrika", haben in den letzten Jahren keine Nachfolger gefunden. Sollen koloniale Kenntnisse und Ideen ins Volk dringen, woran es trotz entgegengesetzter Ansichten noch sehr fehlt, so sind billige belehrende, nicht zu schwer geschriebene Bücher ein Bedürfnis. Wer sich selbst praktisch mit der Verbreitung kolonialer Kenntnisse im Volk befaßt hat, wird die Meinung, daß darin schon genug geschehen sei, wohl kaum teilen. Noch heute gilt, was vor Jahren gesagt wurde, daß die Franzosen es besser verstehen als wir, die schweren Goldbarren der Wissenschaft in gangbare Münze umzuwechseln. Neben den genannten Werken finden sich natürlich auch die offiziellen Publikationen. Auch Reiseplakate für einzelne Kolonien, wie Tunis und Algier, hängen aus. Sogar Pantherfelle und kleinere ethnographische Gegenstände kann man hier kaufen.

Wir sehen dann ferner die Geschäftsabteilungen des Kolonialministeriums und der nordafrikanischen Kolonien, nämlich das **Office du Gouvernement Tunisien et de l'Algérie**, das **Office du Protectorat de la République Française au Maroc** und das **Office du Gouvernement chérifien.** An deren Fenstern fallen besonders die Ausschreibungen öffentlicher Arbeiten ins Auge. Wir finden solche für Marokko, außerdem aber für Senegal, Ozeanien, Fort de France, St. Pierre und Miquelon und für die Kolonialarmee, bei Algier auch zahlreiche Ausschreibungen von Landverkäufen.

Ueberraschend vielseitig sind dann die Ankündigungen von Gelegenheiten zu kolonialen Studien. Solche Kurse sind von den Handelskammern in Lyon und Paris eingerichtet, die damit ein Verständnis für den Wert der Kolonien, für den Absatz französischer Erzeugnisse und die Versorgung des französischen Marktes mit Kolonialprodukten bekunden, dem wir bei unseren Handelsvertretungen noch keineswegs in dem wünschenswerten Maße begegnen. Am umfassendsten ist die von der Handelskammer in Lyon eingerichtete Studienanstalt. Hier haben wir Vorlesungen über Hygiene, Geschichte und Geographie der Kolonien, Kolonialgesetzgebung, einzelne Kulturen von Kolonialprodukten, speziell Seidenkultur, ferner Sprachen, speziell Chinesisch, Arabisch mit seinen verschiedenen Dialekten, besonders dem Marokkanischen. Die Handelskammer von Paris fördert eine Studienanstalt zum Studium fremder Sprachen, darunter besonders das Madagassische, Anamitisch und die sudanesischen Sprachen. Eine besondere Kolonialschule steht unter dem Ministerium der Kolonien. Ferner gibt es eine Schule für koloniale Landwirtschaft in Tunis. Von allen diesen Schulen und Studienanstalten sehen wir an den Schaufenstern der Galerie d'Orleans und an dem Durchgang zum Garten des Palais Royal ausführliche Prospekte und Studienpläne.

An der Südseite der Galerie befindet sich nun auch das eigentliche Handelsmuseum (musée commercial), eine kleine, aber sehr hübsch zusammengestellte Sammlung von Kolonialprodukten. Sie sind nach den verschiedenen Kolonien geordnet. An jedem

Digitized by Google

Schrank sieht man eine Karte der betreffenden Kolonie. Außerdem werden die einzelnen Produkte noch durch Photographien erläutert, die die einzelnen Teile der Pflanze, von der das Produkt stammt, darstellen, und ebenso die Kultur und Gewinnung der Produkte. Diese Photographien sind auch außen an den Schaufenstern angebracht, so daß sie von jedem Vorübergehenden betrachtet werden können. Ueberhaupt findet sich an allen Schaufenstern der ganzen Galerie eine Menge von Photographien, die uns alle französischen Kolonien, ihre Landschaften, Bauwerke und Volkstypen in lebendigster Weise veranschaulichen. Der Besuch des Museums ist frei und jedermann gestattet. Unvermeidlich ist natürlich nur, wie überall in Frankreich, ein kleines „pourboire" an den Aufseher, das man aber gern gibt, dankbar für die mit solcher Liberalität dargebotene Anregung und Belehrung

Ich kenne nun drei derartige „Kolonialmuseen", das Berliner, das prachtvolle Kongomuseum in Tervueren bei Brüssel und dies Pariser. Aeußerlich macht das letztere den bescheidensten Eindruck. Die Galerien des Palais Royal sind, wie so vieles in Paris, in bezug auf Reinlichkeit und äußeren Glanz etwas vernachlässigt; die Fenster könnten vielleicht gelegentlich einmal geputzt werden, den Türen würde ein neuer Anstrich nicht schaden, aber trotz dieser kleinen Mängel erfüllen vielleicht doch das Pariser Museum und seine Annere den Zweck, koloniale Kenntnisse und Anregungen ins große Publikum zu tragen, besser als die beiden anderen. Zunächst schon durch seine Lage. Das Kongomuseum in Tervueren liegt weit außerhalb der Stadt: um es zu besuchen, muß man einen ziemlich zeitraubenden Ausflug machen. Das Berliner liegt in einer Gegend, wo der Fremde selten, der Berliner nur hinkommt, wenn er in Moabit zu tun hat, wo er dann meist nicht in der Stimmung für koloniale Studien ist. Dagegen liegt die Galerie d'Orleans mitten im lebhaftesten Getriebe der Weltstadt, an einem Durchgang, der von vielen Leuten, die den Automobilgefahren der umliegenden Straßen entfliehen wollen, gern benutzt wird. Namentlich zur Mittagszeit herrscht hier ein lebhafter Verkehr. Und von diesen Passanten treten viele einmal an die Schaufenster der Galerie heran und betrachten die Karte einer Kolonie, von der sie gerade in der Zeitung gelesen haben, oder die Photographien der phantastischen Bauten Indochinas, oder machen sich Notizen über die Ausschreibungen der öffentlichen Arbeiten oder die Studienpläne der Kolonialschulen. Kosten tut das ja alles nichts, was für den sparsamen Franzosen besonders angenehm ist, wofür aber auch der Deutsche nicht unempfindlich ist. Wäre denn nun etwas Aehnliches nicht auch in Berlin und anderen deutschen Großstädten wie Köln, Leipzig usw. möglich? Könnten nicht in vielbegangenen Durchgängen, z. B. in Berlin in der Passage, einige Fenster gemietet und mit kolonialen Karten, Photographien, Schriften ausgestattet werden? Auch in England geschieht das. In London findet man in den belebtesten Straßen Schaufenster mit Darstellungen aus einzelnen Kolonien, z. B. Kanada, Neuseeland. Man sieht dort Karten, Bilder und Produkte ausgestellt und daneben Plakate, die über Schiffsgelegenheit, Ansiedlungsbedingungen usw. belehren. Bei uns fehlt es an einer solchen Propaganda für die breite Oeffentlichkeit so gut wie ganz. Das einzige ist der einmal gemachte Versuch, Karten auf Bahnhöfen auszuhängen, der aber in sehr unbedeutenden Anfängen stecken geblieben ist. Es gibt ja, wenigstens in Berlin, heute Leute, die da glauben, die Kolonialgesellschaft hätte keine Aufgaben mehr. Hier wäre eine solche, und eine sehr lohnende. Im Anschluß daran möchte ich noch eine andere französische Einrichtung erwähnen, deren Uebertragung auf deutsche Verhältnisse vielleicht auch in Erwägung zu ziehen wäre. Es ist die „Société coloniale des artistes français". Diese Gesellschaft hat eine Anzahl Preise für Künstler zu vergeben, die in die französischen Kolonien gehen wollen. Die Preise bestehen in einer Geldsumme und freier Hin- und Rückfahrt. Die Geldpreise sind verschieden hoch. So beträgt der Preis für Französisch-Westafrika 1000 Fr. und freie Fahrt nach und von Dakar. Außerdem sollen, wie es in den Bedingungen heißt, dem Preisträger die größten Erleichterungen für den Aufenthalt und die Reise

Digitized by Google

ins Innere der Kolonie durch den Generalgouverneur zuteil werden, um ihm das Studium der vielseitigen und pittoresken Erscheinungen in Landschaft und Volksleben zu ermöglichen. Dieselben Vorteile wie der Preis von Westafrika gewähren die Preise von Indochina, von Madagaskar, von Französisch-Aequatorialafrika und von Marokko. Der Preis von Reunion beträgt nur 500 Fr.

Auch dies sind Einrichtungen, die bei uns wohl Nachahmung verdienten. Mancher junge Künstler würde die Gelegenheit zu einer Studienreise nach Togo, Kamerun, Südwest oder in die Südsee gern ergreifen, wenn ihm die Mittel geboten würden, und er würde reiche Anregungen und interessanten künstlerischen Stoff in die Heimat mitbringen. Man soll auch die Mitwirkung der Kunst nicht unterschätzen. Frankreich bemüht sich in jeder Weise, seine Kolonien für das Mutterland nutzbar zu machen, auch wir sollten versuchen, nicht nur materielle, sondern auch geistige Vorteile von ihnen zu ziehen, die auch der materiellen Seite der Sache zugute kommen werden.

Principe und St. Thomé.

Eine hervorragende koloniale Leistung der Portugiesen.

Principe.

Wenn man mit einem portugiesischen Dampfer von den infolge starken Regenmangels in der Vegetation sehr zurückgebliebenen felsigen Gestaden der Cap-Verde-Inseln nach einwöchiger uninteressanter Dampferfahrt im Guineabusen vor der portugiesischen Insel Principe, wenig nördlich vom Aequator, anlangt, fühlt man sich in eine ganz andere Welt versetzt. Ein schöner geräumiger Hafen öffnet sich, der zwar nicht genügend Tiefe besitzt, als daß Ueberseedampfer in denselben einlaufen könnten, der jedoch landschaftlich einen wunderbaren Eindruck macht. Links und rechts eingefaßt von prächtigen Berghängen, welche über und über mit der bis ans Wasser hinabreichenden herrlichsten tropischen Vegetation überzogen sind, in welcher vor allem die Kakaobäume und die ihnen als Schattenspender dienenden Oelpalmen und Bananen hervortreten, dazwischen vorlugend gleich am Eingange vorn die schmucken Gebäude der Hafenbehörde und weiterhin saubere Pflanzungsgebäude, geradeaus im Hintergrunde ein hoher Bergkamm, aus dem der ebenfalls mit Vegetation überzogene Monte Papagayo hoch in die Lüfte aufragt, davor, am Meerufer an der Bucht entlang, die einfachen Häuser der Hafenstadt — alles ist geeignet, ein entzückendes Landschaftsbild hervorzuzaubern.

Dieser erste günstige Eindruck, den man von der Insel Principe empfängt, wird nicht enttäuscht, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse derselben betrachtet, wenn sie auch von der Nachbarinsel St. Thomé noch übertroffen werden. Ueberall Kakaopflanzungen, welche sachkundig angelegt sind und sachkundig gepflegt werden. Die gesamte Kakaoproduktion der kleinen Insel mag 2 bis 2½ Millionen Kilogramm betragen. Gegenüber der Nachbarinsel St. Thomé hat Principe den Vorzug, keine Exportzölle auf seinen Kakao zahlen zu müssen. Diese Vergünstigung, welche auf 100 kg 1 Escudo 80 Centavos = 7,20 Mark ausmacht, wurde zugestanden, da die Insel große Schwierigkeiten durch die

Digitized by Google

Schlafkrankheit in der Arbeiterbeschaffung hatte, welche Krankheit um 1820 durch Sklaven und Vieh aus Gabun eingeschleppt war. Schon im Jahre 1901 war eine Kommission aus Portugal nach Principe zum Studium der Krankheit geschickt, im Jahre 1902 wurden die frühzeitige Exstirpation der Halsgeschwüre sowie sorgfältige Säuberung der Eß- und Trinkgeschirre empfohlen; im Jahre 1904 wurden Pflanzen mit Wurzeln von Kassia und Bissilon, welche in der portugiesischen Kolonie Guiné angewandt wurden, zu Versuchen nach Principe geschickt, gleichzeitig wurde Entfernung stagnierender Wasser und gewisser Baumarten empfohlen; im Jahre 1905 wurden Schlafkranke zu Studienzwecken in die Anstalt für Tropenkrankheiten nach Lissabon geschickt; im Jahre 1906 wurden für die schwarzen Pflanzungsarbeiter weiße bzw. hellfarbige Anzüge empfohlen, da die Glossine die schwarze Farbe für ihre Angriffe bevorzuge; im gleichen Jahre wird beobachtet, daß die Südhälfte der Insel weit weniger Schlafkranke hat als die Nordhälfte, wodurch die Vermutung entsteht, daß die regelmäßigen starken Südwinde die Glossine vom Süden nach dem Norden mitnehmen; im Jahre 1907 wird Atoryl gegen die Krankheit empfohlen, und im gleichen Jahre fährt eine neue Studienkommission nach der Insel, über deren Resultate die Lissaboner Zeitung „Seculo" am 23. Dezember 1908 berichtete, darunter die Aufforderung, alle Haustiere im Schlafkrankheitsgebiet zu töten oder in Ställen, in welche die Glossine nicht eindringen kann, einzuschließen; im Jahre 1911 wird in Lissabon mit den Pflanzern vereinbart, daß alle Schlafkranken an einem glossinenfreien Orte im Süden der Insel unterzubringen sind, daß vierteljährlich Blutuntersuchungen stattzufinden haben, daß alle umherstreifenden Tiere zu töten und die Haustiere gegen die Glossinen abgesperrt werden, daß kein schlafkrankes Wesen auf der Insel zugelassen werde, und daß die Brutstätten der Glossinen zu vernichten sind, und am 17. April 1911 wird dazu ein genaueres Regulativ erlassen. Im Jahre 1912 ergibt sich der schwerwiegende Umstand, daß die in der Not durch Vermittlung der Cavalla River Co. in Liverpool bzw. deren Lissaboner Vertreter James Gilman teuer angeworbenen Liberia-Arbeiter (außer Anwerbeprovision je nach Fähigkeiten bei freier Wohnung und Kost monatlich an Lohn 15 sh bis 1 £ für den gewöhnlichen Arbeiter) im letzten Augenblicke nicht die Genehmigung der liberianischen Regierung zur Ausreise erhalten.

Jetzt konnte nur eine ganz rücksichtslose Energie auf Principe Wandel schaffen, und glücklicherweise fand die portugiesische Regierung eine solche Kraft in dem aus Goa stammenden Arzte Dr. Bruto da Costa, der mit vier anderen Aerzten und 300 Mann Personal unter sehr anerkennenswerten finanziellen Opfern der portugiesischen Regierung einen Kampf aufs äußerste gegen die Schlafkrankheit im Jahre 1912 aufnahm, der, wie ich schon in der „Kolonialzeitung" vom 25. Oktober 1913 berichtete, vollständig zum erstrebten Ziele führte, und worüber eine sehr interessante Broschüre erschienen ist. (Englische Uebersetzung in London: Bailliere, Tindale & Cox.) Dr. Bruto da Costa untersuchte alle lebenden Wesen, Mensch und Tier; kranke Menschen wurden

Digitized by Google

isoliert, kranke Tiere ohne jede Rücksichtnahme auf ihren Wert auf der Stelle erschossen, die Brutstätten der Glossinen beseitigt, die Glossinen mit Klebstoff eingefangen, davon allein in einem Distrikt in 10 Monaten 51 810. Verständige Leute fügten sich resigniert diesen Anordnungen, andere aber setzten alle Hebel in Bewegung, auf der Insel, wie im Mutterlande, um eine Milderung des drakonischen Vorgehens des Arztes zu erwirken, der selbst nachts sich keine Ruhe gönnte, um zu inspizieren, ob die menschlichen und tierischen Unterkunftsstätten vorschriftsmäßig abgesperrt waren. Nachdem er im Jahre 1913 nach Portugal zurückgekehrt war, kann man jetzt sagen, daß die Insel ihren früheren schlechten gesundheitlichen Ruf ganz verloren hat. Während in früheren Jahren die Passagiere der dort vor Anker gehenden Dampfer in der Regel vorzogen, hübsch an Bord zu bleiben, ist dies jetzt anders geworden. Tatsächlich sollen in diesem Jahre nur 3 Fliegen, im Februar, gefangen sein, obwohl die Pflanzungsleiter eine Prämie von 2 Testoñs (80 Pf.) für jede ihnen gebrachte Glossine aussetzten. Auch ich habe bei meinem Aufenthalte dort im Mai keine Glossine gesehen. Unzweifelhaft trug zu diesem günstigen Erfolge viel bei, daß die Insel nur sehr klein ist, und daher alle Maßregel sich mit der in solchen Fällen unbedingt erforderlichen Energie und Rücksichtslosigkeit durchführen ließen, während in Neu-Kamerun, Französisch- und Belgisch-Kongo und Angola (siehe Annibal Bettencourt: „La maladie du sommeil", Lissabon 1903, und Gregory: „Report", Jto Offices, King's Chambers, Portugal Street, London, 1913) weit größere Schwierigkeiten sich ergeben. Auf Fernando Póo, wo die Schlafkrankheit erst begonnen hat, müßte schnell und energisch eingegriffen werden.

Nachdem nun diese Geißel der Insel beseitigt ist, bleibt abzuwarten, ob die portugiesische Regierung auf Principe dieselben Exportzölle einführen wird, wie sie auf der benachbarten, noch fruchtbareren und wesentlich größeren Insel St. Thomé bestehen.

Die größte Pflanzung auf der Insel Principe ist diejenige der Sociedade d'Agricultura Colonial, während die nach dieser Insel genannte Companhia da Ilha do Principe ihre weitaus größten Pflanzungen auf St. Thomé hat.

St. Thomé.

Von Principe nach St. Thomé fährt man mit dem Dampfer in 8 Stunden hinüber. Vor St. Thomé, an dessen Südseite der Aequator vorüberzieht, wiederum ein herrliches Landschaftsbild! Alle vier Hauptinseln des Guineabusens, welche von Kamerun an in fast gerader Linie durch denselben gehen, nämlich Fernando Póo (spanisch), Principe (portugiesisch), St. Thomé (portugiesisch) und Annobón (spanisch), sind vulkanischen Ursprungs und zeigen ganz prächtige Gebirgsformationen, von denen manche, wie der von einem 300 m hohen Sockel noch 300 m aufsteigende Felsenturm des Cao Grande im Süden auf St. Thomé, auch den geübtesten Alpinisten die größten Schwierigkeiten der Besteigung entgegensetzen würden und bisher auch noch nie bestiegen wurden. Auch auf den höchsten Berg von St. Thomé, der ein wenig über

Digitized by Google

2000 m hoch ansteigende Pik, ist bisher nur von ganz vereinzelten Weißen, auch Deutschen, bestiegen worden. An den hohen Pik anschließend zieht ein hoher, schön geformter Gebirgskamm mit erloschenen Kraterkesseln über die Insel.

Die wenig interessante Stadt St. Thomé mit dem ansehnlichen Gebäude des Gouvernementssitzes der beiden Inseln breitet sich in ziemlicher Ausdehnung im Nordosten der Insel um die halbkreisförmige Bucht Bahia de Anna Chaves aus. Auch diese bietet bisher nicht genügende Tiefe für Ueberseedampfer, welche auch ziemlich weit draußen wie in Principe ankern müssen. Mit dem von mir benutzten Dampfer traf im Mai auch ein neuer Direktor der Oeffentlichen Arbeiten ein, der den Hafengrund genau untersuchen will, ob der unter dem Sande erwartete gewachsene Felsen tief genug liegt, um durch Wegbaggern des Sandes den Ueberseedampfern ein Anlegen direkt am Kai zu ermöglichen, was von größtem Vorteile wäre. Dieser Direktor hat vor 3 Jahren bereits die 15 km lange einzige Staatsbahn auf der Insel von St. Thomé südwestlich nach dem kleinen Städtchen Trindade hinauf (zirka 300 m hoch) gebaut, welche jetzt teils verlängert, teils mit Abzweigungen nach links und rechts versehen werden soll, zunächst um 50 km. Die Bahn ist in 75-cm-Spur, hat Schienen aus Westfalen, zwei größere Maschinen von je 42 Tons von Maffei, München, und zwei kleinere von Henschel, Kassel. Das Befahren der Bahn durch die fabelhaft üppige Vegetation zu beiden Seiten der Linie hinauf in Kurven zu der Station Trindade ist höchst interessant, und sobald erst der Sumpf am Beginn der Linie durch Zuwerfen in Kürze ganz verschwunden sein wird (ein lobenswerter Anfang ist gemacht), werden die St. Thomé berührenden Passagiere nie verfehlen, die von dem neuen Direktor der Oeffentlichen Arbeiten in Aussicht genommenen zusammengestellten Fahrscheine für Landungsboot und Eisenbahn während des Aufenthalts des Dampfers zu benutzen, um einen Blick in diese geradezu wuchernde üppige Vegetation von St. Thomé auf bequemste Weise zu tun. Der neue Direktor der Oeffentlichen Arbeiten, welcher auch eine starke Ausdehnung des Wegenetzes, zunächst um 180 km, plant, das neben praktischen Gesichtspunkten die herrlichen Naturschönheiten noch mehr zugängig machen wird, ist Parlamentsmitglied und ein überaus rühriger und sachkundiger Ingenieur, von dem noch viel zu erwarten ist. Möge die deutsche Industrie, welche bereits jetzt auf St. Thomé einen sehr lohnenden und ausgebreiteten Absatzmarkt sich geschaffen hat, aufmerksam die weitere Entwicklung auf diesem idyllischen üppigen Eilande verfolgen; sie wird hier auch ferner ein sicheres Arbeitsfeld finden, u. a. auch durch Ausnutzung der Wasserfälle zur elektrischen Kraftabgabe.

Wie es die Verhältnisse der ausgedehnten, schluchtenreichen Pflanzungen bedingen, ist aus der privaten Initiative ziemlich eine Million Meter Feldbahnen, meist von Koppel, Berlin, entsprungen, welche zum Transport der reichen Erträgnisse der Pflanzungen bestimmt sind und teils mit Maultieren,

Digitized by Google

teils mit Ochsen, die größten auch mit Lokomotiven, als Zugkraft betrieben werden. Natürlich sind auf diesen größten Pflanzungen auch für Personentransporte Feldbahnwagen vorhanden.

Der wichtigste Teil der Insel für die Kakaoproduktion ist der nördliche. Ich habe im Mai dort die Wege mit Fuhrwerken auf den vorhandenen mehr oder minder guten Staatsstraßen durchfahren, abgesehen von etwa 30 000 m durchfahrener Feldbahnen, längeren Ritten auf Maultieren und Fußwanderungen durch die Pflanzungen. Ich habe über die Kakaoproduktion auf St. Thomé wiederholt in der „Deutschen Kolonialzeitung" geschrieben, so am 23. Februar und 30. März 1907, 25. Juli und 12. September 1908, 8. Mai und 6. November 1909, 22. Januar 1910, 14. Oktober 1911, 20. Januar und 14. Dezember 1912, sowie in der „Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft" im Oktoberheft 1906, Augustheft 1907, Augustheft 1909, Aprilheft 1910, worauf ich nicht zurückkommen möchte. Die gesamte Kakaoproduktion St. Thomés belief sich von 1888 bis einschließlich 1913 auf rund 390 Millionen Kilogramm, an Kaffee auf 42 Millionen Kilogramm. Bis 1890 war die Kaffeeproduktion größer als die Kakaoproduktion. Es betrug die Ausfuhr aus St. Thomé:

	Kakao	Kaffee
1888	1 518 768 kg	2 206 760 kg
1895	7 202 873 „	1 294 075 „
1900	11 426 397 „	2 004 050 „
1905	22 306 793 „	730 699 „
1910	33 281 667 „	978 356 „

In den letzten Jahren betrug die Kakaoernte jährlich etwa 34 Millionen Kilogramm im Werte von rund 40 Millionen Mark, und kann sie noch auf etwa 40 Millionen Kilogramm steigen. Darüber hinaus, bis auf 50 Millionen Kilogramm, gehende Schätzungen sind übertrieben. Wie schon bemerkt, ist die Nordseite der Insel am meisten kultiviert, hier gehen die Kakaopflanzungen bis auf 800 m hinauf, woran sich dann in höheren Lagen die Kaffeekultur schließt und in noch höheren Lagen die Chinarinde. Auf der Nordwestseite wie auf der Ostseite rechnet man Kakao bis auf 600 m, auf der Südseite bis auf 500 m. Der beste, aber noch nicht ausgebaute Hafen ist wohl die Angra de S. Joao im Südosten der Insel. Der Südwesten der Insel hat mehrfach starke Enttäuschungen gebracht, da der übliche Südwestwind Wolken gegen die Piks treibt, infolgedessen zu viel Regen und zu wenig Sonne ist, die Humusschicht mehrfach weggewaschen wurde. Dieser ungünstige Teil liegt zwischen dem Rio S. Miguel (9. Breitengrad) und dem Rio Mosagobo (6. Breitengrad). Von einem recht guten Kenner der Verhältnisse wird mir zwar versichert, daß die Pflanzungsversuche auf jenem Teile nicht weit genug ausgedehnt seien, als daß man schon ein absprechendes Urteil fällen könnte, doch nehme ich in dubio lieber die ungünstige Seite an. Ich hörte auch Ansichten, daß auf

Digitized by Google

der entwickelsten Nordseite die Erträge anfingen, zurückzugehen. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, so möchte ich darauf hinweisen, daß ich auf der dort gelegenen Roça (sprich Rossa = Pflanzung) Bemfica in 300 m Seehöhe einen ganz erstaunlichen Fruchtbehang sah, daß selbst über dreißigjährige Bäume noch flott trugen; daß mit Neupflanzungen und Umpflanzungen wegen der Arbeiterfrage nur langsam vorgegangen werden kann; daß nur teilweise erst Stalldünger und noch weniger künstlicher Dünger angewandt wird, und daß eine rationelle Unterweisung in der Benutzung von künstlichem Dünger durch einen wirklichen Sachverständigen noch nicht vorliegt. Auf der Südseite der Insel können die dort belegenen Roças noch tüchtig mit Neupflanzungen vorgehen, es ist dort aber feuchter als auf der Nordseite. Ab und zu sah ich auch in höheren Lagen Frostschaden, der bei 15° C sicher eintritt; auch kommt etwas Braunfäule, namentlich in höheren Lagen, wo der Baum durch Kampf um seine Existenz zu ringen hat, und in besonders feuchtem, dicht bewachsenem Gelände vor, so daß man angefangen hat, den aus einem Loch kommenden zweiten Stamm abzuhauen, wodurch auch der erste Stamm um so reichlicher trägt. Als Mindestverkaufspreis des Kakaos, falls Nutzen dabei sein soll, rechnet man loko Lissabon 4 Escudos = 16 Mark auf die Arroba von 15 kg, in der Regel muß man aber mit 18 Mark rechnen. In Händen von Ausländern befinden sich nur zwei belgische Pflanzungen, im Süden, welche durch Hypotheken in belgischen Besitz kamen. Ursprünglich war ein Viertel der Insel in den Händen eines Schwarzen, des Baron von Agua Izé, dem nach und nach Portugiesen Pflanzungen abkauften, wie besonders die sehr schöne Pflanzung Agua Izé. Jetzt sind nur noch 200 qkm auf dem nach Südosten abfallenden Zentrum frei, doch sind neue Pflanzungen zurzeit sehr schwierig wegen der bestehenden Wasserrechte und wegen der aufzubringenden Lasten. Von verschiedenen Seiten hörte ich die Ansicht aussprechen, daß Neuanlagen von Pflanzungen ganz unmöglich seien, Pflanzungen jüngeren Datums schwer zu ringen hätten, da die Lasten zu hoch seien.

Auf allen Pflanzungen wurde mir versichert, daß die Natur ihnen keine Schwierigkeiten biete, sie gebe alles gut und reichlich; die einzige wirkliche Schwierigkeit sei der Erhalt der erforderlichen Arbeitskräfte, und gehöre natürlich auch ein großes Verständnis zur richtigen Behandlung der schwarzen Arbeiter dazu. Als die besten Arbeiter werden allgemein die Arbeiter von Quelimane, also von der Zambesi-Mündung in Portugiesisch-Ostafrika, bezeichnet. Sie sind fleißig, ordentlich, sparsam. Als die schlechtesten Arbeiter, die man nimmt, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, gelten die Kap-Verde-Arbeiter, in der Mitte halten sich die Angola-Arbeiter.

Ueberaus viel hängt natürlich von der Tüchtigkeit der Administratoren ab. Abgesehen von verschwindenden Ausnahmen sind diese portugiesischen Administratoren besonders tüchtige Leute, mit reichen Erfahrungen in der Bewirtschaftung und Arbeiterbehandlung, unermüdlich und pünktlich bei der Arbeit. Diejenigen, welche ich persönlich kennen zu lernen Gelegenheit hatte,

Digitized by Google

waren geradezu hervorragende Persönlichkeiten: morgens um 6 Uhr, beim Tagesgrauen, schon die „Forma" (Aufstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen zur Kontrolle) abschreitend, abends um 6 bis ½7, beim Eintritt der Dunkelheit, wieder die „Forma" abschreitend, und dazwischen überall beobachtend und disponierend. Ebenso wie schon in Lissabon die Kontore dieser gewaltigen Pflanzungen mehr als einen bescheidenen Eindruck machen, da auf Repräsentation nicht der geringste Wert gelegt wird, ebenso sind auch die Wohnungen der Administratoren ohne Luxus, jedoch praktisch, geräumig, sauber, gemütlich. Natürlich werden diese Administratoren, von deren Tüchtigkeit es immens abhängt, gut bezahlt; die Regel dürfte bei freier Kost und Wohnung ein Jahresgehalt von 12 000 bis 20 000 Mark sein, doch hörte ich, daß an Gehalt und Tantiemen zwei Administratoren jeder jährlich 80 000 Mark beziehe. Der Buchhalter einer der größten Pflanzungen bezieht 12 000 Mark bei freier Kost und Wohnung. Die einzelnen Pflanzungen haben aber auch bebaute Flächen bis zu 100 qkm = 10 000 ha, bis zu 5 bis 6 Millionen Kilogramm Kakaoproduktion, entsprechend der Kakaoproduktion von ganz Kamerun; erfordern also ganz besondere Begabung zur Leitung.

Es ist in den letzten Jahren von gewissen Kreisen in England in der englischen Presse und von einer schweizerischen Seite in der deutschen Presse versucht worden, die öffentliche Meinung gegen St. Thomé wegen angeblicher Sklavereiverhältnisse aufzuregen. Obwohl schon von maßgebenden und angesehenen englischen und deutschen Persönlichkeiten gegen solche Aeußerungen entschieden Stellung genommen wurde, will auch ich bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, solche Angriffe als einfachen Unsinn zu bezeichnen. Ich habe nicht bloß die großen Pflanzungen besichtigt, welche gewöhnlich von Fremden besucht werden, sondern ich bin auch zu mittleren und kleinen, sonst nicht besuchten Pflanzungen gefahren, wo man keine Ahnung von meinem Hinkommen hatte. Ich kann mich nur voll des höchsten Lobes ausdrücken, wie dort in jeder Weise für die schwarzen Arbeiter gesorgt wird. Ich habe überall die Krankenfäle betreten, meist handelte es sich dort um Fußverletzungen; ich bin auch durch die im Neubau begriffenen Hospitäler geklettert, überall fand ich die größte Fürsorge für die Arbeiter, welche ihrerseits auch respektvollst ihrem Brotherrn gegenübertraten. (Die meisten inneren Krankheiten sind auf St. Thomé wie auch in Angola die Malaria und die durch den Ankylostomawurm hervorgerufene Blutarmut.) Ich war stets morgens um 6 und abends nach 6 Uhr bei der „Forma" (Arbeiterparade), bin in den Pflanzungen zu den Arbeitsstätten Berge hinauf- und Schluchten hinabgeklettert. Ich könnte geradezu rührende Beispiele von Arbeiterfürsorge anführen, welche sogar auf den Aberglauben der Schwarzen Rücksicht nimmt, doch kann ich hier nicht näher auf meine persönlichen Beobachtungen eingehen. Daß unter diesen 40 000 schwarzen fremden Arbeitern nie besondere militärische oder polizeiliche Maßnahmen notwendig waren, obwohl nur ein

Digitized by Google

paar hundert schwarze Polizisten unter weißer Führung vorhanden sind, und obwohl jeder Arbeiter in seinem armlangen Kakao- und Unkrautmesser eine Waffe besitzt; daß die Arbeiterkinder sich fröhlich umhertummeln, ist allein schon mit geknechteten Verhältnissen unvereinbar, wenn selbstverständlich auch auf Ordnung und Disziplin in einem solchen Arbeiterheer gesehen werden muß, ohne daß jedoch dabei barsche Worte zum Vorschein kommen. Es gibt Pflanzungen, welche 3000 Arbeiter beschäftigen! Mir können die „repatriados", die nach Ablauf ihrer Kontraktzeit in ihre Heimat zurückbeförderten Arbeiter, nur leid tun, denn eine solche Fürsorge für ihr Wohl, ein so in jeder Weise geregeltes Leben ist in ihrer Heimat einfach undenkbar zumal ihre Ersparnisse, welche durch Abzüge am Lohn staatlich aufgesammelt und im Betrage von 200 bis 300 Mark ihnen bei Rückkehr in die Heimat ausbezahlt werden, leider recht oft leichtsinnig bald aufgebraucht sind.

Auf dem von mir zur Ueberfahrt von St. Thomé nach Angola Ende Mai benutzten portugiesischen Dampfer wurden über 300 Rückwanderer befördert. Sie hatten vollständig freie Bewegung auf und unter Deck, erhielten pünktlich ihre Mahlzeiten von Reis mit Bohnen usw., lagen nach Belieben umher, kurz, sie waren ihrem Stande entsprechend untergebracht, wenn auf einem solchen, seit einem Vierteljahrhundert im Dienst befindlichen Dampfer auch die Verhältnisse natürlich weder in der 3. noch in der 2. und 1. Klasse mit einem modernen Hamburger oder Bremer Ueberseedampfer verglichen werden können.

Interessant war mir, auf der Roça Padroma dieselbe Formation von vier- und fünfeckigen Basaltsäulen wiederzusehen, welche ich schon an der Nordküste Irlands im Giant's Causeway und auf der Insel Staffa bewundert hatte.

Meiner Ansicht nach werden sich die seit 22 Jahren in Kraft befindlichen Differentialzölle auf den Kakao und Kaffee St. Thomés nicht mehr allzu lange in der bisherigen Höhe aufrechterhalten lassen, da St. Thomé auf dem Kakaomarkt nicht mehr so ausschlaggebend ist wie früher. In der englischen Goldküste ist in den letzten Jahren ein starker Konkurrent entstanden, und da in der Goldküste, ebenso wie in den deutschen Kolonien, keine Exportzölle auf Kakao sind, so werden die Gebiete mit hohen Exportzöllen von Jahr zu Jahr mehr davon berührt. Bisher war es ganz unmöglich, Kakao von St. Thomé direkt nach den Hauptverbrauchsländern auszuführen, denn die Ausfuhrabgaben betragen in Exportzöllen und 50 vom Hundert Aufschlag darauf als landwirtschaftliche Grundsteuer pro 100 kg in Mark:

mit portugiesischen Dampfern nach Portugal	7,20 Mark
mit portugiesischen Dampfern nach dem Auslande . . .	15,00 „
mit ausländischen Dampfern nach dem Auslande . . .	24,00 „

Da diese Ausfuhrabgaben, durch welche eine Ausfuhr zunächst nach Lissabon zur absoluten Notwendigkeit wird, sich nicht auf den Käufer abwälzen lassen, so fallen sie dem Produzenten zur Last, dessen Wettbewerb so erschwert

Digitized by Google

wird. Der bedeutendste Abnehmer für Thomé-Kakao ist Deutschland, das nach der deutschen Statistik verzollte (in Kilogramm):

1911	14 601 100
1912	13 807 400
1913	11 354 900

Wie mir bekannt ist, schweben bei der portugiesischen Regierung Erwägungen, das seit 1892 bestehende Differentialzollsystem einer im Interesse der portugiesischen Kolonien liegenden mildernden Revision zu unterziehen, was natürlich in Anbetracht der staatlichen und privaten Interessen des Mutterlandes vorsichtig geschehen muß. Der Wert von St. Thomé und Principe wird von Portugiesen auf 250 Millionen Mark geschätzt.

Was die Rentabilität und den Wert portugiesischer Kakaopflanzungen betrifft, so mögen folgende Beispiele zur Beurteilung beitragen:

Eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 14½ Millionen Mark (Reservefonds 816 000 Mark) schätzt in der Bilanz ihren Besitz auf Principe auf 1 900 000 Mark, auf St. Thomé auf 12 300 000 Mark und hat an Pflanzen einen Bestand von 2 700 000 Kakaobäumen in voller Produktion, 400 000 im Anfang der Produktion, 630 000 noch nicht tragend, 270 000 Umpflanzungen, ferner an Kaffeebäumen 20 000 alte, 265 000 neue Bäume. Die Produktion belief sich in 1898, als zum erstenmal Dividende verteilt wurde, auf 431 295 kg, 1900 auf 879 705 kg, 1905 auf 2 007 000 kg, 1910 auf 3 759 000 kg, 1913 auf 3 795 000 kg; von den letzteren konnten jedoch 285 000 kg erst im Januar und Februar 1914 verladen werden infolge der ungenügenden Lademöglichkeit der portugiesischen Dampferlinien. Im Jahre 1913 wurden für Neupflanzungen 134 900 Gruben, für Umpflanzungen 275 400 Gruben gegraben, während 14 000 Bäume infolge Krankheit (durch zu feuchte und dichte Pflanzung) ausgerissen werden mußten. Es waren auf den Pflanzungen 65 Europäer, 2804 Schwarze und 423 Kinder. Die verschiedenen Steuern an den Staat betrugen im Jahre 1913 436 000 Mark oder 22 vom Hundert des Saldos des Gewinn- und Verlustkontos in Höhe von 2 051 392 Mark, wovon 5 vom Hundert dem Reservefonds, 1½ vom Hundert der Direktion, ½ vom Hundert dem Aufsichtsrat, 13 vom Hundert den Aktionären als Dividende überwiesen wurden.

Während diese Aktiengesellschaft ihren größten Besitz auf St. Thomé hat, seien auch die Zahlen einer anderen Aktiengesellschaft angegeben, welche ihren Hauptbesitz auf Principe hat. Ihr Aktienkapital beträgt 7 200 000 Mark, ihr Reservefonds 195 000 Mark, ihre Hypothekenschuld an die portugiesische Kolonialbank 586 000 Mark; ihre Bestände in den wichtigsten Pflanzen sind: Kakaobäume auf St. Thomé 504 605, auf Principe 2 730 113; Bananen auf St. Thomé 4228, auf Principe 293 077; Oelpalmen auf St. Thomé 25 000, auf Principe 843 000; Kokospalmen auf Principe 5542; Kaffeebäume auf St. Thomé 45 000, auf Principe 27 641 sowie an Kautschukbäumen auf den beiden Inseln von Castilloa 11 811, Kickxia

Digitized by Google

86, Hevea 968, Landolphia 100. Die Produktion von Kakao belief sich im Jahre 1904 auf 437 396 kg auf Principe, 295 111 auf St. Thomé; in 1908 auf 655 505 kg auf Principe, 326 822 kg auf St. Thomé; in 1913 auf 730 314 kg auf Principe, 396 958 kg auf St. Thomé. Auf Principe wurden in 1913 gepflanzt und umgepflanzt 43 952 Kakaobäume, 10 167 Kaffeebäume, 2967 Kautschukbäume, 1766 Kokospalmen, auf St. Thomé 19 963 Kakaobäume, 1834 Kaffeebäume. An afrikanischen Arbeitern waren 835 Männer und 419 Frauen vorhanden, außerdem 234 Kinder. Europäer 40. Rechnet man die Unkosten für den Arbeitertransport auf 80 Mark pro Jahr, die Kontraktdauer auf 2 Jahre, so ergibt sich 80×2×1254 oder rund 200 000 Mark für Transportkosten. Die Einkommensteuer belief sich 1913 auf 4684 Mark, der Saldo des Gewinn- und Verlustkontos auf 390 248 Mark, wovon 5 vom Hundert dem Reservefonds und 5 vom Hundert als Dividende unter die Aktionäre verteilt wurden. Die meteorologischen Beobachtungen dieser Gesellschaft ergaben:

	Mittlere Temperatur in Celsius, mittags				Starke Regentage				Leichte Regentage			
	Principe Südseite (135 m Seehöhe)		St. Thomé Nordseite (380 m Seehöhe)		Principe		St. Thomé		Principe		St. Thomé	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Januar.....	27	28	27,8	31	—	1	—	—	3	2	6	—
Februar	28	28	27,8	32,5	--	4	2	1	2	5	1	1
März	28	28	23,6	31,4	3	1	1	6	2	2	7	—
April.....	28	28	25	30,8	4	4	10	6	5	5	1	8
Mai.....	27	27	27,8	30,2	8	11	2	17	—	2	2	1
Juni.....	27	27	29	28,76	1	2	—	2	1	3	—	—
Juli.....	26	26	28,7	28,76	3	—	—	2	1	—	—	--
August	25	25	29	28,7	6	16	—	3	4	1	3	4
September ..	26	25	28,8	28,8	3	17	—	8	4	5	10	7
Oktober.....	26	26	29,1	29,5	5	18	5	10	6	2	19	12
November...	27	27	29,6	31	6	2	3	5	1	1	10	7
Dezember ...	27	27	30,4	30,16	—	3	3	2	3	1	5	5

Diese Aktiengesellschaft stand im Jahre 1912 in Verkaufsverhandlungen mit dem bekannten englischen Syndikat, das möglichst viel Kakaopflanzungen auf den beiden Inseln aufzukaufen beabsichtigte und das als verhandelnde Vertreter in Lissabon die Herren Frewen und Joucla hatte. Die Pflanzungen umfassen 50 qkm = 5000 ha, und waren die Kakaoernten in 1909 1 033 206 kg, in 1910 1 107 979 kg, in 1911 1 037 818 kg aus 3 Millionen Kakaobäumen verschiedenen Alters. Die Aktiengesellschaft bot ihren Besitz einschließlich Gebäude, 36 km Feldbahnen, landwirtschaftlicher Geräte für 7 800 000 Mark an, also Aktienkapital und Hypotheken. Die mittlere Dividende in den voraufgegangenen 12 Jahren betrug 4 vom Hundert; sie betrug 3 vom Hundert in den Jahren 1906, 1910, 1911, 1912, 4 vom Hundert in den Jahren 1900, 1904, 1909, 5 vom Hundert in 1901, 1907, 1908 1913, 6 vom

Digitized by Google

Hundert in 1902, 1903. Es ist zum Bepflanzen geeignetes Gelände noch vorhanden. Bei 5000 ha zu 7 800 000 Mark ergab sich also ein Preis von 1560 Mark pro Hektar. (Bei den vier Emissionen des Kapitals war die erste pari, die drei übrigen mit 30 vom Hundert Prämie, welche Prämie die Aktionäre also beim Verkauf eingebüßt hätten.) Die Verhandlungen zerschlugen sich, weil die Gesellschaft einen festen Optionsvertrag nicht zugestehen wollte, sondern nur 60 Tage Zeit zur Besichtigung der Pflanzungen durch Sachverständige.

Bevor im Herbst 1906 die starke Preissteigerung im Kakao eintrat, welche während des Jahres 1907 noch anhielt, hatte ein deutsches Syndikat mit 20 Millionen Mark Kapital Verkaufsangebote von St.-Thomé-Pflanzungen im Werte von 15 Millionen Mark an der Hand, doch zerschlugen sich die Verhandlungen. Wie ich weiß, schweben zurzeit Verkaufsverhandlungen mit englischen Gruppen, doch habe auch ich Angebote an die Hand bekommen.

Auf dem deutschen Markte stellte sich die verzollte Einfuhr von Kakaobohnen aus den beiden portugiesischen Inseln im Verhältnis zu den übrigen bedeutendsten Kakaolieferanten in Kilogramm bei einer Gesamteinfuhr von 51 Millionen Kilogramm in 1913 und 55 Millionen Kilogramm in 1912:

	1913	1912
Englische Goldküste	16 140 700	15 721 500
Portugiesische Inseln	11 354 900	13 807 400
Ecuador	6 640 000	8 251 300
Brasilien	6 305 600	8 107 100
Kamerun, Togo, Samoa . . .	2 135 800	1 239 600

Konsul Singelmann.

Erfahrungen anderer Länder für unsere Kolonien.

Von Prof. Dr. Backhaus, Berlin.

Zur Veröffentlichung nachstehender Zeilen wurde ich angeregt durch den Vortrag des Herrn Schlachthofdirektors Dr. Neumann, Hamburg, in der letzten Versammlung der Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Die ausgezeichneten Darlegungen des Vortragenden, seine eigenen Beobachtungen, die mitgeteilte Literatur und die vorgeführten Lichtbilder ließen in fast allen Stücken ähnliche Erfahrungen und Ideen erkennen, wie ich sie in Südamerika in einer 7jährigen Tätigkeit daselbst beobachten konnte. Auch in jenem Erdteil hat man genau so wie in Deutsch-Südwestafrika geglaubt, die Viehzucht durch Import europäischer Rassen und womöglich durch Reinzucht derselben rasch heben zu können, und mußte fast immer mit diesen Bestrebungen ein teueres Lehrgeld zahlen. Die Erfahrungen waren um so ungünstiger, je verschiedenartiger Klima, Boden und wirtschaftliche Vorbedingungen waren. Herr Dr. Neumann zieht selbst mehrfach Südamerika zum Vergleich heran und erwähnt die Verschiedenheiten mit Südwestafrika. Immer-

Digitized by Google

hin gibt es im Regenschatten der Kordilleren weite Gebiete, die eine gewisse Aehnlichkeit mit Südwestafrika besitzen. Andere Zonen mit mehr Regen, jedoch ganz unentwickelten Verhältnissen und extensivem Betrieb, der sich lediglich auf Viehzucht stützt, können ebenfalls für manchen Vergleich herangezogen werden. Auch dort glaubten europäische Einwanderer oder auch Theoretiker auf Grund von Preisstudien, daß die Milchviehhaltung eine Bedeutung besitzen müsse, und sahen sich darin vollkommen getäuscht, weil einmal selbst die besten Milchrassen in extensiven Weideverhältnissen mit ungleichem Futterwachstum versagen und weil dann namentlich die Arbeit zu kostspielig ist, auch die Verarbeitung der Milch und die Verwertung der Produkte Schwierigkeiten bieten.

Die Erfahrung in allen Ländereien Südamerikas mit regenarmem Klima ist die, daß als allein brauchbares **Rind** nur die seit Jahrhunderten dort akklimatisierten Criollos in Betracht kommen. Dieselben haben eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Afrikanerrind und anderen Landschlägen. Aus diesem Material läßt sich auch der beste Arbeitsochse heranbilden. Aber ähnlich so wie in Südamerika wird auch in Südwestafrika bei stärkerer Viehzucht für Arbeitsrinder nur eine beschränkte Verwendung bleiben, denn der Ackerbau hat nur einen sehr eng begrenzten Umfang, und für den Transport wird immer mehr die Eisenbahn ausgebaut werden. Für Personenbeförderung wird das Pferd wegen seiner größeren Schnelligkeit vorgezogen werden. Als Hauptnutzung wird in derartigen Ländern immer die Fleischnutzung in Betracht kommen. Die Verwertung der Tierbestände wird zunächst durch Export von lebenden Tieren, soweit wie dies möglich ist, erfolgen müssen, dann aber hauptsächlich durch Fabrikation von Corned beef und Fleischextrakt. In den tropischen Gegenden von Brasilien ist das Criollorind der einzige Schlag, der gegen die dort grassierende Krankheit der Tristeza widerstandsfähig ist, welche Krankheit eine gewisse Aehnlichkeit mit der Tsetsekrankheit Afrikas hat. Man hat den Zebu eingeführt und damit die einheimischen Rinder gekreuzt, weil erstere Rasse durch ihre dicke Haut ziemlich unempfindlich gegen die Ueberträger der Blutkrankheit ist. Im allgemeinen befriedigten aber die Kreuzungsprodukte mit dem Zebu nicht. Sobald es die besseren Futterverhältnisse, eine höhere Kultur, namentlich auch die Einführung des Ackerbaues, und schließlich bessere Verwertung des Fleisches gestatteten, hat man in Südamerika die Criollos durch Kreuzungen mit Kunstrassen verbessert, und es zeigt sich, daß durch sachverständiges Vorgehen auch die verfeinerten Tiere gegen die Krankheiten des wärmeren Klimas immunisiert werden könnten. Als Verbesserungsmaterial kamen hauptsächlich in Betracht Shorthorns, Herefords, Devons, Polled-Angus. Das erprobteste Verbesserungsverfahren besteht darin, daß man junge Bullen, etwa 1 Jahr alt, importiert, und zwar möglichst aus Gegenden, die denen der Importländer in ihren natürlichen Vorbedingungen ähnlich sind, daß man ganz besonderes Gewicht auf Bezug aus ausgesprochenen Weideländereien legt, die Tiere dann bis zur Sprungfähigkeit akklimatisiert, auch später nur durch beschränkten Weidegang in Hauskoppeln und mit Beifütterung ernährt und

Digitized by Google

sie mit einer ausgesuchten mäßigen Anzahl von Kühen der Landrassen kreuzt. Erst die so entstehenden Halbbluttiere sind geeignet, als Zuchttiere auf die größeren Weideflächen gebracht zu werden und dann die reinblütigen Criollos zu verbessern. Auf diese Weise entsteht also Viertelblut, welches dann durch weitere Verfeinerung auf Halbblut, jedoch nicht weiter gebracht und welches unter dem Namen der Landrasse allgemein zusammengefaßt wird. Tiere mit mehr als Halbblut oder gar Reinzuchten können nur unter ganz besonders günstigen Verhältnissen gehalten werden, und der durch sie erzielte höhere Ertrag an Fleisch und Frühreife wird sehr oft in Frage gestellt, wenn Trockenheit oder rauhe Witterung und Seuche auftreten.

Aehnlich wie mit dem Rind liegen auch in Südamerika die Erfahrungen bezüglich des **Pferdes**. Ich selbst glaubte, die einheimischen Landpferde durch unsere guten deutschen Halbblutschläge ersetzen oder verbessern zu können, und mußte damit Enttäuschungen erleben. Der südamerikanische Criollo, der seinerzeit aus spanischem Import entstanden ist und somit Berber- und Araberblut besitzt, ist trotz seiner geringen Größe und trotz mancher Fehler in seiner Genügsamkeit und Ausdauer unter den dortigen besonderen Verhältnissen, namentlich bei reinem Weidegang, den europäischen Pferdeschlägen unbedingt überlegen. Die Hoffnung, durch Kreuzung mit dem Oldenburger die fehlende Masse rasch zu erhalten, war eine trügerische, weil die Elemente zu heterogen waren. Besser bewährten sich die leichten Oldenburger, Holsteiner und Trakehner, ebenso die englischen Hakneys und französischen Anglonormannen, aber immer war die Verbesserung nach ähnlichen Grundsätzen durchzuführen, wie es oben vom Rinde erwähnt wurde.

Nachdrücklich möchte ich auch hier die Bedeutung der **Maultierzucht** für das warme Klima und minderwertige Futterverhältnisse betonen. Ich selbst brachte dem Maultier eine gewisse Voreingenommenheit entgegen, weil die Tiere für die Zucht ausfallen und weil das Pferd für Reit- und Fahrzwecke und für die intelligenteren Arbeiten wie für landwirtschaftliche Maschinen brauchbarer ist. Ich lernte aber in Südamerika doch wieder die Vorzüge des Maultieres, insbesondere seine Genügsamkeit, Ausdauer und Widerstandsfähigkeit, schätzen und bin überzeugt, daß auch in den deutschen Kolonien die Maultierzucht von großer Bedeutung ist und gerade die Erfahrungen aus Amerika dort benutzt werden können.

Bezüglich des **Wollschafes** war auch in Südamerika die Ansicht verbreitet, daß man wegen den in anderen Gegenden erzielten hohen Erträgen die Zucht an allen Orten einführen müsse. Selbst in den mit Busch und Waldinseln besetzten Weiden von Brasilien und Paraguay führte man von Argentinien Merinos und Rambouillets ein und mußte sich überzeugen, daß wegen des wärmeren Klimas und der ungünstigen Weide die Tiere versagten, während die Landschafe oder die mit Landschafen ausgeführten Kreuzungen sich sehr viel besser bewährten. Immerhin muß man unterscheiden zwischen den ursprünglichen Ländereien und solchen, die nach mehrjähriger, wenn auch erten-

Digitized by Google

siver Kultur sich bieten. Durch Abbrennen von Busch und harten Gräsern, durch das Bestocken selbst entsteht eine ganz andere Grasnarbe, und wenn gleichzeitig die Umzäumungen und Unterabteilungen der Weiden durchgeführt, das Unkraut vertilgt, die Wasserverhältnisse gebessert und auch sonst Zucht und Pflege rationell durchgeführt werden, kann sehr wohl eine Haltung eintreten, die früher unmöglich war, und namentlich auch die Wollschafhaltung betrieben werden, so daß auch für Südwestafrika wohl die Hoffnung berechtigt ist, daß mit der Zeit dieser Zweig der Viehzucht größere Bedeutung annehmen wird.

Mir war es sehr interessant, in Südamerika die vortrefflichen Einrichtungen zu studieren, die man auf gut geleiteten Estancias bezüglich Einzäunung und Verbesserung der Weiden, Wasserbeschaffung, Anlage von sogenannten Bretes zum Markieren, Klassifizieren, Kastrieren und Kurieren der Weidetiere, Bäder zur Seuchenbekämpfung eingerichtet hat, und wie vortrefflich das einheimische Personal die **Pflege** der Tiere verstand. Ich kann mir denken, daß ein deutscher Landwirt, ohne jegliche Kenntnis derartiger Einrichtungen in die Kolonien versetzt, Lehrgeld zahlen muß, und daß es erwünscht wäre, die Erfahrungen von anderen überseeischen Viehzuchthändlern in größerem Maße zu benutzen. Die Ausführungen und die Lichtbilder von Neumann beweisen, daß die Warnungen von v. Nathusius sich vollständig bewährt haben und eine unrichtige Einfuhr von Zuchttieren unsere Kolonien zum Fiasko führt. Das gleiche Resultat hätte man durch Beobachtung der Erfahrung von anderen Ländern erhalten können; außerdem hätte man noch Fingerzeige für die richtige Durchführung von hier empfangen. Es kommen als Vorbilder für Südwestafrika hauptsächlich Südamerika und Australien in Betracht, in erster Linie natürlich auch die englische Kapkolonie. Keine Zweifel dürften bestehen, daß aber auch der Plantagenbau, die Forstwirtschaft sowie Viehzucht und technische Gewerbe in Ostafrika, Kamerun und Togo vieles Nützliche erhalten können durch die Erfahrungen in anderen tropischen Ländern mit jahrhundert- und jahrtausendlanger Kultur. Als solche sind zu nennen Brasilien, Zentralamerika auf der einen Seite, Indien und andere ostasiatische Länder auf der anderen. Die Kulturen der Baumwolle in dem Süden der Vereinigten Staaten, des Kaffees in Brasilien, des Kakaos in Ecuador haben doch einen Standpunkt erreicht, der unsere Beachtung verdient, und auch die wissenschaftlichen Leistungen dortiger Versuchsstationen zur Förderung der betreffenden Kulturpflanzen sind sehr beachtenswert.

Es gibt zwei Wege, um die Erfahrungen anderer Länder zu benutzen. Einmal direkt gut ausgebildetes Personal von dort zu beziehen und in den neuen Kulturzonen, hier also in unseren Kolonien, zu verwenden, dann aber auch eigene Fachleute, insbesondere jüngere Elemente, zur Ausbildung nach den Ländern mit älterer Kultur und Erfahrung zu senden. An mir selbst und an vielen Landsleuten habe ich es erfahren, wie hilflos man ist, wenn man aus deutschen Verhältnissen, selbst nach langjähriger Praxis und gründlichem

Digitized by Google

Studium, in fremde Länder versetzt wird und dort nun selbständig disponieren, womöglich Neueinrichtungen treffen soll. Ich rate deshalb immer jüngeren Berufsgenossen, welche sich für die Kolonien und das Ausland interessieren, in der Heimat zunächst die Allgemeinbildung abschließen, eine kurze praktische Lehrzeit durchzumachen, die Militärzeit zu absolvieren, ein gut eingeteiltes Studium folgen zu lassen, dazwischen durch Reisen und Exkursionen sich weltmännisch zu schulen, dann aber möglichst in jüngeren Jahren hinauszugehen, weil sich für den späteren Beruf als Tropenlandwirt draußen ganz andere Gelegenheit zur Bildung bietet. Zur Hebung unserer Kolonien dürfte es aber erwünscht sein, in systematischer Weise und in noch höherem Grade als seither die Erfahrungen anderer Länder nutzbar zu machen, wozu ich mit diesen Zeilen anregen möchte. Unsere deutsche Literatur über tropische Landwirtschaft hat noch nicht genügend berücksichtigt, was in englischen, französischen, amerikanischen, holländischen und spanischen Publikationen niedergelegt ist, und noch mehr tut es not, daß aus eigener Anschauung das Gute in anderen Ländern erkannt und in unsere Kolonien übertragen wird.

Der Außenhandel Britisch-Südafrikas im Jahre 1913.

Von Dr. H. Kleinkemm, M. A. (Kapstadt).

I. Einfuhr.

Der Wert der Einfuhr Britisch-Südafrikas hat sich in den letzten Jahren stark gehoben. Diese Zunahme beruht zu einem erheblichen Teile auf einer Vermehrung der Einfuhr von Lebensmitteln infolge der in weiten Teilen des Landes herrschenden Dürre der letzten Jahre.

Die Gesamteinfuhr Südafrikas für 1912 und 1913 geht aus folgender Tabelle hervor:

	1912	1913	Zunahme
Südafrikanische Union	36 009 841	38 526 381	2 516 540
Rhodesia	5 514 352	6 116 227	601 875
Britisch-Südafrika	41 524 193	44 642 608	3 118 415

Diese Werte verteilten sich folgendermaßen:

	1912	1913
Waren	37 611 816	40 343 889
Rohgold im Transitverkehr	15 507	22 015
Auf Rechnung der Regierungen	2 857 946	3 345 105
Goldeinfuhr	1 038 924	921 599
Insgesamt	41 524 193	44 642 608

Die in erster Linie in Betracht kommende Zunahme der Wareneinfuhr ist eine ganz erhebliche. Das tritt vor allem hervor, wenn man weiter zurückgeht, etwa bis 1908. Die Wareneinfuhr nach Britisch-Südafrika hat sich nämlich folgendermaßen entwickelt; sie betrug dem Werte nach (in Pfund Sterling):

1908	24 415 153	1911	36 423 539
1909	27 145 287	1912	37 611 816
1910	25 122 674	1913	40 353 889

Digitized by Google

Gegen 1908 zeigt das Jahr 1913 also eine Zunahme der Einfuhr im Werte von 15 938 736 Pfund Sterling (= 66,7 %).

Die Dürre des Jahres 1913 kommt im besonderen auch in der Mehreinfuhr von Lebensmitteln zum Ausdruck. Für die Union stellte sich der Wert der eingeführten Lebensmittel 1913 auf 7 584 290, 1912 auf 6 359 404, mithin 1913 auf 1 224 886 Pfund Sterling mehr als im Jahre vorher.

Hiervon entfielen 1 040 000 Pfund Sterling auf Getreide und Mehl, 40 000 auf Milch, 53 000 auf Fleisch. Andererseits weisen die Einfuhrzahlen jedoch auch auf eine trotz der die Landwirtschaft in manchen Teilen Südafrikas erdrückenden Dürre stattgehabte vermehrte landwirtschaftliche Tätigkeit hin. Wie ein Bericht des Kaiserlichen Generalkonsulats in Kapstadt hervorhebt, stieg in der Kategorie „Lebende Tiere" der Einfuhrwert von 162 521 Pfund Sterling im Jahre 1912 auf 262 386 im Jahre 1913, also um rund 100 000 Pfund Sterling. Hiervon kamen auf Bullen und Ochsen rund 26 000, Kühe und Kälber 40 000, Maultiere 30 000, Schafe und Lämmer 5000 Pfund Sterling. Beträchtliche Zunahmen weisen auch die übrigen landwirtschaftlichen Bedarfsgegenstände auf, wie Einzäunungsmaterial, Sämaschinen, Windmotoren, Heu- und Wollpressen, Wasserbohrmaschinen usw. Die künstlichen Düngemittel sind von 1912 auf 1913 um 50 % höher gegangen.

In Bergbau und Industrie ist die Zunahme der Einfuhr von Bergwerksmaschinen aller Art erwähnenswert, weil man daraus wohl trotz der wirtschaftlichen und sozialen Krisen des vergangenen Jahres auf eine zuversichtliche Stimmung in den betreffenden Kreisen schließen kann. Vom Standpunkte der südafrikanischen Volkswirtschaft ist es als ein günstiges Zeichen anzusehen, daß die Einfuhrzunahme für bloße Verbrauchsgegenstände, wie z. B. Schmucksachen, Silberwaren, Zigarren, Seidenwaren, Parfümerien, nur geringfügig ist. Zum Teil hat hier die Einfuhr sogar einen Rückgang zu verzeichnen. Für eine vermehrte Kaufkraft der Bevölkerung spricht die beachtenswerte Vermehrung in der Einfuhr von Kraftfahrzeugen und sonstigen Erzeugnissen der Automobilindustrie.

Es stellte sich der Wert der eingeführten

	Automobile und Teile auf (Pfund Sterling):	Motorräder und Teile auf (Pfund Sterling):
1911	369 997	72 938
1912	577 924	154 236
1913	1 100 867	223 524

Von einem Niedergang des allgemeinen Wohlstandes, von schlechten Zeiten, über die man in Südafrika so häufig klagen hört, kann hiernach vernünftigerweise wohl kaum die Rede sein.

Die einzelnen Häfen Südafrikas waren an der Wareneinfuhr wie folgt beteiligt:

Häfen:	1912	1913
Durban	10 957 388	11 255 828
Port Elizabeth	8 768 850	9 415 994
Kapstadt	7 343 207	8 538 512
Delagoa Bai	4 429 465	4 527 974
East London	3 886 366	4 002 277
Beira	1 595 358	1 768 811
Mossel Bai	439 768	536 845
Andere Kaphäfen	109 023	181 168
Ueber Land	82 391	176 480
Zusammen	37 611 816	40 353 889

Digitized by Google

Die wichtigeren Herkunftsländer ordnen sich nach der Höhe ihrer Einfuhr nach Britisch-Südafrika mit folgenden Werten (in 1000 Pfund Sterling):

	1912	1913
Großbritannien	21 870	22 141
Vereinigte Staaten von Nordamerika	3 315	3 776
Deutschland	3 325	3 524
Australien	1 255	2 023
Britisch-Indien	1 024	1 138
Kanada	681	880
Holland	753	854
Schweden	613	732
Belgien	720	708
Brasilien	727	628
Frankreich	623	612
Norwegen	283	372
Italien	248	328
Chile	282	232
Portugiesisch-Ostafrika	175	214
Ceylon	208	209
Mauritius	132	198
Schweiz	192	195
Argentinien	29	173
Oesterreich-Ungarn	143	152
Dänemark	57	132
Japan	110	115

Hier sehen wir zunächst, daß der Wert der Einfuhr Großbritanniens zwar ein wenig, nämlich von 21 870 000 Pfund Sterling im Jahre 1912 auf 22 141 000 Pfund Sterling im Jahre 1913 gestiegen ist; prozentual bedeutet dies indessen einen Rückgang von 58,1 auf 54,9 %. Die übrigen Länder der britischen Krone haben gleichzeitig ihre Einfuhr nach Südafrika zusammen von 9,6 auf 11,6 % gesteigert, so daß im ganzen für das britische Weltreich der Prozentsatz von 67,7 auf 66,5 % zurückgegangen ist. Demgegenüber weist das nichtbritische Ausland eine Zunahme von 32,3 auf 33,5 % auf.

Ebenso hat die deutsche Einfuhr nach Südafrika sich vermehrt, nämlich um rund 200 000 Pfund Sterling; prozentual hat sie indessen mit der aus dem nichtbritischen Ausland erfolgten Einfuhrvergrößerung nicht ganz Schritt gehalten. In der Zusammenstellung ist Deutsch-Südwestafrika nicht erwähnt, das 1912 für 3776 und 1913 für 7590 Pfund Sterling nach Britisch-Südafrika ausführte.

Besonders erwähnenswert ist schließlich die bedeutende Zunahme der amerikanischen Einfuhr, die in erster Linie auf den großen Absatz billiger Automobile und landwirtschaftlicher Maschinen zurückzuführen sein dürfte.

Schon in einem vorjährigen Handelsbericht des Handelskommissars für Südafrika, Sir R. Sothern-Holland, gab das beständige Sinken des britischen Anteils an der südafrikanischen Einfuhr (1910: 59,5; 1911: 58,3; 1912: 58,1; 1913: 54,9 %) Anlaß, zu untersuchen, worin es begründet liegt. In dem Berichte unterscheidet er: 1. Artikel, in denen der britische Fabrikant mehr oder weniger die erste Stelle behauptet, z. B. in Baumwollwaren, Hüten, Mützen, Stiefeln, Schuhen, Unterzeug, Drucksachen, Fahrrädern nebst Zubehör, Motorrädern, Juwelierwaren, Sirup, Schreibpapier. 2. Artikel, in denen Großbritannien zwar ebenbürtig, doch scharfem Wettbewerb ausgesetzt ist, wie z. B. Speck, Schinken, Konfitüren, Decken, Wellblech, Farben, Möbel, Porzellanwaren, Eisenwaren, Bergbaumaschinen, elektrische Kabel, Lederwaren, Automobile. 3. Artikel, in denen der britische Wettbewerb hinter den fremden zurückgetreten ist, wie Ein-

Digitized by Google

zäunungsmaterial (Deutschland, Amerika, Belgien), landwirtschaftliche Maschinen und Geräte (Amerika, Kanada, Deutschland), Meiereigeräte (Deutschland, Schweden), elektrische Maschinen (Deutschland, Amerika). Der amerikanische Wettbewerb wird als gefährlicher für den britischen dargestellt als der deutsche, spendet doch der Bericht der deutschen Arbeit und Gründlichkeit, welche stark zur Nachahmung empfohlen werden, das höchste Lob. Die Mittel, durch die es den Deutschen gelingt, ihrem Lande Handel zuzuwenden, erkennt Sothern-Holland in der Kooperation von Finanz und Industrie (**German commercial bank system**), die gerade in Südafrika vielfach vorliege und den Deutschen manchen Kontrakt verschaffe.

II. Ausfuhr.

	1912	1913	Zunahme
Südafrikanische Union	61 594 113	65 114 634	3 520 521
Rhodesia	3 471 613	3 899 439	427 826
Britisch-Südafrika	65 065 726	69 014 073	3 948 347

Hiervon kamen auf

	1912	1913
die Ausfuhr südafrikanischer Erzeugnisse . . .	63 932 419	67 903 487
die Wiederausfuhr	1 133 307	1 110 586
Insgesamt	65 065 726	69 014 073

(Die in der Wiederausfuhr enthaltene Geldausfuhr belief sich 1912 auf 160 551 Pfund Sterling, 1913 dagegen nur auf 38 158 Pfund Sterling.)

Während die Zunahme der Ausfuhr von 1911 auf 1912 etwas mehr als 11 % ausmachte, beträgt die von 1912 auf 1913 nur 5,7 %. Diese Erscheinung dürfte sowohl auf die 1912 und 1913 herrschende Dürre, die ja auch in der erhöhten Einfuhr von Lebensmitteln zum Ausdruck kam, als auch ganz besonders auf die im Laufe des Jahres 1913 stattgehabten Arbeiterunruhen zurückzuführen sein. Diese Unruhen kamen hauptsächlich an den Goldminen des Witwaterrandes zum Ausbruch und beeinflußten die Goldförderung des Jahres 1913 derart, daß sie 1913 zum erstenmal seit dem letzten Burenkriege hinter der des Vorjahres zurückblieb. Die Goldausfuhr der Union betrug dem Werte nach (in Pfund Sterling):

1911	1912	1913
35 064 344	38 342 306	37 589 939

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird auch das Jahr 1914 infolge der im Januar dieses Jahres wieder einsetzenden Unruhen hinter seinem Vorgänger zurückbleiben. Die Goldförderung Transvaals bewertete sich von Januar bis Mai 1914 auf 13 764 631 Pfund Sterling gegen 16 537 874 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Ausfall in der Goldförderung ist indessen mehr als ausgeglichen durch die außerordentlich große Zunahme der Diamantenausfuhr: diese hatte:

	1911	1912	1913
einen Wert von . . .	8 281 907	9 153 316	12 016 525

Pfund Sterling.

Andere wichtige Ausfuhrartikel der südafrikanischen Union hatten 1913 (1912) folgende Werte aufzuweisen: Wolle 5 719 288 (4 780 594), Straußenfedern 2 953 587 (2 609 638), Felle und Häute 2 017 863 (1 691 014) Pfund Sterling. Auch Gerbrinde, Sprengmaterialien, Kohlen, Kupfererz, getrocknete und konservierte Fische, Glyzerin, Zinnerz und Tabak zeigten beachtenswerte Zunahmen. Ein Rückgang ist außer bei Gold vornehmlich zu verzeichnen bei den verschiedenen Getreidearten und Mehl: 150 982 (571 264), Mohär: 876 552 (967 268), Walfischöl: 122 692 (150 932) Pfund Sterling. In

Digitized by Google

der verminderten Getreideausfuhr erkennen wir natürlich wieder die Folgen der stattgehabten Dürre, die besonders die Maisernte stark beeinträchtigte. Diese bewertete sich 1913 auf 71 045, dagegen 1912 auf 443 500 Pfund Sterling. Ob auch die Angorazucht durch die Trockenheit beeinflußt worden ist, erscheint, wie der erwähnte Bericht des Kaiserlichen Generalkonsulats in Kapstadt betont, angesichts der bedeutenden Zunahme der Schafwollausfuhr zweifelhaft; die verminderte Mohärausfuhr ist vielleicht eher auf einen kleineren Bedarf auf dem europäischen Markte zurückzuführen. Eine gewisse Beunruhigung herrschte und herrscht auf dem Straußfedernmarkt. Zwar ist der Ausfuhrwert von südafrikanischen Straußfedern 1913 noch um über 300 000 Pfund Sterling gegen das Vorjahr gestiegen, doch fielen die Preise schon 1913 ganz bedenklich. Auch jetzt noch hält der Preisrückgang an, da große Federvorräte in Südafrika vorhanden sind, die in Europa und Amerika keinen Absatz finden und infolgedessen die Preise drücken.

Die südafrikanischen Erzeugnisse wurden in folgenden Beträgen über die einzelnen Häfen bzw. über Land ausgeführt:

Häfen	1912	1913
Kapstadt	50 533 189	52 770 484
Durban	4 804 333	5 152 653
Port Elizabeth	3 964 948	4 446 002
East London	2 128 450	2 574 073
Mossel Bai	1 232 978	1 362 405
Delagoa Bai	418 811	692 486
Beira	377 864	427 208
Andere Kaphäfen	422 349	343 798
Ueber Land	49 606	134 378
Zusammen	63 932 410	67 903 487

Auf die wichtigeren Bestimmungsländer entfielen von der Ausfuhr Britisch-Südafrikas folgende Beträge (in 1000 Pfund Sterling):

	1912	1913
Großbritannien	58 871	62 110
Deutschland	1 741	2 192
Belgien	629	885
Vereinigte Staaten von Nordamerika	630	605
Belgisch-Kongo	523	491
Straits Settlements	166	301
Portugiesisch-Ostafrika	224	277
Frankreich	201	230
Deutsch-Südwestafrika	131	141
Australien	190	111

Von der Ausfuhr Britisch-Südafrikas gingen dementsprechend 1913: 90 (1912: 90,7) % nach Großbritannien; es ist indes bekannt, daß dieses vielfach nur Durchgangs- und nicht das Verbrauchsland dieser Güter ist; z. B. braucht man nur darauf hinzuweisen, wie in den Angaben betreffs der Einfuhr Deutschlands aus Südafrika zwischen dem amtlichen deutschen statistischen Material und dem offiziell von dem Handelsdepartement der südafrikanischen Union veröffentlichten Material ein erheblicher Unterschied obwaltet. Während über die deutsche Ausfuhr nach Südafrika die beiderseitigen Zahlen so ziemlich übereinstimmen, so ist das mit Bezug auf die Ausfuhr Südafrikas nach Deutschland keineswegs der Fall. Wo die südafrikanische Statistik für 1912 nur einen Gesamtbetrag von 1 741 000 Pfund Sterling herausrechnet, ergeben die deutschen Zahlen eine Summe von 4 404 600 Pfund Sterling.

Digitized by Google

Derartige Unterschiede sind natürlich mehr oder weniger unvermeidlich, einmal, weil eine große Masse südafrikanischer Erzeugnisse zunächst nach britischen Märkten konsigniert wird, um dann später den Weg nach dem Kontinent zu finden, dann aber auch, weil Waren, bei denen der Platz der Löschung dem Belieben anheimgestellt ist, für statistische Zwecke in Südafrika stets als für Großbritannien bestimmt aufgeführt werden. (Vgl. „Koloniale Monatsblätter" 1914, S. 248.)

III. Gesamthandel.

Nach den vorstehenden Werten der Einfuhr und Ausfuhr ergeben sich in der Zusammenfassung für den Gesamthandel Britisch-Südafrikas folgende Werte (in Pfund Sterling):

	1912		
	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
Südafrikanische Union	36 009 841	61 594 113	97 603 954
Rhodesia	5 514 352	3 471 613	8 985 965
Britisch-Südfrika	41 524 193	65 065 726	106 589 919

	1913		
	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
Südafrikanische Union	38 526 381	65 114 634	103 641 015
Rhodesia	6 116 227	3 899 439	10 015 666
Britisch-Südafrika	44 642 608	69 014 073	113 656 681

	Zunahme von 1912 auf 1913		
	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
Südafrikanische Union	2 516 540	3 520 521	6 037 061
Rhodesia	601 875	427 826	1 029 701
Britisch-Südafrika	3 118 415	3 948 347	7 066 762

Die politische und kulturelle Bedeutung des deutschen Kiautschougebietes.

Mit der mir heute zugegangenen Nr. 6 (S. 280) der „Kolonialen Monatsblätter" erhalte ich Kenntnis des Briefes der Handelskammer in Tsingtau, welcher meinen Aufsatz über die politische und kulturelle Bedeutung des Kiautschougebietes (Februarheft) betrifft. Ich darf darauf eine kurze Antwort geben:

1. Ich habe meine Darlegungen in ehrlicher Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Aufgaben Tsingtaus, indem ich mich als ein aufrichtiger Anhänger und Freund dieses Platzes fühle, geschrieben. Es erscheint verständigem Urteile ausgeschlossen, daß meine Darlegungen „Tsingtau in der öffentlichen Meinung Deutschlands in Verruf bringen könnten", selbst wenn sie in einem untergeordneten Punkte, wie in bezug auf die Baumwollpresse, geirrt haben würden.

2. Meine Darlegungen irren meiner Meinung nach nicht. Der Brief der Handelskammer trifft sie in keinem Punkte, sondern versteht sie in wenig begreiflicher Erregung in Ton und Stil so falsch, daß die Ueberzeugungskraft der eigenen Ausführungen der Handelskammer darunter leidet.

Digitized by Google

Ich wende mich in meinen Darlegungen ja nicht an die Kolonie, auch nicht an die Amtsstellen und richte überhaupt gegen niemanden „Angriffe", die die Handelskammer als „völlig ungerechtfertigt" bezeichnete, sondern ich versuche, mich mit meinen Erörterungen gerade an solche weiteren Kreise in der Heimat zu wenden, die noch nichts Näheres über die in dem Aufsatze vorgetragenen Ideen gehört haben. Dabei bespreche ich rein konditional auch ein Problem, von dem man gerade den Laien in der Heimat nicht selten reden hört, nämlich daß man alle deutschen Bestrebungen in China auf Tsingtau konzentrieren sollte. Ich spreche mich mit Gründen gegen diese Meinung aus. Dabei bin ich weit davon entfernt, zumal dies völlig außer dem Rahmen der Arbeit liegen würde, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob etwa bisher die amtliche Politik „tsingtauzentrisch" gewesen sei. Vielmehr glaubte ich in der Einstellung der Baumwollpresse in den Etat, nicht etwa in deren Errichtung, ein Beispiel dafür zu sehen, wie man politisch fehlerhaft verfahren könne. Dies ist eine subjektive Meinung; ob ich nun „kompetent" bin, eine freie Meinung zu äußern, das muß die Handelskammer nun schon mir selbst überlassen.

3. Mit der Handelskammer freue ich mich, daß der Reichstag die Presse bewilligt hat. Denn daraus ist zu schließen, welchen Fall ich ja ausdrücklich offen gelassen habe, daß die Gründe der Handelskammer, diese Presse aus Etatsmitteln zu errichten, auch von einem alle Interessen überschauenden Standpunkte aus sich als durchschlagend erwiesen haben. Mehr wollte ich auch nicht anregen.

4. Schließlich hoffe ich, daß die Handelskammer Tsingtau sich mit gleichem Eifer wie in die von ihr herausgegriffenen, wenig bedeutenden Zeilen über die Baumwollpresse auch in die übrigen Darlegungen meines Aufsatzes vertieft hat.

Romberg, Berlin.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google